



# Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 165 29.10.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

## Terrorurteile in Peking und Prag gegen Oppositionelle

Drastische Urteile gegen Oppositionelle in zwei Ländern des „realen Sozialismus“:

– In Peking wurde der „Bürgerrechtler“ Wei Jingsheng zu 15 Jahren Haft verurteilt. Vorgeworfen wurde ihm „antisozialistische Propaganda“ und – eine klassische Parallele zum „Fall Bahro“ – „Verrat militärischer Geheimnisse“.

– In Prag wurden sechs Oppositionelle zu Strafen zwischen fünf und zwei Jahren verurteilt, weil sie ein Komitee zur Unterstützung politischer Gefangener gegründet bzw. unterstützt hätten. Unter ihnen der bekannte Dramatiker Vaclav Havel

(viereinhalb Jahre) und der Trotzist Petr Uhl (fünf Jahre).

Beide Prozesse fanden in der bürgerlichen Presse große Aufmerksamkeit und wurden zur antikommunistischen Propaganda ausgeschlachtet. Im Falle des Pekinger Prozesses war es überhaupt das erste Mal, daß ein politischer Prozeß relativ öffentlich und überschaubar ablief. Unerwähnt blieb in der bürgerlichen Presse die Tatsache, daß seit Anfang des Jahres in China ohne viel Aufsehen mindestens 50 Aktivisten der Kulturrevolution abgeurteilt wurden, wobei in vier Fällen Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt wurden.

Die Prozesse von Prag und Peking

sind in der Linken weithin auf Proteste gestoßen. Gegen die Prager Urteile protestierten u.a. die KP's von Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien. Gegen das Pekinger Urteil erhob sogar die „KPD“ Protest.

Die kürzlich erfolgte Freilassung Rudolf Bahros zeigt, daß breite und massive Proteste, insbesondere der Linken, etwas bewirken können. In diesem Sinne gilt es, den Kampf weiterzuführen. Dabei sollte auch vor politisch nicht (mehr) so bequemen Verfolgten und Gefangenen – wie den Aktivisten der Kulturrevolution in China – die Solidarität der Linken nicht mehr Halt machen!

## Stammheim-Rätsel aufgeklärt?

Wie der „Spiegel“ (Ausg. vom 29.10.) berichtet, hatte der israelische Geheimdienst Zugang zu bayerischen Gefängnissen. Er konnte dort inhaftierte Palästinenser verhören und sogar unter Drogen setzen. Was er vielleicht sonst noch konnte, kann man sich vorstellen, wenn man sich dessen Arbeitsweise vor Augen hält (die „Erfolgsquote“ des israelischen Geheimdienstes bei der Jagd seiner Opfer durch die ganze Welt ist ohne Beispiel). Ebenso leicht läßt sich schließen, daß auch anderen Geheimdiensten (z.B. den einheimischen) der Zugang zu den Knästen nicht eben schwerer gefallen sein dürfte als ihren israelischen „Kollegen“. Und was in Goppels und Straußens Bayern möglich war, das wird in Filbinger's Baden-Württemberg, in Stammheim, nicht unmöglich gewesen sein. Vor allem, wenn man praktischerweise eine separate Treppe zum Eingang des „Terroristen-Trakts“ zur Verfügung hatte ...



Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)



Bayern-Länderkriminalamt (BLKA) (Z.B.)



CIA



Polizeibehörde des Kriminal-Polizei



Militärischer Abschirmdienst (MAD)



Bundeskriminalamt (BKA)

## Wahlkongreß in Offenbach

## Schlechte Karten für Bunte und Alternative Listen

Am 3./4.11. findet in Offenbach der Programmkongreß derjenigen grünen, bunten und alternativen Listen statt, die an einem Wahlbündnis zu den Bundestagswahlen 1980 interessiert sind. 2.000 Einladungen sind von den Europa-Grünen (GAZ, AUD, GLU, FIU) zu diesem Anlaß verschickt worden, und die Bunten/Alternativen täten gut daran, ebenso intensiv zu mobilisieren.

Auf dem Kongreß werden die Karten allerdings von Anfang an ungleich verteilt sein. Die Grünen haben bereits organisatorische Tatsachen geschaffen (Landesverbandsgründungen in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz; Kreisverbände in anderen Bundesländern), noch bevor die programmatische Diskussion mit den Bunten/Alternativen überhaupt angelaufen war. Auch die Bildung einer „richtigen Partei“ ist bei ihnen bereits ausgemachte Sache, während die Bunten diese Partei nur als gesetzlich leider notwendige Pflichtübung, ansonsten aber überflüssige Struktur ansehen. Daß den Bunten und Alternativen nicht mehr als eine Randrolle zugedacht ist, wird schon an der Planung des Kongresses sichtbar. Den ersten Tag beanspruchten die Grünen für sich allein. Zwar heißt es, man habe noch „Nachlaß“ aus den Europawahlen zu regeln. Tatsächlich stehen aber so wichtige Entscheidungen auf der Tagesordnung wie die Festlegung eines Zeitplans für die Parteigründung und die Behandlung eines Satzungsvorschlags, der nach den Vorstellungen der grünen Strategen auch einen Unvereinbarkeitsbeschluß enthalten soll (obwohl die Beschlußfassung über eine Satzung vernünftigerweise einem Gründungskongreß der Partei vorbehalten sein müßte). Am zweiten Tag soll dann (für alle offen) die Präambel eines zukünftigen Programms behandelt werden. Dazu wird eine gemeinsame Programmkommission einen Entwurf vorgelegt, der nach dem bisherigen Diskussionsstand weit hinter die inhaltlichen Aussagen der bunten/



alternativen Programme zurückfallen wird, wenn auch möglicherweise die größten konservativen Schnitzer durch die Mitarbeit von bunten/alternativen Vertretern daraus ferngehalten werden können.

Machen wir uns nichts vor. Es sieht nicht gut aus für Offenbach. Es ist zu erwarten, daß sich die grüne Konzeption im großen und ganzen durchsetzen wird. Da die Grünen sich zu einem Alleingang ohnehin stark genug fühlen, viele Linke dagegen aus politischem Verantwortungsbewußtsein eine Spaltung auf jeden Fall vermeiden möchten, wird der Ausgang dieser Auseinandersetzung ähnlich sein wie bei der Benennung von Kanzlerkandidaten in anderen Parteien („mit mir oder gar nicht“). Wir und andere Linke werden uns mit die-

ser grünen Partei keinesfalls so identifizieren können wie etwa mit der Bunten Liste Hamburg, der Alternativen Liste Westberlin oder der Grünen Liste Hessen. Unsere Unterstützung bzw. Mitarbeit wird von kritischer Auseinandersetzung begleitet sein müssen. Längerfristig können wir uns allerdings darauf stützen, daß die außerparlamentarischen Bewegungen in ihrer überwältigenden Mehrheit keineswegs „wert-konservativ“, sondern eben radikal-demokratisch sind.

Ein „kritisches Stadium“ würde eine linke Unterstützung für die Grünen allerdings dann erreichen, wenn sich die hier und da geäußerten Vorstellungen durchsetzen sollten, den bayerischen Kanzlerkandidaten gezielt zu verharmlosen und auf jede spezielle Anti-Strauß-Stoßrichtung und Mobi-

lisierung im Wahlkampf zu verzichten. Kein Antifaschist dürfte dann noch davon zu überzeugen sein, 1980 grün zu wählen. Dasselbe gilt für den Fall, daß sich die Grünen tatsächlich den reaktionären Unfug zum § 218 zu eigen machen, der an ihrem rechten Flügel verbreitet wird, oder etwa gegen die Arbeiterschaft gerichtete „Maßhalte“-Forderungen übernehmen.

**Programmkongreß der Grünen, Bunten und Alternativen**  
Offenbacher Stadthalle  
Samstag, 3.11., 14.30 Uhr  
(nur für Grüne mit Mitgliedskarte)  
Sonntag, 4.11., 9 Uhr (offen)

## Aus dem Inhalt:

**aktuell**  
Das 'Wunder von Stammheim und Stadelheim' – und kein Ende! Seite 2

**Wahlen**  
Berichte, Analysen, Beschlüsse aus/zur alternativen und grünen Wahlbewegung. Seite 4-7

**Anti-AKW/Umweltschutz**  
Giftgasherstellung in der BRD. Seite 9

**AntiFa**  
Prozesse gegen Antifaschisten im Raum Unna/Kamen. Seite 11

**Sicherheitsverwahrung angedroht**  
(gegen Siegfried Haag und die Angeklagten des „2. Juni“). S. 15

**Betrieb und Gewerkschaft**  
DGB zwischen Anpassung und Widerstand, Strauß-Debatte. S. 17  
„Frauen und Maloche“-Treffen Seite 19  
Was Lehrlinge so erleben. Seite 21

**Frauen**  
Beiträge zur Ausrichtung der Frauenpolitik im KB. Seite 24 ff  
Frauenpolitik gegründet und schon heftig umstritten. Seite 26

**Schwule/Lesben**  
Die Schwulenbewegung und die Linke. Seite 31

**Kinder**  
Mutter und Genossin. Seite 31  
Interview mit Jürgen Roth zur Lage der Kinder in der BRD. S. 34

**Internationales**  
Militärputsch in El Salvador. S. 42  
Eritrea lebt und kämpft. Seite 44  
Südkorea: Massenproteste gegen Park. Seite 46

...und weitere Beiträge zur Krisen-debatte auf den Seiten 50 - 56.

Einen ausführlichen Bericht über die Frankfurter Buchmessen findet man auf den Seiten 57-59.



# Die „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ — und kein Ende!

Zwei Jahre nach den durch eine Reihe von „Wundern“ erklärten Todesfällen der Stammheimer und Stadelheimer Gefangenen, versucht die Hamburger Justiz nun bereits im zweiten Anlauf, Zweifel an der staatlichen Version vom angeblichen „Selbstmord“ der Gefangenen mit Gewalt zu unterdrücken. Der erste Versuch war ihr vor einem halben Jahr mißglückt. Damals sollte der ehemals presserechtlich Verantwortliche des ARBEITERKAMPF, Kai Ehlers, wegen der in der Zeitung direkt nach den Ereignissen von 1977 vorgebrachten Zweifel an der staatlichen Version wegen Staatsverleumdung (§ 90a) verurteilt werden. Angesichts erdrückender Beweise für die Vertuschung der Todesermittlungen, angesichts von RA Heldmann vorgetragenem Beweis für neue Zweifel und angesichts einer breiten nationalen und internationalen Öffentlichkeit und Solidarität zu dem Prozeß hatte die Staatsanwaltschaft es vorgezogen, den Prozeß bereits am Eröffnungstag einzustellen, um das Schweigen um die Stammheimer Ereignisse zu wahren (siehe dazu die Broschüre „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht und „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim““).

Jetzt stehen drei junge Frauen vor Gericht, die ein Flugblatt verteilt haben sollen, in dem es u.a. hieß: „Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordlüge, wir glauben vielmehr, daß die drei Gefangenen vom Staatschutz ermordet worden sind.“ Die drei konnten bisher nur eine begrenzte Öffentlichkeit mobilisieren. Das scheint die Hamburger Justiz zu ermutigen, sich für die gegen Kai Ehlers erlittene Schlappe schadlos zu halten. Gleich am ersten Tag wurde die Öffentlichkeit auf Betreiben Richter Graues durch einen generalstabsmäßig ablaufenden Polizeiüberfall im Gericht selbst und anschließend im Gerichtsviertel zu unterdrücken versucht. Die drei Angeklagten wurden gleich mit aus dem Gerichtsgebäude geprügelt — und anschließend wegen „Nicht-Erscheins vor Gericht“ unter Haftbefehl gestellt, der bis jetzt noch nicht aufgehoben worden ist. Das kommt einer glatten Vorverurteilung gleich.

Zwar hat dieser Prozeßauftakt in der Hamburger Öffentlichkeit ein starkes Protest-Echo gefunden, in der überregionalen Presse usw. dagegen — auch in der Linken! — wird der Prozeß nahezu totgeschwiegen. Wir fordern alle unsere Leser/innen auf, anknüpfend an den Prozeß gegen Kai Ehlers vor einem halben Jahr auch diesmal das Schweigen zu durchbrechen und zur Art der Prozeßführung sowie zu seinem Inhalt breiten Protest zu entfachen. Wir möchten alle Leser/innen anregen, die untenstehende „Erklärung“ zu unterzeichnen und sich für weitere Unterzeichner/innen und Zuschriften an die drei Frauen einzusetzen.

## Wir fordern:

- Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Birgit, Concordia und Sigrid!
- Einstellung des Prozesses!
- Disziplinarverfahren gegen Richter Graue!
- Bestrafung der Schuldigen für die Polizei-Krawalle!

Antifakommission KB/Gruppe Hamburg  
Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH)

## 1. Prozeßtag: Polizeiüberfall!

Hamburg, den 18.10.79, Saal 192:  
Beginn des Prozesses.

Man mag es als berechnete Provokation oder als besonderes Finger-spitzengefühl des Richters Graue ansehen: Tatsache ist, daß der 1. Verhandlungstag nicht nur auf den 18.10., dem Todestag von Stammheim angesetzt wurde, sondern auch noch in einem Saal stattfinden sollte, in dem die „Öffentlichkeit“ durch höchstens 20 Leute vertreten sein kann. Besuchern von politischen Prozessen hängt diese immer wiederkehrende Prozedur allmählich zum Hals raus: Da viel mehr Leute da sind als Plätze, geht jedesmal die Clincherei um einen größeren Raum los, die in der Regel mit „Fehlanzeigen“ endet. So auch am 18.10.: Vor dem Saal sammelten sich ca. 120 Menschen. Zunächst drängten sie — entgegen der von Graue beschränkten Öffentlichkeit — in den Saal. Graue befand daraufhin, alle 11 e Prozeßbeobachter (darunter auch Rechtsanwälte und Journalisten) werden wegen „Hausfriedensbruchs“ vorläufig festgenommen. Noch durfte gelacht werden! Trotz dieser Androhung, die mehr als geeignet war, die Stimmung aufzuheizen, verließen — auf ausdrückliche Einwirkung durch die Angeklagten und ihre Rechtsanwälte — alle den Saal wieder. In dieser Situation, als als alle Besucher außerhalb des Saales ruhig auf Graues Entscheidung über die Benutzung eines größeren Saales warteten, ließ Graue mit einem brutalen Polizeieinsatz den Gang räumen. Mit Fäusten, Knüppeln, Stiefeln und — wie einige Beteiligte angeben — auch unter Einsatz von „Chemical Mace“, wurden die Menschen aus dem Gerichtsgebäude gejagt — darunter auch die angeklagten Frauen selber. Dabei gab es mehrere Verletzte; eine Bremer Journalistin mußte sich wegen des Verdachts auf Fraktur der Kniekehle ins Krankenhaus begeben. In einem Kommentar in Radio Bremen vom gleichen Tag schildert die Journalistin die Szene so:

„Ich stand zu dem Zeitpunkt im Gespräch mit Pressekollegen und zuschauern direkt am Sitzungszimmer, und ich drängte mich, als die Polizei aktiv wurde, an die Justizwachtmeister und zwar schuttsuchend, weil ich Angst hatte. Ich wurde aber von den Justizwachtmeistern grob weggedrängt und zwar den Polizisten in die Arme, wurde von ihnen gegriffen und gegen die zum Ausgang Gehenden geschleudert. Ich verlor dabei meine Sachen, stürzte, rappede

mich auf, wurde von hinten an den Haaren gerissen und auf die Treppe geschleudert und dabei am Knie verletzt. Nun besteht Verdacht auf Fraktur der Kniekehle.“ Anschließend wurde der Prozeß mit begrenzter Öffentlichkeit fortgesetzt und Haftbefehl gegen die drei Frauen wegen „Nichterscheins“ vor Gericht erlassen. Und das, obwohl ihre Anwälte nachweisen konnten, daß die drei den Prozeß führen wollen und gegen ihren Willen aus dem Haus getrieben wurden.

2. Akt: „Wer Essen bestellt hat, möge abbestellen. Ich werde das Lokal räumen. Noch Fragen?“

Dieses denkwürdige Zitat übermittelt O.Löwa in seinem Kommentar aus dem Munde des Einsatzleiters der Polizei im Lokal „Z“, das sich in der Nähe des Gerichtsgebäudes befindet. In dieses Lokal hatten sich Teile der verprügelten Prozeßbeobachter zurückgezogen. Angeblich, so behauptet die Polizei, hatten sich die jetzt mit Haftbefehl „Gesuchten“ dort „verbarrikadiert“. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei, etliche der berüchtigten Schnellschieß-Sonder-Kommandos des Hamburger MEK in Zivil und die Staatsschutzabteilung der Kripo waren im Einsatz. Das ganze Viertel wurde abgeriegelt, Hubschrauber kreisten — ein geradezu generalstabsmäßiger Einsatz. Erst nach längeren Disputen zwischen Anwälten und Lokalinsassen auf der einen und der Polizei auf der anderen Seite konnte der Einsatzleiter davon „überzeugt“ werden, daß die drei Angeklagten nicht im Lokal waren. Anschließend verkündete dieser den „Rückzug der Polizei wie einen Hauptgewinn: „Ich teile hiermit das Ergebnis der Überprüfung mit: die Gesuchten sind nicht hier.“ (O.Löwa s.o.). Damit aber die Sache für die Polizei nicht allzu blamabel aussehe, inszenierte sie derweil „eine kleine Schau für die Fotoreporter. Ein Polizist trug zu einem bereitstehenden Krankenwagen, setzte die Mütze ab, verzog das Gesicht und legte sich dann ein wenig stöhnend in den Wagen, die Kameras klickten. Am Morgen darauf prangte das Foto auf der Titelseite der „Bildzeitung“ („TAZ“, 22.10.)...mit der Überschrift „Hamburg: Straßenschlacht“ und „Prügel, Schreie, Steine — Chaoten holten die Angeklagten raus.“ Von dieser Sicht der Dinge waren die meisten Zeitungskommentare zum Glück um einiges entfernt. So schrieb sogar das „Hamburger Abendblatt“ v.19.10. — in der Sache der Anklage bekanntlich Springer-Meinung — in einem Kommentar: „Kommt alle zum Prozeß“, hatten

die Sympathisanten auf Flugblätter gebeten. Von Gewalt sprachen sie nicht. Tatsächlich kam die Kommandoreserve der Polizei und vertrieb sie mit ihren Schlagstöcken. Wo bleibt da die Verhältnismäßigkeit der Mittel? Bei einem Haftprüfstermin, dem sich die drei „Gesuchten“ Frauen am Freitag stellten, hob Richter Graue lediglich den Haftvollzug auf, den Haftbefehl hielt er aufrecht. Presse- und Öffentlichkeitskritik, sowie vorliegende Befangenheitsanträge scheinen Richter Graue, „der sich durch zackige Verhandlungsführung im Husarenstil schon einen Namen bei der Hamburger Justiz gemacht hat“ (Ortwin Löwa in der „Umschau am Abend“ vom 18.10.), nicht zu beeindrucken.

## 2. Verhandlungstag Die Provokationslinie von Richter Graue geht weiter!

Der 2. Verhandlungstag begann schon mit einer Provokation: Vor dem Gerichtsgebäude wurde jeder Besucher von einem Ser-Trupp Polizei angehalten und gefragt, wohin man wollte. Die Leute, die zum 90a-Prozeß wollten, wurden abgezählt und nur 25 in das Gebäude eingelassen. Erst auf das Drängen von Anwälten gegen dieses unrechtmäßige Vorgehen konnten alle Besucher zumindest in die Halle des Gebäudes. Doch auch diese war von uniformierten und zivilen Polizisten gut besetzt. In den Gängen liefen Polizeipatrouillen, in Gerichtsnähe standen mindestens 10 Mannschaftswagen bereit — das Gericht glich einer Polizeifestung.

bereit — das Gericht glich einer Polizeifestung.



Die Öffentlichkeit wird beschränkt

Im Verhandlungs„saal“, Raum 192, drängten sich etwa 35 Besucher, Presse und interessierte Anwälte. Den Antrag auf Verlegung der Verhandlung in einen größeren Raum lehnte Richter Graue ab. Ca. 80 Menschen mußten vor dem Gerichtssaal warten. Den ersten Teil der Verhandlung bildete die von Richter Graue geschaffene Situation. Von der Verteidigung wurde die sofortige Aufhebung der Haftbefehle gefordert, die bisher nur außer Vollzug gesetzt worden waren. Richter Graue stellte die Behandlung dieses Antrags ohne Begründung zurück. Die Anwälte stellten daraufhin einen Befangenheitsantrag gegen Richter Graue, der sich auf folgende Punkte stützte:

- Das Verhalten des Richters gegenüber der Öffentlichkeit am ersten Verhandlungstag;
- Die Haltung von Graue zu den Vorgängen am 18.10.79 vor dem Gerichtssaal;
- Äußerungen von Graue beim Haftprüfstermin, daß er den Angeklagten mißtraut an der Verhandlung teilnehmen zu wollen;
- Die lange Geschichte des Richters Graue, die von politischen Gesinnungsurteilen geprägt ist. Dies alles lasse Zweifel an einer unparteilichen und fairen Verhandlungsführung und Urteilsfindung zu. Trotz mehrmaligen Drängens der Anwälte unterbrach Richter Graue die Verhandlung nicht. Als ob nichts gewesen wäre hieß er den Staatsanwalt, die Anklageschrift zu verlesen.

Im weiteren Prozeßverlauf wurden 3 Polizeizeugen zu den Ereignissen am 19.10.78 vernommen, die zu der Anklage führten. Es war schon eine Posse, daß keiner der drei die Personalien der Angeklagten aufgenommen haben will und auch keiner weiß, wer das gemacht hat. Keiner weiß, ob, und wenn von wem, den Angeklagten ein Stapel Flugblätter abgenommen worden ist. Die Frage ist offen, ob die Angeklagten überhaupt als die Flugblattverteilerinnen identifiziert werden können.

## Erklärung

Die Unterzeichner protestieren gegen den jüngsten Prozeß nach § 90a (Verunglimpfung der BRD).

Dieser Zensur-Prozeß stellt einen schwerwiegenden Angriff auf die Pressefreiheit dar. Die Infragestellung unbewiesener Behauptungen der Staatsorgane bezüglich der Ereignisse in Stammheim 1977 soll kriminalisiert werden.

Zugleich ist dieser 90a-Prozeß eine Drohung gegen jede Veröffentlichung, die unliebsame Kritik an diesem Staat äußert. Durch Zensurparagrafen sollen die Kritiker mundtot gemacht werden.

Wir fordern deshalb:  
die sofortige Einstellung aller Prozesse wegen 90a;  
die Abschaffung der Zensurparagrafen 90a und 88a.

Name                      Beruf                      Anschrift                      Unterschrift

(Alle eingesandten Unterschriften werden auch zu Dokumentationszwecken genutzt — wenn von den Unterzeichner(inne)n nicht ausdrücklich anders vermerkt).

Kontaktadresse: Concordia Jarowoy, Oelkersallee 15, 2000 Hamburg 50

Die „Erklärung“ wurde bisher unterzeichnet von: B. Koch, Frankfurt, Rechtsanwalt / Gerhard Bauer, Hochschullehrer, Westberlin / Petra Rogge, Rechtsanwältin, Hamburg / Helmut Miczuga, Soz.Päd., Bremen / W. Sanschewski, Bremen / Wulf Beileites, Journalist, Hamburg / Charlotte Finger, Bremen / Torsten Müller, Musiker, Bremen / Michael Brock, Bremen / Klaus D. Roeben, JVA Lingen / R. Hudeczek, Azubi, Delmenhorst / Brigitte Heinrich, Dipl. Voksw., Frankfurt / Kai Ehlers, ehem. Presseverantw. des Arbeiterkampf, — Gruppen: Initiativgruppe Medizin, Marburg / Kommunistischer Bund / Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) / eine Solidaritätsveranstaltung in Hamburg wurde außerdem getragen von: Freie Arbeiterunion (FAU), Gruppe autonomer Linker Altona (GALA) und KB.

Da dieser Prozeß und die notwendige Öffentlichkeitsarbeit reichlich Geld kostet, regen wir an dieser Stelle auch zu Spenden auf das folgende Konto an:

Spendenkonto: 1044/757 407 Hamburger Sparkasse, Concordia Jarowoy

Spendenkonto: 1044/757 407 Hamburger Sparkasse, Concordia Jarowoy

## Ein Hauch von Volksgerichtshof...

Durch die ganze Verhandlung zog sich Richter Graues „Husaren“-Verhalten. Nicht nur, daß er jede kleinste Äußerung der Öffentlichkeit sofort mit der Räumung des Gerichtssaals bedrohte, auch die Anwälte und die Angeklagten wurden angeschossen. So sagte er zu den Angeklagten: „Ich habe Ihnen eigentlich nicht gestattet sich untereinander zu unterhalten“. Und Verteidiger Maefert mußte sich anhören, daß er „hier (im Gerichtssaal) gar nichts zu sagen habe“. Eine der schärfsten Diffamierungen aber war die Antwort von Graue auf den Antrag der Angeklagten, mit ihren Verteidigern an einem Tisch sitzen zu können. Dies könne er nicht zulassen, da sonst die Aufrechterhaltung der „Ordnung im Sitzungssaal und ein vernünftiger Verhandlungsablauf nicht gewährleistet“ werden könnten. Er hat es nicht einmal für nötig befunden, seine Entscheidung zu begründen. Zum Schluß der Sitzung hat Graue dann noch verkündet, daß die Haftbefehle nicht aufgehoben werden — ebenfalls ohne nähere Begründung.

Staatsanwalt Klein stand Richter Graue kaum nach. Wenn er auch nicht ganz so provokativ auftritt, bilden die beiden doch ein gutes Team. Klein unterstützte die harte Linie des Richters, bestand auf der Aufrechterhaltung der Haftbefehle, schikanierte die Angeklagten, die nach seiner Meinung nicht einmal einen Tisch für ihre Akten bekommen sollten usw. Gegen Staatsanwalt Klein ist inzwischen ebenfalls Befangenheitsantrag gestellt worden. Er hat beim Polizeiüberfall im Gericht am 18.10.79 gesehen, daß eine der Angeklagten von einem „Beamten“ getreten wurde. Klein hat es abgelehnt einzugreifen, als der Polizist sich weigerte seinen Dienstausweis zu zeigen.

Für den nächsten Verhandlungstag ist die Entscheidung über die Befangenheitsanträge zu erwarten.

Nächster Prozeßtermin: 1.11.79  
Strafjustizgebäude Hamburg, Sievingplatz, Raum 192

## Solidaritätsveranstaltung mit den Angeklagten

Am 24.10. fand in Hamburg eine erste Solidaritätsveranstaltung statt. Sie wurde getragen von der Freien Arbeiter Union (FAU, Anarchisten), der Gruppe autonomer Linker Altona (GALA) und dem KB und wurde von etwa 300 Leuten besucht. Die drei angeklagten Frauen verlasen ihre Prozeßklärung, in der sie ihre Zweifel an der Selbstmordversion begründen, die Haftbedingungen anprangern, die zur schleichenden Liquidierung von Gefangenen führen, und sie in diesem Zusammenhang auf die Todesschußpraxis gegenüber Linken hin, wie bei Benno Ohnesorg, Giorg von Rauch bis hin zu Elisabeth von Dyck. Kai Ehlers berichtete über seinen Prozeß, die Solidaritätskampagne und die konkrete Erhaltung der Zweifel durch neue Beweise, was schließlich zur Einstellung dieses Prozesses führte. Ein Vertreter der FAU berichtete über den Hungerstreik der Westberliner Gefangenen gegen den Hochsicherheitstrakt. Ein Anwalt der vier aus Hamburg nach Lübeck verlegten Frauen (Inga Hochstein, Brigitte Asdonk, Christa Eckes und Anne Reiche) forderte eine Untersuchungskommission über deren Haftbedingungen, die sich täglich verschlechtern.

Die Veranstaltung endete mit einem Aufruf, durch eine erneute Solidaritätskampagne auch diesen Versuch der Justiz, die Zweifel zu unterdrücken, entgegenzutreten.

## Da freuen sich die Ungläubigen

In einem „Spiegel“-Interview am 22.10.79 antwortete Rudolf Bahro auf eine Frage nach den Haftbedingungen in der DDR u.a.: „Im übrigen: die Bundesrepublik und die westliche Welt decken weit Schlimmeres, in Südafrika beispielsweise. Wo gibt es Tote in der DDR? Es ist ganz ausgeschlossen, daß man in einem DDR Gefängnis auf akrobatische Weise „Selbstmord“ begeht. Ganz ausgeschlossen.“ („Spiegel“, 22.10.79)



## Nicht vergessen: Immer neue „Wunder“

Im Prozeß gegen Kai Ehlers wegen der „Wunder von Stammheim“ stellte Rechtsanwalt Heldmann einen Antrag auf Beiziehung der Todesermittlungsakten für die Verteidigung, da der Anklageschrift lediglich die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 18.4.78 beigelegt war. Rechtsanwalt Heldmann ließ für das Gericht aber auch für die anwesenden Prozeßbesucher neue und alte Stammheimer Wunder wieder aufleben. Er belegte, daß z.T. wichtige Untersuchungen ausblieben und/oder bei widersprüchlichen Ermittlungsergebnissen diese entweder im Schlußbericht unter den Tisch gefegt oder glattgebügelt wurden.

Aus aktuellem Anlaß und zur Erinnerung an die nach wie vor ungelösten „Rätsel“ hier einige Beispiele:

— Die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft datiert vom 18.4.78. Nach diesem Datum gingen 6 weitere Untersuchungsgutachten ein, die natürlich nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

— Ungeklärt ist die Haltung der Todeswaffe von A.Baader. Hier stehen Aussagen des Gerichtsmediziners im Widerspruch zu denen der Spurenauswertung der Kriminalpolizei. Unterschiedliche Ergebnisse gibt es ebenfalls über die Einschußspur in der Wand von A.Baaders Zelle. In Auftrag gegebene Gutachten darüber sind bisher nicht aufgetaucht.

— Was ist los mit den Pulverschmauchablagerungen an A.Baaders rechter Hand? Von diesen Ablagerungen sprechen, wenn auch mit Differenzierungen, alle Gerichtsmediziner. Um zu klären, ob bei der angenommenen Schußposition überhaupt eine Schmauchspur entstehen konnte, wären folgende Untersuchungen notwendig gewesen: Vergleichsschießen mit identischer Munition; Untersuchung der Pistole und der ver-

wendeten Munition. Alles das ist unterblieben. Stattdessen kommt ein Gutachten des BKA vom 15.6.78 zu dem Ergebnis, daß „...keine als Pulverschmauch anzusehenden Anhaftungen erkennbar...“ waren.

— Zur Lage der Pistole von J.C. Raspe haben mehrere Zeugen übereinstimmend und deutlich ausgesagt, daß sie sich in Raspes rechter Hand befand. Die Einstellungsverfügung schreibt das um in: an der Hand von Raspe.

— Was war mit dem Stuhl in der Zelle von G.Ensslin? Während die Tatzeugen anfangs durchgehend nicht von einem Stuhl sprechen, kommen die Gerichtsmediziner, die erst nachmittags die Zelle betreten, auf den Stuhl. Spuren, die sich auf dem Stuhl befunden haben können, sind nie untersucht worden. Unklar ist auch geblieben, ob das Elektrokabel, mit dem sich G.Ensslin erhängt haben soll, für eine Erhängung von eigener Hand überhaupt geeignet ist. Materialuntersuchungen und mikroskopische Untersuchungen über Bruch- oder Schneidstellen: Fehlange-

— In der Einstellungsverfügung heißt es, die toxikologischen Gutachten (Suche nach Medikamenten, Betäubungsmitteln) hätten mit hinreichender Sicherheit ergeben, daß toxische Einflüsse auszuschließen seien. Dem steht gegenüber die Aussage eines Fachmannes, daß „wenn man nicht gerichtet auf ein bestimmtes Gift sucht, unter Umständen eines übersieht.“

— Im Reich der Wunder verbleibt auch der Sand an Baaders Schuhen. Professor Holcabeck sorgte dafür, daß die Schuhe anserviert wurden. Für die Staatsanwaltschaft war damit der Sache Genüge getan: Untersuchungen gab es keine. (vollständige Rede Heldmanns in „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim““).

## Tamara muß eingebürgert werden!

Seit sieben Jahren kämpft die heimatlose Ausländerin Tamara Tschikowani um ihre Einbürgerung.

Sie wurde als Tochter einer Deutschen und eines heimatlosen Ausländers in Flensburg geboren, wo sie seitdem lebt. Geboren wurde sie leider drei Tage zu früh, um sich per einfacher Willenserklärung einbürgern zu lassen. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß sie einen Antrag auf Einbürgerung stellen mußte und so in die Mühlen dieses Staates geriet.

Im Januar 1977 verklagte das Gericht das schleswig-holsteinische Innenministerium, Tamara endlich einzubürgern. Aber die Landesregierung ging in die Berufung. Jetzt — in Vorbereitung einer weiteren Prozeßinstanz — wird von Tamara das Bild einer gefährlichen Staatsfeindin gezeichnet, die sich und ihre Gesinnungsfreunde seit geraumer Zeit auf den Terrorismus vorbereiten würde.

Erinnern wir uns an die Vorgeschichte: Nach ca. 2 1/2 Jahren bekam Tamara 1976 den ersten ablehnenden Bescheid: Das schleswig-holsteinische Innenministerium sei nicht gewillt, sie einzubürgern, da erhebliche Zweifel an ihrer Verfassungstreue bestünden, vermutlich sei sie Mitglied des KB (Kommunistischer Bund). Tamara wehrte sich und klagte gegen den Landesinnenminister. Im Prozeß Januar '77 vor dem Schleswiger Verwaltungsgericht wurden an 19 Punkten Verfassungsschutz-„erkenntnisse“ gegen Tamara aufgeführt, die ihre angebliche Verfassungsfeindlichkeit beweisen sollten, darunter Tadel aus der Schulzeit von 1970.

Das Gericht bezog sich bei der Beurteilung der „Verfassungsloyalität“ ständig auf Berufsverboteurteile. Demgegenüber betonte Tamaras Anwalt Stephan Claus (Kiel), daß es hier nicht um eine Einstellung in den Staatsdienst geht, sondern lediglich darum, daß Tamara die Staatsangehörigkeit des Landes erhält, in dem sie geboren ist. Nicht deutsch an ihr sei letztlich nur der Name. Alles in allem reichten dem Gericht die vom Landesinnenministerium aufgestellten Behauptungen nicht aus. Es verurteilte das Landesinnenministerium dazu, Tamara einzubürgern.

Der Landesinnenminister ging in die Berufung. Zusätzlich schaltete sich der Vertreter des öffentlichen Interesses in den Prozeß ein, der ausdrücklich auf die Anwendung des Radikalerlasses auf diesen Einbürgerungsfall pochte. Seit der Berufungsbegründung wurde das Obergericht ständig mit neuen „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes über Tamara bombardiert, darunter ein Schreiben, in dem detailliert über die Verhältnisse in Klasse und Elternhaus von Tamara und ihren Mitschülerinnen Anfang der 70er Jahre berichtet wurde. Auszüge



Tamara Tschikowani

daraus veröffentlichte Tamara in einer persönlichen Erklärung an den SPD-Landesparteitag 1978.

Sie schrieb: „Sind Sie mit 17 Jahren nach der Schule auch des öfteren mit Freunden weggegangen? Hatten Sie auch eine Direktorin, die Sie nicht mochten? Haben Sie auch schon mal einen Tadel bekommen, weil Sie frech waren gegenüber einem Lehrer, der Sie auf dem Kieker hatte? Oder hatten Sie womöglich einen Freund oder eine Freundin, die der APO angehörte? Dann können Sie sicher sein, daß auch über Sie beim Verfassungsschutz eine Akte geführt wird!“

Schon dieser VS-Bericht machte erschreckend deutlich, in welchem Ausmaß kritische, engagierte Menschen bereits in der Schule bespitzelt werden.

Mittlerweile liegt zur Vorbereitung einer weiteren Prozeßinstanz ein neuer Schriftsatz des Landesinnenministeriums vor, der alles bisher bekannt gewordene in den Schatten stellt. Vier Tage vor dem endlich für den 2. Oktober dieses Jahres anberaumten Verhandlungstermin vor dem OVG Lüneburg wurde dieser Schriftsatz eingereicht, so daß der Termin aufgehoben wurde, um Tamaras Anwalt Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Mit diesem Schriftsatz wird Tamara zur „gefährlichen Staatsfeindin“ erklärt, die im KB des nördlichen Schleswig-Holstein seit 1974 „führende Funktionärin“ sein soll, die starke Sympathien für die RAF hegt und die sogar die Organisation des KB in Flensburg auf das Abgleiten in den Terrorismus vorbereitete. Das Ganze wird hinterlegt mit willkürlich zusammengeschusterten „Erkenntnissen“ aus dem Organisationsleben des KB, die den Eindruck einer lückenlosen Überwachung erwecken sollen nach dem Motto: Wir wissen alles! Big brother is watching you! Beweise? In dem Schriftsatz wird eine Liste von angeblichen „Zeugen“ benannt, „die in wechselnder Zusammensetzung an den im einzel-

nen genannten Zusammenkünften und Gesprächen teilgenommen haben“ sollen, bzw. „die Tamara T. persönlich kennen und daher als Zeugen für die Teilnahme der Tamara T. benannt werden.“

In einem Informationsschreiben Tamaras vom 12.10. heißt es dazu: „Das kann wohl nur als Hinweis darauf verstanden werden, daß der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz nicht nur mich, sondern über 20 andere Personen jahrelang bespitzelt hat. Oder woher stammen die Namen sonst?“

Neben dem ungeheuerlichen Ausmaß der Bespitzelung, das hier zum ersten Mal in solchem Umfang deutlich wird, ist die politische Funktion solcher VS-„Erkenntnisse“ in Tamaras Fall eindeutig. Sie schreibt selbst: „Man will mich fertigmachen und politisch isolieren, ... Die Logik des Verfassungsschutzes ist leicht durchschaubar: mit 16 Jahren den ersten Tadel, mit 26 Funktionärin, jederzeit bereit, in den Terrorismus abzuwandern, und mit 36 ??? So baut man eine Staatsfeindin auf und die kann nun wirklich nicht Deutsche werden, im Gegenteil: Solche Leute muß man beizeiten loswerden, und wer mit ihr „sympathisiert“, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, potentielle Staatsfeinde zu unterstützen.“

Vergegenwärtigt man sich noch einmal den Anlaß dieses Verfahrens, so geht es hier um die Auffassung der CDU-Landesregierung in Schleswig-Holstein, Kommunist sein, sei undeutsch! Einer Frau, der vorgeworfen wird, Kommunistin zu sein, soll ein elementares Grundrecht, nämlich die Staatsangehörigkeit des Landes, in dem sie geboren wurde, verweigert werden. Damit wird Tamara vogelfrei erklärt, und nicht nur sie! Sollte diese Rechtsauffassung sich durchsetzen, wie weit sind wir dann davon entfernt, daß Kommunisten, Schulle und dann auch Gewerkschafter, Sozialdemokraten usw. wieder zu un deutschen Elementen erklärt werden wie dereinst die Juden?

Daß die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung hier ein Exempel statuieren will, macht die Solidarität aller Demokraten um so dringender erforderlich. Tamara hat die bisherigen Vorfälle und die Unterstützung durch Persönlichkeiten aus SPD, SSW, Frauenbewegung, Kirchenkreisen und der Liste für Demokratie und Umweltschutz in einer Broschüre dokumentiert. Sie ist gegen Vorkasse für 2,-DM unter der Adresse:

T. Tschikowani — Kirchberg 3  
2391 Handewitt (Tel. 0461/23074) erhältlich.

Um ihren Fall publizieren zu können, und für den Prozeß ist Tamara auf Spenden angewiesen.

Sonderkonto: „Einbürgerung“ T. Tschikowani, Kreissparkasse Flensburg 405 299



Die Nazi-Henker freisprechen, heißt die jüdischen Opfer ein weiteres Mal verhören.

## Eichmann, on t'a en Lischka, on t'aura

„Eichmann, dich haben wir gekriegt — Lischka, dich kriegen wir noch!“ Dies war eine der Parolen, die von französischen Juden zur Eröffnung des Prozesses gegen die NS-Verbrecher Lischka, Hagen und Heinrichsohn am 23.10. in Köln gerufen wurden. Rund 250 waren es, die mit dem Ehepaar Klarsfeld zusammen nach Köln gekommen waren und eine Verurteilung der drei forderten, die für die Deportation der französischen Juden nach Auschwitz verantwortlich waren. Der Arbeit der Klarsfeld ist es nicht nur zu verdanken, daß dieser Prozeß (mit 35jähriger Verspätung) überhaupt stattfindet, sondern auch, daß zu seiner Eröffnung eine angemessene Öffentlichkeit anwesend war. Denn die Mobilisierung westdeutscher Antifaschisten kann man nur als äußerst mäßig bezeichnen (höchstens 50).

Der Prozeß begann mit einem schrillen Skandal. Obwohl allgemein bekannt war, daß aus Frankreich zahlreiche Juden als Prozeßbeobachter anreisen würden, stellte das Gericht nur einen kleinen, knapp 50 Menschen fassenden Saal zur Verfügung. Da bei der Zuteilung der wenigen Plätze zudem noch die Presse und natürlich zahlreiche zivile „Schützer“ aller Art bevorzugt wurden, waren die Demonstranten fast vollständig von einer Teilnahme ausgeschlossen. Die aus Paris angereisten wurden mit der Lüge abgespeist, man habe keinen größeren Raum zur Verfügung. In Wirklichkeit fand zur gleichen Zeit nebenan in einem weit

größeren Saal (über 100 Plätze) der Herstatt-Prozeß mit exakt drei Zuschauern statt. Man hätte also ohne weiteres die Räume tauschen können. Offenbar begreift die westdeutsche Justiz NS-Verbrechen aber eher als eine Art „Kavaliersdelikt“, wo man „die Straße“ (so der vorsitzende Richter) fernhält.

Beim Versuch, in das Gerichtsgebäude zu kommen, wurde dann Polizei gegen die jüdischen Demonstranten eingesetzt, wobei einer von ihnen verletzt wurde (die Polizei gab ebenfalls Verletzte an). Die Ausländer konnten also einen durchaus treffenden Eindruck vom „Modell Deutschland“ mit nach Hause nehmen.

Der Prozeß selbst begann mit der Verlesung der Anklageschrift, die die Altnazis wegen Beihilfe zum Mord an 73 000 Juden beschuldigt. Die Angeklagten hätten allerdings, wie der Staatsanwalt meinte, nicht in „bewußter und gewollter Zusammenarbeit mit der NS-Spitze“ gehandelt und es sei ihnen kein Tätervorsatz nachzuweisen. Wo das hinführt, ahnt man schon. Die Präsenz der jüdischen Antifaschisten und ihre auch im Gerichtsraum unüberhörbaren Rufe („Lischka — Mörder, Heinrichsohn — Mörder, Hagen — Mörder!“) werden es der Justiz allerdings schwer machen. „Dieser Prozeß wird nicht enden wie der Maydanek-Prozeß“, versicherten die französischen Juden. Wir sollten sie dabei tatkräftig unterstützen.

Ein Teilnehmer an der Protestaktion in Köln

### Sofortige Einbürgerung von Tamara Tschikowani!

Seit nunmehr 7 Jahren kämpft die heimatlose Ausländerin Tamara Tschikowani aus Flensburg um ihre Einbürgerung. Sie will nicht Beamtin werden. Sie will nur die Staatsangehörigkeit der BRD, wo sie als Tochter eines heimatlosen Ausländers und einer Deutschen geboren wurde. Wäre sie 3 Tage später geboren, wäre sie ohne Gerichtsverfahren — durch eine einfache Willenserklärung — heute Deutsche.

Tamara wird vorgeworfen, Kommunistin zu sein. Aber Kommunist sein, ist nach dem Willen der schleswig-holsteinischen Landesregierung „undeutsch“. Für Kommunisten scheinen die Grund- und Menschenrechte keine Geltung zu haben.

Der „Fall Tamara“ wirft ein Schlaglicht auf die Methoden des Verfassungsschutzes, auf dessen „Informationen“ sich die schleswig-holsteinische Landesregierung stützt, und das Ausmaß der Bespitzelung in unserem Land. Um Tamaras angebliche Gefährlichkeit nachzuweisen, wurden im letzten Prozeß u.a. Angaben aus ihrer Schulzeit verwandt, z.B. Tadel, die sie als Siebzehnjährige erhielt. Nunmehr, in Vorbereitung einer weiteren Prozeßinstanz, wird versucht, das Bild einer gefährlichen Staatsfeindin zu zeichnen, die sich und ihre Gesinnungsfreunde seit geraumer Zeit auf den Terrorismus vorbereiten würde. Der Landesregierung scheinen alle Mittel recht zu sein, um Tamaras Einbürgerung zu verhindern!

Diese Praktiken schaffen ein Klima der Angst und Einschüchterung, was nicht nur Tamara trifft.

**Wir fordern die sofortige Einbürgerung von Tamara Tschikowani!  
Schluß mit Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei!**

### Unterzeichner

Jürgen Reents (Verleger, Hamburg)  
Mitgliederversammlung der GLH vom 21.10. in Wielfersheim  
Alexander Schubart (Jurist und ÖTV-Vertrauensmann)  
Michael Will (Geschäftsführer, Darmstadt)  
Joachim Schöner (Dozent, Wiesbaden)  
Jutta Dittfurth (Dipl.-Soziologin, Frankfurt)  
Sylvia Velten (Betriebsrätin, Butzbach)  
Maria Habermann (Studiendirektorin a.D., Husum)  
Reinhard Winkler (Berufsverboteopfer, DFG/VK Flensburg)  
Liste für Demokratie und Umweltschutz (Sprecherrat)  
Kurt Werner Hamann (Erzieher, Betriebsratsmitglied)  
Peter O. Chotjewitz (Schriftsteller)  
Jungsozialisten Schleswig-Holstein (Landesvorstand)  
Norbert Gansel (Bundestagsabgeordneter der SPD)  
Edith Mecke-Harbeck (Vorsitzende der ASF Schleswig-Holstein)  
Birgit Hoske (Vorsitzende der Jugendgruppe des SSW in Flensburg, Studentin)

Malve Lehmann (Pastorin in Flensburg)  
Holmer Gertz (Pastor in Flensburg)  
Eva Rath (Frauenpartei)

Kai Ehlers (Journalist, Hamburg)  
Gerd Wasmund (Rundfunkredakteur)  
Gunnar Winckelmann (Journalist, Flensburg)  
Bernd Engelbrecht (Journalist, Flensburg)  
Gundolf Semmler (Pastor in Flensburg)  
Lars Hennings  
Rainer Trampert (Betriebsrat bei Texaco)  
Jürgen Prittin (Asta der Uni Göttingen)  
Bunte Liste Hamburg (Vorstand)  
Ilona Kiene (Abgeordnete der Bunten Liste)  
Christina Kukielka (Abgeordnete der Bunten Liste)  
BUU Hamburg (Sprecherrat)



## GLH verteidigt radikaldemokratische Politik

Am 21.10. führte die Grüne Liste Hessen eine weitere hessenweite Mitgliederversammlung zum Thema Bundestagswahlen durch. Dabei zeigte sich, daß früher vorhandene grundsätzliche Bedenken gegen eine Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen eher der Fragestellung wichen, wie denn ein Wahlbündnis nun wirklich aussehen würde, und welches Selbstverständnis diesem zugrunde liegen würde. Berichte über die verschiedenen grün-bunten „Spitzentreffen“ der letzten Zeit und die dort geführten Debatten über Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Doppelmitgliedschaftsverbote riefen scharfen Widerspruch und Kritik hervor. Der anwesende Milan Horacek wurde eindringlich befragt, wie er es selbst eigentlich mit der Mitarbeit von Kommunisten halte. Er verstand es jedoch, immer wieder mit allgemeinen statements einer präzisen Antwort auszuweichen. Kritik wurde auch an der These der Grünen geäußert, alle Prinzipien einer grünen Alternative müßten sich letztlich auf die Ökologie beziehen. Alexander Schubart meinte, so wichtig ihm die Ökologie sei, so wenig könne er dem Kampf gegen Berufsverbote, Kontaktsperregesetze usw. aus einer immer gearteten 'Ökologie' ableiten. Von Seiten des KB wurde vor einem "run auf die Parlamente" gewarnt, da bei den Grünen vom außerparlamentarischen Kampf immer weniger die Rede sei. Auch "KPD"-Genossen

beteiligten sich (im Unterschied zur Anbieterungspolitik ihrer Partei anderswo) an der Kritik, konnten sich allerdings auch in Hessen nicht verkneifen, vor Abrüstungsforderungen zu warnen. Praktisch einstimmig wurden die Diskussionsergebnisse in einer Resolution festgehalten, die wir vollständig abdrucken (da der Text bezeichnenderweise in der "taz" z.B. unterschlagen wurde). Die GLH wird ihre Haltung zu einer Bundestagswahlbeteiligung davon abhängig machen, ob die

von ihr benannten Voraussetzungen erfüllt werden.

In guter alter Tradition drückte die GLH auf ihrer MV ihre Solidarität mit Opfern der Repression aus: Brigitte Heinrich, die in einem "Terroristen"-Prozeß angeklagt ist; Tamar Tschikowani, der die BRD-Staatsbürgerschaft verweigert wird, und Peter Paul Zahl. Ob das bei den Grünen auch so möglich sein wird?

KB/Gruppe Frankfurt

## Beschluß der GLH-Mitgliederversammlung vom 21.10.79 in Wölfersheim

Die Mitgliederversammlung der GLH empfiehlt allen Mitgliedern und Anhängern unserer Liste dringend die Teilnahme an dem grün-bunten alternativen Programmkongreß am 3./4.11.79 in Offenbach. Dort werden wesentliche Vorentscheidungen über eine alternative Kandidatur zu den Bundestagswahlen 1980 fallen. Zur Frage einer Bundestagswahlbeteiligung gibt es in der GLH unterschiedliche Auffassungen. Ohne uns jetzt schon festzulegen, ist es notwendig, aktiv an diesem Diskussionsprozeß teilzunehmen. Dabei geht es um die Schaffung einer optimalen Öffentlichkeit, die in diesem Fall selbstverständlich sein sollte.

Die GLH erwartet von einem grün-bunten alternativen Bündnis nicht nur ein radikal-ökologisches sondern auch ein radikal-demokratisches Selbstverständnis. Wir verzichten an dieser Stelle darauf, noch einmal unser umfassendes Ökologieverständnis und die daraus resultierenden Forderungen darzulegen, sondern möchten auf die folgenden – derzeit kontrovers diskutierten – Punkte hinweisen, die für uns ebenso Voraussetzungen für eine wie immer geartete Teilnahme der GLH an einer Bundestagswahlbeteiligung wären:

- Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, was für den Bundestagswahlkampf konkret die ersatzlose Aufhebung von Berufsverbote, Kontaktsperregesetz, §§ 88a, 90a, 130a StGB, Strafprozeßänderungen, die die freie Verteidigung einschränken, anderen sogenannten Antiterrorgesetzen bedeutet.
- Verteidigung der Forderungen der Frauenbewegung nach allseitiger Gleichberechtigung, vor allem des Rechts auf Abtreibung, das derzeit wieder von kirchlicher Seite massiv angegriffen wird.
- Offensives Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Minderheiten und gegen jede Diskriminierung – sei es von Ausländern, von Schwulen, Lesben oder anderen.
- Ablehnung antikommunistischer Unvereinbarkeitsbeschlüsse, auch wenn sie in Form verklausulierter Doppelmitgliedschafts-Verbote Eingang finden sollten.
- Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen wie nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.
- Wir verteidigen das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Die Herrschenden stampeln diejenigen, die Widerstand leisten, zu Gewalttätigen. In dieser Gesellschaft wird jedoch täglich Gewalt angewendet. Sie geht vom herrschenden System aus. Demgegenüber streben wir eine gewaltfreie Gesellschaft an, in der die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und Gewalt von Menschen gegen Menschen aufgehoben ist.

Alles andere würde unseren Essentials widersprechen und im übrigen weit hinter den erreichten Stand der Basisbewegung zurückfallen. Darüber hinaus wird die GLH auf dem Offenbacher Kongreß offensiv für ihre Grundsätze eintreten.

### Freiheit für Peter Paul Zahl

„Wir begrüßen es, daß Rudolf Bahro nach über zweijähriger Haft endlich in Freiheit ist und heißen ihn in der Bundesrepublik willkommen. Bei aller Freude darüber möchten wir auf das Schicksal eines anderen Schriftstellers aufmerksam machen, der ebenfalls allein wegen seiner unbeugsamen Gesinnung zu 15 Jahren Haft verurteilt ist. Es handelt sich um Peter Paul Zahl. Wie es heißt, soll die Bundesrepublik angeblich der „demokratischere“ deutsche Staat sein. Wir warten also auf eine Amnestie auch bei uns.“

Grüne Liste Hessen (MV vom 21.10.)  
SJD - Die Falken/  
Unterbezirk Frankfurt

## SB-Tagung zur Wahlfrage

Unter dem Titel „Strauß und die Folgen“ veranstaltete die Zeitung des Sozialistischen Büros „links“ am 20. Oktober in der Nähe von Frankfurt ein halb-internes SB-Treffen mit einigen Gästen bzw. Beobachtern („taz“, „AK“, „RF“, Euro-Grüne). Über die Teilnehmerzahl von nur 80 Genossen waren die Initiatoren etwas enttäuscht; dennoch dürfte die Tagung nicht unwesentlich für die weitere Diskussion im SB gewesen sein.

Die Spannung war freilich an diesem Samstag zu einem guten Teil schon verpufft, da am Vortag bereits in der „taz“ ein Interview mit Willi Hoss (Betriebsrat bei Daimler Benz-Untertrüchheim, „plakat-Gruppe“) erschienen war, in dem dieser sich für eine Teilnahme an einem alternativen Wahlbündnis ausspricht.

Dieses Votum bedeutet für die grün-bunten Listen einen kleinen „Erdbeben“, zumindest aber eine große Chance. Denn erstmals signalisiert sich damit die Bereitschaft einer maßgeblichen (wenn nicht überhaupt der stärksten) Arbeiteropposition in der BRD, ihren betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand auf die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt auszuweiten.

Die Diskussion wurde mit Thesen von Andreas Buro und Dany Diner eröffnet. Buro vertrat im wesentlichen die Position, wie sie der Arbeitsausschuß des SB bei allen letzten Wahlen eingenommen hatte. Auf lange Sicht sei eine grundsätzliche Alternative gegenüber den etablierten Parteien notwendig; diese müsse anstreben, mit der SPD einen sozialistisch-sozialdemokratischen Block zu bilden. In der Bundesrepublik sei ein schneller „sozialrevolutionärer Umschwung“ jedoch nicht zu erwarten. Deshalb solle man sich nicht scheuen, SPD zu wählen, da zu einem CSU/CDU-Regime doch signifikante, qualitative Unterschiede bestünden. Die Basis alternativer Politik werde nicht durch Wahlstimmen geschaffen, sondern durch den Aufbau neuer Strukturen und Lebenszusammenhänge.

Diner hielt dem entgegen, daß wir uns momentan in einer Situation („Ende der Nachkriegszeit“) befänden, in der die „politischen Karten neu verteilt“ würden. Diese neue Situation sei einerseits durch die Strauß-Kandidatur, andererseits durch das Anwachsen der Ökologiebewegung (unabhängig voneinander) geschaffen worden. In dieser Situation könne die Wahlfrage nicht mehr so „abstrakt“ wie früher diskutiert werden. Es komme darauf an, daß die Linke ihre Handlungsfähigkeit wieder gewinne. Es bestünde zwar die Gefahr, mit einer alternativen Wahlbeteiligung letztlich Strauß zur Macht zu verhelfen. Andererseits seien zwei bis drei Prozent der Grünen und Bunten ohnehin nicht mehr bereit, SPD zu wählen. Diesen Sockel müsse man versuchen, auf fünf Prozent aufzustocken.

Im folgenden wurde die Position von A.Buro von mehreren lokalen SB-Gruppen scharf angegriffen (Tübingen, Erlangen, Saarbrücken). Letztlich stünde das Überleben des SB auf dem Spiel, wenn man bei den Grün-Bunten-Alternativen weiterhin Enthaltsamkeit übe. Die Tübinger vertraten die Position, eine neuerliche Unterordnung unter das „kleinere Übel“ und Aufgabe einer eigenständigen Alternative könne möglicherweise schlimmer sein, als das Risiko einzugehen, durch eine eigene Wahlbeteiligung die FDP aus dem Parlament zu kanten und eventuell Strauß an die Macht zu bringen. Aufgabe des SB müsse es sein, die Ökologiebewegung einerseits und neue Oppositionsansätze in den Gewerkschaften andererseits zu einem alternativen Block zusammenzuführen. Es ginge aber auch darum, eine Situation zu beenden, wo die Grünen ersatzweise „linke Leerstellen auf der Wahlebene“ besetzen. Es sei opportunistisch, „unter Selbstaufgabe die Grünen als neue APO (zu) feiern“. Die Tübinger formulieren daher Mindestforderungen radikaldemokratischer und gewerkschaftlicher Art an den programmatischen Inhalt eines solchen alternativen Blocks.

In ähnlicher Weise fordern die Erlanger SB-Genossen dazu auf, „in der Wahlpartei, die Grünen eine Fraktion basisdemokratischer Sozialisten zu bilden“. Chancen, die fünf Prozent zu überwinden, seien vorhanden, „wenn sehr viele Grüne, Bunte, Linke und Alternative darin mitmachen, besonders alle „vernünftigen“ linken Fraktionen und Gruppen“. Gruhl's Einfluß könne durch stärkeres Mitmischen der Linken und „argumentatives Auftreten an der Basis“ zurückgedrängt werden. Zusätzlich formulieren die Erlanger nach dem Vorbild „ihrer“ kommunalen Grünen Liste Kriterien für Funktionsträger innerhalb einer solchen Wahlliste (imperatives Mandat,

keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse u.a.). (Aus Thesenpapieren dieser beiden SB-Gruppen.)

Wie das Leben so spielt (...), dominierten in der Diskussion jedoch nicht diese „Basispositionen“ (die sicherlich auch weder in der „taz“ noch in der „links“ abgedruckt werden), sondern mehr die „universitäre Intelligenz“. Dabei ergab sich jedoch eine bisher unbekannte Differenzierung im SB. Eine Gruppe um Dany Diner drängte auf stärkere Interventionen des SB und setzt darauf, daß sich anlässlich des SPD-Parteitag im Dezember in Westberlin weitere Kräfte von der SPD absetzen werden (Atombeschlüsse). Buro und E. Jahn warnten dagegen immer wieder vor den katastrophalen Folgen, die es hätte, wenn man in irgendeiner Weise zur Machtübernahme von Strauß beitrage. In diesem Diskussionszusammenhang begründete ein Vertreter des Westberliner SB eine Teilnahme an einem Wahlbündnis gerade damit, daß die SPD- und DGB-Führung den Widerstand gegen Strauß z.B. in den Gewerkschaften mit allen Mitteln zu blockieren versuche.

Die Debatte wurde dann dadurch überlagert, daß Rudi Dutschke mit seinem bereits anderweitig erprobten Standard-Beitrag gegen die K-Gruppen (KB und „KPD“) die Differenzen zwischen den Grünen, Bunten und Alternativen in die Sitzung trug. Er sparte wie üblich nicht an Demagogie, dafür umso mehr an Belegen. Er wandte sich gegen eine „pseudolinke Dämonisierung von Gruhl“ vor allem durch den KB; denn Gruhl sei im Unterschied zu den Linken auf der Höhe der Zeit. Sozialistische oder kommunistische Positionen dürften nur geduldet werden, sofern sie sich auf Rosa Luxemburg berufen (die würde sich dafür bedanken!); jede Art von Leninismus sei dagegen auszuschließen. Im übrigen gäbe es Unvereinbarkeitsbeschlüsse „programmatischer Art“ schließlich bei jeder Partei. Dies alles ist hinlänglich bekannt und braucht hier nicht weiter berichtet zu werden. Bemerkenswert ist aber, daß sich Dutschke ebenso wie ein anwesender „taz“-Grüner mit Vehemenz gegen eine spezifische Anti-Strauß-Stoßrichtung linker Politik in diesem Wahlkampf aussprach. Dutschke: „Diese Brüllaktionen von DKP, KB und KPD (?) treiben dem Strauß doch nur die Arbeiter in die Arme.“ Manuel B. („taz“): „Den Vorschlag einer SB-Initiative gegen Strauß halte ich für ganz dubios. Das hat in Essen, Köln und Bremen doch nur der SPD genutzt.“ Auch in dieser Frage scheint sich Gruhl bei seinen Linken also durchgesetzt zu haben.

### „taz“ manipuliert

Die „taz“ hat als Tageszeitung den unersetzlichen Vorteil, drei Tage vor dem ARBEITERKAMPF über solche unersetzlichen Vorteile, drei Tage vor dem ARBEITERKAMPF über solche Anlässe berichten zu können (Ausgabe vom 26.10.). Sie hat den Nachteil, von Leuten redigiert zu werden, die sich nicht scheuen, durch dezente Manipulationen den Leser auf ihren (grünen) Kurs zu bringen. Einige wenige Beispiele:

Die „taz“ schreibt im Bericht über das SB-Treffen unter der Zwischenüberschrift „Bange machen gilt nicht – Strauß kommt zu früh“, daß „die Kandidatur von Strauß z.Zt. ohne große Chancen sei. Die Zersetzung des sozialdemokratischen Modell Deutschland sei heute noch nicht weit genug fortgeschritten“. Dies wird als quasi vereinheitlichte Auffassung auf der SB-Tagung dargestellt. In Wirklichkeit kam ein solcher unsinniger Beitrag von einem „KPD“-Vertreter. Dessen Thesen („Strauß ist durch die Manöver von Kohl und Albrecht zu einer vorzeitigen Kandidatur gezwungen worden“) mögen zwar ins derzeitige Konzept der Grünen passen; auf der Tagung war es jedoch so, daß dem sofort von mehreren SBlern widersprochen wurde (Tübingen, Westberlin).

„Willi Hoss und Rudi wandten sich auch gegen die von KB und KPD betriebene Diffamierung und Dämonisierung von Gruhl. Gruhl habe bereits gezeigt, daß er lernfähig sei“. Was Dutschkes Ausführungen angeht, so ist das richtig. Hoss äußerte sich zum Thema Gruhl wie folgt: Er habe eigentlich keine Sorgen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften. Da die Ursache der Widersprüche im kapitalistischen System liege, könnten diese Kräfte von uns letztlich überzeugt werden, oder sie scheiden aus der Bewegung aus. Zu den Kommunisten äußerte er sich in diesem Zusammenhang nicht. Aber es ist natürlich logisch, daß Dutschke bzw. seine „taz“-Genossen jetzt alles daran setzen, Hoss zu vermarkten.

Ein Genosse des  
KB/Gruppe Frankfurt

## Treffen zur Landtagswahl in NRW

Ca. 100 Mitglieder und Vertreter aus dem grünen und bunten Spektrum trafen sich am 21.10., um über eine mögliche landesweite Kandidatur zu den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres zu diskutieren.

Die große Mehrheit der Anwesenden sprach sich für eine alternative Kandidatur aus, die das ganze Spektrum der bisherigen Listen umfaßt. Allerdings gehen die Vorstellungen über die Form und die Programmatik einer solchen Kandidatur noch weit auseinander. Während die Vertreter der GAZ wieder Vorreiter einer raschen Parteigründung mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegenüber den Linken waren, wies die überwiegende Mehrheit der übrigen Sprecher darauf hin, daß eine reelle Chance nur dann besteht, wenn eine einheitliche Liste zustandekommt. Weiterhin kam zum Ausdruck, daß in einer Reihe von Initiativen überhaupt noch nicht über eine mögliche Beteiligung gesprochen wurde, oder sogar Zweifel bestehen, ob die bisherigen kommunalpolitischen Zusammenschlüsse überhaupt zu einer gemeinsamen Kandidatur in der Lage sind.

Von einer Reihe von Sprechern wurde darauf hingewiesen, daß gerade in Nordrhein-Westfalen, dem Land mit dem größten Arbeiteranteil in der BRD, die Arbeiter- und gewerkschaftlichen Forderungen einen besonderen Platz erhalten müssen. Interessant sind hierzu die Ausführungen eines Vertreters der GLU, Reinhard Engelhardt: „Tatsächliche Unterstützung im Wahlkampf aber wird wohl entscheidend davon abhängen, inwiefern die Wahlprogrammatik einer alternativen Liste sich nicht nur auf die klassische grünen und bunten Themen beschränkt, sondern hautnah an die Existenzprobleme der ar-

beitenden Bevölkerung herangeht, Arbeitsplatz-, Wohn-, Berufsbildungsprobleme etc. aufnimmt. Für die 'grüne' Propaganda ist vor allem im Ruhrgebiet die Aufrechterhaltung von vornherein deswegen nicht besonders günstig, weil die Menschen in dieser seit Jahrzehnten verdreckten, gesundheitsgeschädigten und zersiedelten Region sich an solche Umweltgeheimnisse man sie in ihren Arbeitsplatz- und Existenzsorgen nicht ernst, dann wird man mit der Umweltproblematik keinen Durchbruch erzielen können“. Die Antwort eines Vertreters der GAZ: „Arbeitsplätze

sind für uns kein Argument. Es gibt mehr Lehrstellen als Lehrlinge. Für uns steht die Zerstörung der Umwelt im Mittelpunkt“ (zitiert nach dem offiziellen Protokoll). Diese zynische Antwort zeigt, wie tief die Differenzen innerhalb der Wahlbewegung sind.

Vom Treffen ausgehend wurden Arbeitsgruppen gebildet, wobei die Fragen Betrieb und Gewerkschaft und Bildung/Berufsausbildung einen Schwerpunkt bilden sollten. Das nächste Treffen ist am 21.11., wo über die Frage der Kandidatur entschieden werden soll.

## Ratssitzung in Münster: „Große Koalition“ gegen die GAL

Im neuen Rat von Münster ist die Grüne alternative Liste (GAL) mit vier Sitzen vertreten. Die CDU hat die absolute Mehrheit mit 35 Sitzen, SPD und FDP stellen 23 bzw. 5 Vertreter.

Auf der ersten Ratssitzung wurde mit den Stimmen aller CDU-, SPD- und FDP-Vertreter ein neuer CDU-Oberbürgermeister gewählt. Dafür bekam dann die SPD einen Bürgermeisterposten ab.

Interessant wurde es bei der Besetzung der Ausschüsse. Zuerst wurde wiederum mit allen Stimmen der bürgerlichen Parteien die Sitzzahl des Hauptausschusses auf 24 erhöht, wodurch die absolute Mehrheit der CDU abgesichert wurde. Dann stellte die GAL einen Antrag, die Sitzzahl in einem anderen Ausschuß von 9 auf 10 zu erhöhen, da die GAL nach dem Proportionsverfahren erst in Ausschüssen ab 10 Mitgliedern vertreten

ist. Dieser Antrag wurde mit fast allen Stimmen der CDU, SPD und FDP abgelehnt. Lediglich einige SPDler konnten sich wenigstens zu einer Stimmenthaltung durchringen.

Interessant wird unter diesen Gesichtspunkten die erste Sitzung der Bezirksvertretung Nord. Dort herrscht die für Münster einmalige Situation, daß SPD, FDP und GAL zusammen über eine Mehrheit über die CDU verfügen. Die GAL hat der SPD angeboten, ihren Kandidaten für den Bezirksvorsteher unter bestimmten Voraussetzungen zu unterstützen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird es die SPD aber wohl vorziehen, eher eine Koalition mit der CDU einzugehen, als mit der GAL zusammenzugehen.

Nach einem Bericht der KB-Sympathisanten Münster



## Nach den Wahlen in NRW: Repressionswelle bei den Falken

Nach den tollen Erfolgen für bunte und grüne Listen in Nordrhein-Westfalen wird jetzt bei der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ kräftig geholt. Einem hauptamtlichen Sekretär im Bezirksbüro Westliches Westfalen ist bis zum Jahresende gekündigt worden, was einem Berufsverbot gleichkommt. Ihm und drei weiteren Falken droht der Ausschluss aus dem Verband, diverse NRW-Falken haben eine „Rüge“ vom Bezirksvorstand bekommen. Anlaß des Konflikts ist die Mitgliedschaft bzw. Kandidatur von Falken-Mitgliedern auf einer Bunten Liste, die einige treue SPD-Anhänger unter den Falken-Funktionären auf die Palme brachte.

Der Konflikt ist schon seit Anfang September offen ausgebrochen, aber erst jetzt in einem „Tagebuch eines Vorgangs“ als Broschüre veröffentlicht worden. Am 6. September forderte der Falken-Unterbezirksausschuß Gelsenkirchen „gegen den bekannten Kandidaten auf Bunten - Grünen Listen innerverbandliche Sofortmaßnahmen zu verhängen.“ Im Fall des Bezirkssekretärs, der für die BuLi Dortmund kandidierte und der hauptamtlicher Falken-Funktionär ist, wurden auch „arbeitsrechtliche Sofortmaßnahmen“ gefordert. Auf diesen Antrag schien man nur gewartet zu haben, denn noch am selben Tag erging an vier Falken, die sich als Kandidaten der BuLi Dortmund aufstellen lassen hatten, ein Schreiben des Unterbezirks Dortmund, in dem ihnen „ein Verstoß gegen die Beschlüsse des Verbandes“ vorgeworfen wurde. Dabei wurde sich in erster Linie auf einen auch bei den Falken existierenden Antikommunismus-Beschluß berufen („die Mitgliedschaft und das Tätigwerden für die Deutsche Kommunistische Partei und anderen Parteien als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (ist) mit der Mitgliedschaft in der SJD nicht vereinbar“). Diese Falken-Funktionäre gehen soweit, die Unvereinbarkeits-Beschlüsse jetzt auch auf Bunte Listen ausdehnen zu wollen. Das haben unseres Wissens bislang nicht einmal die ansonsten nicht zimperlichen Jusos gewagt. Zweitens wird auf die Bezirkssatzung verwiesen, in der die SPD als „alleinige Partei“ betrachtet wird, in der sich Falken „parteilich betätigen können.“

Schließlich mischte sich auch der Falken-Bundesvorsitzende Lenz ein, der gleich mit Hinweis auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse den Ausschluß der vier Genossen aus dem Verband forderte. Damit's nicht ganz so bürokratisch aussieht, schob er eine „politische“ Begründung nach. Ihr Verhalten sei „unsozialistisch“, weil sie gegen den sozialistischen Grundsatz „Freiheit der Diskussion und Einheit im Handeln“ (also SPD-Wahlen, Anm. AK) verstoßen hätten; ih-

Verhalten sei „vom Standpunkt der sozialistischen Pädagogik unverantwortlich“, denn sie hätten als hohe Funktionäre „wichtige Verbandsbeschlüsse bewußt mißachtet.“ Und schließlich übte er auf einigen Seiten Papier noch Salto Mortale, um ein scheinbar linke Kritik an den Bunten Listen zustande zu bringen.

Nachdem der Theoretiker Lenz dort analysiert, daß „das Engagement von jungen Arbeitern in diesen Gruppierungen nicht ihren Klasseninteressen (entspricht)“, kommt er zu dem glorreichen Schluß, „daß die SPD trotz ihrer bürgerlichen Politik eine Massenpartei ist, die in der Arbeiterbewegung die politische Führung ausübt. Das Bekenntnis des Verbandes zur sozialdemokratischen Bewegung hat deshalb die Einschätzung zum Ausgangspunkt, daß man sozialistische Politik nicht getrennt von den Arbeitern machen kann (von außen)“... (Lenz-Brief vom 7.10.). Das hört Helmut Schmidt sicherlich gern.

Gegen die Entlassung des einen hauptamtlichen Sekretärs und gegen die bevorstehenden Ausschlüsse hat es im Bezirk Westliches Westfalen und inzwischen auch in vielen anderen Bezirken erhebliche Proteste gegeben. Unterschriften wurden gesammelt, Falken-Funktionäre legten aus Protest ihre Ämter nieder und Genoss(inn)en des Bezirksbüros weigerten sich den Schriftverkehr, der mit der Kündigung ihres Kollegen zu tun hat, zu schreiben, zu kopieren und zu versenden. Wieder reagierten maßgebliche Funktionäre wie es in der SPD Brauch ist. Sie drohten „arbeitsrechtliche Schritte“ an.

Es ist also zu erwarten, daß noch weitere „Maßnahmen“ folgen werden. Die Falken, die sich immer gerne das Image eines linkssozialistisch-pluralistischen Verbandes geben, sind auf dem besten Wege, sich einer breiteren Strömung im Verband mit administrativen Mitteln zu entledigen, die die ausschließliche Orientierung auf die SPD durchbrechen will. Das könnte letztlich die Existenz des Verbandes aufs Spiel setzen, denn Befürworter der alternativen Wahlbewegung gibt es nicht nur im aktiven und mitgliederstärksten Westlichen Westfalen, sondern auch in vielen anderen Bundesländern. „Ständen die Befürworter von Kündigung und Ausschlüssen allein da, würde stimmen, was der Volksmund immer behauptet: Die Falken sind die Kinderorganisation der SPD!“ (aus „Tagebuch eines Vorgangs“, S. 43).

Eine Broschüre zur innerverbandlichen Diskussion bei den Falken: „Tagebuch eines Vorgangs“ ist erhältlich bei

Marianne Hübner  
Stockumerstr. 229  
4600 Dortmund 50

## Bunte Liste-Treffen in Aurich

„Am 9. Oktober trafen sich etwa 35 Personen aus verschiedenen Initiativen und Gruppen aus Aurich, Emden, Esens, Wittmund, Varel und Wilhelmshaven.“

Schwerpunkt des Abends war das Sammeln von Forderungen und Positionen der verschiedenen Gruppen und Personen... Die Gruppe machte es sich zur Aufgabe, diese in der nächsten Sitzung auszuführen, zu erweitern und zu diskutieren. Dieser Schritt soll zeigen, ob die verschiedenen Initiativen und Gruppen ähnliche oder gleiche Positionen beziehen und eine Zusammenarbeit sinnvoll und erstrebenswert ist. Eine Diskussion über eine mögliche Organisationsform und mögliche Ansatzpunkte und Arbeitsbereiche, wie z.

B. eine Wahlbeteiligung wurde deshalb vorerst zurückgestellt...

Außerdem wurde über das demnächst stattfindende erste Bunte-Liste-Treffen in Oldenburg informiert.

Das nächste Bunte-Liste-Treffen in Aurich findet am Mittwoch, dem 17. Oktober 1979, um 20.00 Uhr in der Gaststätte „Weißer Schwan“ in Aurich statt.

(Aus der Pressemitteilung des Treffens)

Initiative für eine Bunte Liste Aurich

c/o Bernd Tobiasen  
Danziger Str. 44  
2932 Zetel 1

### Oldenburg

#### 1. Treffen der Initiative für eine bundesweite bunte/alternative Liste

Auf Einladung einiger GLU-Mitglieder fand in Oldenburg das erste offizielle Treffen der Initiative für eine bunte/alternative Liste statt, bei dem ca. 30 Personen anwesend waren. Ein GLU-Mitglied hielt ein Referat zur bisherigen Entwicklung der Wahlbewegung sowie zum aktuellen Stand der Einigungsgespräche zwischen der bunten/alternativen und grünen Wahlbewegung in Hinblick auf die Bundestagswahlen.

Die Diskussion ergab, daß der

überwiegende Teil der Anwesenden zunächst den Schwerpunkt auf die Entwicklung einer aktiven Kommunalpolitik legen will. Es wurde festgestellt, daß der Kreis in seiner Zusammensetzung noch nicht repräsentativ für Oldenburg ist. Es wurde beschlossen, zum nächsten Treffen am 9.11.79 noch einmal alle Initiativen und Einzelpersonen über den „Nordwind“ (Stadtzeitung) einzuladen und zum mitmachen aufzufordern. KB/Gruppe Oldenburg

## „Das kleinere Übel wählen, um das größere zu verhindern“?

Ein trauriges Bild bot die Linke auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse in Bezug auf ihre Haltung zu den kommenden Bundestagswahlen 1980. Eine Agitation gegen Strauß gab es lediglich an den Messeständen und Büchertischen der DKP und des KB, die durch Neuerscheinungen („Kandidat Strauß“, „Die Affären des Herrn F. Strauß“, „Strauß – Nein danke“) und Aufkleber gegen Strauß rege Aufmerksamkeit beim Messepublikum erregten. Zwei Veranstaltungen, über die wir hier berichten wollen, hatten die Bundestagswahlen zum Thema und waren gewissermaßen charakteristisch für das Dilemma, in dem sich die meisten Linken befinden.

### „Was tun gegen Strauß?“

...lautete die Veranstaltung der Redaktion der Tageszeitung „Die Neue“, die von ca. 150 Leuten besucht war. Podiumsdiskutanten waren L. Gremliza („konkret“), Klaus Thüsing (SPD-MdB), Professor Frank Deppe (Marburger Schule), Martin Buchholz („Die Neue“), Dietrich Habicht Benthin („progress dritte welt“). Darüber hinaus waren gewerkschaftliche Vertreter eingeladen, die kurz vor der Veranstaltung ihre Teilnahme absagten, darunter Christian Götz (HBV) und Gottfried Heil (Landesjugendsekretär des DGB Hessen). Sollte hier das Strauß-Vetter-Komplot eine Rolle gespielt haben? Möglich wäre das schon, denn „Die Neue“ hatte zur Diskussionsgrundlage für diese Veranstaltung ein Interview mit Wolfgang Abendroth in einer Sonderbrochüre veröffentlicht, in dem er scharfe Angriffe gegen die CSU und ihre Spaltungsversuche führt, aber auch die antikomunistische Kampagne im DGB verurteilt und von Oertzen als nützliche Idioten der Reaktion bezeichnet.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde von der Redaktion „Die Neue“ beklagt, daß ihre Abonnentenzahl immer noch bei nur 14.000 liegt und somit die Tageszeitung in der Krise steckt. Sie wüßten nicht, ob sie die Zeitung noch lange halten könnten. Ein neuer Versuch soll mit einer breiteren und offeneren Diskussion in der Zeitung zu den Bundestagswahlen 1980 gemacht werden, um die Linke für „Die Neue“ zu gewinnen.

Abendroths in der Broschüre abgedruckten Thesen wurden stellvertretend von einem Redakteur der „Neuen“ vorgetragen und sollten als Diskussionsgrundlage der Podiumsteilnehmer dienen: „Allein, daß Strauß zur Wahl antritt, erleichtert es demnach der SPD-Führung, bestehende sachliche Differenzen zur Christdemokratie so weit wie gewünscht zu reduzieren. Die Präsentation des Kanzlerkandidaten wird die politische Entwicklung in den nächsten Monaten bestimmen, seine Amtsübernahme scheint da gar nicht nötig. Abendroth hält sie für wenig wahrscheinlich, solange sich die wirtschaftliche Situation nicht dramatisch verschlechtert. Erst bei ungleich scharfer Depression könnte der starke Mann aus Bayern mit der von ihm vertretenen Politik den wirtschaftlich Mächtigen eine wirkliche Alternative zum starken Mann aus Hamburg werden“ (Broschüre „Die Neue diskutiert: Was tun gegen Strauß?“). Zur Wahlbeteiligung der Linken äußert sich Abendroth wie folgt: „Voraussetzung dafür wäre es allerdings, eine sowohl inhaltlich als auch organisatorisch glaubwürdige Position zu schaffen. Ein Bündnis mit anderen Werten, in dem wir die bisherige sektenhafte Abschottung der linken Gruppen und Fraktionen hinter uns lassen, ein Bündnis, das (Beispiel: Position zur Atomenergie bei Grünen und DKP) interne Kontroversen zu ertragen und zu diskutieren in der Lage ist. Alleinige Richtschnur: eine gemeinsame aktive Politik gegen die bundesrepublikanische Rechtsentwicklung, symbolisiert durch die Person Strauß, betrieben aber auch schon durch die Regierung Schmidt. Langfristig, so Abendroth, müßte sich dabei schließlich auch die Frage nach dem Aufbau einer sozialistischen Parteialternative stellen, die dann mehr verkörpert als den bloßen Willensakt einer Gründerversammlung“ (a.a.O.).

Nach diesem Einstieg begann die Debatte auf dem Podium. Gremliza, wohl der ehrlichste Diskutant auf dem Podium, mochte keine SPD-Wahlempfehlung mehr abgeben. Er äußerte sich allerdings besorgt über die Linke in

der BRD, die vor Jahren sicher anders — auch gerade hier auf der Buchmesse — gegen eine Kanzlerkandidatur von Strauß vorgegangen wäre. Ob mit einer derart resignierten Linke eine Alternative zu schaffen sei, wäre sehr fragwürdig. Er sei da sehr ratlos, was wir machen könnten und erwarte eigentlich Anstöße durch diese Veranstaltung.

Thüsing (SPD) war durchaus sehr radikal, solange es gegen die CSU/CDU ging: Strauß bedeute nicht nur drohenden Faschismus, sondern auch Faschismus in der Demokratie. Mehrmals betonte er, daß Eier gegen auf sein Verständnis trafen und verteidigte die „Krawalle“. Seine Hauptintention auf dieser Veranstaltung war aber eindeutig: die Linke muß an die SPD „herangeführt“ werden, denn massive Kritik von außen stärke die Linke in der SPD. Zwischenrufe „Wir wollen aber nicht an die SPD herangeführt werden“, stoppten Thüsings Integrationskurs keineswegs. Als einziger und dazu noch überraschend nahm Deppe zu dem Bremer Wahlausgang Stellung: Mit dem Sprung der Grünen ins Parlament sei ein erster Erfolg errungen, der bei allen Differenzen, die er persönlich hätte, doch erfreulich sei. Eine wirkliche Alternative müßte sich jedoch viel stärker an der Arbeiterbewegung orientieren. Den meisten Rednern war freilich gemeinsam, über die Krise der Linken zu jammern, andererseits aber selbst keine klare Initiative ergreifen zu wollen. Dies wurde auch in einem KB-Beitrag aufgegriffen: Daß schon viel gewonnen wäre, wenn Leute, wie sie hier auf einem Podium sitzen, sich an einer alternativen Wahlinitiative gemeinsam mit Grünen, Buntten und Alternativen Listen beteiligt würden. Das Bündnis „Rock gegen Rechts“ habe beispielsweise vielen Menschen wieder Mut gemacht. Ein derartig breites Bündnis von über 100 Initiativen, Organisationen und Parteien sollte wieder möglich werden zu den Bundestagswahlen 1980. Das kann die Antwort der Linken auf Strauß sein.

### „Was sollen wir wählen?“

Das war die Fragestellung einer Veranstaltung der Zeitschrift „Kritik“ (für sozialistische Diskussion). Über 500 Menschen kamen dorthin. „Kritik“ hat ebenfalls ein Sonderheft zu den Bundestagswahlen herausgegeben. Verschiedene Autoren stellen ihre Meinung zur Diskussion: Elmar Altwater, Ossip K. Flechtheim, Christoph Strässer (Judo-Bundesvorsitzender), Jakob Moneta, Jürgen Reents (KB). Bis auf J. Reents, der nicht eingeladen wurde (Zufall?), waren alle Autoren und weitere Teilnehmer wie Gerhard Schröder (Juso-Bundesvorsitzender), Bernd Rabehl (Juso-Bundesvorsitzender), Bernd Rabehl („Langer Marsch“) eingeladen. Mandel und Moneta hatten den Veranstaltungsort abgesagt. Flechtheim nahm ohne Zweifel die fortschrittlichste Position auf dieser Veranstaltung ein. Ein grün-rot-schwarzes Bündnis (Ökologie, Sozialismus, Gewaltfrei-anarchismus) würde seinen Vorstellungen entsprechen. Er befürchte aber, daß die Fünf-Prozent-Hürde nicht genommen wird. Sollte ein Bündnis nicht zustande kommen, müßten wir zähneknirschend

die Wahl der SPD erwägen. E. Altwater propagierte in erster Linie den Kampf gegen die Fünf-Prozent-Klausel: In keinem europäischen Land seien Wahlen so undemokratisch. Ein linkes Bündnis entspreche auch seinen Intentionen: Er würde die Wahl der SPD als Demonstration der Bedeutungslosigkeit der Linken in der BRD empfinden.

C. Strässer und G. Schröder sprachen sich selbstverständlich gegen eine alternative Wahlbeteiligung aus. Sie kennzeichneten diese sogar als Gefahr und prophezeiten, daß bis 1984 keine öffentliche Diskussion über alternative Wahlbeteiligung mehr möglich sein werde. Mit anderen Worten: Ein alternatives Bündnis stärke Strauß und schwäche die SPD. Die Linke müßte jetzt zur SPD stehen und nicht eine Gleichmacherei von Strauß und Schmidt betreiben. Strauß bedeute für sie einen autoritär-konservativen Staat, Schmidt heiße politische Demokratie, in der oppositionelle Gruppen ohne weiteres legal weiterarbeiten könnten. Die Bremer Wählerfolge der Grünen stellten sie als eine Besonderheit für die BRD dar, die nicht wiederholbar wäre. Interessant war die Antwort Schröders auf einen KB-Beitrag, in dem er gefragt wurde, ob es wahr sei, daß es im Juso-Bundesvorstand einen Unvereinbarkeitsbeschluß gibt, an Anti-Strauß-Komitees gemeinsam mit anderen Linken teilzunehmen. Frechdreist wurde darauf geantwortet, wer die SPD wähle und dazu aufrufe, könne selbstverständlich mit den Jusos zusammenarbeiten. Wir (KB) und andere wollten die Jusos nur vor unseren Karren spannen. Als Beispiel konnte Schröder allerdings nur (nicht nachprüfbar) Geschichten über das Verhalten der DKP in Nordrhein-Westfalen bringen. Mit anderen Worten:

Schröder macht Aktionseinheiten gegen rechts von einer Unterstützung der SPD abhängig — eine für einen Sozialisten absurde Position (vor allem vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte!).

B. Rabehl findet die Idee einer radikalen Partei gut, dazu müsse aber erst eine Massenbewegung jenseits der SPD bestehen. Heute müßten wir Forderungen an die SPD stellen, ihre Reformpolitik müsse wieder angepackt werden. Die Linke in der BRD wäre zusammen acht bis 15 % stark, sei aber zu zerstückelt, um eine Alternative in Angriff zu nehmen. In erster Linie stehe heute an, Strauß zu verhindern und die SPD zu Zugeständnissen zu zwingen.

Bemerkenswert war, daß Rabehl sich nicht nur faktisch für eine SPD-Wahl aussprach, sondern ganz wie Schröder plump-demagogisch gegen den Aufbau von Anti-Strauß-Initiativen wettete. Rabehl hatte insgesamt einen dümmlich-arraganten Auftritt mit dem unerträglichen Anspruch, als Angehöriger der „universitären Intelligenz“ (!), andere belehren zu müssen.

Am Ende konnte man/frau sich noch über zwei trotzkistische Beiträge wundern, in denen Vertreter der GIM und der SAG zur Wahl der SPD aufriefen (die Diskussion darüber ist in beiden Organisationen jedoch noch nicht abgeschlossen).

Eine Hamburger Genossin

## Gegen Strauß — Für eine Alternative

Unter diesem Motto veranstalteten Lüneburger „Sympathisanten der Buntten und Alternativen Listen“ am 23.10. einen erfolgreichen Diskussionsabend. Ca. 45 Interessierte — darunter Mitglieder von SPD, GLU, AUD, „KPD“ und KB — diskutierten über eine mögliche fortschrittliche Alternative zu den Bundestagswahlen. Nahezu alle Diskussionsteilnehmer standen einer solchen Alternative „positiv gegenüber — dennoch blieb eine Reihe von Fragen offen: Mitglieder der AUD betonten, daß bereits die „Grünen“ dem fortschrittlichen Anspruch gerecht würden.

Ein GLU-Vertreter erklärte, daß sich seit der Europawahl die GLU nach links geöffnet habe. Andererseits trat er mit Blick auf den KB für einen Unvereinbarkeitsbeschluß ge-

gen „ferngesteuerte“ Kommunisten ein und lehnte eine basisorientierte Politik ab, da die Bürgerinitiativen „ein schwer zu fassender Gesprächspartner“ seien.

Erwartungsgemäß kritisierten insbesondere Vertreter der KPD die Anti-Strauß-Stoßrichtung im Aufruf-Flugblatt, da dieser lediglich „einige Nuancen“ schärfer vorgehen würde. Diese Punkte bleiben auf der Tagesordnung.

Mehrere Teilnehmer erklärten spontan ihr Interesse, am Offenbacher Bundestreffen teilzunehmen.

Alle Teilnehmer (bis auf ein SPD-Mitglied und der GLU-Vertreter) wollen unmittelbar nach Offenbach über weitere Schritte beraten.

KB/Gruppe Lüneburg



# Die Grünen in Bayern — kein guter Anfang

Einen Tag nach der Gründung eines bayerischen Landesverbandes der Grünen (siehe AK 164) gab der frisch gekürte 1. Vorsitzende Resch dem CSU-Blatt Münchner Merkur ein Interview, in dem er auf die Frage, wie er „die Partei gegen radikale Abgrenzungen wolle“, antwortete:

„Allein schon durch unsere programmatische Aussage ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei. Kommunisten haben bei uns ebenso wenig Platz wie Rechtsradikale. Mitglieder kommunistischer Organisationen beispielsweise können durch einen Unvereinbarkeitsbeschluss nicht auch bei uns Mitglied werden.“ (MM, 9.10)

Damit kündigte Resch an, was er mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss der bayerischen Grünen vorhat. In der Satzung des Landesverbandes gibt es zwar keinen ausdrücklichen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen Kommunisten, allerdings einen gegen Organisationen, die nach dem 1.1.79 zu irgendeiner Wahl angetreten sind. Daß sich das weit auslegen läßt, zeigte die erst Vorstandssitzung der Grünen/Bayern: Dort wurde gegen 5 Grüne Ausschlußanträge gestellt, einer richtete sich gegen ein als KB-Aktivist bekanntes Mitglied der Grünen. Begründung: Der KB habe in Bremen als „Alternative Liste“ kandidiert und falle demnach unter den bayerischen Unvereinbarkeits-Paragraphen! Für diesen Ausschluß stimmten die Vorstandsmitglieder Resch, Kaub (frisch aus der SPD ausgetreten — und dann schon so was!) und die als sehr konservativ bekannte Frau Krankenhagen; mit 4 Gegenstimmen wurde der Antrag dann allerdings abgelehnt.

In ähnlich atemberaubender „demokratischer“ Manier verschaffte Resch dem erst seit wenigen Tagen „erwerbslosen“, ehemaligen SPD-Geschäftsführer Kaub einen neuen, einträglichen Job: Für 4 200 DM im Monat soll er zukünftig die (noch einzurichtende) Geschäftsstelle der

bayerischen Grünen in München leiten. Anders schien Resch diesen neuen (aber offenbar so wertvollen) „Grünen“ nicht halten zu können, denn — so Resch — Kaub sitze ja nun sozusagen auf der Straße und, wenn man nicht schnell genug zugeife, würde sich der in Parteifragen ach so erfahrene Mann bald nach etwas anderem umsehen. Mit 5 Pro-Stimmen und 2 Enthaltungen wurde dann im Vorstand Kaubs Einstellung abgelehnt. Das ganze bedeutet eine totale Verarschung der grünen „Basis“: war Kaub noch 5 Tage vorher mit großer Mehrheit in den Vorstand gewählt worden, trat er jetzt schon wieder zurück, weil nach der bayerischen Satzung Angestellte der Partei nicht gleichzeitig einen Vorstandsposten besetzen dürfen. Daß Kaub „zu Höherem berufen“ war und dies auch seinen Preis kostet, hatten Resch und Kaub der grünen Basis offenbar nicht zumuten wollen.

Der dritte „Hammer“ war ein Antrag von Resch, die in der Satzung verankerte Öffentlichkeit von Vorstandssitzungen (für Mitglieder) einzuschränken. Obwohl mit großer Mehrheit von den Mitgliedern der Grünen verabschiedet, war für Resch die Vorstandsöffentlichkeit ein Hemmnis seiner Tätigkeit — kein Wunder bei einer solchen Mäuschel- und Putschpolitik. Er erreichte einen „Kompromiß“: Bei bestimmten Problemen können die Mitglieder von Vorstandssitzungen ausgeschlossen werden. Das bekamen einige anwesende Grüne auch gleich zu spüren: Bei „heiklen“ Punkten (das waren allemal die interessantesten), z.B. das Kaub-Manöver oder der Ausschluß-Versuch, wurden sie vor die Tür geschickt.

Diese ersten Proben vom Basisdemokratie-Verständnis einiger grüner Vorstandsmitglieder dürften wohl kaum dem entsprechen, was viele Grüne als einen ihrer vier „Eckpfeiler“ verstehen.

KB/Gruppe Nürnberg

## Aufruf für die Aufhebung der 5 %-Klausel

Seit 1952 beeinträchtigt die Fünfprozentklausel die demokratische Meinungsbildung in der Bundesrepublik. Angeblich soll sie einer Parteienzersplitterung vorbeugen und die Stabilität der Demokratie gewährleisten. Tatsächlich verletzt sie die politische Chancengleichheit, hat sie sich als Hindernis für die Verteidigung der Demokratie erwiesen und leistet heute unverkennbar nur politischen Rechtsentwicklungen Vorschub.

Die zwischen dem parlamentarischen und dem vermittelten Volkswillen und der Praxis der Bundestagsparteien aufgebrochene Kluft wird heute vor allem der jungen Generation bewußt. Die allgemein beklagte politische Legitimationskrise hat eine ihrer Hauptursachen darin, daß die Forderungen und Alternativvorstellungen breiter Bürgerbewegungen aufgrund der Fünfprozentklausel parlamentarisch nicht wirksam werden können. Wo legitimen Interessen der Weg zur politischen Umsetzung versperrt ist, sind Resignation und Rückzug aus der Politik verständliche Folgen. Die Rechtskräfte versuchen, dieses Unbehagen für sich zu nutzen, indem sie den Wählern in Gestalt des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß den „starken Mann“ als Krisenaustrag anbieten. Die sozialliberalen Parteien aber bleiben, solange alternativen demokratischen Kräften die Parlamente verschlossen sind, dem Nötigungsdruck der Rechtskräfte und der Versuchung ausgesetzt, sich von ihnen das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen.

Die Fünfprozentklausel begünstigt somit die Aushöhlung und Zerstörung der Demokratie im Sinne der Rechtskräfte. Sie steht im praktischen Widerspruch zu ihrer vorgeblichen Funktion, die Demokratie zu wahren. Sie wirkt sich als Fessel für deren Verteidiger aus. Sie verhindert die zur Abwehr der Offensive der Rechtskräfte heute dringend erforderliche Belebung der parlamentarischen Demokratie durch die in unserer Gesellschaft entstandenen vielfältigen Alternativbewegungen.

Daher appellieren wir an die gesamte demokratische Öffentlichkeit und die Mandatsträger in Bund, Ländern und Gemeinden, sich für die Aufhebung der Fünfprozentklausel einzusetzen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die diese Klausel nur für zulässig, aber nicht für geboten erklärt hat, steht dem nicht im Wege. Die Diskussion hat begonnen, sie muß jetzt zu praktischem Erfolg geführt werden.

— Prof. Dr. Wolfgang Abendroth  
— Prof. Dr. Klaus Altland  
— Carl Amery  
— Prof. Dr. Frank Benseler  
— Peter O. Chotjewitz  
— Prof. Dr. Gine Elsner  
— Heinrich Hannover  
— Prof. Dr. Walter Kreck  
— Franz Xaver Kroetz  
— Prof. Dr. Reinhard Kühnl  
— Prof. Dr. Jürgen A. E. Meyer  
— Dr. Reinhard Opitz  
— Prof. Dr. Helmut Ridder  
— Prof. Dr. Gerhard Stuby  
— Gösta Freiherr von Uexküll  
— Prof. Dr. Roderich Walsner

\*\*\*

## Für eine breite Unterstützung dieses Aufrufs

Seitdem grüne und bunte Listen kandidieren, aber noch keine 5 % erreichen konnten, und seitdem auch die FDP hier und da den sog. „Splittergruppen“ unterhalb der 5 %-Marke Gesellschaft leistet — seitdem haben wir in der Bundesrepublik den Zustand, daß bis zu 12 % der Wählerstimmen in einigen Parlamenten nicht repräsentiert sind. Aus diesem Grunde haben mehrere demokratische Persönlichkeiten eine Initiative zur Diskussion und Abschaffung dieses Mißstandes ergriffen. Auf einer Pressekonferenz am 12.10.79 im Rahmen der Frankfurter Buchmesse wurde diese Initiative vorgestellt. Prof. Helmut Ridder (Gießen) begründete im Gespräch mit der Presse die Initiative vor allem mit dem Hinweis darauf, daß sich der in der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß sichtbar werdende Gefahr, die in den achtziger Jahren absehbar zunehmenden sozialen Konflikte und innenpolitischen Polarisierungen könnten mit einer Neuaufgabe autoritätsstaatlicher Krisenbewältigungsversuche beantwortet werden, nur durch Öffnung der Parlamente für die in den letzten Jahren zu einem immer größeren Wähleranteil angewachsenen demokratischen Bewegungen begegnen ließe.

Dr. Reinhard Opitz teilte noch folgendes mit: „Die Initiatoren verstehen den Aufruf ... als einen notwendigen Anstoß zur Diskussion, werden von nun an weitere Unterschriften sammeln und sich vor allem auch für die stärkere publizistische Behandlung des Themas einsetzen, wofür sie alle Medien um Unterstützung bitten.“ Dem Wunsch kommen wir gerne nach und fordern alle Genoss(inn)en des KB, die in grünen und bunten Listen mitarbeiten, auf, sich für eine breite Unterschriftensammlung für diese Initiative einzusetzen. Interessenten wenden sich am besten direkt an:

Dr. Reinhard Opitz  
Chamissostraße 2  
5000 Köln 30

Alex./KB-Hannover

## Links schreien — rechts wählen Die SAG wählt 1980 SPD

Am 6./7.10. ist auf einer Vollversammlung der SAG beschlossen worden, „zusammen mit all denen für die SPD zu stimmen, die Strauß mit dem Wahlzettel verhindern wollen“ („Stopp Strauß!“ und „Sozialistische Arbeiterzeitung“ — „SAZ“ 85 S. 10). Gleichzeitig ist man aber auch der Meinung: „Was die wirtschaftlichen und politischen Ziele angeht, so ist der Unterschied zwischen der von Schmidt geführten SPD und der von Strauß geführten CDU/CSU unseres Erachtens nicht größer als der zwischen Pest und Cholera“ („SAZ“ Nr. 85).

Daß man von dieser Parole bis zu einer SPD-Wahlempfehlung eine ganze Wendeltreppe der „Argumente“ hinabsteigen muß, liegt in der Natur der Sache. Wir wollen diese Art von „Logik“ hier — gerafft, versteht sich — darstellen:

Obwohl SPD und CDU/CSU wie Pest und Cholera sind, wäre ein Wahlsieg von Strauß eine ungeheure politische Niederlage für die Arbeiterbewegung, da die Arbeiterbewegung vor den offenen Angriffen des Gegners resigniert und sich kampflös unterworfen hätte. Diese Niederlage müsse verhindert werden. Sie könne verhindert werden, wenn es zu einer Polarisierung kommt. Da müsse verhindert werden, wenn es zu einer Polarisierung kommt. Da Schmidt eine Polarisierung aber nicht will, liege hier die Verantwortung der Linken und der Basisbewegung. Da zusätzlich die Strauß-Kandidatur den Wunsch nach Einheit noch verstärken wird, werde nur eine einheitliche Anti-Strauß-Kampagne der Verantwortung gerecht werden können, da sie bedeutend mehr Menschen mobilisieren würde als zwei oder drei getrennte Anti-Strauß-Kampagnen. Dies verpflichte alle, die einheitliche Aktion gegen die Strauß-Kandidatur nicht an politischen Meinungsverschiedenheiten scheitern zu lassen, die in dieser Aktion keine unmittelbare praktische Rolle spielen. Die traditionell sehr unterschiedliche Haltung der Linken zu den Wahlen erschwere den einheitlichen Widerstand.

Da es aber auch nicht möglich sei, in einer gemeinsamen Kampagne gegen Strauß die strittige Frage der Wahlen auszusparen, sollten alle die Möglichkeiten der Vereinheitlichung in der Wahlfrage prüfen ... Man ahnt schon, was als kleinster gemeinsamer Nenner angeboten wird: Alle sollen in sich gehen (z. B. „ob der Versuch, eine gemeinsame grün-bunte-alternative Kandidatur zustande zu bringen ... nicht zwangsläufig mit unverantwortlichen Zugeständnissen an jeden rechten Bündnispartner bezahlt wird“), und da es „ein Gebot der Solidarität und die Voraussetzung für den Aufbau einer wirksamen Anti-Strauß-Bewegung ist, zusammen mit all denen für die SPD zu stimmen, die Strauß mit dem Wahlzettel verhindern wollen“.

Man sieht, viele Wege führen zur SPD-Wahl, auch die gewundenen! Der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Begründung liegt darin, gemeinsame Aktionen mit „sozialdemokratischen Arbeitern“ gegen Strauß für politisch relevanter zu erklären, als die inzwischen zur Realität gewordene Lösung breiter Schichten von SPD und FDP. Nach Meinung der SAG hat nur so die Linke eine Chance, „die Schranken der politischen Isolation gegenüber Teilen der sozialdemokratischen Wählerschaft zu durchbrechen“ („SAZ“ 83).

Die SAG setzt mit dieser SPD-Empfehlung eine Tradition fort. Schon bei den Landtagswahlen 1978 in Niedersachsen wollte sie, nachdem sie sich zuvor um eine Kandidatur a la WGA Hameln (Wählergemeinschaft Atomkraft — Nein Danke) bemüht hatte, die „Arbeiter dabei unterstützen“, mit der Wahl von SPD-Ravens den CDU-Albrecht zu verhindern. (Die WGA selbst rief zur Wahl der GLU auf).

Bleibt zu hoffen, daß die SAG nun nicht auch noch den einzigen Wahlansatz, in dem sie mitarbeitet, die WGA Hameln, auf die SPD-Wahl einschwören will.

Alex, KB Hannover

## So wählen die anderen

### KPD/ML kandidiert im Kostüm

Die KPD/ML will bei den Bundestagswahlen 1980 unter falschem Namen ihr Glück versuchen: Am 6.10. gründete sie eigens zu diesem Zweck die „VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg; für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“. Die „Volksfront“, so verkündet jetzt die KPD/ML, sei „ein Zusammenschluß von antifaschistischen und demokratisch gesinnten Menschen ... über die Grenzen der Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit hinweg“. Daß zum Zwecke eines solchen Zusammenschlusses irgendwelche Bündnisgespräche oder gar öffentliche Auseinandersetzungen stattgefunden hätten, ist freilich nicht bekannt. Vielmehr scheint die KPD/ML sich mit der „Volksfront“ ein weiteres Juwel in der Kollektion ihrer „Massen“-Kostüme (RGO, Front gegen Reaktion und Faschismus, Revolutionäres Landvolk) zulegen zu wollen. Die Spekulation bei dieser Maskerade liegt auf der Hand: „Volksfront“ klingt besser als KPD/ML und dürfte — dank der zu erwartenden Hetze der CDU/CSU — 1980 sowieso eine wichtige Vokabel im Wahlkampf werden. Mag sein, daß die KPD/ML sich damit ein paar Stimmen mehr ergaunern kann. Unter der Promille-Grenze wird sie wohl

trotzdem bleiben. (Zitate aus „Roter Morgen“, 19.10.).

### Der KBW bleibt sauber

Unter seinem richtigen Namen scheint hingegen der KBW 1980 kandidieren zu wollen. Sein Rang als „führende Kraft der Arbeitereinheit“ und der „Einheit der Volksmassen“ sowie „revolutionärer Flügel der Arbeiterbewegung“ erlaubt gar nichts anderes. „Ein wie immer geartetes ‚linkes‘, nicht klassenmäßig bestimmtes Bündnis, oder ein Bündnis unter der Flagge ‚Einheit der Marxisten-Leninisten‘“ kommt für den KBW auch 1980 nicht in Frage. Freilich hat der KBW ja sein Programm und „auf Grundlage dieses Programms“ hält der KBW immerhin ein „Zusammengehen ... mit anderen Organisationen oder parteilosen Kandidaten“ für möglich (Zitate aus „KVZ“, 15.10.). Ärgerlich ist diese Festlegung des KBW vor allem für die radikal-vaterländische MLD, deren Projekt eines „marxistisch-leninistischen“ Wahlbündnisses damit wohl endgültig gestorben sein dürfte.

### GIM für Wahl der SPD?

Zwar steht die endgültige Festlegung der rechtstrotzkistischen GIM noch aus und dürfte auch nicht ohne innere Querelen über die Bühne gehen, aber faktisch scheint die Entscheidung

schon festzustehen: Die GIM wird 1980 zur Wahl der SPD aufrufen. So jedenfalls argumentierte Winfried Wolf, führendes Mitglied der GIM, bei einer Podiumsdiskussion in Frankfurt. Möglich sei freilich ein Stimmensplitting, bei dem die SPD auf jeden Fall die Zweitstimme kriegte; für die Erststimme könnten in einigen Wahlkreisen mit sehr rechten SPD-Kandidaten auch Gegenkandidaten nominiert werden. Lange genug hat die GIM nicht nur an den grünen, sondern auch an den „bunten“ und „alternativen“ Wahlprogramm herumgemäkelt: Es war ihr alles nicht links und sozialistisch genug. So soll jetzt die Wahl der SPD als pfiffige linke Strategie verkauft werden, um die SPD wieder nach links zu drängen. Diese pfiffige Strategie ist so ausgelatscht und kaputt, daß selbst die Jusos sie heute kaum noch anbieten mögen. Ein weiterer Schritt der GIM zur totalen politischen Bedeutungslosigkeit! (Angaben zur Podiumsdiskussion: TAZ, 18.10.).

### „Spartacus“ hegt Träume

Die trotzkistische Gruppe „Spartacusbund“ hat sich viel vorgenommen. Sie wertet an einem „kommunistischen Wahlbündnis“, das „überkommene Verhärtungen und Zersplitterungen der bundesdeutschen Linken überwinden“ kann und außerdem in der Lage sein soll, „zu praktischen Aktionen überzugehen“. „Alle Organisationen der Arbeiterbewegung und alle klassenbewußten Arbeiter“ sind eingeladen, an diesem breiten Wahlbündnis teilzuhaben. Ein Treffen vor ein paar Wochen sollte die antikapitalistischen Kräfte fest zusammenschweißen. Erschienen waren — außer einem „Beobachter“ des KB — nur der „Spartacusbund“ selbst sowie die „Kommunistische Liga“ (ebenfalls eine trotzkistische Gruppe). Nicht erschienen war — ohne Begründung — die GIM, sowie — „aus technischen Gründen“ — die SAG. Seltsamerweise war auch das SB eingeladen worden. Die Verunreinigung des kommunistischen Wahlbündnisses durch diese S-Gruppe unterließ jedoch, da das SB nicht aufkreuzte.

Interessant mag dieses Projekt immerhin für die inner-trotzkistischen Linienkämpfe sein, beispielsweise für die Linke in der GIM.

NEU

## Bunte - Liste Kongreß 27/28.10

Seite 13

### Bunte Liste Zeitung



Nr. 9 Hamburg 23.10.1979 So Plening

### Giftskandal Eimsbüttel

## Wieviele Bomben ticken noch?



Hexa-Gras Benzol-Kohl!









# Nachrichten vom Widerstand

## Zwischenlager in Gorleben?

Am 6.10. erklärte Albrecht, die Landesregierung „habe nicht die Absicht, ein Zwischenlager nach Gorleben zu legen, ... es sei denn, eine überwiegende Mehrheit der gewählten politischen Vertreter im Kreise Lüchow-Dannenberg wünschten dies ausdrücklich“ („EJZ“, 8.10.). Obwohl dieser Vorschlag die vom „Bürgerwillen“ arg strapazierten Kommunalpolitiker mit Sicherheit nicht begeistert hat, folgte die Antwort prompt:

Am 12.10. erläuterte CDU-MdL Grill den Beschluß der Lüchow-Dannenberg CDU-Kreistagsfraktion (sie besitzt die absolute Mehrheit), ein Zwischenlager in Gorleben zu befürworten. Dieser Vorstoß soll vorsichtshalber vorher „mit den Lüchow-Dannenger SPD-Kommunalpolitikern abgesprochen sein“ („HAZ“, 13.10.). Erwartungsgemäß reagierte Albrecht hierauf „positiv“ und „aufgeschlossen“.

In einem gemeinsamen Gespräch mit Wirtschaftsministerin Breuel und den Kommunalpolitikern versprach er sogleich, „alles zu tun, um dem strukturschwachen Landkreis zu helfen“. Neben „erheblichen staatlichen Zuwendungen“ soll der Landkreis auch „wirtschaftliche Vorteile“ erhalten „als Entschädigung für die psychologische Belastung, die das Atomkraftprojekt mit sich bringt“ („HAZ“, 17.10.). Beispielweise will er die zuständigen Minister darauf festnageln, „Infrastrukturprojekte des Kreises nach Möglichkeit positiv zu bescheiden. Er forderte die Kommunen auf, bei konkreten Industrieansiedlungsprojekten mit der Landesregierung Kontakt aufzunehmen“ („EJZ“, 20.10.). Oberkreisdirektor Poggendorf konnte an Ort und Stelle bereits eine Liste von förderungswürdigen Projekten vorlegen. Usw. usf.

Die Taktik der Landesregierung leuchtet ein:

Da ein Zwischenlager allein betrachtet absolut keine „strukturpolitischen Vorteile“ mit sich bringt, wie von lokalen CDU-Größen behauptet, soll die Zustimmung zum Zwischenlager mit einer ganzen Palette von Zuschüssen, Förderungen aus der Gießkanne, erkaufte werden. Anders ausgedrückt: die Zustimmung zum Zwischen- und Endlager wird zur Voraussetzung für die Förderung des seit Jahrzehnten vernachlässigten Landkreises gemacht („Entschädigungen“).

Mitte Oktober erörterten Vertreter der Lüchow-Dannenger Kreishandwerkerschaft anlässlich eines 3tägigen Bonn-Besuchs die „Probleme des Mittelstandes“ und die „wirtschaftliche Entwicklung“. Ein Gespräch der Kreistagsvertreter mit H. Schmidt soll am 8.11. folgen.

Nach wie vor gilt die Verwaltungsvereinbarung, derzufolge die Bundesregierung pro Jahr 50 Mio. DM „zur Abgeltung von Neben- und Folgekosten, die ... für das Nukleare Entsorgungszentrum entstehen“, zu zahlen hat (BBU-Aktuell Nr. 8). Punkt 7 dieser Vereinbarung regelt die „Entschädigung für Demonstrationsschäden“.

### Richtlinien zur Entschädigung von Demonstrationsschäden

Diese Neuheit stellte am 16.10.79 die Lüneburger Bezirksregierung den versammelten Gemeindevertretern in Lüneburg vor. Rückwirkend vom 1.1.79 an können demnach Einzelpersonen, Gemeinden, Samtgemeinden und Kreise Entschädigungen für „Demonstrationsschäden“ beantragen. Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung in Lüneburg. Diese Schäden

müssen „im Zusammenhang mit Demonstrationen [...] an Personen, an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie an geschützten Rechten gemäß § 823 Abs. 1 BGB“ entstanden sein. Es können 8 Wochen vergehen, ehe ein Antrag auf Entschädigung eingereicht wird.

Der Antragsteller hat „den Antrag zu begründen und das ihm Mögliche zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen“. Geltungsbereich ist nicht nur der Landkreis Lüneburg-Dannenberg allein, sondern sogar die Städte Lüneburg und Uelzen (Standort der Gorleben-Prozesse) („EJZ“, 23.10.79).

Diese Richtlinien bilden eine unverhüllte Aufforderung, zukünftig Zerstörungen, Beschädigungen und Verletzungen jeglicher Art den Atomgegnern in die Schuhe zu schieben.

Seit dem Grohnde-Schadensersatzprozeß von Hannover wissen wir, daß völlig willkürlich herausgegriffene AKW-Gegner für die unmöglichsten „Sachbeschädigungen“ zur Kasse gebeten werden: Verlust der Unterhose, der Bullentiefel etc., alles was bei einer Demonstration an Kosten entsteht, kann dem einzelnen Demonstranten aufgebürdet werden. Laut „Rundblick“ vom 23.10. wurden bisher als „Demonstrationsschäden“ gemeldet: „Zerschnittene Reifen, ein abgesägter Hochsitz und eine verwüstete Schule“. Bei dem abgesägten Hochsitz handelt es sich beispielsweise um einen angesägten Hochsitz. Täter und Motiv sind völlig unbekannt. Dennoch: „Jagdpädter Manfred Behrendt ist überzeugt, daß die 80 Zentner schwere Holzkonstruktion auf einen vorbeifahrenden Streifenwagen der Polizei gekippt werden sollte“ („EJZ“, 5.10.) und meldet bei der Landesregierung „Demonstrationsschaden“ an.

### Richtlinien zur Entschädigung von Demonstrationsschäden

Diese Neuheit stellte am 16.10.79 die Lüneburger Bezirksregierung den versammelten Gemeindevertretern in Lüneburg vor. Rückwirkend vom 1.1.79 an können demnach Einzelpersonen, Gemeinden, Samtgemeinden und Kreise Entschädigungen für „Demonstrationsschäden“ beantragen. Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung in Lüneburg. Diese Schäden

gemeldet: „Zerschnittene Reifen, ein abgesägter Hochsitz und eine verwüstete Schule“. Bei dem abgesägten Hochsitz handelt es sich beispielsweise um einen angesägten Hochsitz. Täter und Motiv sind völlig unbekannt. Dennoch: „Jagdpädter Manfred Behrendt ist überzeugt, daß die 80 Zentner schwere Holzkonstruktion auf einen vorbeifahrenden Streifenwagen der Polizei gekippt werden sollte“ („EJZ“, 5.10.) und meldet bei der Landesregierung „Demonstrationsschaden“ an.

Desweiteren richten sich die Bestimmungen auch direkt gegen den Widerstand der ansässigen Bevölkerung. So wies der Vertreter des Finanzministeriums besonders darauf hin, daß aktive WAA-Gegner kein Geld zu sehen bekommen und man möglichst schon vorher Bullenschutz gegen WAA-Gegner fordern muß, weil nämlich „eine Minderung der Entschädigung entsprechend dem Maße der Mitverursachung möglich ist.“ [...] Das gleiche gilt, wenn der Geschädigte nicht alle zumutbaren Maßnahmen zur Abwendung oder Minderung des Schadens ergriffen hat. Eine Entschädigung kann nicht gegenüber Personen gewährt werden, die sich an einem unfriedlichen Verhalten beteiligt haben. Die Beteiligung wird vermutet, wenn jemand an einer verbotenen Versammlung teilgenommen oder sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht unverzüglich aus der Menschenmenge entfernt hat“ („EJZ“, 23.10.).

Trotz materieller Begünstigungen ist die Zwischenlager-Nuß für die Kommunalpolitiker schwer zu knacken. So versucht der CDU-Fraktionsvorsitzende Fischer den Zwischenlager-Beschluß abzuschwächen. Es handele sich lediglich um die

Aufforderung, „gründlich zu diskutieren und zu prüfen“ („EJZ“, 13.10.).

Die SPD-Politiker haben gemerkt, daß Albrecht ihnen den schwarzen Peter eigentlich nicht zuschieben kann und fordern inzwischen die Landesregierung energisch dazu auf, die Zwischenlager-Entscheidung selbst zu treffen. Kaum vernehmbar sind die Proteste der Atomgegner im Landkreis:

Die GLU fordert in einem Offenen Brief an jeden „sehr geehrten Kreistagsabgeordneten“, mit seiner „Entscheidung deutlich zu machen, daß wir noch in einer Demokratie leben“ („EJZ“, 16.10.).

Die BI Lüneburg-Dannenberg fordert gar „in ihrer Erklärung dazu auf, in aller Ruhe einen Dialog unter den Bürgern über die Notwendigkeit eines Zwischenlagers im Kreis zu beginnen“ und „warnt in Sachen Zwischenlager vor Eile“ (17.10.79).

Die Entscheidung der Ratsparteien in Ahaus (ebenfalls für ein Zwischenlager) hat eine deutliche Abfuhr erhalten; auch in Lüneburg-Dannenberg könnte die Kommunalwahl 1981 zum Volksabstimmungstermin über ein Zwischenlager werden.

Ein Genosse aus Lüneburg

## 4.800 DM Strafe für zwei abgestellte „Gorleben-Trecker“

Wegen Teilnahme an der Bauernblockade unmittelbar vor der Albrecht-Grundsatzentscheidung im Mai wurden vor dem Uelzener Schöffengericht am 19.10. der Landwirt Fritz von Blottnitz als Eigentümer zweier Trecker zu 4.500 DM und seine Frau

— der Hinweis von Undine von Blottnitz, „daß auf sie permanent seelische Gewalt ausgeübt werde“, fand keine Berücksichtigung.  
— Die Motive für die Blockade blieben ebenso unberücksichtigt wie die Tatsache, daß seitens der Polizei niemals eine Aufforderung zur Auflösung der Blockade ergangen war.

## 4.800 DM Strafe für zwei abgestellte „Gorleben-Trecker“

Wegen Teilnahme an der Bauernblockade unmittelbar vor der Albrecht-Grundsatzentscheidung im Mai wurden vor dem Uelzener Schöffengericht am 19.10. der Landwirt Fritz von Blottnitz als Eigentümer zweier Trecker zu 4.500 DM und seine Frau Undine wegen Mittäterschaft zu 300 DM verurteilt.

Damit ging das Gericht weit über den Antrag des Staatsanwalts Müller hinaus.

Laut Gericht „sei bei dieser Demonstration Gewalt durch Handeln ausgeübt worden. Das Aufstellen der Traktoren sei geeignet gewesen, das Ausfahren der Bohrtruppe vom Depot zu verhindern. Gewalt sei nicht gleich gewalttätig, dies habe der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil klargestellt. Die Gewaltanwendung der Angeklagten habe darin bestanden, daß sie sich mit Schleppern an der Blockade beteiligt hätten. Da es insgesamt eine nicht friedliche Demonstration war und deshalb nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes gestellt werden könne, hätten die Teilnehmer sich im Sinne der Nötigung, Paragraph 240 Strafgesetzbuch, schuldig gemacht“ („EJZ“, 20.10.).

Im überfüllten Gerichtssaal wurde erneut den mehrheitlich erschienenen Landwirten ein Stück „Rechtsstaat“ vorgeführt:

— sämtliche Beweisanträge der Verteidigung lehnte das Gericht ab;

— der Hinweis von Undine von Blottnitz, „daß auf sie permanent seelische Gewalt ausgeübt werde“, fand keine Berücksichtigung.

— Die Motive für die Blockade blieben ebenso unberücksichtigt wie die Tatsache, daß seitens der Polizei niemals eine Aufforderung zur Auflösung der Blockade ergangen war.

Während des 1. Prozeßtages bot das Gericht den Landwirten die Einstellung der Verfahren wegen Geringfügigkeit bei Zahlung eines Bußgeldes von 300 DM an. Die Landwirte ließen sich auf diesen Kuhhandel nicht ein und forderten Freispruch. Noch in ihrem Schlußwort verteidigten sie die Blockade mit den Worten:

„Wer meint, die Demonstration sei überflüssig gewesen, der irrt. Für mich war es höchste Zeit, unseren Widerstand deutlich zu machen. Wir sahen keine andere Möglichkeit mehr“.

Diese unbeugsame Haltung wurde im 1. Gorleben-Prozeß „rechtsstaatlich“ verurteilt. Undine und Fritz von Blottnitz haben bereits Berufung und Revision angekündigt.

In Uelzen wird die Serie der Gorleben-Prozesse am Freitag, dem 16.10. fortgesetzt. Der angeklagte Landwirt Wiegrefe aus Dahren wird vom Juso-Vorsitzenden Schröder verteidigt werden.

Ein Genosse aus Lüneburg

### Anzeige



»Hier wurde die Säge angesetzt zum Kutschtag in Hirschow-Winde und Dörschewitz«

aus dem Inhalt:  
— Chronik des Widerstandes  
— Interview mit einem Bohrmeister  
— Interview mit Martin Mombaur (BI Lüneburg-Dannenberg)  
— Dokumente über den Atomstaat sowie die Hetz- und Distanzierungskampagne gegen die BI  
— „Sollen wir uns distanzieren?“ — Stellungnahmen aus der BI Lüneburg-Dannenberg

Preis: 1,— DM. Bestellungen an Marion Hintz, Kirchweg 6, 3119 Eitzen I

## Seabrook: Alle AKWs stehen still, wenn ...



Die brutalen Attacken der Cops erschütterten den bislang ungebrochenen Glauben der amerikanischen Atomkraft-Gegner in die gewaltfreie Aktion

„Schluß mit den Unfällen.... laßt uns selbst die AKWs dichtmachen. — Macht mit bei der Besetzung zur Schließung von Seabrook“.

Unter dieser Parole rief die „Coalition for Direct Action at Seabrook“ zur Besetzung des zu 20% fertiggestellten AKW bei Seabrook, New Hampshire, am 6. Oktober auf. Einige Tausend kamen, um sie zu verwickeln; mit Zelten, Rucksäcken und Ausrüstung. Bereits am Freitagabend waren sie angekommen. Viele nutzten die Gelegenheit, sich mit Anwohnern in der Umgebung zu unterhalten und noch einmal auf die Aktion hinzuweisen. Eine regionale Fernsehstation, die eine Umfrage in Boston gemacht hatte, berichtete, daß sich 66% der Befragten für das Recht der Demonstranten auf Besetzung ausgesprochen hätten (Workers World, 12.10.79).

Am Sonnabend zogen 1.500 Leute zur Südseite des Bauplatzes, während rund 1.000 zur Nordseite marschierten; quer durch Wälder und

Marschweiden, über mitgebrachte Hilfsbrücken. Dann begannen sie, die Löcher des Maschendrahtzaunes zu weiten. Doch an der Südseite standen schon 200 Nationalgardisten, 250 berittenen Polizisten, sowie Polizisten aus fünf Bundesländern bereit, um jeden, der seinen Kopf durch den Zaun steckte, auf denselben zu hauen. (Torch, 15.10.79) Erfolgreicher waren die Demonstranten bei dem bekannten Tränengas-Pingpong, wo z.B. durch eine geschickte Rückhand eine Granate direkt zu Füßen des anwesenden Obersten Staatsanwalts verpuffte.

Der hemmungslose Einsatz von Tränengas, Chemical Mace, Schlagstöcken und Wasserwerfern durch die Unordnungskräfte erschütterte bei vielen Atomkraftgegnern ihren bislang ungebrochenen Glauben in die gewaltfreie Aktion, den zivilen Ungehorsam durch passiven Widerstand. — An der Nordseite konnten die Demonstranten erfolgreich einen ganzen Abschnitt des Zaunes niederreißen,

bevor sie dort vertrieben wurden.

Am Sonntag gingen die Aktionen weiter: Vor dem Haupttor blockierten 2.000 Leute die Bundesstraße 1 für mehrere Stunden, andere versuchten erfolglos, auf das AKW-Gelände zu kommen. Am Montag fanden wieder Proteste vor dem Haupttor statt; 1.000 Leute zogen vor das Gefängnis im nahen Hampton, um dort für die Freilassung der 19 während der Aktion Verhafteten zu demonstrieren.

Nach zehn Jahren juristischer und parlamentarischer (Schein)Kämpfe und drei Jahren direkter Aktionen durch die Clamshell Alliance und die mit ihr in der Coalition zusammenarbeitenden Gruppen ist der Widerstand heute gefestigt. So sagte einer der Sprecher: „Wir geben nicht auf, und wenn wir bis 1985 (dem geplanten Fertigstellungstermin) bleiben müssen!“ (Morgenpost, 9.10.79).

Kontakt: Coalition for Direct Action at Seabrook, c/o Boston Clamshell 595 Massachusetts Avenue, Cambridge, MA 02139 USA

USA-Kommission

## Anti-Atomkongreß in Hamburg

Am Wochenende vom 16. bis zum 18. November veranstaltet die Hamburger kirchenoppositionelle Gruppe „Christen in der Verantwortung“ (CIV) zusammen mit anderen in Hamburg Mümmelmannsberg einen Anti-Atom-Kongreß.

Nachdem es vor gut einem halben Jahr in Hannover zu einem ersten Zusammenkommen etlicher christlicher AKW-Gegner gekommen war, soll dieser Kongreß den Zusammenschluß der zahlreichen — wenn auch verstreuten — Initiativen weiter fördern und so an die starke innerkirchliche Tradition der Anti-Atomod-Bewegung anknüpfen. Konkret soll u.a. die Frage beantwortet werden, ob der Widerstand gegen Atomanlagen zwingende Konsequenz christlichen Glaubens ist. Dabei werden die Perspektiven der ökologischen Zerstörung der Erde ebenso wie die des drohenden Atomstaats eine Rolle spielen. Nähere Auskünfte (auch Möglichkeiten zum Anmelden!) gibt's bei

K.I.P. Lehmann  
Havighorster Redder 46 b  
2000 Hamburg 74 (Mümmelmannsberg)

Kirchenkommission



## BRD — Argentinien — Atom-Geschäft perfekt, KWU atmet auf

Nach monatelangem Konkurrenz-Hickhack zwischen der kanadischen und der bundesdeutschen Atomindustrie hat kürzlich Siemens den Kanadiern den Rang abgelaufen: Für über 2 Milliarden DM wird der Konzern zunächst „Atucha II“ bauen, ebenfalls ein Natururan-Reaktor wie der schon 1968 von Siemens gelieferte und 1974 in Betrieb genommene „Atucha I“. Über die Lieferung von weiteren drei Natururan-Reaktoren bis zum Jahr 2000 soll noch verhandelt werden.

Daß die KWU den Auftrag erhalten hat, wird „als großer internationaler Erfolg“ („FR“, 4.10.) gewertet, insbesondere als der BRD-Konzern mit seinen Preisen um einiges höher lag als die kanadische Konkurrenz. Offenbar haben also noch andere Kriterien eine Rolle gespielt: Nach Berichten der argentinischen Atomenergiebehörde (CNEA) ist im Zusammenhang mit dem Reaktorgeschäft ein ganzer deutsch-argentinischer Rahmenvertrag ausgehandelt worden, der nicht nur die Gründung einer gemischten Aktiengesellschaft vorsieht, sondern auch den Bau von weiteren drei AKWs sowie „Infrastrukturwerte und den Abbau von Uranerzen[en] in den Anden“ („FR“, 31.8.). Alles in Allem ein Auftrag von rund 15 Milliarden DM! Außerdem garantiert der Vertrag mit der KWU der argentinischen Industrie, große Teile des Reaktors im Lande selbst herstellen zu können — für das extrem auf Autonomie ausgerichtete Atomprogramm Argentiniens ein wichtiger Faktor.

Außerdem scheint es Lamsdorff auf seiner Lateinamerika-Reise im August gelungen zu sein, einen potentiellen Sprengsatz des Argentinien-Geschäftes zu entschärfen. Die argentinische Militärjunta hatte den Vertragsabschluß davon abhängig gemacht, daß gleichzeitig mit dem Reaktor eine Anlage zur Produktion von schwerem Wasser mitgeliefert wird.

Hintergrund ist das Bestreben Argentinien, einerseits unabhängig von den USA in der Versorgung mit schwerem Wasser (das zum Kühlen der Natururan-Reaktoren gebraucht wird) zu werden, andererseits mit einer Schwerwasseranlage den letzten Baustein für die atomare Autonomie zu ergattern. Da sich gerade Natururan-Reaktoren besonders für die Plutoniumausbeute eignen, darüberhinaus der Chef der CNEA ein Konteradmiral ist, der meint, „daß die Entscheidung zum Bau einer Atom-bombe eine eher politische als techni-sche sei und daß sie von Motiven abhänge, die zu der entsprechenden Zeit vorherrschen“ („Monitor“).

21.3.77), hat die Lieferung einer solchen Anlage weitreichende Bedeutung, die zu der entsprechenden Zeit vorherrschen" („Monitor", 21.3.77), hat die Lieferung einer solchen Anlage weitreichende Bedeutung für das Kräfteverhältnis in Lateinamerika. Argentinien weigert sich (ebenso wie Brasilien) bezeichnenderweise auch, den Atomsperrvertrag oder das Abkommen von Tlatelolco, das die Ausbreitung von nuklearen Waffen auf dem Subkontinent verhindern soll, zu unterzeichnen.

Die Lieferung einer Anlage zur Produktion von schwerem Wasser an Argentinien bedeutet deshalb eine erhebliche Beeinträchtigung der US-Interessen und -Vormachtstellung in Lateinamerika. Die erste Auseinandersetzung gab es darum schon vor zwei Jahren, als sich die Filiale der westdeutschen Hoechst AG bereit erklärte, auf argentinischem Territorium eine Schwerwasserfabrik zu bauen. Ein scharfer Konflikt — ähnlich wie nach dem Brasilien-Geschäft — wäre kaum zu vermeiden gewesen, hätte die BRD jetzt die argentinische Forderung nach gleichzeitiger Lieferung einer solchen Anlage erfüllt. Offenbar „eingesprungen“ ist nun der Schweizer Konzern Sulzer (Winterthur); er wird die Schwerwasseranlage bauen, wenn nicht von den USA massiv interveniert wird. Das allerdings wurde in der Presse bereits angekündigt.

KB/Gruppe Nürnberg

## Richtigstellung

In dem Artikel „Neue Niederlage der Behörde im Plakettentreit“ (AK 164, S. 5) sind wir – wie auch das „Hamburger Abendblatt“ und die „Morgenpost“ einer Fehlinformation des Gerichtsssekretariats des Hamburger Verwaltungsgeschäfts aufgefassen. Der gegen die Schulbehörde wegen des Plakettenverbots klagende Lehrer hat seinen Prozeß keineswegs – wie gemeldet – gewonnen, sondern das Gericht hat lediglich beschlossen, einen Gutachter zu der Frage, ob das Tragen der Anti-AKW-Plakette im Unterricht Indoktrination sei, zu hören.

# Giftgasherstellung in der Bundesrepublik

„Die Verwendung chemischer Stoffe zur Herstellung von Kriegswaffen wird durch die Aufsicht des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft verhindert“, so lautete Anfang 1971 die lapidare Antwort des Hamburger Senats auf die Anfrage der FDP-Abgeordneten Helga Schuchardt, ob Berichte der Zeitschrift „konkret“ zu träfen, wonach die Hamburger Firma Stoltzenberg Giftgas für die Bundeswehr herstelle.

Zur gleichen Zeit stellt der Freigattenkapitän Schöler vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) in einem Schreiben an das Landesamt für Verfassungsschutz, datiert auf den 19. Januar 1971, u.a. fest: „...da die chemische Fabrik Dr. Stoltzenberg in Hamburg-Eidelstedt in der Lage ist, Stickstoff- und Schwefelstoff herzustellen und die Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß derartige Erzeugnisse für Fremdländer produziert werden, wäre eine gelegentliche Beobachtung des Unternehmens in Erwägung zu ziehen“ („stern“, 4.10.79).

Etwas scheinheilig, wenn man bedenkt, daß die Bundeswehr jahrelanger Lieferant und Abnehmer der Hamburger Firma gewesen ist. Offenherzig ist dagegen der Untersuchungsbericht des Hamburger Senats, der feststellt, daß die zugeleiteten Berichte des Bundesamtes für Wirtschaft und des Rüstungsamtes der Westeuropäischen Union (WEU — sie ist für die Einhaltung der Brüsseler Verträge und somit für die Kontrolle der Einhaltung des Verbots der ABC-Waffen-Produktion verantwortlich) beweisen, daß neben geringen Lagerungsmengen der Nervengase Tabun und Sarin, der Kampfstoff Lost auf dem Werksgelände Stoltzenberg „müheles und ohne jede Sicherheitsvorkehrungen“ hergestellt wurde („Hamburger Abendblatt“, 25.9.). Trotz dieser Feststellung hatte die WEU bei einer Besichtigung der Firma im Dezember 1970 nichts kriegsverdächtiges feststellen können. Auch das Ermittlungsverfahren gegen Dr. Stoltzenberg, ob Kampfstoffe völkerrechtswidrig hergestellt wurden, war mangels Tatverdacht bereits 1970 eingestellt worden. (ebenda)

## Kampfstoffe sind mühelos herstellbar

Wie erschreckend leicht Kampfstoffe  
herstellbar

Wie erschreckend leicht Kampfstoffe herzustellen sind, ist nicht erst seit gestern bekannt. In dem 1930 von Stoltzenberg veröffentlichten Buch „Anleitung zur Herstellung von Ultra-**gasen**“ waren auf 70 Seiten alle Kampfstoffe vertreten, die ein Militärstanzherz höher schlagen lassen. Weiß-, Blau- und Grünkreuz, alles was dem „**jungen Militär und Gas-offizier**“ ein „**gefährloses Arbeiten**“ mit den „**etwas unheimlichen Stoffen**“ ermöglichte – inklusive Preislisten für die Apparaturen und Ausgangschemikalien. Ein „**Kochbuch für jedermann**“, wie es die „**Zeit**“ beschrieb (28.9.79).

Kein Wunder, daß unter den Nazis diese detaillierten Beschreibungen vorsichtshalber verboten worden waren. Heute jedoch ist dieses Buch in fast jeder Staatsbibliothek erhältlich. Derzeit redet sich die Bundesregierung damit heraus, daß die Sendungen der



## Kampfgasherstellung unter freiem Himmel

Hamburger Firma lediglich „Musterlieferungen“ zwecks Erprobung von Gasmasken gewesen seien. Der Bundesverteidigungsminister Hans Apel machte jedoch die einschränkende Bemerkung, daß die Bundeswehr keine Kampfstoffe lagere, es handle sich hierbei nur um „kleine Bestände“, die „im wesentlichen bei den Erprobungsstellen seien“ („UZ“, 22.9.79). Interessant dürfte sein, w e r mit diesen Kampfstoffen herumprobiert.

Wie leicht solche Kriegsgifte auch großtechnisch herzustellen sind, was der BRD auf Grund der Brüsseler Verträge verboten ist, stellte die UN-Expertenkommission in ihrem Bericht über „chemische und bakteriologische (biologische) Waffen und die Wirkung Verträge verboten“ ist, stellte die UN-Expertenkommission in ihrem Bericht über „chemische und bakteriologische (biologische) Waffen und die Wirkung ihrer möglichen Verwendung“ am 1. Juli 1969 so fest:

„Heute haben zahlreiche Industriestaaten das Potential, verschiedene chemische Wirkstoffe zu produzieren. Viele in der Fabrikation benötigt. Zwischenprodukte und in einigen Fällen die Wirkstoffe selbst werden in Friedenszeiten allgemein verwendet. Zu solchen Substanzen gehören beispielsweise Kohlenstoffchlorid, das einige hochentwickelte Länder in einem Ausmaß von jährlich mehr als 100000 Tonnen produzieren und Äthylenoxid, das zur Fabrikation von Senfgas gebraucht wird. Letzteres stellen zahlreiche Länder ebenfalls in großen Mengen her; Senfgas und Stickstofflost können durch ein relativ einfaches Verfahren aus Äthylenoxid produziert werden. Ähnliche Anmerkungen wurden in Bezug auf biologische Wirkstoffe gemacht“ (Rüstung

und Abrüstung im Atomzeitalter, vorrord aktuell 4186, S.130). Zu der gleichen Feststellung kam im April 1964 die Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik der Bundeswehr, indem sie verkündete: „Die hochentwickelte chemische Industrie verfügt über umfangreiche Forschungs- und Produktionskapazitäten und kann sich auf technische Einrichtungen und Kader aus dem zweiten Weltkrieg stützen. Die Rohstoffbasis für B- und C-Waffen ist gesichert“ (Olaf Groehler, Der lautlose Tod, DDR 1978).

## Nazi-Giftgasspezialisten kontinuierlich am Werke

## Nazi-Giftgasspezialisten kontinuierlich am Werke

Daß sich die bundesdeutschen Militäristen jahrelang auf solche „Kader“ stützen konnten, war nicht zuletzt den Alliierten, insbesondere den US-Besatzungsbehörden, zu verdanken, die von einer Verurteilung dieser Giftgas-spezialisten bei den Nürnberger Prozessen absehen. Der Chemiker Schrader, Erfinder des Tabun und Sarin sowie die Giftgaspezialisten Ochsner, Wirth, Ehrmann, Fischer, Brodi, Drilling, Bomberg und Mommsen mußten im Internierungslager Kranzburg im Taunus für den amerikanischen Imperialismus die Ergebnisse langjähriger Arbeit auf dem Gebiet der phosphor-organischen Chemie bis ins Einzelne — für das Chemical Corps der US-Armee — niederschreiben.

So war es auch nicht verwunderlich, daß die IG-Farben-Giftgasspezialisten bereits 1947 unter dem Deckmantel des Pflanzenschutzes und der Insektenbekämpfung wieder chemische Kampfstoffe herstellen konnten.

Neben Schrader fanden sich im Forschungszentrum die IG-Farben Direktoren Dr. Cross, Dr. Wirth und Dr. Ambross wieder (France Nouvelle 30. Juni 1965; s.a. AK 162). Die Amerikaner nahmen dann zum Teil die Giftgasanlagen der Nazis wieder in Betrieb. „Das im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen OKH (Wehrmacht) und IG-Farben ab 1940 im Raum Gendorf errichtete Kampfstoffwerk war beispielsweise von der Demontage ausgenommen worden und produzierte als ‚Anorgana U.S. Administration — Gendorf‘ unter Bruch des Potsdamer Abkommens weiter“ (O.Groehler, Der lautlose Tod).

Erste Erfolge dieser Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Amerika zeigten sich bereits 1951. Die „Neue Rheinzeitung“ berichtete am 24. April 1951, daß die Amerikaner neue Kampfstoffe hergestellt hatten, die direkt auf Forschungsergebnissen der Nazi-Wissenschaftler beruhten.

## BRD-Beteiligung am Giftgasgeschäft in Vietnam, ...

Wie konkret die Forschungen auf diesem Gebiet betrieben wurden, hatte sich auch während des Vietnam-Krieges gezeigt. Die BASF Ludwigshafen und die Farbwerke Hoechst hatten sich über ihre fünf Filialen in den Vereinigten Staaten direkt am Giftgasgeschäft beteiligt. Die Londoner Zeitung „Eastern World“ schrieb in ihrer Juli-August Ausgabe 1966 dazu: „Sie (die Amerikaner — d. Verf.) haben reges Interesse an den neuen, äußerst wirksamen Kampfgasen bekundet, die in westdeutschen Laboratorien auf der Grundlage der zur Zeit des zweiten Weltkrieges von der IG-Farbenindustrie hergestellten Gase entwickelt werden. Die deutschen militärischen Führer und eine Reihe von Industriefirmen in der Bundesrepublik helfen den Amerikanern bei ihrem Aggressionskrieg in Vietnam ... So wurde eine Vereinbarung getroffen, mehrere Sachverständige der Farbwerke Hoechst AG nach den USA zu entsenden und den USA die notwendigen technischen Unterlagen und Angaben für die Herstellung tödlicher Gase vom Typ Zyklon B zu überlassen, das die Nazis im vergangenen Krieg in großen Mengen in ihren Todeslagern verwendeten und mit dessen Anwendung für nicht weniger grausame Zwecke die Amerikaner in Südvietnam bereits begonnen haben.“

Entsprechend den Empfehlungen des amerikanisch-deutschen 'Military Strategic Guidance Centre' in Trier - die von den Regierungen beider Länder gebilligt worden sind - werden die jüngsten Unterlagen auf dem Gebiet der Herstellung und Kampfanwendung chemischer und bakteriologischer Waffen ausgetauscht und miteinander verglichen".

Daß solche Giftgaswerke auch gebaut wurden, konnte unter anderen das „Antimperialistische Informationsbulletin“ berichten. Es schrieb: „Der Bau und die Aufrüstung des Chemiekombinats bei Nong Song, in der Nähe des US-Stützpunktes Da Nang, wurde im wesentlichen von BRD-Firmen übernommen. Die für die Herstellung von chemischen Kampfstoffen notwendige Vergasungsanlage baute die Firma Heinrich Koppers GmbH, Essen“ (AIB, Jan. 1971).

Ein ähnliches Kombinat wurde von der Bayer AG (ab 1966) für 4,2 Mio. DM im faschistischen Südafrika aufgebaut. An dieser Kampfstoffanlage wirkte der Gaskriegsspezialist der Nazis, Dr. Wirth, als Berater mit. Aber auch von der Bundesrepublik aus wurde diese „Marktlücke“

Fortsetzung nächste Seite



## Die Bundeswehr übt den Giftkrieg



Fortsetzung von Seite 9

(„Capital“, 5/67) mit Lieferungen von Herbiziden (Unkrautvernichtungsmittel) abgedeckt. Die Bayer AG hatte über ihr holländisches Zweigwerk in Dormagen ab Mai 1966 Herbizide von Antwerpen und Amsterdam aus direkt nach Südvietsnam verschifft („konkret“, 3. März 1966).

Vermutlich hatte sich auch die Firma Merck an diesen Aktionen beteiligt. Sie hatte auf dem Höhepunkt des Entlaubungskrieges in Vietnam kurzerhand 30000 Tonnen Hexachlorcyclohexan (HCH) zu Salzsäure verarbeitet, um damit jenes Entlaubungsgift abzutrennen, das in Seveso einen Landstrich zur Wüste machte — TCDD, kurz Dioxin genannt („Spiegel“, 38/74; s.a. AK 147). Die Produktion dieses Giftes wurde offenbar eingestellt, nachdem die USA aufgrund internationaler Proteste diese Art Völkermord stoppte und mit Friedensverhandlungen begann.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Entlaubungsprogramm der portugiesischen Kolonialisten in Angola. Während der „Blütezeit“ hatten sich die BRD-Exporte vom Pflanzenschutzmittel „Tordon“ um über 100 Prozent gesteigert und ebten ebenso schnell wieder ab, nachdem dieses als

zu kostspielig befundene Unternehmen abgebrochen wurde (nach Informationen des Afrika-Komitee „ISSA“).

### Verschleierung der militärischen Produktion

Aus den bisherigen Fakten wird deutlich, daß die moderne Großproduktion von Chemikalien auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes und der Schädlingsbekämpfung, die alle auf phosphororganischen Verbindungen beruhen, und zugleich Grundlage zur Gewinnung von Nervengasen sind, im Kriegsfall ihre Produktion sofort für militärische Zwecke umgestalten kann. Der Direktor der chemischen Toxikologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Karlheinz Lohs beschreibt dies so:

„Er (der Aggressor — Anm. Verf.) kann die erforderlichen Vorprodukte in der zivilen chemischen Industrie herstellen, bevorzugen und, falls erforderlich, auch anderweitig verwerten, das heißt, sie für die Herstellung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln oder zur Erzeugung chemisch-technischer und pharmazeutischer Produkte einsetzen.“ (Olaf Groehler, Der lautlose Tod...).

Die bundesdeutschen Steigerungsraten belaufen sich bei diesen Chemikalien kontinuierlich auf 30% und

mehr bei gleichzeitiger Zunahme der Absatzschwierigkeiten. Vorprodukte für die militärische Produktion sind somit in großen Mengen vorhanden.

Mittlerweile sind die C-Waffen auch technisch mithilfe der sogenannten Binärwaffen erheblich verbessert worden. Gering toxische Vorprodukte werden bevorratet und getrennt in Geschosse gefüllt, wobei der eigentliche Kampfstoff erst beim Einsatz, wenige Sekunden vor dem Einschlag entsteht.

Daß die Forschungen nicht abreißen, zeigte sich auch anlässlich des 30jährigen Bestehens der Fraunhofer-Gesellschaft, die als Tarnunternehmen für die Bundeswehr bei brisanten Aufträgen fungiert. So ist von der Gesellschaft der Bau eines zweiten Teilinstitutes für Toxikologie und Aerosolforschung (!) in Hannover beschlossen worden. Der Jahresrat der Fraunhofer-Gesellschaft hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht. Lag er 1970 bei rund 30 Millionen DM, hatte der Haushalt 1978 schon 168,5 Millionen DM für Forschung und Entwicklung ausbezahlt. Die Gesellschaft, die 26 Institute in der BRD unterhält, forscht auf den Gebieten der Informationsverarbeitung, Systemtechnik, Werkstoffe, Bauwesen, Verfahrenstechnik und Umwelttechnik. In sechs Instituten wird im Auftrag der Bundeswehr mit deren finanziellen Mitteln „Verteidigungsforschung“ betrieben, so z.B. in Pfalz/Berghausen, wo auf dem Gebiet der Treib- und Explosivstoffe geforscht wird („Süddeutsche Zeitung“, 10.7.79).

### ... und Giftgasimporte

Seit der Giftgasdebatte 1970 ist man vorsichtiger geworden und bezieht Kampfstoffe — auf Anweisung des damaligen Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt — aus dem verbündeten Ausland. Jährlich gelangen 200 Kilogramm solcher Kriegsgifte aus englischer, amerikanischer und französischer Produktion in die BRD („Zeit“, 28.9.79). Und wieder war es ein Unfall, der neue Fakten ans Licht brachte. Als in Seveso im Juli 1976 durch eine Verpuffung 2,5 Kilogramm TCDD, kurz Dioxin genannt, frei wurden, meldete sich ein ehemaliger Direktor der Hoffmann LaRoche bei der italienischen Wochenzeitung „L'Espresso“ und erklärte, daß in Seveso Giftgas Sp121 hergestellt wurde, das auf Umwegen in die BRD gelangte! (Informationsdienst, 11.9.76).

Während die bundesdeutsche Presse peinlichst schwieg, erklärte der Direktor der LaRoche, Adolf Jann,

im Schweizer Fernsehen, daß die Vorwürfe der Kriegsproduktion nicht haltbar seien. Wie simpel die Kriegsproduktion in den Firmenunterlagen verschleiert werden konnte, umriß die italienische Wissenschaftszeitung „Sapere“ so:

„Innerhalb des Industriesystems werden die Produktionsdaten von Grundstoffen verfälscht. Sie geben die Menge dieser Grundstoffe geringer an

und die Differenz wird für militärische Zwecke produziert. Eine Industrie, die mehrere Produkte produziert, verfälscht die Fabrikationsdaten von Produkten für pazifistische Zwecke und diese werden entsprechend höher angegeben. Und produziert in Wirklichkeit die Differenz für militärische Zwecke.“ (Dez. 76, S.64).

AKW-Nein-Kommission

# Wir empfehlen:

## Selbstschutz = Vorsorge

### ATOMSCHUTZ-KUGELBUNKER

System: „SECURIS“ für 9 bis 12 Personen





Schutzgrad „B 3“ — Typengeprüft und genehmigt. Stahlbeton-Fertigteile. Kurze Einbauzeit. Jede Einbaumöglichkeit in Gärten, Kellern, unter Garagen usw. Gruppen Einbau. Für zivile und militärische Zwecke.

Sicherheit gegen:	Die notwendigen Einrichtungsgegenstände:
• Luftdruckstöße - Explosionen	• Belüftung
• atomare Strahlungen (radioaktive - und chemische -)	• Liegen und Sitze
• biologische und chemische Kampfstoffe	• Trinkwasser-Behälter
• Hitzeabstrahlung	• Bergungs- und Rettungsgeräte
	• Sanitätsausrüstung

Die notwendigen Einrichtungsgegenstände sind im Lieferprogramm.

Der Kugelschutz-Bunker bietet größte Sicherheit bei Angriffen von Atom- und konventionellen Waffen sowie bei Katastrophen.

**GROSSCHUTZ-MEHRZWECKRÄUME**  
Wir übernehmen die komplette Ausstattung von Großschutzbäumen mit Einrichtungsgegenständen und Geräten (Zubehör) nach der Fassung Juni 1972 des Bundesministers des Innern (Bundesanzeiger Nr. 154 vom 18.8.1972).



Lieferung  
**UNIVERSAL GmbH**  
KASSEL  
3400 GÖTTINGEN WEINDE  
Am Lohrweg 1, 34109 Göttingen, Tel. 0551/393-1

Beratung

# Jetzt hat auch Bayern „seinen“ Giftskandal

„Nach Feststellungen des bayerischen Innenministeriums gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß in Bayern Gefahrenstellen von Hamburger Ausmaßen durch bisher nicht aufgefundene Munition oder Kampfstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg bestehen“ („AA“, 21.9.79). Dies mutet schon sehr seltsam an, stand doch tags zuvor in der „AZ“, daß auch in Bayern „jedes Jahr ein ganzes Waffenarsenal“ entdeckt werde: Seit 1954 wurden 14,5 Millionen Stück (3.900 Tonnen) Munition jeden Kalibers gefunden und entschärft, wobei 68 Menschen ums Leben kamen und 694 durch explodierende Bomben und Granaten verletzt wurden.

Im Laufe der Kampfmittelbeseitigung sind auch im Freistaat Giftkampfstoffe wie in Hamburg entdeckt worden, so z.B. auf dem Gelände der früheren Munitionsfabrik in Traunreuth, wo 1976/77 größere Mengen Lost (Gelbkreuz) „entdeckt, geborgen und vernichtet“ worden seien („AA“, 21.9.). Derzeit bekannt seien dem Innenministerium allerdings nur zwei Orte, an denen größere Mengen gefunden wurden. Wo diese Orte sind, wollte man nicht mitteilen, da dies „die Sicherheitslage erheblich verändern würde“ („PNP“, 21.9.). Es hieß lediglich, die eine Fundstelle sei in einem Waldgelände etwa einen Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt, die andere befände sich in einem gesicherten Stollen. Das Depot im Wald werde von der Polizei überwacht, der Stollen in regelmäßigen Abständen überprüft. Probebohrungen in dem Wald haben ergeben, daß dort in zwei Meter Tiefe 50 bis 100 mit Lost gefüllte Büchsen zu je 10 Litern liegen, deren Bergung derzeit gefährlicher sei als die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands, da sie eine „Zerlegeladung“, also eine Art Zünder (!) haben („NN“, 21.9.). Das Innenministerium beeilte sich, zu beteuern, daß eine Gefahr natürlich

weder für das Grundwasser noch für die anliegende Bevölkerung bestünde.

Die andere Fundstelle in einem Stollen birgt 42,5 Tonnen des Reizstoffes Clark, der dort seit 1950 lagert. Gerüchten in der Bevölkerung zufolge handelt es sich um das unterirdische Stollensystem der Houbirg bei Hersbruck, das gegen Kriegsende als Rüstungsfabrik dienen sollte. Die örtliche Bevölkerung wurde durch angebliche Vermessungsstrümpfe darauf aufmerksam, die derzeit in dem Stollen die Einsturzgefahr prüfen („NZ“, 22.9.). Anscheinend ist der Stollen doch nicht so gesichert, wie zu Anfang beteuert wurde. Diese katastrophalen Zustände sind sicher kein Einzelfall, denn bislang gibt es weder in Bayern noch sonst wo in der BRD eine für die Beseitigung dieser Kampfmittel geeignete Anlage! Im Auftrag der Bundeswehr werde eine solche jedoch in Niedersachsen errichtet, die 1980 fertig sein soll („MP“, 21.9.).

Entgegen den Angaben des Innenministeriums kam nun heraus, daß allein in Bayern 34 Großfundstellen bekannt seien. Dieses versicherte daraufhin sofort, daß man keine Vergleiche zu dem Hamburger Giftskandal ziehen könne. Die gefundenen Stoffe stammten auf jeden Fall aus dem Zweiten Weltkrieg, da in Bayern nichts Neues produziert worden sei („AA“, 22.9.).

Nähere Informationen über diese horrenden Mengen an Zeitbomben in Bayern wurden dann jedoch überdeckt von einem Fall, der in Aibling bei München groß herauskam, kurz nachdem Theo Fischer, Umweltschutzbeauftragter der Stadt München versichert hatte, daß in München etwas derartiges undenkbar sei, da sie alle gefährlichen Stoffe unter Kontrolle hätten (nach „MM“, 20.9.).

„Giftalarm auch in München“, „Kinder spielten zwischen Behältern für Giftstoffe“, „Die tödlichen Säfte von Aibling“.

Ort des Geschehens war das Gelände einer seit einem Jahr stillliegenden Chemiefabrik. Jahrelang benutzten es die Kinder als Abenteuerspielplatz und zündelten zwischen den herumliegenden Fässern. Schon im Juli dieses Jahres hatte ein Aibinger Bürger gemeldet, daß seine Kinder mit Verätzungen an den Händen nach Hause kamen und Säcken mit weißem Pulver mitbrachten — in der guten Hoffnung, man würde sich schon darum kümmern. Doch nichts geschah — bis jetzt, nach den Hamburger Vorfällen, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vom 22. auf den 23. September plötzlich Fässer mit chemischen Substanzen abtransportiert wurden. Gerüchte, daß es sich dabei um hochgiftige Stoffe gehandelt habe, wies Fischer zurück. In den Fässern habe sich lediglich „Starkemittel zur Herstellung von Kraftfutter sowie Aktivkohle“ befunden („NN“, 24.9.). Eine beträchtliche Anzahl von Fässern mit der Aufschrift „Gift“, die auf dem Gelände herum lagen, seien angeblich zu „99,9 Prozent“ leer gewesen. Sie wurden drei Tage später, nachdem man das Gelände ordnungsgemäß abgeriegelt hatte, ganz offiziell im Rahmen einer Katastrophenschutz-„übung“ „vorsorglich“ auf eine Mülldeponie abtransportiert.

Bei diesen „ungiftigen“ Substanzen handelte es sich, wie später herauskam, um erhebliche Mengen an verschiedenen Giftstoffen, Säuren, Dynamitgrundstoffen, so z.B. Natriumsalicylat, dessen Einnahme zu Herzschwäche und Tod durch Atemlähmung führt. Doch „da der Giftstoff wie Essig schmeckt, werden Kinder davon keine gefährlichen Mengen zu sich nehmen“, erklärte das bayerische Innenministerium zynisch („MM“, 25.9.). Weil es sich um keine „hochgiftigen Substanzen“ handle, wurde Entwarnung gegeben! Lediglich eine Spur von Arsen in „pharmakologischer Dosis“ (?) habe

man gefunden. Diese „Spur“ stellte sich dann als halber Zentner heraus, der in einer Holztonne in einem Raum stand, von dem weder der Besitzer noch die Behörde etwas gewußt haben will, wohl aber die Kinder! („LZ“, 29.9.). 100 Milligramm dieses Giftes sind tödlich! Es ist ein Wunder, daß nicht erst — wie in Hamburg — ein Kind ums Leben kommen mußte, bevor der Fall durch die Aufmerksamkeit der Bürger an die Öffentlichkeit gelangte, die die Verantwortlichen anscheinend dabei ertappt hatten, wie sie versuchten, die Giftspuren über Nacht zu verwischen.

Die Verantwortung für diesen Umweltskandal wird auch in München hin und her geschoben. Sie geht zurück bis ins Jahr 1961, wo in einem Gutachten festgestellt wurde, daß seit den 50er Jahren die verseuchten Abwässer des Werkes unkontrolliert in den Boden abgelassen worden waren. „Der Boden ist bis in eine Tiefe von sieben Metern total verseucht, die Säure fraß tiefe Kavernen in den kieshaltigen Untergrund.“ Erst 1969 bekam das Werk einen eigenen Kanalschluß. Doch auch dieser soll unzureichend gewesen sein („MM“, 2.10.).

Im Frühjahr dieses Jahres hatte dann nach Stilllegung der Fabrik eine Begehung durch das Landesamt für Umweltschutz stattgefunden. Da das Gelände sich in einem katastrophalen Zustand befand, sollte es gründlich geräumt werden. Doch hatte der Konkursverwalter offensichtlich einiges liegen gelassen und vergessen. Seither war keine Kontrolle mehr erfolgt. Diese unerhörte Nachlässigkeit wurde ganz einfach mit der Begründung abgetan, „die Stadt München müsse davon ausgehen, daß die Auflagen eingehalten werden“ („AA“, 10.10.79). Welch blindes Vertrauen... Auch parteipolitisch löste der Fall einiges Gezeiter aus. Der CSU-Vorsitzende Strauß befürchtete, daß der Eindruck entstehen könnte, in München habe sich ein Giftskandal von Hamburger

Ausmaßen zugetragen: „Man solle aufhören, Entlastungsangriffe für Klose zu fahren.“ Umweltminister Dick sagte: „Man soll nicht krankhaft (!) im Süden nach einem Giftskandal suchen.“ Die „spielenden Kinder“ seien randalierende Jugendliche gewesen, die den Zaun des Fabrikgeländes demoliert hätten und alles kurz und klein geschlagen haben („FAZ“, 25.9.). Außerdem „könne doch an jeder Baustelle und in jedem Badezimmer Schränkchen Gift gefunden werden“, verharmloste Pressesprecher Günther Wolfbauer den Skandal („MM“, 29.9.). Dies ist also von den anfänglichen „wir-haben-alles-im-Griff“-Beteuerungen übrig geblieben. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Giftskandale haben sich mittlerweile eine ganze Reihe von Fabriken, Müllhalden usw. als potentielle Gefahrenquelle herausgestellt. So lagern bei einer Fabrikruine in Reichelsdorf bei Nürnberg hochgiftige Flüssigkeiten, Säuren und Harze, die eine große Gefahr für Kinder darstellen, die dort immer wieder spielen („NN“, 2.10.). Auf einer mittlerweile zugesähten Müllhalde in Langweid bei Augsburg wurden jetzt leere Giftfässer mit Totenkopfabzeichen ausgegraben, von denen man weder weiß, wer sie dort abgelagert hat, noch, ob sie damals schon leer gewesen waren. Auf diesem Gebiet dürfte uns noch einiges Schreckliche erwarten.

Um von den offensichtlichen behördlichen Schlapereien abzulenken, wurde inzwischen vom bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Kolo sowie von der Hamburger CDU der Vorschlag gemacht, die „Furcht der Unternehmer“ vor der Aufdeckung neuer Skandale auszuräumen und „bei Meldungen innerhalb einer bestimmten Frist Straffreiheit zu gewähren!“ („NN“, 27.9. und „FR“, 11.9.79). Da bleibt einem wirklich das Arsen im Halse stecken ...

KB/Gruppe Nürnberg





## Proteste gegen Frankfurter Nazi-Buchladen

In Frankfurt wächst der Widerstand gegen den kürzlich eröffneten Nazi-Buchladen (siehe AK 163). Die „BI gegen Reaktion und Faschismus“ hat mit einer Unterschriftenliste bisher ca. 800 Bürger für die Forderung nach der Schließung des Ladens gewonnen, darunter viele Anwohner. Unterstützt wird die Forderung auch von Lehrern und dem Elternbeirat der gegenüberliegenden Comenius-schule. Die BI hatte ihre Forderung während einer kleinen Demonstration vor dem Laden der Presse mitgeteilt („FR“, 13.10.).

Ebenfalls in der „FR“ erschienen Ausschnitte einer u.a. von Falken, Jusos, KB, GLU, GLH und einigen Buchläden unterzeichneten Erklärung, in der ebenfalls die Schließung des Ladens und die Unterbindung der Nazi-Propaganda gefordert wird. Dem Aufruf einer weiteren Bürger-rung, in der ebenfalls die Schließung des Ladens und die Unterbindung der Nazi-Propaganda gefordert wird. Dem Aufruf einer weiteren Bürger-

Unterdessen verstärken sich die Terroraktivitäten von Nazis zusehends:

- Am 3.10. versuchen ca. 15 zum Teil bewaffnete Jungnazis, darunter auch Ralf Platzdachs, in die erste Versammlung der BI einzudringen und vertreiben die zahlenmäßig unterlegenen Antifaschisten.
- Kürzlich wurde vor dem Laden ein jugendlicher von Nazis zusammengeschlagen.
- Am 8.10. überfallen 15 schwarz gekleidete Nazis, mit Kabelenden und Stahlrunden der DKP. Einer der Angegriffenen muß im Krankenhaus behandelt werden.
- Während der Buchmesse randalieren wiederum etwa 15 Jungnazis am Stand eines fortschrittlichen Verlages und ziehen anschließend zur Gegenbuchmesse, wo sie Plakate von den Eingangstüren reißen.
- Am 13.10. sind es knapp 30 „Kameraden“, die unter Führung Schönborns vor dem Senkenbergmu-

seum auftauchen, wo eine Lesung von Luise Rinser stattfindet. Sie verteilen ein Flugblatt: „Heiße dein Name ist Rinser“, von einer „Bürgerinitiative Roswitha von Gandersheim“. Verantwortlicher: Platzdachs. Sitz der „BI“: Göttingen, Silberbreite 1 und Northeim, Wilhelmstr. 30.

Der Buchladen dient derweil weiterhin auch als Nazitreffpunkt. Auf einem Flugblatt bitten Platzdachs und sein Kumpan Reimund Lucyn „Deutsche an einen Tisch“, jeden Freitagabend zu einem „verbandsunabhängigen Freundestreffen mit Aussprache“. Es wird berichtet, daß auch der NPD-Mann Horst Graefe am Tisch einen Stamplatz hat.

Für die Polizei hingegen scheint der Laden an Interesse verloren zu haben: Hieß es noch im August, bei einer Hausdurchsuchung seien zwei

Für die Polizei hingegen scheint der Laden an Interesse verloren zu haben: Hieß es noch im August, bei einer Hausdurchsuchung seien zwei Kisten mit Büchern beschlagnahmt worden, so hört man nun, daß der Staatsschutz zwar schon zweimal „hereingeschaut“ habe, aber „nach Durchsicht der Bücher und Broschüren ... nichts Gesetzwidriges zu ermitteln“ vermochte („FR“, 13.10.). Auch hüllen sich die Behörden in Schweigen, was die Forderung nach Schließung des Ladens betrifft.

Der letzte Besuch der Polizei in der Hartmann-Ibach-Str. 55 galt jedenfalls nicht der dort angebotenen Nazi-Literatur. In der Nacht vom 11. auf den 12.10. wurden auf den Laden sechs Schüsse abgegeben. Zu dem Anschlag soll sich eine „Schwarze Zelle – RBI – Revolutionäre Bürgerinitiative, Antifaschistische Gruppe“ bekannt haben („FR“, 15.10.). Ob es sich bei dieser Aktion um einen kleinen Reststoffsbrand handelte, bleibt vorerst offen. Für die Frankfurter Antifaschisten jedenfalls kein Grund, sich in ihrer Forderung nach Schließung des Ladens und Unterbindung der Nazi-Propaganda diskreditiert zu sehen und in ihren Aktivitäten nachzulassen.

Schließung des Naziladens!  
Schönborn in den Knast!

Antifa-Kommission  
KB/Gruppe Frankfurt

## Gibt es noch linke Buchhandlungen?

Als vor einigen Wochen der erste Frankfurter Nazi-Buchladen eröffnet wurde, wurde eine Unterschriften-sammlung gegen diesen Laden durchgeführt. Ich übernahm es, den SB-Buchladen und die Karl-Marx-Buchhandlung von den Spontis (die beiden größten linken Buchläden in Ffm) anzusprechen. Nachdem der Text etwa eine Woche in den Läden war, erfuhr ich bei einer Nachfrage im SB-Laden, man wolle sich den Nazi-Buchladen erst mal ansehen, bevor man unterschreibt (vorher hatte die „Frankfurter Rundschau“ schon mehrfach über den Nazi-Buchladen und Proteste dagegen berichtet).

Die Karl-Marx-Buchhandlung lehnte es (nach vorheriger Diskussion im Kollektiv) ab, zu unterschreiben. Sie fänden den Text zwar richtig, aber die Forderung, daß die Behörden gegen den Laden vorgehen sollten, könnten sie nicht unterstützen. Wenn man als Linker ein administratives Vorgehen gegen Nazis fordern würde, dann würde der Staatsapparat dies ja „logischerweise“ auch auf die Linke ausweiten und anwenden. Auch als ich darauf hinwies, daß diese Nazi-Literatur klar gegen bestimmte Straftatbestände verstößt

(Volksverhetzung, Verherrlichung des NS-Regimes, Rassenhaß, etc.), bleibt mein Gesprächspartner dabei, daß man als Linker nicht Polizei-Justizmaßnahmen gegen Nazis fordern dürfe. Dies sei eher eine „innerpolitische Angelegenheit“. Mir war nicht klar, wie ich das zu verstehen hatte. Na ja, wenn die Polizei halt gegen die Nazis vorgehe, dann wär's ja gut; aber fordern dürfe man es nicht von ihr. Das schlagendste Argument gegen eine Unterschrift des Sponti-Buchladens unter die Presseerklärung aber war dies: das könnte ja vielleicht den Eindruck erwecken, als würde die Karl-Marx-Buchhandlung aus Konkurrenzgründen mit unterschreiben!!!! Vielleicht sollte man Buchläden überhaupt besser aus der Unterschriftenliste rauslassen. Die Betriebsräte zweier nicht-linker Frankfurter Buchhandlungen unterschrieben die Erklärung allerdings ohne solche Ängste.

Der „neue Antifaschismus“ trägt reichlich Früchte! Jede(r) möge sich vorstellen, was der alte Charly dazu gesagt hätte, dessen Namen dieser Laden ja nun trägt (wie lange eigentlich noch?).

Ein Frankfurter Genosse

# Ist Antifaschismus kriminell?

Im Raum Unna/Kamen läuft zur Zeit eine Welle von Prozessen gegen Antifaschisten an. Offizielle Aussagen der Staatsanwaltschaft zufolge handelt es sich hierbei um 13 Verfahren. Zur Verhandlung stehen die Vorfälle anlässlich der NPD-Kundgebungen in Unna und Kamen vom 4.11.78. Dabei war es zu schweren Überfällen auf protestierende Antifaschisten gekommen. Verantwortlich hierfür zeichneten die Aktivisten der sogenannten „Harting-Bande“, deren Stützpunkt, das berüchtigte JN-Landeszentrum „Gut Barenbräcker“, sich in unmittelbarer Nähe Kamens befindet.

Die Überfälle auf Antifaschisten sowie das Verhalten der massiv aufgelegten Polizei, die ebenfalls prügeln gegen den antinazistischen Protest vorgeht, sorgte auch überregional für Schlagzeilen.

Mittlerweile sind drei Prozesse gegen Antifaschisten über die Bühne gegangen. Ein 17-jähriger Antifaschist, Mitglied einer kirchlichen Jugendgruppe, die sich damals an den antifaschistischen Protestaktionen beteiligte, wurde zu einer Strafe von 30 Stunden Arbeit verurteilt. Angeblich soll er eine Tomate in Richtung der Nazis geworfen haben. 200,- DM lautete das Urteil gegen Peter Widmaier, Mitglied der „Gruppe Kamener Antifaschisten“. Die seitens der Staatsanwaltschaft formulierten schweren Vorwürfe (Körperverletzung usw.) konnten gegen den zur „Tatzeit“ erst siebzehnjährigen vor Gericht zu einem großen Teil nicht aufrechterhalten werden.

Das Schöffengericht Unna verhandelte gegen den NPD-Gegner Dietrich Schulze-Marmeling. Vorgeworfen wurde Dietrich, die Eier, die später auf die Neonazis in Kamen niedergefallen, verteilt zu haben. Gleich zu Beginn der Verhandlung erklärte der die Verhandlung leitende Richter Linz, daß das Gericht nicht gewillt sei, sich von außen in seinen Entscheidungen beeinflussen zu lassen. Gemeint waren hiermit ein Appell des NRW Kultusministers Girsensohn, die Ermittlungs/Strafverfahren einzustellen, und eine in die gleiche Richtung zielende Erklärung, unterzeichnet von demokratischen Persönlichkeiten und Organisationen, die am Morgen des Verhandlungstages in der örtlichen Presse zu lesen war.

In einer persönlichen Erklärung verwies Dietrich insbesondere auf den politischen Hintergrund der Prozesse. Nicht die Antifaschisten seien für die Vorfälle vom 4.11. verantwortlich zu machen, sondern die Politiker, die besonders im Raum Unna/Kamen bisher kläglich versagt hätten, wenn es um die Bekämpfung des Rechtsradikalismus gehe. Am Ende des 2. Verhandlungstages befand das Gericht Dietrich für schuldig. Das Urteil lautete auf 20 Tagessätze à 10,- DM (die Staatsanwaltschaft hatte die selbe Zahl an Tagessätzen zu 20,- DM gefordert). In seiner Urteilsbegründung machte Linz noch einmal deutlich, daß es sich für ihn nicht um einen politischen Prozeß handele.

Gegen Dietrich Schulze-Marmeling und zwei Bielefelder Antifaschisten laufen z.Zt. auch Ermittlungs- bzw. Strafverfahren wegen Beleidigung, Verleumdung etc., angestrengt in erster Linie vom Bewirtschafter des Kamener Nazi-Hofes „Gut Barenbräcker“ und Kopf der Nazi-Bande, Karl-Heinz Harting.

Im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 4.11.78 wurden nur gegen zwei Neonazis Strafverfahren eingeleitet. Sowohl die Anzahl der Verfahren als auch die ausgesprochenen Urteile sprechen den realen Vorkommnissen vom 4.11. Hohn. So wurde der Faschist Bernd Dröse (Mitglied des Bundesvorstandes von NPD und JN), der Antifaschisten mit einer Gaspistole bedroht hatte, in erster Instanz freigesprochen. Der Bielefelder NPD-Schlagier Edgar Arnstedt, der damals den Falken-Funktionär Peter Kalvari mit einem Kantholz kränkenhausreif geprügelt hatte, wurde lediglich zu einer Geldstrafe von 2.000 DM verurteilt.

Es gilt nun, den Protest gegen die skandalösen Prozesse noch weiter zu verbreitern.

Eine Protest-, Erklärung und zum Ermittlungsverfahren und Prozessen gegen Antifaschisten im Raum Unna/Kamen“ (die wir aus Platzgründen erst nächstes mal bringen können), ist jetzt schon von einem breiten Spektrum von Persönlichkeiten und Organisationen von den Jusos bis zum KB unterzeichnet worden.

Zur Deckung der Prozeßkosten werden Spenden erbeten auf das Konto Stadtparkasse Kamen Friedhelm Schaumann No. 807800, BLZ, 44351380

## Die Verteidigung angeklagter Antifaschisten ist untrennbare Aufgabe des antifaschistischen Kampfes

Wir wenden uns heute an alle im antifaschistischen Kampf engagierten Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen mit dem Aufruf zur aktiven Solidaritätsarbeit mit angeklagten Antifaschisten.

Die erfreuliche Tatsache einer wachsenden antifaschistischen Bewegung in unserem Land darf die Schattenseite der zunehmenden Verfolgung engagierter Antifaschisten durch Polizei und Justiz, aber auch durch die Faschisten und Reaktionen selber, die sich der Justiz bedienen, nicht verdecken. Als eine zentrale Aufgabe bei der Organisation der Solidarität und der Abwehr dieser Angriffe sehen wir die Intensivierung des Informationsaustausches innerhalb der antifaschistischen Bewegung auf dem Gebiet prozessualer Erfahrungen und Vorbereitung der politisch und juristisch effektiven Verteidigung. Das Initiativkomitee Arbeiterhilfe bemüht sich aus diesem Grunde um die Zentralisierung von Anklageschriften, Beweisanträgen, Urteilen, Urteilsbegründungen etc. sowie des Materials, mit dem eine Öffentlichkeitsarbeit bei solchen Prozessen geleistet wird. Diese

gesammelten Erfahrungen sollen abrufbar gemacht werden und der Unterstützung von Prozeßvorbereitungen dienen. Desweiteren kann so den interessierten Medien eine Berichterstattung erleichtert werden. Bei dieser Arbeit sind wir angewiesen auf die Unterstützung aus der ganzen antifaschistischen Bewegung und das persönliche Engagement von möglichst vielen Freunden in der ganzen BRD. Kein einziger Prozeß gegen Antifaschisten ist „unwichtig“. Demonstrationen, „Delikte“, Verfahren gegen presse-rechtlich Verantwortliche, „Beleidigungen“, Verfahren von Faschisten gegen Antifaschisten u.v.a. mehr ergeben heute eine Summe von empörenden Erfahrungen mit der Justiz dieses Landes, jedoch bleiben diese noch fast ungenutzt, um unseren Kampf auf diesem Sektor erfolgreicher zu machen.

Informationen und Bereitschaft zur Zusammenarbeit bitten richten an:

Initiativkomitee Arbeiterhilfe  
Antifa-Gruppe  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50

IKAH

## Antifaschistischer Bundeskongreß Vorkongreßkonferenz am 10./11. November in Bielefeld

Liebe Antifaschist/inn/en,

auf unseren im Juli publizierten Vorschlag hin, einen antifaschistischen Bundeskongress zu veranstalten, haben uns zahlreiche Interessierte, zustimmende Zuschriften von antifaschistischen Arbeitskreisen, Organisationen und Einzelpersonen erreicht. Insgesamt liegen uns mittlerweile ca. 25 Stellungnahmen vor. Die Zuschriften kommen dabei überwiegend von lokalen Antifa-Initiativen und Arbeitsgruppen.

Aus Dortmund und Bielefeld gibt es bereits (schriftliche) Vorstellungen konzeptioneller Art, was die Durchführung des Antifa-Bundeskongresses anbelangt. Beide Vorschläge gehen davon aus, die Veranstaltung für möglichst viele Fragen des antifaschistischen Kampfes zu öffnen und diese in dazu einbezogenen Arbeitsgruppen zu befassen (Kampf gegen Neonazis/NPD-Verbot, Prozesse gegen Antifaschisten, Rechtsentwicklung/Faschisierung allgemein, „Stopp Strauß“, bundesweites Antifa-Info, „Rock gegen Rechts“, Graue Wölfe u.a.m.). Während der Dortmunder Vorschlag dabei stärker auf die Vereinheitlichung von Positionen abzielt (Verabschiedung einer „Minimal-Plattform“ o.ä.), geht das Bielefelder Papier davon aus, daß ein in diesem Rahmen erster Erfahrungsaustausch antifaschistischer Kräfte nicht unter den „Erfolgswang“ zu erzielen „Vereinheitlichungen“ inhaltlicher und organisatorischer Art gesetzt werden sollte.

Aus den Reihen der beiden bundesweiten Arbeitstreffen von Antifa-Arbeitsgruppen und Initiativen, die zum Thema einer (eines) bundesweiten Antifa-Zeitung (Infos) stattfanden, wurde die Erwartung geäußert, daß sich ein evtl. Bundeskongress auch mit diesem Thema beschäftigt und dazu Stellung nimmt.

Desweiteren hat die „Allgemeine homosexuelle Arbeitsgemeinschaft e.V.“ (AHA) aus Westberlin angekündigt, konkrete Vorschläge für die Gestaltung eines Bundeskongresses (insbesondere Wiedergutmachungsprobleme an den im KZ umgekommenen Homosexuellen) vorzulegen.

Die Stadtzeitung „Podium“ aus Augsburg schlägt vor, den Antifa-Bundeskongress in etwa zeitgleich mit dem NPD-Bundeskongress April oder Mai in Augsburg durchzuführen.

Dem Antifa-Bundeskongress von allen daran interessierten Kräften gemeinsam und gleichberechtigt vorbereitet werden kann, findet am 10./11. November in Bielefeld eine bundesweite Vorkongresskonferenz statt; sie soll nach unseren Vorstellungen dazu dienen, den Bundeskongress inhaltlich vorzustrukturieren, diesbezügliche Arbeitsaufträge zu verteilen, ein Vorbereitungs-komitee zu bestimmen, Ort und Termin festzulegen usw. (die genaue Vorgehensweise müßte zu Beginn der Vorkongresskonferenz beschlossen werden).

- Die bundesweite Vorkongresskonferenz für die Vorbereitung des antifaschistischen Bundeskongresses findet statt
- am 10./11. November 79, Beginn Samstag um 15 Uhr
- in Bielefeld, Turnerstr.2 (Winfriedhaus am Kesselbrink)

(Zur Deckung der bisherigen und zukünftigen Unkosten bitten wir alle Antifa-Initiativen, Organisationen und Personen, auf der Vorkongresskonferenz einen Teilnehmerbeitrag von 10 DM zu entrichten, bzw. unter dem Stichwort „Bundeskongress“ auf das Konto: Antifaschistische Aktion, 48 Bielefeld 1, Sparkasse Bielefeld, BLZ 480 501 61, Kto.-Nr.: 435 260 11 zu überweisen. Da wir uns um Übernachtungsplätze kümmern müssen, bitten wir um rechtzeitige Anmeldung an untenstehende Adresse).

Anmeldung, Stellungnahmen und Anfragen bitte an:

Michael Breitkopf, Buddenstr. 9, 48 Bielefeld 1  
telefonisch von 16 - 22 Uhr unter 0521/63442

Mit antifaschistischen Grüßen

Antifaschistischer Arbeitskreis Bielefeld  
(Mitglied der „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW“)

Bielefeld, den 12.10.79

## Achtung: KB-Kongreß

Der 4. Vorbereitungs-Termin der Antifa Vorkongress AG findet statt vom 17.11. - 18.11. (Samstag 14.00 Uhr bis Sonntag 14.00 Uhr), vorgeschlagener Ort: Göttingen. Genauer Treff wird noch angegeben. Bitte schickt Vorbereitungsmateria-

lien (im Sinne der TO aus AK 163) noch rechtzeitig an uns und meldet euch nach Möglichkeit in eurem eigenen Interesse an.

Antifakommission



# Nazi-Roeder reist und reist und... Anti-Polizei-Meldungen

Man könnte lachen, wenn es nicht eigentlich gar zu traurig wäre: Im April 78 tauchte Ex-Anwalt Manfred Roeder (1972 - 76 führender Nazi-Propagandist in der BRD) unter. Denn zum ersten Mal hatte ihn ein Gericht zu 6 Monaten ohne Bewährung verknackt. Seitdem wird Roeder angeblich durch Interpol auf derselben Fahndungsliste wie „Carlos“ gesucht – wie es in der Presse hieß. In seiner Reiselust schien ihn das keineswegs zu behindern:

Frühjahr 78 Brasilien und Chile; im Spätsommer wurde er in Leeds (Großbritannien) bei der St. Georges-Liga gesichtet. Angeblich soll er sich danach sogar noch wieder in der BRD aufgehalten haben. Im Herbst 78 trat Roeder als „Sprecher der Europäischen Freiheitsbewegung“ in den USA auf. In sämtlichen Nazi-Kreisen bekannt und in diversen Blättern dokumentiert ist die Auseinandersetzung mit dem kanadischen Nazi Zündel, die Roeder im Frühjahr 79 hatte.

Nun, nach den Sommerferien, packte ihn wieder die Reiselust (übrigens vorher angekündigt in seinen „Rundbriefen“). Seine Tournee führte ihn wieder nach England (mit falschem Paß und veränderten Aussehen), wo er u.a. an einer Demonstration



Roeder im August 79 in England: Demonstration für Hitler-Stellvertreter Heß

für die Freilassung von Heß teilnahm. Anschließend ging es weiter nach Österreich: Roeder war in Wien Teilnehmer einer internationalen Nazi-Konferenz. Inzwischen fühlte er sich so sicher, daß er auf falschen Paß und Verkleidung meinte verzichten zu können. So reiste er unter seinem richtigen Namen Anfang Oktober in die Schweiz ein. Er hatte fast richtig gerechnet: Zwar wurde er an der Grenze festgenommen, jedoch nach einer halben Nacht wieder abgeschoben – ausgeliefert an die BRD wurde

er nicht; deren Ersuchen auf Auslieferungshaft kam „zu spät“ (nach: „Searchlight“ 51/79; „Tat“, 28.9.79 und „FR“, 16.10.79).

Eine plausible Erklärung der bisherigen Fahndungskünste in Sachen Roeder gab der Frankfurter Oberstaatsanwalt Hans-Eberhard Klein: Die Fahndung sei schwierig, weil Interpol Roeder nicht suche, da seine Taten einen politischen Hintergrund haben! („FR“, 24.10.79)

Antifa-Kommission Hamburg

## Neonazi-Umtriebe

Im Zusammenhang mit dem NPD-Schwerpunktwahlkampf anlässlich der NRW-Kommunalwahlen machte die neonazistische „Harting-Bande“ im Raum Unna erneut von sich reden.

Erstes Opfer des vom berüchtigten JN-Landeszentrum „Gut Bärenbräcker“ aus organisierten „Wahlkampfes“ der Nazis wurde der SPD-Betriebsratsvorsitzende Greune, den die Neonazis in der Unnaer Innenstadt niederschlugen. Empört über die hetzerische Propaganda der Nazis, hatte Greune in den haltenden Lautsprecherwagen der Nazis nach dem Mikrofon gegriffen („WAZ“, 21.9.).

Kurz nach den Wahlen drangen Neonazis nachts in ein Unnaer Wohnhaus ein und schmierten dort die Parole „Rotfront verreckt“ auf eine Etagetür. Hintergrund für diese Aktion: Aus dem von den Nazis heimgesuchten Haus soll während des Wahlkampfes ein El auf den NPD-Lautsprecherwagen geflogen sein. Die Nazis setzten daraufhin 500 DM Belohnung für Hinweise, die zur „Ergreifung“ des Eierwerfers führen würden; aus. In derselben Nacht flog ein paar Straßen weiter ein mit NPD-Propagandamaterial umwickelter Stein durch eine Wohnzimmerscheibe.

Antifa-Kommission NRW

\*\*\*

Braunschweig: „Der Weg in den 2. Weltkrieg“, so lautete das Thema einer Veranstaltung der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), die am 12.10. in Braunschweig stattfand. Eingeladen war der einschlägig bekannte englische Geschichtsforscher David Irving.

Die „Wahrheitsfindung“ war dann auch sehr einfach: Schuld am 2. Weltkrieg hatte „der Amokläufer Winston Churchill“, der das englische Volk gegen Hitler aufgehetzt hatte und mit Vertragserfüllungen (Belandspakt mit Polen) allzu pingelig gewesen ist. Für den Gegenbeweis wollte Irving 1.000 Dollar locker machen. Weitere 1.000 Dollar sollten für den Gegenbeweis gezahlt werden, „daß Hitler nie die Judenvernichtung angeordnet hat“, geschweige denn von Auschwitz gewußt hat.

Das Publikum (ca. 100 Leute, zwischen 10 und 60 Jahren) klatschte lauten Beifall.

Auffallend bei dieser Veranstaltung war das relativ zahlreiche Erscheinen von BHI-Jern (Bund Helmtreuer Jugend). Auch ein Büchertisch von BHI und GfP läßt darauf schließen, daß dies eine gemeinsam geplante Veranstaltung war. In Zukunft sollte von antifaschistischer Seite solchen Veranstaltungen mehr Bedeutung beigemessen werden als bisher.

Ein Braunschweiger Genosse

\*\*\*

Eine NPD-Kundgebung fand am 13.10. in Düsseldorf statt. Ca. 50 Nazis waren aufmarschiert, um sich die Hetztrüden des NPD-Vorsitzenden Mußnug und des suspendierten NPD-Majors und NRW-Landesvorsitzenden Lindner anzuhören. 250 Polizisten waren zum Schutz der Faschisten abgestellt worden. Mehrere hundert Gegendemonstranten setzten der NPD-Propaganda, unterstützt von einem Lautsprecherwagen, antifaschistische Lieder entgegen und bedachten die Veranstalter mit Eierwürfen und Knallfröschen.

„Ein Zwischenfall ereignete sich unmittelbar nach der Veranstaltung: Die Gegendemonstranten begannen schon, sich aufzulösen, als die NPD einen Greiftrupp loschickte, um die Eierwerfer aufzufinden zu machen. Die Polizei reagierte mit Verzögerung: Zeit genug für die Schläger, sich auf einen Antifaschisten zu stürzen. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurden ein Antifaschist und ein NPD-Messerstecher festgenommen. Daraufhin demonstrierten spontan etwa hundert Personen durch die Innenstadt und forderten die sofortige Freilassung des Antifaschisten“ („Die Neue“, 18.10.).

Antifa-Kommission NRW

Nach einem „Rock gegen Graue Wölfe“-Festival am 13.10. in Westberlin veranstalteten eine Woche später etwa 350 überwiegend türkische Antifaschisten eine Demonstration gegen die „Grauen Wölfe“ und ihre deutschen Freunde. Ihr Weg führte auch am berüchtigten Keller der „Wikingjugend“ in Kreuzberg vorbei. Zwei Bullen und ein fotografierender Nazi beobachteten den vorbeiziehenden Zug; aus einer Seitentür lugten Nazis mit Helmen und Knüppeln. Auch Michael Pohl (gerade in einem Berufungsverfahren zu 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt) beobachtete aus einem Ford-Transit heraus die Szene. Nachdem der Demo-Zug vorbei war, nutzten die Nazis ihre jetzt zahlenmäßige Überlegenheit: Sie schlugen 2 Jugendliche zusammen. Erst danach griffen die Bullen ein: Sie durchsuchten den Keller und fanden zahlreiche Schreckschuß- und Gaspistolen, sowie diverse Schlagwaffen. 35 Nazis wurden vorübergehend festgenommen. Die Polizei weiß offenbar noch einiges mehr über diese Bande: Der Staatschutzleiter Manfred Knittlaus teilte z.B. mit, daß Mitglieder der „Wikingjugend“ verdächtigt werden, im September 79 das Thomas-Weißbecker-Haus überfallen zu haben. Damals waren etwa 10 Nazis in das selbstverwaltete Wohnkollektiv gestürzt und demolierten die Einrichtung, bis die Bewohner sie in die Flucht schlugen. (Nach „FR“, 22.10., und Bericht eines Westberliner Genossen)

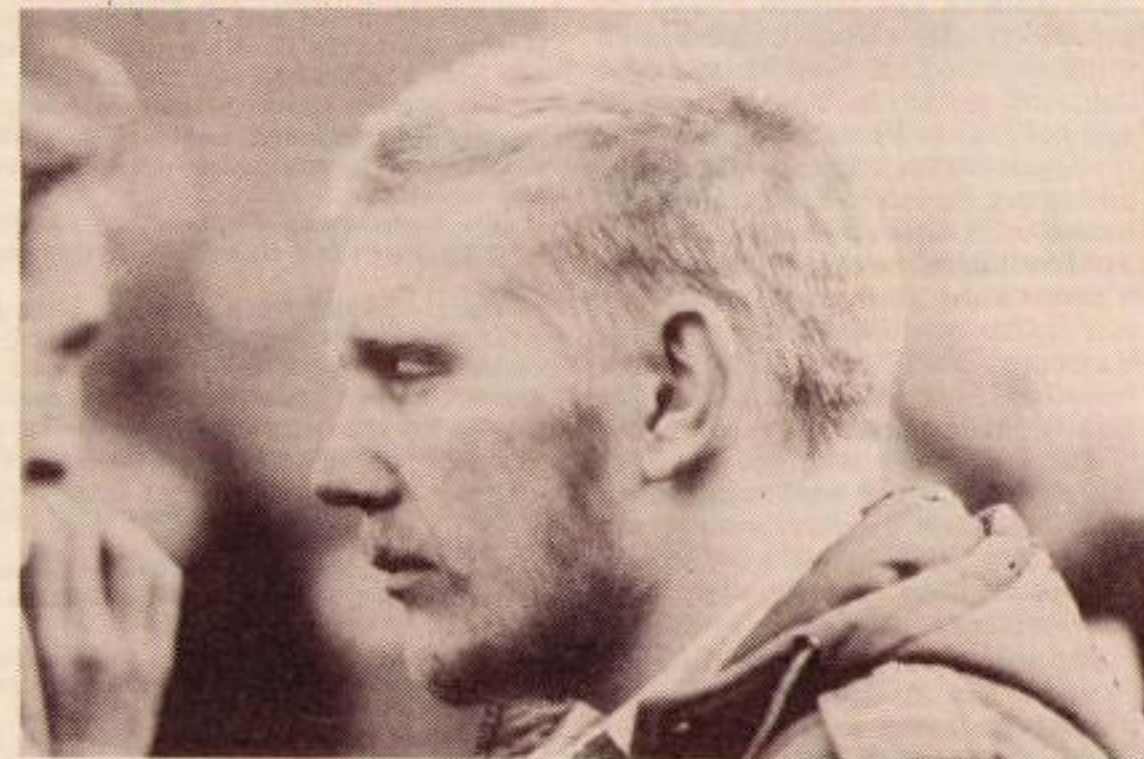
\*\*\*

Ein in Lindau lebender Rabbiner wurde auf offener Straße von einer Gruppe Rechtsradikaler angerepelt und mit „Ju-

\*\*\*

Ein in Lindau lebender Rabbiner wurde auf offener Straße von einer Gruppe Rechtsradikaler angerepelt und mit „Ju-

## Wiora in den Knast!



Im Oktober 1978 wurde der Bochumer NPD-Schläger und Aktivist der „Harting-Bande“, Udo Wiora, vom Göttinger Amtsgericht zu 6 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt: Wiora hatte zusammen mit anderen Nazis einen Antifaschisten überfallen und zusammengeschlagen.

Trotz seiner Bewährungsauflagen war Wiora auch nach dem Göttinger Urteil wieder einschlägig aktiv. So befand er sich unter den NPD-Schlägern, die am 4.11.78 in Kamen und Unna mit Holznägeln auf Antifaschisten einschlugen. Im Zuge des Meinungs-Verfahrens gegen den Landesvorsitzenden des JN-NRW, Heinrich Gerlach, wurde nun unlängst bekannt, daß gegen Wiora ein Haftbefehl vorliegt (vgl. AK 164, S.28). Wiora, der als Zeuge für das in Göttingen stattfindende Verfahren benannt worden war, hatte sich dort trotz mehrmaliger Aufforderung nicht sehen lassen. Außerdem scheint

denflümmel“ und „Judenschwein“ beschimpft. Vorbeigehende Passanten kamen ihm nicht zu Hilfe. Der Rabbiner, der in mehreren Konzentrationslagern eingesperrt war und dort alle seine Angehörigen verloren hat, erstattete Anzeige. In Kaufbeuren kam es in letzter Zeit mehrmals zu sog. „Briefkastenaktionen“ der „NSDAP/AO“. Aufkleber mit der Aufschrift „Juden raus aus Deutschland“ und „Kauft nicht bei Juden“ wurden verteilt. („Augsb. Allgemeine“, 18.10.)

KB/Gruppe Nürnberg

\*\*\*

Die „Deutsche Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld und Vergasungslüge“ wollte in Nürnberg zum Jahrestag der Urteilsverkündung in den Kriegsverbrecherprozessen einen Fackelzug und eine Veranstaltung durchführen. Beides wurde auf Grund breiter Proteste vom Ordnungsamt der Stadt Nürnberg verboten.

Trotz des Demonstrationsverbots trafen sich am Samstag dann doch 18 vorwiegend jüngere Nazis. Die zum großen Teil schwarzuniformierten Banditen kamen aus München, Bremen, Offenburg und Gießen. Unter ihnen war Edgar Geiss aus Stade, Pflegevater der „Hansa“-Bande. An der Zeppelinswiese, dem früheren SS-Aufmarschgebiet, wurden die Nazis festgenommen. Gegen sie wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Uniformgesetz und das Waffengesetz (es wurden mehrere Schlagstöcke beschlagnahmt) eingeleitet. („Nürnberger Zeitung“, 22.10.)

KB/Gruppe Nürnberg

den mehrere Schlagstöcke beschlagnahmt) eingeleitet. („Nürnberger Zeitung“, 22.10.)

KB/Gruppe Nürnberg

## Köln: Polizeischläger in zweiter Instanz zu sechs Monaten Knast auf Bewährung verurteilt!

In Köln wurden die beiden Polizisten Reiner Bohlmeier und Ulrich B. wegen Körperverletzung im Amt in zweiter Instanz zu je sechs Monaten Gefängnis auf vier Jahre Bewährung und je tausend Mark Geldbuße verurteilt. Die beiden hatten im Oktober 1976 bei einer Verkehrskontrolle in Zivil einen Passanten verprügelt und anschließend eine Nacht lang auf dem Polizeipräsidium festgehalten.

Dabei waren sie gegenüber ihrem Opfer derart brutal vorgegangen, daß die Zeugen des Vorfalles in ihren Aussagen immer wieder betonten: „Wir dachten, das sei ein Überfall. Das konnte keine Polizei sein.“

Der Richter sagte in seiner Urteilsbegründung im Hinblick auf zwei holländische Zeugen: „Ich habe mich geschämt ..., daß in einer deutschen Stadt nachts so etwas passieren kann.“ Daß in Köln Polizeibürger nicht eben selten sind, haben wir bereits in AK 162 („Schwarzer August für die Kölner Polizei“) nachgewiesen. Dieser Fall hat allerdings noch eine besondere Pointe: Für den Polizisten Reiner Bohlmeier ist dies die vierte Verhandlung wegen Körperverletzung im Amt, die er verloren hat. Bohlmeier war bereits im April 79 zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er anlässlich einer Demonstration Festgenommene geschlagen hatte. Gegen dieses Urteil war er in Berufung gegangen – und verlor. In der Zwischenzeit war er aber bereits wegen des oben geschilderten Vorfalles zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Auch gegen dieses Urteil ging er in die Berufung. In genau dieser Reihenfolge verlor er dann auch beide Berufungsverhandlungen. Pikante Note obendrein: In den beiden Verhandlungen in erster Instanz verurteilte ihn derselbe Richter, der am 31.10.79 die Verhandlung gegen die damals mißhandelten Festgenommenen leitete. Denn diese wurden inzwischen wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ u.ä. angeklagt...

Antifa-Kommission NRW

\*\*\*

## Verfolgungsjagd Nur durch Zufall keine Toten

13 Streifenwagen der Hamburger Polizei jagten am 12.10. einen Wagen mit drei jungen Leuten durch Hamburg. Die Jagd endete mit einem schweren Unfall vor dem Elbtunnel. Nur durch Zufall konnten die drei gerettet werden; sie mußten schwerverletzt aus dem brennenden Wagen gezogen werden.

Angefangen hatte die Verfolgungsjagd mit einer Bagatelle: Der Besatzung eines Funkstreifenwagens war angeblich ein münchener Schwerverletzter aus einem brennenden Wagen gezogen worden.

Angefangen hatte die Verfolgungsjagd mit einer Bagatelle: Der Besatzung eines Funkstreifenwagens war angeblich aufgefallen, daß das Nummernschild nur mit zwei statt mit vier Schrauben befestigt war und wollte deshalb den Mercedes stoppen. Da soll der Fahrer Gas gegeben haben und zum Teil mit 140 Stundenkilometern durch Hamburg gerast sein. „Schießen, schießen“, riefen die Polizisten über Funk, als fünf Streifenwagen hinter dem Mercedes herasteten. Noch mehr Streifenwagen beteiligten sich an der Jagd. Der Wagen rammte einen LKW und prallte wenig später gegen einen Pfeiler am Elbtunnel. Der 20jährige Fahrer in dem brennenden Auto war mit den Beinen hinter dem Lenkrad eingeklemmt. Sein Beifahrer Harald J., 22, und die 20jährige Annegret J., alle Schüler aus Hannover, wurden schwerverletzt geborgen. Angeblich hatten die drei Schüler den Wagen geklaut, „um aus dem Trott rauszukommen“, waren sie abgehauen.

Sogar das „Hamburger Abendblatt“ berichtete kritisch über die „Wahnsinnsfahrt“ und stellte die Frage: „Jagten Peterwagen drei Autodiebe fast in den Tod?“

Zu diesem Vorwurf der Polizeisprecher Krenz: „Zeitweise haben unsere Peterwagen das Fluchtauto aus den Augen verloren, weil es derartig schnell davon fuhr.“

Als weiteren „Beleg“ dafür, daß die jungen Leute nicht gejagt worden seien, führte Krenz an, daß einige der insgesamt 13 verfolgenden Peterwagen die Fahndung aufgaben, als sie an rote Ampeln kamen (!?).

## Nicht das erste Mal!

Mit dieser Augenwischerei versucht Krenz darüber hinwegzutäuschen, daß in den letzten vier Jahren schon zwei Autofahrer von der Hamburger Polizei in den Tod gejagt wurden.

Insgesamt starben seit 1972 in der BRD bei Verfolgungsjagden durch die Polizei unseres Wissens 27 Menschen, meist Jugendliche. Meist wurden sie aus nichtigen Anlässen gejagt, weil die

Nebelleuchte angeschaltet war, weil ein Nummernschild schief hing ...

Aber in der Pose eines Biedermanns verkündete Polizeisprecher Krenz: „Das Blaulicht ist kein Freifahrtsschein“ – Bisher war es das jedenfalls!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

## Bullenterror

Rheinfelden. Im „Ausnüchterungsarrest“ auf der Rheinfelder Polizeiwache wurde ein 36jähriger Stahlbauarbeiter aus Grenzach-Wyhlen nach allen Regeln der „Kunst“ fertig gemacht. Weil er angeblich randalierte, wurde der Betrunkene von drei Bullen mit Gummiknüppeln und Fußtritten traktiert. Unter dem Anspruch „Dir werde ich zeigen, was dein Recht ist“ bekam er eine Ladung „Chemical Mace“ voll ins Gesicht geschossen; und auf die Bitte nach einem Arzt höhnten die Bullen: „Was du haben kannst, ist ein Tierarzt, denn mehr bist du nicht wert“ („Badische Zeitung“, 10.10.79).

„Untersucht wird“, so der Leiter der Polizeidirektion Lörrach, Jensch, „ob die Leute über das zulässige Maß (!!) hinausgeschossen“ ... Er gibt allerdings zu „bedenken“, daß „Polizeibeamte nicht nur Polizeibeamte (sind), sondern auch MENSCHEN ...“ (ebenda). Eine seltsame Gattung Mensch, die hier propagiert wird. Eher müßte es heißen: Sie sind nicht nur Menschen, sondern auch Polizeibeamte!

Antifakommission Baden-Württemberg

## Westdeutsche Bullen: Der Umgang formt die Menschen

Ein „erfolgreicher Oberkommissar, der als aufstrebender Beamter mit großen Karriereaussichten galt“ („Badische Zeitung“, 13.10.) fiel den Anfechtungen seines schweren Dienstes zum Opfer: Der Leiter des Dezernats Sitte und Rauschgift bei der Kripo in Waldshut mußte einen Strafbefehl von rund 4.000 DM und eine Strafverurteilung hinnehmen. Grund: Ein Rauschgifthändler, in dessen Auto der RD-Chef vier Kilo Haschisch entdeckt hatte, mußte nach Rückgabe des Wagens feststellen, daß sein Luxus-Stereo-Radio gegen ein billiges Kaufhausmodell ausgetauscht worden war ...

\*\*\*

Tief in die Trickkiste der Ladendiebe hatte ein 52jähriger Oberkommissar aus Friedrichshafen gegriffen: „In einem Warenhaus nahm er jeweils einen Karton mit billigem Wein, räumte Tief in die Trickkiste der Ladendiebe hatte ein 52jähriger Oberkommissar aus Friedrichshafen gegriffen: „In einem Warenhaus nahm er jeweils einen Karton mit billigem Wein, räumte die Flaschen aus und packte wertvollere Dinge in den Karton“ („BZ“, 17.10.). Außerdem nahm er aus seiner Dienststelle mehrere kolorierte Stiche im Wert von immerhin 7.000 DM mit und hängte sie in seiner Wohnung auf.

\*\*\*

Schon Ende letzten Jahres war ein Lehrer der Landespolizeischule Freiburg wegen des Verdachts krimineller Delikte vom Dienst suspendiert worden. Der Hauptkommissar, „der gerade innerhalb der Drogenszene mit guten Ermittlungsergebnissen aufwarten konnte“ („BZ“, 23.11.78), war in eine Rauschgift-Affäre verwickelt. Seine Freundin, eine 40jährige Apothekerin in Villingen-Schwenningen, hatte die örtliche Rauschgiftszene mit Drogen und Betäubungsmitteln versorgt. Über den Ausgang der Ermittlungen gegen den Mann wurde uns bisher nichts bekannt.

Antifa-Kommission BaWü

## SEK wird ausgebaut

Von 29 auf 45 Mann wird die Sollstärke des baden-württembergischen Spezial-Einsatz-Kommandos (SEK) erhöht. Dies kündigte Landespolizeipräsident Alfred Stümper anlässlich einer Einsatzübung in Waiblingen an. Die angereisten Mitglieder der CSU/CDU-Gruppe des Bundestagsinnenausschusses waren voll des Lobes über die „Schwäbische GSG 9“. Größte Sorge des SEK-Chefs Tränkle: „Wir könnten noch viel effektiver arbeiten: wir würden uns wünschen, einer Führungsstelle direkt zugeordnet zu sein“ (laut „BZ“, 17.10.).

Nach Lage der Dinge könnte diese zentrale Stelle nur bei der erst im letzten Jahr geschaffenen Landespolizeidirektion Stümpers liegen.

Antifa-Kommission BaWü



## Gewehrgranaten und panzerbrechende Waffen in Niedersachsen demnächst im Einsatz?

Der niedersächsische Landtag verabschiedete am 25.10.79 das „Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (nds SOG) in 1. Lesung. Dieses neue niedersächsische Polizeigesetz — am 9.10. vom Kabinett abgeordnet — orientiert sich an den entscheidenden Stellen am „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder“, ist aber z.B. in der Frage der Bewaffnung der Polizei deutlicher als dieser.

Wir hatten bereits im AK 160 über sog. „fiktive Situationsberichte“ aus dem Innenministerium berichtet. Referenten des Innenministers Möcklinghoff hatten hierin mit irrer Phantasie Situationen geschildert (RAF-Hubschrauberangriff, RAF-Raketenüberfall mit 15 Toten etc.), die die Notwendigkeit einer Polizeibewaffnung mit Handgranaten und MG's begrün-

1. schlug die Diskussion um die vorgesehenen „besonderen Waffen“ der Polizei so hohe Wellen, daß der Verzicht auf den Einsatz dieser Waffen in Polizeihänden (gelagert werden Maschinengewehre z.B. in den Bereitschaftspolizeikassernen bekanntlich seit der Gründung der Bereitschaftspolizei) als äußerst liberaler Kompromiß erscheinen muß. Tatsächlich aber räumt ein neu eingeführter Paragraph weitestgehend die Schranken vor einem Bundesgrenzschutz in Niedersachsen — bei Anforderung durch den Innenminister — weg. Neben den genannten Maschinengewehren und Handgranaten des BGS werden nun damit aber auch — wie ein Sprecher des Ministeriums ausdrücklich bestätigte — Gewehrgranaten und panzerbrechende Waffen als „besondere Waffen“ zum Einsatz kommen können.

Punkte wurden nun angesichts der absoluten CDU-Mehrheit im Landtag reibungslos durchgesetzt.

### GdP-Delegiertenkongreß: Einstimmig gegen das SOG

Die Bewaffnung der Polizei in Niedersachsen war auch der meistdiskutierte Punkt auf dem 16. Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei. Carstens, Baum, Ehrenberg, Albrecht, Ravens und Möcklinghoff gaben auf diesem Kongreß den Polizeibeamten die moralische Rückendeckung, um sie weiter für die Durchsetzung des „Programms für die Innere Sicherheit“ bei der Stange halten zu können.

Der Kongreß hatte sich dennoch einstimmig gegen die Ausrüstung der Polizei und des BGS mit Maschinengewehren und Handgranaten beim Einsatz im Innern ausgesprochen. Dem trug auch der wiedergewählte Vorsitzende Schirmacher, Polizeidirektor aus Hannover, Rechnung, der die entsprechenden Abschnitte im Gesetz für „verfassungsrechtlich bedenklich“ hielt. Schirmacher: „Eine fatale Gesetzesmaschine läuft auf dem Weg weiter, die Freiheit der Bürger zu Tode zu schützen.“ Dem hielt der verantwortliche Minister Möcklinghoff entgegen, daß er mit seinem „niedersächsischen Polizeigesetz die rechtliche Grundlage dafür schaffen (wolle), daß der Bundesgrenzschutz mit seiner weitreichenden Bewaffnung in Niedersachsen notfalls eingesetzt werden kann“. Für das CDU-Sicherheitskonzept konsequent eintretend, fügte Möcklinghoff unter Anspielung auf den vom Kanzler angeordneten und gegen internationales und Völkerrecht verstoßenden Einsatz der GSG 9 (BGS) in Mogadischu hinzu, daß „erfolgreiche Auslandsaktionen der GSG 9 deren sicherheitspolitische Bedeutung für das Inland nicht in den Hintergrund treten lassen“ dürfte.

Im Klartext: Wer die GSG 9 mit all ihren Spezial- und Vernichtungswaffen will, muß auch das neue Polizeigesetz in Niedersachsen begrüßen, da es eine bereits gängige Praxis im nachhinein erst verrechtlicht.

Baum hatte zunächst ebenfalls verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedenken gegen die Waffenbestimmungen und den „Ausputzer-Status“ des BGS eingewendet. Durch solchermaßen einfache, logische Argumente der CDU beeindruckt, ließ er dann aber durchscheinen, daß er für eine Meinungsbildung noch offen sei.

Ein Hannoveraner Genosse



den sollten. Vorgeblich um den Einsatz der Bundeswehr im Innern unter Polizeiführung zu verhindern, sollte die Polizei gemäß der Vorgabe aus dem „Musterentwurf ...“ selbst mit derlei militärischen Waffen — gegen den Widerstand der GdP — ausgestattet werden.

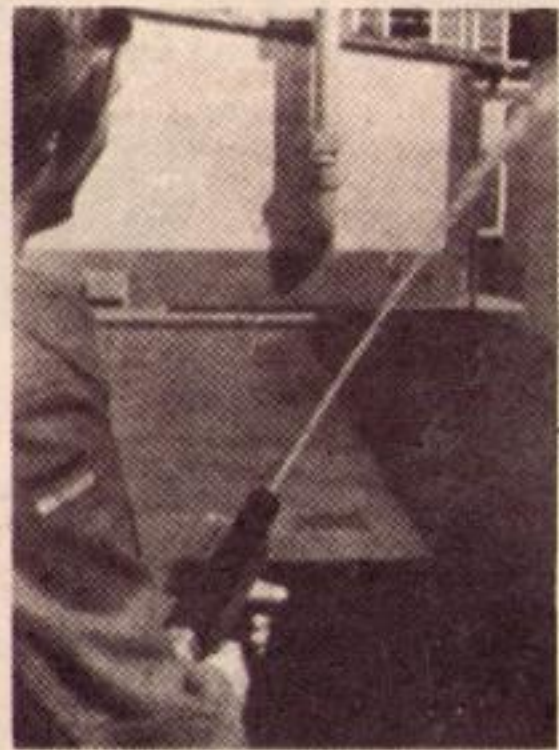
Diese „Planspiele“ führten zu Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, bei der GdP, der oppositionellen SPD und anderen Verbänden — sehr zur Freude des Innenministeriums! Denn nun zeigte es sich, daß „zwei Fliegen mit einer Klappe“ geschlagen werden konnten, was im Ergebnis ein reaktionärer Polizeigesetz als das bayerische zur Folge hat. Auch hier zeigt es sich: (Albrechts) CDU-Programm und Straußens Ambitionen decken sich sehr wohl.

Die „zwei Fliegen“ im einzelnen:

Angesichts der heute nur noch geringen Schwelle, die einem BGS-Einsatz im Wege steht — der BGS wird in den Ländern z.B. bereits jetzt zum einfachen Gefangenentransport angefordert — muß mit den übelsten Folgen gerechnet werden. Das insbesondere auch deswegen, weil Ministerpräsident Albrecht bereits 1977 bei der Demonstration gegen das geplante AKW Grohnde den Schußwaffeneinsatz für möglich und zulässig gehalten hatte.

2. hat die Planspiel-Kampagne dazu geführt, daß sie andere Gesetzesverschärfungen aus der Diskussion brachte. Zu denken ist beispielsweise an die Zulassung des gezielten Todesschusses — auch auf Kinder — an die neuen Bestimmungen zur Identitätsfeststellung zu erkennungsdienstlichen Maßnahmen, Durchsuchungen etc. Alle diese

## Zwanzig Meter Keule für die Polizei?



Unter der Überschrift „Geprüft wird für die Praxis“ wurde in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift der GdP „Deutsche Polizei“ die Weiterentwicklung der Chemischen Keule vorgestellt. Das Gerät wird von der Waffenfirma Heckler & Koch hergestellt und trägt die Bezeichnung „Tragbares Reizstoffgroßgerät“. Von den auf dem Rücken zu tragenden feuerlöschergroßen Behälter führt ein Schlauch zum Sprührohr, mit dem wahlweise im Einzelschub oder Dauerstrahl der Kampfstoff Chloracetophenon (CN), bekannt von der Chemischen Keule, versprüht werden kann. Nach Angaben des Herstellers ist es im Auftrag der Polizei entwickelt worden, um die Lücke zwischen

der kleinen Keule und einem Wasserwerfer zu schließen. Dort, wo die Reichweite der Keule zu gering und die eines Wasserwerfers zu groß ist, wird es also eingesetzt werden können. Nach geringen „Verbesserungen“ ist es demnächst serienreif und wird dann schon bald zur Standardausrüstung der Polizei gehören. In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, daß das CN als chemische Waffe nach dem internationalen Kriegsrecht verboten ist! Nach wie vor fordern wir:

VERBOT DER CHEMISCHEN KEULE!

Ein Genosse aus Hamburg

## NRW: GSG 9 im normalen Polizeidienst

NRW-Innenminister Hirsch stellte der Presse fünf Mitglieder der GSG 9 vor, die in Zukunft regelmäßig in Köln und Düsseldorf normalen Streifendienst machen werden. Dabei behauptete Hirsch, daß sich durch den Einsatz der Beamten in Düsseldorf ein Rückgang der Autodiebstähle ergeben habe.

Interessant an den Angaben waren dann noch die folgenden Einzelheiten: Die Beamten sollen wechselweise zunächst 14-tägig in einer der beiden Städte Dienst tun, und zwar jeweils in Zivil und zusammen mit einem Beamten des SEK! Umgekehrt ist geplant, später ausgesuchte Polizeibeamte aus NRW vorübergehend bei der GSG 9 einzusetzen! Hirsch erklärte, daß er über die Bewaffnung der Beamten keine näheren Angaben machen wolle. Die Ausrüstungen von SEK und GSG 9 seien aber nahezu identisch!

Zu Sinn und Zweck des Einsatzes befragt, gab Hirsch an, dieser diene in

erster Linie dem Erfahrungsaustausch. So hätten die GSG 9ler mehr Erfahrung in Selbstverteidigung und waffenlosem Kampf. Außerdem könnten die GSG 9-Beamten „im Ernstfall“ ohne große Einweisungsprobleme vor Ort eingesetzt werden.

Es zeigt sich hier immer deutlicher, daß die Verflechtung von Bundes- und Länderpolizei immer enger wird, so daß der föderative Grundsatz „Polizei ist Ländersache“ immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Zudem ist es nicht unwahrscheinlich, daß durch den engen Kontakt der normalen Polizisten mit ihren „großen kampferprobten Vorbildern“ die Zahl der Polizeigriffe noch mehr zunimmt. Schließlich klingt „waffenloser Kampf“ ja auch viel besser als „Polizeischläger“!

Antifa-Kommission NRW

## Erfolg gegen Jugendpolizei in Baden-Württemberg



„Gute Ideen allein nützen nichts, man muß sie auch durchsetzen können“, das mußte Landespolizeipräsident Stümper zur Auswertung des Jupo-Modellversuchs in Baden-Württemberg feststellen (nach: Reutlinger Generalanzeiger, 12.10.79). Konsequenz: „Die Jupos kehren in ihre Reviere zurück“ („FR“, 12.10.79).

Damit ist der Versuch zur direkten Bespitzelung der gesamten „Jugend-szene“ (Jugendpolizei-Erlaß) vorerst gescheitert. Gescheitert allerdings nicht an den „immer stärkeren Bedenken“ von Ministerpräsident Späth gegen Jupos „im Bereich zwischen Kumpel und Polizist“ („FR“, 12.10.79), sondern an einem Protest von beispielhafter Breite: kirchliche und freie Jugendverbände, Awo, DGB, Jusos, Judos, Stadtjugendringe usw. bis hin zur Caritas und dem städtischen Jugendamt in Stuttgart lehnten den Jupo-Modellversuch nahezu einhellig ab. In den Jugendhäusern selber sahen sich die Jupos fast überall einer geschlossenen Front von Jugendlichen und Sozialarbeitern gegenüber. In Stuttgart, Freiburg und Reutlingen (wo der Modellversuch lief) und auch in einer Reihe von anderen Städten hatten sich politisch sehr breit angelegte Initiativen

gebildet, die vor allem von in der Jugendarbeit Tätigen getragen wurden.

Grund zur Freude über den Erfolg der Proteste und die Rücknahme des Jupo-Erlasses gibt es also genug. Es bleibt allerdings „zu befürchten“, daß das Modell Jugendpolizei doch noch am Leben erhalten werden soll“ („SZ“, 12.10.79).

In der Auswertung des Modellversuchs durch das Innenministerium zieht diese das Fazit: „Die Polizei braucht in ihrer Organisationsform den Fachbereich „Jugendschutz/Jugenddelinquenz“ mit Beamten, die fachlich qualifiziert und für den Umgang mit Minderjährigen spezifisch ausgebildet sind.“

Deshalb sollen Jugenddezernate bei der Kriminalpolizei beibehalten bzw. allgemein eingerichtet werden. Der für diese Jugenddezernate benannte Aufgabenbereich entspricht Punkt für Punkt dem aus dem Jugendpolizei-Erlaß vom 19.7.78!

Insbesondere bleibt als Aufgabe: „Regelmäßiger Informationsaustausch mit den Polizeidienststellen und den Jugendsachbearbeitern der Polizeireviere [s.u.] sowie mit allen an der Bekämpfung der Jugenddelinquenz beteiligten Behörden und Institutionen“

sowie die zentralisierte Informations-sammlung und -auswertung.

Damit wird der „Zuständigkeitsbereich“ der Jugenddezernate sogar noch ausgedehnt — über den eigentlichen, als „kriminell“ bezeichneten Bereich hinaus!

Zum anderen sollen „bei den Polizeireviere der Schutzpolizei ... besonders ausgebildete und geeignete Beamte“ als Jugendsachbearbeiter eingesetzt werden. Der Aufgabenbereich des Jugendsachbearbeiters ist — bis auf eben die Erledigung von Spitzelaufgaben — genau derselbe wie der des früheren Jupos. Es bleibt die „Koordinierung und Auswertung aller Kinder- und Jugendsachen“, es bleibt die „Anzeigenaufnahme und Anzeigenbearbeitung von Jugendsachen“, es bleibt die „Kontaktpflege zu allen mit der Jugendarbeit befaßten Behörden und Institutionen“, es bleibt schließlich die „Steuerung des Informationsaustausches zwischen Revierbeamten und dem Jugenddezernat“.

Strukturell wird damit das alte Konzept voll weitergeführt: Die Kombination von systematischer Informationserfassung und -auswertung an zentraler Stelle bei den Jugenddezernaten und die dezentrale und möglichst breit gestreute Informationsgewinnung auf Revierebene. Bei dieser Informationsgewinnung werden vor allem verfeinerte Vernehmungstechniken eine Rolle spielen. In der Auswertung des Modellversuchs wurde die Notwendigkeit einer „ganz spezifischen Schulung für den angemessenen Umgang mit Minderjährigen und ihren Erziehungsberechtigten“ betont, die „die Vermittlung von Grundkenntnissen aus der Psychologie, Pädagogik und Soziologie“ mit einschließt.

Mit der Schaffung dieser Grundstrukturen in der innerpolizeilichen Organisation werden die Voraussetzungen geschaffen, um — politisch besser abgesichert — auf Grundlage einer eingespielten Organisation,

einer intensiveren Schulung und eines größeren Erfahrungsschatzes die Jupos auch wieder in Kneipen, Discos und Jugendzentren schicken zu können.

### Der Widerstand geht weiter!

Die Initiativen gegen Jugendpolizei geben sich mit dem erreichten Erfolg keineswegs zufrieden. Die Reutlinger Initiative in einer Erklärung: „Wir glauben, daß das Innenministerium den Zeitpunkt und die Art [grundsätzlich gleicher Inhalt — neuer Name] bewußt gewählt hat, um den Widerstand der Initiativen zu brechen und die Bevöl-

kerung zu beruhigen. Daß dies nicht gelingen wird, und daß die Initiativen diese Taktik durchschauen, dürfte bereits jetzt klar sein.“

Die Jupo-Gegner in Baden-Württemberg werden diskutieren müssen, wie sie unter nunmehr zweifellos schwierigeren Bedingungen den Kampf gegen die Jugendpolizei weiter führen können. Die durch breite Proteste erreichte Zurücknahme der direkten Bespitzelung von Jugendlichen an ihren Treffpunkten zeigt, daß Erfolge durchaus „drin“ sind.

Antifa-Kommission Baden-Württemberg

Antifaschistische RUSSELL-REIHE



Dieses Buch ist in der Russell-Reihe unter der Nr. 1 erschienen. Paperback, 184 Seiten, DM 10,- ISBN: 3-88305-001-6



# Klassenjustiz



## Prozesse — Prozesse — Prozesse

### Wieder ein Verfahren wegen § 90a gegen den KB geplant

Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat beim Amtsgericht ein weiteres Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des KB wegen Verstoßes gegen den berechtigten § 90a (Verunglimpfung der BRD und ihrer verfassungsmäßigen Organe) beantragt. In AK 154 (vom 28. Mai 1979) berichteten wir über die Beschlagnahmung der Münchener Alternativzeitung „Blatt“ und der Durchsuchung der Redaktionsräume. Anlaß für diesen staatlichen Übergriff war der Abdruck eines „Offenen Briefes“ des Schriftstellers Heinz Jacobi zur Wahl des Ex-Nazis Carstens zum Bundespräsidenten. Darin begründet dieser, daß er gegen diese Wahl nicht protestieren könne, weil er die heutige BRD durch einen Alt-Nazi bestens repräsentiert sehe. Er halte Carstens geradezu für prädestiniert, „wie alle Altnazis in führenden Positionen, diesen mörderischen Staat zu vertreten!“

Neben dem Bericht über die Beschlagnahmeaktion druckten wir damals als Faksimile ein „Extra-Blatt“ der stens geradezu für prädestiniert, „wie alle Altnazis in führenden Positionen, diesen mörderischen Staat zu vertreten!“

Neben dem Bericht über die Beschlagnahmeaktion druckten wir damals als Faksimile ein „Extra-Blatt“ der Blatt-Redaktion ab, in dem auf die Vorgänge eingegangen wird und in dem nochmals stellenweise aus dem „Offenen Brief“ zitiert wird. Diese dokumentarische Darstellung nimmt nun die Staatsanwaltschaft zum Anlaß für ein weiteres 90a-Verfahren. D.h., es werden uns nicht einmal eigene Äußerungen zum Vorwurf gemacht, sondern die für jede Zeitungswelt notwendige dokumentarische Darstellung von Ereignissen. Neben der Frage, was heute überhaupt noch über Alt- und Ex-Nazis im Staatsapparat gesagt werden darf, wird es also in diesem Prozeß wiederum um die Frage der Pressefreiheit insgesamt gehen.

### Aufruf zu einer verbotenen Iran-Demonstration

Ein weiteres Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des KB wird demnächst wegen „Aufrufs zu einer verbotenen Demonstration“ verhandelt.

Im Dezember vergangenen Jahres, zum Höhepunkt des Aufstands gegen das faschistische Schah-Regime, hatte die Bunte Liste Hamburg für einen verkaufsoffenen Sonntagsdemonstration durch die Innenstadt beantragt. Diese wurde mit dem Hinweis auf die Frankfurter Ereignisse (dort kam es zu einer Straßenschlacht, als die Polizei eine Anti-Schah-Demonstration überfiel) und der Beeinträchtigung des Einkaufsverkehrs verboten. Der KB rief in einem Flugblatt mit dem Titel: „Wir lassen uns unsere Solidarität nicht verbieten!“ dazu auf, gegen diese massive Beschneidung des Demonstrationsrechts zu protestieren und die Solidarität trotz des Verbots in der Innenstadt zu „demonstrieren“. Die In-

nenstadt wurde damals von einem 3000-köpfigen Polizeiaufgebot hermetisch abgeriegelt, jeder Ansatz von Protest wurde brutal auseinander geschlagen, wobei die Brutalität auch viele Passanten und Journalisten traf.

Dem KB-Presseverantwortlichen ging daraufhin ein Ordnungsgeldbescheid über 1200,- DM wegen „Aufrufs zu einer verbotenen Demonstration“ zu, gegen den Widerspruch eingelegt wurde. Jetzt soll darüber vor Gericht verhandelt werden.

### Berufungsverhandlung wegen Nachdrucks des „Buback-Nachrufs“

Am 2. Nov. findet um 13.00 Uhr vor dem Landgericht Hamburg (Max-Brauer-Allee 134, Raum 119) die Berufungsverhandlung gegen Heinrich Eckhoff wegen Nachdrucks des „Buback-Nachrufs“ statt.

Die Anklage lautet auf „Verunglimpfung des Andenkens eines Toten“.

Im Mai 1977 hatten eine Reihe von Vertretungsorganen an den Hamburger Hochschulen, linke Basisgruppen, einige linke Organisationen, die Schülerkammer Hamburg u.a. zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem damals amtsenthobenen Göttinger ASTA aufgerufen. Als Dokument und als Ausdruck der Solidarität wurde im Innenteil des Aufrufes auch der „Buback-Nachruf“ nachgedruckt. In diesem hatte ein Göttinger „Mescalero“ (so nannte sich damals eine studentische Spontigruppe) seine Überlegungen zum Attentat auf den damaligen Generalbundesanwalt dargestellt. Abgedruckt war dies in der Zeitung des Göttinger ASTA.

Die Amtsenthebung zog in einer Reihe von Städten Solidaritätsaktionen nach sich, u.a. durch den Nachdruck des Artikels. Die bekannteste dieser Aktionen ist der Nachdruck von 48 Professoren und Rechtsanwälten. Die damals verantwortlichen ASTA- und Redaktionsmitglieder aus Göttingen sind inzwischen rechtskräftig wegen der Veröffentlichung verurteilt worden. In fast allen Fällen des reinen Nachdrucks konnten jedoch bisher Freisprüche erzielt werden. So auch in der ersten Instanz des Hamburger Verfahrens. Der Richter urteilte hier, daß zwar der Tatbestand der Verunglimpfung des Generalbundesanwalts und der BRD (90a) erfüllt sei, dies aber in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschehen sei, da es den Herausgebern unwiderlegbar um die Solidarität mit dem Göttinger ASTA gegangen sei. Die Staatsanwaltschaft will mit der Berufung ein Urteil erreichen, in dem „grundsätzlich“ die „Verunglimpfung eines berechtigten Zwecks“ für „unvereinbar“ mit einer „Verunglimpfung“ erklärt wird. Damit wäre dann selbst die Dokumentation von staatlich inkriminierten Texten unter Strafe gestellt und ein weiteres Stück Pressefreiheit beseitigt.

## Prinz-Karl-Prozeß in Tübingen: Hoffmann, Heinzmann und drei Antifaschisten vor Gericht

Am 4.12.1976 wollte der bekannte Faschist Karl Heinz Hoffmann, Führer der Wehrsportgruppe (WSG), auf Einladung des rechtsradikalen Hochschulringes Tübinger Studenten (HTS), besonders dessen Vorsitzenden Axel Heinzmann, in Tübingen in der Mensa „Prinz Karl“ eine Veranstaltung durchführen, in der sie den Kampf der Völker im südlichen Afrika verleumdete, die Rassenunterdrückung verteidigten und für deren Aufrechterhaltung Söldner anwerben wollten. Diesem Vorhaben traten etwa 200 Tübinger Antifaschisten entgegen, indem sie sich vor dem Mensalokal versammelten. Die Faschisten, die ankündigten, die Veranstaltung „finde auf jeden Fall statt“, stürzten, nachdem sich die Demonstration schon auflösen begann, mit Stahlruten, Totschlägern und Holzknüppeln auf die Demonstranten und verletzten diese zum Teil schwer.

### 1. Prozeß 1977

Doch nicht nur die faschistischen Schläger wurden angeklagt, auch drei willkürlich herausgegriffene Antifaschisten mußten sich wegen „gemeinsamer Nötigung“ und „Störung einer Versammlung“ vor Gericht verantworten. Im Urteil wurde Hoffmann zu zehn Monaten mit Bewährung, Heinzmann zu 900 DM Geldstrafe verurteilt. Alle anderen Faschisten – insgesamt acht – wurden freigesprochen. Während auch zwei der Antifaschisten freigesprochen wurden, bekam der dritte eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung.

Diese Urteile wurden jetzt aufgehoben. Wurden sie bei Hoffmann und Konsorten jedoch hauptsächlich wegen eines Formfehlers aufgehoben, so rügt der Bundesgerichtshof (BGH) am Urteil der Antifaschisten, „daß die beiden Studenten K. und S. zu Unrecht freigesprochen wurden, das Landgericht habe ungerechtfertigterweise keine Mittäterschaft angenommen“ („SWP“, 15.11.78). Im Urteil des BGH heißt es: „Schon die Anwesenheit der Angeklagten könnte unter den bisher festgestellten Umständen nach ständiger Rechtsprechung als Mittäterschaft angesehen werden, wenn ihr Wille darauf gerichtet war, durch geistige Mittäterschaft den Tatwillen der anderen Demonstranten zu bestärken. ... Voraussetzung ist dabei, daß diese Angeklagten zur Zeit der geistigen Einwirkung den vollständigen ... Erfolg wollten. Dafür kann von Bedeutung sein, daß es ihnen aus politischen Gründen darauf ankam, daß die Veranstaltung des HTS nicht stattfindet.“

### Der Revisionsprozeß, Herbst 1979

Entsprechend sieht auch die Neuverhandlung aus. Schikanen für die Prozeßbesucher, Paßkontrollen, Taschen-

### Der Revisionsprozeß, Herbst 1979

Entsprechend sieht auch die Neuverhandlung aus. Schikanen für die Prozeßbesucher, Paßkontrollen, Taschen-

werden durchsucht, mit dem elektronischen Suchgerät nach Waffen abgepiepst: Kriminalisierung der solidarischen Öffentlichkeit. Sind damit schon Zeichen gesetzt für die Verurteilung der Angeklagten, die ja laut Urteil im 1. Prozeß stellvertretend für alle Antifaschisten angeklagt waren?

Es zeigt sich, daß nach drei Jahren keine Verurteilung nach den herkömmlichen Normen des Strafgesetzes mehr möglich ist, da die meisten Zeugen sich nur noch sehr unpräzise an die Ereignisse erinnern können. Es wird versucht, die brutale Aggression der WSG Hoffmanns und die Gegenwehr der überraschten Demonstranten als Schlägerei zwischen rechts- und linksextremistischen Gruppen abzutun, was sich auch darin zeigt, daß Faschisten und Antifaschisten in einem Prozeß angeklagt sind. Das Gericht zeigte für die Ausführungen eines der angeklagten Antifaschisten zur Klarstellung des faschistischen Charakters der WSG wenig Interesse. Es geht dem Richter auch nicht um die Tatbeteiligung der Angeklagten, sondern vielmehr um ihre damalige und jetzige antifaschistische Gesinnung. Daher Fragen wie: „Sind Sie organisiert?“, „Sind Sie Mitglied des Tübinger Antifaschismus-Komitees“, „Würden Sie heute wieder so handeln?“, etc. sowie penetrante Fragen nach Namen anderer Antifaschisten.

Entsprechend dieser Prozeßführung konnte Heinzmann es wagen, bei einer Zeugenbefragung zu sagen: „Es geht hier darum, daß der Zeuge nicht nur links ist, sondern möglicherweise zum Umfeld der Baader-Meinhof-Bande gehört“ (Heinzmann im Prozeß am 22.10.79). Das Ziel dieser Prozeßführung ist, die drei angeklagten Antifaschisten und ihre Entlastungszeugen in eine gemeinsame Ecke zu stellen und in den drei für das Gericht greifbaren Angeklagten stellvertretend für alle eine antifaschistische Gesinnung abzuurteilen. Mit einer solchen Rechtsauffassung der geistigen Mittäterschaft kann jede unliebsame Gesinnung verurteilt werden.

### Prozeßparallelen für die faschistische WSG Hoffmanns

1. Im ersten Prozeß Hoffmanns stand er im Juni 1975 wegen „unerlaubten Uniformtragens und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ vor Gericht. Am 2.7.75 wurde er vom AG Nürnberg freigesprochen. Erst aufgrund der Berufung der Staatsanwaltschaft – nicht wegen seiner faschistischen Ideologie, sondern wegen formeller Verstöße gegen das Versammlungsgesetz – wurde er am 24.7.76 vom LG Nürnberg zu einer Geldstrafe von 8.000 DM verurteilt (die von Frey, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkunion und Herausgeber der „Deutschen Natio-

nalzeitung“, bezahlt wurde).

2. Im März 1978 wurde Hoffmann vom LG Nürnberg/Fürth wegen eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz (Tragen einer Uniform als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung) und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, mit dreijähriger Bewährungsfrist, verurteilt.

Hoffmanns Revisionsantrag wurde verworfen. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde jedoch zugelassen; das LG muß erneut darüber verhandeln, ob sich Hoffmann nicht auch eines Vergehens wegen Tragens von Symbolen nationalsozialistischer Organisationen schuldig gemacht hat. Dieser Prozeß wird noch 1979 stattfinden.

Das Fazit aus den bisherigen drei Prozessen gegen Hoffmann lautet:

1. Hoffmann wird nicht wegen seiner faschistischen Ideologie und Betätigung bestraft.
2. Die Wehrsportgruppe wird in ihrem Bestand nicht angetastet. So wird z.B. in einem jüngeren Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach Bescheid gegeben, daß Hoffmann 18 Karabiner nicht mehr besitzen darf. In diesem Urteil wird Hoffmann als „militanter Rechtsradikaler faschistoider Ausrichtung“ bezeichnet. Hoffmann besitzt jedoch weiterhin scharfe Waffen und bildet in seiner Zeitung „Kommando“ ganz offen und frech seinen Schützenpanzer mit aufmontierten Maschinengewehren ab!
3. Die Urteile sind äußerst milde – besonders im Vergleich mit Urteilen gegen fortschrittliche Kräfte. Selbst die Gesetze gegenüber Neonazis, die Gültigkeit haben, kommen nicht zur Anwendung, z.B. das 4. Kontrollrats-Gesetz Nr. 8: „Ausschaltung und Verbot militärischer Ausbildung“ vom 30.11.45.

Wir fordern:

- Anwendung der bestehenden Gesetze gegen Hoffmann und seine faschistische Wehrsportgruppe
- Einzug und Verbot sämtlicher Waffen Hoffmanns und seiner WSG
- Auflösung der neofaschistischen WSG.

Es muß verhindert werden, daß in Tübingen ein reines Gesinnungsurteil gegen die drei angeklagten Antifaschisten gefällt wird.

Daher:

- Unterstützt die drei angeklagten Antifaschisten durch
- breite Öffentlichkeitsarbeit
- Spenden auf das Konto KSK Tübingen 459 228, „Sonderkonto Antifaschismus“
- Solidaritätsadressen an das Tübinger Antifaschismus-Komitee, Schlatterhaus, Osterbergstr. 2, 7400 Tübingen

KB Sympathisantengruppe Tübingen

## Manfred Grashof entlastet Astrid Proll

Der schwerwiegendste Anklagepunkt im Frankfurter Schwurgerichtsverfahren gegen Astrid Proll, der des zweifachen Mordversuchs, wird mit jedem Prozeßtag zusehends brüchiger:

Am 15.10. war Manfred Grashof, in Kaiserslautern zu lebenslanger Haft verurteilt und jetzt in Dietz einsitzend, vom Gericht als Zeuge geladen.

Manfred war am besagten 10.2.71 mit Astrid zusammen von den beiden Westberliner Verfassungsschützern Grünhagen und Simons zu einer Ausweiskontrolle aufgefordert worden, woraus nach Darstellung der beiden VS-Beamten sich die Schießerei entwickelt haben soll, in der Astrid ihren „Mordversuch“ begangen haben soll.

Manfred Grashof, der zu Anfang eine Erklärung zu seinen Haftbedingungen abgab, nach der er vor allem seit seiner Zeugenladung Anfang August verstärkt solch repressiven Maßnahmen wie Zellenverlegung, Wegnahme aller Unterlagen und 14 Tage Sicherheitsverwahrung in einem Bunker ausgesetzt ist, verweigerte dem Gericht und der Staatsanwaltschaft jede Aussage, war jedoch bereit, auf Fragen der Verteidigung zu antworten. Womit er sich zu einem Schritt entschlossen hatte, der in politischen Prozessen mit ähnlichen Anklagen leider viel zu selten gemacht wird: daß ein politischer Gefangener einen anderen durch seine Aussage entlastet!

Denn Manfred Grashofs Schilderung des Tathergangs macht in wesentlichen Punkten die Aussagen von Grünhagen und Simons unglaubwürdig:

– Astrid Proll kann nach Manfreds Darstellung damals gar nicht geschossen haben, da sie keine Waffe dabei hatte.

Er selbst habe, nachdem Astrid von Grünhagen erkannt worden sei, seine Pistole gezogen und die beiden Beamten in Schach gehalten, damit Astrid wegläufen konnte.

– Den einzigen Schuß aus seiner Waffe habe er erst sehr viel später aus sicherer Entfernung in die Luft abgegeben.

– Während ganz viele Schüsse aus einem weißen PKW abgegeben worden sind, der plötzlich mit quietschenden Reifen angerast kam und aus dem mindestens zwei Zivilisten heraussprangen und um sich schossen: „Ich hab gedacht, die sind verrückt. Jetzt bebaltern die sich schon gegenseitig“, erklärte Manfred dazu.

Dieses Auto ist bisher in den Aussagen der VS-Beamten nicht aufgetaucht und hat daher in der Prüfung des Tathergangs eine besondere Bedeutung. Insofern erscheint es unverstündlich, daß Manfred, als er eine Skizze von Standort des PKW den Anwesenden im Gerichtssaal erklärte, aus dem Zuschauerraum mit der Bemerkung angemacht wurde: „He Manfred, hör doch mal auf, da oben mit denen zu quatschen!“ Denn diese

Astrid entlastenden Aussagen bringen uns sowohl in unserer kurzfristigen Forderung nach Freispruch für Astrid weiter, als auch unserem längerfristigen Ziel nach Entlarvung der Lügen des Staatsapparats – nicht nur in diesem Prozeß! – näher.

Auch der nächste Prozeßtag, der darauffolgende Donnerstag, brachte Risse in die Polizeiversion:

Geladen war als Zeuge Ralph Nützold, der damals „hautnah“ Zeuge eines Teils des Geschehens war. Gerade zu diesem Teil, und zwar der Verfolgung von Astrid durch Grünhagen auf dem Kettenhofweg im Frankfurter Westend, sagte Grünhagen aus, hier habe Astrid ihren dritten Schuß abgegeben. Nützold jedoch, der die ganze Zeit im Kettenhofweg Astrid und Grünhagen beobachtet konnte, hat überhaupt keinen Schuß gehört. Er wies dagegen noch auf eine andere Ungereimtheit hin: Grünhagen, der Astrid, die wohl wegen ihrer Kleidung ungeschickt, aber sich fast verausgabend rannte, in einem Abstand von ca. 30 m verfolgte, sei nicht gerade schnell gelaufen, eher bewußt gebremst. Nach Ansicht des Zeugen hätte Grünhagen erheblich schneller laufen können: „Das Ganze ist mir ziemlich absurd vorgekommen!“

Der Vorwurf des zweifachen Mordversuchs kann so nicht lange aufrechterhalten bleiben! Diese Woche wird der Prozeß fortgesetzt.

KB-Frauengruppe Frankfurt



# Sicherheitsverwahrung angedroht!

## — Erklärung der Rechtsanwälte Panka und Weider —

In der letzten Zeit wurden zwei Fälle bekannt, wo politischen Gefangene Sicherheitsverwahrung angedroht worden ist: Siegfried Haag und den Angeklagten im sog. Lorenz-Drenckmann-Prozess. Sicherheitsverwahrung heißt, daß die Gefangenen, nachdem sie ihre „Strafe“ abgesessen haben, auf unbestimmte Zeit im Knast bleiben müssen. Zu diesem Thema veröffentlichten wir hier (leicht gekürzt) eine Erklärung der Rechtsanwälte W. Panka und H.-J. Weider.

Bereits durch die Presseerklärung des Rechtsanwalts Weider vom 8. August 1979 ist bekannt geworden, daß in dem Strafverfahren gegen Siegfried Haag vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Androhung der zwangsweisen Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens zur Unterbringung in der Sicherheitsverwahrung erfolgt ist.

Der Antrag auf Anordnung der Sicherheitsverwahrung war bereits in der Anklageschrift gegen Siegfried Haag enthalten. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat eine dahingehende Entscheidung in seinem ersten Urteil gegen Siegfried Haag zurückgestellt.

Bei dieser Androhung der Sicherheitsverwahrung in einem politischen Strafprozeß handelt es sich nicht um einen Einzelfall: in dem sogenannten Lorenz-Drenckmann-Prozess hat der Vorsitzende Richter des 1. Strafsenats des Kammergerichts Berlin am 23. Januar 1979 die Angeklagten Ronald Fritzsche, Gerald Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders und Fritz Teufel, die der Bewegung 2. Juni zugerechnet werden, darauf hingewiesen, daß gegen sie für den Fall, daß sie nicht zu lebenslanger Freiheitsstrafe, sondern zu zeitiger Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt werden sollten, möglicherweise Sicherheitsverwahrung angeordnet werden kann.

Damit wird zum ersten Mal seit Zerschlagung des Nazi-Faschismus versucht, die Sicherheitsverwahrung wieder auf politisch Gefangene anzuwenden. Die Sicherheitsverwahrung hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesgerichtshofes in erster Linie Schutzfunktion. Ihre Anordnung ist erstmals durch nationalsozialistische Gesetzgebung möglich gemacht worden. Voraussetzung ist, daß der von der Sicherheitsverwahrung betroffene Täter erheblich vorbestraft ist oder – als bislang nicht Verurteilter – drei vorsätzliche Straftaten begangen hat, zu einer zeitigen Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wird und die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten ergibt, daß er infolge eines Hanges zu erheblichen Straftaten für die Allgemeinheit gefährlich ist.

Es ist bekannt und in den Medien vielfach erörtert, daß in den Gesetzgebungsgremien und den Ausschüssen seit Jahren das Problem erörtert wird, ob man in Abänderung der bisher bestehenden Bestimmungen die Unterbringung in der Sicherheitsverwahrung nicht bereits auf die

Fälle der sogenannten politischen Ersttäter ausweiten sollte. Es ist weiter bekannt, daß eine solche Gesetzgebung bisher nicht durchgesetzt werden konnte, weil dieses Vorhaben auf starken Widerstand gestoßen ist.

In den o.a. Verfahren soll jetzt offensichtlich versucht werden, eine Gesetzesänderung überflüssig zu machen, indem mit Hilfe der bestehenden Gesetze die Sicherheitsverwahrung auch für politische Täter verhängt werden soll.

So bestätigte dann auch Generalbundesanwalt Rebmann auf dem Deutschen Richtertag, daß weder die Bundesanwaltschaft noch die Deutschen Obergerichte auf die Einführung der Sicherheitsverwahrung gegen Gefangene aus der Stadt-Guerilla verzichten wollen, auch wenn es dafür „erstmal“ keiner neuen Gesetzesbedarfe bedarf. Man wolle „erstmal weitere Erfahrungen“ mit den schon bestehenden Gesetzen machen und die „Ergebnisse“ dieser Praxis abwarten, bevor es eine neue gesetzliche Initiative gäbe. Diese „Erfahrung“ zu machen, gilt es in den oben erwähnten Verfahren, die als „Pilotverfahren“ zu bezeichnen sind.

Es ist deshalb von außerordentlicher Wichtigkeit, der erstmaligen Anwendung der Sicherheitsverwahrung gegen politische Gefangene entgegenzutreten.

Dies gilt vor allem, wenn man berücksichtigt, daß es sich bei den Verfahren gegen Siegfried Haag und die Bewegung 2. Juni um keine exemplarischen Einzelfälle handelt und wenn man im Auge behält, von welchem Zweckdenken die neue Dimension und Eskalation der Sanktionsmaßnahmen gegen politische Täter bestimmt ist:

1) Die Hangtäterschaft als Voraussetzung der Sicherheitsverwahrung ist ein Krankheitsbegriff aus der Psychiatrie. Die Anwendung des Begriffes der Hangtäterschaft auf politische Täter suggeriert deren psychische Abnormalität.

In der Androhung der Sicherheitsverwahrung für politische Täter liegt ausgehend von der Prämisse, der von diesen Tätern angegriffene Staat sei gesund, die Unterstellung, der zum Schutz der Öffentlichkeit in Sicherheitsverwahrung zu verbringende Täter sei krank, sei verrückt. Der Widerstand und Kampf gegen das bestehende System wird zur Krankheit, zum psychischen Defekt erklärt.

Die Psychiatrisierung des politischen Gegners ist in Einzelfällen bereits versucht worden (z.B. Ulrike Meinhof und Dr. Huber im Verfahren gegen das SPK Heidelberg –

Anm.AK)), jetzt soll sie generalisiert werden, was zur Folge hätte, daß nach Abschluß der obengenannten Verfahren in zukünftigen Strafverfahren gegen die Stadt-Guerilla die „Hangtäterschaft“ des nicht mit dem Staatsschutz kollaborierenden Angeklagten mit der Behauptung, „dieser halte am bewaffneten Kampf fest“, immer und solange festgeschrieben werden könnte, bis der Gefangene seine politische Überzeugung aufgibt, ohne daß das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall überhaupt noch überprüft werden müßte. Letztlich wird mit der Bezeichnung „Hangtäter“ versucht, jeden politischen Inhalt der Auseinandersetzung zwischen Stadt-Guerilla und dem Staat herauszudrücken, politische Gesinnung als Krankheit und Kritik am System sowie den Kampf gegen die bestehende Herrschaftsordnung als verrückt zu erklären.

2) Die Androhung der Sicherheitsverwahrung für politische Täter dient aber noch dem weitergesteckten Ziel, auch sogenannte Kurzsträfer über das Ende ihrer regulären Haftzeit hinaus in sicherem Gewahrsam zu halten, die in vielen Verfahren bestehende Beweisnot zu beheben und dem der Abschreckung und Einschüchterung:

a) Die Durchsetzung der Sicherheitsverwahrung auch für politische Ersttäter würde es erlauben, auch diejenigen, die „nur“ zu kürzeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, auf unbestimmte Zeit weiter in Gefangenschaft zu halten. Man nehme den Fall, daß jemand wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, unerlaubten Waffenbesitzes und Urkundenfälschung verurteilt wird. Die Sicherheitsverwahrung könnte auf ihn immer mit der Begründung angewendet werden, solange er seine politische Überzeugung nicht aufgibt, er nicht abschwört, bestehe der Hang zu erheblichen Straftaten, so daß er auch über das Ende der eigentlich ausgesprochenen Freiheitsstrafe hinaus in Haft – in Gesinnungshaft – gehalten werden muß. Daraus folgt, daß mit der zusätzlichen Anordnung der Sicherheitsverwahrung jederzeit Gewähr gegeben wäre, die Gefangenen nach Belieben über den Ablauf ihrer Freiheitsstrafen hinaus in Verwahrung zu halten. Der Staatsschutz bekäme damit ein Mittel in die Hand, zu bestimmen, wann ein Gefangener entlassen werden kann und wann nicht. Es wäre dann auch nicht mehr nötig, Gefangene, die kurz vor ihrer Entlassung stehen, des Vorhabens neuer konkreter Taten zu verdächtigen...

Weiterhin wäre es auch nicht mehr erforderlich, Gefangenen, die bewaffnet festgenommen wurden, in mühe-

voller Kleinarbeit während der Beweisaufnahme einen Mordversuch nachweisen zu müssen, um die Voraussetzungen zu erlangen, eine lebenslange Freiheitsstrafe aussprechen zu können (siehe Günther Sonnenberg, Christine Kuby).

b) Erfahrungsgemäß herrscht in Strafverfahren gegen Gefangene aus der Stadt-Guerilla eine erhebliche Beweisnot, weil bei den überwiegend nicht aussagebereiten Angeklagten versucht werden muß, einen langwierigen Indizienprozeß zu führen.

Die Möglichkeit, zusätzlich zu einer relativ kurzen Freiheitsstrafe die Sicherheitsverwahrung anzuordnen, wäre geeignet, die bestehende Beweisnot zu beheben. Die Gerichte könnten sich darauf beschränken, Straftaten festzustellen, die eine dreijährige Freiheitsstrafe rechtfertigen und die übrigen Anklagepunkte, die schwerer zu beweisen sind, einstellen. Das entspräche im übrigen dem mehrfach erklärten Ziel, die Prozesse abzukürzen und so den Schwierigkeiten zu entgehen, die diese Prozesse der Justiz und dem Staat bereiten.

c) Die Folge der Einführung der Sicherheitsverwahrung bei politischen Tätern oppositioneller Gruppen wäre im übrigen eine unverhältnismäßig große Einschüchterung und präventive Bedrohung der Öffentlichkeit, eine Abschreckung in bezug auf politische Betätigung überhaupt.

Gilt das bereits für die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, so muß es erst recht gelten, wenn die Sicherheitsverwahrung regelnden Bestimmungen durch eine Gesetzesänderung verschärft werden würden. Auch diesem Ziel kann die Androhung der Sicherheitsverwahrung in den o.a. Verfahren dienen:

Die Verhängung der Sicherheitsverwahrung bei politischen Tätern durch die Rechtsprechung mit Hilfe der bestehenden Gesetze könnte geeignet sein, die Anordnung der Sicherheitsverwahrung in diesen Fällen „salonfähig“ zu machen, die Öffentlichkeit darauf einzustimmen und dadurch die seit Jahren kontrovers geführte Diskussion um eine dahingehende Gesetzesänderung zu beeinflussen.

Hat sich die Öffentlichkeit nach einigen spektakulären Fällen, in denen ohne Gesetzesänderung die Sicherheitsverwahrung gegen politische Täter verhängt wurde, an diese Tatsache gewöhnt, so ist anzunehmen, daß der Widerstand gegen die gesetzliche Einführung der Sicherheitsverwahrung für politische Ersttäter schwindet.

3) Die Unterbringung politischer Gefangener in der Sicherheitsverwahrung wäre weiterhin geeignet, die

politische Identität der Gefangenen zu zerstören. Die besonderen Haftbedingungen, die für die politischen Gefangenen schon seit Jahren Realität sind, die nun durch die Einführung neuer, besonderer Isolationstrakte verschärft werden und die nachgewiesenermaßen schon jetzt in vielen Fällen zur psychischen und physischen Beeinträchtigung der Gesundheit der Gefangenen geführt haben, bieten dafür beste Voraussetzungen. Es ist auch gewiß keine Spekulation, daß die Einführung der Sicherheitsverwahrung und die jetzt zahlreich gebauten Sondertrakte in einem direkten Zusammenhang stehen. In den Trakts werden kleine Gefangenen-Gruppen total vom übrigen Anstaltsleben ausgrenzt und einer völligen Kontrolle durch Mikrophone, Kameras und psychologisch geschultem Wachpersonal ausgesetzt. Jede Lebensäußerung der Gefangenen wird beobachtet, kontrolliert und registriert. Über ein abgestuftes System von „Vergünstigungen“ und Strafen sollen günstige Voraussetzungen geschaffen werden, um die Gefangenen „behandeln“, therapieren zu können. Die Gefangenen sollen „umgeformt“ werden. Die politisch Verantwortlichen haben keinen Zweifel gelassen, daß, wie Justizsenator Meyer sagte, die Bedingung für die Entlassung aus diesen Sondertrakts das „Lossagen vom Terrorismus“ ist. Das gleiche gilt für die Freilassung aus der Sicherheitsverwahrung. Im Klartext heißt das: Bedingung ist nicht einfach „Wohlverhalten“, sondern die Gefangenen befinden sich solange in der zerstörerischen Sonderbehandlung, bis sie „abschwören“, sich und ihre politische Identität verraten. Die 24-stündige Überwachung in den Trakts soll diesen Prozeß kontrollieren, die Möglichkeit schaffen, jederzeit eingreifen zu können und ist geeignet, den Zerstörungsprozeß zu beschleunigen (s. dazu den AK 163).

Die Gewißheit, unter Umständen weitere 10 Jahre in der Sicherheitsverwahrung untergebracht zu werden, muß auf die Gefangenen einen zusätzlichen, nicht mehr zu ertragenden Druck ausüben.

Von dieser Sicht her und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschrift, daß bei positiver Entwicklung (und was damit gemeint ist, ist bekannt) des Gefangenen die weitere Vollstreckung der Unterbringung zur Bewährung ausgesetzt werden kann, stellt sich die Anordnung der Sicherheitsverwahrung nicht nur allein als Mittel zur Disziplinierung und Unterdrückung politischer Gesinnung dar, sondern zielt direkt auf die Aufgabe der politischen und persönlichen Identität der Gefangenen. Eine Verhängung der Sicherheitsverwahrung aus diesen Gründen würde den Grundsätzen der Menschenrechtskonvention widersprechen.

Berlin, Frankfurt, 4.10.79

(Panka) (Hans-Joachim Weider)  
Rechtsanwalt Rechtsanwalt

(Panka) (Hans-Joachim Weider)  
Rechtsanwalt Rechtsanwalt

## „Jetzt reden wir vom Knast“

## „Jetzt reden wir vom Knast“ — Ausstellung in Hamburg —

Eine Knast-Ausstellung, zusammengestellt von Gefangenen aus bundesdeutschen Knästen mit Unterstützung der Gefangenenselbstinitiative (GSI), einer Hamburger Knastgruppe, Architektur-Studenten der Kunst-Hochschule und Mitgliedern des Medienzentrums Fuhrsbüttel läuft zur Zeit in der Hamburger GALERIE MORGENLAND (Ottersbekallee 1, Ecke Eichenstraße – Nähe U-Bahn Osterstraße). Die Ausstellung, die am 13. Oktober begonnen hat und bis zum 30. November andauert, ist dienstags bis samstags von 15 bis 18.30 Uhr zu besichtigen. „Filme, Videobänder, eine nachgebaute Zelle, Gegenstände aus dem Knast, Fotos, Collagen, Briefe und Arbeiten von Gefangenen sollen den Knast, begreifbar machen“ – heißt es in einer Ankündigung der Aussteller. Schulklassen, Gruppen usw. können auch außerhalb der normalen Öffnungszeiten Besichtigungstermine vereinbaren. Als besondere Veranstaltungen im

Rahmen dieser Ausstellung sind noch angekündigt:

- Donnerstag, 1.11., 19.30 Uhr: „Das Totenhaus“, eine „Selbstmord“-Chronik der JVA Hamburg-Fuhrsbüttel II (Videoband) mit anschließender Diskussion.
- Donnerstag, 8.11., 19.30 Uhr: „Gefängnis“, ein Fernsehfilm zur Isolation (Videoband) mit anschließender Diskussion.
- Donnerstag, 15.11., 19.30 Uhr: „Protokolle über Haftbedingungen“ am Beispiel der JVA Frankenthal, Kommentar von Karl-Heinz Roth (Videoband) mit anschließender Diskussion.
- Samstag, 17.11., 15.00 Uhr: Schriftsteller lesen Gedichte aus dem Knast.
- Freitag, 23.11., 19.30 Uhr: „Es geht um Verbrecher“, Hamburger Bürger diskutieren mit Gefangenen (Videoband), mit anschließender Diskussion.

## Croissant muß ausreisen dürfen

Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hat am 18.10. die Stadt Stuttgart dazu verpflichtet, den Reisepaß von Klaus Croissant zu verlängern, so daß es ihm nach seiner Freilassung spätestens im kommenden Januar möglich ist, die BRD zu verlassen.

Sogar Generalbundesanwalt Rebmann mußte sich in einem Schreiben an das Gericht „unter Hinweis auf den deutsch-französischen Auslieferungsvertrag gegen eine Beschränkung der ‚Freizügigkeit‘ von Crois-

sant“ nach dessen Freilassung aussprechen (Südd. Zeitung, 20.10.79).

Nach diesem Vertrag steht Croissant nach der Entlassung eine 30-tägige „Schonfrist“ vor einer eventuellen strafrechtlichen Verfolgung wegen anderer möglicher Delikte zu. Diese „Schonfrist“ wollte ihm die Stadt Stuttgart verwehren (s. AK 163).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

## Wie der Staat seine Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Es geschah im Jahre 1978, da die NPD auf dem Marktplatz von Emsdetten eine Kundgebung abhalten wollte. Hunderte von Antifaschisten waren dagegen und aus der Menge flogen auch ein paar Beutelchen mit brauner Farbe, um den versammelten Faschisten den richtigen „Anstrich“ zu verpassen. Dies wiederum veranlaßte die Greiftrupps der Polizei, sich rempelnd und knüppelnd durch die Menge zu bewegen, bis sie schließlich genau denjenigen festnahmen, von dem ihrer Meinung nach ein Farbbeutel geworfen wurde (laut Flugbahn-Analyse?). Beim anschließenden Prozeß gegen diesen Antifaschisten spielte es keine Rolle, daß die Bullen der „ordnungsgemäßen Abführung“ des Angeklagten mit Hodentritt und Schlägen nachhalfen die Polizeizeugen bestritten dies natürlich. Urteil „wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz“: 15 Tagessätze a 15 DM, zuzüglich der Kosten des Verfahrens (bei 10 Zeugen eine hohe Summe!). In der Berufungsverhandlung konnten die

Polizeizeugen den Angeklagten zwar nicht mit Sicherheit identifizieren, und ein Entlastungszeuge für den Angeklagten war auch dabei, doch Richter Schmandt ließ das Urteil bestehen. Zitat aus dem Urteil: „Der Staat fördert mithin durch Polizeieinsatz und Strafverfolgung nicht etwa die Ziele einer Partei, sondern sichert allein seine eigene Lebensgrundlage, indem er fordert, sich mit Argumenten, nicht aber mit Gewalt auseinanderzusetzen.“

Nebenbei belegte derselbe Richter drei nicht anwesende Zeugen, die in Urlaub waren oder aus anderen Gründen verhindert waren, mit einer Ordnungsstrafe von DM 105,-.

Damit die betroffenen Antifaschisten die Lebensgrundlage dieses Staates finanzieren können (sie sind ziemlich knapp bei Kasse!), hier das „Spenden-Konto: 12 19 427 Commerzbank Emsdetten, Bahnhofstrasse. Kennwort: „Freiheit und Glück“ (Inform. nach TAZ, 11.10.79).

IKAH

## Keine Auslieferung von Kristina Berster

Weil Kristina Berster Mitglied des damaligen „Sozialistischen Patienten-Kollektivs“ (SPK) gewesen war und weil sie fürchtete, deshalb wie andere SPK-Mitglieder verhaftet und verurteilt zu werden („kriminelle Vereinigung“), hat sie 1973 die BRD verlassen.

Letztes Jahr ist sie bei dem Versuch festgenommen worden, von Kanada aus illegal in die USA einzureisen. Daraufhin verlangte die

Bundesregierung ihre Auslieferung wegen Mitgliedschaft in einer angeblich „kriminellen Vereinigung“.

Über diesen Antrag ist noch nicht entschieden gewesen. Daß der Auslieferungsantrag jetzt zurückgezogen worden ist, liegt sicher nicht zuletzt an der breiten Solidarität für Kristina in den USA.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

## Stammheim- Veranstaltung in Bremen

Zwei Tage vor dem § 90 a-Prozeß gegen drei Hamburger Frauen fand in Bremen eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Die staatlich verordnete Selbstmordthese“ statt. Die Betroffenen berichteten zunächst ausführlich über die Demonstration am ersten Jahrestag der Stammheimer „Selbstmorde“, die in Hamburg von den Bullen brutal zerschlagen wurde und deren Folge u.a. der anstehende Prozeß ist.

Daß dieser Prozeß ausgerechnet auf den 18.10.79, also den 2. Jahrestag der „Selbstmorde“, gelegt wurde, empfanden wohl alle Besucher dieser mit ca. 300 Menschen gut besuchten Veranstaltung als besonders dreiste Provokation.

Dann wurde informiert über die Solidaritätsarbeit mit den Gefangenen, die besonders für den lebensgefährlich kranken Herbert Soffel intensiviert werden muß, damit Herbert noch lebendig aus dem Knast kommen kann.

Es folgten Berichte über die sogenannten Hochsicherheitstrakte, deren Ausbau weiterhin und in voller Kenntnis ihrer tödlichen Wirkung intensiviert wird.

Hanspeter, Bremen



## Erich Fried antwortet Werner Schlegel

In AK 160 (S. 47) veröffentlichten wir einen „Offenen Brief an Erich Fried“ von Werner Schlegel, der in der JVA Rheinbach inhaftiert ist. Nachstehend nun eine Antwort von Erich Fried. Ihr verspäteter Abdruck rührt daher, daß ein Brief, den Erich Fried uns sofort nach Erhalt des AK 160 Anfang September zuschickte, uns nicht erreichte, wir also erst auf eine zweite Kopie warten mußten.

Zur Erinnerung: In einer Artikelserie „Moral, Gehirnwäsche und Verrat“ in AK 148, 149 und 150 hatte sich Karl-Heinz Roth mit den Positionen von Horst Mahler und der Zeitschrift „Langer Marsch“ auseinandergesetzt. Besonders, daß Karl-Heinz Roth in diesem Zusammenhang von „Staatschutzsozialisten“ gesprochen hatte, veranlaßte Erich Fried zu einer scharfen Kritik, die im „Langer Marsch“ Nr. 42 unter der Überschrift „Gehirnverschmutzung und Irrsinn“ erschien. Darin warf Erich Fried auch dem „Arbeiterkampf“ vor, er solle „sich schämen, so etwas (Artikelserie von K.H. Roth) zu veröffentlichen“. Wir selbst machten eine kurze Replik dazu in AK 152 (S. 62), in der wir vor allem die darin liegende Aufforderung zur Zensur solcher Diskussionsbeiträge wie dem von K.H. Roth zurückwiesen.

Werner Schlegels „Offener Brief“ in AK 160 hatte ebenfalls den „Langer Marsch“-Artikel von Erich Fried zum Gegenstand. Werner Schlegel rezitierte darin ein von ihm selbst geschriebenes Gedicht, in dem er Erich Fried vor ca. anderthalb Jahren gegen Angriffe verteidigt hatte, daß er „auf infame Art die Guerilla denunzierte“ würde. Schlegel schrieb im Anschluß daran, daß die Lektüre von Erich Frieds Artikel im „Langer Marsch“ ihn nun jedoch „entsetzt“ habe und schloß mit der Frage: „... gilt das Gedicht noch dem Erich Fried, der gemeint war, dem, wie ihn viele zu kennen glaubten? Die Antwort kann nur er selbst geben. Schön wäre es, sie zu erhalten.“ Hier ist sie nun.

AK-Redaktion

Erich Fried, 22 Dartmouth Road,  
London NW.2.  
3. September 1979

Lieber Werner Schlegel,

Ihren Offenen Brief an Erich Fried fand ich bei meiner Heimkehr nach London gestern im Arbeiterkampf vom 20. August 1979. (Mit gleicher Post geht ein Durchschlag meiner Antwort an ihn, mit der Bitte um Veröffentlichung.)

Ich gebrauche das förmliche ‚Sie‘ ungern und nur, weil Sie es tun, will aber sonst weder Höflichkeitsskloken gebrauchen, noch umschreiben. Ich kenne Ihren Fall nicht, kenne nur einige Gedichte von Ihnen; die mochte ich. Natürlich mag ich auch das Gedicht in Ihrem Offenen Brief.

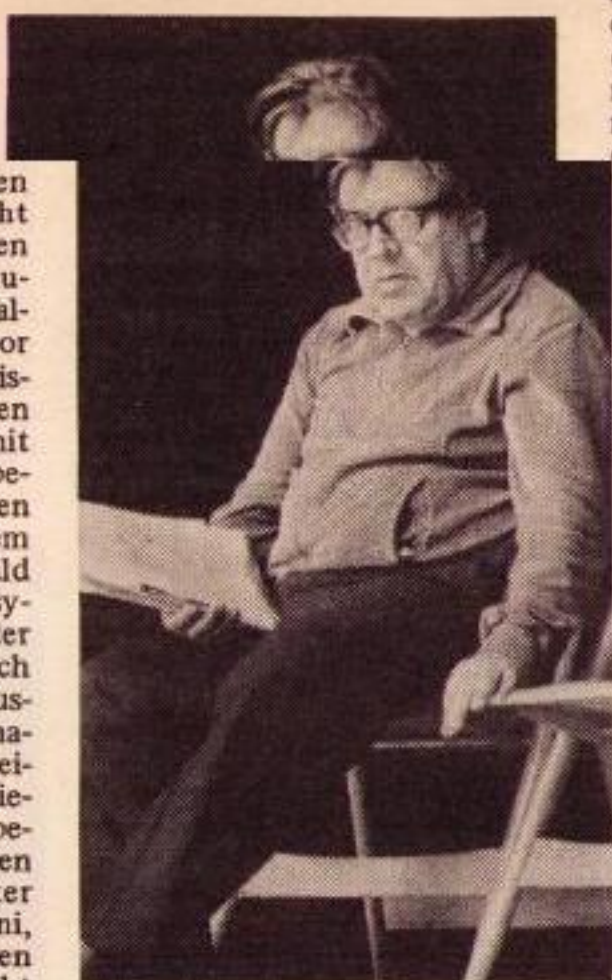
Zu dem Brief, den Sie vor einhalb Jahren erhielten und den ich nicht kenne, kann ich wenig sagen. Daß ich die Guerilla auf infame Art denunziert haben soll, höre ich nicht zum ersten Mal. Es stimmt nicht, aber es wundert und erschüttert mich nicht. Daß der sogenannte „bewaffnete Kampf“ in der Bundesrepublik die Gesellschaft, von der Sie träumen

um Ihr Gedicht zu zitieren – nicht die Gesellschaft, von der Sie träumen – um Ihr Gedicht zu zitieren – nicht nähergebracht, sondern der neuen Linken ungefähr so viel Schaden zugefügt hat wie der Stalinismus der alten Linken einige Jahrzehnte zuvor (womit ich freilich den Stalinismus, der Millionen eigene Genossen ermordet hat, nicht moralisch mit dem politischen Wahnsinn des „bewaffneten Kampfes“ vergleichen will, einem Wahnsinn, an dem die Umwelt nicht weniger Schuld trägt als an jeder anderen Psychose), dürfte sich sogar in der bundesdeutschen Linken, die sich nicht durch Gedankenschnelle auszeichnet, schon herumgesprochen haben. – Daß ich gleichzeitig mit meinen Stellungnahmen gegen verschiedene Taten und Dokumente des „bewaffneten Kampfes“, vor allem gegen das „Todesurteil“ gegen Schmücker und das Papier der Gruppe 2. Juni, das diesen Mord zu rechtfertigen suchte (das Todesurteil wird nicht entschuldbarer, wenn eingeschleuste Provokateure es angeregt haben!), auch gegen die Art protestiert habe, wie die Behörden gegen diese Menschen vorgehen, daß ich Böll unterstützt habe, daß ich in Hamburg wegen meiner Erklärungen zum Tod Georg von Rauchs vom Polizeipräsidenten von Berlin vor Gericht zitiert – allerdings nach genauer Darlegung meiner Gründe und Meinungen freigesprochen wurde, wissen Sie vielleicht auch. Ebenso, daß ich in mehreren Rundfunksendungen und Zeitungsartikeln, Gedichten und Interviews erklärt habe, warum ich nicht an einen Selbstmord Ulrike Meinhofs glaube (allerdings glaube ich auch nicht, daß es sich um vorsätzlichen Mord handelt).

Nun aber gehts um K.H. Roth, für den ich zwar auch eingetreten war, als er ungerecht angeklagt war und in der Haft fast umkam, dessen Angriff auf den Langer Marsch und auf Horst Mahler ich aber durch einen scharfen Angriff auf ihn – und einen Angriff auf den Arbeiterkampf, der diese Verunglimpfung des Langer Marsch und Mahlers abgedruckt hat, erwidert habe. Ich glaube, ich habe K.H. Roth, obwohl es mir schwerfiel, ihn anzugreifen, mit Recht angegriffen, denn, ich kenne den Langer Marsch und die meisten, die ihn

herausbringen, und sie als „Staatschutzsozialisten“ zu bezeichnen, ist hirnlos. – Horst Mahlers Streit mit Peter-Paul Zahl gehört beiderseits ebenfalls nicht zu den Ruhmestaten der deutschen Linken. Glauben Sie mir, aus einigem geographischen Abstand sieht man die dialektischen Spiegelungen und unheimlichen Ähnlichkeiten zwischen dem miesen Stil der deutschen Rechten und der deutschen Linken vielleicht besser, als die Protagonisten auf beiden Seiten es im Lande selbst tun. Traurig, aber bedenkenswert. –

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß ich sowohl Zahl als auch Mahler kritisiert habe; nicht nur, weil sie den braven Bürgern das willkommene Schauspiel bereitet haben, daß zwei Linke aus ihren Zellen heraus einander beschimpfen, sondern weil Zahl Mahlers Brief teils sinnstreu aus dem Zusammenhang lösend zitiert und Mahler unlautere Motive unterstellt hat; Mahler wieder, weil er seine



Erich Fried

neuesten Erkenntnisse seit vielen Jahren immer gleich mehr als hundertprozentig vertritt und weil er immer gleich „lehrt“ und weil gerade dieser Weg höchst ungeeignet ist, irgendeinen Wirkkopf vom „bewaffneten Kampf“ abzubringen, was Mahler mit Recht will. Ich habe an ihn ein Gedicht gerichtet, – daß ein Mensch, der immer ganz und gar recht haben will, mir Angst macht – aber das kennen Sie ja. Es ist Teil meines Angriffes gegen K.H. Roth.

Dieser Brief wird zu lang. Lassen Sie mich kurz dazu sagen, daß ich den Irrsinn, den ich bei denen, die Horst Mahler als Opfer von Gehirnwäsche oder als Verräter angreifen, feststelle, nicht nur schuldhaft sondern gesellschaftlich in ihnen hervorgerufen sehe. Das fand sich auch, verständlich, in meinem Angriff auf K.H. Roth angedeutet. Noch deutlicher machte ich es bald darauf in Hamburg, als sogenannte Genossen Mahler verleumdeten und mir zuriefen „Du Spinner, siehst du nicht, daß er längst für den Staatsschutz arbeitet“. Wenn solche Genossen (aber auch wenn, lange nicht so krass und eklig, aber schlimm genug, ein K.H.

Roth) einen, der eingesperrt ist, von draußen auf bloßen Klatsch hin so anschuldigen, dann werde ich wütend. Immer noch. Auf die Gefahr hin, daß Sie, lieber Werner Schlegel, dann „entsetzt“ sind.

Was Sie aber entweder nicht wissen (was dann aber wohl zum Teil Schuld Ihrer anscheinend etwas selektiven Information ist), oder aber wissen und unverständlichweise in Ihrem Brief nicht in Erwägung ziehen, ist, daß ich gleich in der nächsten Nummer des Langer Marsch denselben K.H. Roth, über den ich mich so geärgert und den ich angegriffen hatte, ganz entschieden und scharf gegen meinen alten Freund Heinz Brandt verteidigt habe, der völlig ungerecht und unsinnig in ihm einen „Theoretiker des Neoterrorismus“ sah. – Wahrscheinlich wissen Sie auch nicht, was ich – in Erklärungen und in Versen (z.B. in Tageszeitung, Junge Kirche, ESG-Nachrichten) über den Tod Elisabeth van Dycks geschrieben habe, obwohl das auch schon zum größeren Teil vor Ihrem Brief erschienen ist.

Ich bitte Sie also, beide Seiten meiner Stellungnahmen zu berücksichtigen, ehe Sie mich verurteilen. Mich auf dieselbe Stufe zu stellen wie die Sprache der Repression, die Rudolf Bahro hinter Gitter brachte, ist schon deshalb ganz ungerecht, weil es sich dort bei den Sprechern um bewußte Lügen wohlbestellter Machthaber handelt, während ich zwar sicher nicht vor Irrtümern gefeit bin, aber weder lüge, noch Machthaber bin, im Gegenteil, gegen die verschiedenen Machthaber (aber auch gegen machthungrige Sektierer und Manipulateure, wie etwa Steigerwald) polemisiere. Ich wüßte gern, ob irgendeines meiner Argumente Ihnen etwas sagt, aber ich werde auch, wenn das nicht der Fall ist (was mir gar nicht gleichgültig wäre, sondern mich noch trauriger machen würde) genau das weitertun und sagen, was ich denke.

Was die Gesellschaft ist, von der Sie träumen, weiß ich nicht. Wenn diese Gesellschaft in der Bundesrepublik nur durch eine soziale Revolution mit bewaffnetem Kampf zu erreichen ist, dann werden Sie und die, die den gleichen Traum haben, noch sehr, sehr lange weiterträumen müssen und wahrscheinlich nicht lange genug leben, ihn erfüllt zu sehen.

Noch ärger freilich wäre es, ihn einen kurzen Augenblick lang erfüllt zu glauben und dann eine Entwicklung erleben zu müssen wie in der Stalinära oder was ihr entspricht. – Ich träume andere Träume, wesentlich weniger dem „demokratischen Zentralismus“ (von dem zuletzt immer nur der Zentralismus übrigbleibt, wie schon Rosa Luxemburg wußte) verpflichtet und hoffentlich auch viel unblutiger. Ein Buch wie Klaus Traube – Wir müssen umschalten – und manche Arbeiten von Marcuse und Dutschke und Brückner – bedeuten mir mehr als alle Träumerei von einer Revolution, die für uns in der Bundesrepublik nicht auf der Tagesordnung steht. Natürlich gibts noch zahllose andere Aufgaben, politische, gewerkschaftliche und aufklärerische, wie etwa die Beseitigung der unseligen bundesdeutschen Verwechslung jedes Anarchismus mit Terrorismus. Übrigens gibts auch Aufklärungsaufgaben nichtklassenkämpferischer Art, denn manchmal haben zum Glück immer noch alle Menschen dieselben tatsächlichen Interessen, wenn manchen auch ihre Klassenlage den Blick dafür trübt. Vielleicht kennen Sie meinen Aufsatz über Antifaschistischen Kampf – wie er war und wie er heute sein sollte (ESG und – gekürzt – AVANTI)? Worauf Sie mit Ihren Worten „bemüht/verständnisvollem unverständnis“, das Sie mir zuschreiben, ebenso wie mit dem „vorschnellen Kleben von Etiketten“ anspielen, weiß ich nicht. Das müßten Sie mir schon an konkreten Beispielen erläutern. Es ist sehr möglich, daß ich der Untugend des vorschnellen Etikettierens nicht immer entgangen bin. Es ist eine in deutschen Ländern rechts und links so weit verbreitete Praxis, daß man übermenschliche Immunität haben müßte, um ihr nicht manchmal zu erliegen. Ihr Offener Brief an mich war in dieser Hinsicht jedenfalls weit weniger arg und viel sympathischer – ja: unvergleichlich sympathischer! – als das, was man irrt der Zeit gewohnt ist!

Ich hoffe auf Ihre Antwort.

Freiheit und Glück!

## Berufsverbote

### Sippenhaft wieder aktuell

Die Stadt Kaufbeuren, bekannt durch ihren Stimmenanteil von teilweise 25% für die NPD bei den Landtags- und Kommunalwahlen, sowie durch Wählerstimmen von 72% für F.J. Strauß und die CSU, hat wieder einmal ihre ungebrochene Gesinnungstreue bewiesen. Politische Gesinnungsschnüffelei bis in den privaten Bereich hinein, politische Verfolgung bis zur beruflichen Existenzvernichtung und politische Karriere-sucht hoher Regierungsbeamter mit dem CSU-Parteibuch in der Tasche haben in Kaufbeuren ein politisches Klima entstehen lassen, das bereits zu öffentlichen Vergleichen mit der Atmosphäre der Nazi-Zeit herausgefordert hat.

Dies mußte nun auch die 28-jährige Brunhilde Bischoff erfahren. Nachdem sie mit einem glänzenden Zeugnis aus dem sozialen Dienst der Stadt München ausschied, bewarb sie sich um eine Anstellung beim Bezirkskrankenhaus der Stadt Kaufbeuren. Aus drei Mitbewerberinnen wurde sie ausgewählt und eingestellt. Doch am Ende einer an sich formalen Probezeit erhielt Brunhilde Bischoff nicht die zugesagte langfristige Anstellung, sondern die Kündigung und Berufsverbot, verfügt von der bayerischen Bezirksregierung für Schwaben, unterzeichnet von Regierungsdirektor Dietrich Bessler.

Neu an dieser Art von Berufsverbot ist der Verzicht auf eine schriftliche Begründung für die Entlassung, der Verzicht auf jede offizielle Vorgehaltung und auf ein politisches Verhör. Entlassen wurde ohne Begründung und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Unterrichtung des Personalrates. Für diese neue Methode bei der Verhängung von Berufsverböten gibt es einen plausiblen Grund: die verantwortlichen Regierungsstellen können Brunhilde Bischoff absolut nichts „einschlägiges“ nachweisen. Und so erklärte man ihr in offiziellen Gesprächen von beamteter Seite, die Gründe lägen „allein im privaten Bereich“ und in ihrem „politischen Umfeld“. Mit dem „privaten Bereich“ ist ihr Freund gemeint und das „politische Umfeld“ ist dessen Mitgliedschaft in der DKP.

Angesichts der fachlich-beruflichen Beurteilung durch die Leitung des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren wirkt die Entlassung der Sozialarbeiterin erst recht wie blanker Hohn und erinnert nach den Worten des schwäbischen SPD-Landtagsabgeordneten Otto Werner „in fataler Weise an die Einführung der Sippenhaft in der Zeit des unseligen tausendjährigen Reiches“.

KB-Gruppe Nürnberg

### CSU fordert Überprüfung der Förderungswürdigkeit der SJD-Die Falken

#### Presseerklärung der Falken

Wie jetzt bekannt wurde, hat der kürzlich stattgefundene CSU-Parteitag dem Vorstand der CSU zustimmend einen Antrag überwiesen, in dem die Bayerische Staatsregierung aufgefordert wird zu überprüfen, „ob die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken noch förderungswürdig ist“. Denn es geht diesem Jugendverband „nicht um die Vermittlung von Freizeitangeboten, sondern lediglich um die Indoktrination der Jugend, ja sogar der Kinder“ ... Die Sozialistische Jugend weiß nun, was sie über die rechtskonservative Gleichschaltung der Bundesrepublik hinaus von einem Kanzler Strauß für sich selbst noch zu erwarten hat: den Versuch der Liquidation ihrer Jugendarbeit, die auf die Vertretung der Interessen von Arbeiterkindern und Arbeiterjugendlichen gerichtet ist. Die Pluralität der Jugendarbeit unseres Landes, die auf den unterschiedlichen weltanschaulichen Wurzeln der Jugendverbände fußt, ist durch die Absichtserklärung des CSU-Parteitages ernsthaft gefährdet.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken wird diese offene Kampfansage aufnehmen. Sie wird der Strategie der CSU/CDU in ihrer konkreten Arbeit vor Ort offensiv begegnen und die Bevölkerung über die demokratiefeindlichen Vorstellungen der Unionsparteien und ihres Kanzlerkandidaten aufklären.

F.d.R.

gez. Wolfgang Römisch, Bundessekretär

### Die Wahrheit über Carstens – Berufsverbot für jungen Lehrer

Am 21. September war die Lehrertätigkeit für Wilfried P., der vor kurzem überhaupt erst in Wedel damit begonnen hatte, auf äußerst abrupte Weise schon wieder beendet. Als er an diesem Tag in die Schule kam, wurde ihm von seinem stellvertretenden Schulleiter offenbart, daß der Regierungspräsident das Verbot seiner Dienstgeschäfte verfügt habe. Das bedeutete sofortige Suspendierung und Verweisung vom Schulgelände.

Mehrere Tage später erst erhielt W.P. einen erklärenden Brief des Regierungspräsidenten. Darin wurde als Grund ein Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts der Verunglimpfung des Bundespräsidenten“ angegeben. Die „Verunglimpfung“ des Präsidenten dieser Republik bestand darin, daß W.P. ein Stück Leben desselben dokumentiert hatte: Er hatte ein

Plakat angefertigt, das Carstens in SA-Uniform zeigt. Dieses Plakat sei „am 24. Mai an verschiedenen öffentlich zugänglichen Plätzen“ vorgefunden worden.

Obwohl W.P. sich zur Anfertigung dieses Plakates aus moralischen und politischen Gründen bekannte und deshalb vor seiner Einstellung bereits eine Anhörung hatte, wurde nun mit dem Ladehüter argumentiert, W.P. habe das „für einen Beamten gebotene Maß an politischer Zurückhaltung eklatant verletzt“.

Obwohl drei Tage nach seiner Suspendierung W.P. einen Brief der Staatsanwaltschaft erhielt, in dem sie ihm mitteilt, „das gegen Sie gerichtete Ermittlungsverfahren ist eingestellt worden“, ist das Dienstverbot bis heute nicht aufgehoben worden.

### Berufsverbote-Meldungen

Gudrun M. hatte sich in Nürnberg, nachdem sie im April ihre 1. Prüfung für das Lehramt an Volksschulen beendet hatte, für den Vorbereitungsdienst beworben. Obwohl der 2. Mai offizieller Einstellungstermin war, erhielt sie keinerlei Benachrichtigung von der Regierung von Mittelfranken. Statt ihre Ausbildung fortsetzen zu können, wurde sie am 21. Mai zu einem sogenannten Einstellungsgespräch vorgeladen. Bei diesem Gespräch wurde ihr mitgeteilt, daß „Zweifel an ihrer Verfassungstreue“ bestünden, weil sie:

- zum Studentenparlament auf der Liste des MSB Spartakus sowie einer gewerkschaftlich orientierten Liste für die verfaßte Studentenschaft kandidiert hat,
- für ein Flugblatt des MSB Spartakus mit dem Titel „Auch Studenten sind Staatsbürger. Darum: AStA wählen“ presserechtlich verantwortlich zeichnete,
- eine Verlobungsanzeige in der „UZ“ aufgegeben hatte.

Wegen „Zweifel an der Verfassungstreue“ wurden Helmut Leonhard und das SPD-Mitglied und ehemaliger Kreisvorsitzender der GEW Hans Kolb bis jetzt noch nicht angestellt. Bereits die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst hatten sie sich erst durch eine Anordnung des Bayerischen Verwaltungsgerichts erstritten. Damals hat der Verwaltungsgerichtshof keine Verstöße gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, sondern im Gegenteil festgestellt, daß die Regierung von Mittelfranken den ihr zustehenden beamten- und verfassungsrechtlichen Rahmen verkannt habe.

Bis jetzt haben der Nürnberger Kreisverband der FDP, der SPD-Unterbezirk Nürnberg, das Berufsverbote-Komitee und ein Vertreter der evangelischen Kirche, Pfarrer Friedrich Rießbeck, dagegen protestiert (aus „Nürnberger Nachrichten“, 4.10. und 20.10.79).

KB Gruppe Nürnberg



# Betrieb und Gewerkschaft



## Strauß-Debatte im DGB: Zwischen Anpassung und Widerstand

Nachdem DGB-Chef Vetter seine Aufwartung bei Strauß gemacht hatte, sorgte der Kanzlerkandidat nur wenige Tage später dafür, daß jedermann im Lande weiß, wie er sozialdemokratische Kniefälle dankt: Mit seiner Gleichung Nationalsozialisten = Sozialisten warf Strauß dem Sozialdemokraten Vetter, kaum daß dieser aus der Tür war, noch einen dicken Knüppel hinterher. Hätte diese Niederträchtigkeit nur Vetter gegolten, könnte man es vielleicht mit dem Kommentar „wer nicht hören will, muß eben fühlen“ bewenden lassen. Unverschämtheiten dieser Art sind ja von Strauß allemal zu erwarten.

In den Gewerkschaften (und hier durchaus nicht nur an der Basis) mehren sich jetzt die Stimmen, die ein deutlicheres Auftreten gegen Strauß verlangen. Es kann keine Rede davon sein, daß Vettters Kurs der totalen Anpassung an Strauß bereits im DGB und seinen Einzelgewerkschaften durchgesetzt wäre.

HBV, Essen. Alle Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft haben die Delegierten zurückgewiesen. In einer Entscheidung betonte die Konferenz, daß mit Franz-Josef Strauß ein Mann Kanzlerkandidat der CDU/CSU geworden sei, dessen innen- und außenpolitischen Positionen im scharfen Gegensatz zu den Interessen von Arbeitern und Angestellten stünden. Das Ziel der Kampagne von Strauß gegen die Gewerkschaften sei eine Verunsicherung der Mitglieder.

„Wir sind deshalb aufgefordert, diesem Vertreter der äußersten Rechten in unserem Land entschlossen und offensiv entgegenzutreten“. Bei einem erneuten Auftritt von Strauß in Essen forderten sie vom Essener DGB-Kreisvorstand Maßnahmen zu ergreifen, mit denen „die ablehnende Haltung der Gewerkschaften zu der arbeitnehmerfeindlichen Politik“ von Strauß unmißverständlich zum Ausdruck gebracht werde.

„Tatsache ist, daß sozialdemokratische, kommunistische, liberale, christliche und parteilose Kollegen diese Einheitsgewerkschaft aufgebaut und ihr zur heutigen Stärke verholfen haben. In einer Zeit, in der sich die Angriffe gegen die Einheitsgewerkschaft zuspitzen, muß alles getan werden, um diese Einheitsgewerkschaft zu stärken“ („Neue“, 18.10.79).

Mit dieser Entschliebung folgten die HBV-Delegierten dem Beispiel der Essener IG Metall Vertreterversammlung, die mit großer Mehrheit (129 von 135 Stimmen) ebenfalls ihre Ortsverwaltung zu „geeigneten Maßnahmen“ verpflichtet hatte.

\*\*\*

**Gewerkschaft Textil und Bekleidung.** „Die vorübergehend zu beobachtende Zurückhaltung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauß zur Frage der Einheitsgewerkschaft“ wertet die Gewerkschaft als ein taktisches Manöver. Die bisherigen Strauß-Aussagen und der Inhalt des CSU-Programms zielten „eindeutig darauf ab, die Einheitsgewerkschaft zu spalten“, sagte der gewerkschaftsvorsitzende Berthold vor Delegierten in Bremen. Dem müsse mit aller Härte entgegengetreten werden („Hamburger Abendblatt“, 1.10.79).

\*\*\*

**IG Metall.** „Strauß' Programm ist nicht das der Arbeitnehmer“, erklärte IGM-Chef Loderer Ende September vor Funktionären in Stuttgart. „Wer den Arm erheben will gegen die Einheitsgewerkschaft, der holt aus zum Angriff auf eine der tragenden Säulen unserer noch jungen Demokratie“, und weiter: „Pläne zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft sind Beweise für ein gespaltenes Verhältnis zur Demokratie“, betonte Loderer. Die Einheitsgewerkschaft gebiete parteipolitische Unabhängigkeit, verbiete aber umgekehrt parteipolitische Neutralität („FR“, 1.10.79).

Dieser recht scharfen Stellungnahme Loderers entgegen steht seine Äußerung in der „Bild“-Zeitung vor einigen Wochen, daß er mit jeder Regierung, auch mit einem Kanzler

Strauß, „loyal“ zusammenarbeiten werde.

In einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ am 18.10.79 betonte Loderer allerdings, „daß es uns nicht gleichgültig ist, wer Bundeskanzler ist, welche Politik für Arbeitnehmer gemacht wird“. Zu den von CSU-Seite unterstellten Behauptungen, es gebe Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialisten und Sozialisten, erklärte Loderer im selben Interview: „Das ist nicht nur Geschichtsfälschung und Geschichtsklitterung. Das ist vor allem das Verkommenste und Verwahrloste und Schändlichste was jemals oder was seit langer Zeit in der Politik von verantwortlichen Leuten gesagt worden ist. Wer den Kampf der Sozialdemokraten gegen die Faschisten kennt, der kann eine solche Unterstellung nicht von sich geben, ohne daß er selber erschrickt. Aber diese Leute haben keinen politischen Anstand“ („Neue“, 18.10.79).

Sein Vorstandskollege Georg Benz wies vor Vertrauensleuten in Hattingen auf bedenkliche Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Klima der Bundesrepublik hin. Die Kanzlerkandidatur von Strauß sei „eine Gefahr für die Demokratie“, eine Gefahr für die Demokratie und damit für die Gewerkschaftsbewegung. Scharf wies er den Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung zurück: „Betriebsratsmitglieder, die genau wie die Vertrauensleute der IG Metall das Vertrauen der Beschäftigten besitzen, weil sie deren Interessen vertreten, werden diffamiert. Sie sollen herhalten für einen primitiven Antikommunismus. Der ja bekanntlich – und das bestätigt sich hier wieder – in Zeiten wirtschaftlicher Krise seine übelsten Sumpflüden treibt“ („Neue“, 18.10.79).

Die IG Metall werde im kommenden Bundestagswahlkampf keineswegs neutral bleiben, kündigte der IGM-Hauptkassierer Norbert Fischer in Wetzlar an. „Niemand wird uns jemals davon abhalten können, streitbar und engagiert für die Arbeitnehmerinteressen einzutreten und dabei auch Roß und Reiter zu nennen“ („UZ“, 15.10.79).

\*\*\*

**Gewerkschaft der Polizei.** Ein Gespräch in „freundschaftlicher Atmosphäre“ fand zwischen dem Vorstand der GdP (Mitglied im DGB) und CDU-Politikern statt (Dregger, Erhard und Vogel). Einige war man sich über die Notwendigkeit, das Bundeskriminalamt als „Informationszentrale“ auszubauen und über den Vorschlag der GdP, eine Hochschule für Polizeiwissenschaften zu gründen. Auch weiterhin sollen die polizeilichen Probleme in „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ erörtert werden.

Aus dieser Bereitschaft zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ ergibt sich auch die logische Konsequenz einer Stellungnahme von Schirrmacher (GdP-Vorsitzender) in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ Nr. 10/79: „Aus demokratischer Überzeugung arbeitet die Gewerkschaft der Polizei mit einem jedem demokratisch gewählten und demokratisch handelnden Kanzler zusammen, also auch mit einem möglichen Kanzler Strauß. Eine solche Wahl würde uns bei der Verfolgung unserer Gewerkschaftspolitik nicht aus der Bahn werfen“.

In der weiteren Stellungnahme betont er die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft und weist auf die „dreißigjährige Auffassung“ der GdP hin, „daß bei der Bewältigung von Problemen der Inneren Sicherheit Emotionen, wie sie in der von ihnen dokumentierten Sonthofener Rede zum Ausdruck kamen, immer noch der schlechteste Ratgeber waren“.

\*\*\*



## HDW Hamburg: Widerstand gegen Programmlohn

Seit einigen Monaten verstärkt der Vorstand der Howaldtswerke/Deutsche Werft (HDW) – im Besitz des bundeseigenen Salzgitterkonzerns und des Landes Schleswig-Holstein – seine Bemühungen, für den Hamburger Bereich den Programmlohn einzuführen, nachdem dies in den letzten Jahren in einigen Kieler Werken offenbar erfolgreich für die Kapitalisten erprobt worden ist.

Programmlohn bedeutet: Die anstehende Arbeit wird jeweils in einem Programm durchgeführt, für das vorher Arbeitsergebnis, Zeitraum und beteiligte Kollegen festgelegt sind. Schaffen die Kollegen in der angegebenen Zeit das Programm zu 100%, bekommen sie 100% ihres „Programmlohns“ (etwas höher als der jetzige Effektiv-Lohn). Schaffen sie weniger, bekommen sie entsprechend weniger Lohn. 80% sind aber mindestens abgesichert.

Mittels genauer Durchforstung der Arbeitsbedingungen bei Erstellung des Programms will der Betrieb möglichst alle „unnötigen“ Handgriffe, Warte- und Störzeiten einsparen (die in der Regel für die Kollegen willkommene und notwendige Erholzeiten sind). Dabei soll mit Hilfe verschiedener Zeitmeßmethoden (MTM – Multi-Moment-Verfahren) die Arbeit der Kollegen noch mehr „verdichtet“ werden – sprich: Die Leistung erhöht werden. Als Ergebnis dieser scharfen Rationalisierungen erhoffen sich die Kapitalisten eine Steigerung der Produktivität um 20% und mehr!

Die geplanten Verschärfungen fügen sich nahtlos ein in das Konzept der (staatlichen!) Werft, sich auf die wechselnden Marktbedingungen („Schiffbaukrise“) einzustellen und

ÖTV, Köln. Die Delegiertenversammlung beschloß einstimmig, der Bedrohung durch Strauß „offensiv“ entgegenzutreten.

In einem Antrag an den Hauptvorstand vergleichen die Delegierten die Kanzlerkandidatur Strauß mit den Aussparungen während der Druck- und Stahlaueinandersetzungen: in beiden Fällen versuche das Unternehmerlager die Gewerkschaften zu schwächen und politisch einen Rechtsruck durchzusetzen. „Der Vertrauensleutkörper hat diese Situation besprochen und ist zu dem Schluß gekommen, daß wir alle zusammenrücken müssen, um durch aktive Solidarität der Rechtsentwicklung in der BRD einen Riegel vorzuschieben.“

Wir schlagen deshalb folgendes vor:

1. Verbindung der Tarifbewegung mit der Einbeziehung der Kollegen vor Ort. Organisation von Informationsständen in der Öffentlichkeit, Autokorso usw.
2. Auf örtlicher Ebene Abstimmung mit den anderen Einzelgewerkschaften über gewerkschaftliche Protestaktionen.
3. Überregional Inangriffnahme von gewerkschaftlichen Protestaktionen.

Wir können euch versichern, daß wir jeden Schritt in diese Richtung begrüßen und unterstützen werden, um die Einheitsgewerkschaft zu stärken“ („Neue“, 19.10.79).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

trotzdem noch möglichst viel Profit rauszuholen. So wurde in den letzten Jahren der Personalbestand um mehrere Tausend Kollegen verringert, das Werk Finkenwerder stillgelegt, und zwei weitere sollen folgen.

Grundlage für die aktuellen Rationalisierungsmaßnahmen ist das Anfang des Jahres beschlossene Unternehmenskonzept, dem auch der Betriebsrat zugestimmt hat, und bei dessen Aushandlung auch die IG Metall und der Hamburger Senat miteinbezogen waren. Wie so oft erweist sich leider auch hier wieder die Gewerkschaftsführung als einer der treuesten und vor allem wichtigsten Verbündeten des Vorstandes. Während der Betrieb zur Zeit im wesentlichen die organisatorischen Seiten regelt (bei regelmäßiger Zustimmung der Betriebsratsmehrheit zu den jeweiligen Maßnahmen), haben die Betriebsratsführer die Drecksarbeit übernommen, für den Programmlohn unter den Kollegen Reklame zu machen.

Dabei wird geschickt an tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten des geltenden Akkordsystems und der jetzigen Arbeitsorganisation angeknüpft (worüber es natürlich schon seit längerem berechtigten Unmut gibt), um so den Kollegen den Leistungssteigernden Programmlohn als Ausweg anzubieten. Geradezu verückt! Eine besonders unverschämte Drohung dabei: Nur bei Einführung dieses Lohnsystems könne der Betrieb in den nächsten Jahren konkurrenzfähig bleiben und so (!) die Arbeitsplätze sicher machen! Mit anderen Worten: Wer sich gegen den Programmlohn wehrt, so die Logik der BR-Führung, macht sich

mitschuldig an möglichen späteren Entlassungen von Kollegen! Zur Unterstützung dieser Positionen wurde sogar Raimar Birkwald aufgebeten, Experte des IGM-Vorstandes für Lohnsysteme – und laut einem rechten Betriebsratsmitglied ein „in aller Welt anerkannter Experte“!

Trotz dieses Aufgebotes konnte sich unter den Kollegen ein z.T. recht breiter Protest entwickeln. So wurde schon vor Monaten in den Bordmontage-Gewerken bei Unterschriftensammlungen der Programmlohn abgelehnt. Sogar auf der letzten Sitzung des IGM-Vertrauenskörpers war die Stimmung mehrheitlich dagegen (trotz IGM-„Weltexperte“ Birkwald). Dies ist deswegen bemerkenswert, weil bisher eine satte Mehrheit der Vertrauensleute sich immer als treue und völlig kritiklose „Abstimmungsmaschinerie“ für die SPD-Betriebsratsführung erwiesen hatte.

Auch auf einer Betriebsversammlung am 19.10. war die Haltung der meisten Kollegen ablehnend. Als wegen Manipulationen durch Betriebsräte einige (kritische) Kollegen ihre Wortbeiträge nicht halten konnten, stellten Vertrauensleute die Forderung nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung zum Thema Programmlohn auf und konnten dafür in nur drei Tagen über 400 Unterschriften sammeln. Ein gutes Ergebnis!

Wenn es nicht gelingt, die Einführung des Programmlohnes zu verhindern, werden die Kapitalisten der Verwirklichung ihres umfassenden Rationalisierungskonzeptes einen großen Schritt näher gekommen sein.

Betriebszelle HDW  
KB/Gruppe Hamburg



# „Knies und Knatsch in der Gewerkschaftsjugend“

## Hinrich Oetjen in Hamburg

Unter dem Motto „Knies und Knatsch in der Gewerkschaftsjugend“ hatte der Landesbezirk Nordmark der IG Druck und Papier zu einer Diskussionsveranstaltung am 19. 10. eingeladen. Seinen besonderen Reiz hatte der Abend dadurch, daß sich der Leiter der DGB-Bundesjugendschule, Hinrich Oetjen, der Diskussion stellen wollte. Oetjen ist einer der Mitautoren des unter dem Namen „Oberurseler Papier“ bekanntgewordenen „Positionspapier zur Strategie von DKP/SDAJ in der Gewerkschaftsjugend“. Dieses Papier hatte den Startschuß gegeben zu dem nach wie vor heiß geführten Streit um die angebliche „kommunistische Unterwanderung der DGB-Gewerkschaften“. Erschienen zu der Hamburger Veranstaltung waren etwa 150 bis 200 interessierte Gewerkschafter. Etwa die Hälfte der Teilnehmer waren Studenten der gewerkschaftsnahen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), in deren Räumen die Veranstaltung stattfand. Unter den übrigen Teilnehmern waren Funktionäre aus der Jugend- und Bildungsarbeit der Einzelgewerkschaften recht stark vertreten. Von Interesse war die Veranstaltung auch insofern, als sie unseres Wissens in dem gegenwärtigen Konflikt eine Ausnahme darstellt. Die DGB-Führer setzen gegenwärtig deutlich auf administrative Maßnahmen und antikommunistische Hetze statt auf Diskussion, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Eine ähnlich geplante Veranstaltung in Hannover war denn auch kurzerhand verboten worden (siehe AK 164). Die Hamburger DruPa-Veranstaltung kann als durchaus gelungen bezeichnet werden. In der äußerst lebendigen Diskussion äußerte sich ein breites Spektrum der Gewerkschaftslinken mit unterschiedlichen, zum Teil kontroversen Standpunkten, die bisweilen auch leidenschaftlich vertreten wurden. Lediglich zwei Teilnehmer fielen etwas aus dem Rahmen, als sie versuchten, das Wort „Chaoten“ in die Debatte einzuführen. Es spricht aber für die Versammlung, daß dieser unverschämte Versuch von nahezu der gesamten Teilnehmerschaft empört zurückgewiesen wurde. Positiv vermerkt werden muß auch, daß ein Klima der Erlebung gegen die DKP/SDAJ, wie es zeitweilig in der Luft lag, sich an diesem Abend nicht prägend durchsetzen konnte. Dies war jedoch nicht etwa das Verdienst der anwesenden DKP-Mitglieder. Sie hatten es vorgezogen, den Schwanz einzuziehen und beteiligten sich in dieser Diskussion, bei der es ja gerade auch um ihre Gewerkschaftsarbeit ging, nicht mit einem Beitrag. Beschämend!

### Wie kam es zum Oberurseler Papier?

Zum Einstieg in die Debatte gab Oetjen zunächst aus seiner Sicht einen Abriß der Entwicklung der Jugend- und Bildungsarbeit seit dem Niedergang der Lehrlingsbewegung Anfang der siebziger Jahre. Die krisenhafte Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus, die in immer stärkeren Maße zur Jugendarbeitslosigkeit geführt hatte, erforderte neue Antworten auf die Probleme. Während „wir“, so Oetjen, versuchten, in der Bildungsarbeit praxisorientiert zu arbeiten und Hilfestellung für eine Mobilisierung „an den konkreten Problemen vor Ort“ zu geben, waren „die anderen“ zu dieser Zeit der Auffassung, daß gegenwärtig „nichts drin“ sei, daß es gelte „zu überwinden“, durch das Propagieren des DGB-Grundsatzprogrammes würde langfristig „antikapitalistisches Bewußtsein“ entstehen; man könne lediglich durch große Manifestationen „die Öffentlichkeit auf die Probleme der Jugend aufmerksam machen“. Diese Linie habe sich weitgehend durchgesetzt. Der Bankrott dieser Politik mit ihren alljährlichen Großdemonstrationen sei 1977 erreicht gewesen. Der unmittelbare Einfluß der Gewerkschaften auf weite Teile der Jugend war weitgehend verloren gegangen. Dieses Potential „betätigt sich in Jugendzentren, in irgendwelchen Initiativen, in der Bürgerrechtsbewegung oder wer weiß wo...“ (Oetjen in der „TAZ“, 30.4.)

lichen. „Wenn wir die Jugendlichen wieder in die Gewerkschaftsjugend hineinbringen wollen, muß dieser Einfluß (der DKP-Anm. AK) zurückgedrängt werden.“ (Oetjen in der „TAZ“). Daß das Papier jetzt von rechten Gewerkschaftern und der bürgerlichen Presse ausgeschlachtet werde, habe nicht in der Absicht der Verfasser gelegen; sie wollten lediglich die Diskussion auslösen.

### Kontroverse Diskussion

Die DKP hatte in der anschließenden Aussprache nichts zu lachen. Am besten kam sie noch bei den Rednern weg, die gar nichts zur DKP sagten. Die anwesenden DKPler hatten es ja, wie schon erwähnt, vorgezogen, die Köpfe einzuziehen und sich auszuschweigen.

Ansonsten wurde hart mit ihnen ins Gericht gegangen. Ein Redner dankte sich bei Oetjen ausdrücklich für das Papier, darauf habe man lange gewartet; er habe es in seiner HBV-Gruppe diskutiert, und man habe sich so erst mal wieder etwas Luft verschafft.

Ein HWP-Student bemerkte, daß dies die erste Veranstaltung seit langem sei, in der eine echte Diskussion möglich sei, ohne daß der MSB (=DKP-Studentenbund) alles abwürft und mit seinen Mehrheiten diskussionslos niederstimmt. Wenn die Rechten und die reaktionäre Presse mit dem Papier arbeiteten, könne uns das egal sein, das habe sich die DKP selbst zuzuschreiben; Hauptsache, wir haben das Papier erst mal.

sache, wir haben das Papier erst mal.

Mit großer Verbitterung wurde den Revisionisten immer wieder anhand vieler Beispiele ihr Denunziantentum gegenüber anderen Linken in den Gewerkschaften vorgehalten. In einigen Beiträgen wurde jede Solidarität mit der DKP abgelehnt. Eine etwas differenziertere, aber nicht minder scharfe Position vertrat ein Redner: jahrelang seien alle, die nicht kritisierten die DKP-Positionen und damit die Politik der rechten Gewerkschaftsführer übernommen hätten, als Gewerkschaftsfeinde diffamiert worden; an vielen Ausschüssen seien DKPler beteiligt gewesen. Jetzt, wo es

ihnen selbst an den Kragen gehen soll, kommen sie mit Krokodilstränen und jammern nach Solidarität. Doch da müssen sie schon erstmal selbst Vorleistungen erbringen...

Lediglich ein Teilnehmer, SHB-Mitglied, versuchte, die Revisionisten zu verteidigen: er kenne aus seiner jahrelangen Arbeit in der IGM-Jugendgruppe bei Hoesch in Dortmund viele DKPler, die eine sehr gute Gewerkschaftsarbeit machen. Im übrigen seien die DKPler in den vielzitierten Gremien ja schließlich alle demokratisch gewählt. Ein Sturm der Empörung löste dieser Redner aus, als er zu den Gewerkschaftsausschlüssen sagte, er verstehe dieses Gerede gar nicht; wer sei denn bisher von den Ausschlüssen betroffen gewesen? „Doch nur Chaoten!“ Von einem anderen Teilnehmer, der sich auch als überzeugter Sozialdemokrat vorstellte, mußte sich der SHBler darüber belehren lassen, daß das Wort „Chaot“ erstmals von Joseph Goebbels benutzt worden sei, um den politischen Gegner zu diffamieren.

Ein weiterer Juso, ehemals Betriebsratsvorsitzender eines Westberliner Betriebes, jetzt HWP-Student und Stamokap-Anhänger, übte scharfe Kritik am Oberurseler Papier. Es sei den Autoren vorzuwerfen, daß sie dieses Papier auf den Markt gebracht hätten ohne Rücksicht auf die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse, die gekennzeichnet seien durch eine neue Welle des Antikommunismus, wodurch auch die Gewerkschaften einem starken Druck von rechts ausgesetzt seien. Bevor über die weitere Strategie der Gewerkschaftsjugend geredet werden könne, müsse geklärt werden, in welche Richtung die „DKP-Debatte“ laufe. Das Papier habe einen deutlich denunziatorischen Charakter.

Ein weiterer Redner bezeichnete Oetjens Einlassung, man habe mit dem Papier nicht etwa den Rechten Munition verschaffen wollen, als unglaublich. Oetjen selbst habe doch, indem er eine von Manfred Scharer verfaßte plump-antikommunistische „Rezension“ des von z.T. DKP-nahen Autoren veröffentlichten Buches „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung“ im DGB verschickte, eine weitere neue Front gegen die DKP eröffnet (siehe dazu ausführlich AK 157).

Für pure Heuchelei hielt ein Kollege, der mehrmals sehr leidenschaftlich in die Debatte eingriff, das Geschrei von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern darüber, daß es die DKP sei, die der Entwicklung einer lebendigen Jugendarbeit hauptsächlich im Wege stehe. Er kenne all die denunziatorischen Praktiken der DKPler, aber es seien doch gerade die alteingesessenen Gewerkschaftsführer gewesen, die die Jugendlichen mit ihren Problemen allein gelassen hätten. Wenn arbeitslose Jugendliche sich an die Gewerkschaft gewandt hätten, habe man sie im Regen stehen lassen. Eine sehr differenzierte Position nahm dieser Sprecher ein zu der Frage, wie mit brisanten innergewerkschaftlichen Papieren im Hinblick auf die bürgerliche Presse umzugehen sei. Er meinte, es ließe sich wohl nicht vermeiden, daß so etwas auch in der „FAZ“ ausgeschlachtet würde. Andererseits gäbe es auch Beispiele, in denen Presseveröffentlichungen positiv und wichtig waren, etwa, als die „Frankfurter Rundschau“ den Konflikt um die vom IG Che-

mie-Vorstand geplanten repressiven Satzungsänderungen bekannt machte - was über die gewerkschaftliche Presse sonst nicht geschehen wäre. Namentlich der Gewerkschaftsjugendpresse stellte der Kollege ein vernichtendes Urteil aus: „Da wird jede stinklangweilige Aktion zum großen Erfolg umgejubelt, aber von den Problemen, die die Jugendlichen wirklich beschäftigen, ist nichts zu finden.“ Vehement ging er mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ins Gericht, die gerade in der Jugendarbeit „verheerenden Schaden“ angerichtet hätten.

An den Vorwürfen gegen die DKP, so ein anderer Diskutant, sei zwar nichts zu deuteln, jedoch machen die Oberurseler in ihrem Papier den entscheidenden Fehler, der DKP die Hauptverantwortung für den desolaten Zustand der Jugendarbeit zuzuschreiben, bei Schonung der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Damit sei aber gerade Ursache und Wirkung vertauscht. Die DKP sei schließlich von den Gewerkschaftsführern benutzt worden und nicht etwa umgekehrt die Gewerkschaftsführer von der DKP. Wenn Oetjen behauptet, er habe nicht gewollt, daß jetzt die Rechten mit dem Papier Politik machen, so sei dies unglaublich, solange es aus Oberursel keine öffentliche Distanzierung von der von ihnen (mit-Jauselösten) antikommunistischen Kampagne gebe. An die anwesenden DKPler gewandt, forderte der Kollege diese auf „langsam Flagge zu zeigen“, immerhin ginge es in diesem Streit um ihr Leben. Ein für diesen Abend vergeblicher Appell.

Ein sozialdemokratischer Kollege warnte vor einem „gefährlichen Ping-Pong“, mit dem sich die verschiedenen Strömungen der Linken wechselseitig die Schuld für Denunziationen sowie den Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit in die Schuhe schieben würden. Er forderte vor allem die DKPler auf, von diesem Weg umzukehren, bevor es dafür zu spät sei. Bei der gegenwärtig laufenden Kampagne handele es sich um einen Angriff auf die Positionen der Gewerkschaftslinken insgesamt, die auch nur gemeinsam abgewehrt werden können. Ein Teil der sozialistischen Linken sei bereits durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse illegalisiert, und es könne nicht im Interesse der Linken sein, daß diese nunmehr auch auf die DKP erweitert werden. So berechtigt auch die Vorwürfe gegen die DKP seien, sei es doch letzten Endes der rechte Apparat im DGB, der der Entfaltung einer wirksamen Gewerkschaftsarbeit entgegenstehe.

### Oetjens Position unverändert

In einem Schlußbeitrag, der allerdings mehrfach von kurzen Zwischendeckungen unterbrochen wurde, ging Hinrich Oetjen noch einmal auf eine Reihe von Diskussionsbeiträgen ein.

Den Verlauf der Veranstaltung begrüßte er ausdrücklich; dieser Meinungsaustausch sei erforderlich. Dies zu ermöglichen, sei gerade Absicht des Papiers gewesen, weshalb er sich auch nicht veranlaßt sehe, sich in der Öffentlichkeit distanzierend zu der momentan laufenden Kampagne zu äußern.

Mit dieser schlitzohrigen Argumentation hatte Oetjen wiederum die von der Linken durchaus zu führende Diskussion um eine Alternative zur DKP-Gewerkschaftspolitik mit der antikommunistischen Stimmungsmache rechter Gewerkschaftsführer

in einen Topf geworfen. Nach ähnlichem Strickmuster ging er auch auf andere Fragen ein. So etwa auf die Kritik, daß die Oberurseler ihr Papier leichtfertig bzw. bewußt der bürgerlichen Presse überlassen hätten. Hier zog er äußerst geschickt einen Vergleich zu Oppositionellen in der DDR, die häufig auch darauf angewiesen seien, ihre Ansichten über „die imperialistische West-Presse“ zu verbreiten. Ein deutlicher Seitenhieb auch gegen die DKP. Ähnlich im Fall Scharer/Geschichtsbuch: Dadurch, daß er die Rezension an die Gewerkschaftsvorstände verschickt habe, sei erst eine Diskussion um die Gewerkschaftsgeschichte möglich geworden.

Diese Taktik Oetjens ist an Ausgeköchtheit kaum zu überbieten: man wende sich an die rechten Gewerkschaftsvorstände, um „eine linke Öffnung zu ermöglichen“ (Originalton Oetjen)! Nur merkwürdig, daß in den Gewerkschaftszeitungen fast ausschließlich rechte Positionen zu dieser Auseinandersetzung veröffentlicht werden...

### Aufschlußreiche Randnotizen

Mehrfach durch Zwischenrufe veranlaßt, gab Oetjen noch andere interessante Standpunkte preis.

Zu den Tumulten während der Vetter-Rede am Anti-Kriegstag in Dortmund: die Form der Veranstaltung sei falsch gewählt worden, man könne 16000 Jugendlichen nicht nur Reden vorsetzen. (Zwischenruf: „Da waren Proteste gegen die Broschürenzensur!“) Die Entscheidung, die Broschüre nicht zu veröffentlichen, sei „unglücklich“ gewesen. Zwar seien die vorliegenden Beiträge nicht gut gewesen, aber eine Veröffentlichung mit einem kritischen Vorwort wäre sinnvoller gewesen.

Zur Frage der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD: Die Entscheidung der Gewerkschaften im Jahre 1905, sich von der SPD abzukoppeln, sei von historischer Bedeutung gewesen. Wie emanzipiert die Gewerkschaften heute von der SPD seien, könne man daran ablesen, daß z.B. in der Frage der Atomkraft die Gewerkschaften in der SPD als „einzige gegen die gesamte Partei hinter Helmut Schmidt stehen“...

### Ein hoffnungsvoller Anfang

Der von der IG Druck und Papier ermöglichte Diskussionsabend mit Hinrich Oetjen hat - mit Ausnahme des DKP-Standpunkts - recht weitgehend die momentan vorhandene Bandbreite der Ansichten der Gewerkschaftslinken um den Streit über die (DKP-)Arbeit in den Gewerkschaften deutlich werden lassen. Die Tatsache, daß trotz zum Teil recht scharfer Gegensätze im wesentlichen

scharfer Gegensätze im wesentlichen sauber diskutiert wurde und die unterschiedlichen Standpunkte klar herauskamen (auch gewerkschaftsoppositionelle Beiträge zugehört wurde), läßt für die Zukunft einiges hoffen.

Hinrich Oetjen hatte verschiedentlich zu einer Strategie-Debatte um die Jugendarbeit aufgefordert. Daß die Versammlung sich darauf nicht einließ, sondern sich mit der politischen Wertung der aktuellen Anti-DKP-Kampagne auseinandersetzte, spricht eindeutig für die Teilnehmer. Denn die Bedeutung dieses Konflikts geht weit über die Jugendarbeit hinaus.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

## DGB: kein Geld für zwei Jugendzeitungen?!



Noch gibt es zwei zentrale Jugendzeitungen der DGB-Jugend. Soll das demnächst anders werden? In der „Solidarität“ 9/79 steht dazu: „Geld ist immer ein Problem, vor allem, wenn keins da ist. Auch Jugendzeitungen sind ein Problem, vor allem, wenn sie was kosten. Wie zum Beispiel ran“. Deshalb sollen nun zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. „ran“ und „Solidarität“ (Funktionärsorgan für die DGB-Jugendarbeit; Anm. AK). Denn gemeinsam sind wir - so wurde ausgerechnet - billiger. Und das schon ab Januar '80. Es erscheint äußerst bedenklich, wenn gerade jetzt, wo in der Gewerkschaftsjugend intensive Debatten über die weitere Arbeit und die „kommunistische Unterwanderung“ geführt werden, die Gewerkschaftsjugendpresse eingeschränkt werden soll - und das unter fadenscheinigen „Geldgründen“. Die

Zeitung des Sozialistischen Büros „express“ (10/79) schätzt diesen Angriff recht treffend ein:

„Wenn die Zusammenlegung zustande kommen sollte, wird sich am neuen Produkt sicher herausstellen, worum es in Wahrheit geht: Eine offene Debatte um die Debatte um die ökonomische und politische Entwicklung der Gesellschaft, über die Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Jugendarbeit soll unterbunden werden.“

Es ist außerdem zu befürchten, daß die von der „Solidarität“-Redaktion angekündigte Fragebogenaktion zu diesem Thema nur noch als demokratisches Feigenblatt für eine längst beschlossene Sache gedacht ist.

Die Zusammenlegung der beiden DGB-Jugendzeitungen ist nach der teilweise Entmachtung des Bundesjugendausschusses, der Absetzung des

Bundesjugendsekretärs, dem Verbot der Anti-Kriegstags-Broschüre ein weiterer kaltstanziger administrativer Einschnitt in die bisherige DGB-Jugendarbeit.

Es sei zunächst dahingestellt, wie „ran“ und „Solidarität“ bisher zu beurteilen waren. Es geht vielmehr darum, daß der Jugend-Opä im DGB-Vorstand, Karl Schwab, die gesamte Jugendarbeit nach einem straffen Konzept umkrempelt. Einem Konzept, das in der DGB-Jugend bisher nicht bekannt ist, geschweige denn diskutiert und gebilligt. Es wird höchste Zeit, daß dieser Diktator gestellt wird. Wir fordern die gesamte Linke in der DGB-Jugend auf, hier mit Hand anzulegen.

Zwingen wir den Bundesvorstand, die Karten auf den Tisch zu legen! Ein Hamburger Jugendgenosse und Kommission Betrieb & Gewerkschaft





# „Frauen und Maloche“-Treffen

Am 6. und 7. Oktober fand in Frankfurt das dritte „Maloche-Treffen“ im Frauenzentrum Neu-Isenburg statt. Themen waren diesmal Frauenarbeit in den Gewerkschaften sowie Rationalisierungsmaßnahmen. Die Frauenzeitschriften „Courage“ und „Emma“ hatten Einladungen veröffentlicht. Die meisten der 30 bis 40 erschienenen Frauen kamen aus dem Frankfurter Raum, einige wenige auch aus anderen Städten wie Hamburg und Augsburg.

Grundlage für die Diskussion bildeten Erfahrungsberichte mit gewerkschaftlicher Frauenarbeit. Vielfältig wurden die besonderen Schwierigkeiten geschildert, überhaupt Frauen für die Mitgliedschaft und erst recht zu Aktivitäten in der Gewerkschaft zu gewinnen. Die besonderen Belastungen durch Familie und Kinder, durch immer schlimmer werdende Arbeitsbedingungen gerade auch bei Arbeiterinnen, zunehmend aber auch bei Angestellten, wurden hierfür als Ursache angesehen – nicht zuletzt auch die herrschende Ideologie und Presstendenz, die Frau wieder mehr an Heim und Herd zu binden.

Als Möglichkeiten gewerkschaftlicher Frauenarbeit wurden vor allem gewerkschaftliche Frauenausschüsse und Frauenstammstische diskutiert. Eine Augsburger Kollegin berichtete, wie in der ÖTV Kolleginnen zur Neuwahl des Frauenausschusses eine Mitgliederwerbungskampagne hatten, auf der sich eine Gruppe von Frauen mit einem fortschrittlichen frauenspezifischen Programm vorstellte und geschlossen gewählt wurde.

Aus vielen Städten wurde positiv über gewerkschaftsinterne, aber auch offene Frauenstammstische berichtet, wo Frauen sich im lockeren Gespräch über betriebliche und gewerkschaftliche Themen unterhalten können. Eine Stuttgarter Gewerkschafterin z.B. berichtete, daß dort 1977 ein DGB-Frauenstammtisch aus einem Kreis von Kolleginnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften entstand. Das Ziel war, den Frauen Gelegenheit zu geben, Kontakt zu anderen Gewerkschafterinnen zu bekommen, die Situation am Arbeitsplatz zu diskutieren und Möglichkeiten des betrieblichen oder gewerkschaftlichen Kampfes zu besprechen. Zu den Treffen kommen immer zwölf bis 25 Frauen, zum Teil Funktionärinnen, z.T. aus Frauenausschüssen.

Diskutiert wurden zum einen vorher festgelegte Themen wie Mutterschutz, Frauenarbeitslosigkeit, Betriebsrätearbeit, § 218 und anderes, aber auch aktuelle Themen (wie der Stahlstreik 78/79). Themen wie Gewerkschaftsausschlüsse und die Atomkraftpolitik der DGB-Führung können angesprochen werden und werden nach Aussagen der Berichterstatterin nicht abgewiesen, obwohl

die DGB-Ortsverwaltung versucht, auf manche Dinge Einfluß zu nehmen.

Auch der Hamburger IGM-Frauenausschuß lädt regelmäßig zu Stammtischen ein, wobei die Themen langfristig festgelegt werden. Zuletzt wurde über die Ausbildung von Mädchen in Männerberufen und über „Frauen im Faschismus“ diskutiert. Gute Erfahrungen wurden vom Hamburger IG Metall-Frauenausschuß auch mit Frauenseminaren gemacht, wo die Teilnehmerinnenzahl bis auf 100 anstieg und eine Kinderbetreuung organisiert wurde.

Verschiedene Teilnehmerinnen des Maloche-Treffens sahen in Frauenausschüssen den Mangel, jeweils nur eine oder zwei Kolleginnen aus den jeweiligen Betrieben dort zu haben. Einige Frauen sahen hierin die Gefahr, daß dort nur „basistferne“ Arbeit stattfinden könnte. Eine Hamburger Betriebsrätin berichtete vom dortigen IG Metall-Frauenausschuß, der eine zeitlang in verschiedenen Betrieben die Vertrauensleutesitzungen besucht hatte, um dann mit den Kolleginnen gemeinsam zu den anstehenden betrieblichen Frauenproblemen Flugblätter zu schreiben und vor dem Betrieb zu verteilen. Diese Betriebsrätin warnte auch vor der Gefahr, wegen möglicher „Betriebsferne“ die Frauenausschüsse aufzugeben, z.B. zugunsten von Betriebsfrauengruppen. Letztere seien zwar immer erstrebenswerter, aber beim jetzigen noch unterentwickelten Stand der Betriebsfrauenaktivitäten käme es gerade darauf an, jede Möglichkeit zur Stärkung der Frauenarbeit auch durch Frauenausschüsse zu unterstützen.

Einzelne Frauen hielten dagegen, daß gerade für Frauen gewerkschaftliche Arbeit nur verlorene Zeit sei, wie überhaupt Gremienarbeit im Vertrauensleutkörper und Betriebsrat, da dies die Kolleginnen nur von der Basis wehole. Dies wurde von der Mehrheit der Frauen nicht so gesehen.

Die Schwierigkeiten bei der gesamten Diskussion war, daß einige Frauen aufgrund jahrelanger gewerkschaftlicher Gremienarbeit (es waren mehrere Betriebsrätinnen, Vertrauensfrauen und Frauenausschußmitglieder anwesend) Erfahrungen hatten, die sie gern austauschen wollten, andere Kolleginnen aber erwarteten, hier ihre ganz konkrete Situation als Frau in ihrer Abteilung diskutieren zu können. Manche Frauen arbeiteten auch bisher nur kurz im Betrieb, hatten zum Teil vorher studiert und gar keine Erfahrungen in betrieblicher und gewerkschaftlicher Frauenarbeit. Besonders interessiert zeigten sich einige Frauen aus Frauengruppen, die sagten, daß nach ihrer Meinung zu den Problemen der arbeitenden Frauen viel mehr gearbeitet werden müßte – auch in Frauengruppen.

Das Thema Rationalisierung konnte aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Zu diesem Thema wurden bisher zwei Papiere vorgelegt. Das erste beschreibt die Rationalisierung in einer Schallplattenfabrik mit ca. 1.000 Kolleginnen. Sehr ausführlich wird in diesem Bericht dargestellt, wie die Arbeit in Handpressen langsam umgestellt wurde auf automatische Pressen. Diese automatisierten Pressen wurden später nur noch von männlichen Einrichtern bedient, und die Frauen an Arbeitsplätze versetzt, wo sie im wesentlichen „Hilfstätigkeiten“ wie Packen, Kontrollieren und Putzen ausführten.

Der Bericht beschreibt auch sehr gut, wie sich die schlechende Arbeitsintensivierung durch ständigen Arbeitsplatzwechsel (Versetzungen), Fluktuation und Einsparung von Arbeitskräften durchsetzte. Zum Schluß weist der Verfasser auf die Schwierigkeiten hin, einen Widerstand gegen Automatisierung und Rationalisierung zu organisieren. Sie schätzt ein, daß es keinen kollektiven Widerstand gab, weil die Frauen entweder einen anderen Arbeitsplatz erhielten – also nicht entlassen, sondern „nur“ versetzt wurden – oder aber selbst kündigten. Andererseits erhielten bei den Betriebsratswahlen 1978 die linken Kandidaten die Mehrheit. Am Schluß schlägt die Verfasserin dann folgende Diskussionspunkte vor: „Wie verhalten wir uns gegenüber der Automatisierung monoton körperlich anstrengender, unqualifizierter Arbeiten?“ Sie fragt, wie man Entlassungen verhindern bzw. Neueinstellungen erreichen kann.

Der zweite Bericht behandelt die Rationalisierung in der elektrotechnischen Industrie am Beispiel Novolux in Köln. Er ist verfaßt von einer Kollegin, die dort nur zwei Monate als Leiharbeiterin tätig war. Auch sie versucht, ausführlich zu beschreiben, wie die Rationalisierungen und auch die vielen Entlassungen konkret abgelaufen sind. Auch sie stellt dar, daß es gegen die Massenentlassungen keinen nennenswerten Widerstand gab, daß allerdings die Kolleginnen sich gegen bestimmte miese Arbeitsbedingungen schon wehrten.

Geeignet hat Frau sich für das nächste Maloche-Treffen, das im Frühjahr 1980 in Kassel stattfinden soll, auf das Thema Bildschirmtextualisierung und ihre besondere Auswirkung auf Frauen, denn durch die Einführung dieser Technologien vor allem auch im Büro ist in den nächsten Jahren wohl mit den größten Massenentlassungen bei Büroarbeiterinnen zu rechnen und für die verbleibenden Frauen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen ebenfalls rapide.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀

## Behörden mit Nazi-Paragrafen gegen Mädchen im Männerberuf

Wie ernsthaft es die Bundesregierung mit ihrem Sonderprogramm zur Integration weiblicher Lehrlinge in Männerberufe meint, wurde mit folgendem Fall wieder einmal deutlich:

Nach 13 Monaten erfolgreich absolvierter Lehre bei dem Altenhove Stukateurmeisterhaus K. Etzig wurde einem 16jährigen Mädchen der Lehrvertrag wieder entzogen, als dem Gewerbeaufsichtsamt ein Paragraph der Arbeitszeitordnung von 1938 (!) in die Hände gefallen war, der besagt, daß „weibliche Gefolgschaftsmitglieder bei Bauten aller Art nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen und nicht mit eigentlichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden (dürfen). Die Beschäftigung

einer weiblichen Jugendlichen oder einer Frau als Putzerin am Bau (sei) nicht statthaft“.

Nachdem zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung weder die Innung noch die Handwerkskammer und das Arbeitsamt Bedenken angemeldet hatten, schloß sich nunmehr das Arbeitsamt der vom Gewerbeaufsichtsamt vertretenen „Rechtsauffassung“ an und die Arbeitsverwaltung zog ihre Zustimmung zu dem Lehrvertrag zurück. Der Lehrherr will mit Unterstützung der Kreishandwerkskammer einen Prozeß anstrengen, um die Weiterbeschäftigung seines Lehrlings durchzusetzen.

AG Frauen Hamburg



Mädchen in Bauberufen: weiter diskriminiert

## Erstes Frauentreffen in der GEW Hamburg

Schon seit längerer Zeit ist die „Frauenfrage“ Thema in der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ). Im Oktober trafen sich nun zum erstenmal Frauen in der GEW. Auf diesem Treffen sollte eigentlich ein Frauenausschuß gegründet werden, doch es war zum Schluß einhellige Meinung: Wir haben noch längst nicht alles gesagt, wir haben so vieles nur angerissen – treffen wir uns doch noch einmal in diesem Kreis und bringen wir weitere Kolleginnen mit!

Obwohl der Kreis von 60 Frauen fast zu groß erschien, als daß eine

wirkliche Diskussion in Gang kommen konnte, war die Beteiligung aller Kolleginnen sehr groß, die Auseinandersetzung verlief heiter bis stürmisch und sehr engagiert. Beispiele für die tägliche Diskriminierung als Frau („O, eine neue Kollegin, da wissen wir ja, wer von nun an den Kaffee kocht!“), als Lehrerin („Sie sind ja nun auch wieder eine Frau. Mein Sohn hatte bisher immer das Pech, eine Lehrerin zu haben. Vielleicht kommen seine Disziplinschwierigkeiten daher“). In: HLZ 11/79, als Mutter („Ich gebe Ihnen die Klasse nur, wenn sie versprechen, nicht schwanger zu werden“). In: HLZ 11/79 konnten massenhaft ergänzt werden.

Aus weiteren Berichten und Informationen schälten sich dann folgende Problemkreise heraus, die es wert wären, genauer untersucht zu wer-

- Teilzeitbeschäftigung von Frauen
- Rolle und Funktionen der Frauen in der GEW
- Mutterschutzgesetz
- Die Rolle der Frau in Schulbüchern/alternative Unterrichtseinheiten
- Aufstellung von Forderungen z.B. nach Schulkindergärten
- Gleichbehandlung bei der Einstellung/ Besondere Problematik der Referendarinnen
- Lehrerinnen in der Unterrichtssituation/ Verhältnis zu Schüler/-innen und Eltern

Aus den Beiträgen von zwei Kolleginnen (etwa: „Es gibt doch auch viele sensible männliche Kollegen, die diskriminiert werden und Unterstützung brauchen...“) wurde deutlich, daß die Frage nach der besonderen Unterdrückung der Frau allgemein und speziell im Lehrerbereich noch längst nicht für alle geklärt ist. Auseinandersetzungen darüber werden nicht nur von der Männerseite kommen, sondern weiterhin auch von Frauen. Die tatsächliche Unterdrückung hieb- und stichfest auch den Widerstrebenden zu beweisen, dürfte eine der wichtigsten Aufgaben des zu gründenden Frauenausschusses sein.

Das nächste Frauentreffen findet statt: am 14. Nov., Mittwoch, 19 Uhr 30 im Curio-Haus.

Eine Lehrerinnen

## ÖTV-Bezirksleitung verbietet Frauenfest und schießt ein herrliches Eigentor



Westberlin. Am 12.10. sollte ein Fest der Westberliner ÖTV-Frauen stattfinden, auf dem die in der Frauenarbeit engagierten Gewerkschafterinnen ihre Arbeit einem breiteren Kreis von Kolleginnen und Kollegen vorstellen wollten. Das Fest war lange vorbereitet worden und etwa Mitte September im vollen Wortlaut (!) von der Bezirksleitung der ÖTV genehmigt worden. Etwa 800 Einladungen an gewerkschaftliche Funktionsträgerinnen (Vertrauensfrauen) waren herausgegangen, viele Plakate waren aufgehängt worden. Mittelpunkt des Festes sollte der Auftritt des Hanns-Eisler-Chores sein, der ein spezielles Frauenprogramm anzubieten hatte.

Zwei Tage vor Stattfinden des Festes verbot die Bezirksleitung den Auftritt des Hanns-Eisler-Chores und brachte damit das Fest zum Platzen. Begründung: Empörte Mitglieder hätten angerufen und die Bezirksleitung

darauf hingewiesen, daß der Eisler-Chor SEW-nahe sei. Es würde der ÖTV schaden, wenn sie in die Nähe einer solchen Partei gerückt werden könnte.

Der Beschluß der Bezirksleitung wurde gefällt, ohne die betroffenen Frauen anzuhören, die Einladungen wurden rückgängig gemacht.

Die Motive für dieses Verbot sind leicht zu finden: Es paßt in die momentane bundesweite Kampagne der Gewerkschaftsführung gegen die DKP. Und bei den empörten Anrufern, die die ÖTV nicht in die Nähe der SEW gerückt sehen wollten, dürfte es sich wohl – so die Vermutung – um „Kollegen“ aus dem Innen- oder dem Verfassungsschutz gehandelt haben. Vielleicht hat sich sogar der „Kollege“ Innensenator persönlich an die Strippe gehängt.

Wenn die Bezirksleitung geglaubt hätte, daß dieses Verbot ohne gro-

ßen Widerstand geschluckt werden würde, so sah sie sich gründlich getäuscht.

An dem Abend, an dem das Fest stattfinden sollte, kamen ca. 150 Frauen (mit so vielen Teilnehmerinnen hatten die Veranstalterinnen insgesamt gerechnet), von denen über 130 eine Protestresolution unterschrieben. Auch die örtliche Presse war anwesend und berichtete im schließend über den Konflikt. Im Gewerkschaftshaus liefen die Telefone heiß, weil viele Kolleginnen und Kollegen ihre Wut und Enttäuschung über die Absage des Festes gleich an der richtigen Adresse zum Ausdruck bringen wollten. Der Bezirksfrauenausschuß stellte sich ebenfalls sehr heftig gegen das Verbot und wies auf das Renommee des Eisler-Chores hin: So war dieser Chor schon bei allen möglichen „unverdächtigen“ Veranstaltungen und Organi-

sationen aufgetreten, z.B. bei SPD und FDP und im Fernsehen. Den Protesten der Frauen schlossen sich spontan viele gewerkschaftliche Betriebs- und Arbeitsgruppen an.

Durch die Breite und Heftigkeit dieser Proteste aufgeschreckt, sah sich die Bezirksleitung genötigt, ihr Vorgehen zu „rechtfertigen“, indem sie die Nähe des Eisler-Chores zur SEW nachzuweisen versuchte. Sie holte eine alte Nummer der „Wahrheit“ (Zeitung der SEW) hervor, die über eine Veranstaltung der SEW berichtete. Auf dem dazugehörigen Bild war wirklich ein Chor abgebildet, nur – die Bildunterschrift stimmte nicht. Unter dem Bild stand nämlich „Hans-Eisler-Chor“ und nicht „Hanns-Eisler-Chor“.

Abgesehen davon, daß derartige Zensurmaßnahmen gegen welchen Chor auch immer unerträglich sind, war natürlich die Blamage der

Bezirksleitung und das Lachen in der Gewerkschaft unübersehbar. Auf einer erneuten Unübersicht. Auf die Bezirksleitung, sie habe sich „im Chor geirrt“, und das Fest darf so bald wie möglich stattfinden, auch mit dem Hanns-Eisler-Chor.

Fazit: Die ÖTV-Bezirksleitung hat ein Eigentor geschossen. Das Fest mit dem Eisler-Chor wird nachgeholt, und der Andrang zu diesem Fest wird vermutlich groß sein. Die gewerkschaftliche Frauenarbeit hat einen unerwarteten Aufschwung genommen, doppelt so viele Frauen kommen jetzt zu den Terminen der Frauenarbeitskreise, neue Frauengruppen bilden sich. Und die Proteste gegen die selbstherrliche und undemokratische Politik der Bezirksleitung dauern auch noch nach Aufhebung des Verbotes an.

Eine Westberliner Genossin



## Entlassungen von linken Betriebsräten

Bei den letzten Betriebsratswahlen bei Siemens-Bosch in Westberlin erreichte eine RGO-Liste (RGO: „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“) etwa 30 Prozent der Stimmen und ist seitdem mit drei Mitgliedern im Betriebsrat vertreten. In den letzten Monaten versucht die Geschäftsleitung mit Unterstützung einiger IGM-Betriebsräte, zwei RGO-Betriebsräte zu entlassen.

Der erste Antrag auf fristlose Kündigung ging gegen Ludvik Dedek. Er war auf dem Weg von der Toilette zum Arbeitsplatz von einem Kollegen gebeten worden, ihn in die Personalabteilung zu begleiten. Daraus wurde der Anlaß für die fristlose Kündigung konstruiert. Ludvik Dedek soll zum wiederholten Male unerlaubt seinen Arbeitsplatz verlassen und daher mehrmals gegen den Arbeitsvertrag verstoßen haben.

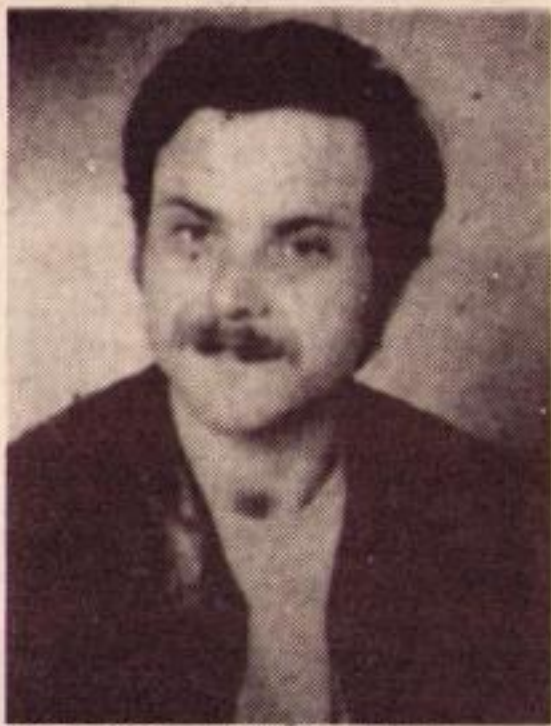
Am 13. September fand eine außerordentliche Betriebsratssitzung statt, auf der über den Kündigungsantrag abgestimmt wurde. Das Ergebnis der geheimen Abstimmung war überraschend für Geschäftsleitung und Betriebsratsvorsitzenden Kahl: neun zu neun, damit Ablehnung der fristlosen Kündigung. Mindestens vier IGM-Betriebsräte hatten gegen den Antrag gestimmt (in der Diskussion dazu hatte sich allerdings kein einziger IGM-Betriebsrat gegen den Kündigungsantrag ausgesprochen).

Der Vorsitzende des IGM-Vertrauenskörpers sprach sich einen Tag später in einem Info gegen Ludvik Dedek aus und bot noch weitere Munition, um mit anderen Gründen eine Entlassung zu rechtfertigen (z.B. Verstoß gegen die Arbeitsordnung, oder Mißachtung des BVG).

### Nachschlagsforderung als Entlassungsgrund

Am 10. Oktober gab es die zweite, diesmal erfolgreiche, fristlose Kündigung. Der RGO-Betriebsrat Dieter Müller soll gegen die Bestimmungen aus dem Arbeitsvertrag grob verstoßen haben.

Er hatte auf der letzten Betriebsversammlung einen Lohnnachschlag



RGO-Betriebsrat Dieter Müller

als Teuerungszulage gefordert. Bei einer Unterschriftensammlung für Nachschlag hatten 430 Kollegen unterschrieben.

Daraufhin schnüffelte ein Vertreter der Personalabteilung in einigen Abteilungen herum, um eine „Untersuchung“ gegen Dieter Müller durchzuführen, wegen des Verdachts der Störung des Betriebsfriedens. Kollegen und Kollegen wurden einzeln in das Meisterbüro gerufen, wo man sie verhörte.

Inzwischen hatte wohl auch bei den IGM-Betriebsräten eine Gehirnwasche stattgefunden. Alle 15 Betriebsräte der IGM stimmten der fristlosen Entlassung zu.

Neben der Empörung über diese Zustimmung scheint eine resignative Haltung unter den Kollegen um sich zu greifen: „Wenn schon die Gewerkschaft mit den Unternehmern unter einer Decke steckt ...“

Neben einer Klage vor dem Arbeitsgericht führen die RGO-Betriebsräte jetzt im Betrieb eine Unterschriftensammlung für die Rücknahme der Entlassungen durch. Mehrere Kollegen haben ihre Bereitschaft bekundet, als Zeugen vor dem Arbeitsgericht auszusagen.

Metallkommission  
KB/Gruppe Hamburg

### Nachschlagsforderung als Entlassungsgrund

Am 10. Oktober gab es die zweite, diesmal erfolgreiche, fristlose Kündigung. Der RGO-Betriebsrat Dieter Müller soll gegen die Bestimmungen aus dem Arbeitsvertrag grob verstoßen haben.

Er hatte auf der letzten Betriebsversammlung einen Lohnnachschlag

## „Liste Demokratischer Ärzte“ aus Hessen legt Rechenschaftsbericht

Die Liste demokratischer Ärzte (LDÄ) hatte sich vor drei Jahren zur Wahl der Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen gebildet. Diese fortschrittliche Ärzte-Liste erhielt auf Anhieb 10% der Stimmen und 8 der 80 Mandate. Von den Delegierten der LDÄ sind vier niedergelassene Kassenärzte und vier Krankenhausärzte. Sie arbeiten in der ÖTV, teilweise in Personalräten sowie in der beruflichen Weiter- und Fortbildung mit. In ihrem Bericht, der von der „Frankfurter Rundschau“ (16.10.79) veröffentlicht wurde, legen sie gegenüber ihren Wählern Rechenschaft über die bisher geleistete Arbeit ab. Wir wollen im folgenden einige wesentliche Forderungen und Standpunkte der LDÄ vorstellen.

Nach Ansicht der LDÄ ist das von vielen Standesfunktionären beklagte „schlechte Arzt-Image“ in der Öffentlichkeit kein Zeichen allgemeinen Neides ... sondern vielfach Folge des arroganten Auftretens einiger von keinerlei Selbstzweifel gebremsten Spitzenfunktionären unseres Berufsstandes.

Zu der von vielen Standespolitikern befürchteten „Ärztenschwemme“ meinen die kritischen Mediziner: „Die Ärzteschaft sollte unserer Meinung nach die Aussicht auf ihre zahlenmäßige Verbreiterung nicht als auf sie zukommende Naturkatastrophe, sondern als Herausforderung, als Chance zu einer längst fälligen Reform unseres Gesundheitswesens, begreifen“. In diesem Zusammenhang erinnern sie an die ärztliche Unterversorgung in ländlichen Gebieten, Betrieben, dem öffentlichen Gesundheitsdienst, psychiatrischen Einrichtungen, bestimmten Kliniken oder der Präventivmedizin. Außerdem müssen die Überalterung der niedergelassenen Kollegen berücksichtigt werden sowie die viel zu langen Arbeitszeiten in Krankenhäusern und Praxen.

Die LDÄ stellte in der Landesärztekammer einen Antrag, die Redaktion des Hessischen Ärzteblatts sollte die durch Anzeigenwerbung für Medikamente erzielten Einnahmen offenlegen. Die Redaktion sprach in ihrer Erwidern von „Angriffen auf

die Pressefreiheit und auf die Wirtschaftsordnung“.

In einem weiteren, gemeinsam mit dem Marburger Bund gestellten Antrag, forderten sie den Hessischen Sozialminister auf, die von ihm durchgeführten Wirtschaftlichkeitsprüfungen an den hessischen Krankenhäusern einzustellen, bzw. keine Konsequenzen daraus zu ziehen.

Der heftigste Vorwurf, der gegen die LDÄ von den Etablierten in der Landesärztekammer immer wieder erhoben wird, ist der, die LDÄ würde zum „Schaden der Ärzteschaft“ ihre abweichenden Positionen auch öffentlich vertreten ...

Außerhalb der Kammer führte die LDÄ Veranstaltungen und Pressekonferenzen durch und beteiligte sich auch an der Unterschriftensammlung „Ärzte gegen die Neutronenbombe“. „Unser Auftrag, Leben zu erhalten, statt zu vernichten erstreckt sich nicht nur auf den Bereich des kranken Lebens. Die Existenz und die Weiterentwicklung von Massenvernichtungsmitteln muß jeden engagierten Arzt zutiefst beunruhigen“. Sie fordern Abrüstung in allen Staaten der Erde.

Zur Finanzierung des Gesundheitswesens wird vertreten: „Solange jedoch ein großer Teil des Staatshaushaltes für unkontrollierte Subventionen an die Privatwirtschaft oder für ein gefährliches Wettrennen ausgegeben werden, muß ein soziales Gesundheitswesen unfinanzierbar bleiben“.

Mehr „Freiheit und Demokratie für alle in der Krankenversorgung unseres Landes“ will die LDÄ erreichen durch Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen und sozialreformerischen Teilen in den Gewerkschaften und in anderen Bereichen in der Gesellschaft.

Ähnliche fortschrittliche Listen sind in die Landesärztekammern Westberlin, Westfalen-Lippe und Nordrhein gewählt worden (Bund Gewerkschaftlicher Ärzte, Soziales Gesundheitswesen).

(alle Zitate aus dem Rechenschaftsbericht des LDÄ, zitiert nach „FR“, 16.10.79).

Gesundheitskommission

## Linker Musikschullehrer gewinnt Prozeß und kann weiterarbeiten

Ein gutes halbes Jahr lang versuchte der Vorstand der Kreisjugendmusikschule Stade, den als Linken bekannten Musikschullehrer Bernd Freydanck loszuwerden. Jetzt mußte der Vorstand passen.

Im Mai flatterte dem Kollegen die Kündigung ins Haus mit der Begründung, er habe einen ihm seit fünf Jahren bekannten Arbeitsvertrag nicht unterzeichnet und zehn andere Lehrkräfte dazu bewogen, sich gegen den Arbeitsvertrag zu wenden. Hierin sah der Vorstand der KJM eine „erhebliche Störung des Betriebsfriedens“.

Eigenartigerweise war zwei Monate zuvor von der Belegschaft der Schule (70 Lehrkräfte bei 2.700 Schülern) die Forderung nach Errichtung eines Betriebsrates gestellt worden. Nach 15jährigem Bestehen der Schule war dies wohl lange überfällig, zumal in dieser Zeit noch nicht einmal Mitarbeiterversammlungen stattgefunden hatten. Als Freydanck mit einer Gruppe von Kollegen diese Wahl vorbereiten wollte, sah der Vorstand den Zeitpunkt für den „Abschuß“ gekommen. Angesezte Mitarbeiterversammlungen wurden kurzfristig verhindert, die Arbeit dieser Kollegengruppe massiv behindert. Trotzdem konnte eine Betriebsversammlung durchgesetzt werden, auf der ein Wahlvorstand gewählt wurde. In einer von allen Kolleginnen und Kollegen verabschiedeten Resolution wurde die Kündigung als völlig ungerechtfertigt und die Kündigungsgründe als absurd bezeichnet.

Nachdem Freydanck gegen die Kündigung Klage vor dem Arbeitsgericht erhoben hatte, zog der Vorstand der KJM neue „Kündigungs-

gründe“ aus der Tasche: Viele Eltern hätten sich bei der Schule beschwert, daß Freydanck die Schüler eindeutig politisch beeinflusst habe. Man müsse aber noch umfangreiche Recherchen durchführen, so der Prozeßvertreter der KJM, ein Mann vom hiesigen Arbeitgeberverband. Aber auch dieser Vorwurf zog nicht. Spontan hatten nämlich die Eltern von Freydancks Schülern auf einer Versammlung eine Erklärung verabschiedet, die sich gegen seine Kündigung ausspricht. Alle Eltern wiesen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der politischen Manipulation zurück. Zwischenzeitlich fand die Betriebsratswahl an der KJM statt, mit dem Erfolg, daß Bernd Freydanck zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde.

Mit den Worten „wir ziehen die Kündigung durch“, reagierte ein Vorstandsmitglied auf den Vertrauensereis der Belegschaft und Eltern. Nun hieß es plötzlich, Freydanck sei aktives Mitglied des KBW und hätte in seinen privaten Unterrichtsräumen die Schüler auf Plakate und Parolen „aufmerksam gemacht“. Wenige Tage vor dem Prozeß wurde dies wiederum revidiert. Nun warf man F. nicht mehr eine tatsächliche Beeinflussung der Kinder vor, sondern daß er als Mitglied des KB (dies hätten „neue Recherchen“ erbracht) den Schülern nicht die „Grundwerte unserer Verfassung“ positiv nahebringen könne. Ausführliche Passagen im Schriftsatz sollten die Verfassungsfeindlichkeit des KB beweisen.

Im Prozeß selber machten der Vertreter der KJM und der Syndikus des Kapitalistenverbandes einen geradezu jämmerlichen Eindruck. Aussagen des Richters wie, „diesen Arbeitsvertrag hätte ich so auch nicht

unterschrieben“, und „in der Bundesrepublik soll es keine Hexenjagen geben“, zeigten, daß die Gegenseite zumindest in diesem Fall auf das falsche Pferd (Gericht) gesetzt hatte. Das reichlich anwesende Publikum konnte sich oftmals nicht das Lachen verkneifen.

Trotz des erfolgreichen Kündigungsschutzprozesses ließ die KJM den Musikschullehrer ab dem 2.10. nicht mehr unterrichten. Erst knapp zwei Wochen später, als das schriftliche Urteil zugestellt war, widerrief sie diese Entscheidung. Die „Rechts-Experten“ der KJM hatten dem Vorstand aufgezeigt, daß er wohl auch in der Berufung keine Chancen haben würde. So muß der Vorstand (mit zwei weinenden Augen) den Betriebsratsvorsitzenden weiterbeschäftigen.

Im Verlauf der gesamten Auseinandersetzung wurde deutlich, daß die Kündigung von Freydanck (als „Rädelsführer“) ein Angriff gegen den neu gebildeten Betriebsrat war. So hatte der Vorstand anfangs gegenüber der GDMK (Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher u. konzertierender Künstler) vertreten, daß an der KJM gar kein Betriebsrat zu gründen sei. Auch die völlige Arroganz des Vorstandes gegenüber Belegschaft, Betriebsrat und Eltern zeigt, was dieser nach 15jähriger Abstinenz von einer Interessensvertretung hält.

Man darf gespannt sein, ob der neue Betriebsrat die passenden Antworten finden wird, damit der Vorstand der KJM in der Zukunft zu spüren bekommt, welche Vorteile ein Betriebsrat für die Kolleg(innen) hat. (Informationen aus „Stader Tageblatt“).

KB-Gruppe Stade/Bremervörde

## Weitere Werksstillegungen bei Grundig

Nachdem Anfang '79 bereits das Zirndorfer Werk (Lautsprecherboxen) geschlossen wurde, sollen

dem fast völligen-Einstellungsstop; dem schleichenden Belegschaftsabbau durch Einzelkündigungen

Grundig-Geschäftsleitung Gespräche über die geplanten Stillegungen geführt, ohne daß die Öffentlichkeit et-

## Weitere Werksstillegungen bei Grundig

Nachdem Anfang '79 bereits das Zirndorfer Werk (Lautsprecherboxen) geschlossen wurde, sollen jetzt weitere Werke stillgelegt werden.

Geplant ist die Stillegung des Grundig-Zweigwerkes Wallenfels (Oberfranken) sowie des Neuburger Zweigbetriebs Nagel (90 Beschäftigte) bis zum 31.6.1980. Insgesamt sollen bis zum 31.3.80 461 Arbeitsplätze vernichtet werden. Rechnet man die durch „natürliche Fluktuation“ und Kündigungen verlorengegangenen Arbeitsplätze hinzu, so sind dies 630 Arbeitsplätze allein in den Werken:

- Bayreuth
- Schwarzenbach/Wald
- Wallenfels und
- Neusorg.

In Werk 7 in Bayreuth mit seinen Zweigbetrieben sollen 372 Arbeitsplätze abgebaut werden, wobei der Zweigbetrieb Wallenfels aufgelöst und die restliche Belegschaft nach Schwarzenbach verfrachtet werden soll. (aus der Erklärung des Bayreuther Betriebsrats, „Frankenpost“ vom 5.10.79).

Diese Stillegungen kleinerer Werke sind nur die Vorboten einer Rationalisierungswelle im gesamten Grundigbereich. Sie müssen im Zusammenhang gesehen werden mit

- dem fast völligen-Einstellungsstop;
- dem schleichenden Belegschaftsabbau durch Einzelkündigungen und Eigenkündigungen;
- dem Zusammenschluß von Philips und Grundig und der rasanten Konzentration in der Unterhaltungselektronik;
- dem geplanten Rationalisierungsprogramm von 1.Mrd. DM für neue Fertigungstechniken („Süddeutsche Zeitung“, 27.8.79).

Wiederholt erklärte die Grundig-Geschäftsleitung, daß die Konzentration der Fertigung zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze notwendig sei („Nürnberger Nachrichten“ vom 10.10.79). Unterstützung erhielt das Management vom bayrischen Staatssekretär von Waldenfels (CSU). Dieser war der Meinung, „daß die Branche (Unterhaltungselektronik) mit einer zunehmenden Marktsättigung zu kämpfen hat und einem erhöhten Konkurrenzdruck aus den Niedriglohnländern ausgesetzt ist. Dieser Entwicklung könne nur durch Spezialisierung auf größere Produktionseinheiten und weitere Rationalisierung begegnet werden.“ Dieser Herr hatte als Vertreter des bayrischen Wirtschaftsministeriums seit Juli '79 mit der

Grundig-Geschäftsleitung Gespräche über die geplanten Stillegungen geführt, ohne daß die Öffentlichkeit etwas darüber erfährt! Das bayrische Wirtschaftsministerium und die Grundig-Geschäftsleitung berufen sich gern auf die japanische Konkurrenz, wenn es darum geht, Löhne zu senken, zu rationalisieren oder Werke stillzulegen.

Wenn es ihnen allerdings Vorteile bringt, scheuen die westdeutschen Firmen durchaus nicht die Zusammenarbeit mit den Japanern. So bezieht z.B. Grundig ein Drittel seiner Bauelemente von einem japanischen Bauelementhersteller. Grundig-Partner Philips hat gerade in der letzten Woche einen Lizenztausch mit der Sony (Japan) auf dem Gebiet der Bild- und Schallplattensysteme abgeschlossen („FAZ“, vom 9.10.79).

Was die Japaner vor einigen Jahren vorgemacht haben - Stilllegung der meisten Zulieferbetriebe bei gleichzeitiger Konzentration auf riesige Produktionseinheiten - wollen die anderen Elektronikhersteller jetzt nachholen. In den betroffenen Grundig-Werken wird nämlich Zubehör für Rundfunkgeräte, Kassettenrekorder und Stenoretten gefertigt. Diese Produktion soll jetzt im Bayreuther Werk konzentriert werden.

KB/Gruppe Nürnberg

### Kündigung nach Einreichung des Bildungsurlaubs

Bremerhaven. In einer Bremerhavener Fischgroßhandlung wurde ein jugoslawischer Arbeiter entlassen. Als Grund gab die Geschäftsleitung häufige Krankheit und die schlechte Geschäftslage an. Zwei Stunden zuvor war ihm sein Antrag auf Bildungsurlaub bewilligt worden. Die Geschäftsleitung weist den Verdacht natürlich weit von sich, daß dabei ein Zusammenhang besteht. Nachdem dieser Fall bekannt geworden war, haben 16 andere ausländische Kollegen ihre Anträge auf Bildungsurlaub zurückgezogen.

Die Bildungsgemeinschaft „Arbeit und Leben“, deren Kurs wegen der Absagen ausfallen mußte, hat gegen die Kündigung protestiert. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) hat dem nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede Unterstützung zugesagt.

Metallkommission

Kommission  
Betrieb und Gewerkschaft

## Lohnkampf paradox: DGB-Anstellte streiken für mehr

Aus Protest über das miese 4,65 Prozent-Angebot der DGB-Führer traten die Angestellten in der Frankfurter DGB-Zentrale in einen eineinhalbstündigen Warnstreik.

Eine eintägige Situation. Die DGB-Führer, sonst immer die „großen Kämpfer“ für höhere Löhne einmal anders, als Unternehmer und von den „echten“ kaum zu unterscheiden. Der Gesamtbetriebsrat, der 9 Prozent mehr Lohn und Gehalt gefordert hatte, lehnte das Angebot der DGB-„Bosse“ empört ab.

Auch der DGB-Landesbezirk Hessen machte jetzt seinen Unmut über dieses Lohnangebot Luft und schickte ein Protesttelegramm zur Zentrale. Darin werden „Mitarbeiterbesprechungen während der Arbeitszeit“ zur Durchsetzung höherer Gehälter angekündigt.

Leider liegen über den Verhandlungsablauf keine genaueren Informationen vor. Die Argumentation von Vetter & Co. läßt sich deshalb nur er-

ahnen. Sie ist vermutlich ähnlich wie die Unternehmerpropaganda im Hinblick auf die nächste Tarifrunde. Die „Frankfurter Rundschau“ kostet die groteske Situation denn auch aus: „Man stelle sich vor: Herr Esser (Arbeitgeberverband) fragt Herrn Loderer (IG Metall) in der nächsten Lohnrunde voller Sarkasmus, wie er denn dazu komme, 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die organisierten Arbeitnehmer zu fordern, wenn der eigene Dachverband seinen Angestellten magere 4,65 Prozent anbiete. Da könne man doch gleich am selben Strick ziehen.“

Indes, die DGB-Angestellten haben durchaus allen Grund, ihr Anliegen ernst zu nehmen: Sie erhalten bis zu 20 Prozent weniger Geld als ihre Kollegen in den Einzelgewerkschaften bei entsprechender Tätigkeit.



# Was Lehrlinge so erleben ...

**Paragraph aus der Nazi-Diktatur beendet Lehre eines Mädchens**

Die Gewerbeaufsicht hat zugeschlagen. Sie will einem 16-jährigen Mädchen aus Aldenhoven bei Düren die Ausübung ihres Lehrberufes als Stukateurin verweigern. Und das, obwohl die Kollegin Rita Nowojki schon vor 13 Monaten ihre Lehre angefangen hat. Bei der ersten Zwischenprüfung, an der sich außer Rita 41 Jungen beteiligten, schnitt sie als Viertbeste ab.

Während die Bundesregierung große Töne spuckt, daß mehr Mädchen in „Männerberufe“ kommen sollen, sieht die Praxis meist ganz anders aus. In diesem Fall hat nun das Gewerbeaufsichtsamt Aachen einen 41 Jahre alten Paragraphen aufgespürt, der sich so liest: „Nach Paragraph 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung vom 30.4. 1938 (BGBl. I S. 447) in Verbindung mit Nr. 20 der Ausführungsordnung vom 12.12. 1938 (BGBl. I S. 1799) dürfen weibliche Gefolgschaftsmitglieder bei Bauten aller Art nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen und nicht mit eigentlichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden.“

Anstatt also die Arbeitsplätze auf dem Bau für Frauen und Männer so zu gestalten, daß man nicht schon mit 50 als Frührentner abdanken muß, sollen hier wieder einmal die Frauen als „schwache Geschlecht“ diskriminiert werden. Mit Unterstützung der Kreishandwerkskammer will der Meister von Rita jetzt einen Prozeß anstrengen, um das Recht auf freie Berufswahl für Rita durchzusetzen.

\*\*\*

**Hannover: Telefunk-Lehrlinge wehren sich erfolgreich gegen „Wegrationalisierung“ eines Ausbilders**

Anfang Juli '79 wurde dem Betriebsrat der Telefunk Fernseh- und Rundfunk GmbH für die beiden Werke in Hannover mitgeteilt, daß über 130 Kolleg/innen entlassen werden sollten. Der Konkurrenzkampf mit der japanischen Unterhaltungselektronik zwingt die Kapitalisten, Lohnkosten einzusparen. Auf der Entlassungsliste stand auch einer der drei Ausbilder. Da drei Ausbilder ohnehin schon zu wenig sind für 90 Auszubildende in drei Berufen, und einer dieser Ausbilder noch andere Aufgaben hat, fingen Berufen, und einer dieser Ausbilder noch andere Aufgaben hat, fingen die Lehrlinge an zu protestieren. Alle Lehrlinge aus der Lehrwerkstatt sowie einige aus den Abteilungen gingen zum Betriebsrat, um sich genauer zu informieren und zu diskutieren. Dort sprachen sie sich gegen die Entlassungen aus und sagten, daß sie sogar noch einen vierten Ausbilder fordern müßten. Der Betriebsrat versprach, die Situation zu prüfen und mit dem Werkleiter zu verhandeln. So wurde erreicht, daß die Telefunk-Lehrlinge zunächst drei Ausbilder behalten können.

## BASF Ludwigshafen: Erste Diskussionen über die Chemietarifrunde

Bei BASF wurde jetzt schon, auf Einwirken der IG Chemie-Verwaltungsstelle und ihres Geschäftsführers Manfred Reimann über die nächste Tarifrunde diskutiert.

Gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsräte berieten die Tarifforderungen. Die meisten Diskussionsredner sprachen sich für eine gemischte Tarifforderung (Sockelbetrag plus Prozentforderung) aus. Daneben wurden die Arbeitszeitverkürzung und Fragen des Entlohnungssystems besprochen.

Egon Schäfer vom Hauptvorstand, der die Diskussion eröffnete, sprach sich für eine „qualitative Lohnpolitik“ und eine weitere Arbeitszeitverkürzung aus (die wegen des Tabukataloges der Unternehmer aber nicht über den Verhandlungsweg zu erreichen wäre, sondern die Kollegen müßten dafür auf die Straße gehen).

Weitere Redner sprachen das Auseinanderklaffen von Lohn- und Gehaltsgruppen an. Darum forderten sie eine Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und den Sockelbetrag.

Auf Grund der guten wirtschaftlichen Lage der chemischen Industrie wurden von vielen Kollegen zweistellige Lohnforderungen aufgestellt.

Eine wichtige Rolle in der Diskussion spielte der Entgelttarifvertrag, der derzeit zwischen dem Ar-



nen. Für den Großteil der Gekündigten ist jedoch inzwischen schon ein Sozialplan ausgehandelt worden, der vom Betriebsrat gelobt wird.

\*\*\*

**Unternehmerterror gegen Jugendvertreter**

Auf einer Delegiertenkonferenz der IG Metall Aachen erklärte Horst Richter von der Vorstandsverwaltung der Gewerkschaft, daß die Unternehmer unter Mißachtung des Gesetzes Interessenvertreter der Jugendlichen feuern, wenn sie ihnen mißliebige sind. Über 100 Fälle seien allein der IG Metall bisher bekannt. Insbesondere Jugendvertreter würden trotz rechtlicher Absicherung nach Beendigung der Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Nach Auffassung der Gewerkschaft wird die weitverbreitete Arbeitslosigkeit rigoros von den Unternehmern zur Ausschaltung mißliebiger Jugendlicher ausgenutzt. Schon vor acht Jahren waren 1.000 Fälle von nicht übernommenen und gekündigten Jugendvertretern von den Gewerkschaften registriert worden. Der inzwischen erkrankte Kündigungsschutz für Jugendvertreter scheint an der Praxis der Kapitalisten nur teilweise etwas zu ändern.

\*\*\*

**Marl: Gärtner und Schwimmstergelhilfen als Briefträger**

Um 17.000 DM zu sparen und um die Melderegister zu überprüfen, beschloß die Stadtverwaltung Marl, die 67.000 Wahlbenachrichtigungskarten für die Kommunalwahlen am 30.9.79 durch die Auszubildenden der Stadt verteilen zu lassen. Anstatt wie andernorts üblich, die Post zu beauftragen, erhielten 48 Auszubildende (Bauzeichner, Gärtner, Schwimmstergelhilfen, KFZ-Mechaniker, Vermessungstechniker, Bürogehilfen, Stadtassistentenanwärter) diese Anweisung.

beitsring der chemischen Industrie und der Gewerkschaft verhandelt wird. Bedenken, daß dieser noch mehr Tarifgruppen als bisher beinhalten wird, wurden geäußert. Einige Redner warnten vor diesem neuen System, das auf der analytischen Arbeitsplatzbewertung fußt.

**Chemie-Industrie machte Riesenprofite**

Die BASF wird in diesem Jahr eine Leistungsprämie von 160% (letztes Jahr waren es 130%) an die Belegschaft zahlen. Berechnungsbasis ist der Durchschnittsmonatslohn oder Gehalt der letzten zwölf Monate. Der Betriebsrat hält die Jahresprämie auf Grund der riesigen Gewinne für zu niedrig, er selbst hat eine Mindestforderung von 170% aufgestellt; die Festlegung der Geschäftsleitung wurde aus Protest deswegen nicht unterzeichnet.

Der Umsatz der BASF ist im ersten Halbjahr mit 5,8 Mrd. DM um 21% höher ausgefallen als im gleichen Zeitraum von 1978. Die Kapitalisten nennen für diesen Zeitraum einen Gewinn vor Steuern von 470 Mio. DM, der um 42% gewachsen ist. Der Weltumsatz fiel mit 13,5 Mrd. DM um 19% höher aus.

Bei der Hoechst AG konnte man im ersten halben Jahr eine Umsatzsteigerung um 13% auf 5,3 Mrd.

Mit der Erfahrung des Kuvertierens von ca. 60.000 Lohnsteuerkarten im September/Oktober 1978 hinter sich und die kommenden Land- und Bundestagswahlen sowie die Volkszählung 1981 vor Augen, beschlossen die Azubis, sich mit Unterstützung der Jugendvertretung und des Personalrats zu wehren.

Eine Auszubildendenversammlung wurde einberufen und Maßnahmen diskutiert. Der Erfolg: Die Annahme der Wahlbenachrichtigungskarten wurde von den Kollegen verweigert.

Es kam zu Verhandlungen mit der Stadtverwaltung. Gegen den Vorwurf, daß die Verteilung „ausbildungsfremde Tätigkeit“ sei und somit gegen das Berufsbildungsgesetz verstoße, konterte der Personalamtsleiter Hütter: „Unsere Anordnung ist rechtens. Ob sie gegen die Ausbildungsordnung verstößt oder nicht, können die Auszubildenden gar nicht beurteilen. Die Experten der Verwaltung können das sehr wohl“ („WAZ“ 29.8.79). Der Kreisdirektor meinte dazu später, die Azubis sollten die praktische Anwendung von Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes kennen lernen.

Kompromißverhandlungen scheiterten. Die Stadtverwaltung, inzwischen in zeitlichen Druck geraten, reagierte mit Drohungen. Die „Verweigerer“ hätten u.U. mit tariflichen und/oder beamtenrechtlichen Konsequenzen zu rechnen.

So gezwungen teilten die Kollegen die Karten dann doch noch aus. Ein Antrag der ÖTV auf einstweilige Verfügung wurde zurückgezogen, da man einen Gerichtstermin erst nach Verfügung wurde zurückgezogen, da man einen Gerichtstermin erst nach der erfolgten Verteilung erhielt. Eine Feststellungsklage beim Arbeitsgericht Herne wurde aber aufrecht erhalten.

Bleibt noch anzumerken, daß auch die Post sich eingeschaltet hatte. Sie pochte auf ihr Beförderungsmonopol.

(Alle Informationen aus „Der Anspitzer“ – Extra-Ausgabe des ÖTV-KJA Recklinghausen).

**Lehrlingsgruppe – KB/Gruppe Hamburg**

## DGB-Vorstand bekräftigt sein Ja zum Atomprogramm

Eine Stellungnahme zur nuklearen Entsorgung hat der Bundesvorstand des DGB am 4. September beschlossen. Die Vorlage war einen Tag zuvor im geschäftsführenden Vorstand der ÖTV beraten worden. Es handelt sich um eine gemeinsame Initiative der ÖTV- und IG-Metall-Spitze.

Die Stellungnahme trägt den viel-sagenden Titel: „Sicherheit durch die rückholbare Endlagerung von Kernbrennstoffen“ (alle Zitate aus „Ötv-Magazin“ 10/79). Um was es tatsächlich geht, wird schon im Absatz 1.1. deutlich: „Eine an der Verbesserung der Lebensqualität orientierte Wachstumspolitik kann ohne ausreichende Energieversorgung nicht verwirklicht werden“. Wie die ausreichende Energieversorgung aussehen soll, wird unter Punkt 1.4. erläutert: „Nach dem heutigen Erkenntnisstand kann auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke nicht verzichtet werden“.

Der DGB-Vorstand sieht als ernsthaftes Hindernis für den Ausbau des Atomprogramms lediglich die Lösung der Entsorgungsfrage an. Wie die DGB-Führer dieses Problem lösen wollen, wird in den Abschnitten III-V klargestellt. Es heißt dort u.a.: „Ohne eine Lösung der Entsorgungsfrage kann es keine Zustimmung zum weiteren Ausbau der Kernenergie geben. Die Kernenergiewirtschaft muß verpflichtet werden, unverzüglich ein sicheres und wirtschaftliches Entsorgungskonzept vorzulegen ... Die zeitweilige Zwischenlagerung ist grundsätzlich vertretbar“. Gelöst ist die Entsorgungsfrage dann, wenn laut Beschluß vom DGB-Kongreß Mai '78 „... Baugenehmigungen für den Bau von Zwischen- bzw. Eingangslagern vorliegen. Geeignete Salzstöcke zur Endlagerung zur Verfügung stehen“.

Um den zügigen Ausbau des Atomprogramms zu sichern, empfiehlt der DGB-Vorstand der Bundesregierung, nicht am Konzept der integrierten Entsorgung festzuhalten, da dieses nach Albrechts Entscheidung zu unverhältnismäßigen zeitlichen Verzögerungen führen würde. „Ein Festhalten am Konzept der integrierten Entsorgung könnte zu dem entscheidenden Engpaß für einen gegebenenfalls notwendigen Ausbau der Kernenergie, aber auch für den Weiterbetrieb

der bestehenden Kraftwerke führen“.

Neben zeitlichen und auch einigen nebenbei erwähnten Sicherheitsaspekten, sprechen nach Ansicht der DGB-Führer hauptsächlich wirtschaftliche Gründe gegen das integrierte Entsorgungskonzept. Hierzu heißt es: „Die Entscheidung über ein wirtschaftliches Entsorgungskonzept läßt sich erst dann treffen, wenn die Entscheidung über die großtechnische Nutzung fortgeschrittener Reaktorkonstruktionen, vor allem in Bezug auf den Schnellen Brüter, gefallen ist. Hierfür muß die durch den Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission die notwendigen Grundlagen erarbeiten. Der DGB beteiligt sich an dieser Arbeit. Im Zusammenhang mit der Verwendung von Leichtwasserreaktoren ist allerdings mit einer Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitung nicht zu rechnen“. Wie man/frau sieht, reicht es dem DGB-Vorstand nicht, „nur“ für den Bau von Leichtwasserreaktoren einzutreten, sondern er fordert die rasche Entwicklung der Schnellen Brüder. Er ist dann auch nicht mehr gegen die Wiederaufarbeitung, die dann ja in der Tat „wirtschaftlich“, d.h. höchst profitabel wäre!!

Um die Fortschreibung des Atomprogramms zu sichern, schlägt der DGB-Vorstand als Alternative zum integrierten Entsorgungskonzept folgende Lösungsmöglichkeit vor: „Längere Lagerzeit in Kernkraftwerken (Kompaktlagerung) – Transport – Endbehandlung – rückholbare Endlagerung“.

Entkleidet man die Erklärung der DGB-Führer von einigen Schnörkeln und Floskeln, so ergibt sich ein klares Ja zum Ausbau des Atomprogramms und zur raschen Entwicklung der Schnellen Brüder. Mit der sich durch die ganze Stellungnahme hindurchziehenden Lüge, Atomkraftwerke seien notwendig, um die Vollbeschäftigung zu sichern, versucht der DGB-Vorstand sein Ja zu begründen. Auf diese Stellungnahme, im Namen aller Gewerkschaften, müssen die AKW-Gegner in den Gewerkschaften die passende Antwort geben:

Weg mit dem Atomprogramm!!

Kommission Betrieb + Gewerkschaft

## Göttinger ÖTV fordert Stillegung aller Atomanlagen

Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Göttingen vom 8.10.1979 hat über-raschenderweise einem Antrag zugestimmt, der die sofortige Stillegung aller AKWs verlangt und sich gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie in Gorbelen wendet. Der ÖTV-Hauptvorstand sowie der nächste Gewerkschaftstag werden in dem Antrag aufgefordert, den „bisherigen Standpunkt zur Energiepolitik zu ändern“.

Entgegen den Empfehlungen der Antragskommission wurden Anträge angenommen, die für die nächste Tarifrunde einen Festgeldbetrag empfehlen, sowie ein Antrag auf Verbot der Überstunden. Die Antragskommission hatte vorgeschlagen, einen Festgeldbetrag „u.a. in die Diskussion miteinzubeziehen“. Zu der Forderung nach Verbot der Überstunden war ihr Kommentar: „rechtlich nicht durchsetzbar“. Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde ein Antrag aus dem Bereich Transport und Verkehr zum Verbot der Nacharbeit.

Ein Schwerpunktthema der Konferenz bildeten die neonazistischen Aktivitäten am Grottefend-Gymnasium Hannoversch-Münden (Kreis Göttingen). Eines der Hauptreferate informierte die Delegierten über die Vorgänge und den derzeitigen Stand der juristischen Auseinandersetzungen. Zusätzlich war allen Delegierten das Buch „Recht zum Abitur“ (herausgegeben von den Autoren Launer/Pohl/Stengel) zugesandt worden, das eine ausführliche Dokumentation der Vorfälle enthält. In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde gefordert, das Thema Faschismus und Antifaschismus stärker in die gewerkschaftliche Bil-

dungsarbeit einzubeziehen. Abschließend wurde noch ein Antrag verabschiedet, der sich gegen die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen NPD-Redner wendet, die die Parole „Rotfront verrecke“ benutzt haben.

**Manöver gegen Frauenausschuß**

Beschämend war die Rolle der Kreisverwaltung und des bisherigen Kreisvorstands zum Antrag des Kreis-frauenausschusses, zwei Vertreterinnen der Frauen statt bisher eine in den neuen Kreisvorstand zu entsenden. Nachdem das erste Gegenargument „satzungswidrig“ sich als falsch erwies, wurde dann auf Technika verwiesen und darauf, daß eben die anderen Bereiche mehr Frauen nominieren sollten. Dies war schon recht starker Tobak, vor allem da der Rechenschaftsbericht selbstkritisch die unterentwickelte Arbeit des alten Frauenausschusses beklagt hatte. Doch es kam noch dicker: bei der Wahl des Kreisvorstands-mitglieds aus dem Bereich Frauen wurde dem Vorschlag des Kreis-frauenausschusses plötzlich mit wärmster Empfehlung der Sekretäre eine Gegenkandidatin entgegengestellt, die – obwohl nicht anwesend – auch prompt gewählt wurde, so daß jetzt kein Mitglied des Kreisfrauenausschusses im Vorstand ist. Hier stecken offensichtlich Manöver der Gewerkschaftsführung gegen die DKP dahinter, da eine der Kandidatinnen des Frauenausschusses bekanntes DKP-Mitglied ist. Da finden natürlich die vielbeschworbenen Floskeln zur Stärkung der Frauenarbeit ihre Grenze.

KB/Gruppe Göttingen



# Streikrecht für Beamte

Der bevorstehende Arbeitskampf der Lehrer ist nicht nur eine Auseinandersetzung zur Durchsetzung einer geringeren Arbeitszeit, bei dieser Auseinandersetzung geht es auch um die Frage des Beamtenstreiks. Nach herrschender Rechtsauffassung, die bekanntlich die der Herrschenden ist, wird den Beamten das Streikrecht bestritten, während der DGB die Auffassung vertritt, daß ein Beamtenstreik zulässig ist. Letztlich handelt es sich hierbei um eine Machtfrage, bei der nur durch die Wahrnehmung des Streiks der Staat zu einer Änderung seiner Rechtsposition gezwungen werden kann. Die Gewerkschaftsführung geht hier jedoch einen anderen Weg. Sie versucht, sich die staatliche Anerkennung des Beamtenstreiks dadurch zu erbetteln, daß sie von ihrer bisherigen Rechtsauffassung abweichend lediglich kurze Demonstrationstreiks für Beamte als rechtmäßig erklärt.

## Das Berufsbeamtentum

Im 18. Jahrhundert waren die Beamten das willige Werkzeug der absolutistischen Fürsten, ständisches Denken und persönliche Treuebindung gegenüber dem Monarchen prägten ihr Bewußtsein. In der hierarchischen Ordnung des Obrigkeitsstaates standen sie über der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung ablehnend gegenüber, weshalb sich bis 1918 das Problem des Streikrechts für Beamte auch nicht stellte. Diese Tradition erleichterte auch den Nazis bei der Machtübernahme das Geschäft, waren sie doch auf ein reibungsloses Funktionieren des Staatsapparats angewiesen.

Im Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933 wurde bestimmt, daß jene Beamten zu entlassen seien, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. 1937 wurden die Beamten dann zum „Vollstrecker des Willens des von der NSDAP getragenen Staates“ erklärt, worauf sie aufgrund ihres Treueverhältnisses verpflichtet waren.

An diese Traditionen knüpften die Beamtengesetze nach 1945 bruchlos an: „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln“ (GG, Art. 33, Abs. 5), d.h. der faschistischen Grundsätze! Ausdrücklich wurde im Grundgesetz das Treueverhältnis der Angehörigen des öffentlichen Dienstes festgeschrieben (Art. 33, Abs. 4).

Von den Beamten wird bedingungslose Treue zu diesem Staat verlangt, sie sollen sich nicht als abhängig Beschäftigte verstehen, sondern als Vollstrecker des staatlichen Willens. Da es die hier vorausgesetzte Interessensidentität zwischen den Beamten und der Bourgeoisie aber nicht gibt, versichert sich die herrschende Klasse der Loyalität der Beamten mit einem ausführlichen Katalog möglicher Disziplinierungsmaßnahmen, die den Kernpunkt der Beamtengesetze bilden. Einige charakteristische Merkmale des Beamtenrechts sind:

— Um als Beamter angestellt zu werden, muß man sich bewährt haben. Man durchläuft eine mehrjährige Probezeit, die als Bewährungsprobe auf Staatsloyalität aufgefaßt werden kann.

— Der Staat maßt sich an, den Beamten vorzuschreiben, was diese außerhalb der Arbeitszeit zu tun und zu lassen haben. Das Recht der politischen Betätigung ist für Beamte ausdrücklich eingeschränkt. So heißt es im Niedersächsischen Beamtengesetz, daß der Beamte bei politischer Betätigung „diejenige Mäßigkeit und Zurückhaltung zu wahren“ habe, „die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben“ (§ 61, Abs. 3, NBG).

Mit dieser Bestimmung kann die Bourgeoisie eine politische Betätigung ihrer Beamten, die sich gegen ihre Interessen richtet, unterbinden, während politische Aktivitäten im staatlich tolerierten Rahmen Beamten sogar bessere Aufstiegschancen etc. einbringen. Nicht von ungefähr sind beispielsweise im Bundestag die Beamten erheblich überrepräsentiert.

— Der Beamte ist weisungsgebunden. Die Nichtausführung einer von dem Vorgesetzten erlassenen Anordnung wird als Dienstvergehen gewertet.

— „Der Staat fordert von seinen Beamten unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung, er sichert ihm dafür seine Lebensstellung“ („Deutsches Beamtengesetz“, § 1.3). Diese Sätze sind immerhin vor

dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Faschismus in das Beamtengesetz hineingeschrieben worden. Daß der bedingungslose Gehorsam, mit dem viele Beamte den Naziführern folgten, der Bourgeoisie offenbar nicht so unangenehm ist wie bisweilen behauptet wird, beweist diese Gehorsamspflicht, die ein führender juristischer Kommentar zum Beamtengesetz folgendermaßen erläutert: „Eine der vornehmsten Pflichten des Beamten ist die Gehorsamspflicht. Der Staat darf seiner Schlagkraft nicht durch ungehorsame und aufwändige Elemente beraubt werden. Ein Staat, der sich nicht auf ein gehorsames Beamtentum verlassen kann, müßte sich im Gefahrenfall in Anarchie auflösen“ (zit. nach „Rote Robe“ 6/72).

— Den Beamten wird jegliches Recht abgesprochen, auf ihre Bezahlung und sonstigen Arbeitsbedingungen Einfluß zu nehmen. Ein juristisches Lehrbuch begründet dies damit, daß Beamte nicht tätig seien, um Einkommen zu erzielen, „sondern sie erhalten ihren Lebensunterhalt, weil sie tätig sind. Sie sind also nicht Arbeitnehmer, sondern Dienstnehmer“ (zit. nach „Erziehung und Klassenkampf“, 5/6-72, S.5). Konsequenz dieser Auffassung mußte sein, daß sich Beamte nicht um Lohnfragen zu kümmern haben, daß sie sich mit dem zu bescheiden haben, was der Staat ihnen freiwillig zubilligt. Tatsächlich ist genau dies im Beamtengesetz festgeschrieben: Es werden keine Tarifverträge abgeschlossen, sondern die Besoldung u.a. wird einseitig per Gesetz festgelegt. Irgendwelche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beamten bei der Ausgestaltung ihrer Beschäftigungsbedingungen sind nicht vorgesehen. Juristisch gesehen erhalten Beamte auch keinen Lohn für geleistete Arbeit, sondern eine „Alimentation“, einen standesgemäßen Unterhalt. Ein Arbeitskampf von Beamten wäre damit auch ein Schritt gegen diese staatliche Auffassung vom Dienstverhältnis der Beamten.

— Für Beamte gibt es ferner ein besonderes Disziplinarrecht. Wegen ein und derselben Tat kann ein Beamter doppelt bestraft werden: vom Strafrecht und vom Disziplinarrecht. Auch ein eingestelltes Strafverfahren kann über das Disziplinarrecht weiterverfolgt werden. Hinzu kommt, daß im Disziplinarrecht das „Opportunitätsprinzip“ gilt, d.h. daß sich die Strafe in erster Linie an der Person des Beamten zu orientieren hat und bei gleichen Vergehen mehrerer Beamter verschieden ausfallen kann.

— Nach Auffassung der Behörden leitet sich aus dem Treueverhältnis der Beamten auch ein Streikverbot ab.

## Zur „Rechtmäßigkeit“ des Beamtenstreiks

Setzt sich aus dem Treueverhältnis der Beamten auch ein Streikverbot ab.

## Zur „Rechtmäßigkeit“ des Beamtenstreiks

Im Zuge der Novemberrevolution 1918 wurde erstmals auch Staatsarbeitern und Beamten das Streikrecht zuerkannt. Schon in der 1919 verabschiedeten Weimarer Verfassung war es jedoch nicht mehr garantiert. Hatte die SPD sich bei den Beratungen darüber noch für den Beamtenstreik ausgesprochen, so verfügte Reichspräsident Ebert (SPD) anlässlich eines bevorstehenden Eisenbahnerstreiks 1922: „Den Beamten der Reichsbahn ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem geltenden Beamtengesetz die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit verboten“ (nach Däubler, Der Streik im öffentlichen Dienst, S. 11). Trotzdem fand der Streik statt, in dessen Folge 1200 Beamte rausgeschmissen wurden. In späteren Prozessen gegen angebliche Streikführer wurde von verschiedenen Gerichten die Rechtswidrigkeit des Beamtenstreiks festgestellt. Lediglich von der KPD kamen jetzt noch Initiativen, den Beamten ein Streikrecht zuerkennen. So brachte die KPD-Fraktion 1925, 1926 und 1931 entsprechende Gesetzesentwürfe in den Reichstag ein, die jedoch abgelehnt wurden. Auch nach der Zerschlagung des Faschismus war es die KPD, die versuchte, die Zulässigkeit des Streiks im öffentlichen Dienst im Grundgesetz zu verankern. Die CDU wollte hingegen ein ausdrückliches Streikverbot für Beamte festgeschrieben wissen. Da auch die Frage des politischen Streiks umstritten war, machte die SPD einen für sie typischen Vorschlag: Die Frage des Streikrechts solle im Grundgesetz überhaupt nicht erwähnt werden. Die CDU war von diesem „Kompromiß“ natürlich begeistert, und so wurde das Streikrecht für alle Beschäftigten nicht grundgesetzlich garantiert. Zur Frage des Beamtenstreiks äußern

sich auch die meisten Länderverfassungen und Beamtengesetze nicht. Eine Ausnahme bildet hier das Saarland, in dessen Verfassung es heißt: „Die Stellung des Beamten zum Staat schließt das Streikrecht aus“. Ferner wird der Beamtenstreik in den Landesbeamtengesetzen von Bayern und Rheinland-Pfalz untersagt.

## DGB und GEW zum Beamtenstreik

Die herrschende Rechtsmeinung, daß ein Streik Beamten untersagt sei, wurde bis zum Ende der 60er Jahre auch vom DGB nicht in Frage gestellt, sondern ausdrücklich gebilligt. In einer 1963 vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Broschüre heißt es dazu lapidar: „Wir haben uns für die Beibehaltung des schon Tradition gewordenen Streikverbots entschieden“ (nach Ramm, Das Koalitions- und Streikrecht der Beamten, S. 107).

Eine Änderung in der Haltung der DGB-Führung wurde erst allmählich durch Initiativen aus den Einzelgewerkschaften und von unteren Untergliederungen erzwungen. Dies wird auch in einem von der DGB-Führung bestellten Gutachten zugegeben: „Dabei fällt auf, daß die Streik tendenz von unten kam, während in den gewerkschaftlichen Führungsgremien der wissenschaftliche Meinungsstand vom Streikverbot unangefochten herrschte“ (Ramm, S. 107). 1968 sprachen sich der Bundeskongress der GEW und die Hauptversammlung des Marburger Bundes der angestellten und beamteten Ärzte für das Streikrecht aus. Anfang der 70er Jahre ließ der DGB verschiedene Rechtsgutachten erstellen, die hauptsächlich aufgrund des in Art. 9 des Grundgesetzes garantierten Koalitionsrechts ein Streikrecht auch für Beamte begründeten. Zum Bundeskongress der GEW 1971 in Kiel, der ganz im Zeichen einer Integrationsstrategie gegenüber der Linken stand, legte der Hauptvorstand dann einen Antrag vor, in dem es heißt: „Die GEW bekennt sich zum Arbeitskampf, als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen für alle Arbeitnehmer“. Und auf dem Mainzer Bundeskongress der GEW 1974 wurde ein Antrag verabschiedet, in dem es heißt: „Die GEW geht davon aus, daß der Beamtenstreik nach Artikel 9 III GG zulässig ist (...)“.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß DGB und GEW die Rechtmäßigkeit des Beamtenstreiks ausschließlich juristisch begründen und sich dabei auf die nicht endgültig geklärte Rechtslage berufen. Es wird vermieden, das Eintreten für den Beamten-

streik mit dem Kampf gegen die vielfältigen im Beamtengesetz festgelegten Diskriminierungen der Beamten zu verbinden. Bei dieser Herangehensweise ist schon angelegt, daß die Gewerkschaftsführung bei einer gegen die Interessen der Beamten gerichteten Rechtsprechung von ihrer Rechtsposition abheben.

In den letzten Jahren hat es vor allem zwei Urteile gegeben, die die gewerkschaftliche Position in der Frage des Beamtenstreiks in Frage stellen: Zum einen entschied das Bundesverfassungsgericht, daß Beamten ein höheres Kindergeld als Angestellten zukomme und unterstrich damit das „Alimentationsprinzip“ der Beamten, denen ein standesmäßiger Unterhalt zukomme, während bei Angestellten die Besoldung per Tarifvertrag geregelt wird. Zum anderen hat der Bundesgerichtshof in Urteilen den „Bummelstreik“ der Fluglotsen für rechtswidrig erklärt und den damaligen Vorsitzenden des Fluglotsenverbandes, Kassebohm, verurteilt.

Das mag der Hintergrund sein, vor dem die GEW-Führung jetzt ihre Positionen zur Rechtmäßigkeit des Beamtenstreiks revidiert. Ansatzpunkt ist dabei, daß alle von der GEW durchgeführten Urabstimmungen (die dann nie zu einem Streik geführt haben, obwohl fast immer die erforderliche Stimmzahl zustande kam) lediglich Urabstimmungen über einen Warnstreik waren (Hamburg 1970, 1974, 1977; Hessen 1974, Westberlin 1974). In einem Aufsatz aus dem Jahre 1977 erklärte der GEW-Vorsitzende Frister dazu: „Der Warnstreik der GEW kann keinen Erzwungungscharakter haben, er ist Aufklärungs- und Demonstrationsschritt zugleich“ (GEW-Schnellbrief, Beamtenstreik, S. 3).

Hieran knüpfte auf der GEW-Funktionärskonferenz im Juli in einem zentralen Referat der Rechtsprofessor Zwirner an: Er unterschied zwischen einem Demonstrationstreik („Es soll nur demonstriert und keine bestimmte Maßnahme unmittelbar erzwungen werden“) und einem Erzwungungsstreik („Er endet im allgemeinen erst, wenn das Kampfziel erreicht ist oder nicht mehr erreicht werden kann bzw. soll“). Nach Auffassung Zwirners ist für Beamte nur der Demonstrationstreik zulässig, eine „Einsicht“, der sich zunehmend auch die GEW-Führer anschließen. So erklärte die stellvertretende GEW-Vorsitzende Hoppe in einem Kommentar zum Bremer Lehrerstreik: „Gerade wenn nach herrschender Lehrmeinung den Beamten der Erzwungungsstreik als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen untersagt werde, müsse man Beamten zumindest das Recht zubilligen, notfalls mit kurzfristigen demonstrativen Arbeitsniederlegungen auf ihre Interessen hinzuweisen“ (Bremer Lehrer-Zeitung 7/8-79).

Mit der Differenzierung zwischen dem Erzwungungsstreik und dem Demonstrationstreik übernimmt die GEW-Führung faktisch die Rechtsauslegung des Staates in der Streikfrage für Beamte, nach der diese in Fragen des Arbeitskampfes weniger Rechte haben als Arbeiter und Angestellte. Den Lehrern wird so von ihrer Gewerkschaftsführung unterstellt, so lange zu kämpfen, bis ihre Forderungen durchgesetzt sind, sondern sie sollen nur noch „kämpferisch“ auf ihre Probleme aufmerksam machen.

Dabei bringt ein Rückzug auf die Konstruktion des Demonstrationstreiks streikenden Lehrern noch nicht einmal mehr Schutz vor Willkürakten des Staates. Die GEW selbst stellt dazu fest: „Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß unsere Arbeitgeber die dargestellte Rechtsauffassung nicht teilen und daß sie den Proteststreik mit dem eigentlichen Erzwungungsstreik gleichsetzen werden“ („Erziehung und Wissenschaft“, 8/79). Die von der Gewerkschaftsführung vorgenommene Differenzierung dient also ausschließlich der innergewerkschaftlichen Disziplinierung und verschafft den Kollegen keinen größeren Schutz gegen die Repression des Staates.

Nur am Rande sei erwähnt, daß die Gewerkschaftsführer mit dieser Auslegung des Streikrechts für Beamte auch nicht in Einklang mit der von ihnen selbst geschaffenen Satzung stehen, wo es ausdrücklich heißt: „Ist das Kampfziel erreicht oder die weitere Durchführung des Streiks nicht mehr zweckdienlich, so beschließt der Hauptvorstand den Zeitpunkt der Beendigung des Kampfes“ (Richtlinien der GEW für Arbeitskämpfe). Wenn auch die Satzungsbestimmung, „daß das vorgesehene Kampfziel unter allen Umständen zu erreichen ist“ bisher so ausgelegt wurde, daß bezüglich der Streikziele „kleine Brötchen gebacken“ werden müssen, so deutet sie dennoch auf „Erzwungungsstreik“ hin.

Nach dem Willen der Gewerkschaftsführung wird die bevorstehende Arbeitsniederlegung der Lehrer also nicht in Richtung einer Ausweitung der bestehenden Rechte und des Angriffs auf die reaktionäre Treuepflicht geführt werden, sondern dient letztlich der Festbeschreibung der Rechtlosigkeit der Beamten. Gegenwärtig sind vom DGB Bestrebungen im Gange, ein einheitliches Dienstrecht für den gesamten öffentlichen Dienst zu schaffen. Das wirft zugleich die Frage auf, ob damit auch den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst das Streikrecht genommen werden soll. Insofern ist die gegenwärtige Debatte um das Streikrecht der Beamten weit über diesen Kreis hinaus von Interesse, berührt sie doch generell die Frage des Koalitions- und Streikrechts.

# Vorstandsschlappe bei ABM-Maßnahmen

Gegen den vehementen Widerstand des Landesvorsitzenden Lemke und gegen ein Votum der GEW-Personalräte beschloß die Landesvertreterversammlung (LVV) der Hamburger GEW am 15.10. mit großer Mehrheit, an der Ablehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) im Bildungsbereich festzuhalten. Der LVV-Beschluß, der auf Initiative der arbeitslosen Lehrer zustande kam, ist eine deutliche Kritik an den GEW-Personalräten, die mit ihrer Zustimmung die Einrichtung von ca. 200 ABM für arbeitslose Lehrer zu Beginn des Schuljahres ermöglicht hatten.

Die ersten ABM wurden in Hamburg für Lehrer 1976 eingerichtet. Praktisch handelt es sich hierbei um auf ein Jahr befristete Teilzeitverträge, die von der Gewerkschaft abgelehnt werden. ABM-Lehrer werden in der Ausländerkinder-Betreuung und für Hausaufgabenhilfe eingesetzt. Das besondere an diesem Beschäftigungsverhältnis ist, daß die Personalkosten aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung beglichen werden. Mit den insgesamt ca. 4 Mrd. DM, die von 1975 bis 1978 für ABM aufgewendet wurden (nach: „päd-extra“, 10/79), hat sich schon so manche Kommune den Haushalt saniert und so mancher Kapitalist gesundgestoßen. Dem Anspruch nach dienen ABM dazu, Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Faktisch werden jedoch die meisten ABM-Beschäftigten nach einem Jahr wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen, was natürlich eine kontinuierliche pädagogische Arbeit mit Ausländerkindern zunichte macht. Hinzu kommt, daß über die ABM keine Tarifverträge geschlossen werden, die Gewerkschaften also auf die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses keinen Einfluß haben. Indem die Behörden notwendige pädagogische Aufgaben über ABM

abdecken, sind sie nicht gezwungen, für diese Aufgaben kostspielige Planstellen einzurichten.

Aus all diesen Gründen haben die Betroffenen die ABM stets abgelehnt. Größere Auseinandersetzungen hierum gab es 1976 in Hamburg, als der Personalrat gegen den Widerstand der GEW-Vertreter mehrheitlich den ABM zustimmte und 19 Kollegen daraufhin auf eigenes Risiko diese Beschäftigung ablehnten. Eine Hetzkampagne der Springer-Presse gegen diese Kollegen war die Folge: „Jetzt laufen die Lehrer gegen die Hilfe der Schulbehörde Sturm“ („Welt“, 17.8.76); „Kein Unterricht — eine ganze Klasse weinte“ („Bild“, 18.8.76). Da die rechte „Alternative“ (rechtssozialdemokratische Abspaltung von der GEW) gemeinsam mit dem DL im Personalrat die Mehrheit stellte, konnte die GEW keine organisierte Ablehnung der ABM durch den Personalrat durchsetzen. Diverse Personalversammlungen forderten den Personalrat zur Ablehnung der ABM auf. Unterstützung kam von der GEW: „Die Beschäftigten nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm (ABM) wurden unter gewerkschaftlichem Druck wesentlich verbessert. Trotzdem lehnt die GEW die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiterhin ab, weil solche kurzfristige Beschäftigung pädagogisch nicht sinnvoll ist, weil es sich weiterhin um Teilzeit- und Fristverträge handelt und weil sie einen Teil der Lehrer außerhalb der tariflichen Einwirkungsmöglichkeit der Gewerkschaft stellt“ (aus einem Flugblatt der GEW-Gruppe im Personalrat VR/So vom Dezember 1977). Folglich wurde diese Frage auch zu einem bestimmenden Thema im Personalratswahlkampf im Mai dieses Jahres. Die „Alternative“ wandte sich „gegen die ideologiebedingte Ableh-

nung überbrückender Beschäftigungsverhältnisse, z.B. Teilzeitverträge, Lehraufträge, ABM“, während die GEW die „Abwehr uns sozialer Beschäftigungsarten wie Teilzeitverträge gegen den Wunsch der Kollegen; ABM und Lehraufträge“, auf ihre Fahnen schrieb. Durch die Wahlen konnte die GEW die Mehrheit im Personalrat gewinnen und hätte jetzt die Möglichkeit zur Ablehnung dieser unsocialen Beschäftigungsart gehabt. Doch ein Brief des Senators Grolle bot die Möglichkeit, jetzt von den bisherigen Positionen abzurücken. Grolle schrieb: „Es ist zutreffend, daß ich wiederholt geäußert habe, daß sich die BSJB darum bemühen wird, die bisher in Form von AB- und Zeitverträgen in der Ausländerkinder-Betreuung tätigen Lehrerinnen und Lehrer zum nächstmöglichen Zeitpunkt in ein dauerndes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Dabei werden selbstverständlich, wie bei allen Einstellungsverfahren, Bedarf und Qualifikation wichtige Kriterien sein“ („HLZ“, 11/79). Hierbei handelte es sich um eine unverbindliche Zusage, ca. 25 der 200 ABMler fest einzustellen. Die GEW wertete dies als „Erfolg der Personalräte“ und stimmte fortan — „selbstverständlich unter Vorbehalt“ — den ABM zu. Der Beifall von der falschen Seite war ihr gewiß: „Die Alternative begrüßt, daß auch die GEW-Mehrheit im Personalrat entgegen ihren Absichtserklärungen und den Beschlüssen mehrerer Personalversammlungen den ABM-Verträgen nun doch zustimmt“ („Blickpunkt Personalrat 2/79). Durch den LVV-Beschluß wurden jetzt die GEW-Personalräte wieder auf den Pfad der Tugend zurückgeführt. Bleibt zu hoffen, daß sie dort bleiben.

Ein Hamburger Lehrerergosse (fett)



# ausländische Arbeiter in der BRD

## „Stern“ enthüllt: Am Herointod verdienen türkische Faschisten

Mit 90 % Marktanteil sind türkische Heroin-Großhändler mittlerweile Hauptlieferanten für die BRD geworden. (1979 wird mit 600 Toten durch harte Drogen in der BRD gerechnet). Dick mit in diesem tödlichen Geschäft, bzw. die zentralen Hintermänner, sind türkische Rechte und ihre Freunde im türkischen Staatsapparat. Über diesen Heroinhandel finanzieren sie nicht nur die „Grauen Wölfe“ bzw. die faschistischen Tarnorganisationen der MHP, sondern türkische Heroinhändler fungieren auch in der Beschaffung von Waffen für die „Grauen Wölfe“ in der BRD. Diese Tatsache schließt selbst das Bundeskriminalamt nicht aus. Bis jetzt kann jedoch, so das BKA, vor Gericht nicht bewiesen werden, „daß türkische Extremisten Waffen und Anschläge aus dem Rauschgift-Business finanzieren, denn die Tipgeber trauen sich nicht, vor Gericht auszusagen. Sie fürchten die Hinrichtung durch Feme-Kommandos“.

Daß Todesgefahr für Informanten besteht, mag man sich daran verdeutlichen, daß eine Aufdeckung des Heroin-Handels bis in höchste türkische Regierungskreise führen würden. Als am 1. Juni 1979 vor dem Duisburger Landgericht zwei türkische Heroinhändler sich verantworten mußten, machte einer von ihnen einen Selbstmordversuch mitten im Gerichtssaal, indem er sich mit einer Rasierklinge die Halsschlagader durchschnitt! Nürettin Gündüzhan (41 Jahre alt) arbeitete seit 6 Jahren als Schweißer in der BRD und ist gebürtig aus einer anatolischen Kleinstadt. Daß Gündüzhan den Selbstmord als einzigen Ausweg sah, um keine kompromittierenden Aussagen zu machen, wird durch die Anwesenheit von anderen vier Türken im Gerichtssaal bestätigt, die offensichtlich als „Beobachter“ mit Exekutivgewalt dort waren.

Anders der zweite Angeklagte, der ehemalige MSP-Abgeordnete Halit Kahraman. Er deckte während des Prozesses auf, daß der Führer der nationalen Heilspartei (MSP) Erbakan, von 1975-1977 unter Demirel stellver-

tretender Ministerpräsident, groß im Rauschgiftgeschäft drinsteckt. Er sagte aus: „Mitte August begab ich mich zur Parteizentrale der MSP nach Ankara. Als ich Erbakan in dem Büro antraf, machte er mir im Verlauf des Gesprächs folgendes Angebot. Er könne mir Heroin verkaufen. Er sagte, daß man damit viel Geld verdienen könne. Erbakan erklärte, mir stünden vom Verkaufspreis pro Kilogramm Heroin 20 000 Mark zu. Ich fragte ihn, woher er denn das Heroin beziehe. Erbakan lachte und sagte, wer er denn eigentlich sei. Er sei nicht irgendwer, er sei doch kein Kleiner, man stelle das Heroin selber her“.

Das Ermittlungsverfahren der westdeutschen Behörden gegen Erbakan wurde eingestellt, sicher nicht ohne Wink der Bundesregierung, da immerhin damit zu rechnen ist, daß Erbakan demnächst wieder stellvertretender Ministerpräsident wird. Dann bringt er das Heroin bald selber in die BRD.

In West-Berlin wurden der bekannte Heroinhändler und Nachtclubbesitzer Cakirs und seine beiden Leibwächter, Mitglieder der „Grauen Wölfe“, festgenommen. Bei der Durchsuchung des Nachtclubs fand die Polizei dann Quittungen, nach denen „in den letzten 5 Jahren rund 500 000 Mark un versteuert an Geschäftspartner und ultrarechte Türkenvereine überwiesen“ wurden.

Auch dem Nachtclubbesitzer Cakir wurde über seine Anwältin ein anonymes Drohschreiben zugesandt: „Er braucht sich nicht auf die Milde der deutschen Gerichte zu verlassen. Sollte man ihn an die Türkei ausliefern, wird er dort mit dem Tode bestraft werden. Dank unser guten Verbindungen haben wir das schon mit der türkischen Staatspolizei ausgehandelt“.

### Zu einigen Hintergründen des türkischen Heroinhandels

Heroin wird aus Mohn gewonnen, und der Mohnanbau ist bei den unvorstellbar armen Bauern des Ostens der Türkei der einzige Erwerb und

dessen illegaler Verkauf an Heroinhändler der einzige Weg, das Existenzminimum zu erreichen. In den sechziger Jahren wurde auf Betreiben der USA der Mohnanbau in der Türkei offiziell verboten. Da jedoch die anatolischen Bauern von den 80 Mio. US Dollar „Ausgleichshilfe“ so gut wie nichts in die eigene Tasche bekamen, sicherte sich der rechte ehemalige Staatschef Demirel die entsprechenden Stimmen, indem er 1975 als ein zentrales Wahlversprechen die Wiederzulassung des Mohnanbaus versprach (angeblich nur für medizinische Zwecke: Morphin oder Kodein).

Dies war jedoch nicht mehr als der Auftakt für einen schwungvollen Heroinhandel, der mit Profi-

Tricks, wie sie sonst nur von der US-Rauschgiftmafia bekannt sind, ausgebaut wurde. Abgedeckt war dieser Handel durch die türkische Staatspolizei, den Zoll, den Geheimdienst und große Teile der türkischen Ministerialbürokratie, die in der Hand der Ultrarechten ist.

Im Sommer 1977 wurde der größte Heroin-Hersteller der Türkei, (so die Berliner Kripo) Izzet Saryar, nach vier Wochen Haft in Ankara auf Grund einer „persönlichen Amnestie“ wieder auf freien Fuß gesetzt. Saryar (Deckname Dr. Izzet) wußte beispielsweise davon, daß der rechtsradikale MHP-Senator Kudret Bayhan „mit einem Diplomatenpass und 146 Kilogramm Rohopium in einem Auto unterwegs war, als er 1972 auf dem

Weg nach Marseille von der französischen Polizei geschnappt wurde“. Dem „Stern“ wurde ein Bild Saryars von der westdeutschen Polizei verweigert mit der Begründung, daß dieser Informant für die US-Rauschgiftbehörde DEA war (also eine wichtige Person), allerdings nachweislich nur, um sich auf diesem Weg lästige Konkurrenten vom Hals zu schaffen. Daß der türkische Staatsapparat kein Interesse an einer Verurteilung hatte, dürfte damit auf der Hand liegen. Sichert Saryar doch am besten den organisierten Vertrieb des Heroins. Die Rolle nicht nur der US-Rauschgiftbehörde, sondern auch von Teilen der Bundesbehörden gerät dabei ins Zwielficht.

Ausländerkommission



Gündüzhan beim Abtransport aus dem Gerichtssaal

### NPD/MHP-Kontakt bereits seit 1970

Wurde erstmals durch einen Brief (28.7.77) des Vorsitzenden der MHP Türkies an seine Parteifreunde in der BRD der Kontakt zur NPD bekannt, wo er die „unbedingte Aktionseinheit mit der NPD“ forderte (siehe vollständiger Abdruck AK 151), so wurde jetzt bekannt, daß dieser Kontakt bereits seit 1970 besteht. Der damalige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden antwortete auf einen Brief von Türkies, in dem er sich über die „fundamentalen Gemeinsamkeiten“ der beiden Parteien freute mit der Beteuerung, daß auch sie (NPD) den Wunsch habe, die „freundschaftlichen Beziehungen auszubauen“. (Abdruck siehe Kasten). Ein Austausch von Jugendgruppen sollte aufgebaut werden. Wobei anzumerken ist, daß in der Türkei die türkischen „Idealisten Jugendvereinigungen“ (Ülkücü Ocakları) in Kommandolagern der MHP sowohl ideologisch als auch im bewaffneten Kampf ausgebildet werden und wesentliches Rekrutierungsfeld der MHP für den militant faschistischen Kampf sind. „Erstaunlich“ bleibt die Tatsache, daß kein Verfassungsschutzbericht der nachfolgenden Jahre diese Tatsache erwähnte.

Ausländerkommission

### Antwortbrief Adolf von Thadden aus dem Jahre 1970 an MHP-Führer Türkies

„Lieber Türkies!

Ich habe mich sehr über Ihren Brief gefreut. Ich danke Ihnen für Ihre lobenden Worte über mich und meine Partei. Ich bin erfreut zu hören, daß unsere beiden Parteien gleiche Ziele haben ... Es gibt fundamentale Gemeinsamkeiten zwischen unseren Parteien. Ich bin sicher, daß auch Sie den Wunsch haben, unsere freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verstärken. Deshalb habe ich Ihre Vorschläge bezüglich des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien mit Freude zur Kenntnis genommen. Wir haben einstimmig beschlossen, einen Austausch von Jugendgruppen in Gang zu bringen. ... Ich möchte Sie recht herzlich als meinen persönlichen Gast in Deutschland empfangen. Es wäre mir ein Vergnügen, mit Ihnen über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen.“ (Übersetzung entnommen aus INFO-Türk, Sept. 1979 auf türkisch veröffentlicht in „CHP den Haberler“, 16.8.79)

## CDU/CSU: „Mühselig verdeckte Ausländerfeindlichkeit“

Anläßlich der Auseinandersetzung beim Strauß-Auftritt in Essen forderte der Lüneburger CDU-Abgeordnete Horst Schröder in einer Anfrage ein verschärftes Vorgehen gegen demokratische Ausländerorganisationen und deren politischer Betätigung. Er fragte nach der Beteiligung ausländischer Organisationen an den „Essener Krawallen“ und „wenn ja, was gedenkt die Regierung gegen die politische Einmischung ausländischer Gruppen in die inneren Angelegenheiten der BRD“ zu tun. Die FIDEF (Dachorganisation einer großen Anzahl türkischer Arbeitervereine) wies diese Anfrage als „krankhaftes Symptom einer nur mühselig verdeckten Ausländerfeindlichkeit zurück“ und solidarisierte sich „mit der berechtigten Empörung aller in den DGB-Gewerkschaften organisierten deutschen und ausländischen Kollegen über den Auftritt eines erklärten Feindes der

Einheitsgewerkschaft, wie Herr F.J. Strauß. Es ist kein Zufall, daß gerade diejenigen, die mit verleumderischen Angriffen und Spaltungsplänen die Einheit der DGB-Gewerkschaften zu sprengen trachten, nun auch die demokratischen Organisationen der ausländischen Organisationen ins Visier nehmen“. Leider konnte sich die FIDEF, deren Führung stark revisionistisch beeinflusst ist, einer typisch reformistischen Abgrenzung auch nach links nicht enthalten, indem sie in ihrem Flugblatt betonte, daß sie ihre türkischen Mitglieder, die überwiegend gewerkschaftlich organisiert seien, gegen gewerkschaftsfeindliche Strömungen „von welcher Seite sie auch kommen mögen“ mit den deutschen Kollegen in „kämpferischer Solidarität verbünden“ werde.

Ausländerkommission

### In eigener Sache (In der letzten Kongreßbroschüre UW 30)

In der letzten Kongreß-Broschüre (UW 30) ist die Nennung der Ausländer-Kommission leider vergessen worden. Das wollen wir hiermit nachholen.

Die Kommission besteht zur Zeit nur aus einem festen Mitarbeiter und einer auf Grund anderer Belastungen unregelmäßig mitarbeitenden Genossin. Daß die Ausländer-Kommission noch auf ideologisch sehr schwachen Beinen steht, mag man schon daran erkennen, daß die gesamte Ausländerproblematik in der Kongreß-Vorbereitung nicht enthalten ist. Dies nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, daß der alte Stamm der Ausländerkommission vollkommen weggebrochen ist. In letzter Zeit wurde jedoch speziell zum „Graue-Wölfe“-Komplex eine regelmäßige AK-Berichterstattung aufgebaut.

Ernsthaft Interessierte sind herzlich willkommen für einen Neuaufbau.

E., R./ Ausländerkommission

## Straffreiheit für den türkischen Schützen in München?

Der Skandal um den türkischen Sicherheitsbeamten (siehe AK 164, S. 2), der bei einer Verfolgungsjagd auf angebliche türkische „Attentäter“ einen völlig unbeteiligten Passanten schwer verletzt hatte, geht weiter: nach den bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft kann der Täter nicht belangt werden! Denn: „Als höherer Beamter des Generalkonsulats und Inhaber des weißen Konsularausweises genießt er Amtsunverletzlichkeit, soweit es um Straftaten geht, die in Dienstausübung verübt werden.“ (SZ, 16.10.79) Dies sichert ihm die Wiener Konvention von 1963 zu, sowie die bilateralen Ver-

einbarungen zwischen der BRD und der Türkei. Der Staatsanwalt geht also, ohne mit der Wimper zu zucken, davon aus, daß das Vorgehen des türkischen Sicherheitsbeamten wohl als „Dienstausübung“ angesehen werden müsse, da er für die Sicherheit des Generalkonsulats München verantwortlich gewesen sei!

Um das Verhalten des Sicherheitsbeamten in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, wird in der gesamten Presse dessen „persönliche“ Stellungnahme zitiert: Kurz zuvor sei eine Bombendrohung eingegangen. Ferner sei gerade die Nachricht von der Ermordung des Sohns des türkischen

Botschafters in den Niederlanden eingetroffen. Deswegen habe er die beiden Männer (die er für Attentäter hielt!) auf jeden Fall festhalten wollen (In Wirklichkeit hatten sie Plakate geklebt!). Besonders makaber ist, daß wegen dieses „besonderen Schutzes“ des Diplomaten die Möglichkeit des Betroffenen, Schadensersatz zu erhalten, sehr gering sind: „Zwar läuft das Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung noch, wird aber, so Stocker (Oberstaatsanwalt), in Kürze eingestellt werden. Der Ausgang dürfte nur (!!) für das Opfer wegen eventueller zivilrechtlicher Ansprüche von Interesse sein.

Schadensersatz und Schmerzensgeld kann der Verletzte eventuell beim Freistaat Bayern geltend machen, bei dem das Konsulat akkreditiert ist! Anwalt Wolfgang Weinschütz räumt einem solchen Verfahren allerdings nur geringe Chance ein: „Vermutlich wird man sich darauf berufen, daß kein Vorsatz gegeben war.“ Diese Frage ist vorläufig noch nicht abschließend beantwortet. Schadensersatz könnte der Verletzte auch nach dem Gesetz für die Opfer von Gewaltverbrechen beantragen, wobei der Erfolg freilich gleichfalls zweifelhaft ist.“ („Münchener Merkur“, 16.10.79).

Auch wenn Ministerialdirigent Dr. Huber nach den aktuellen Ereignissen den Begriff „Dienstausübung“ für prüfenswert hält, auch wenn in der „Süddeutschen Zeitung“ in einem Kommentar über die „Entbehrlichkeit“ eines solchen „Sicherheitshüters“ nachgedacht wird, so ist dies nichts anderes als makaber angesichts eines Rückenschusses, der die Wirbelsäule des (völlig unbeteiligten) Passanten nur knapp verfehlte!

Modell Türkei für die BRD – nein Danke!

KB/Gruppe Nürnberg





## Die „Grauzonen“ Debatte lenkt ab von unseren Aufgaben!

Es gibt heute eine „Grauzone“ im KB.

Diese Grauzone unter unseren Frauen, die sich momentan sogar zu einer „Strömung“ auswächst, wird repräsentiert von Genossinnen, die sich in der Auseinandersetzung um die Artikel „Die Scham ist vorbei“ (von Ha./Kl. aus Göttingen), „Utopismus und Entsolidarisierung“ und die „Grauzonen des Feminismus“ um die sogenannte „Zentrumsleitung“ (ZL) geschart haben.

Erklärtes Ziel dieser Genossinnen ist es, der KB-Frauenpolitik und der zentralen Arbeitsgruppe Frauen nachzuweisen, daß wir bisher „keine Ausrichtung“ in der Frauenpolitik, keine „Entwicklung einer marxistischen Frauenpolitik“ und keine „Analyse“ der bisherigen Frauenpolitik geleistet haben.

Ausgangspunkt und Hauptkritikpunkt ist bekanntermaßen, daß wir die Auseinandersetzung mit dem Feminismus in der BRD und den feministischen Strömungen im KB (den „Grauzonen“) schändlich vernachlässigt hätten, bzw. im „Arbeiterkampf“ und in der Organisation diese Strömung noch verstärken würden, da wir falsche Vorstellungen vom Kampf gegen den männlichen Chauvinismus hätten. Kennzeichnend für die ZL-Strömung unter unseren Genossinnen ist, daß sie sich nur ganz allgemein, theoretisch und von der bisherigen Praxis abgehoben mit unserer Frauenpolitik auseinandersetzen versuchen. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß diese Genossinnen

dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß diese Genossinnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit unserer Frauenpolitik bisher gar nichts oder nur wenig zu tun hatten. So können wir uns nicht wundern, daß sie in ihrem ersten Versuch, eine Kritik an unserer Frauenpolitik zu führen, ganz gehörig danebengegriffen haben und sich ausschließlich und „mit Vollauf“ auf eine in Bedeutung und Verbreitung heute relativ unwesentliche Erscheinung in der Praxis der Frauenbewegung gestürzt haben: den Feminismus. Kein einziger Artikel der ZL-Strömung hingegen befaßte sich mit den wirklichen, aktuellen Problemen unserer Frauenarbeit.

Wir wollen uns in diesem Artikel mit einigen Aspekten der Vorgehensweise und der Vorstellungen der ZL-Frauen auseinandersetzen. Außerdem wollen wir darauf eingehen, welche Fragen in der letzten Zeit in der Frauenbewegung eine Rolle gespielt haben und spielen und mit welchen realen Problemen und Aufgaben wir es heute wirklich zu tun haben.

### Schon immer Steine im Weg!

Wir wollen darstellen, welche Kräfte uns heute im KB in der Frauenpolitik zur Verfügung stehen. Dafür ist es unerlässlich, nochmals einen kleinen Rückblick auf die Entwicklung der KB-Frauenpolitik zu geben. Zur Zeit der recht starken Bewegung gegen den § 218 haben wir 1975 mit dem Aufbau der zentralen AG Frauen und später weiteren Frauengruppen im KB begonnen. Von Anfang an haben wir daran gearbeitet, die Problematik der Frauenunterdrückung, der doppelten Unterdrückung, möglichst allseitig zu untersuchen und einen Kampf dagegen zu entwickeln, im Arbeits- und Ausbildungsbereich, gegen den § 218, in Auseinandersetzung mit verschiede-

nen Strömungen in der Frauenbewegung... (Dies ist über Jahre alles nachzulesen in unserer Zeitung). Ein besonderes Anliegen unserer Arbeit war von Anfang an auch der Kampf gegen die Unterdrückung, die wir durch unsere Männer und Genossen erfahren. Die Frauenarbeit im KB hat schon damals zu einigem Unmut auf Seiten der Genossen geführt, wurde bespöttelt und beargwöhnt, oder gar als „Rückzug von der Politik“ angegriffen. Die Genossinnen unserer Organisation gewannen in dieser Anfangsphase viel Mut und Kraft, sich zur Wehr zu setzen und eine Arbeit in Frauenzentren, Betrieben, Schulen und Universitäten aufzunehmen. Die ständigen Angriffe auf unsere Frauenpolitik (daß eine Kommunistin ja wohl etwas „höhere“ Ansprüche hätte als „nur“ Frauenarbeit zu machen, nämlich eine „allseitige“ Politik) führten langfristig aber doch dazu, daß unter diesem Druck beim Abflauen der Bewegung gegen den § 218 Teile der Frauenarbeit wieder zusammenbrachen, Genossinnen resignierten, Frauengruppen sich auflösten, Genossinnen aus den Frauenzentren rausgingen. Diese „Wertschätzung“ unserer Frauenarbeit führte auch zu einer ständigen Fluktuation in der zentralen AG Frauen, aus der Genossinnen für „wichtigere“ Aufgaben abgeworben wurden bzw. weggingen.

Zu Beginn der Aufarbeitung unserer Krise und im Zusammenhang mit der KB-Kongressvorbereitung hat es einen erneuten Aufschwung in der Frauenarbeit gegeben, indem es wie immer bei Kongressvorbereitungen das einen erneuten Aufschwung in der Frauenarbeit gegeben, indem es wieder gelang, das Thema Frauenpolitik überhaupt auf KB-Versammlungen diskutierbar zu machen. In den meisten Einheiten wurde anhand der Erfahrungen der letzten Jahre („Sackgassen“-Artikel) und dem Referat zum KB-Kongreß entlang diskutiert, das einige Grundpositionen unserer Frauenpolitik zusammenstellt. Diese Diskussionen gestalteten sich allerdings oft sehr schwierig und schleppend; die Genossen waren vielfach nicht darauf vorbereitet und total desinteressiert; immer wieder mußten die Themen auf die Tagesordnungen gesetzt werden, wofür wir uns heute seitens der ZL-Fraktion auch noch den zynischen Vorwurf der „Hilflosigkeit“ in der Frauen Diskussion eingehandelt haben.

Einen Höhepunkt in der Aufarbeitung unserer Frauenpolitik bildete die erste Frauenversammlung im KB Anfang diesen Jahres, auf der unter den Schwerpunkten Frauenbewegung, Politik der Bourgeoisie, Bündnispolitik, Zeitungsarbeit und innerorganisatorische Strukturen diskutiert wurde. Auf dieser Versammlung ist deutlich geworden, an welchen einzelnen Fragen unterschiedliche Positionen bestehen, die noch nicht ausdiskutiert sind, z.B. bestehen Differenzen zur politischen Einschätzung von A. Schwarzer, zum Hausfrauenlohn, zur Walpurgisnacht, zur Arbeit in Frauengruppen/Frauenstammischen, zu Frauenzellen und zu den „autonomen Frauenstrukturen“ von MC (einer spanischen linken Organisation). Dies Modell einer autonomen Organisation von Frauen in einer kommunistischen Organisation, das zur Unterstützung gegen chauvinistische Tendenzen der Genossen und für die Stärkung der Selbständigkeit der Genossinnen entwickelt worden

ist, wird von einigen Genossinnen auch für unsere Organisation gefordert. (Nicht uninteressant ist, daß damals auch einige Genossinnen Anhängerinnen dieses Modells waren, die heute auf Seiten der ZL sind und die Schreckgespenster des „Geschlechterkampfes“ und „Feminismus“ als die Hauptfeinde in der Organisation ansehen).

Unsere Organisation befindet sich seit langer Zeit in der Krise, und damit auch die KB-Frauenpolitik. Von unseren Genossinnen machen ohnehin noch viel zu wenig eine spezielle Frauenpolitik, sodaß wir den großen Aufgaben in der Frauenbewegung nur unzulänglich gewachsen sind. Nun werden diese allzu wenigen Kräfte auch noch durch eine unsinnige Debatte um die Sophistereien der ZL-Fraktion geschwächt, die zur Bewältigung unserer konkreten Aufgaben absolut nicht beitragen.

Eine 2. KB-Frauenversammlung hat vor kurzem stattgefunden, um über die Attacken der ZL-Fraktion auf unsere Frauenpolitik zu diskutieren.

Folgende Differenzen sind deutlich geworden: Die Genossinnen um die ZL haben abweichende Vorstellungen

- zur Bündnispolitik
- zur Arbeit der AG Frauen
- zum Kampf gegen den männlichen Chauvinismus, d.h. zur Frage des sogenannten Geschlechterkampfes überhaupt.

Zur Auseinandersetzung um den Kampf gegen den männlichen Chauvinismus soll ein Artikel im AK 166 zur Auseinandersetzung um den Kampf gegen den männlichen Chauvinismus erscheinen. Wir werden uns hier auf die Frage der Bündnispolitik beschränken.

### Bündnispolitik – Missionsmentalität der ZL-Frauen!

Ein Tag nach der Frauenversammlung erschien der AK 163, in dem einige Vorstellungen zur Bündnispolitik nachzulesen sind. Der Genossin Ti. (S.50) „scheinen mehrere Fragen (wichtig), die alle die Rolle der politischen Auseinandersetzung im Verhältnis der kommunistischen Organisation zu demokratischen, liberalen, feministischen usw. Strömungen und Gruppierungen betreffen“.

Die Genossin Ti. wendet sich in ihrem Artikel gegen die Genossin B., die im AK 161 schrieb: „Wir arbeiten heute in einer Frauenbewegung, die sich größtenteils aus kleinbürgerlichen Frauen zusammensetzt (zu einer Arbeiterinnenbewegung gibt es erst kleine Andeutungen). Und wenn uns das alles zu feministisch und unrevolutionär wäre, könnten wir gleich die Frauenarbeit aufgeben“. Was meint nun die Genossin B. damit?

Sie stellt erstens fest, daß es heute keine nennenswerten Ansätze für eine Frauenbewegung in den Betrieben gibt. Zweitens stellt sie fest, daß wir, wollen wir überhaupt mit der Frauenbewegung zusammenarbeiten, uns erstmal mit dem befassen müssen, was vorhanden ist, und das ist nun mal eine schillernd zusammengesetzte Frauenbewegung aus Kleinbürgerinnen, bürgerlichen Frauen, Sozialdemokratinnen, DKP-Frauen, sich autonom, feministisch, sozialistisch, demokratisch, liberal usw. verstehenden Frauen.

Wie wir in dieser Bewegung mitarbeiten, darüber hat B. überhaupt keine Aussage gemacht!

Die Genossin Ti. kontert darauf, daß uns die Sicht für den dialektischen Zusammenhang zwischen ideologischer Auseinandersetzung und Bündnis- oder Massenpolitik verlorengegangen sei: „Frau müßte doch m.E. gerade umgekehrt sagen: weil uns das zu feministisch und zu unrevolutionär ist, müssen wir die Frauenarbeit verstärken und daran arbeiten, das politische Niveau von Frauengruppen, in denen wir arbeiten, zu heben, revolutionäre Vorstellungen stärker in die Frauenbewegung hineintragen usw. Dazu ist es aber eine unbedingte Voraussetzung, sich inhaltlich genau und exakt von feministischen und unrevolutionären Vorstellungen abzugrenzen.“ (Ti., S. 50) Am Vortrag auf der Frauenversammlung haben Ti. und andere ZL-Frauen diesen Standpunkt noch etwas drastischer vertreten, nämlich: ehe wir überhaupt zu gemeinsamen Aktionen mit der Frauenbewegung kommen, ehe man sich zu Aktionen zusammenschließt, müsse man das Trennende diskutieren.

Kennzeichnend für die bedenkenlose Verwurstung Lenins durch einige ZL-Frauen ist die Tatsache, daß triumphierend erklärt wurde, Lenin selbst habe ja schließlich erklärt: „Bevor man sich vereinigt, muß man sich erst einmal voneinander abgrenzen“ (z.B. in „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück“). Ganz richtig, nur spricht Lenin dort unmissverständlich vom Zusammenschluß der revolutionären Partei, während nur spricht Lenin dort unmissverständlich vom Zusammenschluß der revolutionären Partei, während die ZL-Frauen dieses Zitat auf Aktionseinheiten, auf unser Herangehen an demokratische Bewegungen angewendet sehen wollen!

Wir haben in der letzten Zeit allerdings gute Erfahrungen damit gemacht, daß wir zusammen mit anderen Frauengruppen erstmal die gemeinsamen Interessen diskutiert haben, um eine gemeinsame Aktion zustande zu bringen. Dabei kamen selbstverständlich – wie beim Thema „Frauen zum Bund – Nein danke“ – sehr schnell auch Differenzen mit auf den Tisch.

„Wenn wir sagen, daß die Kommunisten für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen stellen, keinen ‚Führungsanspruch‘ haben, so lehnen wir allerdings genauso entschieden die revisionistische Auffassung ab, zugunsten der Aktions-einheit sollte ‚Alles Trennende in den Hintergrund treten‘. Aktionseinheit bedeutet keineswegs Vertuschen vorhandener Gegensätze“ (KAB-AZ, Nr.2).

Ein gutes Beispiel der jüngsten Zeit in diesem Sinne sind die Einigungsgespräche von Grünen und Buntten zur Bundestagswahl 1980, in denen es um die Erstellung eines gemeinsamen Programms geht. In dieser Diskussion vorhandene Gegensätze nicht zu vertuschen, heißt zum Beispiel für uns, daß der Kampf gegen den § 218 für uns unverzichtbarer Bestandteil eines Programms sein sollte und daß wir in so einem Bündnis so viele von unseren Vorstellungen durchzusetzen versuchen, wie irgend „machbar“ ist.

„Eine weitgehende Unfähigkeit in unseren Reihen ist in dem Punkt zu bemerken, mit ‚gemischt demokratischen Standpunkten‘ von Bündnispartnern auszukommen, daran diskutieren zu können.... Oft wird

an solche Leute so rangegangen, daß nur der unsinnige Teil einer Position, einer Aussage gesehen, das Richtige aber übersehen und dieser potentielle Bündnispartner abgeschrieben, vor den Kopf gestoßen wird“ (UW 26, S. 12).

Die Genossin Ti. will „revolutionäre Vorstellungen stärker in die Frauenbewegung hineintragen“. In diesem Zusammenhang kritisiert sie die Auffassung, „daß ein Maßstab für die Herausbildung kommunistischer Positionen der politische Entwicklungsstand unserer Bündnispartner oder gar das politische Klima in der Gesellschaft sein muß“. Ti. spricht davon, daß es in der Zeit der Repression schwer sei, eine kommunistische Bündnispolitik zu machen und daß wir diese Phase unserer Arbeit nur überstehen könnten, ohne uns anzupassen, unterzugehen, wenn wir uns gegen unterwandernde Einflüsse abschotten, wie sie sagt: „Die Konturen wieder schärfer ziehen!“ Wenn wir Vorstellungen in die Frauenbewegung hineintragen, so wird die „Schärfe der Auseinandersetzung“ unserer Meinung nach sehr wohl von den konkreten Bedingungen abhängig sein. Es müssen immer ganz konkret und differenziert ORT, ZEIT und BEDINGUNGEN berücksichtigt werden, um das im Interesse der Sache Beste herauszuholen und sich nicht um der „Konturen“ willen von vornherein ins Abseits zu stellen.

Ti. meint, „daß die Kommunisten ihren Bündnispartnern etwas vorzuziehen, nämlich die wissenschaftliche Sicht der Gesellschaft usw. Wenn man/frau nicht mehr davon ausgeht, daß es darum geht, möglichst viele unserer Genossen und Sympathisanten in Betriebs-, Frauengruppen, AK-Leser usw. auf diesen Stand herauszuführen, dann kann man die politisch-ideologische Auseinandersetzung natürlich nur als sektiererisch oder gar – vermischt mit sich gesetzmäßig einstellender Demagogie – als elitär und überheblich bezeichnen“. Im UW 25, S. 19 („Bündnis“-Papier zum Vorkongreß) hieß es noch: „Es ist immer noch die Haltung anzutreffen, als hätten ‚Kommunisten‘ sozusagen schon durch ihre Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation mehr politisches Verständnis, mehr ‚Durchblick‘ als andere Menschen, und von daher den missionarischen Auftrag, den anderen Menschen die ‚richtigen‘ Vorstellungen zu vermitteln. Diese Haltung ist selbstverständlich falsch und erschwert die Entwicklung einer Bündnispolitik. Insbesondere eine relativ junge Organisation wie unsere hat viel zu lernen, auch von bürgerlichen Demokraten, von Umweltschützern, von Sozialdemokraten, von jüdischen Antifaschisten, von Liberalen usw. Lernen heißt nicht opportunistische Anpassung, sondern hinhören, diskutieren und kritisch prüfen“. Bezogen auf unsere Frauenpolitik bedeutet das, daß es uns in Bündnissen wenig nützt, wenn wir nur mit der „wissenschaftlichen Sicht der Gesellschaft“ herumhantieren und allzuoft und immer noch als linke Kommentatoren die Bewegung belügen. Wir selbst sind für unsere Arbeit z.B. auf Untersuchungen und Enthüllungen zur Lage der Frau, die heute von den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung veröffentlicht wer-



den, angewiesen. Wir profitieren von der Bewegung, sie u.U. von unseren Veröffentlichungen. Die Bewegungen um uns herum müssen als „Bereicherungen unseres eigenen Kampfes“ angesehen werden, wie F. in „Thesen zur Krise“ (AK 162) schrieb.

### Zu welchen Problemen arbeitet die Frauenbewegung heute?

In der heutigen Frauenbewegung findet eine Entwicklung in die Richtung statt, sich zunehmend mit den realen Problemen der Masse der Frauen auseinanderzusetzen, sodaß exotische Themen über kräuter-kochende Medizinfrauen, Matriach in der Steinzeit, Mythen von Mutter-Kind-Bindungen und vom weiblichen Mond, sogar Fragen der Sexualität sehr in den Hintergrund getreten sind. Artikel wie der von Janssen-Jurreit im AK 164 liegen daher völlig abseits von unseren Aufgaben, binden allenfalls Kräfte an ganz falschen Stellen und schwächen uns so in der Auseinandersetzung mit den reformistischen und revisionistischen Strömungen in der Frauenbewegung. Im Folgenden wollen wir einen Überblick über einige aktuelle Arbeitsfelder der Frauenbewegung geben.

§ 218  
In den letzten Monaten ist die öffentliche Diskussion um den § 218 erneut entflammt, ausgelöst durch

die Demagogien konservativer Vertreter der Ärzteschaft, der Katholischen Kirche und der CDU/CSU. Diese Politik, die auch vor dem Hintergrund der kommenden Wahlen gesehen werden muß, zielt darauf ab, die Abtreibung generell wieder zu kriminalisieren. Dagegen gibt es in der Frauenbewegung bereits breiten Protest. Am 9.11. - 11.11. wird auf Initiative des Frankfurter Frauenzentrums ein bundesweites Treffen aller § 218-Gruppen stattfinden.

In einem gesonderten Artikel (AK 166) werden wir uns mit den Gruppen auseinandersetzen, die heute im Kampf gegen den § 218 Einfluss haben, und wie sich die bürgerlichen Parteien und linke Organisationen dazu verhalten. Festzustellen ist jetzt schon ein verstärktes Eingreifen sozialdemokratischer und DKP-Frauen in diese Bewegung, während der „Feminismus“ kaum eine Rolle spielt.

### Frauen-Arbeit

In den letzten zwei Jahren haben wir es nicht hauptsächlich mit den sogenannten Radikalfeministinnen zu tun; mit einer Ausnahme vielleicht: auf dem Büroarbeiterinnenkongress im Oktober 1978.

Das Treffen von Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Berufen war wohl der erste Ansatz von Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, sich mit Problemen von berufstätigen Frauen auseinanderzusetzen. Das war im

Sommer 1977. Inzwischen haben insgesamt vier Kongresse der „Technikerinnen“ stattgefunden und die Arbeit der einzelnen Gruppen, die sich an diesem Thema bildeten, hat sich stabilisiert. Die Frauen arbeiten in der Regel berufs- bzw. ausbildungsspezifisch und entwickeln Forderungen, um ihre Situation zu verbessern und die besondere Diskriminierung von Frauen in männer-beherrschten Berufen zu bekämpfen. Die Zahl der Teilnehmerinnen stieg von anfänglich 60 Frauen auf 270 Frauen.

Von Anfang an arbeiteten auch Frauen der DFI in diesem Bereich mit, die sonst auf Veranstaltungen der autonomen Frauenbewegung kaum bzw. gar nicht zu sehen waren.

Es wurden und werden eine ganze Reihe von Frauen angesprochen, die mit der Frauenbewegung an sich wenig zu tun haben, aber unter der besonderen Diskriminierung im Beruf leiden und dagegen etwas tun wollen.

Der zweite Bereich, in dem sich Frauen aus berufsspezifischem Interesse zusammenschließen, ist ein typischer Frauenbereich: Sozialarbeit und Pädagogik. Über 1000 Frauen trafen sich im November 78 zu einem Kongress mit dem Thema: Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern. Organisiert wurde dieser Kongress nicht, wie sonst meistens, von einem Frauenzentrum, sondern vom Verein für „Sozialwissenschaft-

liche Forschung und Praxis für Frauen.“ Die Initiatorinnen dieses Kongresses haben damit mobilisiert, daß eine „feministische Theorie“ für Frauen in Sozialarbeiterberufen entwickelt werden müsse. Diese Ideen wurden über Fachzeitschriften verbreitet. Aber gekommt sind die Frauen aus der Praxis, vor allem aus beruflichem Interesse, weniger aus Interesse an speziellen frauenspezifischen oder feministischen Fragestellungen.

Der nächste große Kongress war das „Frauenforum im Revier“, eine Weiterbildungswoche für Frauen von Frauen, im März 1979. Das „Frauenforum im Revier“ war ein wichtiger Schritt raus aus dem Insiderkreis. Die Vorbereitung des Frauenforums konnte gründlicher laufen als die anderer Kongresse, da zwei Frauen für diese Arbeit bezahlt wurden. Es wurde sehr breit mobilisiert und Wert darauf gelegt, daß sich Hausfrauen und Arbeiterinnen auch angesprochen fühlten. Es kamen über 5000 Frauen.

Themen des Forums waren: Frauenarbeit, Frauenarbeit in Haushalt und Familie, Frauenerwerbsarbeit und Frauenarbeit im Bildungsbereich.

### Frauen gegen Atom und Militär

Die im Moment letzte Stufe dieser Entwicklung der Öffnung der Frauenbewegung und des Herauskommens der Frauen aus den Zentren war der „Courage“-Kongress „Frauen gegen Atom und Militär“ im September

diesen Jahres.

Dieser Kongress wurde direkt von der „Courage“ vorbereitet; beteiligt waren aber die verschiedensten Frauen und Organisationen.

Es ist schon ein Novum, wenn sich Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, aus der Ökologiebewegung, aus BI's, aus alternativen Listen, aus bürgerlichen Parteien, aus linken Organisationen, und Frauen aus dem traditionellen Antimilitarismus- und Friedensbewegungskreis treffen, um gemeinsame Strategien für den Kampf zu entwickeln.

In dieser Entwicklung hat die Auseinandersetzung mit sozialdemokratischem Gedankengut und mit dem Revisionismus einen viel größeren Stellenwert bekommen als die Auseinandersetzung mit den radikalen Feministinnen. Berufstätigkeit der Frau ist zum Beispiel schon immer ein Thema der Sozialdemokraten gewesen, ebenso für die DKP bzw. DFI. Antimilitarismus und Friedensbewegung ist traditionelles Terrain der DKP.

Hier gilt es für uns, in Zukunft das Schwergewicht in der Auseinandersetzung zu legen! Auch in der Politik um die Bundestagswahlen 1980 bekommt die Auseinandersetzung mit SPD- und DKP-Frauen besondere Bedeutung. Wenn sich die ZL-Frauen daran beteiligen wollen, sind sie willkommen!

Frauen der AG Frauen Hamburg, mit Unterstützung anderer Genossinnen

# Zur Entwicklung der Frauenbewegung

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL-Fraktion angezettelte Debatte um unsere Frauenpolitik (Motto: „Feminismus Hauptfeind“) auf den harten Boden der Wirklichkeit zu transportieren. Damit soll abstraktem und abgehobenem Geschwätz über den „ideologischen Kampf als solchen“ oder „Hauptseite/Nebenseite“ ebenso entgegengetreten werden wie der Legendenbildung im Stil von „Waffenstillstand nach innen und außen gegenüber den kleinbürgerlichen Fehlströmungen in der Frauenbewegung“. Gezeigt werden soll, wo heute real die Schwerpunkte in der Frauenbewegung liegen, was unser Beitrag dabei ist und wo die zentralen Aufgaben für uns liegen. Im nächsten AK wollen wir diesen Einstieg fortsetzen mit Artikeln zum neuen Aufschwung der Bewegung gegen den § 218 und zur sozialdemokratischen/gewerkschaftlichen Frauenpolitik.

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL-Fraktion angezettelte Debatte um unsere Frauenpolitik (Motto: „Feminismus Hauptfeind“) auf den harten Boden der Wirklichkeit zu transportieren. Damit soll abstraktem und abgehobenem Geschwätz über den „ideologischen Kampf als solchen“ oder „Hauptseite/Nebenseite“ ebenso entgegengetreten werden wie der Legendenbildung im Stil von „Waffenstillstand nach innen und außen gegenüber den kleinbürgerlichen Fehlströmungen in der Frauenbewegung“. Gezeigt werden soll, wo heute real die Schwerpunkte in der Frauenbewegung liegen, was unser Beitrag dabei ist und wo die zentralen Aufgaben für uns liegen. Im nächsten AK wollen wir diesen Einstieg fortsetzen mit Artikeln zum neuen Aufschwung der Bewegung gegen den § 218 und zur sozialdemokratischen/gewerkschaftlichen Frauenpolitik.

### Veränderungen bei der DFI

Bis vor ca. 2 1/2 Jahren betrieb die DKP kaum eine aktive Frauenpolitik. Vereinzelt Artikel über Lohnfragen und spießige Familienportraits; zum 8. März ein paar rote Nelken vom Betriebsvorstand zum „Ehrentag der Frau“ – das war's denn auch.

Mit dem Kongress der DKP-dominierten „Demokratischen Fraueninitiative“ im Frühjahr 1977 in Oberhausen (Gründung der DFI bereits 1976) sollte sich dieser Zustand ändern (zum Kongress vgl. AK 104).

DKP-nahe Gründungsmitglieder arbeiteten eine Arbeitsgrundlage aus, in der viel über „Demokratisierung der allgemeinen Lebensverhältnisse“, „Erhaltung des Friedens, allgemeine Abrüstung und Völkerverständigung“ steht, wenig aber über spezifische Frauenprobleme.

Die DFI dehnte sich trotzdem zunächst relativ schnell aus. Heute gibt es nach eigenen Angaben ca. 70 DFI-Gruppen im ganzen Bundesgebiet. Zum Teil bestehen sie nur aus DKP- bzw. MSB-Frauen und ihrem allerengsten Umfeld; in manchen Gruppen wurden aber auch recht erfolgreich politisch relativ ungebundene und z.T. noch unerfahrenen Frauen organisiert. In der DFI treffen sich neben DKP-Frauen, die noch nicht den Anspruch haben, die bürgerliche Familienideologie bei sich und anderen infrage zu stellen, auch Frauen, die etwas tun wollen gegen die Benachteiligung der Frau, die den Anspruch haben, Öffentlichkeitsarbeit zu machen und politisch tätig zu sein.

Innerhalb der DFI weitgehend widerspruchlos die Politik in dem von der DKP vorgesehene thematischen und bündnispolitischen Rahmen durchgesetzt. „Frieden und Abrüstung“ sowie Frauenarbeitslosigkeit waren die hauptsächlichlichen Themen von Flug-

blättern und Info-Ständen der DFI. Aktionseinheiten außerhalb des traditionellen Bündnisrahmens der DKP mied die DFI wie der Teufel das Weihwasser.

### Widersprüche in einzelnen Gruppen

blättern und Info-Ständen der DFI. Aktionseinheiten außerhalb des traditionellen Bündnisrahmens der DKP mied die DFI wie der Teufel das Weihwasser.

### Widersprüche in einzelnen Gruppen

Die „Courage“ veröffentlichte im April dieses Jahres die Austrittserklärung einer Hamburger DFI-lerin, die diese Politik angriff und die kritisierte, mit welcher und demokratischen Methoden sie z.T. durchgesetzt wurde.

Diese Kritik wird, wenn auch nicht unbedingt in der Schärfe und mit der Konsequenz des Austritts, von einem nennenswerten Teil der DFI geteilt. (Ein Ausdruck davon sind die Leserbriefe in der „Courage“ 8/79.) Die DFI-Gruppe Köln-linksrheinisch formulierte in einem Info ihre Kritik an der Arbeitsgrundlage der DFI. Zur Entwicklung dieser Kritik schreiben die Frauen:

„Im Oktober 1978 fand ein erstes Regionaltreffen der DFI-Gruppen aus NRW statt. Die hier stattgefundenen Diskussionen waren der Auslöser für eine Grundsatzdiskussion über das Selbstverständnis unserer Gruppe, in der wir Ergänzungen zu der allgemeinen DFI-Arbeitsgrundlage erarbeiteten. (...) Wir kamen zu der Auffassung, daß wir bisher zu wenig Frauen-Gruppen waren und zu wenig die Bedürfnisse und Probleme der einzelnen Frauen berücksichtigt haben, sondern mehr an allgemeipolitischen Problemen gearbeitet haben, von denen Frauen natürlich auch betroffen sind ... Wir meinen, daß unsere Arbeit darin bestehen muß, gegen unsere Diskriminierung nicht nur auf gesellschaftspolitischer Ebene zu kämpfen ..., sondern auch auf der subjektiv erfahrbaren Ebene, die für uns eine nicht zu trennende Einheit darstellen und in Wechselbeziehung zueinander stehen.“ (Hervorhebungen im Original).

Auch das Funktionalisieren der DFI für die Bündnispolitik der DKP wird kritisiert:

„Was die Zusammenarbeit mit der demokratischen Bewegung in anderen Bereichen unserer Gesellschaft angeht, so sehen wir zwar auch, daß hier Probleme aufgegriffen werden, von denen auch Frauen betroffen sind. Aber ebenso wie diese Gruppen einen Schwerpunkt bearbeiten (Chile, Berufsbote, Abrüstung usw.), ist es unsere Sache, vorrangig Frauenprobleme zu bearbeiten. Es erwartet niemand von diesen Gruppen, sich speziell mit Frauenfragen zu beschäftigen (obwohl das sicher kein Fehler wäre!), von uns jedoch erwartet man, daß wir zu allen wichtigen gesellschaftspolitischen Problemen und Ereignissen etwas sagen oder tun. Damit drängt man uns Frauen wieder in die traditionelle Rolle, hauptsächlich für andere dazusein. Das bedeutet letztendlich Verzicht auf unsere eigene Arbeit, uns für unsere Bedürfnisse und Interessen einzusetzen

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen.“ Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linksrheinisch) auch nicht mehr gefallen lassen.

### und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“

Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linksrheinisch) auch nicht mehr gefallen lassen.

Auch in anderen Städten gibt es Diskussionen, in denen die bisherige Arbeit der DFI kritisch unter die Lupe genommen wird. Die „Courage“-Veröffentlichung war häufig nur letzter Anstoß dafür.

Einerseits als Reaktion auf wachsende Kritik von Frauen in der DFI, andererseits auch, um mehr Frauen zu erreichen, läßt die DFI seit einiger Zeit auch Abweichungen von dem starren Konzept ihrer Frauenpolitik zu. Seit dem Frühjahr dieses Jahres gibt es verschiedentlich Ansätze zu einer Zusammenarbeit der DFI mit anderen Teilen der Frauenbewegung:

In Flensburg schickte die DFI eine Grußadresse zum Frauenfest der Frauenzentrumsinitiative am 8. März. In Bremen beteiligte sich die DFI (samt dazugehöriger DKP-Funktionärinnen) am 1. Mai am Frauenblock und unterzeichnete sogar gemeinsam u.a. mit Frauen der Alternativen Liste ein Flugblatt zum § 218.

In Hamburg hat es zum Thema „Frauen zum Bund?“ eine Veranstaltung gegeben, auf der die Vertreterin der DFI u.a. mit Frauen der Bunten Liste und der „Courage“ auf einem Podium saß.

In NRW beteiligte sich die DFI an der § 218-Demo der NRW-Frauengruppen.

Kennzeichnend für die beiden letzten Beispiele ist allerdings, daß die DKP-Funktionärinnen in der DFI große Schwierigkeiten in den Bündnisverhandlungen machten: So versuchten sie in Hamburg, u.a. die „Courage“ aus der Veranstaltung herauszuhalten; in NRW bestanden sie zusätzlich zur gemeinsamen Rede auf einem eigenen Beitrag.

Auch der kürzlich erschienene DFI-Kalender „Wir Frauen '80“ zeigt, daß die DKP nicht so ohne weiteres bereit ist, von ihren traditionellen inhaltlichen und bündnispolitischen Vorstellungen zur Frauenpolitik abzurücken, obwohl es auch innerhalb der DFI Kritik am Vorjahreskalender gegeben hat.

Hat die DKP bis vor kurzem nicht das geringste Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung gehabt, so liegt die z.T. veränderte Taktik heute sicherlich zum großen Teil an den Themen, denen sich in letzter Zeit die Frauenbewegung zuwendet – Militarisierung, Strauß, § 218 –, wohl aber auch an der Zusammensetzung der heutigen Frauenbewegung, denn viele von den Frauen, die heute aktiv sind, stehen nicht in der Tradition der letzten 10 Jahre.

Hier rechnen sich die Revisionisten Einflußmöglichkeiten aus und wollen sie sich nicht durch allzu krasse sektiererische Fehler verbauen.



### Frauen gegen Militarismus und Krieg

Eines der herausragenden Ereignisse der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongress am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der „Courage“ waren dort Frauen aus den verschiedensten Gruppen zusammengekommen: aus der autonomen Frauenbewegung, aus der Ökologiebewegung, den Bürgerinitiativen gegen AKWs, aus den bürgerlichen Parteien und alternativen Listen, und Frauen aus der antimilitaristischen- und Friedensbewegung. Einmalig für die (bisherige) Frauenbewegung in der BRD war dieser Kongress aus zwei Gründen: Es hat bislang noch keinen Kongress gegeben, bei dem Frauen mit so unterschiedlicher politischer Herkunft miteinander diskutiert und gearbeitet haben. Darüber hinaus war es das erste Mal, daß sich größere Teile der Frauenbewegung mit diesem Thema beschäftigt haben – denn obwohl die öffentliche Diskussion um das Thema „Frauen in der Bundeswehr“ in den letzten 1 1/2 Jahren verstärkt geführt worden ist, hatte sich die Frauenbewegung bisher eher aus dieser Debatte herausgehalten.

Wir wollen versuchen, hier einen ersten (sicher nicht vollständigen) Überblick zu geben über die verschiedenen Kräfte, die zu diesem Thema bisher aktiv geworden sind, und über die unterschiedlichen Positionen, die innerhalb der Frauenbewegung und der antimilitaristischen- und Friedensbewegung zu diesem Thema vertreten werden.

Alice Schwarzer griff bereits im Juni 1978 in die damals gerade begonnene aktuelle Debatte mit einem Leitartikel in der „Emma“ ein. Sie distanzierte sich zwar ausdrücklich von dieser Bundeswehr: „... kann es uns nicht um die Integration von Frauen in diese Männerbünde, nicht um unseren jetzigen Eintritt in diese Bundeswehr, die den Frieden eher schwerer als leichter macht, gehen“. Trotzdem stellte sie schon damals die grundsätzliche Forderung des Zugangs für Frauen zu allen Machtbereichen, auch zum Militär“ auf. Damals schloß sie ihren Leitartikel mit dem Satz: „Und von der Möglichkeit, den eigenen Frieden auch selbst verteidigen und notfalls sogar selbst erkämpfen zu können – davon können und dürfen Frauen sich nicht länger ausschließen lassen“.

Bis zum Ende des Jahres wurde dann in der „Emma“ eine recht ausführliche, kontroverse Diskussion zu diesem Thema geführt.

Alice Schwarzer, von den Militäristen in der Folgezeit häufig und

gern als Beleg dafür zitiert, daß die Einbeziehung in die Bundeswehr einen weiteren Schritt der Emanzipation der Frauen darstellen würde, stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kommentar in der Oktober-„Emma“ (79) noch einmal das Gegenteil bestätigt: Hier schließt sie sich nicht nur der pseudo-linken Argumentation von Karsten Voigt (SPD) an, sondern greift sogar die offizielle Version vom „Verteidigungsauftrag“ der Bundeswehr auf: „Krieg ist notwendig und nur legitim zur Verteidigung. Doch gerade die, die an den Sinn einer solchen Verteidigung hier und heute glauben, dürfen Frauen davon nicht ausschließen. Wir waren schließlich lange genug wehrlose Opfer ... Entweder wird der Waffendienst Frauen und Männern unterstellt, oder aber auch Frauen haben den Zugang zum Militär – wenn wir wollen. Und das auf allen Ebenen, bis in die Spitzen der Hierarchie hinein“. Die „Courage“ setzte sich erstmals im Januar 1979 mit den von Alice Schwarzer vertretenen Thesen in einem kurzen Artikel auseinander, und bezog eindeutig Position: „Da sind einige, die sagen, wir Feministinnen wollten ins Militär ... Wir dagegen erklären feierlich: Wir denken weder daran, euch industrielle Männer-Bund-Wehr von den bösen Russen (oder gar wieder den Russinnen?) zu verteidigen, noch wollen wir euch vor euren momentanen Brüdern, den Franzosen, Engländern und Amerikanern schützen ... Ihr werdet uns nicht los, indem ihr uns in den nächsten Krieg schickt. Denn den führen wir gegen euch – nicht gegen unsere französischen Schwestern in von euch ausgedachten Schützengräben ...“ Die „Courage“ hat dann die Initiative für den Kölner Frauen-Kongress ergriffen, und hat sich in der September- und Oktober-Ausgabe ihrer Zeitung mit dem Thema Frauen-Militarisierung auseinandergesetzt (mit Beiträgen von Peggy Parnass, von israelischen und amerikanischen Soldatinnen, die sich gegen die Militarisierung der Frauen wenden, sowie mit Beiträgen gegen die „Zivilen Dienste“ von Frauen, die ins militärische Kalkül mit einbezogen werden).

Die Frauenzeitung „Protokolle“ (Verlag Frauenpolitik Münster) stellte ihre 25. Ausgabe unter das Schwerpunkthema „Frauen im Militär – Arbeitsdienst für Frauen“. Abgedruckt sind Beiträge von Frauen aus der Friedensbewegung, der Frauen- und Ökologie-Bewegung. Diskutiert wird die Frage der „radikalen Kriegsdienstverweigerung“ als mögliche Perspektive des Kampfes gegen die



Frauenmilitarisierung. Auseinandergesetzt wird sich darüber hinaus mit der schleichenden Militarisierung der Frauen durch die Propagierung des „Sozialen Jahres“.

Neben den Beiträgen von Frauen aus der Frauenbewegung, die sich vor allem auf die aktuelle Auseinandersetzung um die Frage der Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr beziehen, haben eine Reihe von Frauen aus der antimilitaristischen und Friedensbewegung wichtige, grundlegendere Fragen der Frauenmilitarisierung aufzuarbeiten versucht. So schrieben Hanne Birkenbach und Eva-Maria Bannach-Epple bereits im Juni 1977 in den „Antimilitarismus-Informationen“ Beiträge zu Themen wie „Die Meinung der Frauen zur Bundeswehr“, „Gedanken über den geringen antimilitaristischen Organisationsgrad von Frauen“, eine Analyse zu „Frauen in der Bundeswehr“.

Eva-Maria Bannach-Epple (übrigens einziges weibliches und oppositionelles Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK) hat im Oktober 1978 die Initiative ergriffen zur Herausgabe von Rundbriefen zum Thema „Frauen gegen Kriegsdienste“. Über diese „Rundbriefe“ regte sie das erste antimilitaristische Frauentreffen an, das im Mai dieses Jahres zustandekam – unter Beteiligung von ca. 70 Frauen aus Frauengruppen, aus DFG/VK-Gruppen, der ASF (SPD-Frauen), Frauen aus der Graswurzelbewegung, KB-Genossinnen und Frauen aus kirchlichen Gruppen.

Die Frauen der Graswurzel-Bewegung haben seit einiger Zeit mit einer kontinuierlichen Berichterstattung zum Thema „Frauen zum Bund“ angefangen. In ihrer Zeitung „Graswurzel-Revolution“ werden Themen aufgegriffen wie: Die Militarisierung der Frauen in Griechenland; Problematik der Schwesternhelferinnen; Beiträge zur aktuellen Auseinander-

setzung aus der Sicht der Graswurzel-Frauen. Als eine Möglichkeit der Gegenwehr propagieren sie die vorbeugende Verweigerung der Zwangsdienstverpflichtung, zu der Frauen nach den Notstandsgesetzen herangezogen werden können.

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SODZDL) hat sich auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz im Herbst 1978 gegen die Pläne für eine allgemeine Dienstpflicht ausgesprochen. In ihrer Zeitung „DISKOFO“ (Jan. 79) wird ausführlich zu diesem Thema berichtet: Geschichte der Frauenmilitarisierung in der BRD, unter dem Hitlerfaschismus; Frauen in der Armee in Israel und den USA. In einem „Offenen Brief an die EMMA“ schreibt die Redaktion: „Wir fragen Euch: Welche Macht ist es, die ihr da erobern wollt? Ist es die Macht, in anderen Ländern einzumarschieren, Völkermord zu begehen? ... Wollt ihr teilhaben an der ‚Macht‘, im Innern für ‚Ruhe und Ordnung‘ zu sorgen? ... Wollt ihr tatsächlich ‚gleichberechtigt‘ mit den Männern durch den Schlamm kriechen, euch unterordnen unter sinnlose Befehle?“

Wesentliche Aktivitäten gegen die Frauenmilitarisierung gehen heute auch aus von Frauen aus der traditionellen (DKP-nahen) Friedensbewegung. Die Wochenzeitungen „Tat“ und „DVZ“ berichten regelmäßig; die „Zivilcourage“ (Mitgliederzeitung der DFG/VK) beschäftigt sich in zwei Ausgaben ihrer Zeitung schwerpunktmäßig mit diesem Thema. Gemeinsam ist allen diesen Stellungnahmen, daß sie die Vorbereitungen für die Militarisierung der Frauen einordnen in die wachsende Gefahr des Wettrüstens, die den „weltweiten Entspannungsbegehren“ entgegenstehe. „Die Einführung einer Wehrpflicht für Frauen steht im Widerspruch zu den Bemühungen um Entspannung und Ge-

waltverzicht, den Erfordernissen zur Einschränkung des Wettrüstens, zur Truppenreduzierung und den Bemühungen um Abrüstung“ (Presseerklärung des DFG/VK-Bundesvorstandes, 24.2.79).

In eine ähnliche Richtung geht auch die „Stellungnahme von 83 Frauen“ (unter ihnen viele Schriftstellerinnen, Schauspielerinnen, Ärztinnen, usw.), die im Juni dieses Jahres veröffentlicht wurde: „Frauenpflicht würde unsere Gesellschaft von Grund auf militarisieren. Das ließe der Hauptaufgabe zuwider, die sich der Bundesrepublik heute stellt: die Entspannungspolitik fortzusetzen und keinesfalls durch Maßnahmen auf militärischem Gebiet zu stören ... Wir Frauen wissen schon lange, daß ein würdevolles Leben für Mann und Frau sich nur entfalten kann, wenn der Rüstungshaushalt entschieden gekürzt wird“ („Tat“, 15.6.79).

Die gleiche politische Stoßrichtung findet sich selbstverständlich auch in den Stellungnahmen der DFL.

Auch Teile der grünen und Ökologiebewegung haben deutlich gegen die Frauenmilitarisierung Stellung bezogen. Beispielsweise seien hier nur zwei Stellungnahmen zitiert: Die AUD setzte sich im Dezember '78 in den „Unabhängigen“ mit der „Emanzipationsthese“ von Alice Schwarzer auseinander.

Auch Petra Kelly, Spitzenkandidatin der Grünen bei den Euro-Wahlen, engagiert sich heute an dieser Frage – sie hielt eines der Referate auf dem Kölner Frauenkongress.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die Initiativen, die aus gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kreisen gegen die Frauenmilitarisierung ergriffen worden sind. So sprachen sich die Jungsozialistinnen gegen die „Öffnung“ der Bundeswehr für Frauen aus; Frauen aus der ASF

beteiligten sich an Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Die 10. Frauenkonferenz der IG Metall sprach sich gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und gegen eine Dienstpflicht für Frauen aus; sie forderte den Vorstand der IG Metall auf, „entschieden und öffentlichkeitswirksam gegen alle Pläne zur Integration der Frauen in die Bundeswehr einzutreten; über Artikel in allen gewerkschaftlichen Publikationen das notwendige Problembewußtsein in der Mitgliedschaft zu schärfen.“

#### Wie weiter?

Aufgrund dieses ersten Überblicks über den Stand der antimilitaristischen Frauenarbeit wollen wir versuchen, einige Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen:

Gegen die Frauenmilitarisierung engagieren sich heute Frauen aus den unterschiedlichsten politischen Gruppen und Organisationen; dementsprechend gibt es heute weder eine gemeinsame Einschätzung über die Gefahr einer Frauendienstpflicht/Öffnung der Bundeswehr für die Frauen, noch gibt es bislang eine gemeinsam erarbeitete und getragene Perspektive, wie der Kampf gegen die Frauenmilitarisierung zu führen ist. Allerdings ist es heute möglich, trotz unterschiedlicher politischer Positionen gemeinsam zu diskutieren und gemeinsame Aktivitäten zu planen, und zwar über die Grenzen der traditionellen „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ hinweg.

Deutlich wurde dies nicht nur beim Kölner Frauenkongress, sondern auch in einer Reihe von Podiumsdiskussionen, die gemeinsam von Frauen aus den Gewerkschaften, Sozialdemokratinnen, DFL- und DFG/VK-Frauen, Frauen aus der Bunten Liste, Frauen aus kirchlichen Bereichen, der Graswurzelbewegung... getragen wurden. In dieser Offen-

heit der politischen Diskussion – leider eine Rarität in der politischen Landschaft der BRD – liegt für die antimilitaristische Frauenarbeit eine gute Möglichkeit, Standpunkte und Aktivitäten gemeinsam weiterzuentwickeln.

Trotz vieler politischer Differenzen gibt es unter den aktiven Teilen aus der Frauen- und Friedensbewegung zu einer Frage allerdings keinerlei Differenzen: in der einhelligen Ablehnung der „feministischen“ Positionen von Alice Schwarzer. Deutlicher Ausdruck hiervon ist die mit überwältigender Mehrheit angenommene Resolution auf dem Kölner Kongress (s. AK 164). Viel wichtiger ist heute die Diskussion und Auseinandersetzung um pazifistische Standpunkte (Prinzip der Gewaltfreiheit), um revisionistische Standpunkte von der „Haupttendenz Entspannung“, um die Perspektive unseres Kampfes – Frauen gegen Kriegsdienste? Frauen gegen Krieg? oder ... Sind wir für einen „Zivildienst von Frauen“ oder lehnen wir jede staatliche Zwangsdienstverpflichtung für Frauen ab?

Für die Beantwortung vieler Fragen fehlen heute noch umfassende, gründliche Analysen. Zu wenig wissen wir bislang über den augenblicklichen Stand der Frauenmilitarisierung, über die Versuche, die „schleichende Militarisierung“ (über die sogenannten freiwilligen sozialen Dienste) durchzusetzen. Zu wenig haben wir uns bisher auch beschäftigt mit der Geschichte des Kampfes gegen die Militarisierung der Frauen im 1. Weltkrieg, in der Weimarer Republik und im Hitler-Faschismus.

Hier sollten in der nächsten Zeit unsere Arbeitsschwerpunkte liegen.

Eine Genossin der AG Frauen

## Frauenpartei gegründet – und schon heftig umstritten



Eva Rath

Auf Initiative von Eva Rath – ehemals aktives ASF-Mitglied – traf sich Ende Mai erstmals ein Kreis von Frauen, der die Gründung einer Frauenpartei beabsichtigte. Die Gruppe erstellte einen Programmvoranschlag, den sie an die Frauenzeitschriften EMMA und COURAGE und an Frauenzentren schickte.

Am 30.9.79 ist nun die Frauenpartei von 25 Frauen gegründet worden. Die Frauen wählten einen Vorstand und informierten die Medien über die Gründung. In der Präambel ihres vorläufigen Programms schreiben sie:

Sie wollen in die Parlamente, um frauenfeindliche Gesetze zu verändern; wenn sie es schaffen, wollen sie an der kommenden Bundestagswahl teilnehmen. Die Frauenpartei hat bisher 100 Mitglieder.

#### Die Reaktionen auf der Sommeruni

Im Rahmen der Sommeruniversität für Frauen in Westberlin vom 1. – 6.10. waren u.a. einige Veranstaltungen zum Thema Frauenpartei angekündigt. Der größte Teil der Frauen war recht empört darüber, daß die Frauenpartei sich bereits gegründet hat, ohne die Diskussion mit den Gruppen der autonomen Frauenbewegung gesucht zu haben, wofür sich gerade die Sommeruni als Fo-

rum angeboten hätte.

In einer Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen von Frauenpartei, EMMA (A. Schwarzer), COURAGE (S. Plogstedt), AL Westberlin, Dorothee Vorbeck (ehemals SPD), H. Pakti (Neues Forum Wien), A. Beisser (verließ die Gründungsgruppe der Frauenpartei) und B. Classen („Schwarze Botin“) kamen aus dem Plenum Stimmen, die der Frauenpartei vorwarfen, Illusionen ins Parlament zu wecken; die nun einsetzende Diskussion um die Frauenpartei binde Kräfte der autonomen Frauenbewegung, die sinnvoller für die Entwicklung anderer, außerparlamentarischer Organisationsformen eingesetzt werden könnten. Ähnlich argumentierte Alice Schwarzer: Die Frauen haben nie als Bittsteller (bei Parteien) etwas durchsetzen können, sondern nur durch außerparlamentarischen Druck, und Frau müsse überlegen, wie dieser zu verstärken sei. Zur Frage eines Eingreifens in die Bundestagswahl erklärte sie unter großen Beifall, daß sie dem „kleinen Übel“ nicht noch einmal die Stimme geben wird. Sie schlägt einen aktiven Wahlboykott vor. (Hier wurde sowohl ihr als auch der Frauenpartei vorgeworfen, den Grünen und Bunten Stimmen zu entziehen und u.U. der CDU/CSU zu einem Wahlsieg zu verhelfen).

Dorothee Vorbeck warf der Frauenpartei vor, sie behandle die Frau-

en als Objekte und mache wieder Stellvertreterpolitik. Die Frauen könnten nur als Handelnde ihre Forderungen durchsetzen.

Sybille Plogstedt (Courage) äußerte sich als einzige positiv zu dem Gedanken einer Frauenpartei. Es habe bisher noch keine Revolution ohne eine Partei gegeben. Bei den bestehenden Parteien würden die Frauen nicht ernst genommen.

Die Tageszeitung, die in mehreren Ausgaben über die Frauenpartei berichtete, äußerte sich selbst bisher nur im Vorwort zu einem Abdruck von Auszügen des Programms der Frauenpartei:

Innerhalb der Redaktion war es umstritten, ob überhaupt Programmauszüge veröffentlicht werden sollen mit Forderungen, „die teilweise auch von anderen Parteien vertreten werden. So fordert inzwischen selbst die CDU ein Erziehungsgeld, wenn auch aus anderen Motiven“. So beschränkten sich die „TAZ“ auf den Teil, den sie „für den zentralen“ hielt. „Dem Programm mehr Raum zu geben, würde ihm eine Bedeutung geben, die wir ihm nicht zumessen“.

#### Noch eine zweite Frauenpartei?

In München existiert um Hannelore Mabry („Der Feminist“) ein Förderkreis zur Gründung einer feministischen Partei (FFP), dessen Konzept auf der Sommeruni in einer Veranstaltung vorgestellt wurde. Der FFP sieht den Zeitpunkt für eine Parteigründung noch lange nicht gekommen. Sie wollen zunächst das Patriarchat analysieren. Ziel sei nicht Gleichberechtigung, sondern die Abschaffung des Patriarchats. Männer könnten in der Partei Mitglied werden, da ein feministisches Bewußtsein keine Frage des Geschlechts sei. (alle Informationen nach „TAZ“ vom 2.10., 8.10., 9.10., 11.10.79).

#### Einige Persönliche Gedanken

die sich erstmal auf die Frage „Ist eine Frauenpartei gut oder schädlich?“ beschränken sollen. (Mit dem Programm der Frauenpartei wollen wir uns nochmal gesondert befassen).

Auf die ersten Berichte im AK über die Entstehung einer Frauenpartei habe ich mit ziemlichem Unverständnis reagiert: Wozu noch eine besondere Frauenpartei; die Frauen haben doch die Möglichkeit, in alternativen Listen mitzuarbeiten und können ihre Forderungen dort recht uneingeschränkt einbringen? Ich dachte mir jedoch, daß eine solche Frauenpartei irgendwie die vielfältige Arbeit der autonomen Frauenbewegung und deren Forderungen zusammenfassen und in Wahlkämpfen und Parlamenten einbringen könnte; also die Teile der Frauenbewegung vertreten würde, die heute ihren

Schwerpunkt ausschliesslich auf die Arbeit mit und für Frauen legen und keinerlei Energie in Auseinandersetzungen mit Männern in gemischten Gruppen und Listen stecken wollen. Das fand ich positiv, gerade weil die Frauenbewegung bei ihrer Arbeit in Frauenhäusern, psych. Beratungsstellen, Frauengesundheitszentren und Bildungseinrichtungen für Frauen immer wieder in Auseinandersetzungen mit Parlamenten treten mußten und z.B. durch Abgeordnete bessere Ausgangsbedingungen hätten. Insofern sah und sehe ich in einer Frauenpartei eine Ergänzung und nicht automatisch eine Spaltung der alternativen Wahlbewegung. Ob es zu einer Spaltung wird, hängt m.E. davon ab, ob sowohl alternative Listen wie Frauenpartei zu einer solidarisierenden Zusammenarbeit in der Lage sind und ob beispielsweise bei Wahlen Kandidatenabsprachen etc. zustandekommen. Bisher ist mir eine Ablehnung einer solchen Zusammenarbeit seitens der Frauenpartei nicht bekannt.

Die Absicht, mit der autonomen Frauenbewegung zusammenzuarbeiten und deren Forderungen im Parlament einzubringen, – die von der Frauenpartei selbst bekundet wurde – hat sie sich durch ihr Vorgehen erstmal ziemlich verschert. Auch wenn ich der Frauenpartei nicht vorwerfen würde – so wie auf der Sommeruni geschehen – daß sie keine Diskussion mit der autonomen Frauenbewegung gesucht habe (immerhin hat sie ihre Ideen und ihr Programm mit der Bitte um Stellungnahme überall bekannt gemacht), hätte sie nach den spärlichen zwei, auch noch ablehnenden, Reaktionen aus der Frauenbewegung eine stärkere Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Auf der Sommeruni hat sich gezeigt, daß eine anscheinend recht starke Strömung die Arbeit in Parlamenten überhaupt ablehnt und sie gegen die außerparlamentarische Arbeit ausspielt. Dem hätte von der Frauenpartei mit positiven Erfahrungen entgegnet werden können.

Die autonome Frauenbewegung halte – vielleicht besser hielte – ich aber nur für eine mögliche Basis einer Frauenpartei. Auf der anderen Seite ist da m.E. noch der Kreis von älteren Frauen, Hausfrauen, von der SPD enttäuschten Frauen, die aber alle gemeinsam den Glauben haben, daß mit den richtigen Frauen und Forderungen und über Reformen im Parlament wirklich etwas an der Lage der Frauen verbessert werden kann. Ich glaube, daß diese Frauen in der Vergangenheit nicht alternative Listen, sondern die SPD mit argen Bauchschmerzen gewählt haben, aber ihre Stimme einer Frauenpartei geben würden. Eine Genossin der SSB-Frauengruppe Hamburg

## Ein bunter „Frankfurter Frauentag“

Unter dem Motto „Frauen engagieren sich“ fand am 13.10.79 der alljährlich vom evangelischen Pfarramt für Frauenarbeit veranstaltete „Frankfurter Frauentag“ statt.

In diesem Jahr bekam der Frauentag zum ersten Mal einen ganz neuen Rahmen: während in den letzten Jahren fast ausschließlich über die evangelischen Pfarreien Frauen zu einem Vortrag mit anschließendem Gespräch eingeladen wurden, sprach Jutta Jürges, eine in der Frauenarbeit sehr engagierte Pfarrerin, dieses Mal alle Gruppen, Initiativen, Projekte und Stellen an, die sich mit der besonderen Situation von Frauen beschäftigen. So entstand dann im großen Saal des Dominikanerklosters, in dem der Frauentag stattfand, ein kunterbunter „Markt“ von Ständen, mit denen folgende Gruppen ihre Arbeit vorstellten:

IAF (Initiativkreis der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen); Verband alleinstehender Mütter und Väter (VAMV); Haus Zuflucht Ffm; ASF (SPD); Frankfurter Frauenaktion Südafrika; Verbraucherschutzverband; Aktion Notwende

(Betreuung von Strafgefangenen und deren Familien); Frankfurter Frauenhaus; Frauenzentrum Dreieich; Aktionskomitee Kind im Krankenhaus; Initiative „Frauen zum Bund? Nein! Dank!“; Gesellschaft für bedrohte Völker; KB-Frauengruppe; Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen.

Unerwartet hoch war auch die Besucherinnenzahl: ungefähr 300 Frauen aller Altersstufen fanden sich zwischen Büchertischen, Wandzeitungen und Stellwänden zu angeregten Gesprächen zusammen.

Nachmittags trafen sich in der selben offenen Atmosphäre fünf Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

1. Apartheid unter uns.
2. Feministische Theologie.
3. Weibliche Identität.
4. Frauen in Not.
5. Das Eigenleben der Frau in der Familie.

In der Arbeitsgruppe „Frauen in Not“ diskutierten ca. 20 Frauen, die zum Teil durch ihre Arbeit im Frauenhaus, in Ehe- oder sonstigen Beratungsstellen mit den besonderen

Problemen von Frauen konfrontiert sind, darüber, inwieweit diese Probleme die individuellen der jeweiligen Frauen sind oder aber gesellschaftliche Ursachen haben, von denen wir auch direkt betroffen sind. Nach einer lebhaften Diskussion, in der viel von unseren jeweiligen praktischen Erfahrungen einfloß, wurde noch verstärkt auf die Arbeitsweise des Frankfurter Frauenhauses eingegangen und die finanzielle Misere des Projekts erläutert, worauf die anwesenden Frauen beschlossen, verstärkt Spender zu mobilisieren und die demnächst stattfindende Veranstaltung des Frauenhauses zu besuchen.

Nach den Arbeitsgruppen tauschte Frau in lockeren Gruppen bei Wein und Brot die neugewonnenen Eindrücke aus.

Alles in allem, ein gelungener und nachahmenswerter Versuch, von der evangelischen Kirche über die ASF bis zum KB alle in der Frauenpolitik aktiven Gruppen zu einem Erfahrungsaustausch zusammenzubringen.

KB-Frauengruppe Frankfurt





# Kampf dem Chauvinismus – aber wie?

Unbestritten in der laufenden Auseinandersetzung zwischen ZL und AG Frauen (bzw. LG-Mehrheit) scheint uns die Einschätzung zu sein, daß wir aktuell u.a. mit einem Aufblühen des Chauvinismus in der Organisation und nicht nur dort – konfrontiert werden. Zur Erinnerung: In Abgrenzung zu Ha./Kl. aus Göttingen schrieb die ZL in ihrem ersten Artikel (AK 160) von der „berechtigten Angst (der Genossinnen) vor einem schlechenden Roll Back chauvinistischer Tendenzen“. Strittig scheint uns die Frage, wie gegen diese Tendenzen angegangen werden soll. In unserem Artikel wollen wir uns mit diesem Problem anhand einer relativ aktuellen Auseinandersetzung über chauvinistische Tendenzen bei uns (im KB-Bezirk Barmbek) auseinandersetzen. Die im folgenden von uns kritisierten Erscheinungen wurden von uns zum Teil mitgetragen; insofern ist der Artikel auch als Selbstkritik zu verstehen.

## „Ihr fühlt Euch viel zu wenig bedroht – ändern wir's“

Unter der Überschrift „Siegfried Knittel im KB“ veröffentlichte die Frauenzelle Barmbek im AK 154 einen Artikel gegen ein „Chauvi-Papier“ eines Genossen. Der Genosse hatte in einem dreiseitigen Papier zu dem Leserbrief „zum Thema psychische Gewalt gegen Frauen im KB“ (AK 151) Stellung genommen. In diesem Leserbrief beschrieb eine Genossin verschiedene Vorgehensweisen des psychisch unter Drucksetzens in ihrer Beziehung und schlußfolgerte: „Wir müssen raus aus unserer Kampfunfähigkeit und dahin kommen, in den Zellen, den VV's und wo auch immer die Typen so unter Druck zu setzen, daß sie gezwungen sind, so ein Verhalten abzulegen und sich vor allen Dingen mit diesen Sachen auseinanderzusetzen, sich zu stellen“.

In seiner Entgegnung („Knittel-Papier“) versucht der angegriffene Genosse nun verschiedene konkret gegen ihn erhobene Vorwürfe geradezurücken, kommt aber gleichzeitig auch zu verschiedenen unbestritten frauenfeindlichen Positionen. In einer weiteren Stellungnahme begründet er sein erstes Papier u.a. so: „Ich habe nicht nur deshalb so ein wütendes Papier geschrieben, weil ich in die Ecke gestellt und ausgeschimpft wurde, sondern auch, weil der im Grunde gute Wille und die Bemühungen von mir, die Situation, in der wir stecken, zu unserer Zufriedenheit zu verändern, ganz außer acht gelassen wurde...“

Zurück zum Kern: Wie haben wir im Bezirk den Kampf gegen die sichtbare geschrieben, weil ich in die Ecke gestellt und ausgeschimpft wurde, sondern auch, weil der im Grunde gute Wille und die Bemühungen von mir, die Situation, in der wir stecken, zu unserer Zufriedenheit zu verändern, ganz außer acht gelassen wurde...“

Zurück zum Kern: Wie haben wir im Bezirk den Kampf gegen die sichtbar werdenden „chauvinistischen Tendenzen“ geführt?

Im Artikel der Frauenzelle zu dem oben erwähnten Papier schrieben die Genossinnen: „Daß sich jemand traut (Hervorh. d. Verf.), so ein Papier zu schreiben, ist nur möglich,

weil wir Frauen uns in der Defensive befinden. Ihr fühlt Euch noch viel zu wenig bedroht – ändern wir's!“

Der letzte Satz war auch Motto einer Bezirksschulung zu Frauenfragen. Ein Genosse schrieb in seiner Stellungnahme: „Ich fordere die Genossen, die offen gezeigt haben, daß sie sich einen Dreck um die Frauenfrage kümmern, auf, zu überlegen, auf welcher Grundlage sie eigentlich im KB mitarbeiten wollen. Wenn ihr, zumindest für Euch, die Frauenpolitik aus Eurer Arbeit streichen wollt, dann zieht die richtige Konsequenz und tretet aus. Eigentlich hatte ich vor, die Beurlaubung dieser offensten Chauvinisten zu fordern. Ich mußte aber immer mehr feststellen, daß es hier nicht um nur zwei Frauenfeinde geht, sondern um einen viel größeren Haufen im Bezirk. Denn gerade die schweigenden Dulder und Unterstützer sind es doch, die Blockadeaktionen wie die auf der letzten VV erst möglich machen. Gerade auch diese Leute sollten sich überlegen, ob sie endlich Position beziehen (und zwar eine chauvi-feindliche) oder ob sie sich zusammen mit ... beurlauben lassen wollen, um mehr Mühe für diese Frage zu haben. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, denn: Schweißer sind Unterstützer und Unterstützer sind Unterdrücker“.

Eine andere Stellungnahme zu dem „Knittel-Papier“ enthielt u.a. folgende Passage: „Ich fordere ja auch nicht einen Faschisten auf, seine Standpunkte offen zu vertreten, damit man darüber diskutieren kann, sondern ich bekämpfe seine Meinungsfreiheit ganz einfach! Mit dem Unterschied natürlich, liebe Genossen, daß ich mit einem Faschisten absolut nichts gemein habe, mit einem ... z.B. aber in einer Organisation zusammenarbeite. Trotzdem ist der Vergleich gerechtfertigt, meine ich!“

Wir haben hier so ausführlich aus den Stellungnahmen zitiert, um zu zeigen, daß es sich bei diesen Argumentationen keinesfalls um Einzelfälle, sondern um eine weit verbreitete „Strömung“ handelte. Wir halten die hier aufgetretenen Argumentationen für sehr bedenklich.

Sicher, kein Kommunist, männlich oder weiblich, freut sich über frauenfeindliche Papiere aus unseren eigenen Reihen, ebenso wenig wie über opportunistische, liberale und andere falsche Ansichten. Wir wollen auch nicht die berechnete Empörung gegenüber chauvinistischen Papieren und Sprüchen kritisieren. Wir kritisieren aber, wenn quasi verordnet werden soll, daß solche Papiere nicht mehr das Licht der Öffentlichkeit erblicken dürfen, wenn die Auseinandersetzung mit dem Chauvinismus auf den Punkt des „trauens“ und der Angst gebracht werden soll. Was haben wir gewonnen, wenn der Chauvinismus in den Köpfen der Genossen sich nicht mehr in diskutierbaren Papieren ergiebt, sondern in anderen Bereichen austobt (u.a. wohl in persönlichen Beziehun-

gen). Was haben die Genossinnen davon, wenn die Barmbeker Genossen in Zukunft aus Angst sich nicht mehr „trauen“, ihre Vorstellungen bezüglich der Frauenpolitik auf den Tisch des Hauses zu packen?

Wir verstehen, wenn Genossinnen „das kalte Kotzen“ über die immer wieder hochkommende Frauenfeindlichkeit der eigenen Mitkämpfer kriegen. Wir verstehen auch, daß – wie auf allen Gebieten des langwierigen Kampfes – die Genossinnen resignativen Stimmungen verfallen und endlich mal keine Chauvi-Papiere mehr diskutieren wollen. Verstehen ja – aber wir kommen eben nicht umhin, auf lange Sicht (bis weit nach der proletarischen Revolution), den Kampf zu führen.

Bedauerlicherweise haben zwei Genossinnen der AG Frauen gerade diese Stimmungen auf einer Bezirksvollversammlung unterstützt und bestärkt.

In einem Brief an die Mitglieder des Barmbeker Bezirks bringt die Genossin A. aus der AGF, die an besagter VV teilgenommen hat, die unseres Erachtens falschen Vorstellungen auf den Punkt: „Gemeint war, daß solche Papiere, wo es um die Auseinandersetzung mit Chauvi-Standpunkten in den Köpfen einiger Genossen geht, ein Armutszeugnis für die betreffende Einheit im KB sind... Weil es eben immer noch Männer gibt, die sich trauen, diesen Chauvikram darzulegen und Diskussionen darum fordern. Solche Diskussionen halten uns auf. Ich habe mich weiter gegen die Argumentation gewandt, daß es doch nötig sei, die Dinge zu diskutieren, da die Genossen sonst mit falschen Ideen und Meinungen rumlaufen... In dem Zusammenhang bin ich darauf eingegangen, daß wir mit dieser Argumentation an kein vergleichbares Thema wie z.B. Rassismus herangehen. So etwas wird von uns bei den Genossen vorausgesetzt...“

„Anders ausgedrückt: Die AGF setzt voraus, daß unsere Genossen keine chauvinistischen Standpunkte mehr haben; wenn doch, sollen sie sich nicht mehr trauen, diese zur Diskussion zu stellen, denn solche Debatten halten uns auf.“

Diese, von uns teilweise mitgetragene Vorgehensweise gegenüber dem

Chauvinismus entwirft uns eher, als daß sie dem Chauvinismus den Boden entzieht. Das wird besonders deutlich vor dem Hintergrund, daß wir ja gerade davon ausgehen, daß noch viele andere Genossen, auch speziell bei uns in Barmbek, dem „Knittel-Papier“ einige positive Seiten abgewinnen, oder wie es die Frauenzelle im AK formuliert, hier nur „die Spitze des Eisberges“ auftaucht.

Das wird auch besonders deutlich, wenn wir bedenken, daß wir mit jedem neuen (männlichen) Mitglied oder Sympathisanten ein weiteres Stück Frauenfeindlichkeit aufnehmen.

Der Chauvinismus in den Köpfen hängt eben ursächlich mit der gesellschaftlichen Stellung von Mann und Frau zusammen. Daraus ergibt sich kein Freibrief für Frauenfeindlichkeit, sondern vielmehr die Notwendigkeit, gegen den sich immer wieder neu reproduzierenden Chauvinismus einen langandauernden ideologischen Kampf zu führen.

Mao schreibt in seiner Schrift „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“: „Versuche, ideologische Probleme oder Fragen von Richtig und Falsch mit administrativen Methoden oder Zwangsmaßnahmen zu lösen, sind nicht nur wirkungslos, sondern sogar schädlich. Wir können Religion nicht durch administrative Weisungen abschaffen, noch können wir die Menschen zwingen, den Idealismus abzugeben, ebenso wenig wie wir sie zwingen können, dem Marxismus zu vertrauen. Probleme ideologischen Charakters oder Streitfragen, die im Volk entstehen, können nur mit der Methode der Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung, nicht aber durch Zwangsmaßnahmen gelöst werden“. In diesem Zusammenhang noch einige Anmerkungen zum Rassismus-Vergleich: Die Genossin der AGF bezeichnet den Rassismus als ein vergleichbares Thema wie den Chauvinismus. Es mag bei uns vielleicht in äußerst abgeschwächter Form rassistische Positionen geben, die sich u.B. in einzelnen Formen der Ausländerfeindlichkeit o.ä. äußern könnten. Solche Positionen müßten von uns ebenfalls „nur mit der Methode der Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung, nicht aber

durch Zwangsmaßnahmen und Unterdrückungsmaßnahmen gelöst werden“. Offen rassistische Positionen dürften bei uns in der Organisation allerdings nicht mehr diskutiert werden, sondern müßten möglichst schnell auf administrativem Wege geklärt werden. Dies gerade deshalb, weil rassistische Positionen im demokratischen und linken Lager sicherlich keine nennenswerte Verbreitung haben. Von daher wäre das Auftauchen solcher Positionen bei uns tatsächlich ein ungeheurer politischer Vorgang. (In anderen Ländern, wie USA oder Südafrika könnten u.U. die Genossen in den eigenen Reihen ganz anders mit rassistischen Positionen konfrontiert werden und damit zu kämpfen haben.)

Wir meinen, daß der Vergleich rassistischer mit chauvinistischen Positionen ein ungeheurer maßloser Vergleich ist, der seine Zuspitzung im Vergleich der Chauvis mit den Faschisten findet. Auch der bei uns angewandte Vergleich mit Siegfried Knittel gehört zu diesen maßlosen Vergleichen. Wir wissen von keinem Genossen, der die physische Gewalt gegen Frauen verherrlicht hat, wie das Siegfried Knittel getan hat. Solcherart chauvinistischer Positionen halten wir allerdings für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in unserer Organisation.

Es ist kein Wunder, daß bei der Gleichsetzung der bei uns auftauchenden chauvinistischen Positionen mit Rassismus, Faschismus oder extremsten Chauvinismus administrative Maßnahmen eine logische Konsequenz sind. So wurde bei uns gegen einen Genossen ein Beurlaubungsantrag gestellt, weil er sich geweigert hatte, zu dem „Knittel-Papier“ Stellung zu nehmen, und dies im wesentlichen mit dem „Klima“ der Diskussion begründet hatte. Wir meinen, daß wir solcherart administrativer Lösungsversuche in Zukunft ablehnen sollten.

Vor uns im Bezirk steht die Aufgabe, uns im Konkreten mit chauvinistischen Aussagen und Erscheinungen auseinanderzusetzen. Wir müssen lernen, den Genossen im Konkreten nachzuweisen, wo ihre geäußerten Ansichten Ausdruck ihrer Stellung als Mann in dieser Gesellschaft sind (d.h. als Unterdrücker).

Zugegebenermaßen ist genau das viel zu gering entwickelt.

2 Genossen der KG Barmbek

## Gegen den Rückzug aus der Auseinandersetzung mit dem Chauvinismus

## Gegen den Rückzug aus der Auseinandersetzung mit dem Chauvinismus

Obwohl wir es begrüßen, unser Vorgehen öffentlich weiter zu diskutieren, bedauern wir, wieder auf ein Papier eingehen zu müssen, das bereits in AK 154 Gegenstand eines Artikels von uns war. Wir sehen darin die Gefahr, ein Beispiel chauvinistischen Gedankenguts überstrapazieren, zumal der betreffende Genosse bereits einige Positionen aus seinem ersten Papier zurückgenommen hat. (Wir meinen trotzdem natürlich nicht, daß die Sache „gegessen“ ist.)

Wenn uns auch von den Diskussionen her oft nicht mehr klar ist, um welche Punkte die Genossen der ZL-Position überhaupt mit uns inhaltlich streiten, so ist es doch wieder die Frauenfrage, an der die Differenzen deutlich werden.

Der Leserbrief der beiden Genossen, konfrontiert mit den tatsächlichen chauvinistischen Positionen, mit denen wir es im Bezirk zu tun hatten und zum Teil auch noch haben, dokumentiert ein trauriges Kapitel der ZL-Position im Kampf gegen den Chauvinismus. Während in Bezug auf den Feminismus „schärfere ideologischer Kampf“, „kämpferische Abgrenzung“ (beides Zitate aus dem „Grazuonen“-Artikel) gefordert werden, werden im Leserbrief der beiden Genossen Konturen aufgeweicht, werden die tatsächlichen chauvinistischen Positionen abgeschwächt, ja beschönigt.

Wir meinen, daß die Genossen mit ihrem Leserbrief dem Chauvinismus Vorschub leisten und den Chauvis „den Kamm schwellen lassen“. Dies nicht, weil sie die Form des Vorgehens kritisieren, sondern weil zumindest der eine Autor, Ul., weit hinter die bereits erarbeitete ideologische Auseinandersetzung zurückfällt und weil sie jenes Chauvi-Papier in ihrem Leserbrief heute in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen und damit beschönigen.

Um dies zu verdeutlichen, möchten wir die damalige Einschätzung von Ul. seiner heutigen entgegensetzen.

„Offenkundig handelt es sich bei X' Papier um einen Versuch, die sich langsam entwickelnde Diskussion um die Frauenfrage zu stoppen und zurückzuziehen. Letzter Anlaß für sein Papier war – wie er selbst schreibt – das Seminar zur Frauenfrage. Das Seminar war ein Versuch, anhand von Berichten der Genossinnen das Bewußtsein über die tagtägliche und allgegenwärtige Unterdrückung und Benachteiligung der Frauen zu wecken. Themen waren: Die Situation der Frauen in Beruf, Ausbildung, Familie, politischer Arbeit etc. Anlaß dieses Seminars schreibt X: 'Als wir auf dem Seminar über die allgemeine und spezielle Frauenunterdrückung geredet haben, kam es mir echt hoch. Die ganze Phrasendrescherei von Sensibilität, Selbständigkeit und Unterstützung der Frauen hängt mir echt zum Hals heraus'. ... Der größte Teil seines Papiers beschäftigt sich scheinbar mit seiner Beziehung zu Y. Daraus ergibt sich auch für einige Gen. des Bezirks, daß wir vorrangig über die Beziehung diskutieren sollten. ... All diese Positionen verkennen m.E. das Wesen von X' Papier. Es geht darin nicht um eine solidarische Aufarbeitung der Beziehung, wo X auf der letzten Seite vielleicht aus Wut etc. nur etwas 'abgeleitet' und überspitzt.

Andersrum wird ein Schuh draus. Die Auseinandersetzung um die Beziehung wird benutzt, um die 'Frauenfrage' insgesamt anzugreifen. Die Genossin 'mit dem großen Maul und nichts dahinter', die im tiefsten Herzen eigentlich doch der Abhängigkeit 'hinterherjammert', soll herhalten, um die Ansätze der Frauenemanzipation zu diskreditieren. Eigentlich ein vielbenutztes Strickmuster. ... Objektiv war X' Vorgehen auf der VV ein Versuch, noch mehr Gen. aufzufordern, endlich zu ihrem (unterdrückten) Chauvinismus zu stehen und ihn auch zu verteidigen. Obwohl er selbst einige seiner Positionen für einen 'Hammer' hält, hat er sie trotzdem

weiter vertreten und teilweise noch verschärft. ('Ein Mann ist eben ein Mann'). Es läuft also darauf hinaus, chauvinistische Positionen s a l o n f ä h i g zu machen. 'Weil ich nunmal solche Sachen im Kopf habe, müßt ihr sie akzeptieren'. Hier findet sich auch besonders Knittel wieder: 'Ich hab Frauen geschlagen und find das eigentlich ganz gut. Das ist zwar ein Hammer, aber immerhin ehrlich' (sinngemäß). Sowa kann man nunmal nicht akzeptieren, sondern kann erst dann weiterdiskutieren, wenn diese Ansichten öffentlich zurückgenommen sind. ... Wir waren in der Frauenfrage schon mal ein ganzes Stück weiter. Gerade das Frauenseminar hat m.E. viele interessante Möglichkeiten aufgezeigt, in Richtung einer aktiven Frauenpolitik zu arbeiten.

Die Beiträge vieler anderer Genossen auf der VV waren geprägt durch ein erschreckend niedriges Niveau auf dem Gebiet der Frauenfrage. ... Z hat auf der VV wesentlich das 'schlechte Klima' beschrieben, in der die Diskussion läuft, Frau würde überhaupt nicht agieren, nur rummosern. Endlich hat X mal gesagt, was viele denken (sinngemäß). Er hat sich hinter die allgemeinen Aussagen von X' Papier gestellt, im einzelnen hätte er auch Differenzen. ...“ (Hervorhebungen durch uns).

Noch zwei Zitate aus dem zweiten Papier von X: „Natürlich werfe ich Y ihre von dieser Gesellschaft anerzogene Unselbständigkeit, ihre mich tierisch nervende und einengende Abhängigkeit vor, wie ihr mir meinen Chauvinismus vorwerft“. Und in Anlehnung an unseren Artikel in AK 154: „Der Sklave ist solange Sklave, bis er sich befreit“.

Im Leserbrief der beiden Genossen wird jetzt dagegen folgendes Bild gezeichnet: Der durch einen Leserbrief angegriffene Genosse muß sich rechtfertigen und versucht, gegen ihn erhob-

Fortsetzung nächste Seite



Mein Alter war auch ein Chauvi, heute ist er in der Wurst ....



Fortsetzung von Seite 27

bene Vorwürfe geradezurücken, kommt aber auch gleichzeitig zu verschiedenen unbestrittenen Frauenfeindlichkeiten — begründet, weil außeracht gelassen wurde, daß er im Grunde guten Willens ist und sich bemüht, die Situation in der Beziehung zu beider Zufriedenheit zu ändern. (Vom Frauenseminar z.B. ist schon gar nicht mehr die Rede).

Ist das die Art, Positionen deutlich zu machen, um sie ideologisch bekämpfen zu können? Oder müssen die Positionen beschönigt werden, um die Kritik am Vorgehen gegen diese besser rechtfertigen zu können?

### Chauvinismus vergleichbar mit Rassismus?

Das Papier von X ist im Bezirk gar nicht oder teilweise sogar zustimmend kommentiert worden (z.B.: „Wie gut, daß da mal einer gegen den Strom schwimmt“). Wir haben gesagt, daß vergleichbare Äußerungen wie: „Als auf dem Seminar über die allgemeine und spezielle Ausbeutung der Arbeiter geredet wurde, kam es mir echt hoch. Die ganze Phrasendrescherei von Arbeitersolidarität und Klassenkampf hängt mir echt zum Halse raus“ oder der Abzug aus einer Schulung über die besondere Unterdrückung der ausländischen Kollegen mit ähnlicher Begründung, sicher auf breitere Empörung gestoßen wäre. Oder was hätte ihr zu folgendem Spruch gesagt: „Lieber so selbständig wie ein Weißer als so sensibel wie ein Schwarzer“? Das war unser Ausgangspunkt, um deutlich zu machen, um was für Positionen es sich hier handelt, eben um ganz klare Unterdrückungspositionen und nicht um einen beliebigen Widerspruch zu unserer Politik.

Daß es sich in einem solchen Punkt auf der einen Seite um Billigung bis Zustimmung (bei etlichen männlichen Genossen), auf der anderen Seite um ein besonders starkes Zurückdrängen dieser Positionen (bes. bei den Genossinnen) handelt, liegt in der Natur der Sache, denn an diesem Punkt treten zwischen den Mitkämpfern ganz klare Interessengegensätze auf.

„Er (der Mann) ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat“ (Friedrich Engels).

Wenn wir auch gesagt haben, daß der Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau den Männern letztendlich auch nur Gewinn bringt (Hälfte des Himmels — Notwendigkeit zur Erringung der proletarischen Macht, oder auch hier und heute Abbau der Konkurrenz gegenüber dem Kapitalisten, überhaupt für alle gemeinsamen Kämpfe, für solidarische Beziehungen etc.), so sind es doch auch die Privilegien der Männer, die dabei massiv angegriffen werden.

Was stimmt Ihr eigentlich für ein Geschrei an bei dem Vergleich Chauvinismus — Rassismus? Erscheint Euch das wirklich so abwegig? Schauen wir uns doch einmal die Ideologie an, die hinter beidem steckt.

Was stimmt Ihr eigentlich für ein Geschrei an bei dem Vergleich Chauvinismus — Rassismus? Erscheint Euch das wirklich so abwegig? Schauen wir uns doch einmal die Ideologie an, die hinter beidem steckt.

Die Frau, das minderwertige Wesen, deren Gehirn zu klein ist, der ein Chromosom fehlt, deren Daumen zu kurz sind. Ihre Aufgabe ist das Gebären und die Aufzucht der Kinder. Sie soll Dienerin, Sklavin des Mannes sein. Ihre Welt ist klein, ihre Welt ist die Welt des Mannes. Aus Politik hat sie sich rauszuhalten, das ist Männer Sache. Denken kann sie eh nicht und für Technik ist sie ungeeignet. Geig-

net dagegen ist sie als Lustobjekt des Mannes, etc.etc. Das dürfte genügen, um die Gemeinsamkeit der ideologischen Wurzeln deutlich zu machen.

Es dürfte klar sein, daß chauvinistische und rassistische Positionen selten in ihrer „reinsten“ Form geäußert werden. Deswegen bleibt es trotzdem rassistisch, wenn Araber als „Kamelreiber“ beschimpft werden oder wenn den ausländischen Kollegen ihre beschissenen Lebensumstände in der BRD selbst zum Vorwurf gemacht werden.

Solche Positionen haben in unserer Organisation nichts zu suchen, und wir werden niemanden ermuntern, diese auf den Tisch des Hauses zu legen, salonfähig zu machen, oder sie auch noch propagieren lassen. Unterdrückungspositionen soll sich niemand trauen, im KB zu propagieren! Schließlich haben wir uns gerade zusammengeschlossen, um gegen Unterdrückung jeglicher Art zu kämpfen (man sollte das nicht vergessen!). In diesem Zusammenhang finden wir auch das von den Genossen angewandte Mao-Zitat etwas daneben. Unbestritten sind wir Teil des Volkes und ebenso der Propaganda der Bourgeoisie ausgesetzt. Allerdings dachten wir, daß die Kommunisten sich als die bewußtesten Teile verstehen und von daher auch andere Maßstäbe an sich setzen.

Dabei lassen wir nicht außer Acht, daß Frauenfeindlichkeit und Chauvinismus in unterschiedlichem Ausmaß in sehr vielen Köpfen besonders unserer männlichen Genossen vorhanden ist. Wir gehen auch davon aus, daß diese Positionen oder Verhaltensweisen sich immer wieder äußern werden und wir uns immer wieder damit auseinanderzusetzen und diese zu bekämpfen haben. Wir setzen aber bei unseren Genossen voraus, daß, wenn sie diese Positionen zur Diskussion stellen (z.B. in Papieren), sie dieses im Bewußtsein ihrer privilegierten Situation tun. Daß sie also ihre eigene Funktion als Unterdrücker in dieser Frage anerkennen und daher ihre Verhaltensweisen einem kritischen Blick unterziehen.

Wir meinen also nicht, daß alle Männer mit Chauvi-Positionen aus dem KB rausfliegen oder beurlaubt werden sollten: Natürlich sind wir der Meinung, Überzeugungsarbeit leisten zu müssen. Wenn sich allerdings der Genosse Z. bequem zurücklehnt und kackfrech den Genossinnen entgegenhält: „Dann habt ihr mich eben zu wenig agitiert“, ist das eher eine Provokation als das Bemühen um eine ehrliche Auseinandersetzung. Wir können für ihn natürlich noch den Clown spielen!

Kennzeichnend ist auch, daß die Autoren des Leserbriefes Chauvinismus in eine Reihe mit Opportunismus und Liberalismus stellen. Opportunismus und Liberalismus verwenden wir gerade in einem Zusammenhang, wo nicht genügend, nicht konsequent, sondern zu nachsichtig der Klassenfeind und/oder seine Ideologie bekämpft werden. So werfen wir dies den Autoren im Kampf gegen den Chauvinismus vor.

nicht genügend, nicht konsequent, sondern zu nachsichtig der Klassenfeind und/oder seine Ideologie bekämpft werden. So werfen wir dies den Autoren im Kampf gegen den Chauvinismus vor.

### Feminismus und Chauvinismus — der gleiche „Unrat“ in unseren Köpfen?

Gerade auf der letzten Frauen-VV ist dazu unserer Meinung nach viel Unsinnes gesagt worden, z.B. Feminismus sei der Kontrapunkt zum Marxismus.

Der klassenmäßige Gegensatz zur Befreiung der proletarischen Frau ist

die Gleichberechtigungsbestrebung der Bourgeoisie zur gleichberechtigten Teilnahme an der Ausbeutung und Unterdrückung. (Siehe Margret Thatcher, mit Sicherheit keine Feministin).

Der Chauvinismus ist eine Ideologie zur Unterdrückung, der Feminismus dagegen ist eine Ideologie, sich gegen Unterdrückung zu wehren. Das sind die ganz wesentlichen Unterschiede. Von daher bestimmt sich auch, wo wir vorerst etwas „Unrat“ zulassen.

Feminismus würden wir also in eine Reihe mit Anarchismus, Spontaneismus, Revisionismus, Reformismus setzen. Ohne die grundsätzlichen Differenzen aus dem Auge zu verlieren, können wir in ein paar Punkten von einigen Strömungen auch etwas lernen — dies u.E. von Anarchisten, von den Spontis und von den Feministinnen.

### Zur Beurlaubung

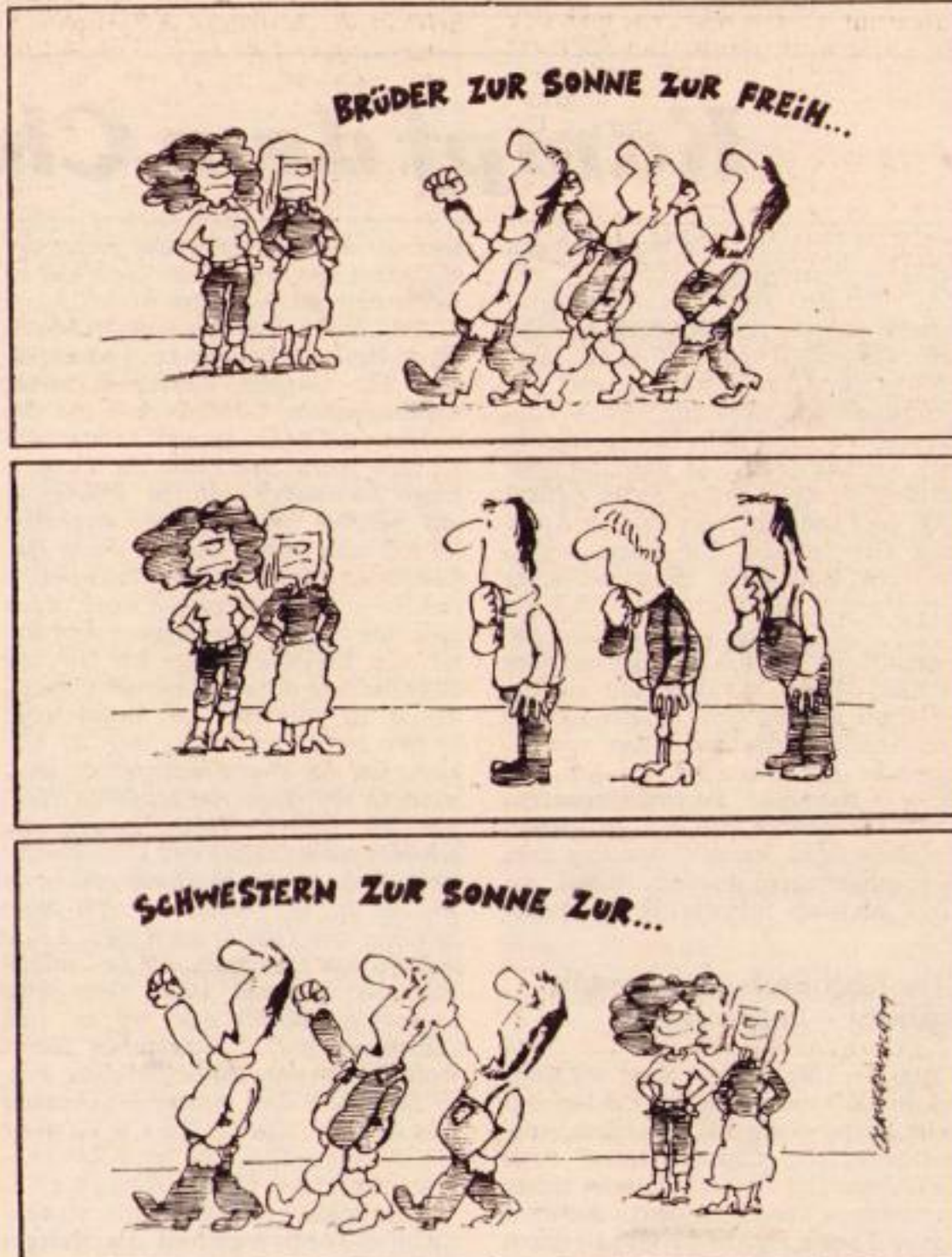
Was den Beurlaubungsantrag gegen Z. betrifft, so wollen wir hier auch wieder Ul. zitieren. Wir kritisieren keineswegs, daß man solche Maßnahmen im Nachhinein für falsch hält — im Gegenteil, dazu muß man in der Lage sein. Wir kritisieren, daß im Leserbrief nicht deutlich wird, daß Ul selbst der Initiator dieses konkreten Antrages war, und wir kritisieren, daß die Gründe dafür heute völlig verwischt werden. Es ging keineswegs darum, daß Z. sich nicht genügend „distanziert“ hat (dann hätten wir wirklich etliche Leute beurlauben müssen), sondern daß er in provokativer und offensiver Weise die Diskussion boykottiert hat. So verweigerte er Stellungnahmen nicht etwa aus Unsicherheit, sondern weil er „sich doch schließlich nicht in einem Quiz befinde“. Einige Kostproben seiner Aussagen finden sich schon oben in diesem Artikel wieder.

Ul. damals: „Wenn in der Zwischenzeit kein Papier von Z. vorliegt, werde ich der nächsten KG vorschlagen, einen Beurlaubungsantrag ans LG zu stellen. Die Begründung liegt in seinem wiederholten Boykott der Frauenthemen. Insbesondere seine Weigerung, in einem Papier schriftlich Stellung zu beziehen. Trotz mehrfacher Aufforderung durch VV, Frauenzelle und KG hat Z. sich seit vier Wochen (inzwischen seit mehreren Monaten, Einschub von uns) nicht bemüht, seine Position diskutierbar zu machen. Z. soll durch die Beurlaubung die Möglichkeit bekommen, gründlich nachzudenken und seine Stellungnahme zu schreiben. Ansonsten möchte ich vor einer ‚Beurlaubungswelle‘ warnen.“ (Hervorhebung von uns).

(X, Y, Z sind erdachte Abkürzungen für erwähnte Genoss/innen/en).

Diesen Artikel haben wir u.a. in besonderer Verbundenheit mit einer uns lieben Genossin, die derzeit einen mehrmonatigen Klinikaufenthalt durchmacht, geschrieben. Ihre Krankheit ist die Situation der Frau in dieser Gesellschaft. Die Widersprüchlichkeit der eigenen Rolle (von Wunsch/Ziel und Wirklichkeit) sowie die Wut der mehrmonatigen Klinikaufenthalt durchmacht, geschrieben. Ihre Krankheit ist die Situation der Frau in dieser Gesellschaft. Die Widersprüchlichkeit der eigenen Rolle (von Wunsch/Ziel und Wirklichkeit) sowie die Wut der ständig erlebten Unterdrückung gegen sich selbst zu richten. Wir Genossinnen finden uns in unterschiedlicher Form in ihrer Krankheit wieder. Umso mehr sehen wir uns verpflichtet, kein erneutes „Roll back“ in Barmbek — und auch nicht anderswo — zuzulassen.

Einige Genossinnen und Genossen der BO Barmbek (Hamburg)



Abgrenzung als politisch gefährlich, wie sie als rein private Abgrenzung unterstützt wurde. Daß die Abgrenzung eine politische ist, entnehmen wir B's Aussagen über die „Mackerorganisation“ KB, gegenüber dem sie die „Autonomen“ in Schutz nehmen müsse. Der Kritik an B's Standpunkten schloß sich ein Artikelteil an, in dem Denksätze zu unserer Arbeit in der Lesbenbewegung und vor allem zum politischen Selbstverständnis als kommunistische Lesben gegeben wurden. Die beiden darauffolgenden Briefe aus Westberlin (einer davon von einer Genossin), abgedruckt in AK 160, S. 19), setzten sich keinesfalls konstruktiv mit der Antwort zu B. auseinander, sondern strotzten von destruktiver Polemik und sprachen uns jegliches Wissen, jegliche Erfahrung und letztendlich auch unsere Identität als Lesben ab, um so was Wunderbares wie Standpunkte zu Autonomen zu kritisieren. Die Genossin schreibt sogar: „Die Antwort der AG Lesben erschöpft sich in einer fast schon hysterischen Rechtfertigung der Existenzberechtigung einer kommunistischen Organisation im Allgemeinen ... und in noch gesteigerter Abgrenzung von der autonomen Lesbenbewegung ohne jede sachliche Grundlage“ und a. aus Westberlin hält uns vor: „Da bringt eine Lesbe, die um ein vielfaches länger politisch engagiert ist als Eure AG überhaupt existiert, Kritik an Eurer Bündnispolitik gegenüber der autonomen Frauenbewegung vor...“ Wollen wir doch mal festhalten, liebe Genossinnen und liebe a. aus Westberlin: 1. wird uns pauschal vorgeworfen, wir verhielten uns sektiererisch in der Auseinandersetzung mit den Autonomen, ohne das an einem einzigen Fall konkret nachzuweisen; die Auseinandersetzung allein wird als sektiererisch angesehen, 2. hätten wir nicht mitzureden, da uns ja jede politische Erfahrung (und von Theorie gar nicht zu reden) abginge, 3. wird ganz einfach nicht gesehen, daß die Auseinandersetzung im Arbeiterkampf, unserem theoretischen- und Informationsorgan, stattfindet und nicht in einem Frauenhaus um ein Frauenprojekt, wo wir selbstverständlich bereit sind, an der Sache mitzumachen und mitzudiskutieren, ohne unseren Bündnispartnerinnen unsere allgemeinen theoretischen Erkenntnisse aufzudrängen.

Offenbar entsprachen die Vorwürfe der Westberlinerinnen dem Selbstverständnis der meisten Hamburger AG-Lesben-Frauen. Wir gehen im Folgenden auf die Inhalte ihres sehr sinnig überschriebenen Artikels „Das Brett vorm Kopf zur Waffe im Kampf machen?“ ein, wobei wir unsere Sicht der im ersten Teil geschilderten Internas in einen Rundbrief an die lesbischen KB-Genossinnen verlagern werden.

„Wer die Hauptfront... falsch zieht, richtet sich im Kapitalismus häuslich ein? das ist doch wirklich etwas weit hergeholt! Für uns steht die feministische wie auch die autonome Lesbenbewegung in einem engen Zusammenhang mit dem Erstarken der gesamten demokratischen Bewegung. Hier im Zusammenhang mit dem

Kampf gegen die Unterdrückung der (homosexuellen) Frau und gegen den Chauvinismus. Dabei wollen wir selbstverständlich versuchen, eine Bündnispolitik zu entwickeln, ohne die ideologische Auseinandersetzung zu vergessen.“

Die demokratische Bewegung hat sich die Verteidigung und Erämpfung von demokratischen Rechten, ökologischer Vernunft und sozialen Reformen innerhalb dieser Gesellschaft zum Ziel gesetzt. Selbstverständlich nehmen wir als Kommunisten an diesem Kampf teil, allerdings mit dem Bewußtsein, daß eine umfassende Demokratie, eine vernünftige Ökologie, Gleichberechtigung aller Menschen erst in einem sozialistischen System möglich sein wird, also die Sprengung dieses Systems notwendig macht. Denn eigentlich (und wir hatten gedacht, daß das auch für euch eine gesicherte Erkenntnis sei) liegt der Hauptwiderspruch dieses Systems weder in der ökologischen Frage, noch in der Frauenfrage, Kinderfrage, Ausländerfrage usw. sondern in der Klasseneinteilung Ausbeuter und Ausgebeutete. Sämtliche anderen Fragen sind durch dieses Klassenverhältnis bedingt. Es gibt feministische Theorien, die diesen Hauptwiderspruch zu widerlegen suchen, um den Hauptwiderspruch zwischen den Geschlechtern beweisen zu können. Unsere Teilnahme am demokratischen Kampf gegen die Unterdrückung und Ungleichberechtigung der Frau geschieht also im vollen Bewußtsein, daß eine Lösung nicht hier und heute, sondern erst auf Grundlage der Abschaffung des Klassensystems möglich ist. Deshalb diese „hysterische“ Rechtfertigung unserer kommunistischen Organisation, deshalb unser ausdrückliches Selbstverständnis als kommunistische Lesben, die die absolute Pflicht haben, den Kampf für die Rechte der Lesben in den Kampfzielen der kommunistischen Bewegung zu verankern. Ihr wollt also die ideologische Auseinandersetzung nicht vergessen, liebe Schwestern. Einige Absätze weiter sagt ihr: „Wir sind nicht der Meinung, daß wir uns von den ‚Autonomen‘ abgrenzen sollten, d.h. wir sollten es nicht ablehnen, mit ihnen in vielen Fragen zusammenzuarbeiten.“ Für uns ist die ideologische Auseinandersetzung unbedingte Grundlage für das Herangehen an Bündnispartner. Sonst brauchen wir erst gar nicht festzustellen, was uns verbindet, bzw. auch trennt, sondern können uns prinzipienlos z.B. in die autonome Bewegung auflösen. Ideologische Abgrenzung hat nichts mit Haß und Bündnis nichts mit Liebe zu tun, sondern beides sind die notwendigen Seiten einer Medaille, also: Zusammenarbeit in konkreten, aktuellen Fragen in Verbindung mit Streit um unsere Kampfperspektiven.

„Welche ideologische Ausrichtung dort und mit den Projekten vertreten wird, ist etwas anderes. Darum müssen wir die Auseinandersetzung zwischen uns und der Sache an sich.“ Hier sind wir allerdings der Ansicht, daß in den speziellen Projekten

Fortsetzung nächste Seite

## Stellungnahmen von drei Mitgliedern der AG Lesben

Inzwischen hat ein Teil unserer AG Lesben zur Auseinandersetzung um das KB-Lesben-Treffen eine „Selbstkritik“ (AK 163) abgeleitet, die wir gelinde gesagt haarig finden. Nochmal zum Anlaß der Auseinandersetzung: Im Frühjahr gab es ein erstes KB-Lesben-Treffen, auf dem die Grundlagen für eine nationale Zusammenarbeit der bis dahin verstreuten und teilweise noch nicht in diesem Bereich arbeitenden Lesben (KBlerinnen und Sympathisantinnen) gelegt werden sollten. Auf diesem Treffen wurden dann die anwesenden Genossinnen in zwei Arbeitsgruppen geschieden, die Abgrenzungs-AG und die Bi-Frauen-AG, also eine Trennung nach Identitäts-Problemen. Von der AG Lesben wurde eine sogenannte Bi-Frau dazu bestimmt, ein Protokoll zu erstellen. Dieses Protokoll wurde von ihr zum AK-Artikel (AK 154) gemacht und enthielt im Wesentlichen mangels anderer Be-

richte ihre Sichtweise des Treffens. B. aus Westberlin schrieb der AG Lesben daraufhin einen Brief (AK 158), in dem sie sich über die einseitige Darstellungsweise des Treffens beschwerte und meinte, die Lesben der Abgrenzungs-AG seien darin zu kurz gekommen. Sie führte dann weiter ihre Auffassung von Abgrenzung aus: „Abgrenzung bedeutet in diesem Fall nicht etwa Abgrenzung von den ‚Autonomen‘, sondern Abgrenzung gegenüber den Männern so wieso, gegenüber Hetero-Frauen, ja sogar gegenüber Bi-Frauen und Frauen im Umbruch“. Im weiteren Verlauf des Briefes kritisierte B. unsere Haltung zu den sogenannten Autonomen, wobei sie für sich selbst einen mit der Zeit immer größer werdenden Widerspruch zum KB als Mackerorganisation formulierte und am Schluß zu folgendem Ergebnis kommt: Ich finde es irgendwo einen ganz schönen

Verrat, die Autonomen einfach so abzutun, schließlich profitieren wir von ihrer Arbeit, die sie in Frauen gesteckt haben, von ihren Gedanken und Auseinandersetzungen, die sie sich um Lesben und deren Situation gemacht haben, von den Projekten, die sie aufgebaut haben (z.B. auch Frauenkneipen, auf die wir gerade als Lesben auch ganz schön angewiesen sind)! Und das konnten sie teilweise auch nur leisten, weil sie sich von anderen Sachen abgegrenzt haben, weil sie sich u.a. auch von „K-Frauen“ nicht immer die „richtige“, die „große Politik“ haben vorschreiben lassen.“

Die darauffolgende Antwort (deren Abdruck trotz evtl. vorhandener Widersprüche von der Lesben-AG begrüßt wurde, da der von einer anderen Genossin zu schreibende Artikel nicht vorlag, ebenfalls AK 158) nahm B.s Aussagen als politische Aussagen ernst und kritisierte die



mitgearbeitet, mitdiskutiert und mitaufgebaut werden muß, ehe man sich das große Wort erlaubt. Um die Sache an sich, also die Zukunft der Lesbenbewegung, haben wir aber aufgrund unserer marxistischen Sicht und Untersuchungsweise ganz gewiß und jederzeit einen theoretischen Kampf zu führen. Ihr sagt zum Schluß: „Wir müssen selbstkritisch sagen, daß wir bisher so gut wie kaum Untersuchungsarbeit geleistet haben, daß wir uns noch recht wenig um die autonome Lesbenbewegung gekümmert haben, auch und gerade, um von ihr zu lernen. Denn eine kommunistische Lesbenbewegung gab und gibt es bisher nicht in der BRD. Wir haben also noch eine ganze Menge zu tun, bevor wir uns auf ein Arbeitsprogramm festlegen können, dessen Nutzen oder Fehler sich gewiß herausstellen werden. Die Ansätze dazu sind sehr wohl im kritisierten AG-Lesben-Brief enthalten. Wir werden im nächsten AK (dann wieder auf der Lesben/Schwulenseite) unsere Arbeitsvorstellungen ausführlicher formulieren. Außerdem werden ab jetzt kontinuierlich und in kurzen Abständen uns mit den bisher erschienenen Lesbenbüchern und -zeitungen auseinandersetzen.“

#### Noch ein Wort zum Nachwort

„Übrigens vollzieht sich die ‚Spaltung‘ der AG Lesben noch auf zwei anderen Gebieten: Wir fünf sympa-

thisieren vollständig mit der ‚Mehrheit‘ in der laufenden KB-Auseinandersetzung und sind alle ‚Vollblutlesben‘ während der andere Teil der AGL bis auf eine Ausnahme der ‚Minderheit‘ zuzurechnen ist und aus Bi-Frauen besteht. Wen wundert's? Uns schon, liebe Schwestern, denn eine politische Spaltung an der sexuellen Identität ist allerdings eine Neuheit bei uns KB-Lesben. Denn bei Gründung der AG Lesben mußte keine von uns eine Prüfung ablegen, ob sie auch lesbisch genug für eine politische Arbeit in der AG ist. Der Aufruf zum ersten KB-Lesben-Treffen im Frühjahr lautete auch noch anders: „Wir wollen uns mit allen KB-Genossinnen und -Sympathisantinnen treffen, die sich mit ihrem (evtl.) (?) Lesbisch-Sein auseinandersetzen, .... Ob du dich hiervon angesprochen fühlst, kannst du nur (!) selbst entscheiden. ... Eintrittskarten (etwa: Nachweis über erfolgreich abgeschlossenes Coming-Out) werden nicht verlangt!“ Heute fällt ihr schon in die gleiche Tonart mit ein wie eine a. aus Westberlin: „Wenn ihr das nicht wißt, habt ihr von Lesben keine Ahnung“ und weitere ähnliche Annahmen, mit denen uns die politische Urteilsfähigkeit mittels Anzweifeln unseres sexuellen Selbstverständnisses abgesprochen wird. Derlei Diffamierungen tragen nicht gerade zu einer solidari-schen Auseinandersetzung bei.

Drei Frauen der AG Lesben  
(B., J., D.)

#### Frauen gegen Strauß

Am 20.10 hat in Hamburg ein Seminar der Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen stattgefunden mit den Themenschwerpunkten: Frauenpolitik der CDU/CSU, Militarisierung, § 218, Entwicklung der alternativen Wahlbewegung. An der Diskussion haben ca. 50 Frauen aus 20 Frauengruppen der AE teilgenommen. Ein Ergebnis der Diskussion war, daß wir bald „in die Puscheln kommen“ müssen, um mit Angriffen auf Strauß' Politik gerade die Frauen anzusprechen.



#### Broschüre zum Lübecker Frauenhaus

Anlaß für diese Broschüre sind die finanziellen Schwierigkeiten des Lübecker Frauenhauses. In der Broschüre wird das Problem Gewalt an Frauen allgemein und konkret durch Berichte von Hausbewohnerinnen dargestellt. Weiterhin dargestellt wird der Werdegang, die Anfangsschwierigkeiten und der Widerstand der Behörden, das Selbstverständnis, die Arbeit im Haus und warum der Geldhahn zugeordnet wurde.

Eine Genossin aus HL



#### Rechtsanwältinnen setzen sich durch

Das gemeinsam von 18 Frauen verfaßte Buch „Scheidungsratgeber – von Frauen für Frauen“ war am 23.10.79 Gegenstand einer Verhandlung vor dem Ehrengericht der Anwältinnen in Hamburg.

Der „Ratgeber“ zeigt in allgemeinverständlicher Form Möglichkeiten der Vereinfachung und Kostenersparnis bei Scheidungsverfahren auf. Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer (Standesorganisation der Hamburger Rechtsanwältinnen) sah darin „Standeswidrigkeiten“ und belegte 14 Anwältinnen mit einer Rüge. Den im „Ratgeber“ enthaltenen Tip, nur einen Anwalt für Frau und Mann zu nehmen, um dadurch Kosten zu sparen, tat ihnen anscheinend allzu sehr im Geldbeutel weh.

Die erteilte Rüge wurde am 23.10. vom Ehrengericht unter Beifall der vielen anwesenden Zuschauerinnen wieder aufgehoben, da der Scheidungsratgeber „als außerberufliche schriftstellerische Tätigkeit die Voraussetzung einer standesrechtlichen Ahndung nicht erfüllt“.



#### Ab 1980 keine Gelder mehr für ‚pro familia‘ in Rheinland-Pfalz

Wenn zum 31.12 der Modellversuch für Sexualberatung und Familienplanung ausläuft, werden die Beratungsstellen von ‚pro familia‘ in Rheinland-Pfalz keinen Pfennig mehr bekommen, da die Stadtverwaltung Mainz und die Landesregierung bisher nicht bereit sind, die Kosten zu übernehmen. Fünf Angestellten der ‚pro-familia-Beratungsstelle Mainz wurde bereits gekündigt.

Anfang des Jahres gründete sich ein Initiativkreis, der sich für den Erhalt der Beratungszentren eingesetzt und darüber hinaus für Mainz ein Behandlungszentrum für Beratung und ambulante Schwangerschaftsabbrüche, wie es das bereits in Bremen gibt, fordert.

(Die Meldungen wurden bearbeitet von der AG Frauen Hamburg, der Frauenkommission NRW und einer Lübecker Genossin)



#### Pflanzen statt bohren!

Frauen aus der BI Lüchow-Dannenberg planen für den Internationalen Frauentag am 8. März 1980 einen Frauen-Frühlings-Friedenstreck.

Damit die Frauen im nächsten Frühling mit möglichst vielen blühenden Osterglocken empfangen werden, wollen verschiedene Frauen in diesem Herbst Blumenwiebeln pflanzen. Interessierte können sich melden bei: Eva Quistorp, c/o Umweltmagazin, Flemmingstr., 1000 Berlin 41 (TAZ 24.9.79)

## Allerdings: Wehret den Anfängen!

An., Bi. und Ba. haben eine heiße Urlaubsdiskussion über Männergruppen geführt (vergl. AK 161, S. 27). Wie mir scheint, reichlich in's Blaue, denn mit Fakten können die drei Genossinnen ihre Thesen nicht belegen: Sie hätten „...in letzter Zeit immer häufiger von Männergruppen (ge)hört, die sich hie und da gegründet haben sollen“ (Hervorhebung d.V.). Also nichts genaueres weiß frau nicht. Aber ohne irgendwelche Belege wird drauflos phantasiert, daß die Männer durch eine konsequente Politik der Frauen zur Gegenwehr gezwungen würden usw. usf. Welcher undifferenzierte Ansatz hinter dem Bild der drei Frauen steht, was die Männer und die Frauen angeht, sowie konkrete Gegenbeispiele aus der Praxis haben die Leserbriefe von Reinhard/Fototechnik, HL/KB Hamburg und As./KB Dortmund hinreichend gezeigt – das will ich nicht unnötig wiederholen.

Ein Aspekt, der mir jedoch sehr wichtig scheint, taucht bei Reinh. und HL nur so nebenbei auf. Er betrifft die Aussage, daß An., Bi und Ba. zu den „Männern der Arbeiterklasse... ein taktisches (Bündnis)“ (Hervorhebung im Original!) einschlagen wollen. Reinhard (findet) das ... im allgemeinen richtig“ und HL hofft: „Das ist doch hoffentlich nicht wörtlich gemeint?“ Eine Ant-

wort im AK steht aus; auch vermisste ich die erwünschte Stellungnahme der AG Frauen – es findet sich einmal ein Hinweis auf den geplanten Fortgang der Debatte.

Die Drei meinen, daß ihr Ziel - Befreiung der Frau – nur über die Zwischenstation Befreiung der Arbeiterklasse erreicht werden kann. Allerdings meine ich, daß nur mit der Beseitigung des Kapitalismus die Voraussetzung dafür geschaffen werden kann, daß alle anderen Unterdrückungsverhältnisse zerstört werden können. Von daher muß heute im Kapitalismus unser oberstes Ziel sein, die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution zu schaffen. Dazu muß die treibende Kraft – und die wäre laut Marx die Arbeiterklasse (und dort gibt's nicht nur Männer) – ihrerseits taktische Bündnisse mit allen andern unterdrückten Schichten des Volke schließen, und nicht etwa anders herum!

Wie das unsere Bretagne-Urlauberinnen sehen, ist es jedoch kaum noch eine „Grauzone des Feminismus“ (ZL), sondern Feminismus in Reinkultur. Und der gehört in unseren Reihen genauso „liquidiert“ (im Sinne der Verfasserinnen) wie bei den Genossen die Rolle als Macker!

Cn., SSB Hamburg

## Gericht spricht Anti-Baby-Pillen-Hersteller Schering frei

Ein Zusammenhang zwischen der Einnahme der Antibabypille „Anovlar“ und dem Tod einer 28-jährigen Frau sei nicht nachzuweisen; aus diesem Grund ist der Westberliner Pharma-Konzern Schering AG – Hersteller von „Anovlar“ – von einem Stockholmer Gericht freigesprochen worden.

Die Schering AG war von den beiden Söhnen der Verstorbenen Anita Lindström auf Schadenersatz verklagt worden, weil die Frau an einem Blutgerinnsel im Gehirn gestorben war, nachdem sie 4 Jahre lang „Anovlar“ und „Anovlamite“ eingenommen hatte. Mehrere Gutachter hatten „vor Gericht ohne Bedenken den Zusammenhang von Pilleneinnahme und Gehirnthrombose als Todesursache angegeben“ („die Tageszeitung“, 22.6.).

Der Rechtsanwalt der beiden Kläger verglich in seinem Anklage-Plädoyer die Arzneimittelfirma mit Dynamitherstellern und warf Schering vor, „mit den Frauen, die Antibabypillen nehmen, russisches Roulette zu spielen“ („Die Neue“, 14.6.). „Man sieht nur die Spitze eines Eisbergs. Die Antibabypille als Langzeitpräparat ist das größte biologische Experiment, das jemals mit Frauen veranstaltet wurde, und es ist ein rücksichtsloses Experiment“ („FR“, 2.6.).

Nun wird ja selbst von vielen Herstellern eine erhöhte Thrombosegefahr bei Einnahme der Pille überhaupt nicht geleugnet; auf vielen „Waschzetteln“ haben sie – um die Verantwortung für eventuelle schwer-

wiegende Nebenwirkungen den Frauen bzw. ihren Ärzten aufzulasten – vor diesen Nebenwirkungen gewarnt. Bei „Anovlar“ ist dieser Hinweis bei Einführung der Pille in Schweden nicht beigefügt worden; diese Tatsache war Gegenstand der Anklage. Die Anwälte der Schering AG haben jedoch von Anfang an jegliche Verantwortung des Herstellers an dem Tod der Frau abgelehnt. „Der ganze gigantische Prozeß sei völlig unnötig zustande gekommen... Gewisses (?) Material dürfe vom Gericht überhaupt nicht mehr zugelassen werden, damit die Verhandlungen weniger umfangreich würden. Es gebe keinerlei Beweise dafür, daß die Einnahme von Antibaby-Pillen das Thromboserisiko erhöhe“ („TAZ“, 22.6.).

Das Gericht schloß sich in seiner Urteilsbegründung dieser Aussage an; „Es liegt kein Beweis dafür vor, daß die Antibabypille Embolien (= Verstopfen der Blutbahn durch Blutgerinnsel – Anm. AK) verursacht, die vom Herzen oder von anderen Zentralorganen ausgehen“, lautet ein Kernsatz im Urteil“ („FR“, 17.10.). Auch in diesem konkreten Fall sei die Einnahme der Pille nicht die Ursache für den Tod gewesen.

Ob nun eine Warnung im „Waschzettel“ enthalten ist oder nicht – die Antibabypillen-Hersteller sind mit diesem Urteil von jeder Verantwortung freigesprochen worden.

Die Kläger haben Berufung eingelegt.

Gesundheitskommission

#### Beratungsstelle „Frauen helfen Frauen“ in Aachen eröffnet

Seit Mitte Oktober hat die Aachener Frauenhausgruppe eine öffentliche Kontaktstelle. Durch Gespräche sollen Frauen in Konfliktsituationen sich darüber klar werden, was sie selbst wollen, und wie sie ihre Interessen durchsetzen können. Um das dafür notwendige Vertrauensverhältnis aufzubauen, werden die Mitarbeiterinnen an festen Terminen beraten, damit die hilfesuchenden Frauen immer dieselbe Gesprächspartnerin antreffen. Außerdem wird über konkrete Hilfen informiert, die den Frauen von staatlicher Seite zustehen – bei den entsprechenden Gängen zu Ämtern, Anwälten und Gerichten sollen die Frauen ggf. begleitet werden. Um auch Müttern diese Möglichkeit zu geben, verfügt das Büro über ein Kinderspielzimmer. Geplant ist außerdem ein wöchentlicher „offener Nachmittag“, wo sich Frauen untereinander kennenlernen können, um so die Fixierung auf die „Beraterinnen“ abzubauen. Übrigens wird hier nicht nur unbezahlte Sozialarbeit geleistet: die Frauenhausgruppe hat



## FRAUEN HELFEN FRAUEN

durchgesetzt, daß für dieses Projekt eine ABM-Stelle eingerichtet wurde. Adresse: Boxgraben 49, 51 Aachen

NRW-Frauenkommission

# ab

## arbeiterbuch Politische Buchhandlung

Grindelhof 45  
2 Hamburg 13  
Tel. 45 38 01

#### Literatur zur Geschichte der Frauenemanzipation

Karin Bauer  
„Clara Zetkin“ und die proletarische Frauenbewegung  
Verlag Oberbaum DM 19,80

Ein sehr wichtiges und materialreiches Buch zur Entstehungsgeschichte der proletarischen Frauenbewegung bis zum 1. Weltkrieg und der Gründung der III. Internationale.

Marie-Luise Jansen-Jurreit  
„Sexismus“  
Fischer Nr. 3704 DM 12,80

Bereits 1976 erschienener feministischer „Kontrapunkt“ zu K.Bauers oben genannten Buch. Über den oben genannten Buch. Über den geschichtlichen Rahmen hinausgehende feministische Analyse der vielfältigen Ebenen der Frauenunterdrückung. Versuch, die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Frauenbewegung differenziert darzustellen und Defizite der frühen sozialdemokratischen Frauenbewegung hinsichtlich der Berücksichtigung der doppelten Unterdrückung der Frau in Haushalt und Familie zu kritisieren.

Jutta Menschik  
„Feminismus – Geschichte, Theorie, Praxis“  
Pahl-Rugenstein DM 12,80

Geschichte des Feminismus aus DKP-naher Sicht, wobei viel Platz der Kritik feministischer Positionen eingeräumt wird.

J.Menschik (Hrsg.)  
„Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau“  
Pahl-Rugenstein DM 12,80

27 Texte aus der Geschichte der Frauenbewegung, von Luise Otto bis Kate Millet.

Stefan Bajohr  
„Die Hälfte der Fabrik“  
VAG DM 32,-

Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945

Fesser u.a.  
„Weib und Macht“  
Fischer

Vier Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen versuchen nachzuweisen, daß es vor 3 000 Jahren der Männerherrschaft eine fünf Millionen Jahre lang Dominanz der Frau gegeben hat.

Bölke, Gundula  
„Die Wandlungen der Frauenemanzipationsbewegung – von Marx bis zur Rätebewegung“  
Association DM 5,-

Heymann/Augsburg  
„Erlebt – Erschautes: Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850 bis 1940“  
Verlag Anton Hain DM 19,80

Die vorliegenden Memoiren sind ein „Glücksfall“, denn es gibt so gut wie keine Darstellungen aus dem Bereich des linken radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, sehr spannend und lesenswert.

Herve, Florence  
„Brot und Rosen“  
VMB DM 14,80

Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung aus DKP-Sicht

Renate Wiggerhaus  
„Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung“  
Hammer Verlag DM 24,-

Ein ganz neues und materialreiches Buch über Frauen und Frauenbewegung nach 1945 in beiden Teilen „Deutschlands“.

G.Dietze  
„Die Überwindung der Sprachlosigkeit“ – Texte aus der neuen Frauenbewegung  
Luchterhand DM 12,80





# Lesben • Schwule



## Washington:

# „Dieser Marsch ist so wunderbar“

### Ein Höhepunkt der US-Schwulenbewegung

Am Wochenende des 13./14. Oktober wurde es spürbar wärmer zwischen den eisigen Palästen rings ums Weiße Haus: Es ging um schwule Rechte – und alle, alle kamen ... Endlos wäre eine Aufzählung der Städte, der Organisationen, der Prominenten, die hier zusammenkamen. Doch neben der Monstardemo gab es noch eine Konferenz von weitreichender Bedeutung – von beiden soll hier berichtet werden.

### Ein Aufruf allein macht noch keine Demo

Vor neun Monaten begann die Planung für einen Nationalen Marsch. Flugblätter und Anzeigen warben – hauptsächlich unter Lesben und Schwulen – um finanzielle und praktische Unterstützung. Zwei Vorbereitungskonferenzen mit mehreren hundert Delegierten faßten Beschlüsse, die sich sehen lassen konnten: Neben den übergeordneten Parolen und Zielsetzungen (für die nationale Verankerung der schwulen Rechte, gegen antischwule Gesetze, für die Rechte der lesbischen und schwulen Eltern ebenso wie der lesbischen und schwulen Jugendlichen) einigten sie sich, daß:

- an der Spitze des Marsches Lesben der nationalen Minderheiten gehen sollen, gefolgt von einem Lesbenblock;
- der Zeitpunkt des Marsches mit der großen Dritte-Welt-Lesben/Schwulen-Konferenz abgepaßt wird;
- 50% der Delegierten Frauen und 20% aus nationalen Minderheiten sein sollen;

– 10% aller eingehenden Spenden für die freie Beförderung von armen und (damit gleichzeitig) Lesben und Schwulen der nationalen Minderheiten verwendet werden (Workers World, 12.10.79).

Weiterhin wurden ausdrücklich die Transvestiten und Transsexuellen einbezogen, in Anerkennung der Rolle, die sie in der Bewegung gespielt haben, und ihrer ganz besonderen Unterdrückung.

Währenddessen liefen die Vorbereitungen landesweit auf Hochtouren. Deutlichster Gradmesser waren dabei die verkauften Bus-, Zug- und Flugkarten, die überwiegend von schwulen Reisebüros zu Sonderpreisen angeboten wurden. So konnten z.B. im 4.500 km entfernten San Francisco allein von Ulysses Travel 5.000 Plätze in Sondermaschinen (ab 400 DM) vergeben werden. Die für uns Mitteleuropäer völlig ungewohnten Entfernungen bildeten nicht die einzige Hürde auf dem Wege nach Washington. Zur Vorbereitung und Durchführung mußten Dollarberge herbeigezaubert werden und wahre Wunderwerke der Organisationskunst vollbracht werden. Denn schließlich blieben die Teilnehmer für mehrere Tage in Washington.

Die gesamte schwule Presse – un-



terstützt von linken und liberalen Blättern – rief in ganzseitigen Anzeigen zur Teilnahme oder Unterstützung des Marsches auf. „Selbst wenn du nicht hinfahren kannst, kannst du doch dort sein“, war eine Aktion der erfindersichen Organisatoren – für eine Solidaritätsspende von 25 Dollar konnte eine Fahne ausgewählt werden, die dann auf dem Marsch von einem Teilnehmer getragen wurde. Zu den Unterstützern zählten u.a. Huey P. Newton (Black Panther Party), Kevin White (Bürgermeister, Boston), William Kunstler (Anwalt) und Jane Fonda.

### „Ein historisches Ereignis“

### „Ein historisches Ereignis“

Nachdem am Sonnabend Schwule und Lesben der verschiedenen Bundesstaaten „ihre“ Abgeordneten im Congress in einem eindrucksvollen „lobbying“ besucht hatten, sammelten sich die Massen am Sonntagvormittag vor dem Capitol. Von hier bewegte sich der Marsch gegen Mittag los.

Wer je die Massen in Bonn oder Hannover sah, wird wissen, wie unmöglich eine Zählung ist. Ebenso war es in Washington. Die auf diesem Auge stets etwas kurzschichtige Polizei sprach von 80.000, durch die rosa Brille der Veranstalter waren es 250.000. Die „International Herald Tribune“, die

dem Ereignis ein kleines Bild ohne Artikel widmete, sprach verschämt von „Tausenden“ und „Workers World“ nennt 100.000. Nun, wie es auch sei, auf jeden Fall dauerte es Stunden, bis der Zug auf der riesigen Wiese unter dem Washington Memorial versammelt war, wo die Abschlussskundgebung stattfand. Wie vereinbart, kamen erst die militanten Lesben der nationalen Minderheiten vor einem großen Frauenblock, dann die Behinderten, Delegationen aus Puerto Rico, Mexico und Schweden und schließlich die Lesben und Schwulen aus den einzelnen Bundesstaaten.

In zahlreichen Reden war immer wieder von Solidarität und Einheit

staaten. In zahlreichen Reden war immer wieder von Solidarität und Einheit unter den Unterdrückten gesprochen, zum Kampf gegen Sexismus und Rassismus aufgerufen worden. Was auch nach den Reden unvergessen bleiben wird, ist die Tatsache, daß dies die erste nationale Schwulendemo in der Geschichte der USA (und der Welt?) war und daß damit gleichzeitig eine nationale Organisation für die Schwulenbewegung der USA aufgebaut wurde.

### Unterwegs

Durch die ungeheure Vielseitigkeit des Marsches kam es für viele Teilnehmer zu neuen Erfahrungen. So

möchte ich einige Beispiele aus einem Augenzeugenbericht in Workers World (19.10.79) herauspicken.

„Ein Schwarzer aus der ‚Mississippi Gay Alliance‘ und der ‚Mississippi Coalition gegen Todesstrafe‘ sprach über die Wichtigkeit beider Kämpfe. ‚Wir müssen den Leuten zeigen, daß, wenn du jemand auf einem Gebiet unterdrückst, dies direkt verknüpft ist mit einer anderen Unterdrückung.‘“

„Viele Schwule und Lesben riskierten ihre Stellung durch die Teilnahme – und doch trugen sie Transparente wie ‚Schwule Lehrer‘, ‚Lesbische Eisenbahnerinnen‘, ‚Schwule Sozialarbeiter‘ und ‚Lesbische Krankenschwestern‘. Eine Gruppe von Farmarbeitern kam sogar von Texas angereist.“

„Ich sprach mit vielen Behinderten. ‚Die Unterdrückung von Lesben und Schwulen ist um ein vielfaches größer, wenn sie behindert sind‘, erklärte mir Bill Mennella, ein Mitglied von ‚Behinderte in Jugend gegen Krieg und Faschismus‘. Unter den Organisatoren war auch die ‚Rainbow Gay Alliance‘, in der sich schwule Gehörlose zusammengeschlossen haben.“

„Eine schwarze Busfahrerin aus Washington nahm sich frei für diesen Marsch. Als ich mit ihr da auf der Wiese stand, kamen einige ihrer tagtäglichen Fahrgäste vorbei und umarmten sie. ‚Dieser Marsch ist so wunderbar‘, sagte sie, ‚er hätte schon lange vorher gemacht werden sollen‘.“

„Patty Kunitsugu von den ‚Lesben in der Farbigenbewegung‘ aus Seattle (5.000 km westlich) erklärte mir die besondere Wichtigkeit der Demo für sie als asiatische Frau und Lesbe. ‚Die heutige Demonstration beweist, was ich immer geglaubt habe. Gegen Rassismus, Sexismus und antischwule Bigotterie zu kämpfen kannst du nicht voneinander trennen. Es ist alles Teil desselben Kampfes‘.“ (Workers World, 19.10.79)

### „3rd World Lesbian/Gay Conference“

Vom 12. bis 15. Oktober fand parallel zum Marsch eine Konferenz der Lesben und Schwulen nationaler Minderheiten in Washington statt. In 21 Arbeitsgruppen wurden Themen wie „Probleme mit Wohnung und Job“, „Juristische und gesundheitliche Probleme“, „Jugendliche und alte Lesben und Schwule“, „Erhaltung von

### Protest an Papa Papst

### Protest an Papa Papst

Wie wir im letzten AK berichteten, bemühte sich unser Heiliger Vater in seiner Rundreise in den USA – wie auch sein Vorgänger (Volksmund: Pillen-Paula) – um die römisch-katholische Sexualmoral.

Die internationale Schwulen Organisation (IGA) hat dazu einen offenen Brief an den „Bruder mit den bunten Fummeln“ (Sub-Jargon) gesandt, indem die „Überprüfung der alten Quellen der Vorurteile“ gefordert wird.

Die IGA gibt ihrem Verständnis darüber Ausdruck, wie schwierig es sein müßte, innerhalb der römisch-

Kultur und Geschichte der Dritte-Welt-Schwulen/Lesben“ oder „lesbische/schwule religiöse Sekten“.

Als „Dritte-Welt-Schwule/Lesben“ verstehen sich die nationalen oder rassischen Minderheiten in den USA. So setzten sich die rund 500 Teilnehmer aus Afroamerikanern, Asioamerikanern, Latinos und nicht zuletzt Indianern zusammen. Sie kamen aus 39 Bundesländern sowie aus Mexico, Costa Rica, Trinidad und Canada. Berichte der Frente Homosexual de Accion Revolucionario (FHAR) aus Mexico gaben der Konferenz einen internationalen und antiimperialistischen Charakter, genauso wie eine Grußadresse von der nicaraguanischen Botschaft in San Francisco.

Viele sprachen von der Frustration während ihrer Mitarbeit in zahlreichen progressiven Bewegungen: Von dem Rassismus in den vorwiegend weißen feministischen/linken Gruppen einerseits, von der Schwulenfeindlichkeit in ihren Stadtteilgruppen (Initiativen) andererseits.

Die Konferenz beschloß, am Sonntagmorgen einen „Zubringer“-Marsch durch die schwarzen Wohnviertel zu machen. Deutlich hoben sich ihre Blöcke später aus dem Gesamtbild.

Ein Ziel war es, ein Netzwerk für Dritte-Welt-Schwule/Lesben zu gründen, das hauptsächlich der Kommunikation dienen soll. Außerdem wurden weitere Konferenzen 1980 an der Westküste und 1981 in Mexico beschlossen („Workers World“, 19.10.79).

Die Einzigartigkeit sowohl des Marsches als auch der Konferenz liegt nicht nur in ihrem nationalen Charakter. Lokale Demonstrationen in New York und San Francisco hatten 1977 (nach Anita Bryants Sieg in Dade County) schon mehr Teilnehmer auf die Beine gebracht. Doch für diesen Marsch war eine langfristige, bewußte Vorbereitung aller Teilnehmer unter ziemlichem persönlichem Aufwand notwendig, wodurch ein wesentlicher Unterschied zu den spontanen Aktionen in einzelnen Städten gegeben ist. Der wahre Erfolg des Marsches dürfte weniger im Gottvertrauen auf die Politiker als in der Erfahrung und Sichtbarmachung der eigenen Stärke liegen.

USA-Kommission

## San Francisco: Schwulenhatz auch dort

Achtundzwanzig Lesben und Schwule sollen für insgesamt 330 Jahre ins Gefängnis! Warum? Weil sie sich an einem Aufstand beteiligt haben gegen ihre Unterdrückung, gegen die Polizei, gegen die Klassenjustiz, die es fertigbringt, einem Ex-Bullen sieben Jahre Knast für die Ermordung eines schwulen Aktivisten und einem 10jährigen Jungen fünfzehn Jahre Knast für den Diebstahl eines Brotes zu geben.

Dieser Aufstand von 5000 lesbischen und schwulen Einwohnern von San Francisco wurde hervorgerufen durch die Bekanntgabe des Urteils gegen Dan White am 21.5.79, der nur wegen „Totschlags“ und nicht wegen bewußten Mordes belangt wurde, nachdem er kaltblütig den Bürgermeister George Moscone und den schwulen Stadtrat Harvey Milk erschossen hatte. Dieses Urteil wurde von den Schwulen als Schlag ins Gesicht und Freibrief für weitere Angriffe verstanden.

Darauf kam es zu dem Sturm auf

das Rathaus, der von der Polizei brutal zurückgeknüpelt wurde.

Neunzehn der Angeklagten werden wegen Kapitalverbrechen belangt; jeder von ihnen soll eine höhere Strafe erhalten als Dan White. Die Hälfte von ihnen sind Schwarze oder Latinos, viele sind Lesben, weit mehr als das Verhältnis während der Demonstration.

Während der Verhandlung am 2. 10. versuchten die Angeklagten, den Staatsanwalt wegen Befangenheit abzulehnen, da er sich schon im Verfahren gegen White einseitig profiliert hatte. Auch in Verfahren gegen progressive und linke Gruppen hatte er sich zu heftigen Attacken hinreißen lassen.

Freilich findet die Schwulenhatz nicht nur im (Gerichts)Saale statt. So wurde gerade Daniel Mar, ein Polizeibeamter, zu drei Jahren auf Bewährung, 1000 Dollar Geldstrafe und 200 Stunden Sozialarbeit verurteilt, weil er zahlreiche Frauen in Pegg Place, einer Lesbenbar, im vergange-

nen März krankenhaushausreif geschlagen hatte. Derselbe Bulle hatte im November 78 eine schwarze Frau, die im dritten Monat schwanger war, zusammengeschlagen.

Sogar des FBI wurde beauftragt, um einen Polizeifall zu „untersuchen“, durch den 50 Gäste der schwulen Bar Elephants Walk in der Nacht des 21. Mai verletzt wurden. Was das FBI indes tatsächlich tut, ist Schnüffelei und Unterwanderung in der Schwulenszene, in den linken Gruppen und unter den Minderheiten.

Mittlerweile haben sich in vielen Städten Gruppen gegen die Polizeibrutalität gebildet, die sich über mangelnde Beschäftigung nicht beklagen können.

Kontakt:  
The May 21 Defense Committee  
Capstreet Foundation  
558 Capstreet  
San Francisco, CA 94 110 USA

USA-Kommission



Gerade erschien die Nr. 6 Nov./Dez. 1979 der „emanzipation“  
Inhalt: Cafehaus-Trend – Verwandlung der Subkultur; Prozeßbericht um Gerd Blömer/Rosa Listen; Psychochirurgie; Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus der VVN; Parteien und Schwule – Podiumsdiskussion in Köln. 3.– DM in jedem wohlsortiertem Kiosk oder anfordern bei: „emanzipation“, Postfach 1245, 9013 Haar, Verrechnungsscheck beilegen!



# Die Schwulenbewegung und die Linke

In unserer Erklärung zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen im KB schrieben wir in AK 161, daß die „AG Schwule einen politischen Bereich vertritt, der in der Linken traditionell als ‚Privatsache‘ angesehen wurde/wird“. Wir zitierten in dieser Stellungnahme aus dem Artikel „Zurück zur Scham?“ (AK 157, S.51) die Feststellung, daß „die kommunistische Bewegung traditionell auf dem Gebiet des Persönlichen teilweise ziemliche Sünden, zumindest aber schwere Unterlassungen begangen hat.“ Wir halten diese Feststellung für richtig.

In dem folgenden Artikel wollen wir versuchen, einige dieser „traditionellen Sünden“ bzw. „schweren Unterlassungen“ darzustellen: Sie bestanden unserer Meinung nach vor allem in einem Philistertum in der Arbeiterbewegung und einem Herumstümpfen an der sexuellen Frage.

Eine materialistische „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ (Marx, s.u.) existiert nicht. Die Klassiker haben die Lücke im „Gebäude“ des Marxismus durchaus gesehen und die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt. Engels legte mit seinem Spätwerk „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ Grundlagen für eine materialistische Kritik der Liebesverhältnisse und gab wichtige methodische Hinweise für weitere Forschungen zu dieser Frage.

Lenin sah Anfang der 20er Jahre die Notwendigkeit, zur „Sexual- und Ehefrage“ „zu sprechen oder zu schreiben“, mußte jedoch den alleinigen Schwerpunkt seiner Kraft auf die Festigung des jungen Sowjetstaates setzen (C.Zetkin, s.u.). Die „Lücke“, d.h. eine materialistische „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“, blieb bestehen. Deswegen gibt es an dieser Stelle eine „offene Flanke“ gegenüber aller bürgerlichen Ideologie, die ständig in die Linke „hineinschwappt“.

In der Anfang der 70er Jahre neu entstandenen westdeutschen Schwulenbewegung hat dieses Philistertum und Herumstümpfen in der sexuellen Frage weitgehend zur Abkehr vom Marxismus geführt und allerhand spontane Ideologien verstärkt.

(In einem weiteren Beitrag im nächsten AK wollen wir vor dem Hintergrund der im AK geführten Sado-Masochismus-Debatte untersuchen, inwieweit sich jene Tendenzen auch in dieser Auseinandersetzung im KB und seinem Umfeld bemerkbar gemacht haben.)

## Eine „Kritik der Liebesverhältnisse“ muß her

Von den Klassikern der materialistischen Weltanschauung ist die Notwendigkeit einer historisch-materialistischen Kritik der Sexualität der Menschen bereits festgestellt worden. So hatte Karl Marx schon 1845 darauf hingewiesen, daß Forschungen für eine „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ notwendig seien. In einer Auseinandersetzung mit Feuerbach schreibt Marx in der „Deutschen Ideologie“: „Feuerbach hat allerdings den großen Vorzug vor den ‚reinen‘ Materialisten, daß er einsieht, wie auch der Mensch ‚sinnlicher Gegenstand‘ ist; aber abgesehen davon, daß er ihn nur als ‚sinnlichen Gegenstand‘ nicht als ‚sinnliche Tätigkeit‘ faßt, da er sich auch hierbei in der Theorie hält, die Menschen nicht in ihrem gegebenen gesellschaftlichen Zusammenhange, nicht unter ihren vorliegenden Lebensbedingungen, die sie zu dem gemacht haben, was sie sind, aufzufaßt, so kommt er nie zu den wirklich existierenden, tätigen Menschen, sondern bleibt bei dem Abstraktum ‚der Mensch‘ stehen und bringt es nur dahin, den ‚wirklichen, individuellen, leibhaftigen Menschen‘ in der Empfindung anzuerkennen, d.h., er kennt keine anderen ‚menschlichen Verhältnisse‘, des Menschen zum Menschen“, als Liebe und Freundschaft, und zwar idealisiert. Gibt keine Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse.“ (Marx/Engels-Werke (MEW), Bd.3, S.44).

Es ist schon arg verhuscht, wenn die „Schriftgelehrten mit bezeichnender Fehlleistung fast ein Jahrhundert lang ‚Liebesverhältnisse‘ statt ‚Liebesverhältnisse‘ in die Handschrift der ‚Deutschen Ideologie‘ hineingelesen (haben). Erst in dem Proband der Marx-Engels-Gesamtausgabe, die der Dietz-Verlag im Juli 1972 einer ausgewählten Gruppe von Fachleuten zustellte, fand man den tatsächlichen Wortlaut des Vorwurfs, den Marx gegen Feuerbach erhoben hatte: daß Feuerbach sich darum gedrückt habe, eine „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ vorzunehmen“ (E.Bornemann, Das Patriarchat, S.Fischer 1975, S.12).

„Gewissermaßen die Vollführung eines ‚Verhältnisses‘“ (Engels) von Marx stellte das Engelsche Spätwerk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ dar, das er neun Jahre vor seinem Tode veröffentlichte. Das Werk enthält wichtige Aussagen zur Entwicklung der Familie und der menschlichen Sexualität auf materialistischer Grundlage. Vorausgegangen war die Veröffentlichung, die Sammlung, Verarbeitung und Interpretation umfangreichen Tatsachenmaterials aus den Gebieten der Archäologie, Geschichte und Ethnologie. Gleichzeitig entdeckte Engels, daß in der Urgesellschaft „regelloser Geschlechtsverkehr“ geherrscht haben müsse, womit er ein bürgerliches Tabu, die Ideologie von der „Natürlichkeit“ der bürgerlichen Ehe umgestoßen hatte: „Man will der Menschheit diese ‚Schande‘ ersparen“, schreibt Engels gegen die vermufften bürgerlichen

Forscher. Und weiter: „Mir scheint vielmehr, daß alles Verständnis der Urzustände unmöglich bleibt, solange man sie durch die Bordellbrille anschaut“ (MEW Bd. 21, S.43).

Daß das „Philistenvorurteil“ und die „verlogene spießbürgerliche Moralprüderie“ unter den „deutschen Sozialisten“ auch schon vor 100 Jahren fröhliche Urständ feierten, beweisen folgende Aussagen Engels' von 1883 in denen er sich gegen diese Doppelmentalität wandte. Engels würdigte im „Sozialdemokrat“, dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, den Schriftsteller Georg Weerth, der am Feuilleton der von Marx herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ mitgearbeitet hatte, als „ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats“: „Worin Weerth Meister war ..., das ist der Ausdruck natürlicher, robuster Sinnlichkeit und Fleischeslust. Manche der Leser des ‚Sozialdemokrat‘ würden sich entsetzen (!), wollte ich die einzelnen Feuilletons der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ hier abdrucken lassen ...“ (Die „Neue Rheinische Zeitung“ erschien um 1850). Engels weiter: „Indes kann ich doch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß auch für die deutschen Sozialisten einmal der Augenblick kommen muß, wo sie dieses letzte deutsche Philistenvorurteil, die verlogene spießbürgerliche Moralprüderie offen abwerfen, die ohnehin



nur als Deckmantel für eine verstohlene Zotenreißerei dient ... Es wird nachgerade Zeit, daß wenigstens die deutschen Arbeiter sich gewöhnen, von Dingen, die sie täglich oder nächtlich selbst treiben, von natürlichen, unentbehrlichen und äußerst vernünftigen Dingen ebenso unbefangen zu sprechen wie die romanischen Völker, wie Homer und Plato, wie Horaz und Juvenal (altgriechische und -römische Dichter – Anm. AG Schwule), wie das Alte Testament und die „Neue Rheinische Zeitung“ (MEW, Bd.21, S.8). Dieser Kritik ist auch heute nichts entgegenzusetzen.

Lenin hat zu dem Problem der Sexualität und der „Liebesverhältnisse“ wenig geschrieben. Das wenige, was vorliegt, ist im strengen Sinne nicht authentisch, so z.B. die von Clara Zetkin veröffentlichten „Erinnerungen an Lenin“.

## Frühe Sowjetunion

In der Sowjetunion war nach dem Sieg der Oktoberrevolution die Konzentration aller Kräfte auf die Behauptung und die Befestigung des jungen Sowjetstaates notwendig. Dennoch wurde unmittelbar nach Erringung der Macht mit der Befreiung von der zaristischen Sexualmoral und -unterdrückung begonnen, weil

die Frage der Sexualität als Teil der großen sozialen Fragen angesehen wurde. Im Hinblick auf die Sexualität wurde in der Sowjetgesetzgebung folgendes Prinzip angewandt: „Die Gesetzgebung mischt sich aber nicht in ein sexuelles Verhältnis, solange dasselbe sich zwischen zwei erwachsenen Personen ohne irgendwelche Zwangserscheinungen abspielt. Die Art sexueller Betätigungen eines solchen Verhältnisses sind Privatsache der betreffenden Person. Die Frage der öffentlichen Sittlichkeit existiert für die Gesetzgebung in dem Falle nicht.“ Weiterhin galt das Prinzip „der absoluten Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft, soweit sie in geschlechtlichen Beziehungen Niemandem Schaden bringt und Niemandes Interessen verletzen. Sie erklärt volle ökonomische, soziale und politische Gleichheit der Geschlechter“ (Batkis, Die Sexualrevolution in Rußland, Berlin 1925, S.22, S.6). Verbunden war damit die Aufhebung des Schwulenparagrafen, des Abtreibungsverbotes, die Erleichterung der Ehescheidung und andere Maßnahmen. Die „Sexualrevolution“ in der Sowjetunion gab der „sexuellen Reformbewegung in Westeuropa und in Amerika Auftrieb“ (Thorstad/Lauritzen „Early Gay Rights Movement“, S.63).

Im Gefolge einer Ideologie von der „freien Liebe“ (sog. „Glas-Wasser-Theorie“) kam es jedoch zu einer Durchsetzung männlicher Sexualinteressen, die die Bolschewikin Smidowitsch 1925 so beschrieb: Die Jugend halte es für indiskutabel, „sich in der Liebe die geringsten Beschränkungen aufzuerlegen. Jede Kommunistin, jede Studentin, auf welche die Wahl eines dieser jungen prinzipienstarken (!) Männer falle, müsse unweigerlich gehorchen. Treten Folgen ein, so werde der Arzt zur Abtreibung herangezogen. Das Mädchen, das sich weigert, werde als ‚burjul‘ (Kleinbürgerin) in den Abgrund der Verachtung gestoßen. Ein Mädchen, das schon zwei Eingriffe hinter sich hatte und einen Antrag auf ‚eine Nacht‘ von einem Manne, der sein Verlangen mit der Krankheit seiner Frau begründete, ablehnte, sei mit dem Schimpfwort ‚burjul‘ und mit der Weigerung des Grußes belohnt worden. Für geistig Arbeitende (Studentinnen) wurde der Eingriff zur Notwendigkeit. Das hätte vielfach zu Selbstmorden geführt“ (zit. bei M.Israel, in Kollontai, „Neue Moral“, Münster 1977, S.142).

Im selben Jahr verteidigte Batkis diese „freie Liebe“: „Die Feinde der jungen Gesellschaft haben Märchen über die wilde freie Liebe. Sozialisierenden Gesellschaft haben Märchen über die wilde freie Liebe. Sozialisierung der Frau und ähnlichen Unsinn erfunden und über die ganze Welt verbreitet ... Die Beobachtung des alltäglichen Lebens lehrt uns gerade das Gegenteil davon“ und fährt fort: „Die freie Liebe in Rußland ist nicht irgendein zügelloses wildes Sich-Ausleben, sondern die ideale Verbindung von zwei freien, in Unabhängigkeit sich liebenden Menschen“ (Batkis, S. 22f). Es wäre zu untersuchen, ob und inwieweit Batkis ein völlig mechanisches Verständnis von „frei“ und „unabhängig“ hatte und zu fragen, ob die „freie Liebe“ nach der Überwindung der zaristischen Sexualrepression eine Art „Schotten hoch“-Politik begünstigte, die selbstredend auf Kosten der sozial Schwächeren, der Frauen ging.

Lenin jedenfalls hatte schwere Widersprüche zu dieser Politik und wandte sich entschieden gegen ein Herumstümpfen in der Sexual- und Ehefrage: „Als Kommunist habe ich nicht die geringste Sympathie für die Glas-Wasser-Theorie, auch wenn sie die schöne Etikette trägt: ‚Befreiung der Liebe‘“ (Zetkin, „Erinnerungen“, in Bd. III, S.75).

Im Gespräch mit Clara Zetkin warf er die Frage auf: „Können Sie mir ernsthaft versichern, daß in den Lese- und Diskussionsabenden die Sexual- und Ehefrage vom Standpunkt des reifen, lebendigen historischen Materialismus aus behandelt wird? Das hat ein vielseitiges, tiefes Wissen zur Voraussetzung, klare marxistische Bewältigung eines ungeheuren Materials, wo habt ihr jetzt die Kräfte dafür?“

Speziell wandte sich Lenin gegen eine offensichtlich stümperhafte Broschüre, die in Lese- und Diskussionsabenden der KPD als Unterrichtsmaterial benutzt wurde und die die Frage der Sexualität als Teil der großen sozialen Fragen angesehen wurde. Im Hinblick auf die Sexualität wurde in der Sowjetgesetzgebung folgendes Prinzip angewandt:

„Die Gesetzgebung mischt sich aber nicht in ein sexuelles Verhältnis, solange dasselbe sich zwischen zwei erwachsenen Personen ohne irgendwelche Zwangserscheinungen abspielt. Die Art sexueller Betätigungen eines solchen Verhältnisses sind Privatsache der betreffenden Person. Die Frage der öffentlichen Sittlichkeit existiert für die Gesetzgebung in dem Falle nicht.“ Weiterhin galt das Prinzip „der absoluten Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft, soweit sie in geschlechtlichen Beziehungen Niemandem Schaden bringt und Niemandes Interessen verletzen. Sie erklärt volle ökonomische, soziale und politische Gleichheit der Geschlechter“ (Batkis, Die Sexualrevolution in Rußland, Berlin 1925, S.22, S.6). Verbunden war damit die Aufhebung des Schwulenparagrafen, des Abtreibungsverbotes, die Erleichterung der Ehescheidung und andere Maßnahmen. Die „Sexualrevolution“ in der Sowjetunion gab der „sexuellen Reformbewegung in Westeuropa und in Amerika Auftrieb“ (Thorstad/Lauritzen „Early Gay Rights Movement“, S.63).



Die „Bewältigung des ungeheuren Materials“, die zur Erarbeitung eines kommunistischen Standpunktes notwendig war, sah Lenin als eine Frage der Kräfte: „Wo habt ihr jetzt (!) die Kräfte her? Wären sie vorhanden, so würde es nicht vorkommen, daß eine Broschüre wie die erwähnte bei den Lese- und Diskussionsabenden als Unterrichtsmaterial benutzt wird.“ Lenins gesamte Kräfte waren gerichtet „auf die Beschleunigung der Revolution als Massenwerk“. So wertete er alles „in seiner Auswirkung auf die bewußten Triebkräfte der Revolution“, schreibt C.Zetkin (ebenda S.78). Daß für den Klassiker der Revolution die Lösung der Sexual- und Ehefrage eine notwendige Aufgabe war, sagte er selbst: „Vielleicht spreche oder schreibe ich einmal über die angeschnittenen Fragen. Später – jetzt nicht! Jetzt muß alle Kraft und Zeit auf andere Dinge konzentriert werden. Es gibt größere, schwerere Sorgen. Der Kampf um die Behauptung und Festigung des Sowjetstaates ist noch lange nicht zu Ende“. 1924, wenige Jahre nach diesem Gespräch, starb Lenin.

Es ist unseres Erachtens nicht gerechtfertigt, den Klassikern vorzuwerfen, sie hätten das Problem nicht gesehen oder nicht sehen können, etwa weil sie „Patriarchen“, „Heterogesehen“ oder nicht sehen konnten, etwa weil sie „Patriarchen“, „Heteromacker“ oder sonstwas wären (mittlerweile existiert ja über diese „Sicht der Klassiker“ eine ganze Literaturgattung), sondern den Klassikern ist diese „Lücke“ im Materialismus als theoretischer Mangel durchaus bewußt gewesen.

## Bürgerliche Forschung in den „Kinderschulen“

Zu beachten gilt es ebenfalls, daß die wissenschaftlichen Fachforschungen zu diesem gesamten Komplex noch in den Kinderschuhen steckten und sich – aus verschiedenen Fachdisziplinen entwickelnd – erst in einem Formierungsstadium befanden. Die etablierte, offizielle bürgerliche Sexualwissenschaft war ein Anhängsel der Medizin, also einer wissenschaftlichen Disziplin, die sich mit Krankheiten beschäftigte: „Sofern die Mediziner überhaupt über die sexuellen Implikationen ihrer Entdeckungen nachgedacht haben, sind sie stets im Somatischen (d.h. Körperlichen) hängengeblieben: sie haben die Bäume untersucht und den Wald vergessen ... Keiner von ihnen hat je das betrieben, was man heute Sexualwissenschaft nennt ... Die Pioniere der Sexualwissenschaft, die medizinische Ausbildung genossen hatten – Krafft-Ebing (\*1840), Forel (\*1848), Freud (\*1856), Havelock Ellis (\*1859, offen schwul), Hirschfeld (\*1868, offen schwul), Maranon (\*1887) und Reich (\*1897) wurden von der medizinischen Fakultät als Häretiker (Ketzer) behandelt.“ (Zusätze „offen schwul“ durch AG Schwule) Zu Recht fragt sich der Sexualwissenschaftler Bornemann, weshalb mein Fach seine wichtigsten Entdeckungen nicht denen verdankt, von denen man die eigentli-

che Pionierarbeit erwartet hätte – den Sexualmedizinern –, sondern den Psychologen, Ethnologen, Vorgeschichtsforschern und Rechtshistorikern“ (alle Zitate: Bornemann, Lexikon der Liebe, Bd.1, S. 7f).

Fortschrittliche Sexualforscher – und ihnen hat Friedrich Engels mit seinem „Ursprung“ wesentliche Impulse gegeben – konnten sich mit einer Sexualwissenschaft als Anhängsel der Medizin nicht zufrieden geben. Vor ihnen lag, wie Lenin richtig feststellte, „die Bewältigung eines ungeheuren Materials“, welches – um daraus marxistische Positionen entwickeln zu können – erst einmal mühselig zu Tage gefördert werden mußte. (Das wichtige Werk der Ethnologin M. Mead „Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften“ erschien zum Beispiel erst 1928, die Kinsey-Reports zur Sexualität des Mannes und der Frau Ende der vierziger Jahre). Daß die Erkenntnisprozesse bei einer derart „verborgenen Sache“, wie der Sexualität, wesentlich komplizierter verlaufen, als die Analyse offen zu Tage liegender Herrschaftsverhältnisse, versteht sich von selbst.

Welchen Problemen sich z.B. Wissenschaftler gegenüber sahen, die sich – abseits der etablierten bürgerlichen Sexualmedizin – ausschließlich mit Sexualfragen befaßten, belegt das Beispiel des fortschrittlichen schwulen Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld. Die erste empirische Untersuchung über die Verbreitung der Homosexualität stammt von ihm (1904). Um überhaupt einen theoretischen Ansatz in der „Erklärung“ der Homosexualität zu finden, griff er die schon Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Theorie des „Dritten Geschlechts“ auf. Er versuchte, sie durch Messungen am Körper von offenen Schwulen (z.B. des Beckens) zu beweisen. Die so „vermessenen“ Schwulen sollten dann stolz darauf sein, „anders als die anderen zu sein“ und folgendes (Selbst)Bewußtsein bekommen: „Ich hab aber zwei Zentimeter mehr, als du, du Normaler, mir darf keiner mehr was tun!“ Mit diesem ideologisch abgesicherten Krankenschein lieferte Hirschfeld – was er derzeit nicht ahnen konnte – sich selbst und seine Anhänger der Rassen Theorie des Faschismus aus, wo Schwule als „Kranke und Kriminelle“ in den Gasöfen endeten. Tatsächlich hatte Hirschfeld mit seiner Theorie der „angeborenen Homosexualität“ mit den allerbesten Absichten versucht, aus Schwulen eine warmes Überlebensschiffchen in einer kalten Welt ideologisch abzusichern. Da mit der Theorie vom „3. Geschlecht“ die vom Bürgertum behauptete „Verführung“ zur Homosexualität nun angeblich widerlegt wäre, müsse der § 175 aufgehoben werden. Der Preis, den Homosexuelle für diese Theorie zu zahlen hätten? Eine um Toleranz bettelnde Minderheit bis in alle Ewigkeit! (In der revolutionären Sowjetunion wurde die Abschaffung des dortigen Schwulenparagrafen aus rein humanitären Ansichten vorgenommen, und zwar auf der Basis der Untersuchungen von Hirschfeld, vergl. Ahrens u.a.: „Die Homosexualität in uns“, in: „Tuntenstreit“, S. 20 Rosa Winkel Verlag.)

Es zeigt sich, daß es durchaus nicht leicht war, über diese Themen zu arbeiten, wenn nicht umfassende Grundlagenforschung und eine entsprechende Untersuchungsarbeit geleistet wird, auf die Marxisten aufbauen können. Lenin wußte also, wovon er sprach, wenn er „klarste marxistische Bewältigung eines ungeheuren Materials“ forderte und sich gegen das Herumstümpfen wandte, das konsequenterweise zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie führen müsse: „Warum aber... führt die spontane Bewegung, die Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstands, gerade zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über unvergleichlich viel Mittel der Verbreitung verfügt. Und je jünger eine sozialistische Bewegung in einem Lande ist, desto energischer muß deshalb der Kampf

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 31

gegen alle Versuche, die nicht-sozialistische Ideologie zu festigen, geführt werden, desto entschiedener müssen die Arbeiter vor den schlechten Beratern gewarnt werden, die von einer Überschätzung des „spontanen Elements“ zehren“ (Lenin, Was tun, Berlin 1966, Bd. 1, S. 176 f).

Hatte sich Lenin gegen die Herumstümperei gewandt, so hatte Engels das „Philistenvorurteil“ und die „verlogene spießbürgerliche Moralprüderie“ in der Arbeiterbewegung gegeißelt. Beide Strömungen haben sich traditionell in der Arbeiterbewegung eingenistet. Sie müssen bekämpft werden: Die Sexualwissenschaftliche Forschung hat heute umfangreiches Material (auch zu sog. „Perversionen“) aufbereitet, mit denen es die „Philister“ und „Stümper“ zu konfrontieren gilt.

### Philistertum geehrt!

Wohin jene Strömungen in der Arbeiterbewegung führten, zeigen anschaulich die „Sünden“ auf dem Gebiet der Sexual- und Ehefrage in der Entwicklung der späteren Sowjetunion.

In den 30er Jahren wurden die Ehescheidungen erschwert, die Abtreibung verboten und der Schwulenparagraf wieder eingeführt. Eine allgemeine Sexualfurchtsamkeit (Sexophobie) und ein klebriges Philistertum machten sich breit. Mararenko, ein vom Obersten Sowjet 1939 mit dem Orden des „Roten Arbeitsbanners“ ausgezeichnete Starideologe für Erziehungsfragen, vertrat in seinen Veröffentlichungen Standpunkte, die man als äußerst reaktionär bezeichnen muß. In seinem 1937 in Moskau veröffentlichten „Buch für Eltern“ schreibt er: „Der sexuelle Instinkt, ein Instinkt von ungeheurer Wichtigkeit, kann, wenn man ihn in seinem primitiven, „wilden“ Zustand läßt oder durch eine „wilde“ Erziehung noch verstärkt, nur zu einer gesellschaftsfeindlichen Erscheinung werden. Aber gezügelt und veredelt durch die soziale Erfahrung der Gemeinschaft mit den Menschen, der Disziplin und der Hemmung, wird er zu einer der Grundlagen der höchsten Ästhetik und des schönsten menschlichen Glücks.“ (S. 258).

„Disziplin“ und „Hemmung“ werden als erstrebenswerte sexuelle Normen angesehen: „In einer solchen Atmosphäre der Selbstbeherrschung und Reinheit vollzieht sich die sexuelle Erziehung in jeder gesunden Familie“ (S. 259). Kinder, die diese „Disziplin“ über sich ergehen lassen müssen, werden zu den klassischen Tugenden des Bürgertums erzogen: Sauberkeit, Ordnung, Enthaltsamkeit, Keuschheit, Schwulenfeindlichkeit, sexueller Verlogenheit und Doppelmoral: „In der Familie richtet eine solche Unordnung im täglichen Leben, die Nicht-Gewöhnung an exakte Zeiteinteilung, an strenge Ordnung, an Orientierung und Vorausberechnung sehr großen Schaden an und hindert die Jugend am stärksten daran, normale (!?) sexuelle Erfahrungen zu sammeln. Wie kann man von Erziehung sprechen, wenn der Sohn oder die Tochter aufsteht und schlafen zu sammeln. Wie kann man von Erziehung sprechen, wenn der Sohn oder die Tochter aufsteht und schlafen geht, wenn es ihnen gefällt oder wie es sich gerade trifft, wenn sie abends „spazierengehen“, man weiß nicht, wo, oder „bei einer Freundin“ oder bei „einem Kameraden“ übernachten, deren Adresse und Familienverhältnisse man nicht kennt?“ (S. 262).

Über „Gespräche“ mit Kindern über die sexuelle Frage: „Die Enthüllungen des Geheimnisses, selbst wenn es auf eine sehr kluge Art geschieht, verstärkt die physiologische (d.h. körperliche – Anm. AGS) Seite der Liebe; sie erzieht nicht das sexuelle Gefühl, sondern die sexuelle Neugier und macht sie zu etwas Selbstverständlichem und leicht möglich. Eine Kultur des Liebeslebens ist ohne in der Kindheit anerzogene Hemmungen unmöglich.“ (Wer sich weiter informieren möchte, lese z.B. auch das Buch der Christa Mewes: „Erziehen Lernen“, Bayrischer Schulbuchverlag, 1973. Diese Frau könnte bei Makarenko „Anleihen“ machen.). Durch eine solche Kinder- und sexualfeindliche Ideologie, wie sie von Makarenko als „Wissenschaft“ ausgegeben wurde, ist denn auch der Boden dafür bereitet, alles das, was dem Philister, der spießbürgerlichen Moralprüderie als „unnormale“, „ungesund“ und „krank“ erscheint, einfach dem Klassegegner umzuhängen. Makarenko-Freund Gorki tat's denn auch mit den Homosexuellen. Er entlarvte sie als Klassegegner: In der Pravda und Izvestija (23.5.34) schrieb er in dem Aufsatz „Proletarischer Humanismus“: „... hunderte Tatsachen sprechen von dem zerstörenden, zersetzenden Einfluß des Faschismus auf die Jugend Europas. Es widerstrebt einem, Tatsachen (!) anzuführen ... Ich weise jedoch darauf hin, daß Homosexualität im „Kultur-Land der

großen Philosophen, Gelehrten und Komponisten frei und ungestraft ist (Anm. AGS: Der § 175 bestand seit 1871 unverändert, wurde jedoch 1935 von den Faschisten extrem verschärft) Es ist sogar das sarkastische Sprichwort entstanden: „Rettet die Homosexuellen aus – und der Faschismus verschwindet.“ (zit. bei: Graf/Stegitz: Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft, S. 61). Kratz den „Kommunisten“ – und der Philister erscheint.

Die von Makarenko zitierten Stellen stammen aus der achten Auflage dieses Makarenko-Werkes in der DDR, wo das 358seitige, gebundene Buch für 4,70 billig zu haben ist (Westpreis 5,50), womit der Forderung Makarenkos entsprechen wird: „In der Gesellschaft müssen sich das Urteil der öffentlichen Meinung und die Forderungen nach Kontrolle über die Einhaltung der sittlichen Normen immer stärker und nachdrücklicher Gehör verschaffen“ (ebenda, S. 263). „Gehör verschafft“ hat sich dieser Muff in leicht modernisierter und phrasenhafter Form jedenfalls auch bei der DKP, die sich in dem Heft „Kommunist sein – was ist das?“ (November '78) zu den „Moralischen Eigenschaften der Kommunisten“ äußern: „Kommunist sein heißt also, ein guter, gewissenhafter, disziplinierter Arbeiter zu sein“. Das wäre „eine der Bedingungen für den unterschiedenen, kompromißlosen, überzeugenden Kampf ... gegen den Kapitalismus als System“. Kommunisten, „die ihren sexuellen Partner wechseln, wie andere das Hemd, können in ihrer Umgebung kein Vertrauen für die Partei gewinnen“. Die DKP-Spießer wollen sich „in persönlichen Dingen nicht über das hinwegsetzen, was in diesem arbeitenden Volk als Norm anerkannt wird“. (S. 11) Das ist eindeutig die perverse Verdrehung der Parole vom „Schwimmen in den Massen wie ein Fisch im Wasser“.

Schwule und Lesben und andere Unnormale gibt es selbstverständlich nicht, es gibt nur „gewisse Außenseitergruppen der Gesellschaft“, die aber in der Partei nicht ihre Interessen wahrnehmen können, weil jene sich als „Interessenvertretung der Massen des arbeitenden Volkes begreift“ (S. 11).

Das alles habe „nichts zu tun mit der bürgerlichen und spießbürgerlichen Moral“. Sorry, ihr Heuchler: Sie ist es!

Was an diesen Dekadenzerscheinungen besonders widerlich ist, ist der Tatbestand, daß „der Masse des arbeitenden Volkes“ nicht zugetraut wird, zu lernen „auch in sexuellen Fragen gegen jede Form von Willkür und Unterdrückung vorzugehen. Dazu Lenin: „Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren ... Wir müssen es uns selbst, unserem Zurückbleiben hinter der Bewegung der Massen zu schreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, hinter der Bewegung der Massen zu schreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, aufrüttelnde, rasche Enthüllungen all dieser Schandtaten zu organisieren.“ (Lenin, „Was tun?“, 3 Bde., Berlin 1966, Bd. 1, S. 202).

### Neue Linke – alte Tradition

Auch in der Ende der 60er Jahre entstandenen „Neuen Linken“ haben sich kleinbürgerliches Philistertum und Stümperei an der Sexfront durchaus nicht überlebt. Im Gegenteil, die meisten der dem Anspruch nach nichtrevisionistischen kommunistischen Gruppen gaben sich verklemmt, prüde und stramm „rrrevolutionär“. Anscheinend drückte vielen dieser „tapferen Söhne der deutschen Arbeiterklasse“ (Töchter hatte diese „Klasse“ wenig?) der Penis gewaltig auf's Gehirn und klemmte viel von dem ab, was gewöhnlich fürs Denken benutzt wird. Leuchtend und als warnendes Beispiel voran die KPD/ML, die in ihrer militanten Schwulenfeindlichkeit ganz offen auftrat, während der KBW z.B. nur noch Schleim absonderte (Vgl. „Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung“ Anhang, Rosa Winkel Verlag).

Die Schwulenbewegung in der BRD und Westberlin entstand unmittelbar zu Beginn der 70er Jahre. Ihre Gründungsmitglieder stammten fast ausnahmslos aus den Reihen der „Neuen Linken“ und DKP/SEW. Es war für sie eine bittere Erfahrung, festzustellen, daß jene Hetero-Genoss/innen, mit denen Schwule eben noch auf einer Vietnam- oder Chile-demonstration oder in einem sonstigen politischen Zusammenhang zu tun hatte, sich in bornierter Überheblichkeit zu Hütern/Hüterinnen eines für die eigenen Verklemmtheiten zu rechtgestützten Marxismus aufspielten, anstatt mit ihrem marxistischen Erkenntnisinstrumentarium darüber

nachzudenken, was sich vor ihrer aller Augen abspielte: Demonstrationen jener, die von der herrschenden „Diktatur der Normalität“ als „pervers, krank und abartig“ sozial geächtet und bis vor kurzem (1969) ausnahmslos kriminalisiert wurden.

So standen z.B. 1973, als die Homosexuelle Aktion Westberlin die erste große Schwulendemo organisierte, eben diese kleinbürgerlichen linken Philister einfältig grinsend am Rand des Westberliner Kuh-Damms und glotzten wie eine „Kuh wenn's donnert“, nicht in der Lage, die politische „Legitimität“ dieser Demonstration mit den Mitteln des Marxismus zu erkennen. Von der Schwulenbewegung kam dann der Anstoß, unter der Fragestellung „können Tanten Sozialisten sein?“ jene „Lücke“ zu schließen. Die Ergebnisse dieser ersten Debatte liegen als „Tantenstreit“ vor (Rosa Winkel Verlag 1975). Wir empfehlen allen Schwulen und Heteros diese Lektüre dringend, damit der Streit fortgesetzt werden kann!

Der „Tantenstreit“, der auf das Selbstbewußtsein gerade der linken Schwulen sehr „stabilisierend“ wirkte, erschien allerdings verhältnismäßig spät und wurde von der zunächst einmal abflauenden westdeutschen Schwulenbewegung kaum noch zur Diskussion gegen die vorhandene Schwulenfeindlichkeit der Linken benutzt. (Noch später – 1977 – erschien eine weitere wichtige Veröffentlichung des Rosa Winkel Verlags „Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung“, eine Übersetzung aus dem Amerikanischen. Von lesbischen Genossinnen, die ihre „Erfahrungen“ mit dem Philistertum in den USA gemacht hatten, ist sie „als Kampfansage gegen die schwulenfeindliche Linie innerhalb der revolutionären Bewegung in den USA“ geschrieben worden).

In der spontanen (spontan gebliebenen) Schwulenbewegung setzte sich die Ideologie vom „hier und heute“ und „jetzt sofort“ „Wärmer-Leben“ zu wollen durch, die Utopie, sich hier und heute als Schwuler wirklich zu können. Die Parole „Ich will endlich die schwule Sau sein, die ich bin!“ signalisierte in der Schwulenbewegung auch eine Resignation aufgrund der Erfahrungen, die viele Aktivisten mit dem „neuen“ linken Philistertum gemacht hatten.

Beispielhaft für diese resignativen Tendenzen des Sichzurückziehens, des Sich-Nicht-Mehr-Auseinandersetzen-Wollens war die Reaktion eines Mitgliedes einer Schwulen Aktionsgruppe auf die Ablehnung eines fortschrittlichen Films durch einen linken Filmverleih. Der schwule Genosse schreibt: „Die auffallend häufige Verwendung des Wortes ‚Minderheit‘ (zeigt), daß Ihr sehr wenig von dem verstanden habt, mit dem Euch die Schwulenbewegung seit ca. 5 Jahren konfrontiert hat – haben sollte. Ich bin allerdings nicht bereit, die hier anscheinend reichlich notwendige ‚Nachhilfe‘ zu leisten.“

Der schwule Genosse schickte eines „Dokument der Ignoranz, in der Ignoranz, die Schwule nur zu oft zu spüren bekommen“ mit der Bemerkung an die Schwulenbewegung, man solle prüfen, „welche Kompromisse Schwule bisher eingegangen sind, um Bündnisse mit Linken eingehen zu können, und ob das gut und richtig war“ (KB-Broschüre: Schwule Rechte jetzt! S. 41).

Jener Briefwechsel stammt aus dem Jahre 1977. Er veranschaulicht beispielhaft den desolaten Zustand, dessen Entwicklungslinien wir in diesem Beitrag nachzuzeichnen versucht haben. Dies sind die „Fehler der Linken“, die auf Seiten der Schwulenbewegung die Resignation und Abwendung vom Marxismus verstärkt haben und sie spontanen Ideologien ausgeliefert haben. Allerdings ist dies nicht Marx, Engels und Lenin geschuldet, sondern den von ihnen selbst erkannten Lücken auf diesen Gebieten, die es der bürgerlichen Ideologie leicht gemacht haben, Einzug in die Linke zu halten und fortschrittliche Teile der Schwulenbewegung und Marxismus auseinander zu dividieren.

Wenn uns G.Hocquenghem (französischer schwuler Sexualtheoretiker) nun empfiehlt, wir Schwulen/Lesben sollten uns „dazu durchringen, auf den Traum einer Versöhnung zwischen den offiziellen Hütern der Revolution und den Ausdruck des (homosexuellen) Verlangens zu verzichten“ (zit. in: „Schluß mit der repressiven Toleranz!“ KB-Broschüre: Schwule Rechte jetzt! S. 28), so halten wir diesen Rat für ganz falsch. Im Gegenteil: Anknüpfend bei den Klassikern muß diese Lücke gefüllt werden. Dazu haben uns die Klassiker – mag Engels auch 1869 noch so erschreckt auf Schwule reagiert haben (s. AK 141, „Schluß mit der repressiven Toleranz“) – die Mittel gegeben.

AG Schwule im KB

## Kontaktadressen des KB

**Redaktion und Verlag**  
**Gerchenstraße 75**  
**2000 Hamburg 50**  
**Telefon Verlag: 43 53 06**  
**Telefon Redaktion: 439 59 02**

**Sozialistischer Studentenbund**  
 Büro  
 Schlüterstraße 4  
 2000 Hamburg 13  
 Telefon: 44 98 14

### Schleswig/Holstein

**Flensburg**  
 Peter Petersen  
 Postlagerkarte 098245 A  
 239 Flensburg

**Geestacht**  
 Postlagerkarte 02/2054 Geestacht  
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
 vor Herti

**Kappeln**  
 Dagmar Schneider  
 Postlagernd  
 234 Kappeln

**Kiel**  
 H. Lankau  
 Postlagerkarte 09 88 93 A  
 2300 Kiel 1

**Neumünster**  
 Angelika Schuknecht  
 Postlagerkarte A 023573  
 2350 Neumünster

**ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)**  
 Postamt Eutin  
 Postlagerkarte A 022853  
 2420 Eutin  
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
 am Markt/Peterstraße in Eutin

**Pinneberg/Steinburg**  
 Postlagerkarte A 022 926  
 208 Pinneberg

**Reinbek**  
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
 Kaufzentrum Reinbek/West

### Bremen

**Bremerhaven**  
 KB c/o Arbeiterbuch  
 Sonnenstraße 8  
 2850 Bremerhaven  
 Tel. 0471/47597

**Bremen**  
 ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro  
 Am Schwarzen Meer 104  
 28 Bremen 1  
 Tel.: 44 36 74

### Niedersachsen

**Braunschweig**  
 Postlagerkarte 081 378

**Braunschweig**  
 Postlagerkarte 081 378  
 33 Braunschweig  
 Verkauf jeden Sonnabend  
 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

**Cuxhaven**  
 Verkauf jeden Sonnabend  
 10 bis 12 Uhr vor Karstadt  
 Nordersteinstraße

**Emden**  
 Postlagerkarte 0 674 58 A  
 297 Emden

**Göttingen**  
 Buchladen Rote Straße  
 Rote Straße 10 z.Hd. KB  
 34 Göttingen

**Hannover**  
 V. Campen  
 Postfach 1262  
 3 Hannover 1

**Hildesheim**  
 Postlagerkarte A 019 084  
 32 Hildesheim  
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
 Fußgängerzone/Hoher Weg

**Lüneburg**  
 Postlagerkarte A 017 890  
 314 Lüneburg  
 Sonnabend Bächerstr.  
 11 bis 13 Uhr

**Stade**  
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
 am Pferdemarkt

**Weser-Ems-Gebiet**  
 Postlagerkarte 070 178 A  
 29 Oldenburg

**Wolfsburg**  
 Verkauf jeden Sonnabend  
 11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

### Rheinland-Pfalz

**Südpfalz**  
 G. Wißmeier  
 Postfach 22  
 6748 Bad Bergzabern

### Nordrhein-Westfalen

**Bielefeld**  
 J. Reents Vertriebsbüro  
 Buddestr. 9  
 48 Bielefeld  
 Mittwoch von 18 - 20 Uhr

**Bochum**  
 Postlagerkarte A 056 011  
 463 Bochum  
 Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr  
 Kortumstr./Innenstadt  
 Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr  
 Uni/Mensa

**Duisburg**  
 Postlagerkarte 080 190 A  
 41 Duisburg

**Essen:**  
 Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.  
 Nähe Kurienplatz.  
 Den AK gibt's außerdem in Buchh.  
 H. Heine, Viehofer Pl. 8 und  
 Buchladen Bundschuh, Tiegelerstr. 39  
**Kamen**  
 Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr  
 Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr  
 in der Einkaufsstraße

**Mönchengladbach 2**  
 Postlagerkarte A 0067 45  
 4050 Mönchengladbach  
 Verkauf jeden Sonnabend  
 von 11 bis 13 Uhr im Rheydt  
 (Fußgängerzone)

**Köln:**  
 Dienstag:  
 Büchertisch-Fachhochschule für  
 Sozialarbeit  
 Mittwoch: Büchertisch – Uni

### Hessen

**Darmstadt**  
 Edwin Herrmann  
 Am Eichbaumeck 52  
 61 Darmstadt

### Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro  
 S. Lissner  
 Rödelheimer Str. 13  
 6000 Frankfurt 90

**Kassel**  
 Florian Rohs  
 Kirchweg 77  
 3500 Kassel

### Baden-Württemberg

**Freiburg**  
 schriftlich über Buchladen Jos Fritz  
 c/o Kommunistischer Bund  
 Wilhelmstraße 15

**Heidelberg**  
 AK-Lesekreis jeden Montag und  
 Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/  
 Mensa) Kontakt über Postlagerkarte  
 080 845 B  
 AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr  
 Mensa Triplex

**Karlsruhe**  
 Heidi Zorn  
 Humboldtstr. 13  
 75 Karlsruhe

Humboldtstr. 13  
 75 Karlsruhe

**Stuttgart**  
 Postlagerkarte 924 B  
 7000 Stuttgart 1

**Mannheim**  
 „Der Andere Buchladen“  
 co. KB-Sympathisanten  
 M 2,6  
 6800 Mannheim 1

### Bayern

**Bamberg**  
 Verkauf jeden Dienstag  
 Büchertisch 11-13 Uhr  
 Gesamthochschule

**Landshut**  
 A. Fierbeck,  
 Postfach 2413,  
 83 Landshut  
 Verkauf jeden Sonnabend  
 10 - 12 Uhr  
 Altstadt vorm Oberpaur

**Nürnberg**  
 P. Tröstler  
 Postfach 150472  
 85 Nürnberg

**Würzburg**  
 Postlagerkarte 079303 A  
 8700 Würzburg  
 Verkauf mittwochs nach  
 AK-Erscheinen, Alte Mensa



# Kinder

## Von der Schwierigkeit, eine gute Mutter und eine gute Genossin zu sein

Zeitgleich mit den „tollen Tagen“ im KB bin ich – 30 Jahre, seit neun Jahren politisch aktiv, ledige Mutter eines einjährigen Kindes – körperlich und nervlich völlig zusammengebrochen und konnte tagelang keinen klaren Gedanken mehr fassen. Ausgangspunkt war der besonders zugespitzte Konflikt, weder mein Kind noch die politische Arbeit vernachlässigen zu wollen. Verschärfend kam die mich sehr belastende Problematik hinzu, wie zwei Leute weiter gemeinsam ihr Kind erziehen können, nachdem sie ihre Beziehung aufgelöst haben. Daß ich nicht besonders viel verkraften konnte, lag aber auch an dem ZL-Putsch, durch den ich unsere ganze Organisation und auch meine eigene Arbeit von Jahren in verantwortungsloser Weise aufs Spiel gesetzt sah.

Ich möchte etwas ausführlicher meine Auseinandersetzungen zum Thema „Wie vereinbare ich Kind und politische Arbeit?“ v o r und unsere Praxis damit n a c h der Geburt unseres Kindes darstellen.

Früher wollte ich nie ein Kind haben, weil es mir gleichbedeutend mit der Aufgabe fast meines gesamten politischen Engagements erschien. Nachdem Baby- und Kinderinitiativen immer mehr Beispiele kollektiver Erziehung boten, setzte ich mich über einen längeren Zeitraum mit meinem Wunsch nach einem Kind auseinander. D.h. ich diskutierte mit Eltern und Schwangeren, roch in eine Babyinitiative rein und betreute gelegentlich Kinder anderer Genoss(inn)en.

Mit meinem Freund besprach ich, daß für uns ein Kind nicht gleichbedeutend mit einer Art Ehevertrag auf Jahre hinaus sein sollte und daß wir gemeinsam die Verantwortung übernehmen wollten. Für den Fall einer Trennung sollte das Kind schwerpunktmäßig bei mir leben und vor allem wollten wir einen Clinch um den kleinen Menschen vermeiden. Ich dachte damals allerdings in Zeiträumen von mehreren Jahren und hätte es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Trotz unserer vergleichsweise gründlichen Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen durch unser Eltern-Dasein, haben wir es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Trotz unserer vergleichsweise gründlichen Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen durch unser Eltern-Dasein, haben wir uns ziemliche Illusionen über die Verantwortung und die zeitlichen Belastungen gemacht. Für mich war klar, daß ich als Mutter mit Terminen würde kürzer treten müssen. Ich wollte es dem Kind auf keinen Fall an emotionaler Zuwendung fehlen lassen und es neben diversen Terminen herlaufen lassen, wie ich es oft bei Genossen-Kindern erlebt hatte. Andererseits war es meine größte Sorge, durch die Mutterrolle politisch außen vor zu sein. Daß ich auf die Mutterrolle abgebippt sei, das war sozusagen das Allerschlimmste, was andere Genossen von mir denken oder erzählen könnten. Kinderarbeit in einer Initiative wollte ich nur in soweit machen, wie es für die Unterbringung meines eigenen Kindes notwendig sein würde; als politische Arbeit sah ich sie nicht an. Vor allem lebte ich in dem Trugschluß, eine Kinderinitiative sei eine Entlastung für die Eltern, obwohl sie doch eher eine für die Kapitalisten ist, da wir so zur Arbeit können.

### So weit die Theorie, jetzt kommt die Praxis

Als unser Sohn endlich geboren war, brauchte er besonders viel Zuwendung und Zeit, da er mit einer körperlichen Behinderung auf die Welt gekommen ist. Arzttermine und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den halben und widersprüchlichen Informationen der Mediziner hielten uns ständig in Betrieb.

In den ersten vier Lebensmonaten mußte er mehrmalige Arztbesuche pro Woche und zwei Klinikaufenthalte, davon einen längeren nach einer 3-stündigen Operation, über sich ergehen lassen. Wochenlang konnte er sich nicht richtig bewegen, lag eingepipst und festgebunden im Bett.

Es zeigte sich schnell, daß die Beziehung zwischen meinem Freund und mir diesen besonderen Belastungen nicht gewachsen war. Mir machte die Sorge um die Zukunft unseres Sohnes viel mehr zu schaffen. (Damit will ich nicht sagen, daß mein Freund nicht auch sehr betroffen war, aber es hat ihn nicht so aus dem Gleis gebracht wie mich.) Den ständigen Legitimationsdruck, dem Frau als Ledige Berufstätige, die „ihr Kind weggibt“ und Linke in ihrer gesamten Umwelt sich ausgesetzt sieht, hat er natürlich nicht so zu spüren bekommen. Während er z.B. nur mit den Achseln zuckte, wenn aus meiner Familie „wohlmeinend“ geäußert wurde, der Kleine sei doch „trotz allem ganz normal“ (womit vor allem seine außergewöhnlichen Familienverhältnisse und weniger seine Krankheit ge-

meint war!), geriet ich ganz schön aus dem Häuschen.

Nach vier Monaten waren wir uns beide darin einig, nach fünf gemeinsamen Jahren in Zukunft getrennte Wege zu gehen. Hatte dieser Schritt erst einen gegenüber früheren Zeiten solidarischeren Umgang zwischen uns zur Folge, so kam aufgrund der Tatsache, daß wir noch eine gewisse Zeit zusammen wohnten, doch eine Phase ekelhafter Auseinandersetzungen a la bürgerliches Scheidungsdrama, letzter Akt.

### Getrennt leben, gemeinsam erziehen?

Nach der räumlichen Trennung war unser Sohn anfangs jeweils zur Hälfte bei einem von uns. Ich machte mir große Sorgen, ob der ständige Wechsel, zwei Wohnungen mit unterschiedlichen Mitbewohnern, zwei Kinderzimmer, zwei Städte (mein Freund zog nach Harburg) für ein Kind überhaupt zu verkraften sind. Wie in den letzten Jahren üblich, hatten wir für unseren Sohn H. auch sog. „Ersatzeltern“ die ihn einmal wöchentlich bei sich zu Hause betreuten. Die Vorstellung, daß H. sich neben der Babywohnung in drei verschiedenen Wohnungen zurechtfinden sollte, versetzte mich in eine regelrechte Panik. Andererseits wollte ich seinen Ersatzeltern, die sich sehr verantwortungsvoll und liebevoll für ihn engagiert und sogar ein eigenes Kinderzimmer in ihrer Wohnung für ihn hergerichtet haben, nicht zumuten, zu mir zu kommen. Gerade angesichts dieser räumlichen und personellen Vielfalt erschien es mir umso problematischer, daß wir H. gelegentlich abends mit auf Termine und zu Freunden nahmen.

Als für meinen geschiedenen Freund organisatorische Probleme auftraten, die ihn daran hinderten, unseren Sohn morgens vor Arbeitsbeginn zur Babygruppe zu bringen, war das für mich der willkommenste Anlaß, H. die ganze Woche über bei mir zu lassen und zu Freunden zu nehmen.

Als für meinen geschiedenen Freund organisatorische Probleme auftraten, die ihn daran hinderten, unseren Sohn morgens vor Arbeitsbeginn zur Babygruppe zu bringen, war das für mich der willkommenste Anlaß, H. die ganze Woche über bei mir zu behalten und seinen Vater zu einem 14-tägigen Wochenendaufenthalt zu machen. Dabei ging ich davon aus, daß das für H. am besten sei, daß ein Kind ja schließlich zur Mutter gehöre, wohin er natürlich auch eine gehörige Portion Egoismus steckt, da ich ihn spontan in erster Linie als mein Kind ansehe. Das hätte ich aber in keinem Gespräch so offen vertreten.

Mit dieser neuen Regelung wurde es für mich noch schwieriger, meine politische Arbeit im selben Umfang wie vorher zu machen. Ich sprach die Situation in meiner Wohngemeinschaft (5 Erwachsene, 3 „halbe“, d.h. von getrennt lebenden Eltern erzogene Kinder) an und bekam auch Unterstützung von einer Genossin ohne Kind. Allerdings fühlte sich diese Genossin von der Verantwortung schnell überfordert. Insgesamt zeigte es sich, daß es recht problematisch ist, wenn Nicht-Eltern gelegentlich abends auf die bereits schlafenden Kinder aufpassen. Zumindest setzt das voraus, daß die Nicht-Eltern in der Wohngemeinschaft am Kontakt zu den Kindern im gesamten Zusammenleben interessiert sind und die Kinder als gleichberechtigte Wohngemeinschafts-Partner und nicht nur als Anhängsel der Erwachsenen sehen. In unserer neu gegründeten Wohngemeinschaft zeigten sich dabei ziemliche Mängel. Selbstkritisch mußten wir zwei Mütter in der Wohngemeinschaft uns eingestehen, daß wir unsere Kinder selbst eher als Pflegefälle angesehen hatten, die wir „schnell mal“ an ein anderes Wohngemeinschaftsmitglied weitergeben können. Wir hatten unterschätzt, welch enger Kontakt zwischen Erwachsenen und Kindern dazu nötig ist. Als uns das klarer wurde, stellten wir teilweise fast gar keine Forderungen mehr. Das setzte in der Wohngemeinschaft den Mechanismus in Gang, daß wir uns ziemlich hingelassen fühlten, die Nicht-Eltern jedoch das Gefühl bekamen, sich kaum einmischen zu können.

### Die tollen Tage im KB und mein persönlicher Zusammenbruch

Bei Veröffentlichung der Artikelserie der ZL beschloß ich, mich gegen die darin vertretenen Ansichten zu engagieren. Die Sache ging mir ziemlich unter die Haut, ich fühlte mich elend und hatte Alpträume, daß es mit uns so rasend bergab gehen könnte wie mit der revolutionären Linken in Frankreich und Italien. Ich konnte es nicht fassen, daß der KB am Rande der Spaltung stand und die Debatte kaum inhaltlich, sondern mit verantwortungslosen Rücktrittsdrohungen und einem wahren Infer-

no an Stimmungsmache geführt wurde.

Auch die Tatsache, daß langjährige Mitkämpfer(innen) und Freunde von mir sich zum Kreis der ZL zählen und daß die Auseinandersetzung quer durch einige dieser Beziehungen geht, machte mir zu schaffen. Dennoch war zu Beginn der Debatte meine Einstellung kämpferisch, ich besuchte mehr Termine und las viel alte Sachen nach. Für meinen Sohn bedeutete das, daß er häufig auf beschissene Art „wegorganisiert“ wurde. Als er mit schweren Schlafstörungen reagierte, war das für mich der Anfang davon, mich aus der laufenden Debatte rauszuziehen. Innerhalb von kurzer Zeit spitzte sich alles zu: H. stürzte lebensgefährlich; wenige Tage später bekam er eine ernste Krankheit. Nächtelang schlief ich kaum noch und lief mit dem weinenden Kind auf und ab. Ich machte mir schwere Vorwürfe, und die große Politik verblaßte zusehends. Die Tatsache, daß die ZL rein gar nichts an positiver Krisenbewältigung anzubieten hat und die Debatte völlig auf der Stelle trat (und tritt), verstärkte diese Tendenz.

In dieser Situation äußerte ich sogar Austrittspläne und wollte nur noch „gute Mutter“ sein. Nach ein paar Tagen schrieb ich mir alles von der Seele und gab das Papier an die AG-Frauen und an die Kinderkommission. Das Interesse von dieser Seite und vor allem die Tatsache, daß wir uns mit mehreren Betroffenen zu einer Diskussion unserer gemeinsamen Probleme zusammen-

setzten, haben mich recht schnell auch wieder politisch auf die Beine gebracht. Dieses Treffen und die Aussicht auf weitere haben mir Mut gemacht. Aber natürlich sind die Probleme noch keineswegs geklärt.

Zur Diskussion standen folgende Fragen:

- Kind und politische Arbeit?
- Ersatzeltern ja oder nein?
- und vor allem die Frage: Getrennt leben, gemeinsam erziehen?

Tatsächlich schlägt sich die Krise der bürgerlichen Familie in unseren Kreisen so nieder, daß Eltern, die gemeinsam leben, eher eine Ausnahme sind. Gerade auch in der Generation der kleinen, sehr bewußt in die Welt gesetzten Wunschkinder trennen sich die Eltern sehr oft, wenn die Kinder noch klein sind. Nicht das ist schlimm, sondern die Tatsache, daß die Kinder, die ja als gemeinsame geplant waren, dabei oft die Hauptleidtragenden sind.

Wir möchten auf unseren Treffen keine neuen Prinzipien aufstellen nach dem Motto: „Eltern dürfen sich nicht trennen“, oder: „Wenn Eltern sich trennen, dann dürfen die Kinder auf keinen Fall hin- und hergereicht werden“ oder: „nur bei einem Elternteil leben“, weil wir meinen, daß die Schwierigkeiten sehr konkret für die im Einzelfall recht unterschiedlichen Situationen der Kinder und Erwachsenen diskutiert werden müssen. Dabei wollen wir uns unterstützen und so auch für die politische Arbeit fit bleiben.

S., eine Hamburger Genossin



Die Genossin hat eine Gruppe von Genossen-Elternteilen gegründet, die aus eigener Erfahrung heraus zu diesen Fragen Antworten entwickeln wollen. Interessierte können sich über die Kinderkommission an sie wenden.

## Kinderfrage - schwierige Frage

## Kinderfrage - schwierige Frage

nicht zuzustimmen, aber es werden an ihr doch noch einige weitere Fragen deutlich (ich beschränke mich hier auf die, die die Kinderfrage direkt betreffen): Wie groß bzw. unüberwindbar sind die Schwierigkeiten, jemanden in der Erziehung zu unterstützen, wenn zu einem (oder beiden) Erwachsenen sehr große persönliche Widersprüche bestehen? Wird das Verhältnis zum Kind durch diese Widersprüche stark beeinträchtigt, oder spielen sie im Konkreten dann keine Rolle? Oder ist das ein vorgeschobenes Argument, sich mit bestimmten Kindern (evtl. weil sie schwierig sind) nicht auseinanderzusetzen? Bei uns in Braunschweig schätze ich das so ein, daß diese Meinung zum einen deswegen auftaucht, weil die Genossin damals sehr viele Fragen und Unsicherheiten hatte, was eine Zusammenarbeit mit Männern anging, zum anderen aber auch eine Art Schutz vor meinen massiv vorgetragenen Forderungen bzw. Widersprüche zu mir (und nicht zum „Obermacker“), die allerdings nicht konkret auf den Tisch gelegt wurden.

Heute stelle ich mir das Vorgehen so vor, daß in der Organisation und bei Freunden angefragt wird, wer ein Interesse bzw. Lust zur Unterstützung hat und alle zu einer Diskussion eingeladen werden. Denn es ist in meinen Augen sehr wichtig, daß Frau/man die Lebenssituation und Probleme, die auf einen zukommen werden bzw. schon da sind, konkret darstellt und daß die Unterstützer ihre Schwierigkeiten etc. ebenso zur Diskussion stellen. So ist es möglich, einigermaßen gleichberechtigt Positionen zur Erziehung gemeinsam zu erarbeiten und auch die konkrete Planung gemeinsam vorzunehmen. Noch einen Satz zur Unterstützung: ich sehe diese nicht nur in Hinblick auf eine Entlastung in der konkreten Erziehungsarbeit, sondern sehe auch die Notwendigkeit zur Unterstützung bei einigen Hausarbeitssachen, z.B. bei der Raumsuche für eine Baby-/Kinder-Initiative, bei der Renovierung etc. Denn es besteht ja immerhin die Möglichkeit, daß es mehr Unterstützer gibt als in die konkrete Erziehungsarbeit miteinbezogen werden können, aber natürlich trotzdem diskutiert werden muß, wie alle miteinbezogen werden können, so daß jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten was machen kann.

Allerdings soll das von mir jetzt dargestellte Vorgehen nicht von den Schwierigkeiten ablenken, die bei der Gewinnung von Unterstützern entstehen – besonders in einer kleinen

KB-Gruppe. Dadurch, daß nur relativ wenig Genoss(inn)en organisiert sind, schränkt sich der Unterstützerkreis meist sehr stark ein. Das bedeutet für die Eltern, daß sie sich notgedrungen z.T. von der politischen Arbeit zurückziehen müssen (beim Geldverdienen ist das wohl meistens nicht möglich) und sich dann möglicherweise noch den Vorwurf des Privatisierens gefallen lassen müssen, d.h. daß die eh schon kleine Gruppe noch mehr beansprucht wird (das gilt wahrscheinlich auch für Gruppen mit vielen Kindern). Mir ist nicht klar, wie wir solche Probleme lösen können. Denn wenn das o.g. Selbstbestimmungsrecht relativiert würde, müßten wir das auf alle anwenden, d.h. auch auf die Genossinnen, die gern ein Kind haben wollen. Und das ist für mich nicht akzeptabel. Aber heißt das in der Konsequenz, daß Kinder und Eltern möglicherweise allein mit ihren Problemen fertig werden müssen? Oder heißt das, daß wir einen offensiven Kampf um die Kinderfrage führen müssen, um Kinderfreunde im KB zu agitieren? Ich halte das letzte für die einzige Möglichkeit zur Veränderung und denke da an unser Vorgehen in der Auseinandersetzung um die Frauenfrage im KB, und zwar in zweierlei Hinsicht: der Kampf um die Anerkennung der Probleme der Eltern und Kinder im KB, und der Kampf um die Anerkennung der Arbeit von Genoss(inn)en in Kinderinitiativen als politische Arbeit. (Vgl. Bericht von der Kinder-AG auf dem Vorkongreß). Wenn ich mir den Clinch um die Frauenfrage noch mal vor Augen führe, wird mir allerdings in Windeseile klar, daß kurzfristige Erfolge nicht zu erzielen sind und daß die Hauptarbeit in dieser Sache von den Eltern geleistet werden muß. (Das Interessante ist natürlich, wie wir so einen Kampf angehen können, dazu weiß ich – mangels eigener Erfahrungen – aber noch nichts.)

Wir haben deswegen in Braunschweig angefangen, Treffen von allen Müttern/Vätern und solchen, die es werden wollen, zu machen, um unsere Schwierigkeiten in der Betreuung solidarisch zu lösen, um von vornherein einer Konkurrenz entgegenzuarbeiten, die leicht entstehen kann, wenn der Kreis der Unterstützer zu klein ist, um allen Kindern gerecht zu werden. Außerdem ist es so möglich, auch untereinander eine mögliche Unterstützung/Entlastung gemeinsam anzupacken.

K., Braunschweig



## Achtung

### Treffen „Kinder im/und KB“

Weil ein größerer Teil der zugesagten Berichte bis jetzt nicht eingetroffen ist, müssen wir schweren Herzens das Treffen zur Kongressvorbereitung/Kinder auf den 17./18.11. verlegen.

## Kurzmeldungen

### Hamburg — Stadt mit Herz für Kinder

Seit 10 Jahren gibt es in Hamburg, Hammer Straße, einen Gehörlosengartent. In diesem Kindergartent — und da ist er der einzige in Hamburg — können Kinder die Gebärdensprache lernen, Voraussetzung dafür, daß sie eine Gehörlosenschule besuchen. Zumindest theoretisch und nach den offiziellen Verlautbarungen des Senats.

Praktisch sieht es in dieser Einrichtung für (?) behinderte Kinder ganz anders aus: Die Räume sind eine Baracke, durch das Dach tropft Wasser in die Räume. Dadurch löst sich der Fußboden, die Kinder stolpern dauernd. Die Temperaturen in dieser Bruchbude schwanken zwischen Eiskälte und 40 Grad im Sommer. Warmes Wasser gibt es nicht, die Fenster sind so hoch, daß sie die Kinder zu abenteuerlichem Klettern verführen. Und: Es fehlen spezielle Räume für Übungen zum Erlernen der Gebärdensprache, mit der der Weg in die Gehörlosenschule eröffnet werden soll. Versteht sich von selbst, daß das Heim von der Stadt verwaltet wird.

Die Gegenwehr von Eltern und Erziehern, die jahrelang vertröstet worden waren, hatte ersten Erfolg. Nach einem Bericht über die unhaltbaren Zustände an Senat und Bürgerschaft, wurden Fußboden und Dach repariert. Die Eltern und Erzieher bestehen aber darauf, daß alle Mängel abgestellt werden. Richtig — es gibt in Hamburg noch viele schöne Räume in Senatsbesitz.

## Straflager für Jugendliche

Großbritannien: William Whitelaw, unter Premierminister Edward Heath Anfang der 70er Jahre u.a. Nordirlandminister, jetzt unter Mrs. Thatcher Innenminister, will „straffälligen“ Jugendlichen in Großbritannien nordirische Verhältnisse beschreiben. Auf dem Parteitag der Konservativen kündigte er an, daß Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren, die zum ersten Mal gegen Strafrechte verstoßen, in Zukunft für drei Monate in „militärähnlich organisierten Straflagern“ inhaftiert werden sollen. Dort will ihnen der Minister einen „kurzen und scharfen Schock“ versetzen.

Und so stellt sich dieser Menschenfeind diesen „Schock“ vor: „Die jungen Gefangenen müßten sich Drill, Paraden und Inspektionen unterziehen. Sie würden vom Aufstehen um 6.45 Uhr bis zum Schlafengehen kein leichtes Leben haben. Konstruktive Aktivitäten, Disziplin, Sauberkeit, Selbstrespekt und Respekt für die Autoritäten würden die Erziehungsziele sein“. Der Minister versprach seinen Gesinnungsfreunden, „daß dies keine Ferienlager sein werden und ich hoffe, daß die Jungen, die dort waren, nie zurück wollen“. Für die nächste Zeit ist die Einrichtung von zwei Versuchslagern geplant („FR“, 12.10.79).

Mrs. Thatcher ist ja regelmäßige, gefeierte Gastrednerin auf den CDU-Parteitag, vielleicht schickt sie ja demnächst mal ihren Innenminister, um der CSU/CDU ein „Patentrezept“ gegen die „steigende Jugendkriminalität“ hierzulande zu verkaufen. Richter, die solche Sauerreien mitmachen würden, gibt es hier sicher auch.

Kinderkommission

# Interview mit Jürgen Roth

## » Das ist unsere Armut: Vorne schön weiß, aber... «

Die SPD trat 1969 ihre Regierungsgeschäfte mit großen Reformversprechungen an: Armut, soziales Elend, menschenfeindliche Städtebaupolitik, die katastrophale Situation in den Heimen, Knästen in der Psychiatrie, — öffentlich gemacht durch Kampagnen der ApO, des SDS — sollte bekämpft und teilweise in durchaus positiven Ansätzen verändert werden. Was ist daraus geworden und wie sieht's heute in diesen Bereichen aus? Was ist aus dem Widerstand geworden? Damit beschäftigt sich dieses Interview mit Jürgen Roth. Es soll eine Anregung sein für eine Diskussion um die zunehmende psychische und soziale Verelendung und tatsächliche Armut der Bevölkerung, die teilweise nicht mehr im Bewußtsein der Linken ist. Es ist auch gedacht als Aufforderung zu Überlegungen, wie mehr Öffentlichkeit und effektiver Widerstand gegen die zunehmende Verschlechterung in den Kinder- und Jugendheimen hergestellt werden kann. Weitere Beiträge zu den im Interview lediglich angerissenen Themen würden wir sehr begrüßen.

Frage: Der Heimleiter des St. Georg-Heimes im Ruhrgebiet, in dem „psychisch Kranke“ untergebracht sind, hat wegen Deiner Aussage im Buch „Armut in der BRD“, daß diejenigen, die sich des Elends annehmen, jetzt für sich auch die Profite daraus schlagen, ein Ermittlungsverfahren gegen Dich angestrengt. Wie steht es damit? Jürgen Roth: Es ist nichts neues bekannt. Von der Ankündigung des Heimleiters Herrn Hennemeyer abgesehen, der Strafanzeige wegen Verleumdung ankündigte und den Petitionsausschuß des Landtages deswegen kontaktiert hat, damit die ihn in Schutz nehmen vor den sicher ganz böartigen Beschuldigungen. Auf der anderen Seite sind zu diesen Angaben, die in dem Buch gemacht sind, neue Informationen gekommen: Tablettenmißbrauch, die Leute werden dort abgespritzt, sie werden dort geschlagen. Sozusagen die „Endstation“ des Lebens. Da wird dann nochmal kräftig Geld draus gezogen. Insofern sehe ich eigentlich einem solchen Verfahren, wie es häufig üblich ist, mit Optimismus entgegen. Einfach deswegen, weil dann viel mehr auf den Tisch kommt, als normalerweise in einem Buch drin sein kann. Ich vermute allerdings, daß der Heimleiter, Herr Hennemeyer, nur mal was gesagt hat, nachdem, was in der Presse gestanden hat, er selbst aber gar nicht zur Staatsanwaltschaft gelaufen ist. Sondern nur gesagt hat, er wird es machen. Sonst ist in Wirklichkeit eigentlich nichts dahinter.

Frage: Mit Deinem Buch „Heimkinder“ hast Du 1975 ja eine Reihe von Skandalen in Heimen für Kinder und Jugendliche enthüllt. Was hat sich seit diesem Buch in den Heimen der BRD verändert?

Jürgen Roth: Was den Bereich der Heimerziehung betrifft, sicherlich eine neue Entwicklung. Vor sieben, acht Jahren waren wir alle ja ziemlich euphorisch und haben gedacht, jetzt sind Reformaktivitäten im Gange, jetzt wird was in der Heimerziehung getan. Die Heimkampagne war ja sehr wichtig, hat zumindest viele Denkanstöße gegeben. Teilweise gabs auch Veränderungen in den Heimen, in der Erziehungskonzeption, in der besseren Ausstattung der Heime, der Versuch, mehr Wohngemeinschaften anstelle von geschlossenen Heimen einzurichten ... Nur, die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Reformaktivitäten alle eingeschlafen bzw. ins Gegenteil umgeschlagen sind. Es wird halt nicht mehr von Reformen geredet, sondern wieder von Einschließungen. Erzieher und wohl auch Heimleiter, die mal mit großem Elan, Idealismus, vielleicht auch Naivität rangingen, sind rausgeflogen. Viele, die fortschrittliche Elemente in die Heimpädagogik reingebracht haben, sind nicht mehr in den Heimen tätig. Oder wurden, wenn sie bei Caritas oder beim Diakonischen Werk arbeiteten, mehr oder weniger sanft rausgeschmissen. Es ist eigentlich wieder der alte Standard; die Kinder und Jugendlichen werden eingeschlossen, damit sie von der Gesellschaft ferngehalten sind, nicht auffallen, nicht stören. Aber was dann das weitere soziale, individuelle Schicksal der Kinder und Jugendlichen angeht, tut sich überhaupt nichts. Das merke ich teilweise daran, daß ich in letzter Zeit in die Caritas-Heime nicht mehr reinkomme. Die Offenheit, die mal vorhanden war, ist nicht mehr. Es ist sehr schwierig, überhaupt noch über Heimerziehung zu diskutieren, da sie einfach weggefallen ist aus dem öffentlichen Bewußtsein.

Frage: Kennst Du denn neue Skandalfälle?

Jürgen Roth: Die alltäglichen Skandale mit Mißhandlungen. Was insbesondere zunimmt in der Heimerziehung, ist die Verwendung von Psy-

chopharmaka. Besonders in den bayrischen Heimen. Die Psychiatrisierung der Heimerziehung schreitet fort und immer wieder wird auf die individuelle Schuld der Kinder zurückgegriffen. Ebenfalls wird der Zugriff des Staates über die Kinder z.B. in den Obdachlosensiedlungen immer stärker.



Tablettenabhängige in Köln

Die staatlichen Institutionen sind immer schneller bereit, die Kinder herauszunehmen, aus dem sicherlich negativen sozialen Klima zu entfernen. Aber was dann auf die Kinder zukommt, ist meistens viel, viel schlimmer. Es wird immer technokratischer operiert. Die alltäglichen Schweinereien in den Kinderheimen sind verdeckter, dringen nicht mehr in die Öffentlichkeit, weil nicht mehr viel Öffentlichkeit da ist, die sich darum bemüht. Die Behandlung mit Psychopharmaka ist in Wirklichkeit nur der Schlagstock, die Dressur mit anderen Mitteln.

Frage: Kannst Du ein aktuelles Beispiel nennen?

Jürgen Roth: Es gibt in Parsberg ein katholisches Kinderheim, in dem solche Methoden praktiziert werden. In München ebenfalls in Heimen, die sich auch teilweise als heilpädagogische Heime schimpfen.

Frage: Hatte Dein Buch zu den „Heim-Kindern ...“ denn irgendeine Resonanz?

Jürgen Roth: Es hat teilweise zu Konsequenzen geführt. Z.B. in den Heimen selbst kümmerte sich gelegentlich die Heimaufsicht darum. In Wiesbaden im St. Michael-Heim wurde die Heimleiterin entlassen. Das waren in der Tat Ausnahmen. Bei Caritas und dem Diakonischen Werk gingen Rundschreiben rum, mich nicht mehr in die Heime zu lassen. Was aber viel wichtiger ist: Es ist einfach bei den Erziehern ein Buch geworden, in welchem sie ein bißchen mehr Einblick bekommen in den Alltag der Heime und dies Buch benutzen können, um dann weiterzuarbeiten.

Frage: Auf den Widerstand gegen die Situation in den Heimen, als „Heimkampagne“ bekannt, antwortete die SPD bei Regierungsantritt ja mit großen Reformversprechungen. Was wird heute von staatlicher Seite getan, um die Misere in den Heimen zu verändern?

Jürgen Roth: Die Behörden tun so, als passiere nichts. Die wenigen Mittel in sozialpädagogischen Bereichen, die die Gemeinden überhaupt noch locker machen, gehen sicher in andere Sachen. Die Jugendpolizei wird aus solchen Mitteln kräftig mitfinanziert. Es wird überhaupt nichts mehr investiert, um therapeutische Möglichkeiten zu schaffen. Jugendlichen

wird kaum noch die Möglichkeit geboten, sich auch gemäß der Sozialstaatsklausel, die wir ja im Grundgesetz immer noch haben, zu entwickeln. Also deswegen ist es vollkommen sinnlos, an die Parteien zu appellieren. Es hat sich einfach nichts bzw. nur sehr wenig geändert.

Frage: Du hast ja an der Bambule-Veranstaltung hier in Hamburg teilgenommen. Auch in anderen Städten bildeten sich ja ähnliche Veranstaltungen und Diskussionskreise, die den Widerstand gegen den Terror in den Heimen entwickeln wollen. Was hat sich durch diese Aktivitäten verändert? Was ist denn heute überhaupt an Widerstand gegen diese Situation in den Heimen vorhanden?

Jürgen Roth: An der Basis ist sicherlich das Problembewußtsein über Heimerziehung und das, was in den Heimen verbrochen wird, erheblich größer geworden.

Es hat sich aber, und das unterscheidet sicher diese Aktivitäten von der Heimkampagne, in den Institutionen nicht viel verändert. Diplompä-

Jürgen Roth: Da gibts ja kaum viele Möglichkeiten. Die erste wäre, man wandelt sie in Zynismus um. Das stellt vielleicht die psychische Stabilität wieder her. Die andere wäre, einfach nicht locker zu lassen. Dazu würde ich mich zählen. Nicht locker lassen, meint erstmal, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren, soweit dies vom privilegierten Status aus möglich ist. Sich mit ihnen befassen zu machen, die Sensibilität für ihre Probleme zu bekommen. Wichtig ist es zu versuchen, über diesen Einzelkämpferstatus hinwegzukommen, z.B. „ich decke auf ...“ oder „ich mache das ...“, was absoluter Schwachsinn ist. Sinnvoller ist es, immer mit Initiativen, mit Gruppen, mit Politikern — soweit das möglich und sinnvoll ist — zusammenzuarbeiten. Zu wissen, da ist ein Umfeld, das trägt die ganze Sache und macht weiter. Wenn das gewährleistet ist, dann ist es auch trotz allem, was man sieht und mitbekommt, in relativ langer Zeit, nicht besonders schwierig, das psychisch aufzuarbeiten. Nur, ich finde diese Herangehensweise schon notwendig.

Die andere Sache ist ein ganz grosser Widerspruch, den ich eigentlich erst jetzt momentan sehe. Wenn du über Armut schreibst und über Armut berichtest, in Elendsvierteln und Slums siehst, wie die Kinder aufwachsen; wenn du hörst, daß vor ein paar Tagen ein Kleinkind einfach an Lungenerkrankung gestorben ist, weil die Wohnungen feucht sind, da wirst du einerseits natürlich wirklich psychisch mitgenommen.

Auf der anderen Seite bist du dann aber in einer Situation, ins Hotel oder nach Hause zurückkehren zu können, wo du eigentlich alles hast, was du haben willst, es dir finanziell gut geht. Das ist ein erheblicher Widerspruch. Da weiß ich auch nicht, wie dieser Widerspruch aufzulösen wäre.

Frage: Ausgerufen wurde für 1979 das „Jahr des Kindes“. Weils den Kindern in diesem Lande ja so gut geht, behandelt die Bundesregierung ja mit Vorliebe die positiven Seiten der Situation der Kinder in diesem Lande. Deine Untersuchungen enthüllen ja nun genau das Gegenteil. Was macht Dich denn am betroffenen, wenn hier über Kinder und Jugendliche gesprochen wird?

Jürgen Roth: Mich macht das eigentlich gar nichts mehr so erschrocken. Der staatliche Zynismus ist ja so ausgeprägt, daß Betroffenheit einfach verschwendete Energie wäre. Es ist halt nur schlimm, daß die Kinder und Jugendliche kaum eine Möglichkeit haben, aus ihrer sozialen Misere herauszukommen. Die staatlichen Institutionen kümmern sich überhaupt nicht darum. Da wird dann mal z.B. bei Caritas eine Weihnachtsfeier veranstaltet, wo die Kinder ein Paket bekommen mit einer Zitrone und einer Apfelsine drin. Aber mehr nicht. Die Eltern und Kinder sind zum großen Teil resigniert und dann beginnt ja der Teufelskreis. Resignation, dann kommt der Alkoholismus, der eine große Rolle in den Slums und Elendsiedlungen leider spielt. Dann schlechte berufliche Qualifikationen, keine Chance, irgendwie sein Leben selbst zu gestalten. Schon geht die soziale Elendskarriere von neuem los bzw. setzt sich fort. Ich überlege mir immer, wenn ich in Städte komme: „Vielleicht ist es ja doch nicht so schlimm“ oder „Armut? Na, da produziest du halt nur so was Irres, ne Phantasie...“

Und gleichgültig, in welche Stadt ich komme. Ich gehe in einen bestimmten Wohnbereich, sehe immer wieder das gleiche Bild: Graue Kinder, die teilweise unterernährt sind, die krank sind, die Behinderungen haben, die nicht behandelt werden. Kinder, die teilweise extrem krank sind, die nur noch husten, die auf die Sonderschule gehen, wo sie auch teilweise von ihren Lehrern geschlagen werden, wo sie auch keine Entfallungsmöglichkeiten haben, wo sie in beschissenen Wohnbedingungen leben ... Überall immer das gleiche Bild.

Da entwickelt sich als Abwehr doch auch so eine Haltung „das ist eben leider soziale Realität“.

Manchmal sind die Fassaden wirklich schön. In München z.B. war ein Viertel ganz neu geweißt. Man würde dort nie Armut vermuten. Da gehen

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 34

wir in eine Wohnung rein: sieben Kinder, sieben Personen, kleine Räume; es gibt kein Bad; keine Heizmöglichkeiten. Alle haben Angst vor dem Winter, weil es nicht genügend Holz zum Heizen gibt, weil sie sich das nicht leisten können...

Das ist unsere Armut: Vorne schön weiß – aber es ist kaum jemand bereit, hinter die Fassaden zu schauen, weils da so morsch ist.

Frage: Hat sich denn an der Verelendung in der BRD seit 1974 – als das Buch „Armut in der BRD“ erschien – viel verändert?

Jürgen Roth: Die Situation hat sich entscheidend durch die Wirtschaftskrise verändert. Als ich das Buch damals geschrieben habe, da war ja noch die Phase „Wie bekämpft man Armut“, „Wie kriegt man die Elendsiedlungen weg“, „Wie wird soziale Städtebaupolitik betrieben“, „Wie wird Resozialisierung im Gefängnis“, „Auflösung der Psychiatrie“ zumindest innerhalb der Psychiatrie erreicht. Oder die Reformvorhaben im Bereich der Heimerziehung – also in allen Bereichen waren wir da hoffnungsvoll. Und jetzt ist überall eigentlich dieser furchtbare Rückschritt zu beobachten, in der Psychiatrie, in den Knästen, in Heimen, Elendsiedlungen. Die materielle Lage der Arbeiter hat sich erheblich verschlechtert. Also nicht nur jetzt derjenigen an den unteren Einkommensstufen, sondern auch bei jenen, die weitaus höher stehen. Das bedeutet, daß es z.B. nur noch bestimmte Rahmenverpflichtungen sind, die eine bestimmte Existenz ermöglichen. Die Frau oder der Mann müssen zuverdienend, obwohl sie eigentlich sich um die Kinder kümmern müßten. Da ist die Situation der alleinstehenden Mütter, die unheimlich schlimm geworden ist, weil es nicht genügend Kindergärten und Kinderhortplätze gibt. Die Kinder müssen dann allein sein, während die Mutter arbeitet. Das ist der Bereich, den ich unter „neuer Armut“ verstehe, Verelendung aufgrund von Arbeitsbedingungen. Ich versuche dies aufzuzeigen mit der Frühinvalidität, Schlosser oder diejenigen Arbeiter, die Schwerstarbeit machen, haben eine etwa 50 % niedrigere Lebenserwartung als Unternehmer. Sie haben kaum noch eine Chance, wenn sie 60 oder 65 sind, die Rente zu genießen, weil sie einfach aufgrund der harten Arbeitsbedingungen vorher wegsterben. Und dies in zunehmender Tendenz, besonders in Zusammenhang mit der Umweltbelastung. Damals als ich das Buch „Armut in der BRD“ schrieb, war das nicht in diesem Ausmaß wie heute der Fall. Oder beispielsweise die Situation der Sozialhilfeempfänger. Wenn man Zahlen mit 69 vergleicht, sind diese um über 100 % angestiegen bei gleichzeitiger Kürzung der Sozialhilfeleistungen.

Frage: Ist die Armut eine Sache, die in den fortschrittlichen und linken Kreisen nicht so im Blick ist oder woran liegt es, daß eigentlich doch recht wenig über die tatsächliche Armut in dieser Deutlichkeit berichtet wird?

Jürgen Roth: Es gab eine Zeit, wo die Armut vollkommen aus dem Bewußtsein ausgeblendet war. Dann die Phase, in der wir momentan sind. Nämlich, daß sich die bürgerlichen Wissenschaftler schon um die Randgruppen kümmern. Sie schreiben Untersuchungen und errechnen da eben, wie sich die Armut in Zahlen ausdrückt. Eine „Armutsberichtserstattung“ oder eine Sozialstatistik bzw. Sozialreports von politischer, kommunaler Ebene gibt's halt immer noch nicht. Bei der Linken sehe ich das nicht so. Da gibt es Gruppen und Organisationen – hier gehört der KB, das SB, dann das Kollektiv von „Päd-extra und Sozialarbeit“ dazu – die sich fortlaufend um diesen Bereich kümmern.

Insgesamt nimmt es allerdings doch einen geringen Raum ein, weil das gesamte Ausmaß, was Armut eigentlich ist, nicht so richtig in den Köpfen drin ist. Für viele ist Armut einfach: „man hat wenig Geld“ oder „die Wohnverhältnisse sind beschissen“. Wie sich Armut niederschlägt, welche Konsequenzen das in gesamtgesellschaftlicher Sicht hat, – diese „neue Armut“ mit Umweltbelastungen, Verminderung von Leben, – das fließt noch viel zu wenig in den Armutsbegriff ein.

Um mal ein Beispiel aus meinen gegenwärtigen Untersuchungen zu nennen, was die Wohnungsnot betrifft.

Über dieses Thema gibt es bei der Bundesregierung ganz wenige Untersuchungen. Das sind nicht mal wissenschaftliche, sondern Auftragsarbeiten, nach dem Motto: „wir haben ja nur 600.000 Arme“, „alles nicht so schlimm“ und „eigentlich wollen es die Leute ja gar nicht anders“ usw. ....

Wissenschaftliche Untersuchungen über die Armut werden bei uns nicht gefördert. Und wenn sie mal gemacht werden, stoppt sie irgendjemand gleich wieder.

Frage: Du hast jetzt über die unerfreulichen Bereiche deiner Arbeit gesprochen. Du hast ja auch andere Bücher geschrieben, positivere Seiten sozusagen. Z.B. das Buch „Eltern erziehen Kinder – Kinder erziehen Eltern“ oder „Aufstand im wilden Kurdistan“. Darin schilderst du ja die Teilnahme der Kinder am Kampf um das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes. Ist das für dich mehr eine Art „Ausgleich“ oder welches Ziel verfolgst du damit?

Jürgen Roth: Die letztgenannten Bücher entstanden mehr aus Interesse. Das erste, weil meine Tochter in einer Baby-Gruppe war, dann im Kinderladen. Danach gabs halt keine Alternative mehr. Das war wie mit der Heimerziehung. „Alternative Erziehung“ war nicht mehr so richtig „in“. Da habe ich selbst einfach eine Initiative aufgemacht, bzw. mitgearbeitet. Dies darzustellen wollte ich eigentlich mit dem Buch versuchen. Ob es gelungen ist, weiß ich nicht, ist auch eine andere Frage. Und die Erfahrungen mit meinem und anderen Kindern wollte ich einfach mal niederschreiben. Das steht in krassm Gegensatz zu all den anderen Sachen, die ich bisher geschrieben habe. Hier wird aus einer privilegierten Position heraus eine privilegierte Erziehung „verherrlicht“ – um das mal so zu nennen.

Kinderladenarbeit mit einem pädagogischen Konzept und insbesondere die kollektive Elternarbeit scheint mir die einzig sinnvolle Alternative zu sein. Eine Möglichkeit, die allerdings nur sehr wenige Eltern leisten können. Sind beide berufstätig, ist es gar nicht oder nur schwer möglich. In der Kinderladenbewegung sehe ich aber trotz allem, was es auf diesem Gebiet gegeben hat, vom Grundkonzept her und vom Ergebnis für die Kinder immer noch das bisher bedeutendste pädagogische Element.

Dies hat ja auch noch länger angedauert und hält nach wie vor an, im Gegensatz zu allen anderen Aktivitäten im Zusammenhang mit den damaligen Reformen.

Das ist so ein Abschnitt im Leben, insbesondere, wenn man sieht, wie sich die Kinder, aber auch die Erwachsenen entwickelt haben – das will ich nicht voneinander trennen – der außerordentlich wichtig war. Wenn andere Eltern auch sowas mitmachen, dann hat diese Art von Erziehung schon das Wesentliche erreicht.

Frage: Auf dem letzten Jugendhilfetag gab es eine Protestbewegung alternativer Projekte und Initiativen gegen das angeblich neue Jugendhilfegesetz. Hier ist doch ein ganz unerwarteter großer Widerstand zustande gekommen? Wie schätzt du dieses Jugendhilfegesetz ein?

Jürgen Roth: Das Jugendhilfegesetz reiht sich einfach in die sogenannten Reformgesetze der sozial-liberalen Koalition ein, und ist Ausdruck dafür, daß alles nur noch restriktiv und bürokratisch in jeder Form praktiziert wird. Die pädagogische und sozialpädagogische Technokratie gewinnt

wird. Die pädagogische und sozialpädagogische Technokratie gewinnt die Oberhand und von daher ist das Jugendhilfegesetz einfach konsequent aus dieser Perspektive.

Konsequent ist auch, der Widerstand, der sich dagegen entwickelte. Es sind ja ganz unterschiedliche Strömungen. Von den Rechten, F.J. Strauß und dem Bayernkurier über die katholische Kirche bis hin zu den Linken. Mit unterschiedlichen Motivationen allerdings...

Frage: Kannst du das konkreter ausführen...?

Jürgen Roth: Bei Strauß und Co. wird gesagt, hier werde der Familie das Erziehungsrecht weggenommen, der Staat greife in die familiäre Erziehung ein, also in das heilige Idyll der Familie. Während bei den Linken dies inhaltlich auf die Heimerziehung bezogen ist. Deutlich wird trotzdem, daß der technokratische Dirigismus, der Nenner auf beiden Seiten, überhandnimmt. Die Frage der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ist eigentlich eine drittrangige Frage nach diesem Gesetz.

Für die Bundesregierung heißt hier Kritik an diesem Gesetz – gleich aus welcher Ecke sie kommt – immer nur, daß die Kritiker was gegen die SPD haben. Aber viel Einsichtsmöglichkeiten sind auch bei diesen Leuten nicht mehr zu erwarten.

Frage: Wie der Widerstand gegen das JHG auszusehen habe, wird ja sehr unterschiedlich auch unter Linken gesehen. Die einen meinen, man müsse das JHG insgesamt in Frage stellen, während andere der Ansicht sind, jeder Bereich solle aus seiner Betroffenheit die ihn betreffenden §§ des JHG bekämpfen; z.B. die im Bereich der Heime die Ausführungen über die geschlossenen Anstalten usw. Wie schätzt du dies ein und welches Vor-

gehen hältst du für richtig?

Jürgen Roth: Ich halte es nicht für richtig, gegen das JHG als Ganzes vorzugehen. Das wäre politisch einfach irre. Da ließe sich kaum was durchsetzen. Da wird man auch sicher ganz wenige Bündnispartner finden. Während, wenn es sozusagen um selektive Erscheinungen im Gesetz geht, man ganz sicher auf Bündnispartner u.U. auch aus der SPD bzw. aus Gruppierungen, die ähnliche Interessen haben, und die was verändern können, wird finden können. Ich denke da z.B. an die geschlossenen Anstalten.

Widerstand nach der Methode, einzelne Sachen rauszugreifen, die wirklich prägnant sind und dann versuchen, sie zu verändern; das halte ich unter den gegenwärtigen Bedingungen für realistisch.

Frage: Sind die Ausführungen über die geschlossenen Anstalten denn die prägnantesten Beispiele?

Jürgen Roth: Sie sind sicherlich nicht der einzige Punkt, aber sie sind herausragender Bestandteil. Sie sind einfach symptomatisch und von daher sollte man von Anfang an solchen Erscheinungsformen entgegentreten.

an Stelle von Sozialarbeitern“. Selbst wenn man davon ausgeht, daß Sozialarbeiter nicht viel verändern können, unter den gegebenen Umständen – das Problembewußtsein von Sozialarbeitern und Polizei unterscheidet sich immer noch erheblich.

Sozialarbeiter haben viel mehr Solidarität für die Betroffenen. Die Polizei hingegen ist eben nur mit dem Revolver, Schlagstock und Gesetz ausgestattet. Übrigens wird diese Situation auch ganz treffend durch eigene Erfahrungen gekennzeichnet: Überall, wo ich hinkomme, werde ich zuerst gefragt, ob ich von der Polizei komme. Die Polizei hat halt nicht das Image vom „Freund und Helfer“.

Frage: Ein Zeichen von Angst... Jürgen Roth: Von unheimlich großer Angst. Je schlimmer das Elend, umso größer die Angst vor der Polizei...

Frage: Wie würdest Du das denn in Perspektive sehen, was Du so mit dem Begriff „Knüppel statt Therapie“ kurz gekennzeichnet hast?

Jürgen Roth: Es geht einfach darum, ob man aufgrund von Planungsmaßnahmen den benachteiligten Arbeitern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfän-

dann eben nur ein Kontrollmechanismus. Insofern ist eigentlich auch die Alternative Therapie oder Knüppel nicht gut, weil beides eben keine Alternativen sind. Aber vorausgesetzt, es gäbe Therapie, wäre der Knüppel dagegen immer noch billiger. Deswegen wird er ja auch häufiger eingesetzt.

Frage: Siehst Du hier einen Zusammenhang zwischen zunehmender Verelendung einerseits und zunehmender Einschränkung fortschrittlicher Modelle andererseits, der Kitas in Frankfurt zum Beispiel... damals wahltaktisches Manöver der SPD, die sich eine fortschrittliche Bewegung zunutze machte (Heimkampagne) bis heute zur faktischen Auflösung durch die Polizei?

Jürgen Roth: Sowas findet man auch in anderen Städten. Erstmal werden natürlich die finanziellen Engpässe zum Vorwand genommen, fortschrittliche Initiativen abzuwürgen. Während natürlich dann die gleiche Gemeinde jede Menge Geld für Luxus-sachen, für Gartenbauausstellungen, internationale Messen, Kongresszentren usw... ausgibt. Alles das, was das System der Wohlgefälligkeit, des Fassadenwohlstandes ankrazt, wird abgewürgt. Das ist die eine Sache, die andere, mit welchen Methoden es abgewürgt wird. Entweder durch Gesetz, oder durch Mittelverkürzung oder aber wie bei den Kitas durch diverse Methoden: Einmal wurde radikal gestrichen, dann war natürlich auch sofort die Polizei da, die sofort draufgeschlagen hätte, wenn's nicht anders gelaufen wäre.

Das vielfältige Instrumentarium des Staates wird eingesetzt, um wachsendes Elend noch in den Griff zu bekommen. Das ist selbst bei bürgerlichen Wissenschaftlern nicht mehr bestritten.

Frage: Du reist ja gerade wieder durch die Gegend. Woran arbeitest Du?

Jürgen Roth: Ich mache eine Vergleichsstudie über Wohnungsnot in der BRD. Also unzureichende Wohnbedingungen. Mit dieser Untersuchung will ich lediglich mal aufzeigen, wie es alleine mit dem Wohnen der Menschen in diesem Lande bestellt ist. Ich möchte eine soziale Topografie von Städten aufstellen, ausgehend von unserer „Sozialstaatsklausel: alle haben das Gleiche“. Diese Untersuchung soll sich mit den Stadtteilen beschäftigen, in denen massiert soziale Probleme auftauchen: die schlechtesten Wohnbedingungen unter denen die geschundensten Arbeitnehmer wohnen und dort auch die höchste Umweltbelastung und die geringste soziale Infrastruktur anzutreffen ist. Aufgrund von solchen Strukturen sind solche Stadtteile einfach benachteiligt und es kümmert sich auch kaum jemand darum. Eine These dieser Untersuchungsarbeit wäre, daß die Elendsiedlungen nur die Spitze des Eisberges sind, daß ein größerer Teil der Bevölkerung – mindestens über 20 % – unter unzumutbaren Wohnbedingungen leben.

Frage: Also, daß die „Obdachlosen-siedlungen“ gar nichts außergewöhnliches sind, sondern heute in „regulären“ Stadtteilen zu finden sind, bzw. Stadtteile als „Obdachlosensiedlungen“ bezeichnet werden können?

Jürgen Roth: Ja, wobei ich den Begriff Obdachlosigkeit vermeiden würde, weil der immer ein Vorwand ist

zusagen, „hier die Leute sind ja so“, also eine Stigmatisierung von den Obdachlosen. Das sind nur Elendsiedlungen, die lediglich unter Gemeindekontrolle stehen und kein Mietfeld sind. Das gibt es überall in viel schlimmerem Ausmaß in den sogenannten „normalen“ Stadtteilen.

Wir danken Dir für dieses Gespräch. (In einem der nächsten AK's folgt eine Besprechung des Buches „Armut in der BRD“)

Kinderkommission  
KB/Hamburg



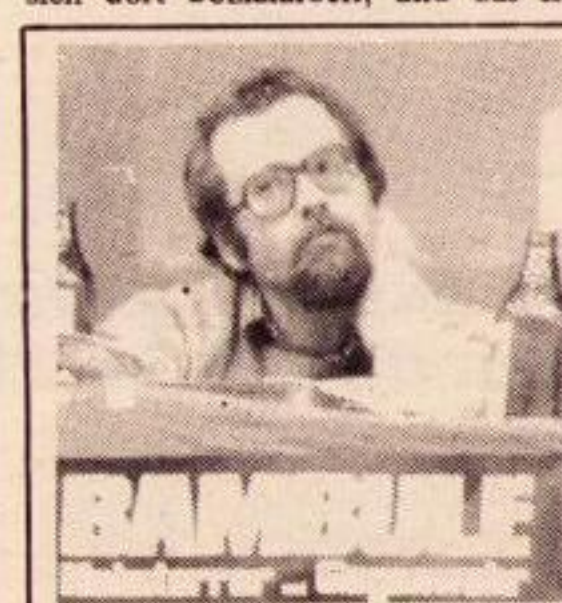
„und ruhiggestellt...“

Frage: Im gesamten sozialen Bereich ist ja ein „Roll back“ zu beobachten. Eine wichtige Erscheinung ist ja die polizeistaatliche Durchdringung, z.B. JUPOS. Hier gibts ja auch aus verschiedenen Städten Enthüllungen. Hast du hierüber konkrete Informationen und wie würdest du diese Entwicklung einschätzen?

Jürgen Roth: Da habe ich kaum andere Kenntnisse, wie jeder andere Zeitungsleser auch. Die zunehmende Durchdringung sozialer Bereiche mit polizeistaatlichen Methoden halte ich für eine unheimlich gefährliche Entwicklung. Dies setzt sich ja bei der Jugendpolizei, in der Heimerziehung, in der Fürsorgeerziehung, im Drogen- und Alkoholiker-Bereich ebenso durch wie in der Psychiatrie.

Viel schneller läßt man jemanden entmündigen oder bringt ihn durch die Polizei in die Psychiatrie, wenn er nicht konformes Verhalten zeigt. In Mannheim gibt es z.B. eine Verordnung, die bestimmt, daß die Sachbearbeiter gegen unbeherrschbare Sozialhilfeempfänger „Barrieren“ bilden sollen, oder ganz schnell die Polizei rufen. Man will also in jeder Beziehung „Barrieren“ bilden gegen das wachsende Elend und gegen diejenigen, die einen Rechtsanspruch auf Ausgleich für dieses Elend haben. Leute, die ihre Sozialhilfe fordern, sollen eben abgewiesen werden. Und das mit ganz unterschiedlichen Methoden: in einer Phase, wo finanzielle Forderungen gestellt werden, stellen sich die Behörden auf stur, nach dem Motto „Ihr kriegt nichts“. Oder bei denen, die noch die Möglichkeit haben, Widerstand in „Verhaltensauffälligkeiten“ zu leisten – meist Jugendliche und Kinder – schreitet eben die Polizei ein. Nach dem Motto „mehr Polizei

gern usw. die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt und Bedingungen schafft, damit sie menschenwürdig leben können. Das hat mit Therapie erstmal gar nichts zu tun. Man könnte für Kinder, die nicht lesen, schreiben können, weil kein Raum zur Verfügung steht, Spielstube einrichten, also wichtige Gemeinwesenarbeit machen. Dies wäre an sozialen Brennpunkten unbedingt notwendig. Aber es gibt Städte, wie Kaiserslautern, die wissen gar nicht, was Gemeinwesenarbeit ist, die kennen das Wort nicht einmal. Dort ist der Sozialarbeiter für die Hausaufgabenkontrolle der Kinder da. Darauf beschränkt sich dort Sozialarbeit, und das ist

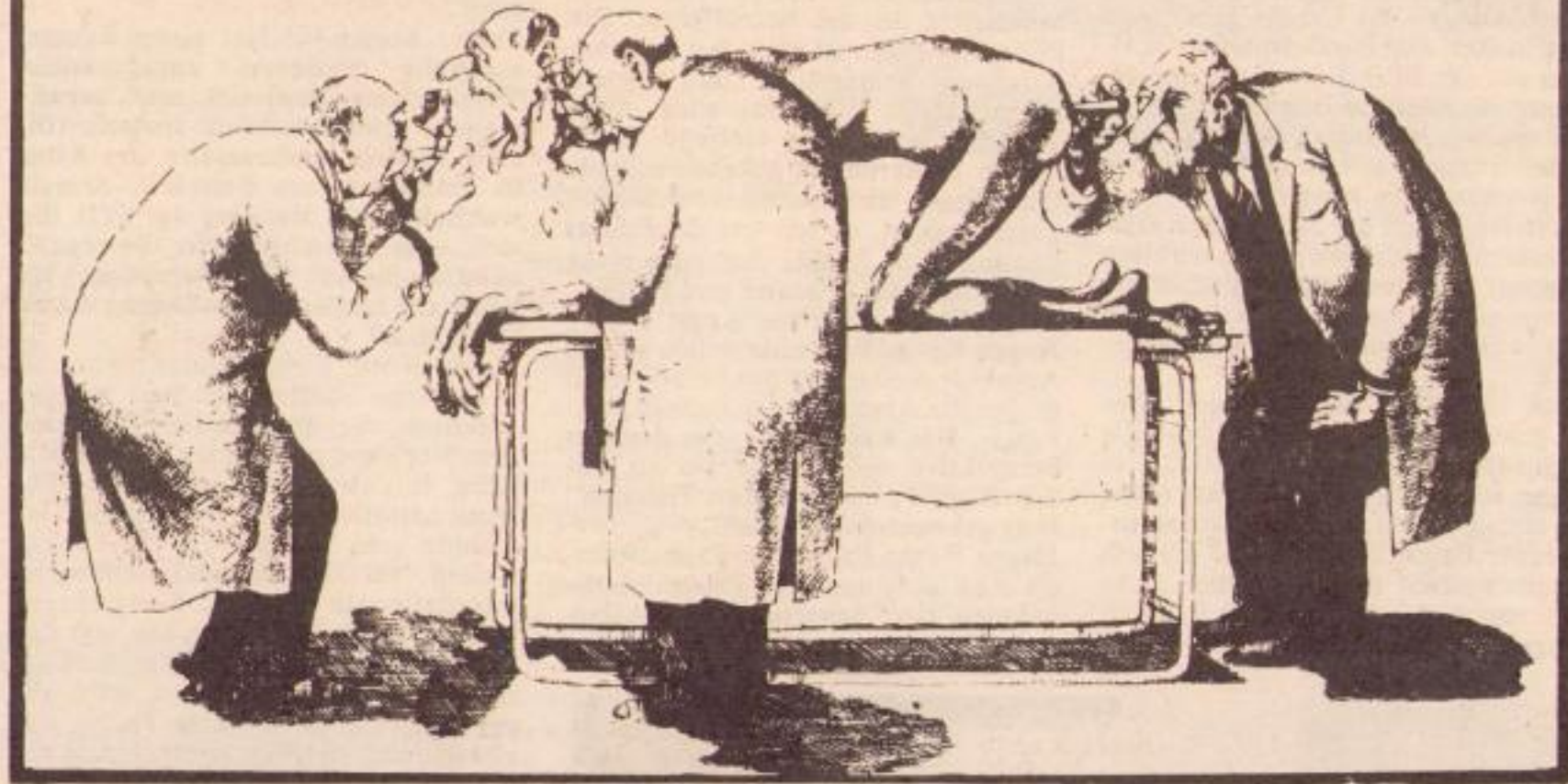


Jürgen Roth ist einer der bekanntesten sozialkritischen Journalisten und Schriftsteller in der BRD. Bekannt wurde er durch seine Untersuchungen über die psychische und materielle Verelendung der westdeutschen Bevölkerung sowie durch Aufdeckung von Heimskandalen in Säuglings- und Kinderpflegeheimen. Er beteiligte sich

an „Bambule“-Veranstaltungen einer Initiative aus verschiedenen Städten, die versuchte, die zunehmende Misere in den Heimen an die Öffentlichkeit zu bringen und gedacht war als Wiederbelebung der „Heimkampagne“ in den Jahren '68/69. Zu seinen bedeutendsten Büchern, sozusagen Standardwerken gehören heute „Armut in der BRD“, erschienen 1974 im Fischer-Taschenbuchverlag (wiederaufgelegt als erweiterte und aktualisierte Ausgabe beiroro 7259, allerdings mit anderen Schwerpunkten, eigentlich ein neues Buch) sowie „Heimkinder – Ein Untersuchungsbericht über Säuglings- und Kinderheime in der BRD“ (erschienen 1975 Verlag Kiepenheuer & Witsch in der Reihe „pocket“ Nr. 50). Weiterhin erschienen „Eltern erziehen Kinder – Kinder erziehen Eltern“ – Elterninitiativen nach der Kinderladenbewegung, Kiepenheuer & Witsch, Reihe „pocket“ Nr. 711; „Die Bundesrepublik ein Polizeistaat“, „Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens?“, „Aufstand im Wilden Kurdistan“.



# Wie geht's uns denn?



## Radium in der Besenkammer

Erfstadt bei Köln: Im dortigen Marienhospital ist durch neu angestellte Oberärzte vor kurzem ein Radiumskandal bekannt geworden, der seinesgleichen sucht.

Der Chefarzt des Marienhospitals, Dr. Niedeggen, hat seit mindestens zehn Jahren ohne Genehmigung und ohne fachliche Ausbildung mit Radium rumhantiert, das völlig ungeschützt gelagert war und die ganze Gegend verstrahlt haben muß. Niedeggen will das Radium 1954 in der Schweiz gekauft haben. Seitdem hat er es in seinem Krankenhaus aufbewahrt, wie Normalsterbliche ihre Putzmittel: 30 Milligramm Radium fanden sich ungeschützt in der Besenkammer der Klinik. Normalerweise muß Radium in den Krankenhäusern in besonderen Räumen und darin wiederum in gesondert abschließbaren Tresoren gelagert werden (nach den Bestimmungen des Atomprogramms nur in fünf bis zehn Zentimeter dicken Bleibehältern). Weitere 80 mg Radium wollte gerade die Frau des Chefarztes beiseite schaffen, als die Klinik durchsucht wurde. Frau Niedeggen eilte dem an der Untersuchung beteiligten Kreisobermedizinaldirektor Dr. Schmidt mit einem Metallröhrchen mit 80 mg Radium entgegen. Schmidt in dem Augenblick, als man der Arztfrau das Röhrchen abgenommen und es im Strahlenwagen identifiziert hatte: „Da habe ich mir gesagt: 80 Milligramm Radium, um Gottes Willen, nichts wie weg hier!“ („Kölner Rundschau“, 18.10.79).

Schmidts Sorge ist verständlich. Die Bestrahlung mit Radium kann u.a. schwere Hauterkrankungen und natürlich Krebs verursachen. Doch nur einen Tag später erklärte ein „Strahlenschutzarzt“ der Gewerbeaufsicht nach einer Untersuchung des Krankenhauspersonals, „die Strahlenbelastung durch das Radium sei offenbar gering oder gar nicht (!) vorhanden gewesen“ („FR“, 19.10.). Diese Erklärung erfolgte „mit allen Vorbehalten“, versteht sich. Wie das überhaupt möglich sein soll und dann bei dieser Dosis (höchstens 20 mg werden allgemein für die „Krebstherapie“ verwendet), bleibt ein Rätsel, denn Radium strahlt „Hunderttausende von Jahren unverändert“ (lt. Ministerialrat Pielow, „Kölner Rundschau“, 18.10.).

Alle Patienten, das Personal des Marienhospitals und die Öffentlichkeit werden darauf drängen müssen, daß eine vorbehaltlose Untersuchung durchgeführt wird, die das Ausmaß der Katastrophe tatsächlich offenlegt. Diese Forderung ist umso notwendiger, weil ganz offensichtlich bekannt ist, wofür der Chefarzt Niedeggen das Radium benutzt hat. Er hat damit „Patientinnen bei Gebärmutterhalskrebs und ältere Frauen bei Blutungen von innen bestrahlt“ („Morgenpost“, 18.10.). Diese Methode, das „Atomprüffeuer gegen den Krebs“ (Hackethal) ist in der Medizin zumindest umstritten. Vielen Frauen, bei denen nach einem Schleimhautabschnitt Krebs „diagnostiziert“ worden ist, ist durch diese Methode erst der Krebs „gesetzt“ worden.

Aber natürlich wollen weder die Krankenkassen, bei denen die ärztlichen Leistungen abgerechnet werden, noch die zuständigen Behörden gewußt haben, daß Niedeggen seit mindestens einem Jahrzehnt Patienten, Personal und die ganze Umgegend bestrahlt.

Skepsis gegenüber der zur Zeit lau-



„Dr.“ Niedeggen in Belgien verhaftet!

„Dr.“ Niedeggen in Belgien verhaftet!

fenden Untersuchung ist auch deshalb angebracht, weil im Grunde seit Jahren bekannt ist, daß Chefarzt Niedeggen ein ausgesprochenes Kurfürstchen und Scharlatan ist — aber nichts gegen ihn unternommen wurde. Neben dem Radiumskandal nehmen sich solche Mißstände noch „harmlos“ aus: Im Marienhospital sind „stärkste Arzneimittel für jeden zugänglich aufbewahrt“ worden („FR“, 18.10.). Die Krankenhausapotheke gliedert sich „eher einer Rumpelkammer“ („Kölner Rundschau“, 17.10.). Ferner hat Niedeggen Operationen „unsachgemäß ausgeführt“ und sich geweigert, akute Krankheiten zu behandeln und dies mit dem zynischen Spruch „die Krankenschwester hat Ausgang“, begründet („FR“, 18.10.).

Wie man sich vorstellen kann, gibt es über Niedeggen, „der im Marienhospital nicht wie ein Halbgott, sondern fast wie ein Gott regiert“ („Kölner Rundschau“, 18.10.), „schon länger eine belastende Akte“ bei der Ärztekammer Nordrhein („Kölner Rundschau“, 17.10.) — aber eine

Krähe hackt der anderen bekanntlich kein Auge aus.

1966 lief auch schon einmal ein Verfahren gegen Niedeggen, da der Vorwurf aufgekomen war, „seine Stiftung Frauenhal bereichere sich an alten Menschen“ („Kölner Rundschau“, 17.10.). Ergebnis: Das Verfahren wurde eingestellt.

Außerdem wurde der Chefarzt, der sich seiner Verhaftung trotz „Überwachung“ vorübergehend durch Flucht entziehen konnte, wegen Betruges und Steuerhinterziehung gesucht („Morgenpost“, 18.10.). Niedeggen, der sich „nebenbei“ auch als Grundstücksmakler betätigte, und laut Aussagen des Bürgermeisters von Erfstadt „mehr Geschäftsmann als Mediziner“ war, ist jetzt erst einmal festgesetzt. Und seine ärztliche Zulassung wurde ihm entzogen.

Aber alle zuständigen Stellen haben offensichtlich kein Interesse, das Ausmaß des Skandals um das Marienhospital vollständig offenzulegen.

Gesundheitskommission

## Hackethal gewinnt auch zweite Runde vor Gericht

In der Hochphase des Ärztestreits um Krebsdiagnose- und therapie hatte sich Staatssekretär Prof. Wolters vom Gesundheitsministerium dazu verstiegen, vor dem Ärztekritiker Hackethal zu warnen. Das wertete nun der 15. Zivilsenat des Oberlandesgerichts erneut als „ehrverletzende Tatsachenbehauptung“. Als „unrichtig“ wertete das Gericht Wolters Behauptung, Hackethal habe für seine Thesen keine Beweise. Demgegenüber argumentierten die Richter: „Professor Dr. Hackethal hat mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen anderer Mediziner

vorgelegt, die geeignet sind, einen Teil seiner Argumente gegen die derzeit praktizierten Krebsvorsorgeuntersuchungen — insbesondere in bezug auf deren Nutzen und die Ungefährlichkeit einzelner Untersuchungsmethoden — zu unterstützen“ („FR“, 25.10.).

Geht die Bundesrepublik als die beklagte Partei jetzt den Weg einer ordentlichen Hauptverhandlung, dann würde der ganze Mediziner-Streit noch einmal aufgerollt werden.

Gesundheitskommission

## „Lenotan“ verursacht schwere Mißbildungen bei Neugeborenen



Der vierjährige David Mekdeci wurde mit einer verkrüppelten Hand geboren. Jetzt klagen seine Anwälte gegen den Pharmakonzern Merrell

Ein neuer Arzneimittel-Skandal ist jetzt bekannt geworden: Das vom Arzneimittelkonzern Merrell produzierte Medikament „Lenotan“ (in den USA „Bendictin“) steht im Verdacht, für schwere Mißbildungen bei Neugeborenen verantwortlich zu sein. Nach Angaben der Firma haben „29 Millionen (!) Schwangere bisher ‘Bendictin’ (‘Lenotan’) geschluckt“ („Stern“, 18.10.).

Das Ausmaß der Schädigungen ist überhaupt noch nicht abzusehen. Allein über 130 Fälle von Mißbildungen, bei denen ein Zusammenhang zu der Einnahme von „Bendictin“ vermutet wird, hat ein Anwalt, Melvin Belli aus San Francisco, in den letzten Jahren Informationen zusammengetragen.

Der Merrell-Konzern hatte übrigens auch das Schlafmittel Contergan (von Grünenthal) vertrieben, welches zu ähnlichen Mißbildungen an Neugeborenen führte.

Belli und andere Anwälte haben jetzt die bisher unter Verschluss gehaltenen Informationen ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, weil sie Anfang nächsten Jahres im Namen eines 4-jährigen geschädigten Jungen gegen „Merrell“ klagen werden. Der Junge, David Mekdeci aus Orlando, ist ohne den rechten Brustmuskel, mit einer Trichterbrust und mit einer deformierten rechten Hand — die Finger sind verkümmert — geboren worden. Seine Mutter „hatte während der Schwangerschaft mit Ausnahme der Anti-Übelkeitsdroge ‘Bendictin’ (‘Lenotan’) keine Medikamente eingenommen“ („Stern“, 18.10.).

Andere neugeborene Kinder hatten ähnliche, oft noch wesentlich schwerwiegendere Schädigungen, waren z.T. gar nicht lebensfähig. Dem einen fehlten die Augen, dem

anderen das Hirn, und einem dritten hing der Darm aus dem Bauch. Die weniger arg Betroffenen hatten verkümmerte Finger, verkrüppelte Füße oder Hasenscharten.“ (Stern 18.10.).

Daß der Zusammenhang zwischen dem Medikament und diesen grauenhaften Auswirkungen überhaupt aufgedeckt werden konnte, ist einigen Ärzten zu verdanken, die auf die Suche nach der Ursache gingen und dem Hersteller (!) Merrell ihre Untersuchungsergebnisse mitteilten. Fünf Aktenordner hatten sich inzwischen bei Merrell mit diesen Hinweisen gefüllt, verschlossen in einem Stahlschrank in der Merrell-Zentrale in Cincinnati (Ohio)! Das bedeutet, Merrell war seit über 18 Jahren über die Auswirkungen des Präparats informiert und hat es trotzdem weiter verkauft und exportiert! In der BRD ist es ebenfalls weiter auf dem Markt! Bei Anfragen, ob irgendwelche Fälle von Mißbildungen bekannt seien, sind von Seiten des Merrell-Konzerns alle Bedenken ausgeräumt worden.

Wenn im nächsten Jahr die Anklage gegen Merrell erhoben wird, ist Dr. William McBride wahrscheinlich Zeuge der Anklage. Er hatte bereits den Zusammenhang zwischen Contergan und Mißbildungen an Neugeborenen 1961 aufgedeckt und äußerte sich gegenüber dem „Stern“, er sei sicher, daß „Bendictin“ mit größter Wahrscheinlichkeit die Mißbildungen dieses Jungen verursacht hat“ („Stern“).

Wir fordern: Sofortiges Verbot von „Lenotan“ und „Bendictin“! Genaue Untersuchung jedes einzelnen Falles, bei dem das Präparat eventuell für Mißbildungen verantwortlich sein könnte. Gesundheitskommission

## Kiel:

## Kiel:

## Chirurg darf weiterpfuschen

„Dreijährig war Claudia im Dezember 1977 wegen Verdachts auf Blinddarmentzündung in das Elisabethkrankenhaus eingewiesen worden. Am 15. Dezember lag sie auf dem Operationstisch. Aber was zunächst wie eine Routinesache aussah, wurde dem kleinen Mädchen (...) zum Verhängnis. Er hatte bereits den erkrankten Blinddarm entfernt, als er im Bauchraum Gewebe zu erstarren meinte, das nicht dem normalen Befund entsprach. Ohne weitere Diskussion mit seinen Mitarbeitern setzte er nochmals das Messer an. Betroffen sah eine Assistenzärztin, wie er den augenscheinlich völlig intakten Eierstock der Kleinen heraus trennte. Gesprochen wurde über die Sache nicht. Auch später nicht. Weder mit der Ärztin noch mit Claudias Eltern, die gar nichts von dem zweiten - weitaus schwereren - Eingriff wußten, auch nicht um ihre Einwilligung gebeten worden waren. Darüberhinaus versäumte es der Arzt, sie wenigstens nachträglich von der Entfernung des Eierstocks zu unterrichten.“ (Kieler Nachrichten, 28.9.)

Der Arzt, von dem hier die Rede ist, ist Dr. Bruno Lindhoff, Chefarzt am Kieler Elisabethkrankenhaus.

Lindhoff ist in dieser Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt: — In einem Strafverfahren um den Tod eines ehemaligen Patienten war er „freigesprochen“ worden. — Mehrere „Kunstfehler-Patienten“ klagen derzeit gegen Lindhoff. — In einem weiteren Strafverfahren — eine Schülerin soll durch seine Schuld zum Krüppel geworden sein — wird gegen Lindhoff ermittelt.

Trotz allem ist und bleibt Lindhoff weiter in Amt und Würden! Auch im Fall der kleinen Claudia kam Lindhoff mit einer lächerlichen

„Strafe“ davon: 40.000 DM Geldstrafe. Man/frau setze das einmal dazu ins Verhältnis, daß Lindhoff wegen „vorsätzlicher Körperverletzung“ (!) verurteilt worden ist, und von „grobem ärztlichen Fehlverhalten“ die Rede gewesen ist.

Wir halten es da lieber mit einer Leserzuschrift an die „KN“, in der es heißt: „Es erscheint (...) unbegreiflich, daß ein Chirurg unter diesen Umständen nicht sofortiges Berufsverbot erhalten hat...“

Wenigstens die noch anhängigen Verfahren gegen Dr. Lindhoff sollten genutzt werden, das vehement zu fordern, denn anders werden weitere „Kunstfehler“ gewiß nicht auszuschließen sein.

KB / Gruppe Kiel

## Termine

Diskussion über die „Situation der Frauen im Gesundheitswesen“ im Gesundheitszentrum Riedstadt, Kontakt über: Ingrid Schubert, c/o Apotheke am Gesundheitszentrum, Freiherr-von-Stein-Str. 9, 6086 Riedstadt.

Januar oder Februar 1980: Der Arbeitskreis Alternative Medizin in der Basisgruppe Ulm bemüht sich, eine umfassende Diskussion über die Perspektiven der Gruppenpraxisarbeit unter Berücksichtigung der bestehenden Gruppenpraxen zu organisieren. Interessenten sollten sich wenden an: Benno Schwilk, Schleichtalweg 8 7902 Erstetten, Tel. 07344/6874 oder 0731/73481.



# Niederlande



Am 23.8. traten die Schleppermannschaften im Rotterdamer Hafen in den Streik. Ihnen folgten vom 27.8. an und für vier Wochen in einem „wilden“ Streik die 8.000 Arbeiter der Stückgutbetriebe des Hafens. Im Amsterdamer Hafen kam es mehrfach zu Solidaritätsstreiks. Am 5./6.10. hatten wir in Rotterdam die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit Mitgliedern des Streik führenden „Gemeinsamen Aktionskomitees“ wie des „Solidaritätskomitees“. Im wesentlichen auf der Grundlage dieser Gespräche wie der von den Komitees herausgegebenen täglichen „Streik-Nachrichten“ berichten wir über Vorgeschichte und Verlauf des Streiks, die Rolle der Gewerkschaften und der Linken, über die Arbeit des Solidaritätskomitees und die Aktivitäten der Streiker-Frauen.

## Der Streik

Im Herbst 1978 begann die Tarifrunde '79 für die im Stückgutsektor tätigen Arbeiter im Rotterdamer Hafen. Die in den Transportgewerkschaften des FNV Organisierten forderten:

- 30 Gulden netto mehr pro Woche (diese Summe ist faktisch noch keine Lohnerhöhung, sondern lediglich ein Ausgleich des Kaufkraftschwundes);
- 25 Tage Urlaub (bisher 23);
- Rente ab 60 (rund die Hälfte der Hafenarbeiter sind in diesem Alter bereits arbeitsunfähig);
- Fünf-Schichten-Dienst bei den Kontischichten;
- 35-Stunden-Woche;
- Vollständige unbereinigte Preiskompensation (ein „Inflationsausgleich“, der aufgrund eines „Warenkorbes“ errechnet wird. Die Erhöhung von Steuern und Tarifen für öffentliche Leistungen waren in diesem „Warenkorb“ von vornherein nicht enthalten, 1976 wurde überdies noch ein „bereinigter“ Preisindex eingeführt, so daß die erheblich gestiegenen Gas- und Strompreise u.a.m. nicht mehr kompensiert werden).

Diese Forderungen wurden von den im Hafen arbeitenden GMLern (eine kleine „ML“-Gruppe, s.u.) aufgegriffen und in den weiteren Mitgliederversammlungen propagiert. Ebenfalls übernahm das stark von der revisionistischen KP (CPN) beeinflusste „Aktionskomitee Rotterdamer Hafenarbeiter“ diese Forderungen und schlug anfangs recht radikale Töne an – wir verlangen, daß die Gewerkschaft für unsere Forderungen eintritt; tut sie das nicht, dann tun wir es selber – die jedoch bald wieder der strikten Loyalität der CPN (Führung) gegenüber der Gewerkschaft wichen.

Neben diesem CPN-Komitee bildete sich eine Initiative heraus, die von einigen, schon aus früheren Streiks erfahrenen Hafenarbeitern getragen wurde sowie von den GMLern, die seit einem Jahr im Hafen arbeiteten. Diese Kollegen trugen die Forderungen in die Betriebe und traten bei den Meetings des CPN-Komitees insbesondere gegen dessen ausschließlich gewerkschaftliche Orientierung auf.

Im April kam es zu einer ersten Demonstration während der Arbeitszeit. Spontane go-slow-Aktionen in den Betrieben folgten, an denen das CPN-Komitee sich jedoch nicht beteiligte. Es war zwar für Aktionen, nicht aber für ein organisiertes Vorgehen, da es einen Streik „gegen den Willen der Gewerkschaft“ vermeiden wollte.

Im April hatte die Gewerkschaftsführung mit den Hafenbaronen den neuen Tarif ausgehandelt, der jedoch mit den ursprünglichen Forderungen der Mitgliedschaft nichts mehr gemein hatte:

- 20 Gulden pro Monat mehr;
  - ein Tag mehr Urlaub;
  - Rente ab 63.
- Dieser Abschluß lag völlig auf der von zuerst der sozialdemokratisch-christdemokratischen, jetzt der christdemokratisch-rechtsliberalen Regierung verordneten und durchweg von der Gewerkschaft mitgetragenen „Null-Linie, schamhaft „Lohnmäßigungs“-politik genannt. Mäßige Lohnforderungen, so war das Credo der Gewerkschaftsführung seit sechs Jahren, wä-

ren für die Unternehmer Anlaß zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und somit auch Ausdruck der Solidarität mit den Arbeitslosen.

Dies Verhandlungsergebnis wurde im Mai in einer schriftlichen Abstimmung („Referendum“), an der sich weitaus mehr Kollegen als sonst beteiligten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Gewerkschaftsführung begann daraufhin zu zögern, daß die Forderungen der Kollegen zu hoch seien und sie keine neuen Verhandlungen aufnehmen wolle – dankbar griffen die Hafenbarone diesen Ball auf und zeigten sich fürderhin ebenfalls verhandlungsunwillig. Das CPN-Komitee versank in Schweigen und auch die Aktivität der Kollegen-Initiative ließ nach. Von Mai bis August war so Ruhe vor dem Sturm...

## „Der Schlepper-Streik war für uns das Signal – jetzt oder nie!“

Am 23.8. traten die rund 500 Schlepperfahrer von Smit International im Rotterdamer Hafen in den Streik. Kurz zuvor war unter etwas unklaren Umständen und mit sehr knapper Mehrheit ein neuer Tarifvertrag angenommen worden. Als die Kollegen die erste Lohnabrechnung nach neuem Tarif in den Fingern hatten, sahen sie sich angeschissen, fuhren ihre Schlepper an den Kai und taten kund: „Das Schleppen ist getan – für 50 Gulden (pro Woche mehr) gehn wir wieder ran!“

Der Schlepperstreik war auch für die Kollegen der autonomen Initiative der Ansatz zu neuer Aktivität. Ein erster kurzer Streik in einem Stückgutbetrieb am 24.8. brach zwar noch durch das Wirken dort auftretender Gewerkschaftsbeamter wieder zusammen. Am Montag, 27.8., wurde die Arbeit jedoch in zwei Betrieben niedergelegt und vom nächsten Tag an standen die rund 8.000 Arbeiter der Stückgutbetriebe im Streik.

An den ersten Tagen hatten nur die Kollegen der autonomen Initiative für den Streik in den Betrieben agitiert und auch die ersten, von ihnen namentlich unterzeichneten Flugblätter herausgegeben: „Und jetzt weitermachen wie '70!“ (erster großer und erfolgreicher autonomer Streik im Rotterdamer Hafen).

Wie vor den Erfolg der Schweiß war hier vor „weitermachen wie '70“ das wieder zum Leben erwachte CPN-Komitee gesetzt. Nachdem eine (selbsternannte) Delegation von CPNern den Hafenbaronen in ihrer Zentrale eine Visite abgestattet hatte, trat einer der CPN-Sprecher vor und rief dem Volk:

„Wir haben gezeigt, daß wir eine Faust machen können – und jetzt gehen wir nach Hause!“

Das wurde ihm nicht mit Dank abgenommen, war den Kollegen doch aus eigener Streikerfahrung bewußt, daß ein Streik „zu Hause“ nicht geführt werden kann, daß vielmehr die Betriebe „sauber“ gehalten werden müssen. Streikposten aufzustellen sind usw. Von den rund 4.000 Versammelten folgten so auch nur schwache 300 der CPN-Devise. Der Protest gegen das CPN-Vorgehen drückt sich auch in den wiederholten Rufen nach „Jim, Jim“ (dem bekannten und aktiven Jim Stavinga) aus und in dem

Verlangen, daß Stavinga in die Aktionsleitung aufgenommen werden müsse.

Am nächsten, dem Mittwochmorgen, startete das CPN-Komitee einen neuen Versuch, die Führung an sich zu reißen. Stavinga setzte dem, auch namens der autonomen Kollegen-Gruppe entgegen, daß ein Aktionskomitee gewählt werden muß, in das jeder streikende Betrieb seine Delegierten entsendet. Ein Vorschlag, der den selbstverständlichen Beifall der Streikenden fand. Über diesen Weg entstand das „Gemeinsame Aktionskomitee“ als Zusammenschluß beider Strömungen mit rund 80 Delegierten aus den Betrieben und dem Pool (der Vermittlungsstelle für die nicht in einem bestimmten Betrieb angestellten Hafenarbeiter), die teils in der CPN oder GML organisiert waren, teils in den kleinen Gewerkschaften OVB und FHV, größtenteils aber keiner Organisation angehörten.

Die weitere Zusammenarbeit mit den CPN-Mitgliedern im Hafen war aufgrund ihres solidarischen Verhaltens unproblematisch; eine führende Figur des nunmehr ehemaligen CPN-Komitees hatte jedoch verstanden, den Posten in der Aktionsleitung einzunehmen, über den alle Stränge zusammenliefen: der ständig besetzte Platz im Aktionszentrum. Mit Ausnahme der nun täglich erscheinenden Streiknachrichten hatte die ehemalige CPN-Komitee-Führung dadurch den gesamten Apparat – Telefone, Spenden-Konto, Kontakte nach außen – in der Hand.

„Es war ein sehr großes Problem, daß wir zu wenig erfahrene Leute hatten.“

In der zweiten Woche weitete der Streik sich weiter aus: Die Kollegen aus dem Massengutumschlag (Kohle, Erz und Getreide) schlossen sich dem Streik an. Im Amsterdamer Hafen, wo der Tarifabschluß mit knapper Mehrheit angenommen worden war, kam es zu einem ersten von mehreren 24-Stunden-Streiks, an denen sich jedoch nur ein kleinerer Teil der dortigen Kollegen (bis zu 1.000) beteiligte.

Am 4.9. wurde der Pool besetzt, um zu verhindern, daß von dort aus „Arbeitswillige“ in die bestreikten Betriebe vermittelt werden – einige Tage später wurde das Gebäude von Polizei geräumt, die Besetzer wurden angezeigt.

Als den ganzen Streik wesentlich bestimmendes, wenn nicht sogar entscheidendes Problem erwies sich, daß es nicht gelang, die Kollegen der Container-Betriebe ausreichend in den Streik mit einzubeziehen. Mit Ausnahme von drei, vier Tagen wurde dort während des gesamten Streiks weitergearbeitet.

Während 1978 die 8.000 Arbeiter der Stückgutbetriebe 26 Mio. t umschlugen, bearbeiteten die 1.000 Arbeiter der Container-Betriebe 16,5 Mio. t – ein Arbeiter im Container-Sektor erbringt also eine fünffach höhere Umschlagsleistung als sein Kollege im Stückgutsektor. Da alle bestreikten großen Stauereien an den Containerbetrieben beteiligt sind, konnten sich die Hafenbarone auch während des Streiks eine wesentliche Einkommensquelle erhalten und verfügten so gegenüber den Streikenden über eine sehr starke Position (hinzu kam später noch, als es an der Front der Ar-

beitgeber zu bröckeln begann, daß die Besitzer aller bestreikten Betriebe aus dem „Anti-Streik-Fonds“ des Gesamt-Arbeitgeberverbandes schadlos gehalten wurden). Aufgrund der „strategischen“ Bedeutung des Container-Sektors wurde daher von Hafenbaronen und sozialdemokratischer Stadtregierung alles Verfügbare eingesetzt, um eine Stilllegung dieser Betriebe durch die Streikenden des Stückgutsektors zu verhindern: Mobile Einheiten (!) „schützten“ in Hundertschaften-Stärke die Betriebszüge und das Gelände. Mobile Einheiten wurden sogar eingesetzt, um in einer Nacht beim von Streikposten blockierten Seaport Terminal 27.000 Kisten (600 t) Orangen zu verladen – 180 Bullen, 16 Überfallwagen, 25 Motorräder, zwei Wasserwerfer, Pferde und Hunde wurden bei dieser Aktion eingesetzt – zusätzlich wurden noch Boote der Hafenpolizei bereit gehalten.

Der wesentliche Grund dafür, daß es nicht gelang, die Kollegen der Container-Betriebe in den Streik einzubeziehen, liegt darin, daß es sich bei ihnen nicht um die „klassischen Hafenarbeiter“ handelt, sondern um ehemalige Bauern, ehemalige kleine Selbstständige u.ä., die über keinerlei Streikerfahrungen verfügen. Hinzu kommt: Im Gegensatz zum Stückgutsektor wird die Arbeit als qualifizierte angesehen und nach einem anderen Tarif höher entlohnt; außerdem sind die Kollegen im Containersektor alle mit anderen Aufgaben befaßt und arbeiten weitgehend isoliert voneinander, während im Stückgutsektor im Prinzip alle das gleiche zu tun haben und in großen Gruppen zusammenarbeiten.

## „Die dritte Woche war sehr schlecht“

Allerdings konnte durch die Blockade des großen Container-Betriebs ECT erzwungen werden, daß Vertreter des Aktionskomitees in den dortigen Kantinen sprechen konnten. ECT lag daraufhin erstmals für 24 Stunden still.

Am Ende der zweiten Woche hatte der Streik an Offensivität zugenommen, die dritte Woche war jedoch, obwohl die zahlenmäßige Streikbeteiligung aufrechterhalten und das Gewerkschaftsgebäude vom 10.9. an besetzt werden konnte, von allgemeiner Ermüdung gekennzeichnet. Das Problem der „Arbeitswilligkeit“ griff um sich. Führende Figuren des ehemaligen CPN-Komitees förderten diese Stimmung noch dadurch, daß sie, unter Hinweis auf ihre „guten Beziehungen“ zur Gewerkschaftsführung, die Möglichkeit und auch das Stattfinden von Verhandlungen behaupteten. Ihrer Parole „Abwarten“ wurde in den „Streik-Nachrichten“ (Nr. 10, 13.9.) entgegengestellt

## „Die Toleranz ist vorbei“

Da der Zeitpunkt vorhersehbar war, an dem die Streikenden von diesem Mehr-Fronten-Krieg – gegen Hafenbarone und Stadtregierung, die die Mobilen Einheiten auf sie hetzte; gegen die Gewerkschaftsführung, die ihren Streik sabotierte, keine Streikgelder zahlte, „Arbeitswilligen“ aber Bezahlung versprach (s.u.) –, daß die Streikenden bei Beschränkung auf das „parlamentarische Streiken“ bald erschöpft sein würden, plädierten die

# HILFE....

Der Streik im Rotterdamer Hafen begann, bei Erscheinen dieses AKs, vor sieben Wochen und ist vor drei Wochen zu Ende gegangen. Es hätte also in den letzten zwei, wenn nicht drei AKs schon darüber berichtet werden müssen. Daß dies nicht geschah, ist auf heftige und m.E. berechtigte Kritik unserer niederländischen Leser, und insbesondere derer, die am Streik beteiligt waren, gestoßen. Bisher – genauer: bis vor einem halben Jahr etwa – hat die Niederlande-Kommission eine relativ vollständige Berichterstattung über die wichtigsten Ereignisse „ihres Landes“ gebracht; gegenüber der Berichterstattung über den Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter hat die Niederlande-Kommission nun jedoch komplett versagt!

Ein wesentlicher Grund dafür ist – neben einem guten Teil persönlich zu verantwortendem schlechten Arbeitsstil und Abgeschlafftheit – daß die Niederlande-„Kommission“ zu einer Fiktion geworden ist. Die „Kommission“ besteht derzeit faktisch aus mir allein, nachdem ein Genosse sich vor einem halben Jahr „verabschiedet“ hat, ein weiterer Genosse wegen eines Unfalls für lange Zeit außer Gefecht gesetzt ist/war.

Den Erfordernissen einer längerfristig angelegten und zuverlässigen Kommissionsarbeit – regelmäßige und fundierte Berichterstattung im

AK, solide Kontaktarbeit, Ausweitung des Literaturvertriebs – sehe ich mich unter diesen Umständen nicht mehr gewachsen. Selbst ein „Festhalten“ der Entwicklung der Kommissionsarbeit auf dem gegenwärtigen Stand ist bei meinem Ein-Mann-Unternehmen nicht mehr möglich: Artikel werden nicht geschrieben, Kontakte werden verschluppt, das Archiv ist ein Haufen Papier. Die Niederlande-Kommission, damit sie überhaupt wieder

eine „Kommission“ – heißt: arbeitsfähige Einrichtung des KB – wird, braucht also – wie andere Kommissionen auch! (s.UW 30) – dringend Verstärkung, braucht sofort Verstärkung (denn das Einarbeiten dauert ja auch was), braucht weibliche Verstärkung, damit die Berichterstattung über die niederländische Frauenbewegung künftig nicht nur mehr durch Nichtvorhandensein glänzt.

Meldet Euch – über die Redaktion – und meldet Euch zuhauft!!!!

Klaus

Nachtrag (zu AK 165): Diese Erklärung wie die Artikel zum Streik lagen schon zum letzten AK vor, lagen aber erst so spät vor, daß ihre redaktionelle und technische Bearbeitung nicht mehr möglich waren (was nur nochmals die Dringlichkeit der Bitte um Verstärkung unterstreicht!)



„Streik-Nachrichten“ des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ für eine Verschärfung des Kampfes: „Aktionen bringen uns weiter. Aber nicht allein Aktionen wie bisher, sondern härtere Aktionen, so wie sie die französischen Stahlarbeiter gemacht haben. Also nicht nur den eigenen Laden sauberhalten, sondern mehr Aktionen, die den ganzen Verkehr durcheinander bringen. So haben unsere französischen Kollegen den Sieg errungen. So können wir das auch.“ Hierdurch könnte auch – wie in Frankreich – die (Stadt-)Regierung zur Stellungnahme gezwungen werden.

Im Bereich der Petro-Chemie (Shell usw.) begannen die Tarifverhandlungen. Eine Abordnung des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ verteilte gegen den Protest anwesender Gewerkschaftsbeamter – Flugblätter auf den Mitgliederversammlungen dieses Bereichs, in denen das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Fünf-Schichten-Dienstes herausgestellt und die Chemie-Kollegen zum Streik aufgerufen wurden.

Die dritte Streikwoche endete mit einer Streikversammlung im Feyenoord-Stadion am 14.9., zu der nur Hafenarbeiter unter Vorlage ihres Hafenpasses Zugang hatten. Rund 75 % der 2.500 Versammelten sprachen sich für die Fortführung des Streiks aus.

Eine wichtige Rolle spielten bei

dieser Versammlung die Aufrufe zur Verschärfung des Kampfes. In den „Streiknachrichten“ Nr. 11 (14.9.) wurde gesagt: „...das normale Streiken, das wir jetzt machen, (ist) völlig unzureichend. Blockaden des Güterverkehrs z.B. werden wir ... organisieren müssen. Der Schaden muß so groß wie möglich werden, um die SVZ-Bonzen (Unternehmervereinigung des Hafens – Anm. AK) an den Tisch zu kriegen. Harte Aktionen halten unseren Streik aufrecht, sind die schnellste Art, unseren Streik mit ein paar Scheinen extra zu beenden ...“

Am Montag nach der Versammlung im Stadion wurde in einem Teil des Hafens das Pflaster aufgerissen und Barrikaden gebaut, um „Arbeitswillige“ am Zugang zu den Betrieben zu hindern.

Angesichts der wachsenden Militanz machte einer der CPN-Führer aus der Aktionsleitung auf der Streik-Versammlung am 19.9. einen neuen Vorstoß: Vier Tage nach dem überzeugenden Votum im Stadion für die Fortführung des Streiks wollte er diese Frage erneut zur Abstimmung stellen – und dies kurz nachdem drei Streikposten nachts von Polizei zusammengeschlagen, einem von ihnen von einem Polizeihund die Kleidung vom Leib gefetzt worden war!

„Es gab zu wenig Erfahrungen für den Kampf gegen die Mobile Einheit“

Etwa 2.000 Teilnehmer der Streikversammlung zogen zu den großen Containerbetrieben, um erneut zu versuchen, dort die Kollegen von der Notwendigkeit ihrer Teilnahme am Streik zu überzeugen. Als sie dort ankamen „(hatte) Mobile Einheit den Betrieb abgeriegelt, um jeden Kontakt der Streiker mit den Arbeitern im Unitcentre zu verhindern. Vor und im Betrieb waren Leute der Mobile Einheit postiert. Mit Containern war eine Blockade aufgebaut. Diese reine Machtschau führte zum kompletten Krieg. Das Geschehen bei Kroonvlag (wo die Streikposten zusammengeschlagen worden waren – Anm. AK) noch frisch im Gedächtnis, hatten die Hafenarbeiter nicht die Absicht, sich willenlos von der Mobile Einheit abschlagen zu lassen. Die Mobile Einheit schlug auf die Demonstranten ein. Frauen und Kinder, die die Kreuzung bei Heyplaatz besetzt hielten aus Protest gegen die Abriegelung von Heyplaatz, wurden mit Gewalt entfernt. Die Polizei verhaftete auf Anweisung von Kriminalbeamten (die vom Beginn des Streiks an als Hafenarbeiter verkleidet unter den Streikenden gewesen waren) soviel wie möglich

Streikführer. Zu ihrem Pech entkamen Stavinga und Schults ... Für sie und andere, die der Festnahme entkamen, war es nun nötig, vorläufig

unterzutauchen“ („Solidaritätskrant 2“, 12.10. – s.a. großes Foto). 18 Leute wurden verhaftet, von denen einige mehrere Tage lang festgehalten wurden.

Die Stimmung zur Wiederaufnahme der Arbeit verbreitete sich im Lauf der vierten Streik-Woche. Zur Aufrechterhaltung und siegreichen Beendigung des Streiks wären vor allem vermehrte Aktivitäten im Hafen vonnöten gewesen. Beim Seaport-Terminal aber z.B., wo 30 Mann arbeiteten, waren 200 Bullen von der Mobile Einheit aufgezo-gen. Seaport hätte dennoch stillgelegt werden können, wären mehr Leute zum Kampf bereit gewesen, als es bei der bereits demoralisierten Stimmung der Fall war: „Unser Problem war, den Massenkampf schärfer zu organisieren, aber auch Einheiten zu haben, um den Verkehr in der Stadt zu blockieren, die Stromversorgung in den Betrieben zu sabotieren. Am Freitag war die konkrete Demoralisierung da, wir hatten keine befriedigende Antwort für die vielen Leute, die arbeiten wollten, und wir hatten auch keine gute Strategie mehr.“ Das Bestechungsangebot der Gewerkschaftsführung, denen, die schriftlich ihre „Arbeitswilligkeit“ bekunden, 550 Gulden auszahlen, war ein weiteres, die Fortführung des Streiks erschwerendes Moment.

„Aber das war doch nicht das wichtigste Problem. Schließlich sind wir selbst es gewesen, die keine gute Antwort mehr hatten gegen die Mobilen Einheiten.“

Vor allem die Pendler, die ca. 75 % der Hafenarbeiter stellen, waren es, die wieder an die Arbeit wollten. Und bei diesen Pendlern konnte das Bestechungsangebot der Gewerkschaftsführung am wenigsten wirken: Viele Pendler aus dem Süden von Rotterdam – vor allem aus der stark religiös beeinflussten Provinz Zeeland – hatten während des Streiks im Antwerpenener Hafen gearbeitet, den Bauern bei der Obsterte ge-holfen etc.

So waren es weniger äußere Einwirkungen, die nach vier Wochen zum Abbruch des Streiks führten, als vielmehr Unklarheiten über den weiteren Weg auch beim linken Flügel des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ und die – gegenüber einem härteren Kampf – geringen Erfahrungen des größten Teils der Kollegen: „Zum Problem wurde bei den schärferen Aktionen, daß die meisten Leute keine politischen und keine praktischen Erfahrungen hatten. Sie hatten bisher nicht gegen die Polizei kämpfen müssen. Und es war natürlich auch etwas Angst da. Eine Straßenblockade? Ja ... das ist gut ... aber ...“

Nachdem das „Gemeinsame Aktionskomitee“ den Abbruch des Streiks empfohlen hatte, kehrten die Arbeiter am 24.9. zurück in die Betriebe, mit der erklärten Absicht, „Geld zu kriegen, nicht um hart zu arbeiten. Für einen Minimum-Lohn eine minimale Leistung“ („Streiknachrichten“, Nr. 22, 1.10.).

Der von der Gewerkschaftsführung mit den Hafenbaronen letztendlich ausgehandelte Abschluß (pro Woche 28,50 Gulden brutto mehr, rückwirkend ab 1. Juli; Rente mit 62; ein Tag Urlaub mehr ab 1980) wurde vom Aktionskomitee als völlig unzureichend zurückgewiesen, den Kollegen wurde die Ablehnung dieses Tarifvertrags dringend empfohlen. Bei allerdings geringer Beteiligung an der Abstimmung wurde der Tarif jedoch mit 70 % der Stimmen angenommen. Hierbei spielte eine wichtige Rolle, daß die Gewerkschaftsführung nochmals einen besonders dreckigen Trick anwandte: Die von ihr zugesagte Vorschußzahlung von 550 Gulden würde nur erfolgen, wenn der Tarifabschluß angenommen wird. Juristen würden derlei zwischen Nötigung und Erpressung einordnen ...

### Die Gewerkschaft

Kurz nach Beginn des Schlepperstreiks, als der FNV noch über seine Haltung gegenüber diesem Streik „beraten“ wollte, ließ eine der führenden Figuren des FNV schon mal vorab seine „persönliche Meinung“ wissen: Eine gewerkschaftliche Unterstützung des Streiks könne er sich nicht vorstellen, denn gäbe es hier eine „Lohnwelle“, dann „gibt es kein Ende und wir stehen vor einer Katastrophe“ („de Volkskrant“, 24.8.). Diese „Lohnwelle“ mit allen Mitteln zu verhindern ließ sich die Gewerkschaftsführung dann auch gegenüber dem Streik der Hafenarbeiter angelegen sein.

Bereits am ersten Streiktag der Hafenarbeiter (es wurde erst in zwei Betrieben gestreikt) verurteilte die FNV-Spitze im Vorhinein und öffentlich, die „Einschüchterungen“, die „Arbeitswilligen“ gegenüber erfolgen würden. Wim Kok, Vorsitzender des FNV, legte noch einen Zaken zu und wollte gar schon „von so gar für Hafenverhältnisse sehr groben Einschüchterungsversuchen und von körperlicher Gewalt oder der Drohung damit“ gehört haben („de Volkskrant“, 28.8.).

Der Gewerkschaftsunterhändler, Jan van Eldik, erklärte gegenüber der Hafenunternehmer-Vereinigung am 4.9. verbindlich, daß die Gewerkschaft keine Streikgelder zahlen würde und gab damit den Hafenbaronen einen unbezahlbaren Trumpf in die Hand („Streiknachrichten“ Nr. 21, 28.9.; „Vrij Nederland“, 29.9.).

Rund ein Jahr nach Beginn der Tarifrunde und nach gut acht Monaten tariflosen Zustandes handelte Jan van Eldik mit den Hafenbaronen an einem Wochenende die Ausgangsforde-rung von 2.500 Gulden (auf Jahr umgerechnet) auf 750 Gulden herun-ter.

Dieser und anderer Sauerereien wegen trat die gewerkschaftliche Zentrale Betriebsgruppe Hafen spektakulär zurück – sieben der neun Zurückgetretenen fanden jedoch kurz darauf wieder den Weg zurück zu ihren Posten.

Und schließlich bot dieselbe Gewerkschaftsführung, die seit Wochen die Streikkasse geschlossen hielt, den „Arbeitswilligen“ eine Vorschußzahlung von 550 Gulden an, sofern sie zuvor ihre „Arbeitswilligkeit“ schriftlich (!) bestätigen würden.

## STREIKER-FRAUEN



Frauen der streikenden Hafnarbeiter mit ihren Demonstrationstellern: 30 Gulden ist eine der Streikforderungen

... bildeten die Spitze einer der ersten Streik-Demonstrationen. Vom Gebäude der Hafen-Barone hielten sie große Eßteller hoch mit der Aufschrift „30 Gulden“, einer der Streikforderungen. Die Demonstration führte weiter zum Gebäude der Gewerkschaft, die sich weigerte, den Streik zu unterstützen und auf der Streikkasse saß. Hier hielten die Frauen ein Scher-bengericht ab: Die Teller wurden vorm Gewerkschaftshaus zerschmettert.

Eine Woche nach Streikbeginn hatte sich auf Initiative des „Solidaritätskomitees des Gemeinsamen Aktionskomitees“ eine Gruppe von Streiker-Frauen gebildet. Gemeinsam mit Aktivistinnen des Solidaritätskomitees schrieben sie ein Flugblatt „Speziell für Frauen und Kinder“, in dem zu einem Kaffee-Treffen aufgerufen wurde, für die Kinder war ein Theaterstück geplant. Das Flugblatt wurde über die Streikposten verteilt. Auch die (männliche) Aktionsleitung rief bei den Streikversammlungen auf dem Afrikaanderplein zur Einbeziehung der Frauen auf.

Bald nahmen Frauen zahlreicher an diesen Versammlungen teil und traten auch selbst als Rednerinnen auf. Um Frauen mit Kindern diese Teilnahme zu ermöglichen, war eine Kinderbetreuung für jeden Vormittag organisiert worden.

Die Streiker-Frauen versorgten die Posten mit Kaffee und Broten, standen auch selbst Posten, beteiligten sich sogar teilweise an militante-n Aktionen wie Blockaden und bemühten sich um die Gewinnung weiterer Frauen für die Solidaritätsarbeit. Bei den zahlreichen Veranstaltungen des „Solidaritätskomitees“ sprachen

stets außer einem Vertreter dieses Komitees und einem Streiker auch eine Streiker-Frau.

Für viel Streiker-Frauen war die Teilnahme an der Solidaritätsarbeit und in der Streiker-Frauengruppe die erste Gelegenheit, aus der Isolierung ihres Haushaltes herauszukommen und sich mit anderen Frauen über ihre Probleme auszutauschen.

Für viele der Männer war es eine Überraschung, plötzlich ihre Frauen als Rednerin zu erleben oder Posten stehen zu sehen: „Ich wußte ja gar nicht, daß meine Frau sowas kann!“ Die Folge war, daß in manchen Familien, wenn auch noch im kleinen, eingeschlossene Verhältnisse angeknackst, manchmal aufgebrochen wurden. „In vielen Familien“, sagte ein Mitglied des Aktionskomitees, „ist seit dem Streik der Respekt und die Kameradschaft zwischen Mann und Frau gewachsen.“ Die Teilnahme der Männer an der Hausarbeit war nicht mehr gar so unmöglich und verschiedentlich konnten Frauen sich jetzt eine Arbeit suchen, wo die Männer es ihnen zuvor verboten hatten.

Zwar muß als „schweigende Zustimmung“ der Mehrheit der Frauen zum Streik gewertet werden, daß der Streik überhaupt – bei einer Lohneinbuße von 1500 bis 2000 Gulden pro Mann! – vier Wochen durchgehalten werden konnte – gegen die Frauen wäre das nicht gelaufen. Die Frage aber, ob auch die Frauen an Abstimmungen über den Streik teilnehmen dürfen, blieb noch ungeklärt.

Ein erster Versuch von Streiker-Frauen, an einer solchen Abstimmung (im Feyenoord-Stadion) teilzunehmen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß nur Inhaber von Hafen-

pässen – also Hafenarbeiter – zugelassen und abstimmungsberechtigt seien ...

Ein Trauerspiel und ein Skandal zugleich war, wie sich die zahlenmäßig nicht gerade kleine autonome Frauenbewegung dem Streik und der Streiker-Frauengruppe gegenüber verhielt. Eine Aktivistin des Solidaritätskomitees, die sich selbst der autonomen Frauenbewegung zugehörig sieht, informierte sämtliche Frauengruppen aus Rotterdam und Umgebung. Nur wenige einzelne Frauen aus dem Rotterdamer Frauenhaus und der autonomen Frauenbewegung fanden sich jedoch zur Unterstützung bereit, so daß festgestellt werden muß, daß die gesamte autonome Frauenbewegung den Streik selbst wie auch die Solidaritätsarbeit und die Streiker-Frauengruppe völlig ignorierte. Eine nicht minder traurige Rolle spielte die Niederlande Vrouwenbewegung, eine der CPN „nahestehende“ Frauengruppe, die eine Zusammenarbeit mit dem Solidaritätskomitee rundweg ablehnte.

(Eine Ausnahme bildet die Erfahrung, die „Proloog“ bei einem nur von Frauen gespielten Stück machte: nach jeder Aufführung wurde erfolgreich für den Streik gesammelt).

Die Gruppe der Streiker-Frauen soll auch über den Streik hinaus fortbestehen. Sie planen, ihren Kontakt zum „Gemeinsamen Aktionskomitee“ auszubauen und werden in der von diesem Komitee geplanten „Hafenzeitung“ eine eigene Seite erhalten, die sie auch selbst schreiben werden.

Ausdruck des gestiegenen Selbstbewußtseins ist nicht zuletzt, daß einige der Streiker-Frauen an dem Mitte Oktober in Barcelona stattfindenden

den Koordinationstreffen europäischer Hafenarbeiter teilnehmen werden. Selbst die fünf Kinder, die eine der Delegierten hat, waren kein „Hindernis“ mehr – die anderen Frauen werden für sie sorgen, solange ihre Delegierte in Barcelona ist!

Eine Genossin der Frauenzelle Hamburg-Barmbek

Die Teilnahme der Streikerfrauen am Koordinationstreffen der europäischen Hafenarbeiter in Barcelona war nur über Spenden zu ermöglichen, da den Familien der Streikenden ein ganzer Monat Lohn fehlt. – Auf Initiative eines Genossen wurden in mehreren KB-Zellen – Transport-Angestellte, Hafen, DLH, Erzieher – für diesen Zweck 280 DM zusammengebracht. Die AG Frauen spendete DM 100,- dafür.

Weiteren Spenden steht aber durchaus nichts entgegen: So wohl für die Streiker-Frauengruppe wie auch für die Streiker selbst, von denen etliche während des Streiks festgenommen worden sind, und denen nun an die 20.000 Gulden Prozesskosten ins Haus stehen.

Spenden (unter Angabe von: Rotterdamer Hafenstreik/Frauengruppe oder /Prozesskosten) können eingezahlt werden über – Giro 155.08.05, Jim Stavinga, Rotterdam, oder – auf eines der Reents-Verlagskonten, von wo aus sie dann weitergeleitet werden.



Dieses Geld sollte dann später von den Arbeitgebern zurückgefordert werden. Im Klartext: Die Gewerkschaftsführung wollte den Kollegen einen Vorschuss aus deren eigenen Lohn zahlen, um sie wieder an die Arbeit zu bekommen – auf dem Hintergrund, daß die Gewerkschaftsführung von Anbeginn die Zahlung von Streikgeldern verweigerte ist dies nun eine wirklich erlesene Sauerei.

Es ist bei einer solchen Gewerkschaft nicht weiter verwunderlich, daß derzeit nur 35 % der Hafenarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind gegenüber rund 60 % in den fünfziger Jahren.

Neben dem FNV gibt es noch zwei kleinere, nicht als Tarifpartner „anerkannte“ Gewerkschaften. Der OVB und FHV unterstützten von Anfang an den Streik und zählten auch, obwohl unvergleichlich kleiner und weniger finanzstark, Streikgelder aus.

## Die Linke

Über die CPN ist oben schon das wesentliche gesagt.

Die Parteiführung (partijbestuur) der **Pacifistisch-Socialistische Partij (PSP)** rang sich über zwei Wochen nach Streikbeginn eine lauwarme Erklärung ab, in der der Streik gerade noch und hochnäs als „*begreifliche*“ („Bevrijding“, 15.9.) bezeichnet wurde, ansonsten aber – weder in dem begleitenden Artikel noch in einer Radiosendung – mit ihrer Ablehnung des Streiks hinterm Berg hielt. Ein Teil der PSP-Ortsgruppen ignorierte den Streik, ein anderer Teil wieder beteiligte sich aktiv an der Solidaritätsarbeit. – Die Erklärung der Parteiführung führte letztlich zu solchen ernsthaften (internen) Problemen, daß der Parteirat (partijraad) die Erklärung am 29.9. scharf zurückwies und der Text dieser Zurückweisung sogar in der mit fast zweiwöchiger Verspätung (!) erscheinenden „Bevrijding“ (13.10.) veröffentlicht wurde. Der Parteirat kritisierte u.a., daß „die PSP sich durch ihre Orientierung auf den FNV nicht in die Zwangsposition begeben darf, aus der heraus Kritik am FNV und Unterstützung „wilder“ Streiks unmöglich werden“. Der Parteiführung wurde aufgetragen, die (zu diesem Zeitpunkt allerdings mit Ausnahme des Schlepperstreiks bereits beendeten) Aktionen im Hafen zu unterstützen. So erhielten die (Ex-) Streiker noch unerwartete 10.000 Gulden von der PSP.

Die (jedenfalls für Kenner der „ML“-scene) erstaunlichste Erscheinung in diesem Streik ist, daß eine „ML“-Gruppe, eine stramm-rechte und absolut „chinatreue“ dazu, eine recht positive Rolle einnahm: Die Rede ist von der **Groep Marxistisch-Leninisten (GML)**, eine u.a. an der Frage der Betriebsarbeit von der vaterländischen KENml abgespaltene Gruppierung. Ihre Zentralorgel heißt „Rode Morgen“ – honni soit qui mal y pense!

Seit etwa einem Jahr arbeitet eine Gruppe von GMLern im Rotterdamer Hafen. Anfangs gehörten sie zu den aktivsten Kräften im Streik. Später verlagerte sich ihre Aktivität mehr auf die Werbung für den eigenen Parteiladen. Eher die Ausnahme als die Regel scheint dies anfänglich positive Engagement zu sein, konnte doch einer der an der Streikführung beteiligten GMLer nicht der Versuchung widerstehen, einem bürgerlichen politischen Magazin gegenüber nicht nur – in bekannter Sektierer-Manier – zu behaupten, daß es sich bei der autonomen Initiative der Kollegen um eine Gruppe gehandelt habe, „die nicht offiziell als der Rode Morgen-Club bekannt ist, aber aus dieser Organisation gebildet wurde“, Paul Rosenmöller (so heißt die Kanaille) mußte neben einer Reihe von Streik-Internas auch noch rauslassen, in welchen Betrieben überall die GML schon über Zellen verfüge („Haagse Post“, 29.9.).

Für die politisch informierteren Streiker ist eigentlich unklar, wie die GML ihre China-Linie (die vor allem in der von ihr vertretenen Drei-Welten-Theorie und der Unterstützung der Nato gesehen wird) mit ihrer Teilnahme am Streik, also dem Führen des Klassenkampfes in einem Land „der zweiten Welt“ vereinbaren kann.

Zudem konnten sich viele Hafenarbeiter noch gut erinnern, daß die Schiffe der VR China den Streik 1970 respektiert haben und nicht in den Hafen eingefahren sind; im jetzigen Streik jedoch waren es gerade die China-Schiffe, die im Hafen blieben und immer wieder versuchten, zu laden oder zu löschen. – Vor diesem Phänomen versagten auch die von der GML als „Dialektik“ ausgegebenen Erklärungsbehauptungen.

Die anderen linken Organisationen waren am Streik selbst nicht beteiligt, jedoch in der Solidaritätsarbeit aktiv.

Ungeachtet ihrer besonderen Schwierigkeiten beteiligten sich auch Organisationen ausländischer Arbeiter, u.a. die der Türken und der Ma-

rokkaner, an der aktiven Unterstützung des Streiks.

## Hua begrüßt Rotterdam

Bei einer Diskussion mit dem Kapitän eines Schiffes aus der VR China begab sich dies: Ein Mitglied der Streikleitung versuchte auf englisch dem englisch-verstehenden Kapitän klar zu machen, daß und warum er die Luken dicht lassen solle. Der Kapitän hatte auch noch nach einer Stunde „nichts verstanden“. Bei diesem Gespräch zugegen war auch Bertus van der Horst, im ganzen Hafen wegen seines Witzes beliebt. Bertus wurde es zuviel. Er warf sich in die Brust, hob die linke Faust zum Gruß, streckte die rechte dem Kapitän entgegen und hub mit vollem Pathos an: „Dank für Ihre Solidarität! Daß Sie der niederländischen Arbeiterklasse helfen wollen! Hoch lebe die unzertrennbare Einheit der niederländischen und der chinesischen Arbeiterklasse ...“. Weiter kam Bertus (leider) nicht mehr, denn der Kapitän aus dem fernen China besann sich plötzlich wieder seiner englischen Sprachkenntnisse und wehrte erschrocken ab: „Nein, nein, d a s habe ich nicht gesagt!“

## Nach dem Streik

„Wir arbeiten jetzt, na ja, wir sind anwesend seit zwei Wochen, gearbeitet wird da nicht.“

In einem Betrieb, wo sonst 120 t Zellulose pro S t u n d e Satz ist, wird diese Leistung während des ganzen T a g e s nicht erreicht.

In einem anderen Betrieb hatten sich die Kollegen dies Spiel ausgedacht: Auf je eine Palette kommt je ein Paket oder eine kleine Kiste, drum herum nehmen die Kollegen Aufstellung und skandieren „30 Gulden netto zu unserm Lohn“. Die Palette geht dann per Kran aufs Schiff, das sonst zwei Tage, jetzt aber zehn fürs Laden liegen muß.

Um 9.30 mußte ein Schiff gelöscht sein, um Ausfahren zu können. Es wurde so langsam gearbeitet, daß das Schiff um 11 immer noch am Kai lag. Dann gingen die Kollegen an die Luken (wo noch für rund zehn Minuten Arbeit lag), schüttelten den Kopf, waren überhaupt sehr bedenklich gestimmt und meinten schließlich – es war noch weit vor Arbeitschluß – zum Boß, das hätte keinen Sinn mehr, heute würden sie's eh nicht mehr packen, da würde der Rest halt am nächsten Morgen gelöscht.

Im ganzen Hafen ist „Ferienstimmung“. Während der Arbeitszeit sprach einer der Streikführer drei Stunden über den Streik und die Kollegen forderten: „He, Boss, bring mal Kaffee!“

Diese und andere Aktionen, wie das peinlichste Einhalten der Sicherheitsbestimmungen, sind teils spontan, teils organisiert. Der Streik wird, obwohl die Forderungen größtenteils nicht erfüllt sind, nicht als verloren angesehen:

„Wir haben vielleicht die erste Schlacht verloren, aber den Krieg bestimmt noch nicht“

heißt es in den Streik-Nachrichten (Nr. 22, 1.10.), die auch noch einige Tage nach Streik-Ende erschienen.

In der Diskussion ist jetzt, wie die gezeigte Kraft erhalten und verstärkt werden kann. Die GML orientiert derzeit auf die Opposition in den Gewerkschaften, was jedoch den Aufbau eigener, von der Gewerkschaft autonomer Kerne in den Betrieben vernachlässigt: „Die Kraft ist, daß die Hafenarbeiter sagen: Tut die Gewerkschaft es nicht, tun wir es wieder“. Daher wird das Aktionskomitee erhalten bleiben und zum permanenten Komitee umgebildet werden. Ebenfalls ist in der Diskussion eine Hafen-gewerkschaft (im FNV), die jedoch eigenständig existiert und nicht wie jetzt in der Transportgewerkschaft mit Eisenbahnern, Lastwagenfahrern etc. pp. zusammengeschnitten wird.

In einer vorsichtigen Einschätzung dessen, was der Streik längerfristig bewirkt hat, läßt sich sagen:

– Der Regierung wurde deutlich, daß sie bei künftigen Versuchen, ihr rigoroses „Spar“programm zu Lasten der Werktätigen durchzusetzen, nicht mehr nur mit Demonstrationen und Protestnoten zu rechnen haben wird. Bei der Verabschiedung des Haushaltsplans für 79/80, die während des Streiks stattfand, wurden bereits hier und da, nirgendwo große, aber immerhin nützliche Abstriche vom „Spar“programm gemacht.

# DAS SOLIDARITÄTSKOMITEE

Vier Tage nach Streikbeginn, am 30.8.79 wurde das „Solidaritätskomitee des Gemeinsamen Aktionskomitees“ gegründet. Neben einer Reihe von Einzelpersonen wurde das Komitee von einigen Organisierten aus IKB, KENml und KAO (eine kleine „ML“-Gruppe) sowie einigen in Opposition zum offiziellen Parteikurs stehenden CPN-Mitgliedern getragen. Die im Streik selbst aktive GML beteiligte sich an der Solidaritäts-Arbeit nicht.

Infolge diverser mehr oder weniger dezidiert ausgesprochener Abgrenzungen voneinander wie auch dem Sektenswesen eigener Borniertheit gab es schließlich mehrere nebeneinander herlaufende Spendenkampagnen: Großangelegt die des Solidaritätskomitees einerseits, der CPN, die auf eigenen Sammel Listen bestand, andererseits; daneben die Sammeltätigkeit der Socialistische Partij; weiter diverse Solidaritätskomitees im ganzen Lande von unterschiedlicher Zusammensetzung.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten des Solidaritätskomitees bestand in der Propagierung des Streiks mit eigenen Streik-Nachrichten, später auch einer Solidaritätszeitung und vielen Veranstaltungen; dem Spenden sammeln, der Versorgung der Streikposten und der Einbeziehung der Frauen der Streikenden.

Es fehlte aber, wie ein Mitglied des Solidaritätskomitees sagte, „eine schnelle und effektive Organisation zum Sammeln und der Verbreitung der Propaganda“. Insbesondere hetzen Tagespresse und Fernsehen gegen den Streik, verdrehen und fälschten, so daß die mangelnde Spendenbereitschaft vieler Leute, die auf diesen Falschinformationen beruhte, vom Solidaritätskomitee nicht aufbrochen werden konnte.

In rund fünf Wochen wurden ca. 200.000 Gulden gesammelt; jeweils etwa die Hälfte von Solidaritätskomitee und CPN, die SP verteilte

ihre Spenden über beide Listen.

Im Vergleich zu früheren Spendenaktionen für Streiks war dies Ergebnis eher ärmlich: Wurden jetzt für 8.000 Hafenarbeiter und 500 Schlepper in fünf Wochen 200.000 Gulden gesammelt, waren es 1974 während zweier Wochen, die 300 Metallarbeiter in Utrecht im „wild“ Streik standen, 50.000 Gulden.

Nur das Solidaritätskomitee ließ die Spenden abzugslos den Streikenden zukommen, die Kosten für die Verpflegung der Streikenden und die Propaganda wurden von den Mitgliedern des Komitees und den teilnehmenden Organisationen durch Extrabeiträge aufgebracht; die CPN finanzierte hingegen von den Spenden auch die Streik-Propaganda.

## „Eine Front von Duinkerken bis Hamburg“

... zu bilden wurde mehrfach, auch in direkt an die Antwerpener Hafenarbeiter gerichteten Flugblättern gefordert – kam aber auch nicht ansatzweise zustande.

In der ersten Streikwoche kamen mehrere Delegationen aus dem Antwerpener Hafen – von der „ML“-Organisation AMADA, dem Onafhankelijk Haven Komitee und der Internationalen Kommunistischen Strömung – um die Rotterdamer ihrer Solidarität zu versichern und Geldspenden zu überreichen. Die AMADA berichtete vom Boykott von Schiffen, die aus dem Rotterdamer Hafen umgeleitet worden waren und von go-slow-Aktionen. Von der zweiten Woche an war von einer Unterstützung aus dem Antwerpener Hafen nichts mehr zu hören.

Die ausbleibende Solidarität zwischen Antwerpen und Rotterdam hat allerdings schon Geschichte: Als 1970 in Rotterdam gestreikt wurde, wur-

den in Antwerpen die Schiffe entladen; als dann 1973 die Antwerpener im Streik standen, wurde in Rotterdam weitergearbeitet. Diese Erfahrungen im Kopf war es für die Rotterdamer schon eine positive Überraschung, daß ihre Kollegen im Antwerpener Hafen mehrmals Solidaritätsstreiks durchführten.

Weiter war eine Gruppe Shop Stewards (von der SWP) nach Rotterdam gekommen, die zusicherten, daß etwaige aus Rotterdam umgeleitete Schiffe, in England erstmal an die Kette gelegt würden. Ein Kollege von der Hamburger „Alternative“ übergab eine Spende, von der „Alternative“ wurde im Hamburger Hafen per Flugblatt über den Streik informiert.

Daß insgesamt gesehen nennenswerte Solidaritäts-Aktionen im internationalen Maßstab nicht stattfanden, ist, so jedenfalls ein Mitglied des Solidaritätskomitees, bei den Hafenarbeitern nicht einmal auf besonderes Erstaunen gestoßen: „Man hatte es nicht erwartet“!!!

Die Absicht des Solidaritätskomitees, seinerseits Verbindungen mit dem Ausland herzustellen, wurde nicht realisiert – teils aus Kräftemangel, teils aber auch aus der Unterschätzung der Bedeutung einer solchen Arbeit heraus.

„Aber“, so abschließend unser Gesprächspartner vom Solidaritätskomitee, „wenn die Arbeit unseres Komitees quantitativ auch nicht soviel gebracht hat, so ist die qualitative Seite doch nicht zu unterschätzen: Die Reaktionen waren sehr gut und ich glaube, daß in den ganzen Niederlanden bei den Linken die Auffassung entstanden ist, daß eine neue Zeit angebrochen ist, wo man sich wieder auf die eigenen Kräfte stützt. Und daß die Mattheit der siebziger Jahre etwas durchbrochen wurde.“

Niederlande-Kommission



Streikversammlung im Freyenoord-Stadion

– Die seit sechs Jahren betriebene Politik der „Lohnmäßigung“, die sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Mär zufolge die Unternehmer veranlassen würde, Arbeitsplätze zu schaffen, ist schwer angeschlagen. Malten zu Beginn des Streiks noch Unternehmertum und Gewerkschaftsführer gemeinsam an der gefürchteten „Lohnwelle“, dachte FNV-Führer Wim Kok schon eine Woche nach Streikbeginn laut darüber nach, ob die Mäßigungspolitik wohl noch so ohne weiteres „zu verkaufen“ sei. Einige Gewerkschaften haben sich bereits öffentlich gegen weitere „Lohnmäßigung“ ausgesprochen. Ein Durchbrechen dieser Linie auf breiter Front ist um so bedeutender, als es sich hier nicht nur um eine ökonomische Maßnahme der Unternehmer und ihrer Regierung handelt, sondern auch um eine ideologische Fessel, die die Arbeiterklasse den jeweiligen Bewegungen des Kapitals ausliefert.

– Zwischen dem „wild“ Streik im Rotterdamer Hafen 1970 und

dem jetzigen Streik ist ein wichtiger Unterschied festzustellen: 1970 war eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungsbestrebungen – die Provos hatten das ganze alte politische Gefüge ins Wanken gebracht, neue Parteien waren entstanden, Studenten und Vietnambewegung waren auf dem Höhepunkt, die neue Frauenbewegung begann – und der Streik wurde von einer linken Organisation (dem Komitee „Arbeidersmacht“ der damaligen KEN, die sich später in die heutigen KENml und SP spaltete) geführt. Von alledem konnte beim Streik 1979 nicht die Rede sein: Die Arbeitslosigkeit der letzten Jahre hat sich „stabil“ auf 4,5 % eingependelt, die Krise wird täglich beschworen, mit dem Gespenst der Energie-Krise gedroht, von gesellschaftlichen Erneuerungsbestrebungen größeren Umfangs kann die Rede nicht sein und die niederländische Linke hat mit der „Krise“ nicht weniger zu kämpfen als die Linke West-

europas insgesamt. Der Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter 1979 zeichnet sich so insgesamt durch ein hohes Maß von Selbständigkeit – selbständig gegenüber konkret der Gewerkschaftsführung und der Sozialdemokratie wie allgemeiner den wirtschaftlichen Entwicklungen – aus.

(Die Zitate stammen, sofern nicht gesondert angegeben, aus den Gesprächen mit Mitgliedern des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ und des „Solidaritätskomitees“; weiter verwendet wurden Flugblätter und „Streiknachrichten“ vom 28.8. – 1.10. sowie die Ausgaben der „Solidaritätskrant“ vom 15.9. und 12.10. – diese komplette Sammlung aller Streikmaterialien wurde uns von ihrem Drucker, der Uitgeverij Ordeman zur Verfügung gestellt; ebenfalls wurden diverse Ausgaben der Tageszeitung „de Volkskrant“ von August und September herangezogen)

Niederlande-Kommission in Zusammenarbeit mit einem Genossen der Hafen-Zelle



# England

## Parteitage der bürgerlichen Parteien Großbritanniens

In den letzten Wochen fanden in England die Parteitage der drei großen bürgerlichen Parteien statt. Den Anfang machten die Liberalen, die in GB eine ähnliche Rolle wie die Liberalen in der BRD spielen, nur daß sie durch das undemokratischere Wahlrecht (Mehrheitswahlsystem) noch benachteiligter sind. Sie befassen sich in der Hauptsache damit, ihr Bild für bestimmte Wählerschichten aufzupolieren.

Dabei ist festzustellen, daß die Liberalen darangehen, sich in Richtung Bürgerinitiativen zu öffnen, zumindest Fragen wie Stadtsanierung und Umweltschutz aufzugreifen, wo in den nächsten Jahren sicherlich mit verstärkten Protesten zu rechnen ist. Andererseits aber wurden z.B. zur Familienpolitik oder Nordirlandfrage deutlich rechte Positionen formuliert.

Im Anschluß an die Liberalen fand der Parteitag der Labour Party – seit ihrer Abwahl im Frühjahr in der Opposition – statt. Bestimmend war eine Diskussion um innerparteiliche Demokratie, in der die Parteibasis ein paar Pluspunkte machen konnte. Eine auch nur taktisch (durch die Oppositionsrolle) begründete „Korrektur“ der rechten Linie der Labour Party fand nicht statt.

In Siegerpose feierten die Konservativen ihren Parteitag, auf dem sie mit eklatanter Selbstbeweihräucherung ihrer rechtsradikalen Politik noch einmal klarmachten, daß sie fest entschlossen sind, ihr Programm durchzudrücken.

### Parteitag der Liberalen

Am Beginn stand die Diskussion über Probleme der Stadtsanierung mit dem Resümee, daß die Liberalen gerade dort Stimmenzuwachs ernten könnten. „Wenn wir eine Zukunft in der Partei haben wollen, müssen wir zur Stimme der Innenstädte werden“. Es wurde dazu der Beschluß gefaßt, ein ständiges Komitee zur Entwicklung von Plänen zur Verbesserung der Situation in den Innenstädten zu gründen.

**Familienpolitik:** Größere finanzielle Anreize müßten geschaffen werden für jeweils ein Elternteil einer Familie, das sich in Zukunft ganzzeitig um die Kinder kümmern soll, anstatt – nach Meinung der Liberalen – nicht aus finanziell notwendigen, sondern aus Luxusgründen – anderen die Arbeitsplätze wegzunehmen.

Die Versammlung faßte dazu den Beschluß, daß einige der heutigen Gesellschaftsprobleme darin begründet liegen würden, daß die Familien auseinandergerissen würden und daher Mittel bereitgestellt werden müßten, die es einem Elternteil ermöglichen, sich fürs zu Hausebleiben zu entscheiden. Für jede Person, ob weiblich oder männlich, die sich entscheide zu Hause zu bleiben, könne schließlich ein Arbeitsplatz freigemacht werden.

**Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf liberale Art....**

**Stärkere Kontrolle der Multis:** Die Versammlung verlangte einen Kodex, um die Führung der Multis auf stärkere Kontrolle durch den Staat zu verpflichten.

**Kritik an der Sparpolitik der Tories:** Die Sparmaßnahmen würden insbesondere die arbeitende Bevölkerung treffen, meinte ein Kandidat der Partei, jedoch müßten die Liberalen die Notwendigkeit von solchen Maßnahmen einsehen, man solle die Prioritäten klarmachen. Die Liberalen würden jedoch gegen Kürzungen in den Bereichen Bildung, Wohnen, Haus-Hilfen, Kinderheimen sowie Essensversorgung von Alten und Gebrechlichen kämpfen.

Ein Mitglied des britischen Unterhauses meinte, es sei skandalös, wie staatliche Mittel von 50 Mill. Pfund (ca. 200 Mill. DM) an Privatschulen vergeben würden, die das Geld gar nicht bräuchten, während den staatlichen Schulen strikt jede Unterstützung versagt bliebe.

**Nordirland:** Mehrere Anträge wurden vorgetragen, keiner verlangte jedoch den bedingungslosen Abzug der britischen Truppen; der weitestgehende wollte statt britischer Präsenz die Stationierung einer UN-„Friedenstruppe“. Eine andere Stellungnahme lautete, wenn man die Truppen ohne vorherige „politische Lösung“ abziehen würde, hätte das katastrophale Konsequenzen, dies würde genau das sein, was die IRA-Provisionals wollen, das wäre „tödlich“.

Abgestimmt wurde letztlich ein Vorschlag, der einen Ausschuß der Partei aus 15 Personen vorsieht, der Vorschläge für eine „politische Lösung“ des Konflikts machen soll.

Am letzten Tag ergriff der Führer der Liberalen, David Steel, selbst das Wort. In seiner Rede rief er dazu auf, eine „radikale Koalition von Gemäßigten“ aufzubauen, die auf der einen Seite die von Labours „Weg zum Sozialismus“ verschreckten und auf der anderen Seite die durch den harten Kurs der Tories unzufriedenen Wähler einschließen soll.

Die letzten Nachwahlen hätten gezeigt, daß die Liberalen vor einem großen Neuaufblühen der Partei stehen (in der Nachwahl von Manchester-City konnten die Liberalen bei enormen Stimmenverlusten der Konservativen ihren Stimmenanteil enorm ausbauen – Anm. AK). Auf drei Gebieten könne das Programm der Liberalen einen Durchbruch erreichen:

1. Kooperation mit der privaten Industrie, damit die Gewinne der Unternehmer gerechter verteilt werden. Unter diesem Punkt schnitt er eine seiner Meinung nach wünschenswerte Neuordnung der Gewerkschaften und ihrer Rechte an, sprach sich gegen das secondary picketing und den closed shop aus.
2. Sparmaßnahmen auf dem Energie-sektor. Steel forderte Schluß mit der Idee des ökonomischen Wachstums als All-Heilmittel.

Mehr Mittel für Sonnen-, Wind-, Wellenenergie müßten bereit gestellt werden, die gefährliche und teure Atomindustrie müßte zum Stoppen gebracht werden.

3. „Mehr Menschlichkeit“ solle von GB ausgehen. Als Beispiel dafür sollte eine politische Lösung des Nordirland-Problems angestrebt werden. Als Abschluß seiner Rede stellte er die Liberalen als den Partner heraus, der in der Vergangenheit extreme Positionen hätte mäßigen können. Heute sei jedoch mehr zu tun, die Liberalen müßten die Basis für eine politische und ökonomische Alternative werden.

### Labour Party vor der Linkswende?

### Labour Party vor der Linkswende?

Wie immer, wenn eine Labour Regierung bei Wahlen in Großbritannien mal wieder abgewählt wurde, wird das Image der Partei wieder „auf Vordermann“ gebracht.

Der diesjährige Labourparteitag hatte diese Funktion. Dabei ist es zu einigen „fortschrittlichen“ Beschlüssen gekommen, die nicht nur die bürgerliche, sondern auch die linke englische Presse von einem „Sieg der Linken“ (Socialist Worker, 6.10.79) sprechen lassen. Was dabei herausgekommen ist, ist jedoch höchst mager.

### Organisatorische Veränderungen

Die Kernfrage der gesamten Konferenz war die „Demokratisierung“ der Partei. Im wesentlichen ging es um drei Forderungen der Parteibasis: der Parteiführer (jetzt Callaghan) sollte von der gesamten Partei gewählt werden, statt wie bisher von den Labourparlamentariern. Die Parteiführung konnte sich hier behaupten, dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Angenommen wurde stattdessen, daß die Abgeordneten sich vor jeder Wahl als Kandidat von der Parteibasis im Wahlkreis neu bestätigen lassen müssen. Bedeutsamer ist allerdings der Beschluß, daß das Wahlprogramm die Zustimmung des NEC (National Executive Committee, dem obersten Parteigremium) braucht, statt wie bisher allein vom Parteiführer abgesegnet werden muß. Vor allem hiergegen ist Callaghan natürlich Sturm gelaufen. Noch bei den Wahlen im Mai dieses Jahres konnte er durch ein Vetorecht erzwingen, daß das Wahlprogramm von sämtlichen Ansätzen fortschrittlicher Politik freigehalten wurde. Es geht hierbei konkret um die Unabhängigkeit der „Parlamentarischen Labour Party“ (PLP), die bisher frei von Parteibeschlüssen operieren konnte. Diese „Freiheit“ ist nun durch das NEC eingeschränkt. All diese Abstimmungen zeigten jedoch, auf welche Kräfte sich Callaghan & Co. verlassen können: für ihn und seine arbeiterfeindliche Politik stimmten genau die Gewerkschaftsbosse, die sich auch schon während seiner Regierungszeit bedingungslos gegen die Interessen der Arbeiter durchgesetzt haben,



Sinn für's Theatralische – Labour-Führung auf dem Parteitag 1967

indem sie die Lohnraubpolitik der Labourregierung mitgetragen haben. Wenn einige dieser Kräfte im letzten Punkt dennoch gegen Callaghan & Co. gestimmt haben, dann auf den Druck ihrer Basis, die sich gegen diese Politik zu regen beginnt.

### Von Linkswende keine Spur

Der Führer der angeblichen Linken, Tony Benn, ist lebendes Beispiel, was von dieser Linkswende zu halten ist. Als Mitglied der letzten Labourregierung war er es, der die Streikenden in der WAA Windscale mit dem Armeeeinsatz bedroht hat, er hat den Ausgabenkürzungen zugestimmt und geholfen, die Streikrechte der Arbeiter in Ansätzen zu beschneiden. Jetzt tritt er plötzlich als Linker auf. Mit diesem Image soll er Callaghan im nächsten Jahr ablösen (Guardian, 4.5.6.10.1979). Alles zielt auf Wählerstimmen bei der nächsten Wahl.

### Parteitag für den Sozialismus?

Inhaltlich spielte sich auf diesem Parteitag nicht viel ab. Resolutionen wurden verabschiedet: Die Labourpartei ist für eine Luftbrücke nach Kambodscha, Appell an die UN für wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika, gegen die weitere Beschneidung der Rechte der Frauen (die Tories wollen gerade den Mutterschaftsurlaub einschränken), für eine gesetzliche Festlegung bürgerlicher Rechte und Freiheiten (in GB gibt es keine schriftlich fixierte Verfassung) und für eine Verbesserung des Tier-schutzes!!!

Eine Resolution für den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland wurde massiv abgeschmettert: hier wollte man eine politische (?) Lösung, und keine militärische (?). Das Militär solle also in Nordirland bleiben. So die Logik des fortschrittlichen Benn (Guardian, 6.10.79).

Das NEC der Partei wurde aufgefordert, ein „mutiges Programm für eine sozialistische Umwälzung“ zu entwickeln („Guardian“, 5.10.). Diese soll vorangetrieben werden, so der vortragende Vorsitzende der Gewerkschaft der Angestellten im Öffentlichen Dienst (NUPE) Alan Fisher, durch Kontrolle des Staates über die Medikamenten-Industrie und Verstaatlichung der Hauptmonopole und Geldinstitute.

In einer anderen Resolution wurde das britische Kapital und die Tory-Regierung gewarnt, die schon verstaatlichten Industrien zu reprivatisieren: Solche Industrien will die nächste Labourregierung entschädigungslos wieder verstaatlichen. Abgelehnt wurde ein Antrag, der ein ausdrücklich sozialistisches Programm für Labour forderte.

Daß sie wenig Zugeständnisse an die britische Arbeiterklasse machen muß, um wieder gewählt zu werden, weiß die Labourpartei-Führung: die Politik der Tories ist so brutal, daß „Labour wohl wieder an die Macht gewählt wird, wobei die Politik und die Personen in der Parteiführung, die diese durchsetzen, fast gleichgültig ist“, so die Einschätzung des „Guardian“ vom 6.10.79. Auf diesem Parteitag hat es jedenfalls keinen Beschluß gegeben, der die Rechtschaffenheit der letzten Labourregierungs-jahre infrage stellen könnte oder wollte. Stattdessen Worte, Worte.....

### PARTEITAG DER KONSERVATIVEN

#### Schulpolitik

Mehr und mehr Geld in die Schulpolitik reinzustecken, sei nicht un-

bedingt der Weg, den Erziehungsstandard anzuheben, führte Erziehungsminister Carlisle demagogisch aus. Von den 8 Mrd. Pfund für das Schulwesen müßten 5 % eingespart werden. Angefangen werden soll mit der Kürzung der Schullehen, die etwa 5% des Budgets ausmachen, gleichfalls betroffen wird das neue Erziehungsgesetz das Schulbussystem.

### Öffentlicher Dienst

Einige „reinigende“ Veränderungen im öffentlichen Dienst müßten nach Meinung der Regierung durchgeführt werden, wenn die „Reformen“ der Tories nicht durch den Widerstand der Arbeiter im öffentlichen Dienst gestört werden sollen. Eine neue Art von Verwaltung soll geschaffen werden, durchrationalisiert und beschränkt auf die wesentlichen Aufgaben, die zum Regieren erforderlich sind. Angeschnitten wurde in diesem Zusammenhang die Diskussion um das Streikrecht in diesem Bereich, demagogisch mußte der Militärbereich erhalten um nachzuweisen, wie schädlich ein Streikrecht sei – nach dem Motto: Hilfe! wir können uns nicht mehr verteidigen.

### Jugendarbeitslosigkeit

### Ein anderes Thema war die Arbeits-Jugendarbeitslosigkeit

Ein anderes Thema war die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. 200 000 Jugendliche würden Jahr für Jahr die Schulen verlassen, 114.000 Schulabgänger seien heute bereits ohne Job. Jungen und Mädchen sollen in der Schule flexibel und anpassungsfähig ausgebildet werden. In Zukunft soll die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und diversen Behörden zur besseren Anpassung der Schulabgänger an die Anforderungen der Arbeitswelt vertieft werden. Auf dem Hintergrund von Kürzungen öffentlicher Gelder im Erziehungsbereich und der Anforderungen an die Industrie, durchzurationalisieren, sind solche Sprüche ein Hohn!

### Einwanderungsgesetz

Während der ursprüngliche Antrag außer der der Begrenzung der Einwanderzahlen auch noch die Sicherstellung des Vorrangs britischer Bürger vor allem in den Bereichen von Gesundheit und Wohnen sowie die Nichtvermischung britischer Kultur durch äußere Einflüsse forderte, enthält der verabschiedete Antrag „nur“ eine Begrenzung der Einwanderungszahlen mit dem Beisatz, daß keine Familienmitglieder aus der Einwanderungserlaubnis eines anderen Familienmitglieds ableiten könnten, nun auch einwandern zu dürfen (siehe unsere Berichterstattung zu den Wahlaussagen der Tories im AK 154).

### Energiepolitik

Natürlich wurden auch Punkte wie das Abfeiern der Atomkraft nicht vernachlässigt. Energieminister David Howell versuchte sich als oberster Sicherheitsdemagoge: „In Amerika haben sie Jane Fonda, hier haben wir Tony Benn, dabei wird vergessen, daß die Atomindustrie in England die sicherste Industrie von allen ist. Die Menschen in diesem Land werden einer Strahlung weniger als einer Röntgenaufnahme pro Jahr ausgesetzt.“ Ein anderer Sprecher meinte, die Anti-Atomkraft-Lobby, insbesondere die „Friends of the Earth“ (Freunde der Erde) seien uninformiert und gehässig, ihre Propaganda käme der von Goebbels

gleich (!). Ansonsten sei die Atomkraft und die Entwicklung des schnellen Brütters so schnell wie möglich voranzutreiben.

### Und dann kam sie....

Am letzten Tag dann großer Auftritt der „eisernen Lady“, minutenlange Ovationen für „Maggie“ Thatcher. Als erstes ein Appell an die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, England nicht weiter in den Abgrund zu ziehen. Jeder, der in den nächsten Monaten an Streik denke, gegen Sparpolitik, Gewerkschafts-„reform“ usw., müsse bedenken, daß es nicht um ihn oder seine Kinder, sondern um das ganze Land gehe. Die hohe Inflation (gerade angestiegen auf über 17% – Anm. GB-Kommission), hohe Arbeitslosigkeit (z.Zt. über 2 Mio.), hohe Steuern sowie die niedrigste Produktivität der westlichen Welt, hätten bei vielen Menschen die Relationen von Arbeit und Wohlstand verschoben, das müsse geändert werden. Vier ökonomische Punkte seien für die Konservativen von zentraler Bedeutung: Inflation, öffentliche Ausgaben, Einkommenssteuer und industrielle Beziehungen, sie seien eng miteinander verknüpft. Man könne keine Steuern senken, ohne Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor, das gleiche gelte für die Inflation. Jeden Winter aufs Neue würden die Gewerkschaften zum Kampf antreten gegen die Betriebe, die den

Inflation. Jeden Winter aufs Neue würden die Gewerkschaften zum Kampf antreten gegen die Betriebe, die den Arbeitern das Leben bezahlen würden (!). Diese Regierung sei bereit zu Gesprächen mit beiden Seiten, man werde aber kein Geld drucken, um „übertriebene“ Lohnforderungen zu finanzieren. Der letzte Winter (Massenstreiks gegen die Labour Lohnleitlinienpolitik, siehe auch unsere Berichterstattung im ARBEITERKAMPF) hätte gezeigt, daß die Gewerkschaftsgesetze „nicht mehr zeitgemäß“ seien. Die Konflikte würden heute nicht mehr um Unternehmern kontra Gewerkschaften gehen, sondern Gewerkschaften kontra die gesamte Nation. Noch vor Jahresende würde – durch neue Gesetze gegen das secondary picketing (Streikposten vor Betrieben, die nicht unmittelbar vom Streik betroffen sind) und den closed shop (volle Gewerkschaftszugehörigkeit aller Arbeiter) sowie durch geheime Wahlen bei Gewerkschaftsabstimmungen – damit Schluß gemacht.

Der zweite Punkt ihrer Rede befaßte sich mit der Zimbabwe-Frage; die Regierung könne stolz sein auf die Fortschritte seit der Konferenz von Lusaka. Die Vereinbarungen, die jetzt getroffen worden wären, würden in kurzer Zeit zur Aufhebung der Sanktionen führen, außerdem würde es künftig keine Gründe mehr geben, den Konflikt fortzuführen.

Ein Angriff auf die Freiheitskämpfer in Nordirland fehlte in ihrem Abschlußbeitrag ebensowenig wie ein kurzer Schlag gegen die ewig aufrüstenden „Russen“, bei denen alle sechs Wochen ein atomgetriebenes U-Boot vom Stapel laufen würde.

Beendet wurde ihre Tirade mit der Aufforderung, die harten Zeiten nun durchzustehen und sich doch auf die Familie zu besinnen, die in solchen Zeiten einem harten Test unterzogen würde. (alle Parteitageberichte aus: „The Guardian“)

Großbritannien-Kommission



# Skandinavien

## Fälldins Comeback

Trotz der im Wahlkampf herausgestellten Haltung zur Umweltproblematik und zur Kernkraft ist es in der schon bei der großen Koalition unter Kiesinger gut praktizierten „Ausklammerungstaktik“ gelungen, die drei bürgerlichen Parteien zum Regierungsbündnis zusammenzuschließen. Fälldin, Vorsitzender von Center (der gerade ein Viertel der Wählerstimmen verloren hatte) übernahm erneut das Amt des Ministerpräsidenten (Staatsminister).

Arbetarkamp, die Zeitung von Förbundet Kommunist, schreibt hierzu, daß die Zusammenarbeit mit den reaktionären Moderaten ihnen offenbar wichtiger war, als das Nein zur Kernkraft. Widersprüche zwischen der liberalen Folkpartei und Center konnten die Moderaten gut ausnutzen: „Was die Zusammensetzung der Regierung betrifft, so haben die Moderaten jetzt einen starken Einfluß über ihre traditionellen Gebiete Verteidigung, Ökonomie und den Justizministerposten. Nur die Auslandspolitik und die Sozialpolitik kann man nicht so kontrollieren, wie man möchte.“ (42/79). Olof Johansson, der frühere Energieminister von Center, über dessen Kernkraftspolitik die vorige 3-Parteien-Regierung gestolpert war, bekommt seinen Posten zurück, ein Zeichen dafür, „daß Center in der Regierung nicht sehr an der Fortsetzung der Volkskampagne interessiert ist.“ (AK 42/79) Förbundet Kommunist erwartet, daß die Politik bis zur Volksabstimmung gegen oder für Kernkraft im März 1980 noch recht gemäßigt sein wird, daß allerdings danach ungeschminkter vorgegangen, als jetzt zu zeigen gewagt wird.

KAF (4/Internationale) meint dazu nur kurz: „Thorbjörn Fälldin wird wieder Staatsminister. Die Regierungskrise geht weiter.“ (Internationale 41/79)



Ola Ullsten und Gösta Bohmann freuen sich: Phantastisch, er macht es wieder („Internationale“ 41/79)

Die bürgerlichen Zeitungen registrieren ein Verneigen der Mitte-Parteien Center und Folkpart vor den Moderaten (Aftonbladet, 9.10., Svenska Dagbladet 10.10., Dagens Nyheter 10.10.). Die Zeitung Dala Demokraten schreibt: „Das halbrecherische an diesem Staatsministerkandidaten ist, daß er in der wichtigsten Frage, nämlich der Kernkraft eine Auffassung hat, die der Regierungsmehrheit entgegensteht. Was Regierungsverhandlungen in Kern-

kraftsfragen anbetrifft, kann Center sein starkes Engagement in der Nein-Alternative (zur Volksabstimmung 1980, Anm. AK) fast abblasen. In der politischen Wirklichkeit außerhalb des Parlaments soll Center die zwei anderen Regierungsparteien bekämpfen. Das ist absurd. Die schwedische Politik gerät in Verruf.“ (9.10.)

Skandinavienkommission

# Laßt den Fluß leben!

Norwegen. Es geht um den Ausbau eines riesigen Wasserkraftwerkes bei Alta/Kautokeino, das für die betroffenen Bewohner der Gegend kaum Nutzen, doch unheimliche Folgen haben würde (wir berichteten hierüber). Nochmal in Stichworten: Durch die Dämmung würden der schöne Altafluß und Altafjord ihren Lachsbestand verlieren (Fischern den Hauptnebenverdienst nehmen). Ökologische und biologische Verhältnisse (Tier- und Pflanzenleben) wären nicht wiedergutzumachenden Schäden ausgesetzt; einigen dutzend Familien und 25 Rentiersamenfamilien würde völlig die Existenzgrundlage genommen.

Die gefährlichsten Folgen sind die späteren Möglichkeiten, das Monstrum noch zu vergrößern (z.B. die Stadt Masi ganz zu überfluten), welche nämlich in der vom norwegischen Parlament an die Staatskraftwerke NVE gegebenen Konzession enthalten sind.

Seit Mitte Juni hat die Volksaktion gegen den Ausbau des Kraftwerkes in Detsika bis Anfang Sept. ein Sommerzeltlager organisiert.

Ca. 12 km entfernt in Stilla ist eine sog. „Nullinie“ entstanden, dort, wo die Wagarbeiten zum Bauplatz beginnen sollen. Anfang Sept. ist das Lager von Detsika nach Stilla, also an die Nullinie verlegt worden. Hier stoppen alle Baumaschinen. „Ziviler Ungehorsam“ ist das große Stichwort in Norwegen ge-

worden. Die Volksaktion hat überall breitesten Unterstützung, doch auch einige Gegner. Schon im Sommer hatte sich eine regionale Bürgerwehrtruppe von Anhängern des Kraftwerkes gebildet und provokative Aktionen gemacht. Die örtliche Polizei sah keine Möglichkeit einzugreifen. Aber Gerüchte von Polizeiangriffen auf die Nullinie waren ständig im Umlauf.

Am 14.9. kam eine Maschine mit 30 Polizisten aus der Hauptstadt an. Kurzhaarig, Gebiß in bestem Zustand, zivil. Sie sollten an einem juristischen Volkshochschulkurs in Alta teilnehmen...

Am 17.9. ging's los: Eine aus der gesamten West-Finnmark zusammengezogene Polizeitruppe trug einzeln – aber vorsichtig – einen um die andere Demonstranten/in weg. Die 30 Zivilen noch im Hintergrund. 80 Menschen wurden auf diese Weise fortgetragen und nach Alta gefrachtet, dort registriert, die ersten 7 – 8 bekamen eine Geldstrafe von ca. 3000 Nkr. Als der Einsatzleiter zurückkam, stand er einer lächelnden (neu aufgestockten) Menge gegenüber.

Doch auch wenn dieser Polizeieinsatz „sanft“ vor sich ging, hat er sofort eine Welle des Protestes ausgelöst. 3 Tage danach demonstrierten 3000 Leute in Oslo, die forderten: „La Elva leve“ (Laßt den Fluß leben) und „Omgiör Stortingsvedtak“ (Nehmt den Parlamentsbeschluss zurück). Gleichzeitig demonstrierten in Bergen 1000 Menschen und in mehreren Orten fanden kleinere Demonstrationen statt. Überall im Land fanden Geldsammlungen statt, in Schulen, Universitäten, Fabriken.

Der norwegische Naturschutzverband (Naturvernforbundet) hat darüber hinaus eine Klage gegen den Staat angestrengt und unerwartet ist diese Klage inzwischen von einem Verwaltungsrichter angenommen worden. Ein Erfolg sowohl für die Umweltschutzbewegung wie auch für die Volksaktion. Unter Hinweis auf dieses Urteil ist ihre Forderung nach sofortigem Baustopp noch gerechtfertigter.

Auf das einfachste ist jetzt ein samischer Rechtsanwalt gekommen, nämlich, daß die gesamte Aktion Kraftwerk ungesetzlich ist. Für die betroffenen Gebiete (z.B. führen Rentierzüge über den geplanten Weg und in unmittelbarer Nähe sind Kalb-

plätze von Rentierherden) existiert (noch!) kein Enteignungsgesetz. Und weil dieses Gesetz nicht existiert, hätten die Staatskraftwerke nur per Auftrag des Energieministeriums beginnen können. Dieses besitzt wiederum nicht die im Enteignungsgesetz geforderte Vorhandabtretung der betroffenen Rentierhalter. Für den Rentierhalter klagt jetzt Anwalt Leif Dunfjell gegen den Staat. Dunfjell hat rasch Unterstützung durch den beim höchsten Gericht zugelassenen Anwalt Sigmond bekommen, dessen Stimme kein Politiker überhören kann: „...Wenn die Samen (nach diesem Sachverhalt) jetzt die Bauarbeiten stoppen, kann das nicht als ziviler Ungehorsam bezeichnet werden, sondern als gesetzlicher Widerstand gegen ungesetzliche Eingriffe in Eigentum.“

Übrigens läuft z.Z. noch eine 3. Klage, und zwar angestrengt von schwedischen Samen, denen durch eine Absprache zwischen Norwegen und Schweden Weidegebiete „enteignet“ wurden.

Die 30 sauberen (Terror-) Polizisten müssen wohl ihren Volkshochschulkurs als vorläufig beendet betrachten. Der erste Polizeieinsatz fand am Tage der landesweiten Kommunalwahlen statt. Es wurde wohl gehofft, daß im Trubel der Wahl die Polizeiaktion untergehen würde.

Die Volksaktion hatte in Alta dazu aufgefordert, alle Kandidaten, die als Befürworter des Baus bekannt sind, auf der Wahlliste auszustreichen. Der Rat wurde prompt befolgt. Der Bürgermeister der Regierungspartei kann abtreten. Neuer wird auf jeden Fall einer sein, der Gegner des Kraftwerkes ist.

Kaare Holt, norwegischer Autor historischer Romane, der den Apell nach der großen Oslo-Demo hielt: „...die Samen jetzt unterstützen, ist das mindeste, was wir tun können, nachdem was wir alles an ihnen verloren haben.“

Die Volksaktion ist weiterhin auch auf ausländische Hilfe angewiesen. Folkeaksjon mot utbygging av Alta/Kautokeino-Vassdraget-c/o Wislöff N – 9510 Elvebakken

Ein Genosse aus Norwegen (leicht gekürzt)

# Türkei

## Regierung Ecevit zurückgetreten

Klare Verliererin der Teilwahlen in der Türkei am 14. Oktober ist die regierende sozialdemokratische „Republikanische Volkspartei“ (CHP) mit Ministerpräsident Ecevit an der Spitze. Von den fünf neu zu wählenden Parlamentssitzen gingen alle an die rechte „Gerechtigkeitspartei“ (AP) von Süleiman Demirel (Vorgänger Ecevits als Ministerpräsident); auch bei den 50 zur Neuwahl ausgeschrieben Senatssitzen errang die AP mit 33 Sitzen eine eindeutige Mehrheit. Gewählt wurde in 29 der 67 Provinzen der Türkei. Die Sitzverteilung im Parlament lautet jetzt: CHP 208 Sitze, AP 181 Sitze, Nationale Heilspartei (MSP) 22 Sitze, Nationalistische Aktionspartei (die faschistische MHP) 17 Sitze. Darüberhinaus gibt es noch 16 „unabhängige“ Abgeordnete und drei von kleineren Parteien.

Die prozentualen Stimmenanteile der Parteien haben sich gegenüber den Parlamentswahlen 1977 bei der CHP um 11 Prozent verringert (40:29%) und bei der AP im gleichen Maßstab nach oben verbessert (35:46%). Die Anteile der übrigen Parteien blieben bis auf geringe Schwankungen gleich. Bemerkenswerte Veränderungen gab es bei den kandidierenden (revisionistischen) Linken, die gegenüber 1977 den Stimmenanteil von unter einem Prozent auf 3,5 % erhöht haben.

Kandidiert haben hier drei revisionistische Parteien oder von den Revisionisten unterstützte „Unabhängige“.

### Ecevit zurückgetreten

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Ecevit hat aus der Wahl-niederlage seiner Partei den Schluß gezogen, „...daß die Mehrheit des türkischen Volkes ihr Vertrauen in die Regierung verloren hat“. Am 16. Oktober trat er zurück. Gleichzeitig verzichtete er auf das ihm zustehende Recht, innerhalb von 45 Tagen eine neue Regierung zu bilden. Demirel hat den Auftrag zur Regierungsbildung am 24.10. angenommen. An diesem Tag wurde gleichzeitig das seit zehn Monaten über 19 Provinzen der Türkei verhängte Kriegsrecht um weitere zwei Monate verlängert. Nach den jetzigen Stimmverhältnissen im Parlament verfügt weder die AP noch die CHP über die erforderliche Mehrheit, um allein eine Regierung stellen zu können.

### Die verlorene Hoffnung Ecevit

Seine Wahlniederlage hat Ecevit durch seine Politik selber systematisch vorprogrammiert. Die praktizierte Politik war genau das Gegenteil von dem, was sich die Massen nach dem Sturz der reaktionären Demirel-Koalition von Ecevit erhofft hatten. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechterten sich drastisch. Steuererhöhungen, Preiserhöhungen, eine Inflationsrate von fast 100 %, Anstieg der Arbeitslosigkeit. Das waren die Folgen der Politik, mit der Ecevit das von den Imperialisten verordnete Sanierungsprogramm – als Voraussetzung für weitere Kreditgewährung – erfüllte.

Weiter weigerte sich Ecevit, entschlossen gegen den Terror der faschistischen Kommandos unter Führung der MHP vorzugehen. Obwohl genug Beweismaterial vorliegt, wurde die Partei nicht verboten. So

konnte die MHP ungehindert den Terror weiter verschärfen. Allein unter Ecevits Regierungszeit und trotz Verhängung des Kriegsrechtes (das Ecevit ja zur Bekämpfung des Terrors „begründete“) hat sich die Zahl der Opfer der Killerkommandos verdreifacht. Schlimmer noch: Nicht die Rechte, sondern die Linke litt durch das Kriegsrecht unter besonderen Repressalien. Zehntausende Linke wurden vorübergehend festgenommen, Zeitungen verboten, Büros linker Organisationen und Vereinigungen geschlossen.

Gegen wen sich das Kriegsrecht in erster Linie richtet, wird aus dem Verbot der 1. Mai-Demonstration in diesem Jahr in Istanbul deutlich.

Der gesamte Vorstand der linken Gewerkschaftskonföderation DISK wurde hier am 29. April verhaftet. Am 1. Mai regierte in Istanbul das Militär, es war Ausgangsverbot verhängt worden. Über 2000 Demonstranten, die sich das Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen wollten, wurden verhaftet und zum Teil länger als 2 Wochen lang eingesperrt.

Nach typisch kapitalistischer Logik bürdete der Sozialdemokrat Ecevit der werktätigen Bevölkerung die Hauptlast der Krise auf, verbunden mit einschneidenden politischen Repression. Dafür hat er bei den Teilwahlen der Abrechnung erhalten.

Denn die reine Betrachtung der prozentualen Stimmenanteile bei den Teilwahlen vermittelt nur ein unvollständiges Bild.

Hauptursache für Ecevits Niederlage ist die wesentlich geringere Wahlbeteiligung. Gegenüber den Wahlen 1977 gingen 750 000 Wähler (15%) weniger zur Wahl. Aus den absoluten Zahlen ist auch klar zu

ersehen, daß dies in erster Linie zu Lasten der regierenden CHP ging. Sie verlor 815 000 Stimmen! Demirel dagegen konnte den Stimmenanteil lediglich um rd. 250 000 erhöhen. Es liegt also auf der Hand, daß Demirel nicht mit den Stimmen ehemaliger CHP-Wähler gewonnen hat, sondern in erster Linie durch eine wesentlich stärkere Mobilisierung des rechten Wählerreservoirs.

Dies wird am Beispiel Istanbul deutlich. Dort verlor die CHP 400 000 Stimmen, während die AP lediglich 90 000 Stimmen hinzugewann, aber jetzt mit knappem Vorsprung stärkste Partei in Istanbul ist.

Es ist also auch klar, daß sich die AP nicht automatisch die Verluste der CHP zuschreiben kann; denn diese ehemaligen CHP-Wähler sind erst gar nicht zur Wahl gegangen.

### Die Linken zu den Wahlen

Wie bereits anfangs kurz erwähnt, konnten diesmal die verschiedenen revisionistischen Gruppierungen, die sich an den Wahlen beteiligten, ihren Stimmenanteil erheblich verbessern (0,8 % 1977, 3,5 % 1979). Absolut wurden fast 210 000 Stimmen hinzugewonnen.

Die Revolutionäre Linke hatte erstmals zu einem Wahlboykott aufgerufen.

In einer der nächsten Ausgaben des „ARBEITERKAMPF“ werden wir zur Position des Wahlboykotts und zur gegenwärtigen Lage der Linken einen ausführlichen Artikel der revolutionären Organisation „Devrimci Yol“ abdrucken. (Quellen: „Cumhuriyet“, „FAZ“, „FR“)

Türkei-Kommission



Militär – verlässliche Stütze der Reaktion

## IMPRESSUM

### ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abwurf, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe 10.200.

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



# Spanien

## Abtreibungsprozeß in Bilbao: Kampf gegen Verurteilung der 11 Frauen

Wie wir in AK 164 berichteten, stehen am 26. Oktober in Bilbao elf Arbeiterfrauen vor Gericht, weil sie vor einigen Jahren eine Abtreibung durchgeführt oder es versucht (!) haben. Die Strafe für Abtreibungen beträgt nach der geltenden spanischen Gesetzgebung zwischen sechs Monaten und sechs Jahren! Gegen die Frau aus dem Arbeiterviertel von Basauri, die die Abtreibungen durchgeführt hat, hat der Staatsanwalt 60 Jahre Gefängnis beantragt, und gegen deren minderjährige Tochter, die hin und wieder mal eine Tasse Milch mit Aspirin dabei gereicht hat, lautet der Strafantrag auf 55 Jahre!

In dem anstehenden Prozeß werden diese elf Frauen von fortschrittlichen Anwälten verteidigt, die sich zum Ziel gesetzt haben, aus diesem Prozeß ein Tribunal gegen die Misere der spanischen Frauen auf diesem Gebiet, für die Straffreiheit der Abtreibung zu machen.

(Es gibt Berechnungen, nach denen in Spanien jährlich mindestens 300.000 Frauen heimlich abtreiben — laut „El País“ vom 18.10.)

Inzwischen gibt es eine breite Solidaritätsbewegung mit den angeklagten Frauen. In Euskadi (Baskenland) führt das Komitee baskischer Frauenorganisationen eine von großem Elan getragene Kampagne für die Abschaffung des Abtreibungsparagrafen durch. Überall wurden die linken Parteien, Gewerkschaften, Bürgervereinigungen zusammengetrommelt, um in der Sache der elf Frauen und des Rechts auf Abtreibung aktiv zu werden.

An die Gemeinderäte vieler Städte und Dörfer wurden Resolutionen zur Solidarität mit den elf angeklagten Frauen gerichtet und diese aufgefordert, das Recht auf Abtreibung zu unterstützen. Auf der Sitzung des Gemeinderates von Bilbao wurde eine Erklärung des baskischen Frauenkomitees verlesen und zur Abstimmung

gestellt. UCD (Regierungspartei) und PNV (Nationalkonservative) enthielten sich der Stimme, ebenso wie die Vertreter der sozialdemokratischen PSOE, die erklärten, daß das Thema so brisant sei, daß es in einem Gemeinderat nichts zu suchen habe. Ihre Partei „sie zwar nicht für die Abtreibung, aber für Straffreiheit“ („El País“, 6.10.79). Nur die beiden linken baskischen Parteien Herri Batasuna und Euzkadi Euzkera stimmten für die Resolution. Etwa 200 Frauen, die vor den Türen des Gemeindesaals das Geschehen verfolgt hatten, stimmten Sprechchöre an: „Ihr Chauvinisten seid die Terroristen“ („El País“, 6.10.). Auch in anderen Orten des Baskenlandes führte die (aufgezwungene) Abtreibungsdebatte und die Anwesenheit kämpferischer Frauen zu tumultartigen Szenen, die zum Teil die

Auflösung der Sitzungen nach sich zogen.

Unter dem Druck der Solidaritätskampagne haben sich erst die Frauen der eukarionistischen PCE von Euskadi und schließlich die ganze Parteiführung für die Straffreiheit der elf Frauen ausgesprochen und vor dem spanischen Parlament angekündigt, einen Gesetzesentwurf für das Recht auf Abtreibung demnächst vorzulegen.

Einige revolutionäre Organisationen Euskadis (wie die trotzkistische LKI u.a.) haben sich mit den Forderungen der Frauen solidarisch erklärt.

Speziell MC/OIC tragen im Baskenland und in Spanien einen erheblichen Teil der Solidaritätskampagne.

Als ein Erfolg dieser Kampagne ist auch die Solidarisierung von über 1.300 Frauen zu sehen, die sich in einer Unterschriftenaktion öffentlich dazu bekannt haben, abgetrieben zu haben. Bekannte Sängerinnen, Schriftstellerinnen, Schauspielerinnen, Ärztinnen, politisch aktive Frauen usw. gehören zu den Unterzeichnerinnen. Die Initiative für diese Unterschriftenaktion kam von Frauengruppen aus Barcelona, die in kürzestem Zeitraum diese stattliche Liste zusammenbekamen.

„Es ist eine Tatsache, daß die Dinge nicht mehr so leicht sind wie früher für die Gegner der Abtreibung. Es weckt Hoffnungen, daß in so kurzer Zeit die Idee einer freien und gewünschten Mutterschaft so um sich greift. Daß die Frauen ohne Einmischung und Druck entscheiden können, wie, wann und wieviele Kinder sie haben wollen. Das ist nicht so viel verlangt.“ („Servir al Pueblo“, 18.10.79 — Organ der MC/OIC).

„Die Rechten reden vom ‚Recht auf Leben‘ — die Linken antworten: ‚Recht auf ein würdiges Leben und freie Mutterschaft‘.“ (Aus „Servir al Pueblo“) Spanienkommission



## „Wir dachten, das wären Linksextreme, Drogenabhängige oder Homosexuelle“

Am 13. Sept. erschlugen Jungfaschisten einen 25-jährigen Mann im Retiro-Park von Madrid. Ohne Vorwarnung stürzte eine Gruppe von 14-19-jährigen auf eine Gruppe von jungen Männern zu, die dort spazieren gingen. Mit Baseballschlägern, Ketten, Taschenmessern und Eisenstangen schlugen die Nazis auf die jungen Leute ein. Einer wurde auf der Stelle getötet, die anderen erlitten z.T. schwere Verletzungen!

Die spanische revolutionäre Organisation MC hat nachgewiesen, daß es sich bei dieser Gruppe ausnahmslos um aktive Mitglieder der faschistischen Gruppe „Junge Schwarzhemden“ oder „Neue Kraft“ („Fuerza Nueva“) handelt („Servir al Pueblo“, 18.10.79), mit z.T. einschlägigem Strafregister. Die Väter dieser jungen Nazis sind größtenteils Militärs in höheren und hohen Dienstgraden (am Retiro-Park liegt eine Militärsiedlung). Zehn Nazis wurden Tage später verhaftet, drei gleich wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Verhafteten erklärten, daß sie aus dem Retiro-Park „unerwünschte Personen“ vertreiben wollten und sie hätten gedacht, daß es sich bei der Gruppe um „Linksextreme, Drogenabhängige oder Homosexuelle“ gehandelt habe! („Servir al Pueblo“, 18.10.).

Der Mord an dem jungen Mann war einer der bisherigen Höhepunkte der Faschistenüberfälle im Retiro-Park, aber keineswegs der einzige.

Linken Organisationen und Parteien wurden in unmittelbarer Nähe des Parks immer wieder ihre Informationsstände von Faschisten zertrümmert und die Verkäufer linker Presse zusammengeschlagen.

### Wiking-Jugend schult sich in Madrid

Zwei Frauen aus der BRD, die im September in einer Jugendherberge in Madrid wohnten, berichteten in einem ausführlichen Brief an die

spanische Tageszeitung „El País“, daß eine Gruppe von westdeutschen Nazis der Wiking-Jugend zusammen mit Mitgliedern von „Fuerza Nueva“ einen paramilitärischen Schulungskurs im „El Escorial“ durchgeführt haben. Die beiden Frauen berichteten weiter, daß die deutschen Jungfaschisten, die in derselben Jugendherberge wohnten, dort gegen die beiden tätlich geworden sind, daß sie ein Zelt aufbauten mit dem Namensschild „Legion Condor“ (die Legion Condor war die Sondertruppe Hitlers, die im spanischen Bürgerkrieg gegen den Aufstand der Republikaner und der spanischen Arbeiter eingesetzt wurde) und jede Annäherung an das Zelt mit der Drohung verhinderten, sie hätten Minen drumherum gelegt...

### Angriffe gegen Gemeinderäte

Die spanischen Jungfaschisten haben in letzter Zeit immer wieder Überfälle auf neugewählte Gemeinderäte gemacht, deren Gesinnung ihnen nicht

paßt, weil sie „zu links“ sind oder zu sehr für die Autonomie der betreffenden Region eintreten. Am 9. 10., dem traditionellen Feiertag der Provinz Valencia („Día de la Virgen“) — es waren hunderte auf der Straße — wurden diesmal sogar der Bürgermeister von Valencia und der Präsident des Stadtrats, beide Mitglieder der PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei), von Ultra-rechten geschlagen.

Trotz eines Schutzkordons schafften es ca. 200 Rechtsextreme auch ein zweitesmal, den Bürgermeister von Valencia zu traktieren, wobei ihm die Brille runtergeschlagen wurde. Nicht uninteressant ist auch, daß die Faschistenorganisation „Fuerza Nueva“ inzwischen eine eigene „Gewerkschaft“ gegründet hat („Fuerza Nacional de Trabajo“ = Nationale Kraft der Arbeit), die beim Streik der Arbeiter der Brotindustrie in Malaga erstmals mit Streikbrechern auftrat (El País, 22.9.79).

Spanien-Kommission

## Massenverhaftung von GRAPO-Mitgliedern

Sondereinheiten der spanischen politischen Polizei haben Mitte Oktober auf einen Schlag 20 angebliche Mitglieder der GRAPO verhaftet (es handelt sich bei der GRAPO um eine bewaffnete Gruppe, die sowohl führende Militärs entführt/umgebracht hat als auch Anschläge auf Mitglieder der Guardia Civil verübt hat). Als besonderen Erfolg feierten Polizei und Regierung die Tatsache, daß ihnen der angebliche „Kopf“ der Gruppe, Sanchez Casas, „ins Netz“ gefangen ist.

In den letzten vier Monaten waren bei Straßenkontrollen, bei Razzien und durch gedungene Mörder allein insgesamt 6 angebliche Mitglieder der GRAPO getötet worden!

Spanien-Kommission



## lateinamerika

## Militärputsch in El Salvador

## Solange das Volk nicht auf der Straße tanzt, kann Washington beruhigt sein

In einem vergleichsweise unblutigen Putsch wurde am 15. Oktober die bisherige Militärdiktatur unter General Romero gestürzt. Romero sah sich einer schnell wachsenden Volksbewegung gegenüber, die zunehmend militanter seinen Sturz forderte. Die USA haben ihre Lektion in Nicaragua offensichtlich gelernt und wollten in El Salvador den revolutionären Sturz der Diktatur nicht abwarten. Die neue Regierung bemüht sich denn auch zunächst darum, mit Ankündigungen und Versprechungen die Linke zu paralysieren, während sie allerdings jeden militanten Widerstand brutal zerschlägt. Die Linke ist in der neuen Situation gespalten; teils setzt sie den militanten Kampf fort, teils wartet sie zunächst die ersten Maßnahmen der Regierung ab.

„El Salvador befindet sich in einem Teufelskreis der Gewalt. Da ist in erster Linie die Gewaltherrschaft der Regierung, die mit Morden und Entführungen das Volk terrorisiert, um sich an der Macht zu halten. Diese Führungen das Volk terrorisiert, um sich an der Macht zu halten. Dies wieder erzeugt die Gegengewalt der Linken, die einerseits erzürnt auf die Untaten reagieren, andererseits die Regierung stürzen wollen. Es entsteht dadurch ein Klima der Instabilität, das zu Kapitalflucht, Betriebsschließungen, erhöhter Arbeitslosigkeit und zu sozialen Unruhen führt, die die Regierung wiederum mit verstärkter Repression zu unterdrücken versucht.“ („Neue Zürcher Zeitung“, 17.10.79)

Diese Kurzanalyse stammt von Morales Ehrlich, dem Generalsekretär der salvadorianischen Christdemokraten, der gemäßigten aller Oppositionsparteien im Lande. Der als Sonderbotschafter des Statedepartment's (Außenministerium) der USA nach Zentralamerika entsandte Viron P. Vaky kommt zu ähnlich vernichtenden Einschätzungen: „Die auf den Export ausgerichtete Wirtschaft beruht auf extremer Ungleichheit in der Verteilung des Einkommens des Besitzes und des Landes. Beispielsweise besitzen zwei Prozent der Bevölkerung praktisch die ganze Industrie und die ganze Landwirtschaft; diese Kreise haben großen Einfluß auf die Militärregierung. Die Klassenstruktur ist eine der starren in ganz Lateinamerika.“ (NZZ, 19.10.79)

Hinter den Kulissen wurde fieberhaft an einer Lösung gearbeitet, die der Revolution in El Salvador die Spitze abbrechen soll. Die neue Regierung wurde sofort von den USA, Costa Rica, Panama, Venezuela begrüßt, eine Unterstützung des Putsches streiten aber natürlich alle ab.

Der Putsch gegen Romero begann am Montag Morgen mit der Besetzung von vier Kasernen durch rebellierende Militäreinheiten. Lediglich in der Militärunterkunft von Sonsonate, rund 60 km von San Salvador entfernt soll ein Hauptmann erschossen worden sein. Romero leistete keinen Widerstand, sondern setzte sich nach kurzen Verhandlungen mit den Putschisten nach Guatemala ab, man rechnet mit seinem Weiterflug in die USA. Eine Reihe seiner engsten Mitarbeiter haben sich ebenfalls abgesetzt. Es gelang den Aufständischen schnell die Kontrolle über alle 14 Departemente des Landes zu erreichen. Dem Putsch war eine Rebellion der Luftwaffe und

Teile der Infanterie Streitkräfte vorausgegangen.

Angeführt wurde der Putsch von zwei Obersten, Adolfo Arnaldo Majano und Jaime Abdul Gutierrez, die in die neu gebildete Regierungsjunta drei zivile Oppositionspolitiker aufnahmen, den ehemaligen Universitätsrektor Roman Mayorga, den Geschäftsmann Mario Andino sowie den „gemäßigt links“ orientierten Politiker Manuel Guellermo. Später kam noch ein weiterer Oberst hinzu. Die Putschisten forderten die Linke auf, die Waffen niederzulegen und kündigten gleichzeitig eine Reihe von Reformen und Demokratisierungsmaßnahmen an, es sollten nicht weiter „militärische Antworten auf politische Fragen gegeben werden“.

Einstweilen ist allerdings noch das Gegenteil der Fall. So wurden mehrere schon lange von Arbeitern besetzten Betriebe mit unglaublicher Brutalität geräumt, mehrere Arbeiter wurden hierbei ermordet. Die Junta beteuert nun, daß diese Aktionen ohne ihren Mord ermordet. Die Junta beteuert nun, daß diese Aktionen ohne ihren Segen durchgeführt worden seien. Um ihre Behauptung zu untermauern, hat sie die erst zwei Tage vorher ernannten Kommandanten der Nationalgarde, der Nationalpolizei und der Finanzpolizei wieder durch neue Offiziere ersetzt (NZZ, 21./22.10.79). Tatsache ist allerdings, daß sich nicht einmal die Regierung Romero — wegen der internationalen Öffentlichkeit — an die Zerschlagung der Besetzungen herangetraut hat.

Ebenfalls ohne Pardon gehen die Militärs gegen die zahlreichen anderen militanten Aktionen der Linken vor, zwischen zwanzig bis dreißig Tote sind bisher zu beklagen.

Auf einer Pressekonferenz am 18. Oktober kündigte Oberst Majano die Schaffung einer Kommission an, die die Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen, Geheimgefängnissen und Folterungen prüfen soll. Dem Komitee sollen das salvadorianische Rote Kreuz, die Vereinigung der Mütter vermißter Personen und möglicherweise Erzbischof Oscar Arnulfo Romero (ein bekannter Regimegegner, der nur zufällig den gleichen Namen wie der Exdiktator trägt) angehören. Außerdem würden die paramilitärischen rechtsextremistischen Organisationen, wie „ORDEN“ und „Mano Blanca“ aufgelöst und die Sicherheitskräfte neu organisiert, versprochen der Oberst. Alle Parteien, die sich an die demokratischen Spielregeln halten, sollen anerkannt, Wahlen in nächster Zeit durchgeführt werden. Es sei daran gedacht, mit Cuba diplomatische Beziehungen aufzunehmen, Cuba stelle ein Element in Lateinamerika dar, das nicht ignoriert werden dürfe. Keine Angaben konnte er über die Zahl der politischen Gefangenen machen, die allerdings alle amnestiert wurden und binnen einer Woche freigelassen werden sollen (NZZ, 21./22.10.79). Ebenfalls wurde inzwischen eine Landreform und eine gerechtere Verteilung des Reichtums angekündigt.

Die salvadorianische Linke hat den Militärputsch zurecht als in erster Linie gegen sich gerichtet eingeschätzt. „Romeroismus ohne Romero“ wird die neue Militärherrschaft genannt. Gleich nach Bekanntwerden des Putsches riefen die drei größten Organisa-





Auf dem „Platz der Armee“ im Zentrum von San Salvador wird eine Büste von Augusto Sandino aufgestellt.

tionen der revolutionären Linken zum Aufstand gegen die neue Regierung auf. Hierbei wurden beachtliche Erfolge erzielt:

Rund 100 bewaffnete Genossen zweier Guerillaorganisationen besetzten das Gebäude der Telefongesellschaft in San Salvador; nach Augenzeugenberichten gab es fünf Tote („TAZ“, 23.10.79).

Die „Revolutionäre Volksarmee“, eine der größten Guerillaarmeen besetzte vorübergehend vier Rundfunksender in der Hauptstadt und rief über die Sender zum „bewaffneten Kampf“ gegen die neue Junta auf; sie apellierte

an alle Untergrundorganisationen, sich zusammenzuschließen („SZ“, 17.10.).

In einer Vorstadt von San Salvador, Mejicanos, konnten Angehörige der „Volksliga des 28. Februar“ (LP 28), die eng mit der revolutionären Volksarmee zusammenarbeitet, mehrere Gebäude in ihre Hand bekommen, darunter die Kathedrale, das Rathaus und das Polizeipräsidium. In Mejicanos sollen auch Straßensperren errichtet worden sein („SZ“, 17.10.).

Der Guerilla ist die vorübergehende Besetzung von mindestens vier Städten gelungen („TAZ“, 19.10.).

Trotz dieser Erfolge haben die Revolutionäre aber ihr Ziel, die Wirren des Putsches für einen Aufstand zu nutzen nicht erreicht, der Widerstand war auf die Sektoren der linken Organisationen beschränkt (vergl. „TAZ“, 22.10.79). Ja, es gelang den Putschisten offensichtlich die gemäßigten Teile der Opposition zunächst für ihr Unterfangen zu gewinnen.

Erzbischof Romero, der für den starken kirchlichen Widerstand gegen die Diktatur zum Symbol geworden ist, forderte die Linke auf, jetzt die Waffen niederzulegen. Allerdings kritisierte er die Junta, daß es nicht genüge, die politischen Gefangenen freizulassen, es müßten auch die Schuldigen bestraft werden. Ein geschickter Schachzug der

Militärs gegenüber der Kirche war auch die Ernennung eines Jesuiten (des Universitätsrektors) in die Junta („SZ“, 20./21.10.79). Die Jesuiten wurden unter Romero wegen ihres sozialen Engagements besonders verfolgt. Die Christdemokraten, die sich zunächst reserviert gezeigt hatten, sind inzwischen in die neue Regierung eingestiegen und haben das Außenministerium belegt, ja sogar die Obristen bezeichnen sich neuerdings als Christdemokraten. Anders als in Nicaragua hat es in El Salvador nie eine Bereitschaft von Teilen der Bourgeoisie gegeben, mit der radikalen Linken zusammenzuarbeiten.

Die Linke lehnt zwar die neue Regierung einheitlich ab, es ist aber offensichtlich ziemlich schwierig eine einheitliche Strategie zu finden, die den neuen Bedingungen gerecht wird. Die Volksliga des 28. Februar, die als gemäßigtste der Organisationen der radikalen Linken gelten, hatten zunächst zum Aufstand aufgerufen und waren hauptsächlich Träger der ersten Aktionen. Am Freitag nach dem Putsch wiesen sie ihre Kader an, die Waffen niederzulegen und erklärten, sie haben ihre Einschätzung der Junta geändert. Sie wiesen hierzu auf die Absicht der Junta hin, mit allen Volksorganisationen in einen Dialog einzutreten. Es gebe gutwillige Leute in der Junta, die müsse man durch eine starke Volksmobilisierung unterstützen („TAZ“, 22.10.). Nach neueren Angaben („TAZ“, 25.10.) sollen die LP 28 aber ihre Unterstützung für die Junta inzwischen widerrufen haben.

Julio Flores, führendes Mitglied des Revolutionären Volksblockes (BPR), mit rund 50.000 Mitgliedern die größte und einflussreichste Organisation der radikalen Linken, erklärte in einem Interview, daß es sich bei dem Putsch lediglich um eine Palastrevolte gehandelt habe, daß sich die Maßnahmen der Regierung nicht von denen der Regierung Romero unterscheiden. Er bezieht sich hierbei auf die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Ermordung mehrerer Arbeiter. Einen Waffenstillstand zwischen dem BPR und der neuen Regierung könne es nicht geben. Auf die Frage, ob sie mit bewaffneten Aktionen fortfahren werden, erklärte Flores: „Wenn die Junta den Forderungen der Arbeiterklasse nicht nachgibt, wird die Besetzung von Fabriken andauern und in dem Maße wie die Mobilisierung unterdrückt wird, wird es auch kämpferische Aktionen geben. Das wesentliche Mittel des Kampfes unseres Volkes ist der bewaffnete Kampf.“ („TAZ“, 22.10.)

Mehrere hundert Mitglieder der Vereinigten Volksaktionsfront FAPU, der dritten größeren linken Organisation, bemächtigten sich der Calvario-Kirche, in der mehrere ihrer gefallenen Genossen aufgebahrt waren. Kurze Zeit später besetzte der BPR die Kathedrale von San Salvador und die LP 28 die Rosario-Kirche. Die Kirchenbesetzungen, die von bewaffneten Genossen durchgeführt werden, gelten offenbar auch als Test, was von den Versprechungen der neuen Machthaber zu halten ist.

Lateinamerika-Kommission

Revolutionäre aber im Ziel, die Wirren des Putsches für einen Aufstand zu nutzen nicht erreicht, der Widerstand war auf die Sektoren der linken Organisationen beschränkt (vergl. „TAZ“, 22.10.79). Ja, es gelang den Putschisten offensichtlich die gemäßigten Teile der Opposition zunächst für ihr Unterfangen zu gewinnen.

Erzbischof Romero, der für den starken kirchlichen Widerstand gegen die Diktatur zum Symbol geworden ist, forderte die Linke auf, jetzt die Waffen niederzulegen. Allerdings kritisierte er die Junta, daß es nicht genüge, die politischen Gefangenen freizulassen, es müßten auch die Schuldigen bestraft werden. Ein geschickter Schachzug der

des Kampfes unseres Volkes ist der bewaffnete Kampf.“ („TAZ“, 22.10.)

Mehrere hundert Mitglieder der Vereinigten Volksaktionsfront FAPU, der dritten größeren linken Organisation, bemächtigten sich der Calvario-Kirche, in der mehrere ihrer gefallenen Genossen aufgebahrt waren. Kurze Zeit später besetzte der BPR die Kathedrale von San Salvador und die LP 28 die Rosario-Kirche. Die Kirchenbesetzungen, die von bewaffneten Genossen durchgeführt werden, gelten offenbar auch als Test, was von den Versprechungen der neuen Machthaber zu halten ist.

Lateinamerika-Kommission

## An die Menschheit der Welt!

Einen ungewöhnlichen Coup konnte die „Mittelamerikanische Partei der Arbeit“ (PRTC) in der vergangenen Woche landen. Die sicherlich revolutionärer Umtriebe gänzlich unverdächtige großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ druckte am 16. Oktober (allerdings verschämt im Kulturteil versteckt) einen zweiseitigen Aufruf zur Unterstützung der Revolution in El Salvador. Ausführlich werden die Verbrechen der Militärdiktatur Romeros angeprangert und zu dessen Sturz

aufgerufen. Des Geheimnis Lösung: Die PRTC hatte zwei Manager der amerikanischen Firma Beckmann Instruments entführt (siehe letzter AK) und im Austausch den Abdruck der Anzeige gefordert. Vorher war dieselbe Anzeige bereits in der New York Times, der Los Angeles Times, in der französischen Le Monde und im englischen Daily Mirror erschienen.

Eine doppelseitige Anzeige in der FAZ kostet 53248 DM...

### AN DIE MENSCHEN DER WELT

Complex block containing the PRTC logo, a map of Central America, and the full text of the 'An die Menschen der Welt' advertisement. The text is in German and calls for international support for the revolution in El Salvador. It mentions the kidnapping of two managers from Beckmann Instruments and the demand for the advertisement's reproduction in major newspapers.

# Mexiko: US-Imperialismus sichert sich Gasreserven

Dem mexikanischen Erdgas kommt zunehmend eine ähnlich große Bedeutung zu wie dem Erdöl. Mexikos nachgewiesene Reserven betragen 58 Billionen Kubikfuß (!) und es werden weitere neue Felder entdeckt. Auch bei der Anzapfung neuer Ölquellen werden immer neue riesige Gasmen-gen frei. 336 Mio. Kubikfuß wurden im letzten Jahr ungenutzt abgeflackelt. Die Förderung ist in den letzten Jahren drastisch auf heute 3,3 Mrd. Kubikfuß pro Tag gestiegen! 1982 sollen es 5 Mrd. sein. 1,8 Mrd. Kubikfuß pro Tag kann Mexiko aber heute nur nach eigenen Angaben von PEMEX (staatlich Erdölgesellschaft) für den eigenen Bedarf gebrachten („Financial Times“, 25.5. und 30.8.79).

Diese Energiereserve dicht vor der „Haustür“ ist für den US-Imperialismus von großer strategischer Bedeutung. So wie der größte Teil — 85 % — des mexikanischen Ölports in die USA geht (s. AK 150), so läßt der US-Imperialismus keinen Zweifel daran, daß er auch Mexikos Gas als seine natürliche Energiequelle betrachtet. Das neue Erdgasgeschäft, das kurz vor dem Besuch des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo bei Jimmy Carter im September nach 2 Jahren heftiger Auseinandersetzungen zustande gekommen ist, macht ganz deutlich, daß Mexiko in dieser Frage letztendlich kaum einen Spielraum hat.

Gerade der Gasexport in die USA ist in Mexiko zum Symbol und Maßstab für die Abhängigkeit vom US-Imperialismus geworden. Schon 1977 hatte es auf breiter Basis energische Widerstände gegen den Bau einer Gaspipeline vom Süden Mexikos nach Texas und den damit verbundenen Ausverkauf an den „großen Bruder“ gegeben (s. AK 125).

Lopez Portillo dürfte es diesmal in Washington schwerlich gelungen sein, sich, wie bei Carters Besuch im Februar in Mexiko, als Verteidiger der nationalen Interessen seines Landes hinzustellen. Die USA haben sich in dem neuen Abkommen praktisch voll durchgesetzt, der Ausverkauf ist perfekt.

#### Die „Vorgeschichte“

1977 hatte der US-Energieminister Schlesinger den Geldhahn für die 1183 km lange Gaspipeline von Chiapas nach Texas zugedreht, um so einen Gaspreis von 2,10 Dollar pro 1000 Kubikfuß anstatt der von Mexiko geforderten 2,60 Dollar zu er-

lassen (s. AK 125). Die mexikanische Regierung gab auf Grund starker Proteste vorerst nicht nach, und das geplante Geschäft über die Lieferung von 2 Mrd. Kubikfuß Gas pro Tag in die USA kam vorläufig nicht zustande.

#### Die „Vorgeschichte“

1977 hatte der US-Energieminister Schlesinger den Geldhahn für die 1183 km lange Gaspipeline von Chiapas nach Texas zugedreht, um so einen Gaspreis von 2,10 Dollar pro 1000 Kubikfuß anstatt der von Mexiko geforderten 2,60 Dollar zu erpressen (s. AK 125). Die mexikanische Regierung gab auf Grund starker Proteste vorerst nicht nach, und das geplante Geschäft über die Lieferung von 2 Mrd. Kubikfuß Gas pro Tag in die USA kam vorläufig nicht zustande.

Aber nur gut ein Jahr später, im Februar dieses Jahres, sorgte Carter bei seinem Besuch bei Lopez Portillo persönlich dafür, daß nicht nur mexikanisches Öl auch weiterhin hauptsächlich in die USA fließt, sondern, daß sich die mexikanische Regierung auch im Gasgeschäft „einsichtig“ zeigte. Hatte der mexikanische Außenminister noch während dieses Besuches verkündet: „Wir werden auf keinen Fall Erdgas in die USA verkaufen, sondern es in unserem eigenen Land verwenden“, so sagte ein US-Beamter schon auf dem Rückflug Carters: „Wir haben alles, was wir wollten, bekommen“.

In den Verhandlungen in den letzten Monaten, unter Leitung des amerikanischen „Lateinamerikaspezialisten“ Warren Christopher und unterstützt durch den extra ernannten Sonderbotschafter Krueger, ging es dann Schlag auf Schlag.

Die Position der mexikanischen Regierung war seit 1977, daß der Gaspreis dem Preis entsprechen sollte, den die USA für ein bestimmtes, vergleichbares Heizöl bezahlen. Das waren 1977 2,60 Dollar pro 1000 Kubikfuß und sind heute 5 Dollar. Daß das durchaus ein einträgliches Geschäft für die USA bedeuten würde, zeigt, daß die sechs betroffenen Gasgesellschaften diesen Modus 1977 akzeptiert hatten („Washington Post“, 6.8.79). Die USA setzten jetzt jedoch als Basis den weitaus geringeren Weltpreis für schwereres Industrieheizöl

durch und boten nur 3,40 Dollar („Latin America Political Report“, 28.9.79)! Die Frage der illegalen mexikanischen Arbeiter in den USA schärfer zu behandeln oder den für Mexiko so wichtigen Export von Gemüse und Tomaten zu erschweren, waren nur einige der Drohungen, mit denen die USA auch offen Druck ausübten. Im August protestierte sogar L. Portillo öffentlich gegen den amerikanischen Druck, und es wurde allgemein erwartet, daß „die Regierung nun keine Preis unter 4 Dollar pro 1000 Kubikfuß Gas ohne einen enormen Gesichtsverlust zu Hause akzeptieren könnte“ (LAER, 31.8.79). Heriberto Castillo, Führer der oppositionellen PMT (mexikanische Arbeiterpartei), forderte 4,50 Dollar als gerechten Preis.

Daß es hier in erster Linie um ein politisches Geschäft und dessen Zustandekommen ging, gab die „Washington Post“ ganz offen zu: „Der Kern der Frage ist der Preis, aber ein Preis wäre längst ausgehandelt worden, wenn es ein konventionelles Handelsgeschäft wäre. Weil es Regierungen sind, die verhandeln und nicht Gasgesellschaften, liegen die Dinge nicht so einfach“ (6.8.79).

#### Das neue Abkommen

Am 22.9.79, gerade noch rechtzeitig vor Portillos Besuch am 28./29.9.79 in Washington, wurde das Abkommen fertiggestellt und in den USA als ein „unerwarteter politischer Triumph von Präsident Carter“ gewertet („Sintesis latinoamericana“ [Kuba], 27.9.79). Ab 1.1.1980 liefert Mexiko 300 Mio. Kubikfuß pro Tag in die USA zu einem Preis von 3,625 Dollar (!) pro 1000 Kubikfuß, das sind kaum mehr, als die USA gefordert hatten! Der Preis soll alle drei Monate neu festgelegt werden, um ihn den Schwankungen des Weltölmarktes anzupassen. Das bedeutet eine zusätzliche Unsicherheit für Mexiko. Auch die Tatsache, daß 300 Mio. Kubikfuß pro Tag, das sind nur 15% der 1977 geplanten Menge von 2 Mrd. und 8% des gesamten US-Imports, exportiert werden sollen, ist kaum als Erfolg der mexikanischen Regierung zu betrachten, nur das überschüssige, bei der Ölförderung freierwerdende Gas zu exportieren. Wie beim Öl ist „wenigstens für ein paar Monate kein dringender Bedarf für mehr Erdgas in diesem Land“ (den USA — Anm. AK) („Los Angeles Times“, 5.8.79). Die Sicherung der uneingeschränkten Ausbeutung mexikanischer Gasquellen ist ein

festgelegtes Ziel des US-Imperialismus, um ihn den Schwankungen des Weltölmarktes anzupassen. Das bedeutet eine zusätzliche Unsicherheit für Mexiko. Auch die Tatsache, daß 300 Mio. Kubikfuß pro Tag, das sind nur 15% der 1977 geplanten Menge von 2 Mrd. und 8% des gesamten US-Imports, exportiert werden sollen, ist kaum als Erfolg der mexikanischen Regierung zu betrachten, nur das überschüssige, bei der Ölförderung freierwerdende Gas zu exportieren. Wie beim Öl ist „wenigstens für ein paar Monate kein dringender Bedarf für mehr Erdgas in diesem Land“ (den USA — Anm. AK) („Los Angeles Times“, 5.8.79). Die Sicherung der uneingeschränkten Ausbeutung mexikanischer Gasquellen ist ein strategisches Ziel des US-Imperialismus, und das neue Abkommen ist der entscheidende Schritt dahin.

Warren Christopher hat bereits angedeutet, daß schon in naher Zukunft die Lieferung von zusätzlichen 200 Mio. Kubikfuß pro Tag vereinbart werden könnten (LAER, 28.9.79). Und auch von der mexikanischen Regierung ist langfristig an eine deutliche Erhöhung gedacht. Als Bereitschaft dazu wurde die Bekanntgabe von PEMEX gewertet, sie betriebe neue Bohrungen, auf 18 Feldern in Chiapas, genau dort, wo die Gaspipeline beginnt (ebenda), und diese hat eine Kapazität von 800 Mio. Kubikfuß pro Tag, die durch weitere Kompressoren auf 2,7 Mrd. erweitert werden kann („Financial Times“, 30.8.79)! Um diese Größenordnung ging es schon 1977 beim Bau der Pipeline (mit US-Krediten).

Details des Vertrages wurden nicht veröffentlicht — auf amerikanischen Druck, wie H. Castillo sicher zu recht befürchtete (LAER, 28.9.79).

Und so ist es durchaus kein „übertriebener Triumphalismus“ J. Carters, wie die mexikanische Presse klagt. Nicht zuletzt auch für seine Wiederwahl hat Carter einen wichtigen Prestigeerfolg errungen. Die mexikanische Tageszeitung „Uno mas Uno“ kommentiert das Entzücken des amerikanischen Präsidenten über diesen Vertrag so: „Carter stellte das so dar, als ob er schon das Öl der OPEC ersetzen könne und als ob das Abkommen mit Mexiko eine Art Sturmbock wäre, um sich freie Bahn zu schaffen zu unseren großen Gasvorkommen“ („Sintesis latinoamericana“, 27.9.79).

Lateinamerikakommission

**Karaxu!**  
**Wir hoffen,**  
**Ihr kommt**  
**bald wieder**

Es war schon recht eindrucksvoll: Am 16. Oktober füllte sich der kleine Veranstaltungssaal des Gustav-Radbruch Hauses mit ca. 600 verwirrend linken Besuchern um die chi-

**Karaxu!**  
**Wir hoffen,**  
**Ihr kommt**  
**bald wieder**

Es war schon recht eindrucksvoll: Am 16. Oktober füllte sich der kleine Veranstaltungssaal des Gustav-Radbruch Hauses mit ca. 600 verwirrend linken Besuchern, um die chilenische Musikgruppe KARAXU zu erleben. Trotz anfänglicher technischer Mängel kam sehr schnell Stimmung auf, und zwar auf beiden Seiten: Die Zuhörer forderten am Ende reichlich Zugaben und KARAXU ließ es sich nicht nehmen, sie mit einer halbstündigen Verlängerung des Konzerts zu belohnen. Dafür, daß kaum mobilisiert worden war, kamen doch überraschend viele Leute. Veranstalter war der MIR und Unterstützung gab's vom KB. Der gesamte Erlös aus Spendensammlung, Kartenverkauf usw. kommt der Pressearbeit des MIR in Chile zugute. Da erscheint uns das Spendenergebnis von 1820,— DM verglichen mit früheren Solidaritätsveranstaltungen beschämend niedrig! Die Genossen des MIR betrachten diese und andere Karaxuveranstaltungen in der BRD als Auftakt für eine längerfristige Spendenaktion für die Bewegung der revolutionären Linken (MIR) Chiles. Der MIR, der nach eigenen Angaben in Chile relativ gut reorganisiert ist, braucht jetzt vor allem Geld. Zu Beginn der Veranstaltung wurde bekannt gegeben, daß am 6. Oktober eine Untergrunddruckerei des MIR von der Polizei entdeckt und dabei auch der Chefredakteur des „Rebelle“ verhaftet wurde. Dieser ist inzwischen als politischer Häftling offiziell anerkannt worden. Trotzdem schwebt er weiterhin in Lebensgefahr. Um diese und andere Informationen in die Bevölkerung zu tragen, um die Verbrechen der Junta anzuprangern, ist die Untergrundpresse lebensnotwendig.

SPENDET FÜR DEN REBELDE!  
SPENDET FÜR DEN MIR!





## Eritrea lebt und kämpft! Augenzeugen-Bericht

Dan Connell, ein Freund der eritreischen Revolution, der seit 1975 immer wieder nach Eritrea reiste, ist ein international bekannter Journalist. Er schreibt z.B. regelmäßig für „Le Monde“ und den englischen „Guardian“. Im Juni und Juli dieses Jahres unternahm er als Gast der EPLF einen Fußmarsch mitten durch das angeblich von den Äthiopiern besiegte Eritrea. Sein im folgenden von uns veröffentlichter Augenzeugenbericht erschien in der Regierungs-offiziellen sudanesischen Zeitschrift „Sudan now“ vom August '79 unter dem Titel „Der Eritreerkrieg geht weiter“. Wir übersetzten den Text aus dem in Rom erscheinenden Bulletin „Eritrea information“ vom August/September '79.

Dan Connell wanderte durch Eritrea, kurz bevor die Äthiopier ihre fünfte (bisher letzte) Großoffensive starteten, die im Schlußteil seines Berichtes beschrieben wird. Diese fünfte Offensive (seit einem Jahr) war die bisher zweitgrößte, vom DERG-Regime seit mindestens drei Monaten sorgfältig vorbereitet. Die EPLF sollte dabei im Sahel-Gebiet eingekreist und zerschlagen und die bis heute von ihr gehaltene Stadt Nacfa erobert werden. Das Verhältnis äthiopischer Soldaten — EPLF-Kämpfer(innen) betrug sieben zu eins, es waren elf äthiopische Divisionen im Einsatz sowie sämtliche bis dahin von den Äthiopiern mit Hilfe der Sowjets verwendeten hochmodernen Waffensysteme. Daß diese Offensive nach einer entsetzlichen einwöchigen Schlacht von den eritreischen Befreiungskämpfern zerschlagen werden konnte, zeigt, daß die Äthiopier in Eritrea allmählich an die Grenze ihrer bisherigen Kriegsführung stoßen. Der Bericht von Dan Connell beweist aber noch darüber hinaus, daß in den ländlichen Gebieten Eritreas vor allem der politische Einfluß der Äthiopier sehr gering ist und die im Jahr der Befreiung mit Hilfe der EPLF erkämpften Volksmacht-Strukturen weiterarbeiten!

Afrika-Kommission

„Zwei dreieckig geflügelte MiG-21 durchschnitten den Morgenhimmel und weckten mich um 7.30 Uhr an meinem ersten Tag in Eritrea bei der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF). Sie kreisten hoch über dem Sahel-Stützpunktgebiet, gingen dann in kreisende Sturzflüge nieder über unserem versteckten Lager und verloren jede eine einzelne Bombe, die — angesichts der direkt hinterherratternden EPLF-Luftabwehrgeschütze — harmlos in die felsigen Berge fielen.“

Von Sonnenaufgang bis -untergang patrouillieren die äthiopischen, von Rußland gelieferten — man sagt, auch von Sowjets geflogenen — MiG 21 und MiG 23-Düsenjäger am Himmel über Eritrea. Sie suchen nach Spuren der Armeen der EPLF und der Eritreischen Befreiungsfront (ELF), die gemeinsam die wüsten nördlichen Gebirge Eritreas und die subtrypischen westlichen Tiefländer besetzt halten. Aber abseits der verschanzten Guerilla-Positionen im Osten und Süden des Stützpunktgebietes bieten die eritreischen Kämpfer wenige sichtbare Ziele.

Tagüber verstecken sie sich gegen Sicht von oben unter den schütterten flachen Kronen der Akazienbäume, im dichten Gebüsch entlang den zur Zeit ausgetrockneten Flußbetten oder in unterirdischen Höhlen und sorgfältig getarnten Schutzräumen. Wenn aber die Dunkelheit kommt in dieser ungastlichen, aber strategisch wichtigen Ecke Eritreas, wird es in den kargen Bergen lebendig.

Lagerfeuer flackern durch die Nacht, dieselbetriebene Generatoren heizen in den Zelten und zu rattern und

Lagerfeuer flackern durch die Nacht, dieselbetriebene Generatoren beginnen zu spucken und zu rattern und elektrisches Licht blinkt auf. Ketten von Scheinwerfern der EPLF-Versorgungskonvois sind zu sehen, die sich durch die Berge winden.

Wenn es sich schon für das herrschende äthiopische Militärregime DERG als schwierig erwiesen hat, die eritreischen Guerilla-Armeen aufzustöbern und zu bekämpfen, so ist es ebenfalls schwer für den Rest der Weltöffentlichkeit zu verstehen, was sich hier wirklich abspielt. Obwohl der seit 18 Jahren andauernde eritreische Unabhängigkeitskampf weltweit aus den Nachrichten verschwunden ist, schmort dieser Konflikt weiter — in einem Tempo und Umfang, die sogar für Augenzeugen schwer zu erfassen sind.

Vor sechs Monaten zog sich die EPLF zurück aus ihrem früheren Stützpunkt-Gebiet in den näher am Roten Meer gelegenen Vorgebirgen, um sich

neu niederzulassen in den noch zerklüfteteren und besser zu verteidigenden Sahel-Bergen. In der neuen Basis scheint sich gegenüber früher wenig geändert zu haben: Werkstätten, Kran-



EPLF-Kämpferin: Viele Gruppenleiter in der Befreiungsarmee sind Frauen.

leiter in der Befreiungsarmee sind Frauen.

kenhäuser, Trainingslager, Versorgungslager und Reparaturwerkstätten für den motorisierten Transport funktionieren wie früher. Und jetzt gibt es auch noch „Dimisti Hafash“, den EPLF-Radiosender „Stimme der Volksmassen“, der täglich Nachrichten sendet in drei eritreischen Sprachen und in der äthiopischen Sprache Amharisch.

Fünf Minuten zu Fuß von meinem Zelt entfernt befanden sich 16 äthiopische Bauern-Soldaten, die erst kürzlich ihre Posten verlassen hatten, um sich der EPLF zu ergeben. Sie beschrieben eindrucksvoll — und manchmal tragisch — militärische Zusammenstöße, in denen hunderte, manchmal tausende ihrer Landsleute von den nicht zu fassenden EPLF-Guerillas getötet worden sind.

Ein neunzehnjähriger Bauer aus Tigrai berichtete mir seine Erlebnisse in

der Schlacht von Elabered (bei Keren, Anm. AK) im vergangenen November, als seine 400 Mann starke Einheit auf EPLF-Kräfte stieß. Er sagte, daß sich auf beiden Seiten Gruppen von Hirten mit Schafen und Ziegen näherten. Plötzlich war seine Einheit umzingelt, die Hirten zogen Gewehre hervor und griffen an. Innerhalb von zwei Stunden, fügte er hinzu, blieben nur noch 140 von seinen Kameraden am Leben.

Ein anderer — ein dreißigjähriger Bauer aus Wollega — berichtete von der vollständigen Vernichtung der „Task Force 508“ in den Kämpfen vor vier Monaten nahe der von der EPLF gehaltenen Stadt Nacfa. Er sagte, er sah, wie eine 500 Mann starke Gruppe der Elitetruppe „Flame Brigade“ und ein 500-Mann-Miliz-Bataillon in den Kampf gingen. Nur vierzehn von der Miliz und 80 von der „Flame Brigade“ kamen zurück. — Wir wußten zu dem Zeitpunkt noch nicht, daß nur wenige Wochen später in der Gegend von Nacfa äthiopische Bauern umkommen würden in Mengen, die selbst diese erschütternden Zahlen noch in den Schatten stellten.

In diesen Tagen war es an den Frontlinien allgemein ruhig. An einem frühen Morgen fuhr ich mit einem vom Feind eroberten Landrover zur östlichen Front, wo sich EPLF-Streitkräfte — unterstützt auch von ELF-Kräften — gegen eine 20.000 Mann starke äthiopische Streitmacht verteidigten, an einer ca. 30 km langen Frontlinie.

Der Sonnenaufgang kam schnell, als wenn über unseren Köpfen ein Vorhang aufgezogen würde vor einem blaß-blauen Himmel, getupft mit winzigen weißen Watterwolken. Die rauen vulkanischen Wände des engen Flußtales glühten kupferrot im ersten Licht, als ich unter einen breitblättrigen Baum kroch und sofort in Schlaf fiel.

Gegen neun Uhr war die Temperatur bereits auf über 40 Grad geklettert — und stieg weiter an. Sechs hallende Einschläge von schwerer äthiopischer Artillerie ließen den Boden unter mir erzittern, es war aber nicht viel mehr als einfach ein Zeichen, daß die andere Seite noch vorhanden war. Angesichts der Reglosigkeit um mich herum — außer den MiGs hoch über uns — war schwer vorstellbar, daß — wie s einige Wochen danach geschah — Soldaten diese zerklüfteten Berge in der kochenden Hitze herauf- und herunterklettern würden.

Einige Tage später kam ich in Nacfa an — heute die Haupt-Frontlinie. Nacfa liegt eingeschmiegt in eine flache Niederung hinter dem Rand einer Gebirgskette, die sich erstreckt bis zu den Ebenen, wo seitdem die Hauptschlachten der gegenwärtig laufenden Offen-

eben, wo seitdem die Hauptschlachten der gegenwärtig laufenden Offensive tobten. Früher eine Zuflucht in den Bergen, ist die Stadt inzwischen von ihren zivilen Bewohnern seit Monaten fast völlig geräumt worden — auf der Flucht vor den täglichen Bombardierungen durch äthiopische Flugzeuge und Artillerie, die ganze Stadtviertel in Schutt und Staub verwandelt haben.

Eine Straße, vollständig verlassen — die gepflegten Reihen von gelbbraun gestrichenen Häuschen verarmt und verschlossen —, war fast in zwei Hälften zerteilt durch einige über vier Meter tiefe Bombenkrater. Ganze Reihen von Häusern waren einfach verschwunden. Verdrehte Eisenteile von zerstörten Dächern lagen umher, stumme Zeugen der heftigen Kämpfe vom vorigen Jahr.

Von hier aus die äthiopischen Linien zu überqueren, war relativ einfach. Wir umgingen sie einfach auf einem von mehreren Wegen, die die EPLF-Kamelenkaravane benutzen auf dem Weg ins Hochland in Zentral-Eritrea. In zweibis vierstündigen Fußmärschen von einem EPLF-Lager zum nächsten gingen wir herum um die von den Äthiopiern besetzte Stadt Afabet, über die ansteigenden Gebiete der Hochebene und schließlich bis ins Hochland nord-östlich von Asmara.

Bei jedem Halt wurden wir verpflegt aus offensichtlich reichlichen Lebensmittelvorräten, die dort gelagert wurden zur Versorgung der Kämpfer und für zivile Flüchtlinge. Wir beobachteten ganze EPLF-Bataillone, die während der Nacht nahe den Straßen marschierten, die angeblich unter äthiopischer Kontrolle stehen. Aber nirgendwo außerhalb der Städte selbst sahen wir äthiopische Streitkräfte.

Zu meiner großen Überraschung fand ich im dichtbevölkerten Hochland eine völlig andere Situation vor, als ich vorher — aufgrund der EPLF-Beschreibung als „Guerilla-Zone“ — erwartet hatte. In Gräben verschanzte EPLF-Positionen befanden sich, in nur zwei Kilometer Entfernung oder weniger, nahe den von Äthiopiern eroberten

## Mosambik: Solidarität mit Eritrea!

Als noch nicht abzusehen war, daß die fünfte äthiopische Offensive bei Nacfa in Eritrea scheitern würde, erschien die folgende Solidaritätserklärung in der internationalen Rubrik des regierungsamtlichen mosambikanischen Nachrichtenorgans „Noticias“ vom 18.7.79. Diese Erklärung sprengt ganz eindeutig den Rahmen der Positionen zur Eritrea-Frage, die bisher von afrikanischen Staaten vertreten wurde, die mit der Außenpolitik der Sowjetunion sympathisieren. Bisher war maximal die Rede davon, daß eine „friedliche Lösung“ für Eritrea, ein „Autonomiestatus“ innerhalb des äthiopischen Staates gefunden werden müsse. Hier sind nun die Hauptpositionen der eritreischen Befreiungsbewegung selbst vertreten: Daß Eritrea ein eigenständiger Staat ist, der bisher von Äthiopien als Kolonialmacht unterdrückt wurde; daß der bewaffnete Kampf für die Befreiung Eritreas ein gerechter Kampf im Sinne der sozialistischen, blockfreien Staaten ist (also vor allem sozialistischer Staaten der „Dritten Welt“!). Mit dieser Erklärung setzt sich Mosambik auch in scharfen Widerspruch zur Rolle der Sowjetunion in Eritrea!

„Letztes Wochenende begannen die äthiopischen Streitkräfte eine großangelegte Offensive gegen die eritreischen nationalen Streitkräfte — die vergleichsweise zweitgrößte Offensive, die im Verlauf eines Jahres gestartet worden ist.“

Was immer auch die Erfordernisse der äthiopischen Revolution sein mögen, im Wiederaufbau des vom Haile-Selassie-Regime befreiten Landes ist es notwendig, die Eritrea-Frage als koloniale Frage anzusehen, obwohl die Besetzung des Gebietes bereits ein Jahr vor der Gründung der OAU stattgefunden hat.

Die Festigung der äthiopischen Revolution, die Geburt einer neuen revolutionären Gesellschaft muß notwendigerweise die Lösung der Eritrea-Frage mit sich bringen. Eritrea ist eine von Äthiopien getrennte nationale Einheit. Addis Abeba kann keine Feuerinstellung von den Eritreern verlangen, ohne

die Forderungen zu erfüllen, die zum Ausbruch des bewaffneten Kampfes für nationale Befreiung geführt haben: d. h. den gerechten Anspruch, nach dem jedes Volk auf Autonomie und Unabhängigkeit hofft.

Die Ziele des Programms der eritreischen Bewegung für nationale Unabhängigkeit sind eindeutig fortschrittlich. Seine Aussagen über Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik zeigen die Perspektive des Aufbaus einer sozialistischen und blockfreien Gesellschaft. Jedoch: Unabhängig. Nur durch Unabhängigkeit, auf der Grundlage gegenseitigen Respekts, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in interne Angelegenheiten, kann ein Dialog entstehen, der dieser Region Frieden bringen wird. Und der ein für alle Mal die vom Selassie-Regime geerbten Probleme in die Vergangenheit verweisen wird.“

## Eritrea-aktuell

In einem Telefongespräch vom 25.10. gab uns der Genosse Amdemichael Kahsai, Europasprescher der EPLF in Rom, einen kurzen Überblick über die aktuelle Lage, den wir hier — sinngemäß — wiedergeben:

Die Aktivitäten der EPLF-Einheiten im Sahel-Gebiet und auch weiter südlich nehmen weiterhin zu. So gab es vom 7. bis 9.10. Auseinandersetzungen mit den Äthiopiern bei Faha und Goretto, bei denen die DERG-Truppen vertrieben werden konnten (250 Tote, zwei Panzer erobert). Am 16.10. wurde im Norden der Hafenstadt Massaua eine äthiopische Einheit erfolgreich überfallen. — Das sind nur einige Beispiele.

Der Feind scheint starke Schwierigkeiten zu haben. Das läßt sich ablesen an den zunehmenden Exekutionen innerhalb der äthiopischen Armee in den Städten. Im September allein gab es 200 Erschießungen in Massaua, davon 150 Milizsoldaten (meist zwangsrekrutierte Bauern mit Kurztraining) und 50 von der Flotte. In Elabereit wurden erste letzte Woche 30, und in Adi Tekeleizan fünf erschossen (beides nahe Keren). Eine immer größere Anzahl äthiopischer Soldaten flieht zur EPLF. Erst letzten Donnerstag sind 20 Milizsoldaten aus Massaua geflohen und haben sich unseren Einheiten in dieser Gegend angeschlossen.

Bei Nacfa (Schauplatz der gescheiterten 5. Großoffensive der Äthiopier) ist zur Zeit alles ruhig. Die Äthiopier werden natürlich versuchen, so viele Soldaten wie möglich zu rekrutieren und noch-

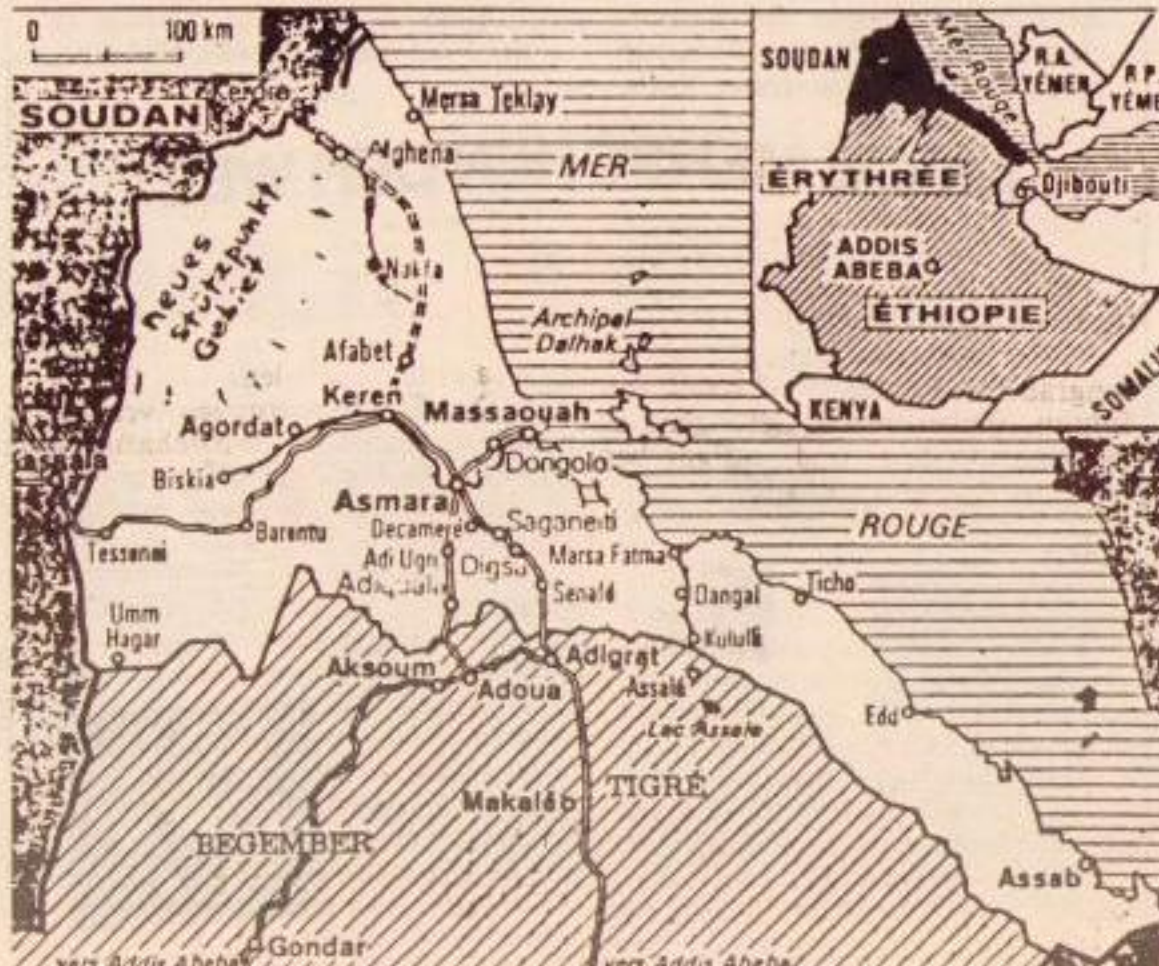
mal anzugreifen. Aber seit Juli hat sich noch nichts wieder gerührt.

Weiterhin hat es einige Kämpfe südlich von Decamhare gegeben.

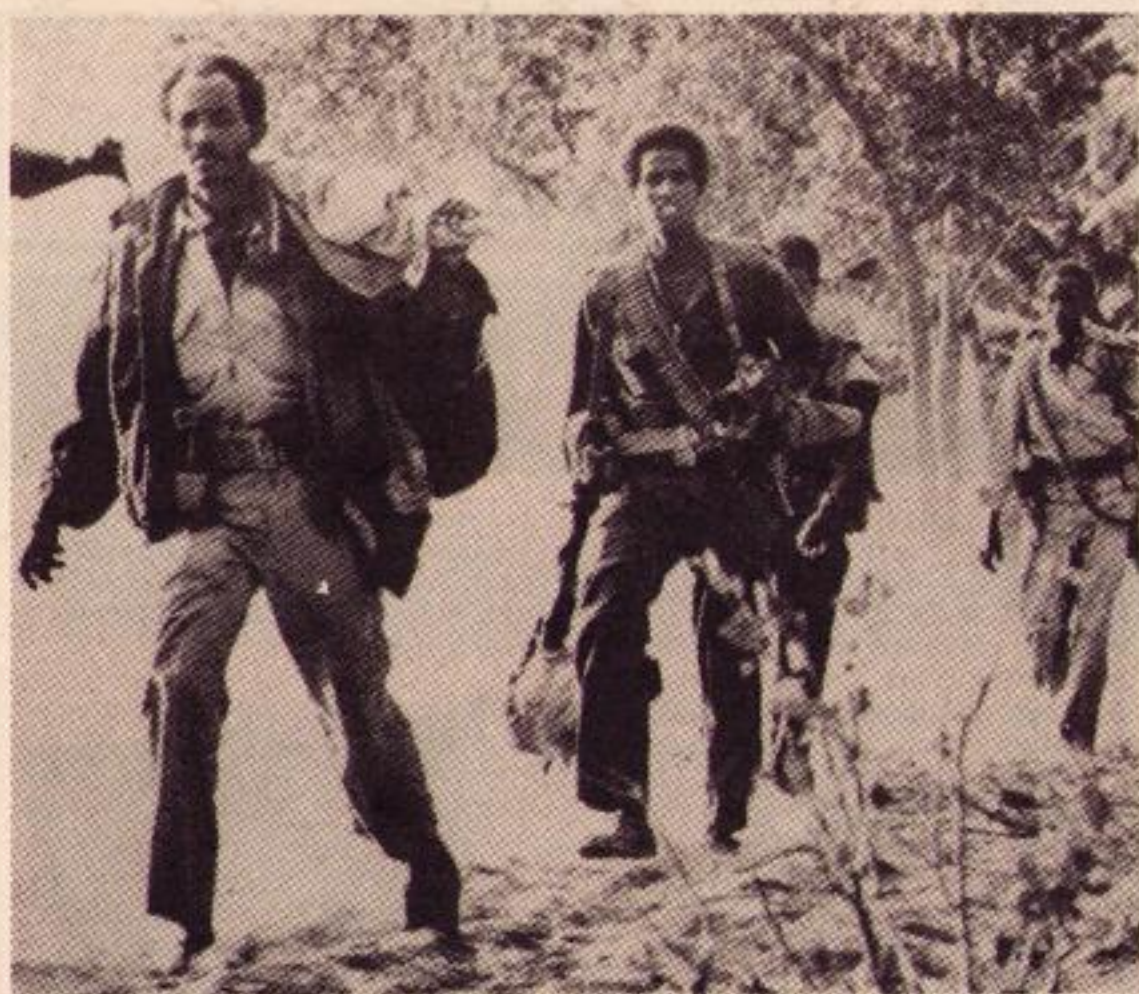
Besonders wichtig ist, daß die Arbeit unserer Massenorganisationen jetzt verstärkt überall weiterläuft. So wird z. B. um Zagre herum und auch südlich von Decamhare in unseren Landwirtschafts-Kooperativen mit der Ernte begonnen.

Wir gehen davon aus, daß die Äthiopier sich auf eine 6. Offensive vorbereiten. Ihre Truppeneinsätze haben bisher noch keineswegs zum erwünschten Erfolg geführt. Sie werden bisher noch nicht verwendete Waffen einsetzen, möglicherweise Chemikalien. Hinzu kommen Hubschrauber, die sie jetzt in großer Menge eingekauft haben. Der jüngste Besuch Kossyngins und seiner hochrangigen Delegation in Addis Abeba hatte zum Ziel, die Unterstützung der Sowjets auch in dieser nächsten Offensive zu bekräftigen. Dieser Besuch, sowie auch das Solidaritätstelegramm Breschnevs an Mengistu (äthiopischer Junta-Chef) zeigen, daß die Äthiopier den Krieg nur fortsetzen können, wenn sie um verstärkte Beteiligung der Sowjets bitten. Die Sowjets haben eine große Anzahl von Hubschraubern eingeflogen, ausgerüstet mit Raketenwerfern und Maschinengewehren. Sie hoffen, daß diese im Einsatz effektiver sein werden als die MiG-Jäger.

Auf internationaler Ebene ist besonders ermutigend die Erklärung Mosambiks! Eine eindeutige Parteiergreifung für unsere Revolution!







Kämpfergruppe unterwegs

Dörfern um Asmara herum. Eine Kette von Holz- und Stein-Blockhütten erstreckte sich von nahe der Asmara-Massaua-Straße, herum um die Hauptstadt, bis zur Straße Asmara-Keren, und, nach EPLF-Auskunft, setzt sich in beiden Richtungen von diesen beiden Hauptstraßen aus weiter fort.

Hinter diesen Linien erschienen die Aktivitäten der Front noch unverändert genauso, wie ich sie acht Monate zuvor gesehen hatte — abgesehen vom Transportsystem. Ich besuchte blühende EPLF-Zitrusplantagen, Kaffeeplantagen, Feld-Hospitäler, Schulen, ein Ausbildungslager, eine Getreidemühle und eine Reihe von Versorgungsstationen. Aber — wichtiger noch — ich kam in Dörfer und Städte, in denen die Zivilbevölkerung weiterhin ihre Massenorganisationen für Bauern, Frauen und Jugendliche und Arbeiter aufrechterhalten hatte, auch ihre „Volksversammlung“ — Organ der Selbstverwaltung — und ihre bewaffnete Miliz.

Trotz der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, entstanden durch die äthiopischen Vormärsche im letzten Jahr und das darauf erfolgte Abströmen von Flüchtlingen in die verbliebenen befreiten Gebiete, war die Moral und Geduld dieser Menschen unerschütterlich.

Bei zahlreichen Gesprächen wurde die Unsinnigkeit des „Äthiopischen Sozialismus“ enthüllt von Menschen, die Geschichten erzählten über die Beschlagnahme von Produkten der Dorfeigenen Kooperativen, die früher mit EPLF-Hilfe aufgebaut worden waren.

Sie erzählten, wie die Äthiopier reiche Bauern auswählten, die früher gegen die EPLF-Landreform waren, und sie als neue regierende „Kebele“-Chefs („Kebele“ bedeutet: Verwaltungsbereich, Anm. AK) über die eroberten Dörfer einsetzten. Und sie beschrieben auch, wie Reihen von Landminen in ihre Felder gesetzt worden sind, um sie von ihrem Lebensunterhalt abzuschneiden.

sind, um sie von ihrem Lebensunterhalt abzuschneiden.

Im Gegensatz dazu — darauf bestanden sie — hätten sie unter der EPLF die Freiheit kennengelernt, und jetzt würden sie sich niemals mehr mit schlechteren Bedingungen zufrieden geben — egal, wie lange es dauern würde, die Freiheit zurückzugewinnen. „Dies ist unser Land!“ erklärte ein 75 Jahre alter Bauer in Fische, und stampfte zur Bekräftigung mit seinem Stock auf den Boden. „Wir wollen kein Land von irgendjemand anderem, aber unser eigenes. Und selbst wenn Rußland und Kuba Äthiopien unterstützen, werden wir kämpfen bis zum letzten Mann.“

Als ich eine 45 Jahre alte Witwe fragte, ob sie nicht lieber den Krieg beendet sähe, egal wer gewinnt, antwortete sie ganz empört: „Was mich betrifft — ich will ihn sofort beenden, noch heute. Aber ich will nicht, daß der Krieg aufhört, bevor der Feind unser Land verlassen hat. Ich will einen Sieg.“

Auf unserem achttägigen Rückmarsch Richtung Nacfa, wo die entscheidenden Schlachten der einjährigen äthiopischen Offensive kurz bevorstanden, bekam ich ein weiteres sehr drastisches Beispiel für die hauptsächliche Taktik des DERG, mit der es das eritreische Volk auf seine Seite ziehen will: Terror.

Eines Morgens um 7 Uhr luden wir unser Kamel ab, in der Nähe einer Wasserstelle in einem trockenen Flußbett. Wir packten die Sachen in den spärlichen, gescheckten Schatten einer dornigen Akazie, um dort Tee zu kochen und für den Rest des Tages zu rasten. Während der nächsten zwei Stunden sah ich eine Reihe von Kamel-Karavanen an uns vorbeiziehen, beladen mit den gekrümmten Pfosten der Hütten der Halb-Nomaden, überdacht von leuchtend bunten, aus stroh geflochtenen Baldachinen mit großen roten Kreuzen

darauf, die eine erst kürzlich gefeierte Hochzeit anzeigten.

Kurz nach neun hörte ich die zwei MiGs über uns hinwegfliegen. „Sie werden die Leute bombardieren“, sagte mein EPLF-Begleiter. Ich glaubte das nicht. Es konnte gar kein Irrtum bestehen, daß es sich hier nur um Zivilpersonen handelte, mit ihren von kleinen Kindern gehüteten Ziegen und Schafen, die sich auf der Wanderung befanden.

Sekunden später hörten wir die erste Explosion. Dann, kurz danach, die zweite. Und dann eine dritte und eine vierte. Als wir später den Ort des Angriffs erreichten, war das einzige Zeichen dafür, was geschehen war, eine leuchtendrote Blutpfütze im Sand. In der Nähe lag ein grotesk verformtes Stahlstück von einer Bombe mit darauf eingravierten russischen Buchstaben. Zwei Frauen und ein siebenjähriger Junge waren verwundet. Fünf Kamele verletzt, eins sterbend. Fünf Familien durch eigenen Schaden gegen die äthiopische Eroberung erbitterter als je zuvor.

Eine Woche später, als ich — wieder in der Nähe von Nacfa — morgens um 4 Uhr aufwachte, fragte ich den Kämpfer auf der nächsten Decke neben mir, ob es Donner oder Artillerie war, was ich gehört hätte. „Es ist nur der Wind“, antwortete er und stand auf, um das Kamel zu beladen. Aber als wir mit der Zeit aus dem Tal herauskletterten auf einen hohen Bergkamm, konnte man klar die Laute des Krieges unterscheiden zwischen dem Rascheln der frühmorgendlichen Brise, eine synkopische Schlagfolge, gespielt in einem ständigen unregelmäßigen Rhythmus, bald bei Tageslicht begleitet durch das hohe Pfeifen der MiGs.

Die Offensive hatte begonnen, von der beide Seiten sagten, sie sei die entscheidende.

Das gedämpfte Getöse dauerte an, als wir uns der Stadt näherten, trotz

Das gedämpfte Getöse dauerte an, als wir uns der Stadt näherten, trotz der dicken Wolkendecke blieben die MiGs bis zum späten Nachmittag in der Luft — aber umsonst. Der erste äthiopische Ansturm begann um 5.30 Uhr am morgen, wurde aber innerhalb einer Stunde durch die EPLF zurückgeworfen. Ein zweiter äthiopischer Vorstoß wurde um 10 Uhr gebrochen, und um 17 Uhr nachmittags begann die EPLF einen Gegenangriff, bei dem über drei Kilometer weit vorgedrückt wurde.

Gleichzeitige Angriffe starteten die Gegner an der östlichen Küsten-Front und eine dritte neue äthiopische Front wurde zwischen diesen beiden Fronten eröffnet, indem eine Streitmacht von 10.000 Mann versuchte, von hinten auf einer erst kürzlich von der EPLF erbauten Straße in Richtung Nacfa vorzurücken. Bis zum Wochenende nach Freitag, dem 20. Juli, waren die äthiopischen Opfer auf eine Höhe angestiegen: Über 15.000 Verwundete und Tote, und kein Stück Land erobert. Die dritte Front war vollständig aufgelöst. Tausende von Bauernsoldaten lagen tot und verfaulend in der heißen Sonne, als EPLF-Kämpfer sie in anonymen Massengräbern bestatteten und damit fortführten, umherirrende Gefangene zusammenzutreiben und aufgegebene Waffen einzusammeln.

Die Kämpfer sangen und tanzten bis spät in die Nacht um hunderte von weit verstreuten Lagerfeuern herum, sie feierten die entscheidende und offensichtlich endgültige Niederlage der schwerbewaffneten äthiopischen Armee. Weitere Kämpfe blieben noch anzufechten, aber die langerwartete Gelegenheit für die Eritreer, das Blatt zu wenden und ihrerseits in die Offensive zu gehen, schien endlich gekommen zu sein. Im Hochland, weit weg vom Norden, warteten die Bauern geduldig auf die Rückkehr der EPLF.

## Verfassungskonferenz in London: Kompromisse ausgeschlossen

Die am 10.9.79 in London begonnene „Verfassungskonferenz“ zwischen der rhodesischen Rassistenregierung, der britischen Regierung und der Patriotic Front (PF) ist offiziell noch zu keinem Ende gekommen. Das Ziel, das die rhodesische und britische Regierung mit dieser Konferenz verfolgen — Anerkennung des Marionettenregimes und Aufhebung der „Wirtschaftssanktionen“ bei gleichzeitiger Isolierung und möglicher Spaltung der PF — ist in erreichbarer Nähe gerückt. Erschwert wird die Bewertung der Ereignisse durch die Geheimhaltung von wesentlichen Dokumenten durch die Teilnehmer. Erstaunt hat uns die offensichtlich sehr starke Kompromißbereitschaft der PF im Verlauf der Konferenz: Die PF ist mittlerweile von wesentlichen, vor der Konferenz als unverzichtbar bezeichneten Forderungen abgerückt.

Die Positionen der PF vor und am Anfang der Konferenz waren, kurz umrissen:

— Die PF verhandelt nur mit Großbritannien, Verhandlungen mit „Mördern wie Muzorewa und Smith“ werde es nicht geben.

— „Kraft ihrer etablierten militärischen und politischen Position ist die Patriotic Front der einzige legitime und authentische Vertreter des Volkes von Zimbabwe geworden, ohne dessen Zustimmung keine Regelung irgendwelcher Art jemals Erfolg haben könnte.“

— Grundlage einer „jeglichen gewünschten Verfassungsregelung“ müsse die „Auslösung des tyrannischen und rassistischen Regimes zusammen mit seinen physischen Mitteln der Kontrolle und der folgenden Ersetzung durch eine wahrhaft demokratische Regierung sein, deren Kontrolle die Befreiungskräfte unterstellt und die in eine Volksarmee umgewandelt werden“. Dementsprechend forderte die PF, vor der Verfassungsfrage die Frage der Übergangsregelung, der Übergabe der Macht zu diskutieren.

— Ausdrücklich hat sich die PF gegen die eventuelle Aufnahme von Bestimmungen in eine künftige Verfassung gewehrt, die „eine besondere Stellung für Gruppen oder Gemeinschaften schaffen oder solchen Gruppen irgendeine vorzugsweise Behandlung auf keiner anderen Grundlage als der von Rasse und Farbe zugestehen“. „Alle Bürger, die vor dem Gesetz gleich sind, müssen sich gleicher Rechte und Privilegien erfreuen“ (alle Zitate aus dem gemeinsamen Kommuniqué der ZANU und ZAPU nach Gesprächen in DarEsSalam, nach monitor-dienst, 24.8.79)!

— Insbesondere hat sich die PF gegen abgesonderte Wahlverfahren, Wahllisten etc. für die weiße Minderheit bei zukünftigen Neuwahlen ge-

Wahllisten etc. für die weiße Minderheit bei zukünftigen Neuwahlen gewandt.

— Die PF hat den britischen Vorschlag für eine Verfassung mehrfach ausdrücklich abgelehnt, sowie selbstverständlich auch die britische Forderung nach einem Waffenstillstand. Dementsprechend hatte die PF einen eigenen Vorschlag vorgelegt, der in wesentlichen Punkten dem britischen widersprach.

### Die Konferenz

Von Beginn an hat die Muzorewa-Delegation ihren Kurs der Provokationen

gegen die PF voll ausgefahren. Durchgängig bezeichneten Muzorewa selbst sowie die anderen Teilnehmer der Delegation die PF als „Möchtegern-diktatoren“, „feige Terroristen“, „blutrünstige Banditen“ usw. Eigentlich gebe es nach Muzorewa überhaupt keinen Grund zum Verhandeln, da in Rhodesien längst eine schwarze Mehrheitsregierung existiere (!). Seines Erachtens gehe es bei der Konferenz lediglich um einige, kleine Verfassungsänderungen, nach deren Vollzug die „Wirtschaftssanktionen“ aufgehoben werden müßten. Tatsächlich hat Muzorewa bis heute seinen Standpunkt zur Konferenz nicht aufgegeben und bereits mehrfach betont, daß er nach Klärung der „Verfassungsfrage“ abreisen werde. Die PF hat ihrerseits erklärt, daß sie keinerlei eventuelle Verhandlungsergebnisse akzeptieren werde, wenn nicht die Frage der Übergangsregelung verbindlich abgeschlossen werde, hat sich aber bereit erklärt, diese Fragen erst nach Klärung der Verfassungsfrage zu diskutieren.

Der britische Vorschlag beinhaltet im Kern die Abschaffung der Sperrminorität für die weiße Minderheit, die sie momentan mit 28 von 100 rhodesischen Parlamentssitzen innehat. Die Zahl der weißen Sitze soll auf 20 heruntergeschraubt werden und Verfassungsänderungen künftig mit 70 % der Stimmen möglich sein. Der britische Vorschlag sieht außerdem die Schaffung eines „Oberhauses“ (Senat) vor, das (anfangs zu einem Drittel), jetzt zu einem Viertel der weißen Minderheit reserviert bleiben soll. Besondere Wahllisten für die weiße Minderheit (ca. 3 % der Bevölkerung) sind Voraussetzung dieses Vorschlags.

Nachdem Vertreter der Muzorewa-Delegation eine eventuelle Zustimmung zum britischen Vorschlag andeuteten (unter der Bedingung der Aufhebung der „Sanktionen“) überraschte die PF am 24.9. die Konferenzteilnehmer mit dem Verzicht auf ihren eigenen Vorschlag und unterbreitete einen neuen, der die britische Lösung zur Grundlage hat. Statt 20 reservierten weißen Plätzen schlägt die PF nun 24 vor, bei Aufstockung des Parlaments auf insgesamt 120 Mitglieder, d. h. 20 % der Parlamentssitze sollen der weißen Minderheit vorbehalten bleiben. Ein separates Wahlverfahren ist bei diesem Vorschlag ebenfalls notwendig. Umstritten ist lediglich noch die Zeitdauer, für die diese Regelung beibehalten werden soll. Ein Sprecher der PF teilte mit, seine Organisation habe im Interesse einer Versöhnung (??), jedoch unter Protest eingelenkt: „Es erfüllt uns mit Trauer, daß wir so etwas präsentieren müssen. Es widerspricht unserem Gerechtigkeitsgefühl, aber es blieb keine Alternative.“ („TAZ“, 26.9.). Mugabe

regierte dann ebenfalls, das Marionettenregime anzuerkennen und die „Sanktionen“ aufzuheben. Große Teile der Thatcher-Partei fordern ohnehin schon jetzt die Anerkennung Muzorewas. Was angesichts des Ablaufs der Konferenz und der Begleitumstände die PF zu derart weitgehenden Zugeständnissen bewegt, bleibt unklar. Kompromisse können und sollen auf dieser Konferenz gar nicht erfolgreich sein. Momentan arbeitet eine Politik der Kompromißbereitschaft objektiv der Taktik der britischen Regierung, sich als „Vermittler“ darzustellen, in die Hände.

einem BBC-Interview erklärte: „Ich habe keine Bedenken, mit Peter Walls (Kopf der rhodesischen Rassistendar-mee) in jedem erforderlichen Umfang zusammenzuarbeiten“. Die derzeitige Armee enthalte zwar „ungewünschte Elemente“, aber auch „viele gute Elemente, mit denen wir Seite an Seite zusammenarbeiten werden“ („FR“, 28.9.). Auch Mugabe äußerte in einem Interview, daß die PF „einfache Männer (der rassistischen Armee, d. Red.), die bereit sind, Änderungen zu akzeptieren und sich auf sie einzustellen, akzeptieren“ werde. Aufgelöst bzw. entlassen werden müßten allerdings die „Selous Scouts“ (Spezial-Anti-Guerilla-Truppe) sowie alle weißen Offiziere, die sich ideologisch dem alten Rassistenregime verpflichtet fühlten („IHT“, 27.9.).

Am gleichen Tag, als diese Äußerungen von BBC ausgestrahlt wurden, begannen Luft- und Bodentruppen eben dieser rhodesischen Armee, unter dem Oberbefehl des eben zitierten Generals Wall, einen erneuten, fünf Tage andauernden militärischen Überfall auf das Nachbarland Mosambik mit dem speziellen Auftrag, mehrere Lager der PF zu vernichten. Nach rhodesischen Angaben wurden „mehrere Hundert“ Guerillas, tatsächlich wohl eher Flüchtlinge, bei diesem Überfall ermordet („IHT“, 28.9. und 2.10.).

Die Muzorewa-Delegation hat in ihrer Gesamtheit bisher nicht eine verbindliche Zusage — nicht mal in bezug auf die Verfassung — gemacht; Ian Smith, weißes Mitglied der Muzorewa-Delegation, ist mittlerweile nach Rhodesien zurückgefliegen und hat von dort aus verlaun lassen, die weiße Parlamentsfraktion werde einer Beschneidung ihrer Rechte nicht zustimmen. Die britische Regierung forderte die PF ultimativ auf, dem britischen Vorschlag bis zum 11.10. zuzustimmen. Das hat die PF bisher abgelehnt und stattdessen weitere Kompromißvorschläge unterbreitet, denn, so Nkomo, „wir sind schließlich hierhergekommen, um zu verhandeln“ („FR“, 11.10.). Möglich erscheint ein „Ergebnis“ der Konferenz auf genau dieser Ebene eines abgekarteten Spiels: Muzorewa stimmt dem britischen Vorschlag zu, hält sich aber in der Person von Ian Smith noch eine Hintertür offen und wird unabhängig von Zustimmung oder Ablehnung der PF nach getroffenen Vereinbarungen mit der britischen Regierung abreisen, ohne über die Fragen der Übergangsregelung zu diskutieren. Etwas Verfassungskosmetik in Rhodesien im Sinne des britischen Vorschlags wird es der britischen Regierung dann erlauben, das Marionettenregime anzuerkennen und die „Sanktionen“ aufzuheben. Große Teile

der Thatcher-Partei fordern ohnehin schon jetzt die Anerkennung Muzorewas. Was angesichts des Ablaufs der Konferenz und der Begleitumstände die PF zu derart weitgehenden Zugeständnissen bewegt, bleibt unklar. Kompromisse können und sollen auf dieser Konferenz gar nicht erfolgreich sein. Momentan arbeitet eine Politik der Kompromißbereitschaft objektiv der Taktik der britischen Regierung, sich als „Vermittler“ darzustellen, in die Hände.

Afrika-Kommission

## Kurzmeldungen

### Truppeneinmarsch in Sambia

Nach Angaben des sambischen Präsidenten Kaunda sind mehr als tausend Soldaten aus Südafrika und Rhodesien in Sambia eingefallen.

Die Invasionstruppen versuchten, alle strategischen Wirtschaftseinrichtungen des Landes zu zerstören. Bei den Invasoren handelte es sich um 600 Südafrikaner und 400 Rhodesier, die in den Südwesten Sambias eingedrungen seien („Neue“, 24.10.).

Die rassistischfreundliche südafrikanische Zeitung „To the Point“ berichtete kürzlich, daß die südafrikanischen Militärs eine großangelegte Intervention in Rhodesien und militärische Aktionen gegen die Frontstaaten vorbereiten. Der Divisions-General Malan habe in Begleitung höherer Offiziere alle Militärregionen des Landes inspiziert und diese Offiziere über die vom „Generalstab“ ausgearbeitete Gesamt-

strategie“ informiert, die auch von der Regierung begrüßt werde.

Ein totaler Zusammenbruch des Regimes in Salisbury und ein massiver unkontrollierter Exodus der weißen Siedler mache ein schnelles Eingreifen der südafrikanischen Streitkräfte nötig, schreibt die Zeitschrift weiter und schließt: „Über 500 Panzer, 2.500 Kettenfahrzeuge und fast 500 Flugzeuge sind in Alarmbereitschaft versetzt“ („Neue“, 25.10.).

..

### Westsahara: Angriff auf marokkanische Garnison Smara

Am 6. Oktober griff die Frente Polisario das religiöse und historische Zentrum der Westsahara, Smara, an.

Smara ist eine zentrale Bastion im Dreieck El Aïoun, Boucraa, Smara, das

den Reichtum der Westsahara, die Phosphatlager, umschließt. Smara konnte von den Truppen der Polisario nicht befreit werden und steht weiter unter marokkanischer Kontrolle. Die Sahauris konnten allerdings den Ort für mehrere Stunden besetzen und dabei 65 Angehörige der marokkanischen Streitkräfte, unter ihnen zwei Leutnants, gefangennehmen. Der Flughafen und mehrere Maschinen wurden zerstört und große Mengen an Kriegsmaterial erbeutet.

Ein großer Erfolg aber ist vor allem die Befreiung der saharischen Bevölkerung des Ortes.

Im Verlauf des Kampfes um Smara setzten die Marokkaner auch erstmals die von Frankreich gelieferten Mirage F-1 Kampfbomber ein, die die militärische Überlegenheit der Marokkaner bewirkten („Neue“, 23.10.).



# asien

## Massenproteste gegen die Park-Diktatur



Der bekannte Dichter Kim Chi Ha, seit Jahren in den Kerkern Südkoreas

Als am 18. Oktober über die südkoreanische Hafenstadt Pusan das Kriegsrecht verhängt wurde, war das der bisherige Höhepunkt einer langen Reihe von Unterdrückungsmaßnahmen der Park-Jung-Hi-Diktatur gegen das koreanische Volk.

Seit Jahren regiert Park Jung Hi mit Hilfe von Notstandsverordnungen, die praktisch jede kritische Äußerung als „kommunistische Propaganda“ unter Strafe stellen. In den Kellern des koreanischen CIA, der von seinem amerikanischen Namensvetter aufgebaut wurde und sich als gelehriger Schüler erwies, wurden und werden Studenten, Professoren, Journalisten, Gewerkschafter, Geistliche und andere Oppositionelle grausam gefoltert.

In den letzten Monaten hatten die Praktiken des südkoreanischen Regimes zunehmend Proteste der demokratischen Öffentlichkeit im Ausland hervorgerufen.

Da war einmal der Fall der 200 Textilarbeiterinnen der Y.H. Trading Company, die das Büro der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei (NDP) besetzt hatten, um gegen ihre Entlassung zu protestieren. In einem brutalen Einsatz von 2.000 Polizisten wurde eine Arbeiterin getötet, 20 wurden verwundet, 170 verhaftet. Da legale oppositionelle Betätigung praktisch unmöglich ist, artikuliert sich ein großer Teil des Protests im Rahmen der christlichen Kirchen. Diese und ihre Institutionen wurden daher auch immer wieder zum Angriffsziel von Unterdrückungsmaßnahmen. Zu einhundert bis sieben Jahren wurden beispielsweise die Angeklagten im sogenannten „Akademie-Prozess“ verurteilt. Unter der absurden Behauptung, die Mitglieder der Christlichen Akademie hätten „aus Nordkorea eingeschmuggelte Bücher gelesen, den nordkoreanischen Rundfunk und Radio Moskau abgehört sowie eine Organisation gegründet und damit nordkoreanische Umtriebe begünstigt“ („Süddeutsche Zeitung“, 28.9.79).

In diesem Gerichtsverfahren wurde auch erstmals offen zugegeben, daß in südkoreanischen Gefängnissen gefoltert wird - „Folterung ist zwar problematisch, aber ein noch größeres Problem sei die Begünstigung Nordkoreas“ („SZ“, 28.9.79), meinten dazu lapidar die Richter.

In einem sogenannten Spionage-Prozess wurden der Universitätsprofessor Im Dong Kyu zu lebenslänglich, der in Japan lebende Fotojournalist Chi Jung Kwan zu 15 Jahren und drei weitere Angeklagte zu Strafen zwischen drei Jahren und lebenslänglich verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen zwei der Angeklagten sogar die Todesstrafe gefordert.

Für die absurde Behauptung der „Spionage für Nordkorea“ gab es nicht den Schimmer eines Beweises. „Trotz langer Verhöre durch den südkoreanischen Geheimdienst, in denen Chi auch bewußtlos geschlagen worden war, vermochte jedoch die Staatsanwaltschaft in der schließlich verfaßten Anklageschrift kein einziges konkretes Datum für die angeblich konspirativen Treffen Chis mit nordkoreanischen Agenten zu nennen (...); außerdem warf sie Chi das Sammeln von militärischen Geheiminformationen ausgerechnet durch Ausschnittsammlungen aus der südkoreanischen Presse vor“ („FAZ“, 10.10.79).

Der Club der Auslandsprese in Tokio hatte gegen die Anklage protestiert. Außerdem faßten die Auslandsjournalisten den einstimmigen

Beschluß, die Familie Chis finanziell zu unterstützen, bis der Fall geklärt ist.

Der Generalsekretär der Menschenrechtskommission des Kirchenrats, Lee Kyong Bae, ist seit seiner Verhaftung Mitte September spurlos verschwunden.

Als 35 Pfarrer der anglikanischen Kirche in der Kathedrale von Seoul einen Gottesdienst abhalten wollten, wurde das gesamte Gebiet um Kathedrale und Rathaus von rund tausend Bereitschaftspolizisten abgeriegelt.

### Mutige Protestaktionen

Trotz Folter und drakonischen Strafen hatte es gegen diese Maßnahmen ständig Proteste, insbesondere unter den Studenten in Seoul, Pusan und anderen Städten gegeben. Am 4. September hielten 500 - 1.000 Studenten verschiedener Universitäten in Taegu Versammlungen und Demonstrationen ab. Es wurden Flugblätter verteilt, auf denen gefordert wurde: „Park Jung Hi, tritt zurück“, „Zurücknahme der Notstandsverordnungen“. In einer Demonstration wurde eine „Untersuchung des Todesfalls einer Arbeiterin der Y.H. Trading Company“ gefordert. Auf anrückende Bullen warfen die Studenten mit Steinen. Es gab zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten. Mehr als 80 Studenten wurden zur Bullenstation mitgenommen (Informationen nach „Pyongyang Times“, 15.9.79).

Am 20. September verteilten Studenten der Universität Seoul eine „1979 Erklärung für Campus-Demokratie“, worin unter anderem gefordert wurde: „1) damit aufzuheben, Arbeiter zu entlassen und üble Unternehmer zu bestrafen, 2) den Vorsitzenden der Textilarbeitergewerkschaft rauszuschmeißen und die Bildung einer demokratischen Gewerk-

ter anderem Gespräche mit der Koreanischen DVR („Nordkorea“). In einem Interview der „New York Times“ hatte Kim gefordert, „daß die US-Regierung dem südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung Hee die Unterstützung entziehen solle. Außerdem bezeichnete er die Präsenz amerikanischer Truppen in Südkorea als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes“ („SZ“, 5.10.79).

Daß solche Äußerungen nicht in den Rahmen einer Opposition passen, wie Park sie versteht, bekamen Kim und mit ihm seine Partei rasch zu spüren. Zuerst wurde er per Gerichtsbeschluß als Vorsitzender abgesetzt, dann erkannte man ihm auch noch sein Abgeordnetenmandat ab. Die Abstimmung darüber mußte allerdings in einem Nebenraum des „Parlaments“ stattfinden, da Mitglieder der NDP den Plenarsaal und das Rednerpult besetzt hatten.

Inzwischen haben alle 69 Mitglieder der Opposition als Protest gegen die Vertreibung Kims aus dem „Parlament“ ihre Mandate niedergelegt.

Die Auseinandersetzung um die NDP waren dann der Auslöser für die „gewalttätigsten Protestaktionen gegen die autoritäre Regierung seit 15 Jahren. Die Demonstranten griffen die Büros von Zeitungen und Fernsehstationen wegen regierungsfreundlicher Berichterstattung an. Verwaltungsgebäude der Provinzregierung wurden schwer beschädigt“ („FR“, 19.10.79).

Über Pusan, wo am 16. Oktober 3.000 Leute an den Demonstrationen teilgenommen hatten, wurde daraufhin das Kriegsrecht verhängt und Panzer um die Stadt aufgeföhren. Inzwischen hatten die Unruhen sich bereits nach Masan ausgebreitet,



Brutale Bulleneinsätze gegen Demonstranten haben den Widerstand nicht brechen können.

schaft anzuerkennen und 3) die Unterdrückung der Unterstützung christlicher Vereinigungen für die Arbeiter und Bauern zu beenden“ („PT“, 29.9.79). Nachdem die ca. 1.000 Studenten sich zu einer Demonstration formiert hatten, erschienen Hunderte von Bullen auf dem Campus und feuerten Ténengas, um die Demonstranten zu zerstreuen. Ein Polizeifahrzeug wurde von den Studenten zerstört. Neun von ihnen wurden verhaftet.

Am 26. September forderten über 500 Studentinnen der Rihwa Frauenuniversität, daß „KCIA-Leute vom Campus abgezogen werden; Arbeitern und Bauern das Existenzrecht gegeben wird; politische Gefangene freigelassen werden und das Regime der Diktatur zurücktritt“ („PT“, 6.10.79).

Am 27. September demonstrierten über 300 Studenten der Yonsei-Universität in Seoul gegen das Regime.

### Die Angriffe gegen die NDP

Als größte Oppositionspartei war die NDP in den letzten Jahren immer mehr zum Anhängsel der regierenden Partei Park Jung His geworden. Das änderte sich allerdings, nachdem Kim Yong Sam zum neuen Vorsitzenden gewählt worden war. Er forderte un-

wo ca. 1.000 Studenten gegen die Schließung ihrer Universität protestierten und, nachdem sich ihnen Passanten angeschlossen hatten, Polizeistationen und öffentliche Gebäude mit Steinen angriffen („Le Monde“, 20.10.79).

Dem Erzreaktionär Park dürften dabei sicher Erinnerungen an das Ende des ersten Diktators Südkoreas nach dem Krieg, Li Syng Man, gekommen sein, der durch breite Protestaktionen, insbesondere der Studenten, gestürzt wurde.

### Im Hintergrund der US-Imperialismus

In der Nach-Vietnam-Politik der US-Imperialisten nimmt Südkorea eine Schlüsselstellung ein. Trotz aller Wahlversprechen von Truppenabzug ist das Land zu einer waffenstarken Festung ausgebaut worden. Im Frühjahr dieses Jahres fand das größte gemeinsame Manöver von US- und südkoreanischen Truppen statt. Allein im September überflogen US-Spionageflugzeuge siebenmal das Territorium der Koreanischen DVR, was von deren Regierung als Vorbereitung eines neuen Koreakrieges angesehen wird.

Asien-Australien-Kommission

## Zum Nachtisch blaue Bohnen

Ein ziemlich jähres Ende fand am Freitag die Karriere des südkoreanischen Faschistenhüpfers Park Jung Hi. Nach den schweren Unruhen der letzten Woche hatten Park und seine Kumpen aus Regierung und Geheimdienst sich im Casino zu einem Essen zusammengesetzt. Dabei kam es offiziellen Darstellungen zufolge zu Auseinandersetzungen zwischen dem Chef des Koreanischen CIA, Kim, und einem Vertreter der Palastwache. Im Verlaufe der Auseinandersetzung wurden die Revolver gezogen und einige Leute erschossen. Park soll dabei von einem Querschläger tödlich getroffen worden sein.

So froh alle in Südkorea über den Tod des verhaßten Faschisten sein können, sollten doch keine Illusionen über einen fortschrittlicheren Kurs der neuen

Führung aufkommen: Als erste Maßnahme wurde über das ganze Land das Kriegsrecht verhängt und eine Pressezensur (offiziell) verkündet.



## Thailand-Kampuchea: die Lage bleibt explosiv

Intensive diplomatische Aktivitäten begleiten momentan die militärische Zuspitzung an der thailändisch/kampucheanischen Grenze. In Gesprächen mit der thailändischen Regierung hat Vietnam erst kürzlich ausdrücklich versichert, die Pol-Pot-Mörderbanden nicht bis auf ihre thailändischen Rückzugsgebiete zu verfolgen. Dies teilte der vietnamesische Minister Nguyen Co Tach der thailändischen Regierung in Bangkok mit („FAZ“, 22.10.).

Parallel dazu liefen Gespräche der thailändischen Faschisten mit ihren Verbündeten.

Am 22.10. sind US-Staatssekretär Holbrooke (zuständig für ostasiatische Angelegenheiten) und der stellvertretende US-Sicherheitsbeauftragte Armacost zu Gesprächen in Bangkok („FAZ“, 22.10.).

Die ASEAN-Staaten sicherten Bangkok („FAZ“, 22.10.). Die ASEAN-Staaten sicherten Thailand noch einmal ausdrücklich eine mögliche militärische Unterstützung zu: „Es ist notwendig, sich gegenseitig zu helfen“ („SWB“, 10.10.).

Eine thailändische Militärdelegation wurde vom chinesischen Verteidigungsminister empfangen. Ein Beratungspunkt war die „Aggression und Expansion Vietnams in Südostasien“ („SWB“, 10.10., nach „NCNA“).

Diese diplomatischen Aktivitäten (hinzu kommt noch erstmals seit drei Jahren ein Besuch einer US-Senatsdelegation in Kampuchea) haben

die militärische Zuspitzung natürlich nicht abgemildert. Lediglich am Tag des Besuchs der vietnamesischen Delegation in Bangkok schwiegen die Waffen an der Grenze („SZ“, 22.10.). Ansonsten entwickelt Thailand seine provokative Kriegspolitik weiter: Erstmals bombardierte die thailändische Armee kampucheanisches Gebiet mit Artillerie. Der Angriff wurde einerseits mit angeblichen vorherigen vietnamesischen Übergriffen begründet, andererseits aber als klarer Präventivschlag propagiert. Es solle ein Übergreifen Vietnams auf thailändisches Gebiet verhindert werden („SZ“, 24.10.). Die thailändische Armee führt entlang der kampucheanischen Grenze Panzer- und Luftwaffenmanöver durch („Bangkok Nation Review“ lt. „SWB“, 15.10.). Aufgrund militärischer Zusammenstöße im Zuge dieser Manöver protestierte die kampucheanische Regierung offiziell bei der thailändischen Regierung („SPK“, lt. „SWB“, 15.10.).

Letztlich benutzt auch der chinesische Ministerpräsident Hua seine Westeuropareise erneut zum Säbelraseln: „China kann nicht zulassen, daß sich Vietnam als absoluter Herr in Südostasien aufstellt, wie es die Kubaner in Afrika tun. Die chinesische Regierung hat ihre Haltung in dieser Frage klar ausgedrückt“ (Hua lt. „FAZ“, 19.10.). In der Tat - zuletzt im März dieses Jahres.

Asien-Australien-Kommission

## Kampuchea-Solidarität

Der Studierendenrat des Westfalen-Kolleg Paderborn hat uns gebeten, folgende Presseerklärung abzudrucken. Um die Kampuchea-Solidarität materiell zu verstärken, haben sie diese Initiative ergriffen, „die vielleicht auch eine Anregung für andere Gruppen, Initiativen etc. sein kann. Die einzige Gegenstimme bei der Abstimmung kam pikanterweise von einem KBW-Sympi“, schreibt der Studierendenrat dazu.

### Presseerklärung

Der Studierendenrat des Westfalen-Kolleg Paderborn beschloß auf seiner Sitzung am 23. Oktober 1979, dem hungernden kampucheanischen Volk sofort humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Es werden sofort 100 DM zur Verfügung gestellt, darüber hinaus wird am Westfalen-Kolleg eine Spendensammlung eingeleitet. Nach einem Bericht einer Delegation der UNICEF und des Roten Kreuzes ist die Situation in Kampuchea erschreckend:

„Kambodscha erinnere an Bilder aus dem Konzentrationslager Buchenwald. Es gebe kaum noch Kinder unter fünf Jahren, die wenigen Kinder, die von den geschwächten Frauen geboren würden, hätten kaum Überlebenschancen. Nach einer Schätzung der UNICEF ist der Anteil der Kinder in Kambodscha von 45 auf 20 Prozent gefallen. Für die rund vier

Millionen Menschen, die in Kambodscha vom Hungertod bedroht sind, stehen nur etwa 50 Ärzte zur Verfügung. Nur etwa 15 Prozent der Reisfelder seien bestellt. Von den einst rund acht Millionen Bewohnern lebten nur noch knapp die Hälfte. Ganze Landstriche und Provinzen seien praktisch entvölkert.“ (Süddeutsche Zeitung, 6.10.79)

Hauptverantwortlich für diese Situation sind die katastrophalen Auswirkungen der mörderischen Luftangriffe der US-Streitkräfte im Jahr 1973. Zeitweise flog die US-Air Force täglich fast 300 Luftangriffe, 4-5000 Tonnen Bomben aller Art wurden auf das kampucheanische Territorium abgeworfen, ganze Regionen wurden in Asche gelegt.

Verschärft wurden die daraus resultierenden Versorgungsschwierigkeiten in den letzten Monaten durch die andauernden innerkampucheanischen Auseinandersetzungen.

Wir appellieren besonders an die Bundesregierung, dem kampucheanischen Volk direkt und ohne Bedingungen sofort umfangreiche humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Selbstverständlich sind wir bereit, zusammen mit interessierten Kräften im Paderborner Raum eine Spendenkampagne zu organisieren.

Studierendenrat des Westfalen-Kolleg Paderborn  
Fürstenweg 17b  
4790 Paderborn





# Nachrichten aus Schule und Hochschule



## Göttingen: 700 besetzen ehemalige Augenklinik

Der Kampf gegen die Wohnungsnot in Göttingen, die in diesem Herbst katastrophale Ausmaße angenommen hat (siehe AK 164), fand am 18.10. einen ersten Höhepunkt. Mit großem Beifall begrüßten die 700 Besetzer der gerade stattfindenden Uni-VV die Nachricht, daß die seit Wochen leerstehende ehemalige Augenklinik besetzt worden sei.

Mit nur drei Gegenstimmen verabschiedete die VV eine Resolution, in der die Besetzung begrüßt wurde. Die Universitätsleitung und der Senat der Uni wurden aufgefordert, die Besetzung als „berechtigter Wohnraumbeschaffungsmaßnahme anzuerkennen“. Um ihre „Solidarität und Unterstützung mit dieser berechtigten Aktion zum Ausdruck zu bringen“, zog die VV dann geschlossen hinüber in das besetzte Haus.

Dort konnten sich die Besucher dann einen Eindruck verschaffen von dem Wohnungsskandal. Während immer noch Studenten in der Jugendherberge hausen oder Anfahrräder von bis zu hundert Kilometern zur Uni in Kauf nehmen müssen, stehen direkt neben dem Campus Riesenhäuser leer. Häuser mit sanitären Anlagen, ungewöhnlich großen Räumen, ganzen Wohnungen — und bestens beheizt, sogar die Fahrstühle funktionsbereit noch.

Seit diesem Tag füllt sich das über 2.000 qm große Gebäude, in dem 82 Zimmer sofort beziehbar sind (weitere zehn können durch Umbauten gewonnen werden) mit Leben. Fast jeden Abend laufen Kulturveranstaltungen und fast alle Fachschaftsräte, viele Bürgerinitiativen und Arbeitsgruppen, ja sogar einzelne Seminare halten aus Solidarität mit der Aktion ihre Sitzungen in dem Haus ab. Nachts schlafen im Durchschnitt hundert Leute dort.

Die Besetzer haben verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, so eine Futtergruppe für den Nachschub, eine Öffentlichkeits-AG, einen Wohnungssuchenden Ausschuss etc. Darüber hinaus wurde eine schnelle Mobilisierung bei einer möglicherweise anstehenden Räumung gewährleistet.

Inzwischen wurde damit begonnen, die obersten zwei Etagen des vierstöckigen Hauses zu beziehen. Diese 25 Zimmer sind an Wohnungssuchende vergeben, die begonnen haben, die Räume zu renovieren. Mit einer Politik des schnellen Einzugs soll zum einen die Besetzung des Hauses stabilisiert werden, zum anderen sollen so auch Fakten geschaffen werden für die öffentliche Diskussion, an denen die Universität und der Senat nicht so einfach vorbei können.

### Die Universität schweigt und handelt

Unmittelbar nach der Besetzung war Präsident Kamp für niemanden zu sprechen. Stattdessen schickte er seinen Pressesprecher nach vorne, der aber auf alle Fragen auch nur zu sagen wußte, daß er nichts sagen dürfe.

Allerdings war die Universität nicht untätig. Nachdem sie das leerstehende Gebäude über Wochen hinweg mit einer Temperatur von 22 Grad beheizt hatte, stellte sie die Heizung unmittelbar nach der Besetzung ab, ebenso die Fahrstühle.



Der Spitzel

„Da in das Gebäude Leute widerrechtlich eingedrungen sind, ist es nicht einzusehen, daß denen eine Zimmertemperatur von 22 Grad geboten wird“, so die telefonische Auskunft des zuständigen Baudezernenten. Das Abdrehen der Heizung hat also nur den einen Zweck, die Besetzer zu demoralisieren.

Inzwischen hat die Universitätsleitung bezüglich der Heizung einen ersten kleinen Rückzieher gemacht. Am 23.10. wurde die Heizung wieder angestellt, verbunden mit der Bereitschaft der Besetzer, zwei namentlich genannten Hausmeistern den Zugang zur Toilette in dem Gebäude zu ermöglichen. Die Herren brauchten offensichtlich eine, und sei es auch noch so lächerliche, Legitimation für ihren „Rückzieher“.

### Provokationen

Bereits in der ersten Nacht kam es zu einem Zwischenfall. Gegen 3.00 Uhr rückte auf einmal die Feuerwehr an.

Bisher unbekannte Provokateure hatten auf dem Dachboden direkt unter zwei Rauchmeldern einen Putzlappen in Brand gesteckt. Der Brand konnte glücklicherweise schnell gelöscht werden.

Einer der angerückten Feuerwehrleute meinte zu dem Brand: „Das ist wohl gewesen, um die Aktion in Verfall zu bringen“ (nach einem AStA-Flugblatt). Prompt ging die Meldung vom „Brand in der besetzten Augenklinik“ auch durch die Nachrichten von HR 3 und NDR 2, die vorher kaum etwas über die Aktion berichtet hatten.

Der nächste Zwischenfall ereignete sich dann in der Nacht vom 21. zum 22.10. Nachdem ein bis dahin Unbekannter ein auffälliges Interesse für die Wachdienste und die Funkgeräte gezeigt hatte, wurde er von mehreren Leuten angesprochen. Nach langem Leugnen gestand er ein, als Spitzel tätig zu sein (siehe Presseerklärung des AStA sowie Protokoll des Geständnisses).

Diese Maßnahmen reihen sich ein in das Schweißen und störrische Beharren der Universität auf ihren Ausbauplänen. Sie haben das Ziel, die Besetzer zu verunsichern, die Aktion zu diskreditieren und Mißtrauen unter den Besetzern selbst zu schüren. Dem konnte bisher durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit entgegengewirkt werden. Bis heute ist die Universität politisch mit ihrem Kurs weitgehend isoliert.

### Sympathie aus der Bevölkerung

Insgesamt ist das Echo auf die Besetzung in Göttingen positiv. Zum einen berichtet das „Göttinger Tageblatt“ recht ausgewogen über die Besetzung und die ihr vorhergehenden Aktionen. Am 23.10. veröffentlichte das „Tageblatt“ eine Straßenumfrage auf der fast alle der Befragten die Besetzung als verständlich, wenn nicht gar gerechtfertigt bezeichneten.

Darüber hinaus gibt es viele Zeichen direkter Sympathie. So kommen Bürger in die alte Augenklinik und bringen Kuchen oder Kaffee. Eine ältere Frau hat gemeinsam mit den Besetzern spontan einen Leserbrief geschrieben. Eine Kirchengemeinde spendete am Sonntag 120 Liter Erbsensuppe.

Auch von politischen Organisationen Solidaritätsadressen vor. Der SPD-Unterbezirk Göttingen hat mit 200

gegen sieben Stimmen für die Besetzung „Verständnis“ geäußert und die Universität aufgefordert, das Klinikum zu Wohnzwecken freizugeben. Solidarisiert haben sich u.a. die DKP Göttingen, der MSB-Bundesvorstand, die VDS sowie der Vorstand der Kon-

ferenz niedersächsischer Studentendemoskrate (KNS), die Deutschen Jungdemokraten und der LHV, sowie bisher zwölf ASten aus dem Bundesgebiet.

KHB/Göttingen



## Der Boykott läuft

Auf einer mit fast 600 Teilnehmern so gut wie seit Jahren nicht mehr besuchten Vollversammlung beschlossen die Psychologie-Studenten der Hamburger Universität am 16. Oktober, das gesamte Wintersemester zu boykottieren. Am zweiten (!) Tag des Semesters kamen ca. 50 % der Psych-Studenten zur Vollversammlung — allein dies ist schon ein phantastischer Mobilisierungserfolg, der zeigt, wie ernst es den meisten mit der Verteidigung ihrer Ausbildung ist. Am Ende dieser Vollversammlung stimmten gut 2/3 für den Semesterboykott, während sich 1/3 für einen 14-tägigen Streik (ein Vorschlag des MSB) entschied.

Am folgenden Tag setzte auch tatsächlich emsige Betriebsamkeit ein, große Trupps von Boykotteuren gingen von Veranstaltung zu Veranstaltung. Das Koordinationstreffen zur Vorbereitung von Arbeitsgruppen platzierte mit über 400 Beteiligten völlig aus den Läden. Der Kreis der Befürworter war inzwischen größer geworden. In den Seminaren, die sowieso überaus mäßig besucht waren — manchmal saßen drei Seminarteilnehmer mit 10 bis 15 Boykotteuren zusammen — konnte noch ein Teil zur Beteiligung am Boykott bewegt werden. Eine Unterstützung dabei war die Tatsache, daß das Lehrpersonal oft den Forderungen der Studentenschaft positiv gegenüberstand und teilweise sogar den Boykott öffentlich befürwortete.

### Vorgeschichte

Über die miserable Ausbildungssituation berichteten wir bereits in AK 163: Rapider Abbau der praktischen Therapieausbildung, Auslösungen von Seminaren, Entlassungen von Lehrpersonal — die Liste wäre noch weit auszudehnen. Die Bundesregierung sorgte zwar mit einem Überlastprogramm für ein Ansteigen der Studentenzahlen, aber nicht für eine ebenso solchige Ausweitung des Lehrangebots. Dazu kommt die geplante

Verschulung des Studiums durch Rahmenprüfungsordnung und Hochschullernmengesetz. Daß diese Situation nun mit einem aktiven Boykott beantwortet wird, ist nicht zuletzt Ergebnis der politischen Arbeit in den vergangenen Semestern.

Die Vertretung der Studenten, der Fachschaftsrat, wurde fast immer von Basisinitiativen, Unorganisierten und (bis vor einiger Zeit) von SSB' lern getragen. Ein solcher Fachschaftsrat initiierte auch vor einigen Semestern das „Psych-Plenum“, in dem jede Woche diskutiert und gemeinsame Aktionen beschlossen wurden. Schon im Wintersemester '77 bemühten sich die Psych-Studenten um eine Organisation und inhaltliche Ausgestaltung des bundesweiten Streiks, die möglichst viele Kommiliton/innen in die Durchführung dieses Streiks einbeziehen sollte. So wurden dort Arbeitsgruppen gebildet, die während dieser Wochen sowohl an selbstgewählten Themen arbeiteten, als auch gemeinsam Streikposten standen und das Streikcafé betreuten.

Während des Sommersemesters '79 kam dann der Vorschlag auf, härtere Mittel anzuwenden und statt der befristeten Aktionen einen Semesterboykott durchzuführen. Für viele war das erstmal eine spannende Idee. Vom Psych-Plenum jedoch wurde dieser Vorschlag in die Seminare getragen und dort diskutiert. Auf einem Plenum am Ende des Semesters erschienen 100 Studentinnen und Studenten und beschlossen die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Boykotts. Über die Ferien wurde eine Dokumentation zur Lage am Fachbereich Psychologie erstellt, Artikel für Zeitungen geschrieben, Verbände kontaktiert usw.

### Die Organisation

Um die Vereinzelung und unkoordinierte (In-)Aktivität während eines Boykotts aufzuheben, wurde das Arbeitsgruppen-Konzept aus dem Win-

Göttingen, den 22. 10. 1979, 3.00 Uhr

### Protokoll

Ich, Walter Köhnen, Wohnhaft in Göttingen, Mühlenstr. 5, erkläre hiermit zu Protokoll:

Seit etwa einem Jahr beschaffe ich gegen ein finanzielles Entgelt für einen mir namentlich nicht näher bekannten Günter ... politische Informationen.

Ich lernte besagten Günter ... vor einem Jahr in Göttingen kennen. Seitdem habe ich von ihm mehrfach Aufträge zur Beschaffung von Informationen über politisch aktive Personen erhalten.

Die Auftragserteilung lief in der Regel so ab, daß ich von Günter per direkt ausgehender Brief oder per verabschiedeter Zeitungsannonce einen Treffpunkt mitgeteilt bekommen habe. Diese Treffen fandestatt in Reitstall-Café in Göttingen statt.

Auf diesen Treffen erhielt ich folgende Aufträge:

1. Personen, die dem Ansehen nach nicht Studenten waren, in der Mensa zu beobachten. Diesen Auftrag habe ich zweimal durchgeführt. Bei dem anschließenden Treffen mit Günter wurde mir ein umfangreiches Fotoalbum mit Personen vorgelegt. Ich wurde gefragt, ob ich auf den Fotos Personen aus der Mensa wiedererkennen würde. Obwohl ich diese Frage verneinte, bekam ich für diesen Auftrag 150.- DM ausbezahlt.
2. Ich bekam den Auftrag, in der akademischen Würde in Göttingen zu verweilen und mir dort auffallende Personen zu merken. Bei einzelnen Personen auf den Fotos konnte ich — mit Vorbehalt — Personen aus der Mensa wiedererkennen. Auch für diesen Auftrag erhielt ich 150.- DM.
3. Während der Fahrpreioprozesse in Göttingen sollte ich bei den Prozessen auf Personen achten, die sich „aufmucken“.

1. Bei einer geplanten NPD-Kundgebung in Göttingen sollte ich mich unter die Demonstranten mischen und mir Personen merken. Da die Demonstration nicht stattfand, entfiel dieser Auftrag.

2. Am Mittwoch, den 17. 10., erhielt ich von Günter einen Brief mit der Aufforderung, sich mit Günter an „Donnerstag“, den 18. 10., mit ihm in der Reitstall-Café zu treffen (ca. 16.00 Uhr).

Günter verwies darauf, daß ich den Besuchs der Göttinger Wohnungssuche in den alten Kliniken etwas anbahnen. Er forderte mich auf, mich in die alte Augenklinik zu begeben und insbesondere Sicherheitseinrichtungen, das Bewachungssystem und die Anzahl der dort anwesenden Personen auszukundschaften. Nach einem Beobachtungsgang durch das gesamte Gebäude und Nachfragen zu den gebrauchten Funkgeräten bin ich von anwesenden Besetzern auf meine Tätigkeit in der ehemaligen Augenklinik befragt worden.

Insgesamt habe ich für meine Aufträge mehrere hundert Mark erhalten.

Die besagte Günter beschreibe ich wie folgt: Größe etwa 1,70m, mittellange, dunkle Haare, schmaus- und Kinnbart, leicht unterseht. Bei meinen Treffen mit ihm trug er eine beige Wildlederjacke und graue Hosen mit Fleckgrünmuster. Er trägt eine Digitaluhr.

Ich versichere, daß ich dieses Protokoll freiwillig und ohne Zwang unterschrieben habe.

Göttingen, den 22. 10. 1979

(Walter Köhnen)



## Streik an der Erzieherfachschule

„Die Hauptschüler – die soll'n nicht mehr – auf unsere Schule geh'n – das ist nicht fair. – Wir haben jetzt die Schnauze voll ...“

Mit diesem und vielen anderen Liedern demonstrierten am 16.10. ca. 600 Fachschüler zur Hamburger Schulbehörde. Diese Demonstration war Ausdruck eines aktiven Warnstreiks an den beiden staatlichen Erzieherfachschulen in Hamburg.

Der Anlaß zu diesem Streik sind zwei Entwürfe der Kultusministerkonferenz (KMK), die auf eine bundesweite Vereinheitlichung der Erzieherausbildung abzielen. Sowohl der Entwurf für die Rahmenrichtlinien für die Ausbildungs- und Prüfungsordnung, als auch die vorgesehenen Bestimmungen zum Erwerb der Fachhochschulreife über besondere Bildungswege bedeuten eine bundesweite Verschärfung der Erzieherausbildung. Hiermit wird die Hamburger, als modellhaft geltende Ausbildung abgeschafft, die als Ergebnis der 72'er SPD-„Reformpolitik“ durch mehr kritische Fächer, Zugangsmöglichkeiten auch für Hauptschüler, integrierte Praktika (im Gegensatz zu den sonst üblichen unbezahlten und unbetreuten Vorpraktika) und eine Doppelqualifikation (Berufsausbildung und Fachhochschulreife gleichzeitig) ohne zusätzliche Fächer gekennzeichnet ist. Die ehemals vorhandene Hoffnung auf eine bundesweite Ausdehnung dieses Modells wird nun endgültig genommen.

### Die Auswirkung der KMK-Entwürfe

Durch die neuen Zulassungsbedingungen, die die Hauptschüler von vorne herein von der Ausbildung ausschließen, und durch die Einführung von Mathematik, Englisch und Biologie als

Voraussetzung zum Erwerb der Fachhochschulreife, wird der zweite Bildungsweg abgebaut. Zum einen dadurch, daß einer ganzen Gruppe der Zugang verwehrt wird, und zum anderen in der Ausbildung selber, wo durch die Einführung von Problemfeldern bereits vorprogrammiert ist, daß nur ein sehr geringer Teil die Fachhochschulreife überhaupt noch erlangt. Von dem jetzigen Modell in Hamburg, welches allen Fachschülern die Möglichkeit bietet, ohne zusätzliche Belastungen später auf die Fachhochschule zu gehen – auch den Hauptschülern – bleibt nicht einmal ein kümmerlicher Rest.

Wenn sich tatsächlich alle Bundesländer dem KMK-Beschluß unterordnen, dann kommt dies einer faktischen Aufhebung der Länderhoheit in Bildungsfragen gleich, welche im Potsdamer Abkommen festgelegt und im Grundgesetz verankert ist. Denn zumindest in Hamburg bedeutet es die Aufgabe einer ehemals erreichten Reform zugunsten der Angleichung an andere Bundesländer.

Die angerissenen Punkte zeigen, welche Bedeutung die Auseinandersetzung um die KMK-Entwürfe für die zukünftige Erzieherausbildung und die Auseinandersetzung in allgemeinen Bildungsfragen hat: Zaghafte Reformen (u.a. der zweite Bildungsweg) werden rückgängig gemacht, die Ausbildung wird bundesweit vereinheitlicht, somit besser kontrollierbar und so den „gesellschaftlichen Erfordernissen“ anpaßbar, sprich den vorhandenen Studienplätzen ...

Von Hamburg ausgehend, wo die Auswirkungen der KMK-Entwürfe aufgrund des bisherigen Modellstatus am gravierendsten sind, wurde ein erstes bundesweites Treffen der Fachschüler für Sozialpädagogik einberufen. Auf dem zweiten bundesweiten

Treffen am 13./14. Oktober wurde für den 12. Dezember ein bundesweiter Aktionstag festgelegt, unter folgenden Forderungen:

- Wegfall des unbetreuten Vorpraktikums!
- Während der ganzen Ausbildung ausreichenden praktischen und theoretischen Unterricht!
- Kein Ausschuß der Hauptschüler von der FSP!
- Wegfall der im KMK-Entwurf genannten Zulassungsvoraussetzungen!
- Aufnahme der Fächer Politik, Sozialpädagogik, Soziologie und Medien in allen Bundesländern!
- Keine praktische Prüfung!
- Für die bundesweite fachgebundene Fachhochschulreife ohne zusätzliche Fächer!
- Ablehnung des gesamten KMK-Entwurfs!

Am Aktionstag wird sich der Protest zum ersten Mal auf bundesweiter Ebene äußern. In Hamburg wird zur Zeit daran gearbeitet, eine möglichst breite Aktionseinheit herzustellen. Die Kinderpflegerinnen, die ganz direkt betroffen sein werden, haben am 16.10. spontan mitgestreikt und die Fachhochschüler hatten am Streiktag eine Solidaritätserklärung verabschiedet. In diesem Sinne wird eine weitere Zusammenarbeit angestrebt und als nächster Schritt ist eine gemeinsame Podiumsdiskussion mit GEW, Schulsenator Grolle usw. geplant.

Fachschüler  
des KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadresse des KMK-Ausschusses der Fachschüler Hamburg:  
Kathrin Herbst  
Stresemannstr. 93  
2000 Hamburg 50

## Münster: Prozesse nicht eingestellt

Die Strafverfahren gegen 14 ehemalige Mitglieder studentischer Vertretungsorgane der Universität Münster sollen nun doch vor dem Oberlandesgericht Hamm verhandelt werden.

Im Wintersemester 77/78 hatte Staatsanwaltschaft mit tatkräftiger Unterstützung des RCDS (CDU-naher Studentenverband) Anklage gegen insgesamt 53 Studenten wegen „Veruntreuung studentischer Gelder“ gestellt. „Veruntreuung“ meint hierbei die Wahrnehmung des politischen Mandats in Flugblättern. Alle angerufenen Kammern hatten beschlossen, die Hauptverfahren wegen Beweisnot oder tatsächlicher Schuldlosigkeit nicht zu eröffnen. Nur durch Zufall erfuhren 14 Studenten, daß die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen die Einstellung ihrer Verfahren im Mai dieses Jahres erhoben hatte. Einem der Verteidiger wurde, als er

seine Abrechnung beim Landgericht einreichte, mitgeteilt, die Prozeßakten lägen leider nicht vor. Erst durch Nachfragen erfuhr er dann von der Beschwerde. Die Staatsanwaltschaft, die sich mit der früheren Einstellung der übrigen Verfahren zufriedengegeben hatte, scheint nun gegen diese 14 Angeklagten doch noch zum großen Schlag ausholen zu wollen.

Falls dieser Beschwerde stattgegeben wird, müssen die Betroffenen damit rechnen, daß bis zur endgültigen Rechtskräftigkeit des Urteils noch fünf Jahre vergehen. Schon seit zwei Jahren haben sie mit den Anklagen zu leben; mehr als eine Stellenbewerbung wurde aufgrund der Existenz dieser Anklage abgelehnt.

SSB/Hamburg

## Osnabrück: RCDS contra BG-AStA

Mit Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Präsidenten der Universität Osnabrück und Klagen auf Widerruf gegen den AStA versucht der RCDS seit geraumer Zeit, den Basisgruppen-AStA kaputtzukriegen.

Als Erfolg kann der RCDS dabei bisher immerhin verbuchen, daß der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel den Uni-Präsidenten angewiesen hat, dem AStA die Finanzen zu sperren und die Referenten für bestimmte Ausgaben persönlich haften zu lassen.

Nachdem die Linke Liste (Basisgruppen) im Sommer den AStA bestimmte Ausgaben persönlich haften zu lassen.

Nachdem die Linke Liste (Basisgruppen) im Sommer den AStA übernommen hatte und alsbald öffentlich über die Finanzen Aufschluß gab, beschwerte sich der RCDS im Juli gegenüber dem Präsidenten darüber, daß der AStA-Haushaltsplan „in erheblichem Umfang gegen die Vorschriften der MFO (Musterfinanzordnung) verstößt“. Außer einer Reihe formaler Beanstandungen war und ist dem RCDS v.a. die Wahrnehmung des Politischen Mandats ein Dorn im Auge. Es geht dabei u.a. um Anfang Juli gefaßte Beschlüsse des Studentenparlaments (SP), DM 100,- auf das Bahro-Solidaritätskonto zu überweisen und die Bonner Demonstration gegen das Atomprogramm zu unterstützen. In seinem Schreiben an den Präsidenten forderte der RCDS diesen weiterhin auf, die AStA-Gelder auf Eis zu legen, die Referenten zur Kasse zu bitten und stellte bei Nicht-Beachtung seiner Beanstandungen eine Dienstaufsichtsbeschwerde in Aussicht.

Diese wurde dann auch im August erhoben, nachdem der Präsident festgestellt hatte, daß er den Bedenken des RCDS nicht folgen könne, die Arbeit des AStA vielmehr für ordentlich und satzungsgemäß halte.

Der RCDS wandte sich daraufhin an die örtliche und überregionale Presse und fand z.B. in den Redaktionsstuben der „FAZ“ offene Ohren für seine Lügen- und Diffamierungskampagne gegen den BG-AStA. So selbstverständlich die „FAZ“ (vom 27.8.) den RCDS zu Wort kommen ließ, so gelassen wurde eine Gegenüberstellung des AStA in den Papierkorb befördert.

In ihren Veröffentlichungen versuchten sich die Ringstudenten in die Pose des empörten Steuer(Beitrags-)zahlers zu setzen, dem nur die ordnungsgemäße Verwendung der einge-

zahlten Gelder am Herzen liegt.

„Daß es dem RCDS in der ganzen Kampagne überhaupt nicht um die Finanzen der Studentenschaft geht, machen 2 Beispiele sehr deutlich: der RCDS kritisiert, daß der AStA einer von Studenten getragenen Eltern-Kind-Gruppe 5.000 DM überlassen hat. Schon im Mai 1979 hatte aber das Wissenschaftsministerium in einem Gutachten festgestellt, daß die Schenkung satzungsgemäß zu vertreten sei. Dieses Gutachten war dem RCDS schon zwei Monate vor seiner Kampagne bekannt. In einem anderen Fall moniert der RCDS die Gewährung eines Darlehens über 5.000 DM an einen Studenten, der für seine körperbehinderte Tochter einen Kleintransporter anschaffen mußte, der vor dem Sozialgericht mit Unterstützung der Gewerkschaft gegen das Sozialamt, das eine Anschaffung ablehnte, klagt. Im Studentenparlament stimmte auch der RCDS der Gewährung dieses Darlehens zu. In der Öffentlichkeit nutzt er es jedoch, um hiermit die Veruntreuung studentischer Gelder zu propagieren.“

Dem RCDS dürfte es mit seinen Beschwerden über den Präsidenten vorrangig wohl darum gehen, übergeordnete Stellen im Ministerium zu mobilisieren und so die kompetenten Kräfte zum Einsatz, der im NHG vorgesehenen Machtmittel zur Liquidierung einer linken AStA-Politik zu veranlassen. Diese Bemühungen haben insoweit gefruchtet, als Pestel den Präsidenten angewiesen hat, die AStA-Gelder zu sperren und von den Referenten die NHG-widrig ausgegebenen Gelder zurückzufordern. Letzteres bezieht sich auf die Bahro-Solidarität, aber auch auf das Geld für die Eltern-Kind-Gruppe sowie Finanzmittel für „alternative Fachschaftsrate“, die zu Beginn des Jahres bei unabhängigen Wahlen in Konkurrenz zu den NHG-Wahlen (zu denen nur RCDS und SLH antraten) von der Mehrheit gewählt wurden. Der Präsident hat dem Ministerium allerdings mitgeteilt, daß er nicht bereit ist, Maßnahmen gegen den AStA einzuleiten. Über die Ergebnisse einer Kabinettsitzung vom 23.10., auf der vermutlich über das weitere Vorgehen des Ministeriums diskutiert wurde, lag uns bei Redaktionsschluss noch nichts vor.

KHB/Göttingen

## Hannover: AStA amtsenthoben

Seit rund drei Wochen sind dem AStA der Uni Hannover die Konten gesperrt worden, den Referenten wurde Hausverbot in den AStA-Räumen erteilt und ein Staatskommissar wurde (StaKo) eingesetzt.

Damit ist ein vorläufiger Höhepunkt in einem Konflikt zwischen Studentenschaft und niedersächsischen Wissenschaftsministerium erreicht, der bis in das WS 78/79 zurückreicht.

AStA, Fachschaftsrate sowie die linken Gruppierungen hatten sich Ende 78 weitgehend auf eine neue Wahlordnung geeinigt, die u.a. eine basisbezogenere AStA-Politik gewährleisten sollte. Sie sah vor, daß sich die zukünftige Studentische Kammer (SP) aus in den Fachbereichen gewählten Vertretern zusammensetzt; (im Unterschied zur bisherigen, über uniweite Listen gewählte Kammer). Über dieses dem Hochschulgesetz (NHG) widersprechende Verfahren konnte damals sogar mit der Uni-Leitung Einvernehmen erzielt werden, woraufhin für Februar 79 offiziell die Wahlen ausgeschrieben wurden. Der RCDS, der sich dabei benachteiligt fühlte, weil Fachschaftsarbeit nun mal nicht sein Metier ist, setzte alle Hebel in Bewegung und erreichte, daß Pestel (nds. Wissenschaftsminister) eine Woche vor den Wahlen selbige abblies.

Die fortschrittlichen Gruppierungen hielten aber mehrheitlich an dem alten Konzept fest und führten im Juni eigenständig – ohne des Rektors oder Pestels Segen – die Wahlen durch, wobei eine normale, unter den gegebenen Umständen aber gute Beteiligung von 30 % erreicht wurde. Der neu gekürte AStA wurde von al-

len Linken als rechtmäßiges Vertretungsorgan akzeptiert. Auch der Präsident sah keinen Grund einzuschreiten als das neue Team die Arbeit in den AStA-Räumen aufnahm.

Ende August ging dem Uni-Präsidenten allerdings ein Schreiben des Wissenschaftsministeriums zu, in dem erklärt wird, „daß sich das Mandat der bisherigen Organe der Studentenschaft der Universität Hannover erledigt hat, nachdem auch im Sommersemester 1979 die ... vorgeschriebene Neuwahl nicht zustande gekommen ist.“

Das Ministerium hatte also den alten, nach der abgeblasenen Februarwahl weiter kommissarisch eingesetzten AStA, als bis zum SS 79 im Amt befindlich betrachtet und die im Juni durchgeführten Wahlen ignoriert. Der Präsident wurde daher in diesem Schreiben gebeten, einen StaKo einzusetzen. Der Widerspruch des Präsidenten dagegen wurde vom Ministerium abgelehnt und am 5.10. mit einem weiteren Brief beantwortet, und zwar diesmal mit einer verbindlichen Dienstanweisung.

Es sei dahingestellt, ob diese auch ein Stück persönlicher Rache Pestels ist für die Vorgänge bei der Feierstunde zur Einführung des neuen Uni-Präsidenten drei Tage zuvor. Dort war es dem „illegalen“ AStA immerhin gelungen, vom Präsidenten Rederecht eingeräumt zu bekommen und vor der Presse sowie Pestel und der versammelten akademischen Korona die Anerkennung der studentischen Organe zu fordern. In seiner anschließenden Rede mißte Pestel dieses Thema, beschimpfte stattdessen aber die Studenten als „Anarchisten“. Damit handelte er

sich den lautstarken Protest der anwesenden Studenten ein, was zum Abbruch seiner Rede sowie der ganzen Veranstaltung führte.

Mittlerweile ist nun der Uni-Präsident mit der Einsetzung des StaKos am 12.10. seinen dienstlichen Verpflichtungen nachgekommen. Zuvor waren dem AStA die Finanzen aus der Hand genommen und den Referenten Hausverbot für die AStA Räume erteilt worden.

Ganz so ernst scheint die Uni-Leitung diese Anweisungen zumindest im Moment nicht zu nehmen: denn der Staatskommissar zieht augenblicklich seinen angestammten Schreibtisch in der Verwaltung einem Arbeitsplatz im AStA vor, während der AStA sich weiterhin in seinen Räumen bewegen und dort seinen Aufgaben nachgehen kann.

Dieser Zustand, der einer Art „Waffenstillstand“ zwischen Uni-Präsident und Studentenschaft gleichkommt, dürfte gegenwärtig zu einem nicht geringen Teil der recht guten Öffentlichkeitsarbeit des AStA geschuldet sein sowie einem gewissen Druck von unten, der sich in Aktionen wie bei der Präsidenten-Einführung aber auch zahlreichen Solidaritätserklärungen niederschlägt. Dieses „agreement“ kann jedoch kaum lange Bestand haben, da die CDU-Regierung kaum die Unterlaufung ihrer Anweisungen hinnehmen wird.

Als nächsten Aktionsschritt ruft der AStA der Uni zu einer Demonstration am 31.10. in Hannover auf. Die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften unterstützt diese Demo und ruft alle ASten auf, nach Möglichkeit für diese Aktion zu mobilisieren.

KHB/Göttingen

tersemester '77 aufgegriffen. Auf einer Veranstaltung wurden nach der erfolgreichen Vollversammlung die Arbeitsgruppen vorgestellt: Etwa 10 Gruppen, die sich mit der Organisation und den Zielen des Boykotts beschäftigen und über 30 Gruppen, in denen vorwiegend Bereiche der Psychologie behandelt werden, die im regulären Seminarbetrieb außen vor bleiben: Von Antipsychiatrie über die Rolle der Psychologie in der Gesellschaft bis zu psychologischen Methoden im Knast. Diese Arbeitsgruppen arbeiten zwei- bis dreimal die Woche an ihrem Thema, übernehmen abwechselnd die Betreuung des Boykottcafés und führen gemeinsam die Diskussionen in den wenigen noch stattfindenden Seminaren. Da alle AG's in den Räumen der Uni stattfinden, ist die Durchführung des normalen Unibetriebes sowieso unmöglich geworden. Delegierte aus den Gruppen gehen täglich zum Boykott-Plenum.

Natürlich tauchen auch eine Reihe von Schwierigkeiten auf. So besteht z.B. die Befürchtung, den Bafög-Empfängern könnte wegen einer Beteiligung am Boykott das Geld gestrichen werden. Schon frühzeitig wurde dieses Problem bedacht und zur Vollversammlung ein Rechtsanwalt eingeladen, der über seine bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Fällen berichtete und die Studenten beraten wird.

### MSB und SHB

MSB (DKP-nahe) und SHB (Sozialistischer Hochschulbund) sprachen sich anfangs gegen den Semesterboykott und stattdessen für einen 14-tägigen Streik aus. Trotz riesiger Beteiligung an der Vollversammlung sprachen diese Organisationen hauptsächlich von den Nicht-Anwesenden, über deren Köpfe hinweg nichts beschlossen werden dürfte. Bei einer derartigen Argumentation dürfte wohl in Zukunft nie wieder ein Streik zustandekommen, denn wer hätte schon einmal erlebt, daß alle oder auch nur 80% der Betroffenen sich an Vollversamm-

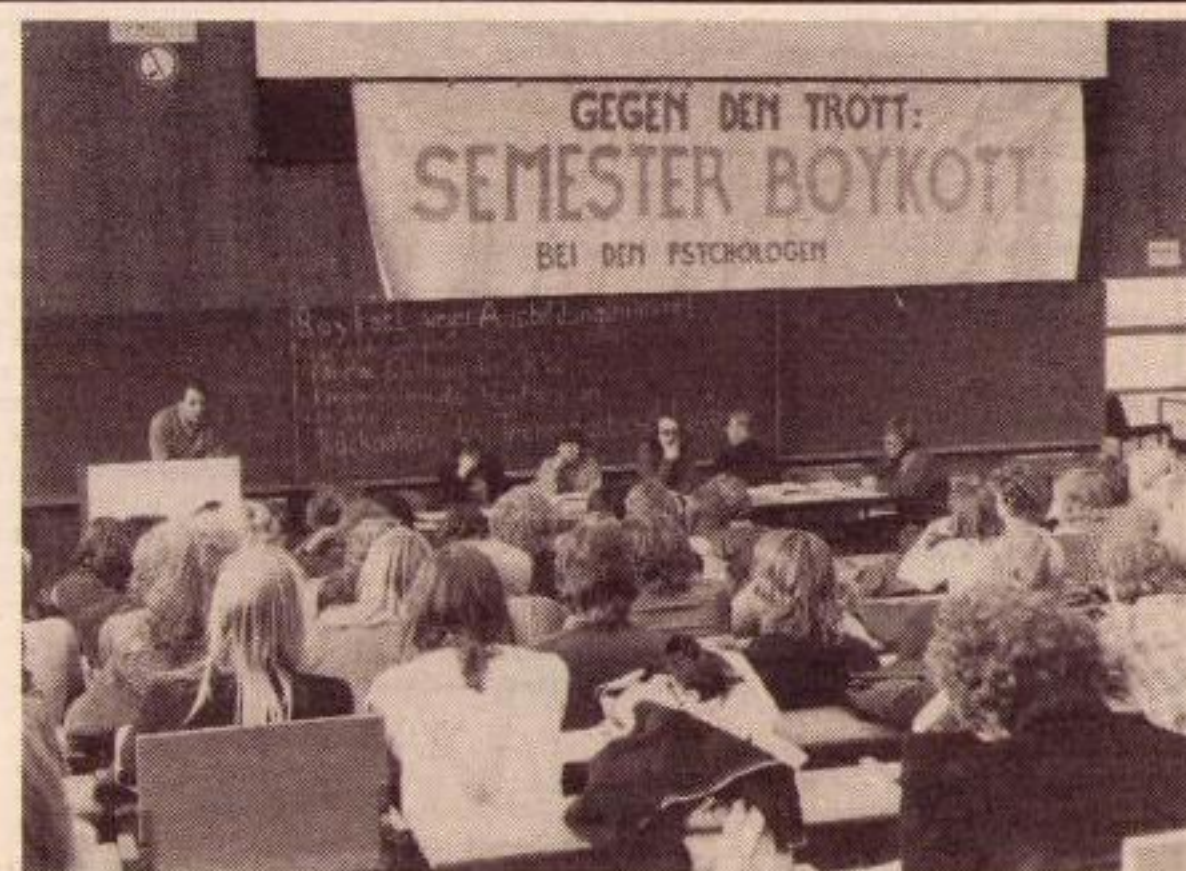
lungen oder Urabstimmungen beteiligen. Mit der gleichen Begründung haben bisher bürgerliche Streikberliner je die Aktion der Studentenschaft für unberechtigt und nicht legitimiert erklärt.

Um ihrem Vorschlag eines 14-Tage-Streiks zum Durchbruch zu verhelfen – den sie übrigens als den „radikaleren“ anpriesen – waren sich MSB und SHB nicht einmal zu schade, Ängste unter den Kommiliton/innen (vor Bafög-Entzug, Studiumsverzögerung usw.) zu schüren, anstatt Vorschläge für die Bewältigung dieser Probleme zu entwickeln.

Wenige Tage nach der Vollversammlung bekannte der MSB, er habe „gelernt“, der Semesterboykott sei wohl doch „die richtige Aktion“. Dieser Sinneswandel dürfte eher die Angst vor der Isolation innerhalb der Studentenschaft zur Ursache haben, als einen gründlichen Lernprozeß.

th./SSB-Psych.

Solidaritätsadressen an: Fachschaftsrat Psychologie



Eine „öffentlich gemachte“ Fachbereichsratsitzung



# 15 Jahre Knast — Ein „Fall Bahro“ in China

Am 16.10. wurde in Peking der „Dissident“ Wei Jingsheng (29) zu 15 Jahren Haft verurteilt. Wei Jingsheng, war Herausgeber einer der zahlreichen oppositionellen „Untergrundzeitungen“ in China. Am 29. März war er zusammen mit zwei Mitarbeitern verhaftet worden. Von diesen beiden scheint einer, Yang Guang, noch in Haft und noch nicht abgeurteilt zu sein.

Die Anklage gegen Wei Jingsheng lautete nicht nur auf „konterrevolutionäre Propaganda“, sondern — und hier liegt die Parallele zum Fall Bahro — zugleich auf „Verrat militärischer Geheimnisse“. Er soll nämlich an westliche Journalisten Informationen über die Kriegsführung Chinas gegen Vietnam weitergegeben haben. Dieser Vorwurf ist besonders zynisch, weil ganz offensichtlich die imperialistischen Regierungen direkt von der Peking Regierung ständig über Chinas Aufmarsch gegen Vietnam auf dem Laufenden gehalten wurden und Deng Hsiao-ping die Kriegsabsichten gar drei Wochen vorher in den USA öffentlich ausplauderte.

Es bleibt der Vorwurf der „konterrevolutionären Propaganda“. Wei Jingsheng habe zwischen Dezember 78 und März 79 vielfach „für den Sturz der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Gesellschaftssystems agitiert“ (Nachrichtenagentur „hsinhua“, zit. nach „FAZ“, 17.10.).

Diese Anklageformulierung braucht man indessen nicht unbedingt wörtlich zu nehmen. Sie entspricht einfach dem Wortlaut des Artikels 102 des neuen chinesischen Strafgesetzbuches, ist also eine Standardformel. Über die konkret von Wei Jingsheng vertretenen Positionen läßt sich aus den spärlichen offiziellen Informationen kein Bild gewinnen. Die „TAZ“ veröffentlichte

am 19.10. den Text einer angeblich von Wei Jingsheng stammenden Wandzeitung vom Dezember 78. Demzufolge lobt Wei dort die Kulturrevolution, kritisiert eine sich vollziehende „Restauration des Kapitalismus“ in China, fordert die „Rückgabe der Macht an die Gesamtheit der Arbeiter“ und beruft sich dabei auf das Beispiel Jugoslawiens. Der Gesamton des Textes ist freilich eher kleinbürgerlich-demokratisch als links-oppositionell.

Nur einen Tag später, am 17.10., stand ebenfalls in Peking die Bauarbeiterin Fu Yuehua (34) vor Gericht. „Aus Mangel an Beweisen“ wurde das Verfahren vertagt und weitere „Untersuchungen“ angeordnet. Angeklagt ist Fu Yuehua, die am 3. April verhaftet worden war, wegen Organisation einer illegalen Demonstration (Art. 158 — Höchststrafe fünf Jahre) und falscher Anklage gegen einen Vorgesetzten (Art. 138 — Strafe zwischen drei und zehn Jahre).

Zum einen wird der Angeklagten vorgeworfen, am 8.1. dieses Jahres eine illegale Demonstration auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ organisiert zu haben. Der zweite Anklagepunkt bezieht sich darauf, daß Fu Yuehua ihren früheren Brigadeführer beschuldigt hat, sie 1972 vergewaltigt zu haben. „Ermittlungen“ sollen bereits 1974 ergeben haben, daß diese Beschuldigung zu unrecht erhoben worden sei.

Bemerkenswert ist die Reaktion der ansonsten China-frommen „KPD“ auf die beiden jüngsten Prozesse. Zum einen erschien in der „Frankfurter Allgemeinen“ eine Protesterklärung als bezahlte Anzeige. Unter den über 100 Unterzeichnern stachen die Namen einiger als sehr „KPD“-freundlich bekannten Akademiker hervor. Wer hier voreilig interne Widersprüche in

der „KPD“ vermutete, sah sich getäuscht: In der „Roten Fahne“ vom 25.10. nehmen mit einer offiziellen Erklärung der Ständige Ausschuß des Politbüros der „KPD“ und die „Rote Fahne“-Redaktion ebenfalls gegen die beiden Prozesse Stellung. Außerdem wird auch die in der „FAZ“ erschiene Protesterklärung nachgedruckt.

Offensichtlich ist die „KPD“-Führung clever genug, um zu bemerken, daß sie mit einem Schweigen zu den beiden Prozessen oder gar einer Billigung sich jeden Kredit verscherzt hätte, weiter gegen die Repression in den RGW-Staaten zu polemisieren. Es kommt ihr aber gerade darauf an, in diesem Punkt weiter wühlen zu können, um Partner für ihre antisowjetische „Einheitsfront“ zu gewinnen.

Bezeichnend ist, daß die „KPD“ sich genau auf diese beiden Prozesse — die beide groß durch die bürgerliche Presse gegangen waren! — beschränkt und weiter schweigt zu den Prozessen und Verfolgungen gegen Dutzende von Aktivisten der Kulturrevolution, die aus leicht verständlichen Gründen auch in der bürgerlichen Presse kein großes Aufsehen machen. Zwar schreibt die „Rote Fahne“ in der offiziellen Stellungnahme, man sei dafür, in China „die Freiheit der Meinungsäußerung zuzulassen und allen, die wegen Meinungsäußerungen in Haft sind, die Freiheit zurückzugeben“. Es scheint sich dies aber ausschließlich auf die „Bürgerrechtler“ u.ä. zu beziehen, nicht auf die linke Opposition. — Die Fragen, die sich hier aufgetan haben, werden aber wohl die „KPD“ intern noch eine Weile lang beschäftigen.



## „Widerstet euch dem Stil der Kriegsherren“

Mit Demonstrationen und Sitzstreiks protestierten am 10. und 11. Oktober etwa 3.000 Studenten und Professoren der Peking Universität gegen die Stationierung von Militäreinheiten (seit 1972) auf dem Uni-Gelände. Die Demonstration richtete sich insbesondere dagegen, daß die Errichtung von Kasernenräumen etc. zu beengten und teilweise untragbaren Verhältnissen für die Wohnräume der Studenten, Waschräume usw. geführt habe. „Die Volksuniversität ist keine Kaserne“ und „Widerstet euch dem Stil der Kriegsherren“ waren Parolen und Proteste. Zusätzlich wurden die Vorlesungen „bestreikt“. Die Proteste wurden eingestellt, nachdem von Regierungsseite der Abzug des Militärs vom Uni-Gelände versprochen worden war.

universität ist keine Kaserne“ und „Widerstet euch dem Stil der Kriegsherren“ waren Parolen und Proteste. Zusätzlich wurden die Vorlesungen „bestreikt“. Die Proteste wurden eingestellt, nachdem von Regierungsseite der Abzug des Militärs vom Uni-Gelände versprochen worden war.

## Betr.: „Selbstmord“

Ein Genosse hat uns geschrieben: „Ich brüte seit geraumer Zeit an einem Artikel über Selbstmordaten/Freitodgedanken bei Linken. Mir sind in den letzten zwei Jahren mit wachsender Häufigkeit solche Gedanken, nicht mehr mitmachen zu wollen, also mich selbst abzuschießen, gekommen... Ich weiß nach einigen Gesprächen, daß erstaunlich viele Genoss/innen sich mit diesem

Problem rumschlagen und es schamhaft verdrängen... Das Problem ist sehr unhandlich, tabuisiert, also als relevante Fragestellung kaum formuliert und zusätzlich stehen mir meine politischen Ansprüche für eine unbefangene Behandlung im Weg... Der Genosse möchte gern mit anderen in eine Diskussion kommen. Briefe, Meinungen etc. zu diesem Thema werden von der Redaktion an den Genossen weitergeleitet.

## Terror-Urteile gegen CSSR-Oppositionelle

## Terror-Urteile gegen CSSR-Oppositionelle

Mit harten Urteilen endete am 23.10. nach nur zwei Verhandlungstagen in Prag ein Prozeß gegen 6 Oppositionelle. Verurteilt wurden Petr Uhl zu 5 Jahren Haft; Vaclav Havel zu 4 1/2 Jahren; Vaclav Benda zu 4 Jahren; Jiri Dienstbier und Otta Bednarova zu 3 Jahren Haft; Dana Nemcova, Mutter von sieben Kindern und in schlechter gesundheitlicher Verfassung, zu 2 Jahren mit Bewährung. Die Urteile blieben allerdings unter den noch schärferen Anträgen des Staatsanwalts, der für Uhl, Benda und Havel 10 Jahre Haft gefordert hatte; für Jiri Dienstbier und Bednarova 6 1/2 Jahre und für Frau Nemcova 3 Jahre (mit Bewährung).

Zu den Angeklagten im Einzelnen: — Petr Uhl (38). Studentenfürer 1968. 1971 als Trotzkist zu 4 Jahren Haft verurteilt. Einer der politisch Profilierteren der CSSR-Oppositionellen. — Vaclav Havel (43). Schriftsteller und Dramatiker. 1968 Vorsitzender des „Clubs Unabhängiger Schriftsteller“. 1977 zu 14 Monaten mit Bewährung verurteilt. — Vaclav Benda (33). Mathematiker, Universitätsdozent. Arbeitete zuletzt als Heizer. — Jiri Dienstbier. Rundfunkjournalist und Schriftsteller. — Otta Bednarova (50). Journalistin. — Dana Nemcova (45). Psychologin. Arbeitete zuletzt als Putzfrau. Ihrem Ehemann, dem Philosophen Jiri Nemec, steht ebenfalls der Prozeß bevor.

Petr Uhl, Vaclav Benda, Otta Bednarova und Dana Nemcova waren angeklagt, Anfang 1978 ein „staatsfeindliches“ Komitee „zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten“ (VONS) gegründet zu haben. Zweck dieses Komitees sollte die Betreuung von politischen Gefangenen und ihren Angehörigen sowie eine Öffentlichkeitsarbeit zu diesen Fällen sein. Dienstbier und Havel wird vorgeworfen, mit den Zielen des VONS übereinstimmend und dessen Gründungs-erklärung mitunterzeichnet zu haben.

Die Anklage erhob den Vorwurf, das VONS habe in seinen öffentlichen „Mitteilungen“ die Staatsorgane der CSSR verleumdet, Druck auf Polizei und Justiz ausgeübt sowie die „Straftätigkeit“ von „rechtsgültig verurteilten Personen“ befürwortet. Erschwerend kam der im CSSR-Gesetz verankerte Vorwurf der „Zusammenarbeit mit dem Ausland“ hinzu. Es geht dabei um die publizistische Zusammenarbeit des VONS mit westlichen Medien sowie mit CSSR-Emigranten, amnesty international usw.. Außerdem wurde dem VONS vorgeworfen, finanzielle Unterstützung aus dem Ausland bezogen zu haben.

Gegen Havel wurde außerdem der Vorwurf erhoben, er habe „Materia-

lien verleumderischen Charakters“ an ausländische Medien und an die Emigrantenpresse geschickt.

Die Urteile, denen weitere Prozesse noch folgen sollen, haben u.a. bei einer Reihe revisionistischer Parteien scharfe Proteste ausgelöst.

Die „Unita“, Tageszeitung der italienischen KP (PCI) erklärte, die Prozesse seien eine „Beleidigung des Sozialismus“. Pajetta, Mitglied der PCI-Spitze, sagte, die Urteile seien „geeignet, das Vertrauen in den Sozialismus zu erschüttern“.

Die „Humanite“, Tageszeitung der französischen KP (PCF) sprach von einem „unannehmbaren Schandurteil“. Das Politbüro der PCF erklärte, die Freilassung der Angeklagten sei die „einzige mögliche Maßnahme, die der Gerechtigkeit und den Interessen des Sozialismus dient“.

Die spanische KP bezeichnete die Urteile als „offenkundige Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten“.

Die KP Großbritanniens erklärte: „Die fortgesetzten Versuche der tschechoslowakischen Behörden, auf Streitigkeiten, Aktionen und politische Kritiken mit dem Rückgriff auf Polizei, Gerichte und Gefängnisse zu reagieren, widersprechen den Grundprinzipien der sozialistischen Demokratie“.

## Leserbrief zu „Anmerkungen zum Hitler-Stalin-Pakt“

Gen. Z. aus Göttingen schreibt, die KPD (und die Sowjetunion) hätten 1939 die Ziele des deutschen Faschismus völlig verkannt und sich eine „falsche Bestimmung des Hauptfeindes“ zuschulden kommen lassen. In der Erklärung des ZK der KPD zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 25.8.1939 heißt es jedoch: „Stürzt Hitler das deutsche Volk trotz allem in die Katastrophe des Krieges, dann muß jeder Deutsche wissen: Der Nationalsozialismus ist der Schuldige am Krieg“ (1).

Daß „einige KPD-Führer glaubten, daß der Pakt Möglichkeiten für ‚legale‘ kommunistische Propaganda in Deutschland eröffnen werde“, ist eine reine Erfindung von Horst Duhnke (Autor des Buches „Die KPD von 1933 bis 1945“). Dafür gibt es keinerlei Indizien, geschweige denn Beweise. Im Gegenteil, es ist belegt, daß die KPD nach dem Abschluß des Vertrages ihre illegale Arbeit fortsetzte.

Z. hat an dieser Stelle seinen guten Vorsatz verletzt, sich nur auf die Stellen des Duhnke-Buches zu beziehen, wo er Quellen zitiert bzw. paraphrasiert.

Duhnke bezeichnet sich im Vorwort des Buches nicht nur selbst als „bürgerlich“, er schreibt an einer Stelle des Buches sogar, der kommunistische Widerstand sei insgesamt schädlich gewesen, da er es den Nazis ermöglicht habe, vor der „kommunistischen Bedrohung“ zu warnen.

Die „schon reichlich verkorkte Bündnispolitik“ mit der Exil-SPD sei durch den Paktabschluß katastrophal beeinflusst worden, schreibt Z. Erstens hatte die SPD-Führung (Prager Exilvorstand) seit 1933 beharrlich jede Zusammenarbeit abgelehnt. Zweitens war von Kriegsbeginn an (Anfang September 1939) objektiv keine gemeinsame Arbeit mit dem SPD-Vorstand möglich, da dieser sich voll auf die Seite Englands und Frankreichs gestellt hatte.

Im „Neuen Vorwärts“ der SPD schrieb Rudolf Hilferding, die deutschen Antifaschisten müßten „rückhaltlos und ohne Vorbehalte (!) den Sieg Frankreichs und Englands bejahen“. (2). In der Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ (Dez. 39) charakterisierte Wilhelm Pieck die Ziele der englischen Imperialisten:

„Unterwerfung des deutschen Volkes, die Errichtung eines ‚konservativen‘ Regimes in Deutschland, das seine Aufgaben darin erblickt, der Gendarm des Kapitalismus gegen die Sowjetunion zu sein“ — tja, und so kam es dann ja auch.

Die KPD hat sich im imperialistischen Krieg zwischen England, Frankreich und Deutschland nicht auf eine Seite gestellt und zur „Vaterlandsverteidigung“ aufgerufen. Für sie stand der Hauptfeind im eigenen Land.

Es gab auch 1939 bis 1941 vielfache Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland.

Walter Ulbricht hat den englischen Imperialismus als „reaktionärste Kraft in der Welt“ bezeichnet, worüber man streiten kann. Was politische Unterdrückung betrifft, so ist Ulbrichts Äußerung falsch; berechtigt war sie allerdings insofern, als England 1939 die stärkste imperialistische Großmacht, mit zahlreichen Kolonien, war. Ulbricht hat allerdings in dem von Duhnke zitierten Artikel aus der Kommintern-Zeitung „Die Welt“ den englischen Imperialismus

nicht als „noch reaktionärer als der deutsche“ bezeichnet.

Dies ist eine der zahlreichen Verdrehungen, die Duhnke in seinem antikommunistischen Buch bringt. Der Pakt der Regierungen hatte allerdings schon etwas mit der „Freundschaft der Völker“ zu tun. Die Nazis stellten ihre gesamte Hetze gegen den Kommunismus und die „Ungerechten im Osten“ ein, brachten in ihre Zeitungen Fotos von „kameradschaftlichen Begegnungen“ deutscher und sowjetischer Soldaten u.a.

Zur Frage, inwieweit Nazideutschland den Pakt „nur in der Notlage einer schwierigen Situation abgeschlossen“ (KPD-Erklärung) (1) hat, ein Zitat aus dem Tagebuch des NSDAP-Chef-Ideologen Alfred Rosenberg:

„Moskau-Pakt irgendwann am Nationalsozialismus rächen wird. Das war nicht ein Schritt aus freiem Entschluß, sondern die Handlung einer ‚wangslage‘... Wie können wir noch von einer Rettung Europas sprechen, wenn wir den Zerstörer Europas um Hilfe bitten müssen?“ (3).

Richtig ist, daß die Geheimdiploma-

matie der sowjetischen Führung und ihre damit verbundene Überraschung für die kommunistische Weltbewegung kritisiert werden muß. Scharf verurteilen muß man m.E. auch Dinge wie die gemeinsame Parade (!) der Roten Armee und der faschistischen Wehrmacht in Brest-Litowsk am Ende des Polenfeldzuges, ebenso das Mitleidstelegramm der sowjetischen Führung an Hitler anläßlich des Attentats gegen ihn am 9. November 1939 und die Einstellung jeglicher antifaschistischer Propaganda in der Sowjetunion. Insofern halte ich es auch für berechtigt, von einer politischen Abrüstung im Kampf gegen den Faschismus zu sprechen. Es muß hier allerdings die Haltung der einzelnen KP's und der UdSSR-Regierung differenziert betrachtet werden.

(1) Hermann Weber, Herausgeber: Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1918 - 1968, Köln, West-Berlin 1967, S. 205.  
(2) Zitiert in (1), S. 206.  
(3) Walter Hofer, Herausgeber: Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933 - 1945, S. 236.

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg



# Nochmal zur Stolypinschen Reaktion

Im KB hat eine Auseinandersetzung um die Lehren und Schlussfolgerungen begonnen, die die Zentrumsleitungs-Fraktion aus den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion in Rußland (1907 - 1912) für die derzeitige „Krisenbewältigung“ ziehen will. Genau besehen begann diese Auseinandersetzung bereits im AK 156 mit dem ZL-Artikel „Nicht der Vergleich mit der Stolypinschen Reaktion ist unsinnig, sondern wie ihn die Kritiker führen“ (S. 60). Dort zog ein Genosse der ZL Parallelen zwischen der „Flucht“ der „kleinbürgerlichen Mitläufer“ aus der SDAPR während der Stolypinschen Reaktion und der derzeitigen Krise des KB. Die zunächst scheinbar geringfügige Streitfrage, die sich hier andeutete, bekam durch das Auftreten der ZL-Fraktion seit den „tollen Tagen“ (Ende August) ein weitaus stärkeres Gewicht, da sich hier auch Vorstellungen der ZL zur „Krisenbewältigung“ zu verbergen schienen. Im AK 163 kam ich daher auf das Thema der Stolypinschen Reaktion zurück (S. 47). Die ZL reagierte im AK 164 mit dem Artikel „Lenin kontra Krisen-Verwaltung“ (S. 52-53). Mit dem Ausdruck

## „Krisenverwaltung“

bezeichnet die ZL die Politik der Organisationsmehrheit, im Gegensatz zu der von ihr angeblich angepackten „Krisenbewältigung“. Da Lenin hier als Kronzeuge gegen die Organisationsmehrheit zitiert wird, lohnt es sich, den Artikel der ZL sehr genau daraufhin durchzulesen, welche konkreten Perspektiven für ihre „Krisenbewältigung“ sie bei Lenin und den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion ableiten will. Eine solche Untersuchung wird allerdings immer noch wenig Konkretes zutage fördern, wie überhaupt die „Krisenbewältigung“ der ZL bisher mehr auf der Sprüche-Ebene abgelaufen ist. Es ist aber zu erwarten, daß im Zuge der weiteren Auseinandersetzung um die „Lehren“ der Stolypinschen Reaktion die Vorstellungen der ZL zur „Krisenbewältigung“ deutlicher herauskommen könnten als bisher. Daher empfiehlt es sich dringend, diese Auseinandersetzung nicht als bloß „historische“ Debatte, „wo man/frau doch eh nicht mehr durchsteigt“, links liegen zu lassen.

## Was war die Stolypinsche Reaktion?

## Was war die Stolypinsche Reaktion?

Einen knappen Überblick über die einzelnen Phasen der Stolypinschen Reaktion hat die ZL im AK 164 gegeben (Abschnitt „Wie sah Lenin die Entwicklung der Parteikrise“). Einige Ergänzungen bzw. Korrekturen sind nötig, da die ZL insbesondere über das Ausmaß des zaristischen Terrors und dessen Konsequenzen für die russische Arbeiterbewegung nur sehr vage Vorstellungen vermittelt.

Die Phase der Stolypinschen Reaktion begann im Juni 1907 und war die Antwort des Zarismus auf die gescheiterte Revolution von 1905/1906. Die Arbeiterbewegung wurde weitgehend zerschlagen, die Arbeiterkämpfe kamen fast völlig zum Stillstand. Das Ende dieser Phase des zaristischen Terrors war mit der Wiederbelebung der Arbeitermassenkämpfe 1912 gekommen. Zur Entwicklung der Arbeiterkämpfe macht Lenin folgende Angaben: 1906 waren 1,1 Mio. Arbeiter an den Streiks beteiligt. 1907: 740.000. 1908: 176.000. 1909: 64.000. Ab Sommer 1910 registrierte Lenin wieder einen Aufschwung der Kämpfe. (Anm. 1)

Über das Ausmaß des zaristischen Terrors machte Lenin im Dezember 1910 folgende Angaben: „Drei Jahre Hinrichtungen, Verfolgungen und grausame Gewaltakte haben Zehntausende... umgebracht, sie haben Hunderttausende andere in die Gefängnisse geworfen und in die Verbannung geschickt...“ (Anm. 2). In einem in der DDR erschienenen Buch heißt es über diese Zeit: „Unvollständige Angaben zufolge wurden allein zwischen 1907 und 1909 mehr als 26.000 Menschen in politischen Prozessen verurteilt, darunter 5.086 zum Tode. 1909 befanden sich rund 170.000 Gefangene hinter Kerkermauern. Die legalen Gewerkschaftsorganisationen waren unaufhörlich Repressalien ausgesetzt; ihre Mitgliedschaft sank von 246.000 bis 250.000 im Jahre 1907 auf 13.000 (Ende 1909)“. (Anm. 3)

Über die Konsequenzen dieses Terrors für die SDAPR gibt Stalin einen anschaulichen Hinweis: „Es genügt, auf Petersburg zu verweisen, wo

1907 etwa 8.000 Mitglieder gezählt wurden, während jetzt kaum 300 bis 400 Mitglieder zusammenkommen (im August 1909 - Anm. Kt.), um den ganzen Ernst der Krise sofort zu begreifen. Wir sprechen schon gar nicht von Moskau, dem Ural, Polen, dem Donezbecken usw., die sich in dem gleichen Zustand befinden“. (Anm. 4). Dies entspräche einem Mitgliederverlust von mehr als 95 %! Bettelheim gibt an, daß die SDAPR 1907 knapp 80.000 aktive Mitglieder gehabt habe, (Lenin gibt 150.000 an) 1910 hingegen weniger als 10.000. (Anm. 5).

Zugleich stellte Lenin fest, „daß unsere Partei nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine ideologische - politische Krise durchmacht“. (Anm. 6). Der größte Teil der Fraktion der Menschewiki ging zum Liquidatorientum über: d.h. sie widersetzten sich dem Konzept einer konspirativ arbeitenden Partei und traten für eine vorwiegend legale arbeitende Partei ein. Das Spektrum reichte dabei von der offenen Diffamierung der illegalen Arbeit bis zu Anschauungen, die eine legale und eine illegale Parteiorganisation „gleichberechtigt“ nebeneinander stellen wollten. - Außerdem spaltete sich eine Gruppierung aus der Fraktion der Bolschewiki ab, die Otzowisten/Ultimatisten, die eine eher linkssektiererische Linie vertraten. Die Bolschewiki führten also einen „Kampf an zwei Fronten“ und formierten sich schließlich 1912 als eigenständige Partei.

Aus den zitierten Angaben über das Ausmaß des Terrors während der Stolypinschen Reaktion und dessen Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung geht hervor, daß man diese Phase mit den schwärzesten Abschnitten in der Geschichte der Arbeiterbewegung - wie dem Faschismus/Nazismus in Deutschland, Italien, Spanien und der Situation nach dem Putsch in Chile - vergleichen muß.

## Der Ausgangspunkt des Streits

Auch wenn es mit der jetzigen Auseinandersetzung zwischen ZL-Fraktion und Mehrheit nichts mehr zu tun hat, sollte der ursprüngliche Ausgangspunkt des Streits um die Stolypinsche Reaktion im Auge behalten werden.

tun hat, sollte der ursprüngliche Ausgangspunkt des Streits um die Stolypinsche Reaktion im Auge behalten werden.

Die „Kritik Fraktion“ hatte im AK 156 behauptet, daß ein Mitglied des LG die Krise des KB mit der Stolypinschen Reaktion verglichen habe (siehe dazu Anm. 7) und hatte in diesem Zusammenhang „auf gravierende Unterschiede zwischen der damaligen und unserer jetzigen Situation aufmerksam“ gemacht: „Die Stolypinsche Reaktion war eine Phase des Niedergangs der russischen SDAPR, ihres Zerfalls, wobei dieser Niedergang unmittelbar auf den Niedergang der russischen Arbeiterbewegung - sie war in der Revolution nicht siegreich gewesen - zurückzuführen war, und damit zusammenhängend mit einer brutalen Diktatur unter dem Ministerpräsidenten Stolypin. Der Rückschlag der Revolution und der nackte Terror der stolypinschen Henker trieben gewissermaßen die Linken auseinander und ließen kaum noch Spielraum für irgendeine linke Politik...“.

Dies sei mit der heutigen Situation gar nicht zu vergleichen... „Die Leute“ würden uns heute nicht in erster Linie wegen des Drucks der Reaktion „davonlaufen“, sondern weil wir ihnen keine Perspektive für ihre Arbeit aufzeigen können“. Wichtig sei es, heute nach den „inneren maßgeblichen Ursachen zu suchen“, vor allem „bei den leitenden Ebenen“ des KB. (Es ist nebenbei interessant, daß ein guter Teil der ZL-Fraktion heute fast wörtlich diese voluntaristische

Argumentation der Kritik - Fraktion übernimmt, also von den objektiven, allgemeinen Ursachen der Krise der Linken nichts mehr wissen will).

Statt sich darauf zu beschränken, in dieser Hinsicht die Argumentation der „Kritik - Fraktion“ zurückzuweisen, behauptet die ZL in ihrer Antwort - ebenfalls im AK 156 - die „Kritik-Fraktion“ habe die Stolypinsche Reaktion völlig falsch dargestellt: „Allerdings hat ihre Sicht der Stolypinschen Reaktion bezüglich der SDAPR mit den Leninschen Positionen absolut nichts gemein“. (Hervorh. von mir). Vielmehr liege die Darstellung der „Kritik - Fraktion“ „auf der Linie der menschwistischen Verfalls-thesen“.

Diese Argumentation, unter Berufung auf Lenin, war tatsächlich „absolut“ unsinnig. In ihrer Antwort im UW 29 wies die „Kritik - Fraktion“ nach, daß Lenin selbst von einem „ersten Niedergang und einer Schwächung aller revolutionären Organisationen“, von „Schwankungen, Verwirrungen und Zerfall“ als „allgemeines Merkmal“ gesprochen hatte. Hieran knüpfte mein Artikel im AK 163 nochmals an.

Nun hat die ZL selbstverständlich recht, daß Lenin noch mehr zur Stolypinschen Reaktion gesagt hat als in der kurzen Beschreibung durch die „Kritik - Fraktion“ im AK 156 enthalten ist. Aber dieses „mehr“ war nicht der Streitpunkt der „Kritik - Fraktion“ im AK 156. Dort ging es schlicht um die Feststellung, daß die Stolypinsche Reaktion, anders als die heutige Krise der Linken, durch terroristische Zerschlagung der Arbeiterbewegung gekennzeichnet war. Hieraus den Vorwurf einer „menschwistischen“ Geschichtsbetrachtung zu konstruieren, erweist sich bei näherer Betrachtung als an den Haaren herbeigezogen.

Im AK 164 kam die ZL selbst zu dem Eingeständnis: „Natürlich ist die Aussage, daß der Stolypinsche Terror, die Linke auseinandergetrieben habe und „kaum Spielraum“ für linke Politik gelassen habe, im Rahmen einer groben historischen Betrachtung nicht direkt falsch...“. Eine „genauere Analyse“ müsse sich jedoch damit befassen, wie die Bolschewiki mit den damaligen Problemen „fertig geworden“ seien. Das ist zwar richtig, war nur überhaupt nicht Gegenstand der Argumentation der „Kritik-Fraktion“ im AK 156, der es dort in der Tat um nicht mehr als eine „grobe historische Betrachtung“ ging.

Recht hat die ZL, wenn sie in AK 164 hervorhebt, daß man auch aus den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion politische Lehren ziehen könne. Nur ist auch das bisher nicht bestritten worden. Das Gezer der ZL, man wolle ihr verbieten, überhaupt auf diese Erfahrungen zu „verweisen“, wolle „jede mögliche Lehre aus der Parteikrise nach 1907 „totkommentieren“ (AK 164, S. 53) ist nur der Versuch, als unterdrückte Minderheit Mitleid zu erwecken. Selbstverständlich können (und müssen) wir Lehren aus der gesamten Geschichte der revolutionären Bewegung ziehen, beispielsweise sogar aus solchen ganz und gar andersgearteten Erfahrungen wie dem Volkskrieg oder später der Kulturrevolution in China. Strittig könnte nur sein, wie man die Lehren zieht, ob beispielsweise sehr mechanisch und dogmatisch irgendwelche Lenin-Zitate ransgeschleppt werden, ohne die Unterschiedlichkeiten der historischen Bedingungen dabei überhaupt zu berücksichtigen.

## Der Stein des Anstoßes

Zentral für die jetzige Auseinandersetzung ist ein Satz aus dem ZL-Artikel im AK 156: „Lenin sah also - ganz anders als unsere Kritiker - im Terror Stolypins nur den äußeren

ren Anlaß für die massenhaften Austritte aus der Partei, ihr wesentlicher Hintergrund war dagegen die kleinbürgerliche Interessenlage der Austretenden“ (Hervorhebung von mir).

Angesichts der Tatsache, daß in der Phase des Stolypinschen Terrors die SDAPR zeitweise auf 10 oder 20 % ihres früheren Standes zusammenschmolz (Stalin gibt, siehe oben, sogar ein noch krasser Bild), daß vielerorts die Partei fast völlig zusammenbrach, zeitweise „verschwand“ usw. klingt der Hinweis der ZL auf die „kleinbürgerliche Interessenlage der Austretenden“ sehr merkwürdig. Soll man schlussfolgern, daß vor der Krise die SDAPR vorwiegend aus Kleinbürgern bestanden hatte? Daß das nicht hinreicht, hat inzwischen auch die ZL eingesehen, sodaß sie sich im AK 164 (S. 52) ein bißchen korrigiert: „kleinbürgerliche Interessenlage“ sei „nicht exakt genug“. „Besser hätten wir von kleinbürgerlichen Mitläufern, zum geringen Teil aus der Arbeiterklasse“ sprechen sollen“ (Hervorh. von mir). Auch das ist gewiß noch „nicht exakt genug“. Denn wenn 80 - 90 % der SDAPR zeitweise „wegbrachen“, so muß daran die Arbeiter-Mitgliedschaft mehr als nur „gering“ beteiligt gewesen sein. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die „reinen“ Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften u.ä.) einem nicht weniger starken Mitgliederverlust ausgesetzt waren als die SDAPR. Um die inhaltliche Stoßrichtung des ZL - Zitats überhaupt noch zu retten, muß man zu einer gar nicht mehr klaren Definition von „kleinbürgerlich“ greifen: Man erklärt die in der Revolution von 1905/06 massenhaft in die SDAPR eingetretenen insgesamt - ohne Rücksicht auf ihre Klassenzugehörigkeit - pauschal zu „kleinbürgerlichen Mitläufern“, die „ideologisch“ (!) nicht „gefestigt“ genug gewesen seien um den zunehmenden Terror der Stolypinschen Reaktion standzuhalten.

Wie man sieht, wird so von der ZL die ungeheure Schwierigkeit, unter den Bedingungen des reaktionären Terrors revolutionäre Arbeit zu leisten, vorwiegend zu einem „ideologischen“ Problem erklärt. Die Zerschlagung der KPD durch die Nazis, die Zerschlagung der chilenischen Linken usw. stellen sich damit ebenfalls in erster Linie als Resultat der „kleinbürgerlichen Mitläufer“ dar. Die ZL mag diese Parallelen für übertrieben erklären, da sie sich ja „nur“ auf die Stolypinsche Reaktion bezogen hat. Freilich sehe ich nicht, wo nach Meinung der ZL der Unterschied zu vergleichbaren Phasen konterrevolutionären Terrors liegen soll.

Das Zitat aus dem ZL-Artikel im AK 156, einschließlich der kleinen Korrektur im AK 164, beinhaltet die - nicht ausgesprochene - Schlussfolgerung - daß es nicht zu dem ungeheuren Mitgliederverlust der SDAPR in der Phase der Stolypinschen Reaktion gekommen wäre, falls die Partei weniger aus „kleinbürgerlichen Mitläufern“ und dafür mehr aus „echten“ Arbeitern bestanden hätte. Diese arbeitertümelnde Schlussfolgerung widerlegt sich allerdings durch die Tatsache, daß - siehe oben - die „reinen“ Arbeiterorganisationen nicht weniger vom schwersten Krisenerscheinungen betroffen waren.

Die Aussage der ZL zum „wesentlichen Hintergrund“ der massenhaften Mitgliederverluste der SDAPR legt zugleich die rein voluntaristische Logik der ZL - Argumentation offen. Wenn sie schon für eine Phase schärfsten reaktionären Terrors die objektiven Bedingungen für zweitrangig erklärt und die wesentliche Ursache („Hauptursache“) in der Ideologie der „kleinbürgerlichen Mitläufer“ sieht, so muß es heute, wo doch von reaktionärem Terror kaum die Rede

sein kann, erst recht entsprechend gelten. Das heißt, „Hauptursache“ der aktuellen Krise der Linken, so auch des KB, sind die „kleinbürgerlichen Mitläufer“. Soweit wären wir also... Aber wie gehts nun weiter? Da die ZL diese Frage noch offen läßt, werfen wir vorerst einen Blick auf Lenins Vorstellungen zur „Krisenbewältigung“ in der Phase der Stolypinschen Reaktion.

## Lenin und die Kleinbürger

Mit einigem Recht beruft sich die ZL in diesem Punkt ihrer Argumentation auf Lenin. Mit einigem Recht wohl gemerkt, nicht mit vollem Recht! So zitiert die ZL jetzt Lenin mit den von mir tatsächlich - Gott möge mir verzeihen - übersehenen Worten: „Die Hauptursache für die Krise der Partei... besteht in der Säuberung der Arbeiterpartei von schwankenden Interlektuellen und kleinbürgerlichen Elementen“. (Anm. 8). Die ZL hätte auch folgenden Zitat nehmen können: „Die Krise, die unsere Partei zur Zeit durchmacht, ist, wie wir schon des öfteren gesagt haben, durch die Unbeständigkeit der kleinbürgerlichen Elemente zu erklären, die sich der Bewegung der Arbeiterklasse in der Revolution angeschlossen und jetzt auf dem einen Flügel das Liquidatorientum der Menschewiki, auf dem anderen den Otzowismus - Ultimatismus hervorgebracht haben“. (Anm. 9).

Als vergleichsweise geringfügig möchte ich zu bedenken geben, daß Lenin mit „Krise der Partei“ doch nicht schlicht dasselbe meinte, wie die ZL mit „massenhafte Austritte aus der Partei“ in ihrem umstrittenen Zitat. „Krise der Partei“ bedeutet bei Lenin nicht nur - und wohl nicht einmal in erster Linie?! - die „massenhaften Austritte“, sondern vor allem die ideologische „Zersetzung“, das Auftreten von „Fehlströmungen“ (um es im ZL - Jargon auszudrücken). Es ist also - aber das ist ein geringfügiger Einwand, ich gebe es zu - nicht ganz korrekt, wenn die ZL das erste der beiden Lenin - Zitate („Die Hauptursache für die Krise der Partei...“) schlankweg als Bestätigung ihrer These zu den „massenhaften Austritten“ interpretiert.

Recht hat die ZL aber insoweit, daß Lenin als Kronzeuge für eine arbeitertümelnde Sicht der „Krise“ der SDAPR während der Stolypinschen

Recht hat die ZL aber insoweit, daß Lenin als Kronzeuge für eine arbeitertümelnde Sicht der „Krise“ der SDAPR während der Stolypinschen Reaktion sehr wohl heranzuziehen ist. Denn die „Flucht der schwankenden Kleinbürger aus der Partei“, die „Reinigung von den kleinbürgerlichen Elementen“ etc. pp. ist ein in dieser Zeit bei Lenin ständig wiederkehrendes Thema, auch wenn er es nicht so gegenüber den objektiven Bedingungen (zaristischer Terror) verabsolutiert wie es heute die ZL unter Berufung auf Lenin tut.

Zugleich gibt es bei Lenin zahlreiche Äußerungen, in denen er die „Standfestigkeit“ der Arbeiterklasse gegenüber dem Terror glorifiziert.

So behauptete Lenin z.B. um die Jahreswende 1908/09, das Proletariat bewahre, „im Gegensatz zu anderen Klassen, größte Geschlossenheit und unerschütterlichste Treue gegenüber seiner Klassenpartei, mit der es die Revolution in eins verschmolzen hat“ (Anm. 10). Im selben Zeitraum notierte Stalin - der sich im Gegensatz zu Lenin während der ganzen Phase der Stolypinschen Reaktion in Rußland aufhielt, also wahrscheinlich das authentischere Bild vermittelt: „Das erste, was die Partei besonders niederdückt, ist die Losgerissenheit ihrer Organisationen von den breiten Massen. Es gab eine Zeit, wo unsere Organisationen Tausende in ihren Reihen zählten und Hunderttausende mit sich führten. Damals hatte die Partei kräftige Wurzeln in den Massen. Jetzt ist das anders...“ (Anm. 11 - Hervorh. von mir).

Indessen finden sich auch bei Lenin vielfältige Bemerkungen über „Niedergeschlagenheit und Apathie unter ziemlich breiten Schichten des Proletariats“ (Anm. 12) u.ä.

## Lenins Schlussfolgerung

Festzustellen ist immerhin, daß Lenin die „Wankelmütigkeit“ des Kleinbürgertums einerseits, die „Standfestigkeit“ der Arbeiterklasse andererseits sehr stark betonte und gegenüber einander setzte.

Auf der Basis dieser Einschätzung kam Lenin - im Gegensatz zu der ZL





zu in sich durchaus logischen Schlußfolgerungen in Sachen „Krisenbewältigung“: Da sich die Kleinbürger, insbesondere die Intellektuellen, durch „Feigheit und Charakterlosigkeit im Kampf“, durch „Schlappheit und Wankelmüt“ auszeichnen, müsse sich die Partei „von untauglichen fremden Klasselementen reinigen“ (Anm. 13) und „sich von allem schimmigen Intellektuellenopportunismus reinigen“ (Anm. 14). Diese von ihm propagierte „Reinigung von kleinbürgerlichen Mitläufern“, diese „Säuberung der Arbeiterpartei von den schwankenden intellektuellen und kleinbürgerlichen Elementen“ (Anm. 15) meinte Lenin selbstverständlich nicht bloß in einem übertragenen ideologischen Sinn, sondern auch ganz direkt: Da sich die Kleinbürger als wankelmütig und unzuverlässig erwiesen hätten, sei es nun nötig, sie durch „echte“ Arbeiter zu ersetzen. Diesen Grundgedanken seiner „Krisenbewältigung“ hat Lenin in jenen Jahren immer wieder formuliert. So schrieb er beispielsweise 1910: „Die Arbeiterklasse ... muß auch ihre Partei, die SDAPR, umgestalten. An die Stelle der Führer aus Intellektuellenkreisen stellt sie Führer aus Arbeiterkreisen“ (Anm. 16).

Noch ein Aspekt muß bei Lenins „Krisenbewältigung“ festgehalten werden, der die ZL anscheinend ein bißchen in Aufregung versetzt hat. So behauptete sie im AK 164 gleich an mehreren Stellen, ich hätte ihr (im AK 163) unterstellt, sie würde „mit unsäglichem Behagen jeden KB-Austritt feiern“; ich hätte „ein Bild (gemalt), als würden in der ‚ZL-Gruppe‘ die Sektorkorn knallen, sobald wiederum ein Genosse dem KB den Rücken gekehrt hat.“ Tatsächlich habe ich nichts dergleichen im AK 163 unterstellt. Ich hatte lediglich Lenin zitiert, der in der Tat damals die „Säuberung“ der SDAPR von den „kleinbürgerlichen Elementen“ als „notwendig“ und als keineswegs erschreckend, sondern im Gegenteil erfreulich bezeichnet hatte. Ich hatte dazu angemerkt, daß ich eine Übertragung dieser Sichtweise auf heutige Verhältnisse für ein „recht frivoles Unternehmen“ halten würde. In diesem Punkt hat interessanterweise ein Mitglied der ZL auf der Hamburger Delegiertenversammlung am 17.10. zugestimmt, daß – so wörtlich – eine „mechanische Übertragung“ der Leninschen Sichtweise auf heutige Verhältnisse „gefährlich“ sein würde.

Und die „Lehren“?!

Leninschen Sichtweise auf heutige Verhältnisse „gefährlich“ sein würde.

Und die „Lehren“?!

Lenins Sichtweise der Krise und seine Vorschläge zur „Krisenbewältigung“ sind also in sich logisch. Diese Logik fehlt jedoch in den bisherigen Verlautbarungen der ZL. Wenn die ZL der Meinung ist, unter Berufung auf Lenin, daß die „Hauptursache“ unserer Krise in den „kleinbürgerlichen Mitläufern“ (und nicht in den objektiven Bedingungen liegt, so wäre es eigentlich nur logisch, daß sie ebenso wie Lenin heute die Übernahme der Führung des KB durch Arbeiter (anstelle von Kleinbürgern) und überhaupt eine „Proletarisierung“ des KB befürworten müßte. Davon ist bisher nichts zu hören. Stattdessen vertritt sie lediglich das Prinzip der „schärferen Konturen“, d.h. im Grunde der Erziehung (statt Ablösung) der „schwankenden Kleinbürger“. Das ist, gemessen an dem Ausgangszeit („...die kleinbürgerliche Klassenlage der Austretenden...“), ein idealistischer Versuch des „schwankenden Kleinbürgertums“, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Trotzdem birgt der Versuch, die „kleinbürgerliche Klassenlage der Austretenden“ und das „kleinbürgerliche Mitläuferturn“ zur „Hauptursache“ der Krise des KB zu erklären, einige Elemente, die in die Richtung der „ML“-Tradition weisen. Es geht dabei um die nicht objektiv analysierende, sondern rein arbeitertümelnde Sicht der Dinge, nach der für jeden Rückschlag, für jede Krise automatisch das „wankelmütige Kleinbürgertum“ hauptverantwortlich gemacht wird. In Reinkultur wurde diese Politik von der KPD/ML „vorexerziert“. So ist es kein Zufall, daß die KPD/ML im Moment ihrer schlimmsten Krise (Spaltung im Dezember 1971) sich ebenfalls sehr stark auf die „Linienkämpfe“ in der SDAPR während der Stolypinschen Reaktion bezog, insbesondere in der zentralen Stellungnahme „Die bolschewistische Partei ist stärker als alle Liquidatoren“ (Beilage zum „Roten Morgen“, 27.12.71). In dieser Stellungnahme heißt es u.a.: „Es ist kein Zufall, daß mit der Verschärfung der äußeren Angriffe auf die Partei auch die zersetzenden Elemente innerhalb der Partei, die opportunistischen Kräfte und die versteckten Feinde ihr destruktives

Treiben verstärkten. Es ist eine alte Erfahrung der kommunistischen und Arbeiterbewegung, daß in Zeiten des sich verschärfenden Klassenkampfes auch innerhalb der Reihen der revolutionären Organisationen die Spreu sich vom Weizen scheidet.“ (Hiermit wird anscheinend auf ein entsprechendes Lenin-Zitat angespielt, das auch von der ZL verwendet wurde). „Dennoch wäre es falsch, würden wir in der Verschärfung der Angriffe von seiten der Bourgeoisie die hauptsächlichsten Ursachen für die Krise unserer Partei sehen...“. Entscheidend seien vielmehr „die inneren Ursachen“. Worin diese „inneren Ursachen“ zu suchen seien, wird in der „Selbstkritik des ZK der KPD/ML“ („Roter Morgen“, 17.1.72) folgendermaßen erläutert: „Wurde der Kampf gegen die Zirkelideologie und diesen kleinbürgerlichen Intellektuellenopportunismus auch ziemlich konsequent nach außen geführt, so wurde er nach innen jedoch stark vernachlässigt. Ein entscheidender Fehler war, daß von Anfang an die Rolle der revolutionären Intelligenz beim Parteaufbau überschätzt wurde. Dies hatte zur Folge, daß unmittelbar nach der Parteigründung Vertreter dieser Schicht ... in großer Anzahl in die Partei strömten... Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gefahren für unsere Partei in der gegenwärtigen Phase noch größer als normalerweise sind, weil ein großer Teil der neuen Mitglieder nicht nur kleinbürgerlicher Herkunft war, sondern sich immer noch in einer kleinbürgerlichen Klassenlage befand...“.

Die Genoss(inn)en von der ZL sind zu klug, um in der Praxis „in die ML-Zeit zurück“ zu wollen, wie ihnen verschiedentlich vorgeworfen worden ist. Was aber wollen sie? Wozu dient ihnen heute der Vergleich mit der Stolypinschen Reaktion, wozu dient ihnen die Strapazierung der „kleinbürgerlichen Mitläufer“ (für die Lenin ja das schlechte Rezept des „Hinaussäuberns“ empfahl)? Gehen wir, um vielleicht einer Antwort näher zu kommen, ein bißchen dem Schlagwort von den „schärferen Konturen“, von der Intensivierung des ideologischen Kampfes im KB nach.

Im KB sind, gerade in seinen „besten“ Zeiten“, die „Konturen“ nicht besonders „scharf“ gezogen worden. Sektierertum, prinzipieller Anti-Parlamentarismus, illusionäre Anschauungen über die Länder des „realen Sozialismus“ (speziell über Kuba) etc. fanden ihren Platz, ohne daß dies besondere Aufregung verursacht hätte. Erst in der Krise, d.h. konkret seit Beginn des Sommers 1978, wurde mit einer Diskussion um Grundlagen unserer Politik und die politisch-ideologische Situation im KB auf breiter Basis begonnen. Damit begann in der Praxis ein Prozeß der „Aussonderung“, um mit Lenin zu sprechen. Erstmals bildeten sich Gruppen heraus, die mehr oder weniger offen anti-leninistische Plattformen formulierten und schließlich den KB verließen, – als bedeutendste darunter die „Kritik-Fraktion“. Zu beobachten ist allerdings, daß um diese anti-leninistischen Anschauungen, die durchaus noch ihre „Grauzonen“ im KB haben, kein breiter ideologischer Kampf in Gange kam, auch nicht seitens der ZL-Fraktion. Stattdessen gab die ZL, das Staffelhölzchen, und Kl. aufnehmend, das Signal zu einer Jagd auf die „Grauzonen des Feminismus“ im KB, als gäbe es überhaupt nichts Schrecklicheres und Gefährlicheres als gerade diese.

Die ZL geht aber noch einen Schritt weiter: Sie behauptet, daß es im KB einen „Waffenstillstand“ mit den „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ gäbe und daß dieser „Waffenstillstand“ von der IG-Mehrheit garantiert werde. Dieser Vorwurf ist seltsam genug: Seit über einem Jahr läuft die „Krisen-Diskussion“ im KB. Sind Genoss(inn)en der ZL irgendwann in dieser Zeit daran gehindert worden, sich mit „Fehlströmungen“ im KB auseinanderzusetzen? Falls ja: Wann und wo soll das gewesen sein? Und falls es einen „Waffenstillstand“ gibt: Seit wann etwa? Und wieweit bezieht sich hierbei die LG-Mehrheit, die jetzt zur ZL-Fraktion gehört, selbstkritisch mit ein?

Ich halte das Schlagwort vom „Waffenstillstand“, das die ZL-Fraktion geprägt hat, für gefährlichen Unfug. Richtig ist – und das war bisher eine „vereinheitlichte Position“ und „olle Kamelle“ – daß uns für viele wichtige Aufgaben die Kräfte fehlen, daß Kräfte z.T. falsch eingesetzt werden u.ä. Die von der ZL-Fraktion teilweise entfachten sophistischen Debatten verstärken dieses Problem eher noch, statt es lösen zu helfen. „Waffenstillstand“ hingegen setzt subjektiven Willen voraus. An diesem Punkt läuft die Argumentationskette der ZL weiter: Indem die Mehrheit sich auf diesen „Waffenstillstand“ mit den „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ im KB verpflichtet und ein-

lasse, trage sie zur schrittweisen Zerstörung des KB entscheidend bei. An diesem Punkt angekommen, stellt sich die Frage: Welche historischen Parallelen möchte die ZL hier noch ziehen: Setzt sie die Organisationsmehrheit bereits mit den Liquidatoren gleich oder nur mit den Menschewiki insgesamt (Im AK 164 erwähnt die ZL das Bündnis der Bolschewiki mit den sogen. „parteitreuen Menschewiki“?) oder gar nur mit den Versöhnern vom Schlage Trotzki ...? Ich gerate auf das Gebiet der Spekulation, verfolge also die denkbaren historischen Parallelen nicht weiter. Aber ist es nicht seltsam, daß die ZL dazu aufruft, von den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion zu lernen, wenn die Stolypinschen Reaktion zu lernen, dann aber nur ausgiebig Lenin über das „Hinaussäubern“, die „Trennung der Spreu vom Weizen“, die „Reinigung von den kleinbürgerlichen Mitläufern“ usw. zitiert – alles Zitate, die sie nach ihren eigenen Worten gar nicht auf die heutige Situation in Anwendung bringen möchte! ...

Die Frage nach den konkreten Vorschlägen, wie sie nach Meinung der ZL aus den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion zu lernen sei, steht noch ziemlich offen. Die ZL hat am Ende ihres Artikels im AK 164 (S.53) als anscheinend zentrale Schlußfolgerung geschrieben: „Gerade Lenins Grundsatz in dieser Hinsicht war u.E., daß der objektiven Faktoren geschuldete zahlenmäßige Niedergang einer kommunistischen Organisation kombiniert werden kann mit einer Politik der Herausbildung einer Avantgarde, die am Ende einer Krise für den Aufschwung ‚startklar‘ ist.“ Offen bleibt aber immer noch das WIE, denn ansonsten ist die Aussage der ZL so allgemein wie richtig. So weit waren wir tatsächlich schon vor einem Jahr, ohne daß wir seither wesentlich vorangekommen wären.

In dieser Hinsicht sollte die ZL ihre konkreten Vorstellungen endlich auf den Tisch legen. Sonst müßte vermutet werden, daß sie gar keine Vorstellungen hat, sondern mit dem Vorwurf der „Krisenverwaltung“ an die Adresse der Mehrheit lediglich ein leichtfertiges Spiel treibt. Immerhin sind die Genoss(inn)en der ZL-Fraktion ja in vielen Leitungsämtern, einschließlich des LG, vertreten, ohne daß dort in einem Jahr „Krisen-Debatte“ von ihnen alternative Vorstellungen zur „Krisenbewältigung“ zur Diskussion gestellt wurden.

Kl., AK - Redaktion

Anmerkungen

stellungen zur „Krisenbewältigung“ zur Diskussion gestellt wurden.

Kl., AK - Redaktion

Anmerkungen

- 1) „Über die Statistik der Streiks in Rußland“, Lenin Bd.16, S.403.
- 2) „Der Beginn von Demonstrationen“, Lenin Bd.16, S.362.
- 3) Klassenkampf und revolutionäre Bewegung in der Geschichte Rußlands, Akademie-Verlag Berlin, S.244.
- 4) „Die Parteikrise und unsere Aufgaben“, Stalin, Bd.2, S.132 (August 1909).
- 5) Bettelheim, Klassenkämpfe in der UdSSR, Bd.1, S.107/108.
- 6) „Über zwei Briefe“, Lenin Bd.15, S.283/284.
- 7) Die ZL hebt im AK 164 an zwei Stellen hervor, daß dieser „Vergleich“ von einem Mitglied der jetzigen LG-Mehrheit gebracht worden sei. Tatsächlich fiel dieser „Vergleich“ in einem Gespräch mit Mitgliedern der „Kritik-Fraktion“ zu völlig anderen Themen und keineswegs in dem Zusammenhang, in dem er jetzt von der ZL-Fraktion verwendet wird.
- 8) „Auf den Weg“, Lenin Bd. 15, S. 347. Lenin fährt dann fort: „Die klassenbewußten Arbeiter widersetzen sich dieser Wankelmütigkeit ...“.
- 9) „Die Methoden der Liquidatoren und die Parteaufgaben der Bolschewiki“, Lenin Bd.16, S.87.
- 10) „Entwurf einer Resolution über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“, Lenin Bd.15, S.320.
- 11) wie Anm. 4, S.132. Im selben Artikel an anderer Stelle schreibt Stalin – anscheinend in Abgrenzung zu Vorstellungen Lenins: „Wie kann also unsere Partei die Krise überwinden? ... Den Arbeitern selbst möglichst viele Parteifunktionen übertragen und dadurch die Partei von den unständigen Intelligenzierischen Elementen befreien, sagen uns andere. Kein Zweifel, daß die Befreiung der Partei von unnötigen Gästen und die Konzentrierung der Funktionen in den Händen der Arbeiter selbst in vieler Hinsicht zur Erneuerung der Partei beitragen würden. Nicht weniger klar ist aber auch, daß angesichts des alten Organisationssystems, angesichts der alten Methoden der Parteilarbeit, angesichts der Führung vom Ausland her eine bloße Übertragung der Funktionen der Partei nicht mit den Massen verbinden und sie nicht zu einem einheitlichen ganzen zusammenschweißen kann. Offensichtlich ist mit halben Maßnahmen nichts Ernstliches auszurichten – es müssen radikale Mittel gesucht werden, um die kranke Partei gründlich zu heilen.“ (S.135, Hervorh. von mir).
- 12) „Ankündigung zur Herausgabe der Rabotschaja Gaset“, Lenin Bd.16, S.293 (Okt.1910).
- 13) „Notizen eines Publizisten“, Lenin Bd.13, S.65.
- 14) „Revolution und Konterrevolution“, Lenin Bd.13, S.112.
- 15) wie Anm. 8.
- 16) wie Anm. 12, S.294.

# Klarlegung der Differenzen ZL/LG gefordert

Um die realen Streitpunkte herauszuarbeiten und vor der Organisation offenzulegen, hat das LG (Mehrheit) erstmals anläßlich der Hamburger Anleiter/Delegierten-Versammlung vom 5.9. der ZL vorgeschlagen, baldmöglichst (vorgeschlagen war damals AK 163) einen gemeinsamen Artikel zu erarbeiten, der die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten darstellen sollte. Dieser Vorschlag wurde von der ZL als „verfrüht“ abgelehnt. Im AK 164 veröffentlichten wir einen am 7.10. einstimmig angenommenen Antrag der Ortsgruppe Freiburg, in dem die ZL aufgefordert wurde, „sich schnellstmöglich mit der Mehrheit zusammenzusetzen und gemeinsam einen AK-Artikel zu erstellen, der die wichtigsten inhaltlichen Widersprüche darstellt. Wir kritisieren die ZL, daß sie auf ein entsprechendes Angebot der Mehrheit bisher nicht eingegangen ist.“

Eine Hamburger Delegiertenversammlung schloß sich am 17.10. mit deutlicher Mehrheit (ca. 70 gegen 25 Stimmen) dem Freiburger Antrag an. Ein Antrag mit derselben Stoßrichtung wurde am 19.10. mit Mehrheit auch von der Ortsgruppe Göttingen beschlossen. Inzwischen liegen weitere Stimmen vor:

1. die Ortsgruppe Köln hat am 12.10. einstimmig beschlossen, „LG-Mehrheit und ZL aufzufordern, so schnell als möglich, d.h. nach Möglichkeit bis AK 165, einen gemeinsamen Artikel zu verfassen, in dem die wirklichen Streitpunkte und Widersprüche zwischen beiden klar benannt und damit erst ernsthaft diskutierbar werden ...“. Der Kölner Antrag enthält außerdem die Aufforderung, „die Debatte nicht mehr in dieser Breite im AK zu führen, sondern in den ‚Unser Weg‘ auszulagern“, da die Auseinandersetzung „inzwischen selbst für KB-Mitglieder kaum noch nachzuvollziehen“ sei und nicht erkennbar sei, „daß dies von Interesse für den Großteil der Leser wäre“.

2. Vier AK-Leser aus Baden-Baden schreiben (21.10.): „... Für die Durchschaubarkeit der Debatte ist es unerlässlich, daß LG-Mehrheit und ZL gemeinsam einen Artikel erstellen, in dem die unterschiedlichen Positionen dargelegt werden. Die Krisendebatte muß endlich für jeden Leser verständlich werden. Unterstellungen, unbewiesene Behauptungen und Austrittsdrohungen haben in der gegenwärtigen Diskussion nichts zu suchen. Dem Spaltungsprozeß tatenlos zuzusehen und Verhandlungsangebote nicht anzunehmen, erachten wir als verantwortungslos der gesamten Linken gegenüber ...“.

3. Die Sympathisantengruppe des SSB Hamburg schreibt: „... In vielen der bisherigen Beiträge werden keine klar ersichtlichen Positionen dargestellt: Wir fühlen uns in einen Dschungel von Interpretationen, Zitaten, Erwiderungen, Widersprüchen und gegenseitiger Anmache geführt. Das schließt für uns eine Meinungsbildung und somit eine Beteiligung an der Diskussion aus ... Wir fordern also in Thesenform eine Darlegung der wichtigsten inhaltlichen Differenzen und deren Entwicklung

zwischen ZL- und LG-Mehrheits-Position. Damit schließen wir uns den Freiburger Anregungen an.“

Die ZL selbst gab auf der Hamburger Delegiertenversammlung am 17.10. folgende Stellungnahme zum Freiburger Antrag ab: „Unserem Verständnis nach verteidigen wir im wesentlichen bisher vereinheitlichte Erkenntnisse und Bewertungen zum Thema ‚Krisenbewältigung‘ uns sehen uns seit den Leserbriefen gegen Ha./KL zunehmenden Tendenzen gegenüber, daß größer werdende Teile der Kader- und Leitungsebene im KB davon abrücken. Inwieweit dieser Prozeß anhält und wieweit er geht, können wir nur schwer beurteilen. Insofern ist u.E. hier die LG-Mehrheit am Zug. Nichtsdestoweniger sind wir bereit – zusammen mit der LG-Mehrheit – die bisher zutage getretenen Differenzen in einem gemeinsamen Artikel zu systematisieren und für jedermann überschaubar zu machen. Wir sehen dabei allerdings die Schwierigkeit, daß die LG-Mehrheit darauf beharrt, daß in Wirklichkeit gar keine Widersprüche zwischen der derzeitigen Mehr- und Minderheit existieren und daß der Konflikt in Wahrheit dem ‚Irrationalismus‘ etc. der ZL geschuldet sei.“

Insofern würden wir vorziehen, zuerst den Versuch einer gemeinsamen Stellungnahme von LG-Mehrheit und ZL gegen den Artikel der ‚Struktur-Fraktion‘ (AK 164) oder zu den Krisen-Thesen des Gen. F./Antifa-Komm. (AK 163) als ernstzunehmenden Schritt der Überprüfung von Gemeinsamkeiten und/oder Differenzen zum strittigen Thema zu unternehmen.“

Unter dem Eindruck der Abstimmungsergebnisse hat die ZL jedoch inzwischen den Vorschlag akzeptiert, auf jeden Fall mit einer systematischen gemeinsamen Darstellung der Differenzen anzufangen. Hierfür haben die Vorbereitungen zwischen ZL und LG (Mehrheit) bereits begonnen.

## Kleine Richtigestellung

Im AK 164, S. 50, ist unter dem Titel „Die Spaltung muß verhindert werden!“ eine Erklärung von El., Kl. und Jojo (Göttingen) abgedruckt mit dem Zusatz, sie sei auf einer MV der Göttinger Ortsgruppe von 15 Genoss(inn)en unterstützt worden. Das könnte den Eindruck erwecken, als würde die Erklärung nun insgesamt von 18 Genoss(inn)en unterstützt. Tatsächlich sind es zusammen mit El., Kl. und Jojo 15. Hinzuzufügen ist außerdem, daß diese Erklärung auf der Göttinger MV (19.10.) zur Abstimmung gestellt wurde und mehrheitlich abgelehnt wurde. Die 15 Unterzeichner(inn)en sind die Minderheit der OG Göttingen.

## Eine notwendige Klarstellung aus den „Grauzonen“

Die im AK 164 abgedruckte Richtigestellung der KB/Gruppe Lübeck hat bei vielen Genoss(inn)en zu einer Reihe von Mißverständnissen geführt: 1. Aus dem Satz: „Ein Zusammenhang zwischen dem Papier (von Ba.) und dem Zustand der Lübecker Ortsgruppe bestand somit ohnehin nicht“ wurde herausgelesen, daß die Lübecker Ortsgruppe gar nicht von der Kritik der Genossin Ba. betroffen sei.

2. Die Richtigestellung wurde als Distanzierung von dem Papier von Ba. verstanden.

3. Es entstand der Eindruck, dem Artikel der AG Frauen in AK 161 sei pauschal widersprochen worden, was – zwischen den Zeilen – einer Zustimmung zu ZL-Positionen gleichkäme.

Diese Mißverständnisse wollen wir nicht im Raum stehen lassen.

zu I und 2: Der Verfasser der Richtigestellung wollte sich lediglich gegen die Argu-

mentation der AG Frauen wenden, wonach Papiere wie das von Ba. nur aus „problematischen Bereichen“ oder „faktisch aufgelösten Ortsgruppen“ stammen. Darüber hinausgehend sollte der Zustand der Lübecker Ortsgruppe gegenüber der Kritik von Ba. gar nicht pauschal in Schutz genommen werden.

zu 3.: Der Verfasser und Ba. finden den Artikel der AG Frauen im AK 161 im großen und ganzen richtig. Am Anfang stand die wilde Zitierei der ZL, die Aussagen von Ba. aus dem Zusammenhang gerissen und als Dokument für die „Grauzonen“ vorgeführt hatte, um eine „Tendenz zur ‚Los-trennung‘“ zu suggerieren. Tatsächlich war das Papier bruchstückhaft zitiert – es ist jetzt vollständig im UW 30, S. 25 nachlesbar! – und ohne Bezug auf reale Auseinandersetzungen und Diskussionen wiedergegeben.

Der Verfasser und Ba., Lübeck



# Zur Fraktionsbildung im KB

An der Frage der „Krisenbewältigung“ sind im KB innerhalb der letzten Monate zwei Fraktionen entstanden:

1. Die „Kritik-Fraktion“ („Struktur-Fraktion“). Sie sieht die Ursache der Organisationskrise in den inneren „Strukturen“ des KB, die undemokratisch seien. Sie will die kommunistischen Organisationsprinzipien und die Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung insgesamt „in Frage stellen“. Die „Kritik-Fraktion“ trat erstmals mit einem Positionspapier am 4. Juni in Erscheinung. Unterschrieben war dies Papier von 39 Mitgliedern und 6 „Ehemaligen“ des KB. Unter den Unterzeichnern waren 6 Mitglieder der AG Zivildienst; 3 aus Hamburg-Bergedorf; 7 aus Hamburg-Altona; 7 aus dem ÖTV-Bereich; 3 aus der RGW-Kommission; 2 aus dem Jugendbereich. Stellungnahmen der „Kritik-Fraktion“ wurden veröffentlicht im AK 156, S.56-57; UW 29; AK 164, S.54-55.

Nachdem die „Kritik-Fraktion“ im Juni/Juli mehrmals halböffentliche Treffen (gemeinsam mit Ex-Mitgliedern des KB) durchgeführt hatte, gab es seit der „Sommerpause“ keine Informationen mehr über die weitere Entwicklung der „Fraktion“. Entsprechende Anfragen des LG blieben unbeantwortet. Vor ein paar Tagen hat nun die „Kritik-Fraktion“ ihren Austritt aus dem KB erklärt.

2. Die „ZL-Fraktion“ („Zentrums-Fraktion“). Sie behauptet, daß von der Mehrheit der Organisation und des LG wichtige „früher vereinheitlichte Positionen“ aufgegeben worden seien. Die Mehrheit des LG wolle den innerorganisatorischen „ideologischen Kampf“ nicht mit der genügenden „Schärfe“ führen, sondern betreibe einen „Waffenstillstand“ gegenüber „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“. Das müsse zur Zerstörung des KB führen. Erstmals offen in Erscheinung trat die ZL-Fraktion mit der Veröffentlichung mehrerer Grundsatz-Artikel im AK 160 (20. August) und mit der Drohung, die Organisation zu verlassen (Erklärung vom 22. August).

Die ZL-Fraktion hat bisher vier große fraktionelle Treffen durchgeführt; hinzu kommen fraktionelle Treffen auf Orts- und Bereichsebene. An den großen Treffender ZL-Fraktion nahmen insgesamt rund 100 Genoss(inn)en teil. Schwerpunkte dieser Fraktion: Schleswig-Holstein (17 Teilnehmer an den Treffen); Hamburg-Eimsbüttel (16); Chemie-Bereich (17 Teilnehmer an den Treffen); Hamburg-Eimsbüttel (16); Chemie-Bereich Hamburg (13); AG Schwule (vollständig auf ZL-Linie); Göttingen (6); Hannover (4); ÖTV-Bereich Hamburg (6). Die Zahl der ZL-Anhänger ist allerdings größer als die Zahl der Teilnehmer an den großen Fraktionstreffen. Insgesamt könnte es sich um 150 Genoss(inn)en oder etwas mehr handeln.

## Die erste Phase der Diskussion

Ende Juli wurden vom LG die „Thesen zur Bildung von Fraktionen im KB“ zur Diskussion in die Organisation gegeben. (Text im AK 160, S.35, zusammen mit einem Überblick über die bis dahin gelaufene Diskussion zu den „Thesen“). In den „Thesen“ wird hervorgehoben, daß Fraktionen „ein wichtiges Instrument bei der Klärung politischer Kontroversen im KB“ seien, daß sie jedoch zur Einhaltung der Organisationsdisziplin verpflichtet seien. Die „Kritik-Fraktion“ hingegen betriebe die Öffnung des KB gegenüber Nicht-Mitgliedern und ausdrückliche Mißachtung der Organisationsdisziplin (Weitergabe von „Internas“ an Nicht-Mitglieder). Zudem sei die „Kritik-Fraktion“ eine „Sammlungsbewegung ohne konkreten politischen und/oder organisatorischen Inhalt“, auf der Basis „beliebiger Unzufriedenheit“ mit dem KB. Die „Kritik-Fraktion“ entspreche daher nicht den Grundsätzen einer Fraktionsbildung in einer kommunistischen Organisation. Sofern sie sich nicht klar zur Frage der Organisationsdisziplin und zur politischen Basis ihres Zusammenschlusses äußere, sei „die Mitgliedschaft in der sog. ‚Kritik-Fraktion‘ unvereinbar mit einer Mitgliedschaft im KB“.

Die Diskussion in den Einheiten des KB ergab, daß ca. 85% der Mitglieder den „Thesen“ zustimmten, 10% dagegen stimmten und 5% sich enthielten. Unter den zahlreichen Änderungsvorschlägen (siehe dazu AK 160, S. 35) wurden vor allem häufig genannt:

– Klarere und ausführlichere Definition der Funktion und der Rechte von Fraktionen im KB.

– Streichung oder Modifizierung eines Satzes, in dem alle Mitglieder zur „Durchführung mehrheitlich ge-

fasster Beschlüsse“ verpflichtet werden.

– Zeitliche Begrenzungen für das Bestehen von Fraktionen im KB: Fraktionen dürften nur bis zur Entscheidung der Meinungsverschiedenheiten durch eine Delegiertenkonferenz oder einen Kongress bestehen.

Die Anhänger der „Kritik-Fraktion“ nahmen generell an dieser Diskussion nicht teil, sondern forderten die Einstellung der Diskussion und die Zurückziehung der „Thesen“ durch das LG. Ihre Argumentation:

Die Frage von Fraktionen im KB sei bisher im KB nicht diskutiert worden. Dies müsse nunmehr erst gründlich geschehen, wozu u.a. ausführliche historische Untersuchungen über die Geschichte von Fraktionen in anderen kommunistischen Organisationen nötig seien. Das LG hingegen wolle diese Fragen nicht gründlich diskutieren, sondern den Ausschluß der „Kritik-Fraktion“ im Schnellverfahren durchsetzen.

## Die Kritik-Fraktion verläßt den KB

Die im Juni gebildete „Kritik-Fraktion“ hat jetzt, ein halbes Jahr später, am 25.10., ihren Austritt aus dem KB erklärt. Die Austrittserklärung ist unterzeichnet von 22 Hamburger Genoss(inn)en. Im Einzelnen verteilen sich diese Genoss(inn)en folgendermaßen: 7 aus dem Bezirk Bergedorf; 6 aus der AG Zivildienst; 3 aus dem Bezirk Eimsbüttel; 2 aus Altona; je einer aus Wandsbek, Steilshoop, Lehrer-Bereich und RGW-Kommission.

In ihrer Austritts-Erklärung behaupten die Genoss(inn)en, ihnen sei eine Auseinandersetzung um die von ihnen aufgeworfenen Fragen im KB unmöglich gemacht worden. Dies

ger Gleichgesinnten innerhalb und außerhalb des KB zu veranstalten. Die Beteiligung von Nicht-Mitgliedern des KB an derartigen „Fraktionen“ wird in einem Begleittext der „Kritik-Fraktion“ ausdrücklich nochmals gerechtfertigt. Es handele sich dabei um ehemalige KB-Mitglieder, die aus dem KB „hinausgedrängt“ worden seien, aber immer noch mit dem KB „sympathisieren“.

Diese Argumentation der „Kritik-Fraktion“ ist in mehrfacher Hinsicht unsinnig: 1. Handelt es sich nicht um „Hinausgedrängte“, sondern um Leute, die ohne politische Begründung ausgetreten sind. 2. Gibt es keine nachprüfbare politische Definition für den heutigen Standort dieser Ex-Mitglieder. Das heißt, es bleibt den jeweiligen „Fraktionen“ allein überlassen, jemanden zum „Sympathisanten“ des KB zu erklären. 3. Bleibt die Stellung zum KB insgesamt unklar, da die „Kritik-Fraktion“ die gesamten politischen Grundlagen des KB

der LG-Mehrheit (80 %) zur Diskussion gestellt werden. Hauptpunkt dieser „Thesen“ ist die Feststellung, daß es sich bei dem Zusammenschluß der ZL bereits um eine Fraktion im Sinne der (vom gesamten LG getragenen) „Thesen I“ (zur „Kritik-Fraktion“) handelt, also mit den entsprechenden Rechten und Pflichten einer Fraktion.

Ein erstes, vorläufiges „Meinungsbild“ auf einer Hamburger Delegierten-Versammlung am 17. Oktober ergab, daß zumindest 2/3 der Hamburger Ortsgruppe den „Thesen II“ zustimmen; dieser Anteil wird wahrscheinlich noch größer werden, da der Diskussionsprozeß noch nicht in allen Einheiten abgeschlossen ist. Von außerhalb Hamburgs liegen bisher noch keine „Meinungsbilder“ zu den „Thesen II“ vor.

Der zentrale Widerspruch ist derzeit, daß die ZL bestreitet, daß es sich bei ihrem Zusammenschluß überhaupt um eine Fraktion

organisationskrise, der aufgebrochenen Differenzen und der Vorbereitung auf den 1. KB-Kongreß im Januar 1980 die Bildung von Fraktionen an bestimmten Streitpunkten ein durchaus „normaler“, keineswegs zu dramatisierender Schritt ist. Wir sehen Fraktionsbildungen nicht in derselben Weise wie die ZL als halben Schritt auf dem Wege zur Abspaltung. Indem die ZL umfassende und bereichsweise Treffen ihrer Anhänger-schaft organisiert, Diskussionen kollektiv vorbereitet usw. arbeitet sie unserem Verständnis nach bereits als Fraktion, unabhängig davon, ob sie sich selbst diesen Namen geben will oder nicht.

Indem die ZL sich zielt, sich zur Fraktion zu erklären, entgeht sie zunächst auch der Frage nach den Verpflichtungen für Fraktionen im KB (siehe „Thesen I“). Zwar hat die ZL auf der Hamburger Delegierten-versammlung am 17. Oktober erklärt, sie „beuge“ sich der Mehrheit und sei bereit, alle fraktionellen Pflichten zu erfüllen. In der Praxis verhält es sich allerdings anders: In den „Thesen I“ ist festgelegt, daß Fraktionen ihre Meinungsverschiedenheiten zur vorherrschenden Linie des KB (also die Basis ihrer Fraktionsbildung) offen darlegen müssen und daß sie einen Arbeitsplan für die weitere Auseinandersetzung, Untersuchungsarbeit usw. vorlegen müssen. Es ist interessant, daß dieser Passus der „Thesen I“ damals besonders von der heutigen ZL-Gruppe verfochten wurde. Zwei, drei Monate später, selbst mit ihren eigenen Anforderungen konfrontiert, erklärt die ZL Folgendes: Nicht sie, sondern die Organisationsmehrheit habe die gemeinsame Basis verlassen und „vereinheitlichte Positionen“ aufgegeben. Daher könne sie keinen Arbeitsplan vorlegen, weil sie mit immer neuen „Überraschungen“ seitens der Mehrheit konfrontiert werde. Im Übrigen sei es doch eher Sache der Mehrheit, einen Arbeitsplan vorzulegen, denn die ZL entferne sich ja immer mehr von den „vereinheitlichten Grundlagen“. Aus demselben Grund sei es auch eher Sache der Mehrheit, die Differenzen darzulegen.

Vor diesem Hintergrund hat die Erklärung der ZL, sie wolle – ohne sich als Fraktion zu verstehen – den Verpflichtungen einer Fraktion „umfassend nachkommen“, wenig Substanz.

## Wie ernst sind die Differenzen?

### Wie ernst sind die Differenzen?

Läßt man sich jedoch auf die Argumentation der ZL ein, daß eine Fraktionsbildung „ein sehr schwerwiegender Schritt“ sei, der nur unter außerordentlichen Umständen getan werden dürfe, so steht die Frage, wie „schwerwiegend“ denn die von der ZL behaupteten Meinungsverschiedenheiten im KB eigentlich sind? Berühren sie grundsätzliche Fragen oder nur Nebenfragen? Aus den offiziellen Verlautbarungen der ZL seit AK 160 (20.8.) ergibt sich folgendes Bild: Die ZL ging zunächst „nur“ von dem Vorwurf aus, die LG-Mehrheit betreibe „Krisenverwaltung“ – wolle die Organisationskrise also nicht lösen, sondern lediglich noch durch Anpassung „irgendwie durchstehen“. Inzwischen dehnte die ZL ihre Vorwürfe aus: Die LG-Mehrheit „schüre“ Angst „vor der leninistischen Organisation“ und „vor dem ideologischen Kampf“. Die LG-Mehrheit „beweihrauchere“ die „Fehlströmungen“ im KB und betreibe einen „Waffenstillstand mit den verschiedenen Formen des Spontaneismus“, Feminismus etc. im KB. Die LG-Mehrheit betreibe eine Politik, die „zwangsläufig Rückwirkungen auf den KB“ haben müsse, nämlich die „Zersetzung seines Charakters als revolutionäre Organisation“ (vgl. vor

zeige, „daß auch der KB als bekanntermaßen undogmatische ML-Organisation der neuen Linken nicht über den Schatten der unreflektiert übernommenen Kader- und Avantgardestrukturen der Partei Lenins und Stalins zu springen in der Lage ist. Auch in den Strukturen des KB gibt es keinen Platz für eine im Sinne wirklicher Meinungsbildung und kontroverser Diskussion wünschenswerte Fraktionsarbeit“.

Sinnvollerweise erfolgt dieser kollektive Austritt genau zu dem Zeitpunkt, wo die „Kritik-Fraktion“ mit den Artikeln von Piet. (siehe AK 164 und diesen AK) überhaupt begonnen hat, über bloße „Fragen“ hinaus

eigene inhaltliche Alternativen anzudeuten.

Die ausgetretenen Genoss(inn)en bekunden, daß sie sich nun in ihren Praxisfeldern „nach eigenen Wissen und Wollen am antikapitalistischen Kampf in der BRD beteiligen“ wollen. Außerdem wollen sie sich am Abbau des „Theorie-Defizits“ sozialistischer Politik beteiligen. „Von nun an fahren und steuern wir uns selber“.

Die AK-Redaktion wünscht den Genoss(inn)en dabei gute Fahrt. Zu erreichen sind sie unter „Postlagerkarte A 018 350, 2050 Hamburg 80“.

erst einmal „in Frage stellt“ und seine derzeitigen „Strukturen“ für undemokratisch erklärt.

In letzter Konsequenz geht es darum, unter der Devise, man müsse „Alles in Frage stellen“, beliebige Anschauungen im KB „fraktionell“ organisieren und dafür Partner außerhalb des KB zu gewinnen.

Eben deshalb wird in den „Thesen zur Fraktionsbildung“ (I) gesagt, daß sich Fraktionen im KB „auf der Basis politischer und/oder organisatorischer Meinungsverschiedenheiten“, „um bestimmte, diskutierbare Anschauungen“ sammeln. Das heißt, „um bestimmte, diskutierbare Anschauungen“ sammeln. Das heißt, Fraktionen müssen klar vor der Organisation darstellen, in welchen Punkten ihre Differenzen zur derzeitigen Organisationspolitik liegen und in welchen Punkten nach wie vor Übereinstimmung besteht. Andernfalls wird die Auflösung des KB in beliebige „Tendenzen“ betrieben, die zwar noch irgendwie mit linker Politik zu tun haben, aber sich vom Ausgangspunkt (nämlich der Politik des KB, wie sie sich in acht Jahren gemeinsamer Arbeit entwickelt hat) weit entfernen können.

## Die zweite Phase der Diskussion

Mit dem Auftreten der ZL-Fraktion (seit Ende August) erweiterte und verschärfte sich die Problematik der Fraktionsbildung im KB. Im Gegensatz zur „Kritik-Fraktion“, die kaum Kader des KB in ihren Reihen hat, besteht die ZL-Fraktion zu einem relativ hohen Teil aus leitenden und „mittleren“ Kadern des KB. Das Auftreten dieses fraktionellen Zusammenschlusses erschütterte also den KB viel stärker als das der „Kritik-Fraktion“.

Zur Hamburger Delegierten-Versammlung am 25. September lagen erstmals die „Thesen zur Fraktionsbildung im KB (Teil II)“ vor, die von

Für eine erfolgreiche Diskussion ist die Einleitung sehr wichtig!



oder ich trete von meinen Funktionen zurück!



Du nimmst Haltung an, holst tief Lust und ...



oder ich bilde eine Fraktion! Das ist mein Ernst!



„OOOOHHUUUUUUUU!“ Diese Kampagne muß sofort aufhören



und dann. Diskutierst du?



Weit gefehlt! Zu diskutieren brauchst du dann meistens nicht mehr.



alles AK 163, S. 48-49). Seit Eröffnung der „Krisendebatte“ im Sommer 1978 sei der Verfall des KB weitergegangen. Mit den derzeitigen „Methoden der Krisenbewältigung“ (= „Krisenverwaltung“) sei der KB „höchstens noch ein paar Monate zu halten“. (Erklärung eines ZL-Vertreters im LG am 27.8.).

Daraus ergibt sich eindeutig, daß nach Meinung der ZL (und ihrer Anhänger) die Existenz des KB auf dem Spiel steht, falls es nicht gelingt, den derzeitigen Kurs der Mehrheit des LG und der Organisation erheblich zu verändern. Eine ernstere, schwerwiegendere Meinungsverschiedenheit als die hier von der ZL behauptete ist in einer kommunistischen Organisation überhaupt nicht denkbar.

Es ist darum inkonsequent und unverständlich, daß die ZL bei dieser Einschätzung der Situation des KB und ihrer Widersprüche zur Mehrheit des LG und der Organisation immer noch mit der Schlussfolgerung zögert, sich offen zur Fraktion zu erklären. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß weit geringere Meinungsverschiedenheiten als die von der ZL behaupteten in der SDAPR (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands) oder in der KPD der 20er Jahre zur Bildung von Fraktionen geführt haben.

Unabhängig vom Willen der ZL hat bei derart schwerwiegenden, substantiellen Vorwürfen selbstverständlich auch die Organisationsmehrheit das Recht, von der ZL zu verlangen, daß sie offen als Fraktion ihre Thesen vor der Organisation vertritt, statt sich hinter einem zeitlich unbestimmten „vorfraktionellen Prozeß“ zu verstecken.

Die ZL argumentiert demgegenüber etwa so: Zwar seien die Meinungsverschiedenheiten derzeit sehr schwerwiegend. Jedoch könne niemand voraussagen, wie diese Differenzen sich weiter entwickeln, ob es also – in den Worten der ZL – vielleicht gelingt, diese Widersprüche „mittelfristig zu klären“. Dieser Argumentation steht jedoch die Tatsache entgegen, daß die ZL bisher durchaus nicht versucht hat, die Widersprüche zu klären, obwohl dies von der Mehrheit wiederholt angeboten und gefordert worden war. Ganz im Gegenteil: Die Politik der ZL hat seit ihren ersten Veröffentlichungen gerade darin bestanden, mit Hilfe von Wortklaubereien und haarsträubenden Konstruktionen immer neue, immer weitergehendere Vorwürfe gegen die Mehrheit vorzutragen, ohne sich darum zu kümmern, ob diese Vorwürfe überhaupt noch Bezug zur Realität haben.

### Fraktionsmacherei statt Fraktionsbildung?

Die ZL sagt, daß die Bildung einer Fraktion ein „schwerwiegender Schritt“ sei. Worin besteht nun nach Ansicht der ZL konkret dieser „schwerwiegende Schritt“? Die Beantwortung dieser naheliegenden Frage führt zu erstaunlichen Ergebnissen:

1. Die ZL hat die Auseinandersetzung mit einer kollektiven Austrittsdrohung eröffnet und verteidigt dies nach wie vor als legitimen Schritt („Notbremse“).
2. Die ZL hat innerhalb weniger Wochen vier große Treffen ihrer engen Anhängerschaft durchgeführt.
3. Die ZL hat mehrere bereichsweise fraktionelle Treffen durchgeführt, über die das LG z.T. erst Wochen später überhaupt informiert wurde (ÖTV-Bereich Hamburg).
4. Die ZL erklärt, daß „vorfraktionelle“ Treffen auch weiterhin legitim bleiben werden. Man sei bereit, „aber natürlich nicht jedesmal“, zu solchen „vorfraktionellen“ Treffen auch Vertreter der LG-Mehrheit einzuladen. Grundsätzlich halte man am Recht fest, „sich separat zu treffen“ (d.h. ohne Vertreter der Mehrheit). (Stellungnahme der ZL auf der Hamburger Delegierten-Versammlung am 17.10.)

An die ZL wurde mehrfach die Frage gerichtet, welche weitergehenden formalen/organisatorischen Schritte denn überhaupt noch möglich wären, falls die ZL sich selbst zur Fraktion erklärt. Diese Frage wurde von der ZL bisher nicht beantwortet. Tatsächlich verhält die ZL sich seit dem 22.8. (Spaltungsdrohung) bereits vollständig wie eine Fraktion. Der angeblich so besonders „schwerwiegende Schritt“, der noch aussteht, ist also lediglich die förmliche Benennung dieses Zusammenschlusses als Fraktion. Im Gegensatz dazu sind wir der Meinung, daß „schwerwiegend“ keineswegs irgendeine Art von Namensgebung ist (ob sich das Ding nun „Fraktion“ oder „vorfraktioneller Prozeß“ oder z.B. auch „ZL-Freundeskreis“ nennt), sondern wirklich „schwerwiegend“ sind die realen Schritte zur Formierung einer Fraktion. Diese Schritte wurden von der ZL zu einem Zeitpunkt eingeleitet, wo die Streitfragen noch kaum klar waren und wo ebenso unklar war, auf welcher Basis ein – wenn die ZL so will – „vorfraktioneller Prozeß“ eingeleitet werden sollte. Das war in der Tat ein sehr „schwerwiegender“, folgenreicher Schritt. Der ZL geht es jedoch darum, die „schwerwiegende“ Bedeutung ihrer

realen Schritte vor der Organisation herunterzuspielen: „Was wollt ihr eigentlich? Wir nennen uns doch gar nicht Fraktion, also sind wir auch keine! Nun bedrängt uns doch nicht so!“ Dementsprechend forderte ein ZL-Sprecher auf der Hamburger Delegierten-Versammlung am 17. Oktober, die Organisationsmehrheit möge mit „Toleranz und Gelassenheit“ das weitere Vorgehen der ZL (Fraktion) betrachten und deren „Meinungsbildungsprozeß“ nicht „stören“.

### Machtkampf statt Meinungsstreit

Wie aus dem dargelegten Verständnis hervorgeht, betrachten wir die Fraktionsbildung als ein Mittel zur Meinungsbildung und zur Klärung von bestehenden Differenzen. Ziel einer solchen Fraktionsbildung muß die organisatorische Einheit und die Vereinheitlichung auf politische Positionen bleiben. Von daher trägt eine solche Fraktionsbildung nicht von vornherein den „Keim der Spaltung“ in sich, wie Mitglieder der ZL meinen, sondern ist ein Durchgangsstadium für eine neue Stufe der Einheit der Organisation. Nur wenn sich aus kleinen Differenzen große Differenzen entwickeln (oder sie zu solchen hochstilisiert werden), kann dies auch zur Spaltung führen.

Gegenwärtig haben wir es bei der Fraktionsbildung der ZL mit einer Erscheinung zu tun, die nicht dem Meinungsstreit, sondern einem Machtkampf um den KB dient.

Von vornherein hat die ZL darauf verzichtet, klar umrissene politische Differenzen gegenüber der LG-Mehrheit herauszuarbeiten. Erst recht ist sie bisher den Beweis für die gegenüber der LG-Mehrheit erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe schuldig geblieben. Stattdessen hat sie die Auseinandersetzung mit dem Austreten verschiedenster Parolen begonnen. Eine dieser Parolen ist heute innerhalb der ZL-Fraktion schon zu einem geflügelten Wort geworden: die LG-Mehrheit wolle den ideologischen Kampf innerhalb der Organisation aufgeben. Nicht einmal die Urheber dieser Parole, die ZL, konnte bisher auch nur annähernd einen Beweis dafür antreten.

Dennoch hat diese Parole ihren Zweck erfüllt: Die ZL hat auf rein stimungsmäßiger Ebene eine Anzahl von Anhängern gesammelt, die heute als Machtinstrument in die Auseinandersetzung eingebracht werden.

Die innere Entwicklung der ZL-Fraktion stand von Anfang an im

Zeichen dieses Machtkampfes. Die erste Versammlung wurde geheim organisiert; die weiteren Versammlungen wurden zwar der LG-Mehrheit nachträglich (!) mitgeteilt, eingeladen wurde jedoch weiterhin geheim; die Teilnahme von LG-Mehrheitsvertretern wurde abgelehnt.

Daraus hat sich ein Block formiert, der im Sinne der ZL die Diskussion innerhalb der Organisation in eine bestimmte Richtung zu drängen versucht und gleichzeitig als Transporteur von Gerüchten und Stimmungsmache fungiert.

Gleichzeitig damit werden neue Formen und Ebenen der „Disziplin“ entwickelt. Gab es anfangs auch unter den heutigen Anhängern der ZL noch weitgehende Differenzen über die Beurteilung des Vorgehens der ZL (Austritts- und Spaltungsdrohung), unterwerfen sich heute fast alle einer Fraktionsdisziplin und rechtfertigen einhellig dieses Verhalten. Mitglieder der ZL-Fraktion weigern sich, gegenüber ihren Zellen Rechenschaft über die Diskussion auf den Fraktionssitzungen abzulegen, unterwerfen sich also auch hier nicht mehr der Organisations- sondern der Fraktionsdisziplin. Ebenso werden neue Formen der Zentralisation der Diskussion innerhalb der Organisation aufgebaut. Auf den Fraktionssitzungen der ZL werden Berichte über die Diskussion in den einzelnen Zellen zusammengetragen, woraus dann Schlüsse für das weitere Vorgehen abgeleitet werden. Der bisherige Scheitelpunkt dieser Entwicklung ist, daß ZL-Anhänger angesprochen werden, um Aufgaben zu übernehmen, die in die Zuständigkeit von Genossen der LG-Mehrheit fallen.

Wir sind der Ansicht, daß sich Fraktionen auf die Diskussion der von ihnen formulierten Differenzen beschränken sollten. In allen anderen Fragen sollten sich die Mitglieder dieser Fraktionen der Organisationsdisziplin unterordnen. Jede Form einer konspirativen Absonderung und jede Form von „Fraktionsdisziplin“ trägt nicht nur den „Keim der Spaltung“ in sich, sondern programmiert diese.

### Die „überfraktionellen“ Versöhner

In der SDAPR war es vor allem Trotzki, der durch seinen „überfraktionellen“ Kampf „gegen das Fraktionswesen“ zu fragwürdiger Berühmtheit gelangte. Trotzki's Masche war es, über das Bestehen von Fraktionen in der SDAPR zu klagen und sich selbst, da angeblich „überfraktionell“, als Rufer zur Einheit zu betätigen.

Kaum machen sich nun im KB Fraktionen bemerkbar, haben wir auch ein paar „überfraktionelle“ Versöhner. Ihre Argumentation sieht etwa so aus: Bei dem Konflikt zwischen ZL und Mehrheit blicke ja niemand mehr durch. „Beide Seiten“ seien für die Eskalation des Konflikts verantwortlich. Außerdem komme es auf die „Schuldfrage“ sowieso nicht an. Jetzt müsse „man“ (die Versöhner, die sich als Stimme der Organisation ausgeben) die Streithähne „an den gemeinsamen Tisch zwingen“, um eine Spaltung des KB in zwei jeweils nicht mehr lebensfähige Teile zu verhindern. Sogar ein förmlicher „Waffenstillstand“ wurde entworfen, bei dem die Mehrheit „vorerst“ darauf verzichten soll, Kritik am Vorgehen der ZL (Spaltungsdrohung am 22.8. etc.pp.) zu üben, da diese Frage „sowieso nicht zu klären“ sei. Im Austausch dafür solle die ZL „vorerst“ ihre offenen fraktionellen Zusammenschlüsse einstellen.

Die Sprecher des „überfraktionellen“ Versöhnertums im KB sind allerdings bisher fast ausschließlich Genoss(inn)en, die in Wirklichkeit ziemlich stark mit den Vorstellungen der ZL sympathisieren. Trotzdem hat das Argument, daß die Auseinandersetzung „so undurchschaubar“ sei, wohl eine Basis in der Organisation, vor allem außerhalb von Hamburg, das ja das Zentrum des Geschehens ist. Tatsächlich reagieren einige Genoss(inn)en ähnlich wie jene Liberalen, die beispielsweise angesichts des „Hickhacks“ zwischen rechten Grünen und Kommunisten in der Wahlbewegung nur noch von Ekel geschüttelt werden und nicht mehr bereit sind, zwischen richtigen und falschen Positionen überhaupt einen Unterschied zu machen.

Außerdem gibt es Genoss(inn)en, die (teilweise) nach der urchristlichen Lehre „Schlägst du mir auf die rechte Backe, halte ich dir auch noch die linke hin“ verfahren: Obwohl sie das Vorgehen der ZL verurteilen, plädieren sie dafür, im Sinne der „Einheit“, sich nicht an den „formalen“ organisatorischen Fragen „festzu-beißen“, sondern die „inhaltlichen“ Fragen zu klären. Diese Genoss(inn)en verkennen die Bedeutung der organisatorischen Fragen. Die Vereinheitlichung in organisatorischen Fragen und die Einhaltung demokratischer Formen ist die Grundlage für jede sinnvolle Auseinandersetzung. Sollte heute der ZL „wildes Fraktionieren“ erlaubt werden, könnte morgen dieses Recht jeder einklagen und der Zerfall des KB in sich bekriegende Horden wäre vorprogrammiert.

Leitendes Gremium (Mehrheit)

# Krisendebatte oder „Russisch Roulette“!

Im AK 162 erschienen die „Thesen zur Krise“ des Genossen F. Antifa-Kommission). F. ist Mitglied der AK-Redaktion und auf KB-internen Versammlungen häufig verbal militantester Vertreter gegen die Zentralsleitung (ZL). Wir hielten „Aussagekraft“ und ihr zugrunde liegende „Wissenschaftlichkeit“ seiner „These“ zunächst für so gering, daß wir eine nennenswerte Auswirkung auf die Organisation nicht für möglich hielten und daher eine Polemik zunächst verschoben.

Unsere Annahme erwies sich als vollkommen falsch. F.'s Krisen-Thesen stoßen im KB auf nicht unerhebliche Zustimmung oder positive Resonanz. – Auf der letzten Hamburger Delegierten-Versammlung schlugen wir daher vor, den Versuch eines gemeinsamen Artikels der ZL und der LG-Mehrheit gegen diese Krisen-Thesen zu unternehmen. Dies schien uns deshalb wichtig, weil diese „Thesen“ einige politische Überlegungen kraß darstellen, die in Artikeln von LG-Mehrheitsvertretern im selben AK nur ansatzweise und behutsam angedeutet werden (vergl. insbesondere „Anmerkungen zu“ von HH/De.). Der Versuch eines gemeinsamen Artikels hätte also das Ausmaß von Differenzen und Übereinstimmungen zwischen ZL und LG-Mehrheit zur „Krisenbewältigung“ für alle Beteiligten gut verdeutlichen können. Die LG-Mehrheit lehnte diesen Vorschlag zwar nicht grundsätzlich, aber doch zu diesem Zeitpunkt ab. Wir hoffen nun, daß die LG-Mehrheit in nächster Zeit separat zu diesen Krisen-Thesen des Genossen F. und unserer Kritik daran Stellung bezieht.

Wir sind in unserer Polemik bemüht, den wesentlichen Fehlern von F. entgegenzutreten und widerstehen der Verlockung, auf alle Unstimmigkeiten einzugehen.

„Thesen“ haben es offenbar an sich, daß sie „aufgestellt“ werden

dürfen, ohne sie argumentativ beweisen zu müssen. Eine dieser „aufgestellten“ Thesen von F. lautet z.B.: „Die kommunistischen Zirkel haben bisher von sich das Selbstverständnis einer kommunistischen Bewegung, die sich in einer mehr oder weniger stetigen Aufwärtsentwicklung allmählich zur neuen Partei entwickelt.“ Diese These „als solche“ mag interessant sein – bedauerlicherweise hat sie nur keinerlei Bezug zu Realität: Nehmen wir einmal als die wesentlichen, sich als kommunistisch selbstdefinierenden „Zirkel“ „KPD“, KPD/ML, KBW, KABD, Arbeiterbund, GIM und KB. Haben diese Gruppierungen unter- und zueinander das von F. behauptete „Selbstverständnis“, sich als gemeinsame „kommunistische Bewegung“ zu definieren, um sich „in einer stetigen Aufwärtsentwicklung“ „zur neuen Partei“ zu entwickeln?

Tatsächlich bezeichnen sich diese Gruppen untereinander z.T. als „reaktionär“, haben schroffe Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegeneinander, reklamieren z.T. einen alleinigen „Führungsanspruch“, behaupten, allein schon die „Partei der Arbeiterklasse“ zu sein etc. etc. Auch der KB ist vermünftiger Weise weit davon entfernt, diese Gruppen pauschal als „kommunistische Bewegung“ mißzuverstehen und sie als Kern einer künftigen kommunistischen Partei anzusehen.

Eine andere „These“ bei F. lautet: „Mit der revisionistischen Entwicklung in der VR China, Kuba, Vietnam sind die spontanen Hoffnungen auf eine gültige und schnelle Alternative zur imperialistischen Krisen-Politik als übertragbares Rezept gescheitert; der Revisionismus verschiedenster Couleur (von DKP bis „KPD“) gewinnt an Boden.“ Auch diese These verblüfft. Großen Bodengewinn der DKP hatten wir in letzter Zeit eigentlich weniger beob-

achtet. Mag sein, daß F. sich hier zu sehr auf die „UZ“ und andere DKP-Dokumente gestützt hat. Wir hatten z.B. die jüngsten Wahlergebnisse für die DKP etc. nicht als berauschende Bodengewinne verbucht. – Auch die „KPD“ schien uns in letzter Zeit trotz aller geschickter Bündnisanstrengungen mit anderen vaterländischen Strömungen eher auf dem Zahnfleisch zu rutschen und nicht gerade zu den Erfolgreichen im Lande zu zählen: Massenorganisationen der „KPD“ mußten mangels Teilnehmern dichtgemacht werden; nur noch vierzehntägiges Erscheinen der „Toten Fahne“ mußte erwogen werden etc.pp.

Nebenbei wäre es auch nicht allzu logisch, wenn die „gescheiterten Hoffnungen“ auf Kuba und China gerade in eine Zuwendung zu DKP und „KPD“ gemündet wären, also zu Bodengewinnen in der Massenbewegung für die hiesigen Bruderparteien der dort herrschenden Revisionisten umgeschlagen wären.

Wieder andere „Thesen“ von F. zeichnen sich dadurch aus, daß schlicht im Dunkeln bleibt, was F. damit gemeint oder auch nur dabei gedacht haben mag. Nehmen wir beispielhaft die „These“ vom „ideologischen Angebot der VR China als einer scheinbaren, realen Alternative gegenüber der revisionistischen Diskreditierung des Sozialismus“. – War die chinesische Kulturrevolution, oder allgemein der „Maoismus“ nun eine „scheinbare“ oder eine „reale Alternative“?

Dann und wann gleiten F.'s Thesen auch schon mal ins unergründlich Spirituelle ab. „Kommunismus existiert in dieser Bewegung“ (gemeint: den kommunistischen Zirkeln) in einer Reihe mehr oder weniger spontaneistischer Facetten, die z.T. nur deswegen nebeneinander Bestand haben können, weil der Grundcharakter der ganzen „Bewegung“ liberal und

pluralistisch keineswegs aber „kommunistisch“ ist.“ Wagen wir einmal bei Einsatz desselben Wortklingels eine „Gegenthese“: Die liberale Bewegung ist pluralistisch, weil dort der Spontaneismus in mehr oder weniger kommunistischen Facetten existiert! – Wer hat recht? Über dem beliebigen aufgestellten spirituellen Auskünfte läßt sich in der Tat streiten, jedenfalls kaum auf dem Boden des Marxismus.

Als besondere Schwierigkeit beim Verständnis von F.'s „Thesen“ erweist sich seine lüderliche und undifferenzierte Zusammenfassung aller bekannten, sich „kommunistisch“ bezeichnenden Organisationen und Gruppen zur „kommunistischen Bewegung“ oder zu den „kommunistischen Zirkeln“. Bezeichnungen mit denen F. umstandslos KPD/ML und KB, KBW und KABD über einen Kamm schert, was einer differenzierten Krisendebatte etwas im Weg steht. Da aber in etwa der Hälfte seiner Krisen-Thesen der Genosse F. ausdrücklich (z.T. ausschließlich) den KB und dessen Probleme aus seiner Sicht behandelt, gehen wir davon aus, daß er von „kommunistischer Bewegung“ nur dann spricht, wenn auch die Probleme des KB „mitbe-teiligt“ sind. Wir bemühen uns also im Folgenden auf nebensächliche Ungereimtheiten so wenig als möglich einzugehen und den berühmten „roten Faden“ in F.'s Gedankenführung in der Hand zu behalten.

### Gegen das Bejubeln der Krise

Ein Kernstück in F.'s „Thesen zur Krise“ ist seine Tendenz, bekannte Krisenerscheinungen der kommunistischen Organisationen pauschal und einseitig als „Stärkung der demokratischen Bewegung“ zu bejubeln und zu glorifizieren. Die „kommunistischen Zirkel“ hätten – anscheinend ganz und gar unbegründet – ein viel zu negatives Verständnis ihrer eigenen

Krise. Dieses falsche „Krisenverständnis“ der „kommunistischen Zirkel“ sei anscheinend ihrer – historisch bedingten – Kurzsichtigkeit und Engstirnigkeit gegenüber dem allgemein notwendigen und tatsächlich auch schon konkret ablaufenden „Gang der Dinge“ geschuldet. Insbesondere bemängelt F., daß die „kommunistischen Zirkel“ nur ihre eigene – etwas kläglich anmutende – Entwicklung betrachten und darüber den ermutigenden Aufschwung der demokratischen Bewegung übersehen. Mit diesem falschen und negativen „Krisenverständnis“ der „kommunistischen Zirkel“ will F. gehörig aufräumen: Den allgemeinen „Zerfallsprozeß“ kommunistischer Gruppen (einschließlich des KB) deutet F. zum Begrüßenswerten „objektiven Wachstumsprozeß“ der ganzen, insbesondere aber der demokratischen Bewegung um. In der „Abkehr“ vieler unserer ehemaligen Genoss(inn)en vom KB will F. überhaupt nur den Aspekt einer Stärkung der demokratischen Bewegung anerkennen, und zwar inform einer „Rückkehr von Demokraten und Radikal-Demokraten“ in die ihnen angestammte demokratische Bewegung (die widerspruchsvoll „mal als „eigenständig“, mal als „Umfeld“ des KB vorgeführt wird).

Demgegenüber steht die allgemeine Erfahrung, daß sich die meisten Ex-Mitglieder, die sich von ihren ehemaligen kommunistischen Gruppen „abgekehrt“ haben, nicht umstandslos in die demokratische Bewegung „einbringen“, um dort im „Vorfeld“ ihrer ehemaligen Organisation und für die gemeinsame Sache zu arbeiten, sondern daß sich die meisten (zumindest vorübergehend, weiteres bleibt abzuwarten) ins „Privatleben“ zurückziehen, in Einzelfällen sich gar als anti-kommunistische

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 53

Schreihäse in der demokratischen Bewegung betätigen. Aber selbst unabhängig von dieser hauptsächlich Erscheinung bei der „Abkehr“, verschwindet selbst im Besten aller möglichen Fälle bei F. die Widersprüchlichkeit bei der „Abkehr“ von Ex-Mitgliedern und ihrer Übersiedelung in die demokratische Bewegung, nämlich auch einer personellen, kadematischen Schwächung des KB.

sen haben, die Potentiale der demokratischen Bewegung verstärken. Der eigentliche politisch-ideologische Hintergrund dieser Differenz (zwischen Lenin und F.) liegt in F.'s fehlerhafter Bestimmung im Verhältnis von kommunistischer Organisation und spontaner (demokratischer) Bewegung, und zwar sowohl ganz allgemein als auch in der von F. in seinen „Thesen zur Krise“ konkret-historischen Dimension (von der „APO“ bis heute).

„gung“ sei „als spontane Reaktion auf die Aktionen des Kapitals während/nach der imperialistischen Strukturkrise 1966/67“ entstanden (gesperrt bei F.). (Diese Behauptung ist so eine der spezifischen Unsinnigkeiten, von denen es in den „Thesen zur Krise“ des Genossen F. nur so wimmelt: Hätte er gesagt, daß die APO eine „spontane Reaktion“ sowohl auf innen- wie auf außenpolitische Aktionen des imperialistischen Kapitals gewesen wäre, wäre diese

„taktische Reserve“ für die kommunistischen Zirkel und Übernahme z.T. auch die Funktion eines Bindegliedes zu Teilen des „demokratischen Lagers“ bis hinein in die linke Sozialdemokratie.

Dieses „natürliche Umfeld“ teilte aus gemeinsamer politischer Praxis und einem gemeinsamen „Politisierungs-Prozess“ in vielerlei Hinsicht politische Anschauungen mit den kommunistischen Zirkeln und akzeptierte auf dieser Grundlage einige Jahre lang eine politische und auf konkrete Aktionen bezogene Führung und Anleitung durch die Zirkel. Zum Teil bedingt durch politische Fehler der Zirkel gegenüber diesem „Umfeld“, aber hauptsächlich als Ergebnis einer 1973/1974 einsetzenden umfassenden ideologischen Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen gegen die neu aufgefundenen Ideen eines radikalen Marxismus-Leninismus ist dieses „Umfeld“ zusammengebrochen, noch bevor sich die Krise in den Zirkeln selber spürbar bemerkbar gemacht hat.

Die derzeitige Krise der kommunistischen Organisationen hatte also den politisch-ideologischen Zusammenbruch ihres – aus APO-Zeiten stammenden – „natürlichen Umfeldes“ zur Vorgeschichte. Die daraus folgende Isolierung der kommunistischen Zirkel setzte sich – unter anhaltender ideologischer Offensive der Bourgeoisie – schließlich als Krise innerhalb der „Zirkel“ fort.

### Die „eigenständige demokratische Bewegung“ und die ideologische Offensive der Bourgeoisie

Vordergründig beschreiben F.'s Krisen-Thesen einen recht heillosen Wirrwarr zum Thema „demokratische Bewegung“, die mal mit den kommunistischen Gruppen „identisch“ gewesen sei, mal schlicht und umstandslos als „spontane Bewegung“ vorgeführt wird, dann wieder als „eigenständige demokratische Bewegung“ wie ein Phönix aus der Asche von F.'s Thesen-Krise steigt, wobei dieser angeblich „eigenständige“ Charakter der „demokratischen Bewegung“ mal ganz allgemein, mal ganz konkret als „eigenständig ... gegenüber den kommunistischen Zirkeln“ fröhlich Urständ feiert.

Der Thesen-Salat zu diesem Thema ist u.E. vor allem dem Umstand geschuldet, daß F. das sich verändernde Verhältnis zwischen kommunistischen Gruppen einerseits und demokratischen Massenbewegungen andererseits gewissermaßen „aus sich selbst heraus“, speziell aus (z.T. historisch bedingten, und somit entschuldigen) Fehlern der kommunistischen Gruppen heraus zu erklären, zu entwickeln versucht. Unberücksichtigt bei F. bleibt das sog. politische „Großwetterklima“, das u.E. nicht nur in Bezug auf die ideologische Krise des KB (und anderer kommunistischer Gruppen), sondern ebenso auf die Beziehung der kommunistischen Gruppen zu den demokratischen Massenbewegungen, sondern ebenso auf die Beziehung der kommunistischen Gruppen zu den demokratischen Massenbewegungen von ganz zentraler Bedeutung ist.

Für die aktuelle Lage malt F. in dieser Hinsicht etwa folgendes Bild: „Es vollzieht sich eine Spaltung der bisherigen kommunistischen Bewegung in eine eigenständige demokratische Bewegung einerseits (unter Verschmelzung mit neuen Kräften) und die Herausbildung einer ebenso eigenständigen kommunistischen Politik andererseits, die ihre Aufgaben in dieser demokratischen Bewegung erst noch definieren muß.“ Diesen sich derzeit angeblich vollziehenden Spaltungsprozeß „der bisherigen kommunistischen Bewegung“ begrüßt F. als „objektiven Wachstumsprozeß“ der Bewegung, auch wenn dieser Prozeß durch die („zirkelbasierte“) Brille der kommunistischen Gruppen als „eigener Zerfallsprozeß“ und „Abkehr“ vieler ehemaliger Mitglieder mißverstanden wird.

Diese Darstellung ist u.E. eine skrupellose Beschönigung gesellschaftspolitischer Abläufe der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit, die – mit Blick auf die von uns zu ziehenden politischen Schlussfolgerungen – zur Verniedlichung der auf uns zukommenden Aufgaben zwangsläufig führen muß.

Tatsächlich hat die (anhaltende) politisch-ideologische Propaganda-Offensive der westdeutschen Bourgeoisie (wovon die Faschisierungs-Politik nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt ist) gegen die „Neue Linke“, gegen die „K-Gruppen“, gegen den Leninismus die inneren Widersprüche der kommunistischen „Zirkel“ zum Tanzen gebracht, so daß sie die Fähigkeit verloren, ihr traditionelles „Umfeld“ (unter erschwerten Bedingungen) zu erhalten oder gar auszubauen. Das führte zur Isolation der „Zirkel“, zur „Vertrauenskrise in den Marxismus-

Leninismus“ bis hinein „in die eigenen Reihen“ (De./Ha. „Anmerkungen zu ...“, AK 162), zu „Zerfall“ und „Zersetzung“ und in derer Folge zu Tendenzen einer politischen „Überwinterung“ (z.B. beim KBW, KABD, AB und – mit gewissen Einschränkungen – auch bei der KPD(ML) sowie zu Anstrengungen bei der Herausbildung neuer Interventions-Strategien (z.B. in die Wahlbewegung) und Elemente neuer Bündnis-Politik v.a. beim KB, aber z.T. auch bei der „KPD“).

Stand am Beginn der APO Ende der 60iger Jahre noch ein weit ins liberale und sozialdemokratische Lager verbreiteter Überdruß gegenüber der überzogenen antikommunistischen „Kalter-Kriegs-Propaganda“ und konnte dieser „traditionelle“ Antikommunismus mit Anleihen beim Antirevisionismus Chinas etc. von Teilen der APO damals unterlaufen werden, so gelang es der Bourgeoisie ab Mitte der 70er Jahre Schritt für Schritt ein neues antikommunistisches Feind-Bild – jetzt gegen die „K-Gruppen“, den „Leninismus-Maoismus“ etc. – aufzubauen, wobei ihr gewisse außenpolitische Entwicklungen (z.B. Rechtswendung Chinas) und sektiererische Entgleisungen einiger kommunistischer Gruppen zu Hilfe kamen und diesen „neuen“ Antikommunismus mit seinem „traditionellen Bruder“ zu einer hinreichend greifenden und funktionierenden Synthese zu verschmelzen.

Andererseits konnte die Bourgeoisie eine weitere Entwicklung und Zuspitzung gesellschaftspolitischer Widersprüche (z.B. beim Atomprogramm, § 218) ebenso wenig verhindern, wie das Entstehen neuer Protestpotentiale und ihre Verschmelzung mit Teilen des ideologisch aufgelösten traditionellen „Umfeldes“ der kommunistischen Gruppen. Allerdings gelang es der Bourgeoisie in diesen – sich etwa ab Mitte der 70er Jahre – neu aufbauenden Protestpotentialen und Massenbewegungen einen ziemlich scharfen Antikommunismus und starke Abgrenzungsmechanismen gegenüber den „K-Gruppen“ zu verankern.

Wenn F. also in seinen „Thesen zur Krise“ insbesondere den „neuen“ und „eigenständigen“ Charakter der demokratischen Bewegung („eigenständig ... gegenüber den kommunistischen Zirkeln“) bejubelt, übersieht er dabei schlicht, daß die „Eigenständigkeit“ in erheblichem Umfang schlicht aus antikommunistischen Abgrenzungsmechanismen besteht. Darin sehen wir keinen Anlaß zum Feiern, allenfalls erhöhte politische Anstrengungen für uns.

Werfen wir einen kurzen Blick auf einige demokratische Massenbewegungen der Gegenwart, denen F. einen „eigenständigen“ Charakter attestieren will: Bei der alternativen Wahlbewegung und – mit gewissen Abstrichen – der ihr wesentlich zugrunde liegenden Anti-AKW- und Umweltschutz-Bewegung, haben wir es ganz und gar unzweifelhaft mit einer sowohl ideologischen als auch politisch-organisatorischen D o m i n a n z reformistisch-kleinbürgerlicher bis sogar tendenziell reaktionär-kleinbürgerlicher Strömungen (Gruhl & Co.) zu tun. Was ist an diesen Bewegungen „eigenständig“? Mit nach wie vor dominierenden Strömungen liegen wir derzeit im Clinch, um unseren beabsichtigten Ausschluß aus der Bewegung zu verhindern, bzw. zu verzögern. Liegt in dieser Tendenz, die auf die Liquidierung der „K-Gruppen“ aus der Bewegung abzielt, der tiefere Kern des von F. so freudig begrüßten „eigenständigen“ Charakters?

Nehmen wir die derzeit existierende Frauenbewegung. Hält F. diese für „eigenständig“? Das hieße wohl schlicht die Realität mit der „autonomen“ Selbstdarstellung dieser Bewegung zu verwechseln. Eine Dominanz, sowohl in ideologischer als auch in politisch-organisatorischer Hinsicht, durch diverse kleinbürgerlich-feministische Strömungen kann ernsthaft kaum bestritten werden.

Ansich sollte für Leninisten geläufig sein, daß eine „eigenständige“ demokratische Bewegung unter den Bedingungen der Bourgeois-Herrschaft ein Widerspruch in sich selbst ist, Erfindung von interessierter Seite, allenfalls eine modische Wortschöpfung. F.'s schönfärberische Darstellung dieser Bewegungen versperrt den Blick für die ungeheuer schwierigen und komplizierten (bündnis)politischen Anforderungen an die Kommunisten, die überhaupt erst für gewisse Elemente von „Eigenständigkeit“ innerhalb dieser Bewegung kämpfen müssen.

F. kommt mit seiner „eigenständigen“ Theorie („eigenständig“ vom Marxismus-Leninismus) ins Schleudern, wenn er beschwichtigend beschreibt: „In zunehmendem Maße wird die Rolle der Zirkel, speziell auch des KB, als „anerkannte“ Führung

Fortsetzung nächste Seite

## Kommen die starken Männer wieder?

Wie lang ist der Bremsweg?

Die Krise ist nützlich, dann wird endlich die Spreu vom Weizen getrennt.

Waffenstillstand schon vorbei?

Norbert Gansel  
„Die Grauzone restlos lichten“

Kenny Loggins, Star der Country Music.

Die Krise ist nützlich, dann wird endlich die Spreu vom Weizen getrennt.

Waffenstillstand schon vorbei?

F. mißachtet schlicht die konkrete Erfahrung einer sich teilweise vollziehenden „ideologischen Aufweichung“ unserer Reihen, das „Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen“ in der politischen Realität des KB (und selbstverständlich auch anderer kommunistischer Organisationen) und stellt dies schlicht als falsche Ängste, Einbildungen, Hirngespinnste usw. der „kommunistischen Zirkel“ dar. In Wirklichkeit handele es sich hierbei – so der Genosse F. – bloß um das begrüßenswerte „Entstehen eigenständiger demokratischer Bewegungen“, die F. pauschal und einseitig als „Bereicherung des eigenen Kampfes“ und „auch als Erfolg der eigenen Bemühungen“ betrachtet wissen will. Falsch dagegen sei, im Zusammenhang dieser „Abkehr“ ehemaliger Genossen auch von „Fehlströmungen“ zu sprechen, denen womöglich auch noch „entgegengetreten“ werden muß. Das könnte nach F.'s Logik nur zur verderblichen Schwächung der demokratischen Bewegung führen.

Auf die Spitze treibt F. diesen Gedanken, wenn er behauptet, daß auch die allgemeine „Resignation“, „Abschaffenden“, schließlich Verweigerung und Privatisierung (...) im Grunde überhaupt kein Grund zum Erschrecken“ seien: Schließlich würden die „Resignierten“ und „Abgeschliffenen“ ihre politische Arbeit „im demokratischen Umfeld“ des KB fortsetzen und oft dabei „ein gutes politisches und persönliches Verhältnis zu ihren Freund/innen im KB“ behalten.

Man kann F. wahrlich nicht vorwerfen, daß er über die Krise des KB jammern würde. Im Gegenteil. Mit unübertrefflich sonnigem Gemüt kann er nur Positives entdecken, nur Grund zum Feiern sehen. Allerdings – bei genauerem Lesen – „feiert“ F. nicht etwa eine „Stärkung“ des KB durch „Abkehr“ demokratischer Mitläufer (ein derzeit beliebter, wenn auch unbegründeter Vorwurf gegen die „ZL“-Strömung), sondern er „feiert“ die „Stärkung“ der „eigenständigen“ demokratischen Bewegung durch Rückkehr von Demokraten aus den kommunistischen Organisationen, die sich dort nur – mangels anderer Alternative – vorübergehend festgesetzt hätten.

Mit Lenin teilt der Genosse F. sich in die Ablehnung eines allgemeinen Gejamers über die „Krise“ der Linken. Lenin allerdings betrachtete den entschiedenen Kampf gegen das „Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen“ als eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung, um eine politisch-ideologische und organisatorische Krise einigermassen „heil“ durchzustehen. F. dagegen sieht anscheinend geradezu umgekehrt das „Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen“ „auch als Erfolg der eigenen (seiner eigenen?) Bemühungen“, um sie dann „als Bereicherung des eigenen Kampfes“ abzufeiern.

Dieser feine Unterschied zwischen Lenin und F. bei der Betrachtung (und Analyse) der Krise erklärt sich – oberflächlich – aus dem schlichten Umstand, daß Lenin zu diesen Problemen vom parteilichen Standpunkt einer kommunistischen Organisation (der SDAPR) Stellung bezogen hat, währenddessen F. den Standpunkt der „gesamten Bewegung“ einzunehmen versucht und in diesem konkreten Zusammenhang sogar hauptsächlich und in erster Linie den Standpunkt der von ihm so vorgeführten „eigenständigen demokratischen Bewegung“.

Unter dieser Bedingung muß es F. natürlich pauschal als begrüßenswerter Fortschritt etc. erscheinen, wenn ein größerer Teil ehemaliger Mitglieder von kommunistischen Organisationen, nachdem sie diese verlas-

### Die „Führungskrise“

Als wesentliches Problem bei der derzeitigen „ideologischen Krise“ der kommunistischen Gruppen diagnostiziert F. eine sog. „Führungskrise“, eine „Orientierungs- und Führungsschwäche „kommunistischer Zirkel“. Damit will er ausdrücken, daß die „kommunistische Bewegung“ ihre alte Stellung in der (radikal)demokratischen Massenbewegung – im Vergleich zu früheren Jahren – nicht mehr aufrechterhalten kann. Als diese „alte Stellung“, ehemalige Funktion o.ä. wertet F. die „Rolle der Zirkel als Stellvertreter der demokratischen Bewegung“, eine Bewegung, die angeblich erst heute im Begriff ist, sich zu entwickeln, die es aber seit der APO bis in unsere Tage noch nicht wirklich gab. Schon ein flüchtiger Blick auf den politischen Kalender der jüngsten BRD-Vergangenheit läßt über diese These des Genossen F. nur noch Kopfschütteln über soviel ahistorische Ignoranz zu: der jahrelange Massenkampf um die Verbesserung des Schulsystems, die Anti-Barzel-Kampagne (gegen das „Mißtrauensvotum“), die breite Kampagne gegen den § 218, die Kampagne gegen die Berufsverbote und und und ... alles Kämpfe, die die kommunistischen „Zirkel als Stellvertreter der demokratischen Bewegung“ geführt hätten? Verrückt.

Ausgangspunkt seiner „Beweisführung“ ist F.'s Behauptung, daß es ohnehin kaum nennenswerte Unterschiede zwischen der jüngeren „kommunistischen Bewegung“ (nach der APO) und der allgemeinen demokratischen Bewegung gegeben hätte: „Vielmehr sind kommunistische Bewegung und demokratische Bewegung in der BRD mehr oder weniger identisch gewesen.“

Diese Behauptung – die in F.'s Thesenkonstruktion eine ganz zentrale Stellung einnimmt – ist u.E. nun wirklich grober Unfug und hält nicht einmal einer sehr groben Betrachtung stand. Richtig ist, daß

nun wirklich grober Unfug und hält nicht einmal einer sehr groben Betrachtung stand. Richtig ist, daß – historisch bedingt – eine katastrophale Schwäche den demokratischen politischen Sektor der BRD (im Vergleich mit dem süd-, nord- und westeuropäischen Ausland) auszeichnet, daß es in der BRD kaum Kontinuität demokratischer Entwicklungen und daher auch nur eine sehr schwache „demokratische Tradition“ gibt und daß sich aus alledem ab und dann eine aktuelle und punktuelle Situation entwickelte, in der die radikale Linke, speziell die kommunistische Bewegung, einige Lücken auf diesem Sektor schließen mußte. Richtig ist auch, daß die APO teilweise als Sammelbecken, Aktionseinheit demokratischer, kommunistischer und linksradikaler Tendenzen fungierte, was z.T. – insbesondere für „Außenstehende“ – nur schwer differenzierbar war und zeitweise als „einheitliche Masse“ erschien. Richtig ist auch, daß es innerhalb dieses „Sammelbeckens“ gewisse Umschichtungen (nach links) gegeben hat. Allerdings bleibt Tatsache, daß mit Zerfall der APO auch eine Differenzierung des „demokratischen“ vom „linksradikalen Lager“ (aus letzteren sich dann die kommunistischen Zirkel in Abgrenzung zum Aktionismus und Spontanismus entwickelten) sich durchsetzte und daß sich der ü b e r g r o ß e Teil des demokratischen Lagers als „linker Flügel“ bei SPD, DGB und FDP niederließ.

Vor diesem Hintergrund davon zu sprechen, daß „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung in der BRD mehr oder weniger identisch gewesen“ sein sollen, und dies auch noch – wie der Genosse F. unterstellt – seit der APO-Bewegung bis in die allerjüngste Vergangenheit (und Gegenwart) hinein, ist nun wirklich ausgemachter Kohl.

Noch kühner ist F.'s Behauptung, die „kommunistische Bewe-

„These“ noch halbwegs korrekt. Hätte er dann weiter gesagt, daß vor diesem Hintergrund junge kommunistische Zirkel entstanden sind, die sowohl „bewußtes Element“ als auch „modebedingte“ Strömungen in sich vereinigen, so wäre auch das richtig gewesen. Dies hätte umgekehrt aber auch einen wesentlichen U n t e r s c h i e d zwischen kommunistischer und demokratisch-spontaner Bewegung nahegelegt. Aber eben diesen Unterschied zu leugnen, ist F.'s spezifisches Anliegen.)

Nachdem F. kommunistische und demokratische Bewegung egalisiert hat, kommt er zu einer Doppelschlußfolgerung, die in sich total ungereimt bleibt: Einmal hätte die „kommunistische Bewegung“ „stellvertretend für eine (noch) nicht entwickelte demokratische Bewegung“ den „demokratischen Protest“ tragen müssen, zum anderen würde in der Praxis „der Kurs der (kommunistischen) Zirkel von der spontanen Bewegung selbst bestimmt“. Mit anderen Worten: Die „kommunistischen Zirkel“ führen „stellvertretend“ den demokratischen Kampf „für eine (noch) nicht entwickelte demokratische Bewegung“, wobei ihr politischer „Kurs“ von eben dieser Bewegung (die es noch gar nicht geben soll) „bestimmt“ wird. Spontaner Wirrwarr? Oder Wirrwarr als Methode zur Durchsetzung ganz bestimmter Vorstellungen zur „Krisenlösung“? Man wird sehen.

Es kommt noch dicker: „Trotz ihrer Unfähigkeit, eine längerfristige Orientierung und konkrete Führung zu geben, konnten die Zirkel sich zur „Führung“ (in Anführungsstrichen) großer Teile der Nach-APO-Bewegung aufschwingen.“ Und: „Rund zehn Jahre lang ließ sich die „Bewegung“ (jetzt auch in Anführungszeichen) in diesem Sinn führen bzw. führte sich gewissermaßen selbst.“

Im Grunde müßte „spontan“ einleuchten, daß (zwei) „mehr oder weniger identische“ Bewegungen (also in Wirklichkeit ein und dieselbe Bewegung) sich nicht gegenseitig oder wechselseitig „führen“ kann, daß also – in der Logik des Genossen F. – auch gar nicht von „Führung“ gesprochen werden könnte. Und wo's keine „Führung“ gegeben hat, dürfte es auch keine „Führungskrise“ geben. Das sollte bereits mit „einfacher Logik“ verständlich sein.

Der Genosse F. jedoch braucht diese „Führungskrise“, deren Lösung (und damit Lösung der Krise) er andeutet/verheißt, sofern wir bereit sind, ihm auf seinen Weg zu folgen, indem wir „neue Antworten auf neue Frage“ zu geben bereit sind, besser: von ihm entgegenzunehmen bereit sind.

Aus dieser Zwickmühle versucht der Genosse F. galant zu entweichen, in dem er für die Vergangenheit eine Art Schein-„Führung“ konstruiert, die bisher die konkrete Form des „Stellvertreter-Kampfes“ angenommen hat.

Hätte F. etwas besser nachgedacht, hätte er sich diesen Eiertanz um „Führung“ der demokratischen Bewegung durch die „Zirkel“, bzw. Kursbestimmung der Zirkel-Politik durch die „demokratische Bewegung“ (mit und ohne Anführungsstriche) etc. pp. sich selbst ersparen können und dem Leser seiner Krisen-Thesen gleichzeitig allerhand Kopfzerbrechen. Die tatsächlichen historischen Fakten, Entwicklungen und Abläufe waren – im groben und ganzen – viel einfacher:

Seit Herausbildung der kommunistischen Zirkel aus dem linksradikalen APO-Flügel, aus demjenigen Teil der APO, der für Sozialdemokraten und Revisionisten nicht integrierbar war, bildete ein ziemlich großer Restteil dieses APO-Flügels einige Jahre lang ein „natürliches“ Um- und Rekrutierungsfeld, gewissermaßen eine



Fortsetzung von Seite 54

rer in radikal-demokratischen Aktionen, Kampagnen usw. durch Sozialdemokraten (einschließlich der „Alternativen“) und durch Revisionisten aller Schattierungen in Frage gestellt.“

Diese Aussage („These“) von F. hat es wieder „mal so „in sich“. Wie gesagt, ist der Grundgedanke ziemlich richtig (und steht darum auch in krassm Widerspruch zu F.'s diesbezüglicher Argumentation in seinem Krisen-Salat), gleichzeitig sind wiederum alle konkreten Aussagen, die von diesem Grundgedanken „transportiert“ werden, der blanke Unfug: Weder machen uns – im konkreten – die Sozialdemokraten unseren angestammten Sessel „als „anerkannte“ Führer“ streitig, sondern wir kämpfen schlicht um untergeordneten Einfluß innerhalb dieser Massenbewegungen, ohne überhaupt annähernd schon Kraft und Fähigkeit zu haben, die unbestrittene Dominanz der Sozialdemokraten und sonstigen kleinbürgerlichen Führer in diesen Bewegungen überhaupt in Frage stellen zu können. Noch wird unsere bisherige Rolle in diesen Bewegungen „durch Revisionisten aller Schattierungen (darunter faßt F. DKP und „KPD“) in Frage gestellt.“ Tatsächlich ergeht es DKP (mit speziellen Ausnahmen, wie etwa im Antifa-Sektor) und „KPD“ – nur bei tendenziellen Unterschieden – ganz ähnlich wie uns. Der Einfluß beider nimmt eher ab, als er stagniert. Das läßt sich leicht belegen. Daß sich DKP und „KPD“ zu Lasten des KB politisch mästen würden, ist freie Erfindung („These“) von F. Weiter ist es höchst bedenklich, die Führer der „Alternativen“, wie sie heute real existieren, umstandslos der Sozialdemokratie „beizuordnen“. Diesen kleinbürgerlichen Führern fehlt im wesentlichen gerade das typisch sozialdemokratische Element, nämlich ein (links)reformistischer Bezug zur Arbeiterbewegung.

Daß sowohl die Kommunisten (mit und ohne Anführungsstriche) als auch die Revisionisten (DKP) und sogar traditionell links-sozialdemokratische Strömungen allesamt in den derzeitigen Massenbewegungen nur eine nebensächliche Rolle spielen können, liegt an ihrem gemeinsamen politisch-ideologischen Bezug zur Arbeiterbewegung, die aber – wie F. ganz richtig schreibt – „selbst noch nicht Bestandteil der Kämpfe war, sondern nur einige aktivierte Arbeiter(innen) am Rande in die Bewegung“ gezogen wurden, wo sie meist nur ein vorübergehendes Zuhause fanden.“ (Dies beschreibt F. zwar für eine, schon mehrere Jahre zurückliegende Periode; die Lage hat sich u.E. aber auch bis heute nicht qualitativ geändert). Aus dieser ansich richtigen Beschreibung fälscht F. aber wiederum genau den falschen Schluß, indem er direkt anschließt: „In diesem Rahmen allerdings haben „kommunistische“ Zirkel tatsächlich die Kämpfe anführen können, konnten sie punktuell konkrete Orientierung geben und konnte auch die Richtung angegeben werden, in die zu arbeiten sei.“

Genau das Gegenteil stimmt. Die konkrete Orientierung geben und konnte auch die Richtung angegeben werden, in die zu arbeiten sei.“

Genau das Gegenteil stimmt. Die komplizierte Problematik proletarischer Bündnis- und Massenpolitik, die sowohl die „kommunistische Bewegung“ als auch Revisionisten und linke Sozialdemokraten trifft, liegt gerade in der weitgehenden politischen Abstinenz der Arbeiterbewegung von den derzeitigen demokratischen Massenbewegungen begründet.

#### Krisen-debatte in der Sackgasse

Betrachtet man das kümmerliche Schwanzende von F.'s Krisen-Thesen, nämlich seine praktischen Ratschläge für den KB (Schlußfolgerungen), nämlich:

1. „Anhebung des politisch-ideologischen und theoretischen Niveaus ...“ seit mindestens acht Jahren ein Dauerbrenner im KB
2. „Teilnahme an den sich entwickelnden demokratischen Kämpfen...“ (läuft eh);
3. „... Untersuchung der Lage und Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung...“ (immer richtig) dann zeigt sich die inhaltliche Armut(e)ligkeit im Repertoire unserer derzeitigen „Krisenbewältiger“ und ihre „Lage und Entwicklung“, nämlich in die Sackgasse und politische Ratlosigkeit.

Vor diesem Hintergrund gehört u.E. schon allerhand Mut (Verzweiflung?) dazu, die „Zentrums-Fraktion“ als „Liquidatoren“ zu kennzeichnen, weil diese angeblich „zu „bewährten“ Prinzipien der seligen, politisch überschaubaren“ Zeit zurückkehren wolle. Wir sind aber gern bereit, dem Genossen F. eine gewisse feindselige Haltung zu „politischer Überschaubarkeit“ zu attestieren.

Leitung des Zentrums

# Zur Krise der kommunistischen Bewegung

(Teil 2)

Im ersten Teil dieser Arbeit habe ich versucht, die Krise der „Neuen Linken“ oder „Neuen Kommunistischen Bewegung“ in den Zusammenhang der weltweiten Krise des Kommunismus zu stellen. Desweiteren versuchte ich an den politisch-theoretischen Vorstellungen Lenins anzuknüpfen, der der entscheidende Theoretiker und Führer der 3. Internationale war. Ich habe mich bemüht, die nach meiner Überzeugung gravierenden theoretischen Schwächen/Fehleinschätzungen zu ergründen, die von prägendem Einfluß in dem politisch-theoretischen und organisatorischen Konzept der 3. Internationale waren. In diesem Teil nun will ich versuchen, einige Denkanstöße/Argumente darüber zu entwickeln, wie sich der Imperialismus weiterentwickelt hat, welche Produktivkräfte er fortgesetzt entwickelt, was das für Fragen bezüglich der bisherigen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus aufwirft etc. Ferner soll auf dieser Basis auf die neuen Massenbewegungen (Umweltschutz/Ökologie) eingegangen werden und auf ihre Bedeutung für den antiimperialistischen Kampf. Last not least dann einige Überlegungen zur Rolle und Perspektive linker Organisationen bzw. von Organisationen überhaupt.

#### Der Mythos von der Produktivkraftentwicklung...

Im Gegensatz zur Leninschen Annahme, er sei am Ende, hat der Imperialismus sich konsolidiert und im letzten halben Jahrhundert die Produktivkräfte fortentwickelt. Dies in einem Ausmaß und in einem Tempo, was Anfang des Jahrhunderts niemand vorausahnte bzw. vorausahnen konnte. Das aktuelle Gesicht des Imperialismus, die spezifischen Formen der heutigen Bedrohung der Menschheit durch das imperialistische System werfen die Frage nach der Tauglichkeit/Unzulänglichkeit der grundlegend auf Marx fußenden bisherigen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus zur Erklärung der heutigen Wirklichkeit auf.

Für Marx war – ähnlich wie für Lenin – die proletarische Revolution in greifbarer Nähe, als er seine Theorie des Sozialismus/Kommunismus entwickelte. Er sah im Kapitalismus selbst die entscheidenden Wurzeln (Widersprüche), die die Überwindung des Systems unvermeidlich machten. Jedoch war der Sozialismus/Kommunismus für Marx erst auf einem bestimmten Mindestmaß gesellschaftlichen Reichtums möglich, bei einem bestimmten „Entwicklungsstand der Produktivkräfte“. Dies sei unabdingbare Voraussetzung für die Senkung der „notwendigen Arbeitszeit“ (zur Lebenserhaltung) und zur Einbeziehung des ganzen Menschengeschlechtes in kulturelle, „menschenwürdige“ Beschäftigung. Der Kapitalismus nun hat das „historische Verdienst“, daß er die Produktivkräfte in beschleunigtem Tempo vermehrt und entwickelt, und damit die Voraussetzungen des Sozialismus schafft. Lediglich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, mit ihrer ganzen Anarchie etc. werden alsbald die „Entwicklung der Produktivkräfte“ behindern, werden zu ihrer „Fessel“. Hat das kapitalistische System dann „alle Produktivkräfte entwickelt, für die es weit genug ist“, wird es abtreten (getreten werden) und das Proletariat kann die entwickelten dann „alle Produktivkräfte entwickelt, für die es weit genug ist“, wird es abtreten (getreten werden) und das Proletariat kann die entwickelten Produktivkräfte für die Errichtung des Sozialismus als materielle Grundlage übernehmen... Marx und Engels schrieben 1848:

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhafte und kolossale Produktivkräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganz aus dem Boden hervorgegangene Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktivkräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten ... alle feudalen, patriarchalen, idyllischen Verhältnisse (wurden) zerstört ... die buntscheckigen Feudalbande ... unbarmherzig zerrissen und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlverordneten Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt“ (1).

Trotz allen Elendes, totaler Entwertung von proletarisierten Massen und ihre physische Vernichtung im ersten Stadium der Industrialisierung, sahen Marx und Engels in diesem Prozeß einen notwendigen Schritt zur Höherentwicklung der Menschheit, zur Zivilisation:

„Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation ...“ (2). Marx hält die Entstehung der großen Industrie und ihre zerstörerische Ausbreitung über die ganze Welt für einen historisch notwendigen, „im Interesse der

Menschheit“ stattfindenden Prozeß, ungeachtet der Opfer Einzelner, wie ganzer Generationen. In einer Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Ökonomen Ricardo nimmt er bspw. diesen gegen seine „sentimentalen Gegner“ in Schutz:

Diese wollen nicht erkennen, daß die „Produktion der Produktion halber“ nichts anderes bedeutet als die „Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck. Stellt man ... das Wohl der Einzelnen diesem Zweck gegenüber, so behauptet man, daß die Entwicklung der Gattung (!) aufgehalten werden muß, um das Wohl des Einzelnen zu sichern... Daß diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, daß also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozeß erkauft wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden.“ Ricardo sei „wissenschaftlich ehrlich“, wenn es ihm gleichgültig ist, ob die Fortentwicklung der Produktivkräfte „Grundeigentum tötet oder Arbeiter“ (3).

Marx stellt nie in Frage (oder nur ansatzweise), ob die Produktivkräfte, die durch den Kapitalismus entwickelt werden, auch wirklich die sind, die der Sozialismus/Kommunismus als „materielle Grundlage“ braucht. Er sah die durch den Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte als uneingeschränkt fortschrittlich an, weil sie im wesentlichen folgende Merkmale einer künftigen sozialistischen Gesellschaft aufwiesen:

– Hohe Produktivität, durch neue Technologien, Organisationsformen, angewandte, enorm fortschreitende Wissenschaft etc.

– Die Organisation der Arbeit, d.h. ihre Zentralisierung, ihre „Vergesellschaftung“ jeder Arbeiter Wissenschaft etc.

– Die Organisation der Arbeit, d.h. ihre Zentralisierung, ihre „Vergesellschaftung“, jeder Arbeiter ist im größeren gesellschaftlichen Verband in der Verrichtung seiner Arbeit abhängig, zur Kooperation gezwungen etc.,

– Konzentration des Kapitals, Konzentration der Produktionsmittel, Reduzierung der Funktion der Kapitalisten durch diesen Prozeß immer stärker auf die nackte Ausbeutung. Schließlich tritt ihr rein parasitärer Charakter zu Tage und das Proletariat strebt zur (Macht)übernahme der weitgehend vergesellschafteten Produktionskräfte. Dies sollte nach Marxens Vorstellung auf der Basis der sichtbaren Möglichkeit (Konzentration des Kapitals) sowie auf der durch den Kapitalismus herbeigeführten Befähigung des Proletariats zu diesem Schritt unausweichbar das Ergebnis des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein.

Im ersten Band des „Kapitals“ faßt Marx das folgendermaßen zusammen: „Hand in Hand mit (der) Zentralisation oder der Expropriation (= Enteignung) vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erbe, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit... Mit der ständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren (= vereinnahmen) und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der

stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt“ (4).

#### Die bürgerliche Fortschrittsgläubigkeit...

Diese nur grob umrissene marxistische Theorie ist bis heute von nahezu sämtlichen Richtungen, Strömungen etc. des Marxismus-Leninismus akzeptiert. Selbst die chinesische Relativierung ungehemmter Produktivkraftentwicklung (Kulturrevolution) führte letztlich nicht zur Kritik des obigen Marxschen theoretischen Ansatzes. Die Maxime der „historischen Mission“: Produktivkraftentwicklung des Kapitalismus, der dadurch stattfindende Prozeß der „Höherentwicklung“ der menschlichen Gesellschaft, der Glaube an die Industrialisierung mit ihrer zentralwirtschaftlichen Perfektionierung etc. ist zentraler Bestandteil des Marxismus-Leninismus. Bezieht man die real-sozialistischen Versuche mit ein, so löst sich diese Vorstellung auf in den Glauben an eine riesige, perfekt durchgeplante, auf Basis unerbittlicher, militärischer Disziplin funktionierende Maschine, ja den „absoluten Automaten“ o.ä., der die notwendige Arbeit der Menschheit zu ihrer Bedürfnisbefriedigung irgendwann auf ein Minimum herabdrücken soll...

Der Marxismus-Leninismus kritisiert bislang nur die (kapitalistischen) Produktionsverhältnisse – nicht aber auch die durch den Kapitalismus hervorgebrachten Produktivkräfte selbst. Ein solcher Prozeß wird uns in seiner Notwendigkeit erst in den letzten Jahren durch Technologien etwa wie die Kernenergie etc. bewußter (aber auch hier hat etwa die DKP am deutlichsten – der KB aber ansatzweise auch – versucht, die Kritik daran auf eine Kritik kapitalistischer Anwendung zu reduzieren, eben Kritik der Produktionsverhältnisse). Nicht im Blickfeld war sozusagen der „Kapitalismus“ in den (!) von ihm hervorgebrachten Produktivkräften. Ich meine die Tatsache, daß heute im Unterschied (jedenfalls weitgehend im Unterschied) zum vorigen Jahrhundert in bedrohlichem Ausmaß Technologien entwickelt werden und zur Auswirkung kommen, die die Lebensgrundlagen der Menschheit in Entwicklung werden und zur Auswirkung kommen, die die Lebensgrundlagen der Menschheit in beschleunigtem Tempo zerstören, daß der Fortbestand der Produktionsweise des Kapitalismus diese massenhafte (nicht nur der Kernenergie allein!) Entwicklung solcher Technologien erfordert. Der Grund und der soziale Antrieb für die Beseitigung des Kapitalismus besteht nicht pauschal und allein in dem Hemmnis, der „Fessel“ der kapitalistischen Produktionsweise für die „weitere Entwicklung der Produktivkräfte“, er besteht darüber hinaus in zunehmendem Maße im Charakter dieser Produktivkräfte selbst, die nicht mehr pauschal die „materielle Basis“ einer sozialistischen Gesellschaft abgeben können, sondern hinsichtlich ihrer sozialen und hinsichtlich ihrer ökologischen Auswirkungen einer gründlichen Kritik unterzogen werden müssen. Die Wirtschaftssysteme der Gesellschaften des „realen Sozialismus“ stellen (nicht nur) in dieser Beziehung das Trauma der sozialistischen konkreten Utopie dar.

Sie bedrohen in der gleichen Weise das Leben auf diesem Planeten, mit ihrer kritiklosen Übernahme (und Fortentwicklung!) der kapitalistischen Technologien, und sie sind als Ergebnis ihrer ungehemmt-fortschrittsgläubigen Konkurrenz mit der kapitalistischen Warenproduktion der sozialistischen Emanzipation der Menschheit kaum einen Schritt näher gekommen...

#### Die „moderne“ Verelendung...

Zur oben behaupteten und bis dahin nicht näher erklärten Notwendigkeit, die kapitalistischen Produktivkräfte neben der ökologisch-biologi-

schon Kritik, auch einer Kritik der sozialen Auswirkungen zu unterziehen, noch folgender Hinweis:

Für Marx war die kapitalistische Produktionsweise aufgrund ihres „Fessel-Charakters“ nicht imstande, das materielle Elend, die „Verelendung“ des Proletariats zu beheben (siehe vorn), weswegen er die Revolution in naher Zukunft sah. Dies hat sich in den Industrieländern nicht bewahrheitet. Der von Lenin analysierte Imperialismus (siehe hierzu den ersten Teil meines Artikels) konnte mittels Ausplünderung der Kolonien und Unterwerfung des Weltmarktes dieses Problem relativieren und mit seiner Weiterherrschaft vereinbar machen. Lenin sah seinerseits die imperialistische Herrschaft mit dem 1. Weltkrieg und mit dem beginnenden Zusammenbruch des Kolonial-Systems am Ende. Aber auch dies hat sich nicht bewahrheitet – der Imperialismus hat es verstanden, gerade über eine Steigerung des Tempos der Produktivkraftentwicklung das alte System der Ausplünderung der Kolonien durch eine neue, eine technologische Variante zu ergänzen bzw. beides geschickt zu kombinieren. Diese technologische Entwicklung schafft alles andere als die „materielle Grundlage“ des Sozialismus, sie ist Technologie der imperialistischen Herrschaft an sich, sie bedingt soziale und gesellschaftliche Strukturen (Stichwort: Atomstaat), die den Menschen entmündigen, ihn der Allgewalt der Technik ausliefern, von ihm straffe Disziplin, funktionale, „sachliche“ Eingliederung in das militärisch und minutiös-zentral gesteuerte Ganze verlangen. Dies ist nicht den kapitalistischen Produktionsverhältnissen allein anzulasten, sondern eben auch den durch sie bestimmten und in ihrer Entwicklung gesteuerten Produktivkräften selbst. Das ehemals materielle Elend – „Verelendung“ – verschiebt sich in den industriellen Zentren in den Bereich des geistig-kulturellen Lebens, der psychischen Verelendung im Massen-Maßstab:

„Das Ideal der Industrie ist die Ausschaltung lebender Substanzen (Schumacher). Diese Kennzeichnung des Industriesystems kann nicht interpretiert werden. Sie trifft auf allen Ebenen und für alle Aspekte zu: für die Logik des Kapitals, die lebendige Arbeit durch tote ersetzt, für die erwähnte Enteignung der Fertigkeiten oder ganz konkret für bestimmte Technologien in der Landwirtschaft und chemischen Industrie...“

Die Ausschaltung lebender Substanzen und Instanzen durch die Industrialisierung hat jedoch für das Individuum noch sehr viel direktere Bedeutung: Es ist eine Ausschaltung der Instanzen durch die Industrialisierung hat jedoch für das Individuum noch sehr viel direktere Bedeutung: Es ist eine Ausschaltung wichtiger Dimensionen des „Lebens“: Der Spontaneität, der Geselligkeit und personenbezogenen Kommunikation, der Gefühle und Zuneigung, der Erotik und Sexualität. Diese Bereiche werden abgedrängt in eine schmale Zone des Privaten. Die Arbeitsvollzüge und die Geselligkeit im Industriesystem verlangen ein gefühlos, geschlechtsloses und durch den technischen Fortschritt zunehmend auch ein „körperloses“ Wesen. Diese „Körperausschaltung“ erzeugt eine psychisch-sinnliche Verstümmelung der Individuen, die auch in den Privatbereich hineinwirkt. Nimmt man die Trennung der Lebensbereiche hinzu, den Dualismus von Produzieren und Konsumieren, Arbeitszeit und Freizeit, die Trennung von privat und öffentlich, die grundlegende Veränderung und Funktionsreduzierung der Familie und die anderen Veränderungen durch die Industrialisierung, so ergibt dies insgesamt die Hauptquelle des heutigen massenhaften psychischen Elends.

Ob eine Gesellschaft sich sozialistisch nennen kann, muß auch an den Individuen erkennbar sein: ob für sie die durch den Kapitalismus entstandene umfassende Enteignung aufgehoben ist, ob die Verfügungsgewalt über ihren Lebensbereich in ihren Händen liegt, ob die industrielle Unmündigkeit gebrochen ist, ob die Aufrechterhaltung der Lebensbereiche zurückgenommen und ob ein neues Verhältnis zur inneren und äußeren Natur des Menschen gefunden wurde. Solange nicht auch in diesen Bereichen wesentliche Veränderungen gegenüber kapitalistischen Gesellschaften errungen worden sind, ist die kapitalistische Formation noch nicht überschritten“ (5).

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 55

Dies mag an dieser Stelle zur Erläuterung des Gedankens genügen, daß man die vom Imperialismus entwickelten Produktivkräfte u.a. einer Kritik hinsichtlich ihrer sozialen Auswirkungen unterziehen muß, diese eben nicht einfach so als „materielle Grundlage“ des Sozialismus betrachtet werden können. Diese Auffassung muß viel mehr als eine Übernahme bürgerlicher Fortschrittsgläubigkeit im Ideen-Bereich des Marxismus-Leninismus begriffen werden. Stellt man dies jedoch fest, so wird eine weitere theoretische Lücke erst in ihrem ganzen Umfang sichtbar...

### Der Trugschluß von der Produktivität...

Die angebliche Produktivität der vom Kapitalismus eingeleiteten Industrialisierung ist ihr stärkstes Argument — sowohl von bürgerlicher, wie auch unter umgekehrtem Vorzeichen von sozialistischer Seite. Daß dies ein gefährlicher Trugschluß und darüber hinaus im Weltmaßstab betrachtet kaum beweisbar ist, will ich in gebotener Kürze noch zur Untermauerung der obigen Thesen ausführen.

Aus der Perspektive des „industrialisierten Menschen“ erscheint uns die Geschichte der Technik überhaupt erst mit der industriellen Revolution beginnend. Diese Sicht ist aber schon ein Scheitern, „selbstverständliches“ Ergebnis industrieller Bewertung der vorangegangenen gesellschaftlichen Formationen.

„Das Fehlurteil unserer Zeit rührt daher, daß die größten technologischen Errungenschaften der antiken Welt auf dem Gebiet der Statik und nicht der Dynamik lagen: in der Baukunst, nicht in der Mechanik; in Bauwerken, nicht in Maschinen. Wenn der Historiker in Kulturen einen Mangel an Erfindungen entdeckt, so deshalb, weil er darauf beharrt, als Hauptkriterium des technischen Fortschritts die speziellen Arten von Kraftmaschinen und Automaten anzusehen, auf die der westliche Mensch sich heute festgelegt hat, während er wichtige Erfindungen, wie die Zentralheizung oder das Wasserklosett als unbedeutend ansieht, oder sie in seiner Unwissenheit sogar unserer eigenen industriellen Revolution zuschreibt“ (6). Hier soll nicht einer Neuaufgabe von „Maschinenstürmerei“ das Wort geredet werden, auch nicht einer vorbehaltlosen Glorifizierung vor-industrieller Kulturen. Es soll nur versucht werden, an die riesige Zerstörung kultureller Werte, von Wissen und Fertigkeiten etc. zu erinnern, die durch die der ganzen Welt aufgezwungene „abendländische Zivilisation“ verursacht wurde:

„Einen fairen Wettstreit zwischen dem ganzen westlichen Denken und außereuropäischen Mythen und Kosmologien hat es nie gegeben. Diese Ideengruppen und mit ihnen verbundene Praktiken (Medizin z.B.) verschwanden nicht, weil die europäische Wissenschaft besser war, sondern weil die europäischen Soldaten die besseren Eroberer waren. Man hat nicht geforscht, man hat nicht verglichen. Man hat kolonisiert und die Ideen der kolonisierten Nationen unterdrückt“ (7).

Es versteht sich von selbst, daß eine reale Beurteilung der Produktivität der vom Kapitalismus/Imperialismus erzeugten Produktivkräfte/Technologien aus der Sicht der gesamten Menschheit, des ganzen Welt-systems erfolgen muß, nicht allein aus der Sicht der industriellen Kernländer selbst. So betrachtet, muß die Tauglichkeit (Produktivität) radikal in Zweifel gezogen werden, und dies in mehrfacher Hinsicht. „Die Tatsache, daß es heute in den unterentwickelten Regionen der Welt Hungersnöte gibt und täglich Tausende von Menschen an Hunger sterben, kann fast ausschließlich auf den kolonialen Eingriff der europäischen Eroberer und der späteren Industriestaaten zurückgeführt werden, die vorher ökologisch und ökonomisch ausbalancierte Systeme systematisch zerstört haben, um sie besser ausbeuten zu können. Nutznießer dieser Ausbeutung ist bis heute auch das „weiße Proletariat“, weswegen ja auch schon früh Arbeiterführer die Kolonialisierung als eine „welthistorische Notwendigkeit“ ansahen. Heute diesen Ländern die Industrialisierung als Rettung aus der Not anzubieten und sie durch Entwicklungshilfe auch noch von unserer Exportindustrie abhängig zu machen, ist mehr als zynisch“ (8).

So, im Weltmaßstab betrachtet, wird deutlich, daß das imperialistische Industriesystem seine vermeintliche Produktivität über eine weltweite Kostenverschiebung ungeheuren Ausmaßes bezieht. Dies geschieht offensichtlich im Austausch des Imperialismus (aber auch des RGW!) mit der sog. „3. Welt“. Die Ballung der industriellen Zentren

(„Konzentration des Kapitals“) mit ihren Zuliefer-Notwendigkeiten und der Bindung riesiger Transportkapazitäten ist heute aus der Sicht einer planmäßigen Entwicklung des Welt-systems weder produktiv, noch aufrechtzuerhaltende „materielle Grundlage“ eines künftigen sozialistischen Systems. Sie ist vielmehr der direkte Ausdruck imperialistischer Macht, Herrschaft und wird in nicht geringem Maße entflochten werden müssen. Mit dieser Entflechtung wird sich ein sozialistisches System ferner in erheblichem Ausmaß von herrschaftsstabilisierenden und -produzierenden Technologien trennen müssen, die — wie sich in den letzten Jahren immer stärker herausgestellt hat — die Lebensgrundlage jeder bestehenden oder künftigen gesellschaftlichen Formation gefährden. Denn der zweite große Bereich, in den die kapitalistische Produktionsweise „Kosten verschiebt“, um produktiver zu erscheinen, ist die Natur:

„Die industrielle Produktionsweise ist ein ökologisch offenes System: Es werden auf einer Seite Stoffe verbraucht, die nicht zu erneuern sind, die nicht ‚nachwachsen‘, und von denen angenommen wird, ‚bezahlt‘ werden müßte nur die Arbeit für die Gewinnung der Stoffe. Auf der anderen Seite werden Stoffe produziert, die nicht durch den Kreislauf der Natur abgebaut werden können, sondern sich als ‚Müll‘ anhäufen. Dieser Müll als Abfall, Abgas oder Abwasser wird zum großen Teil über die ganze Erde etwa durch die Flüsse und Meere oder auch durch hohe Schornsteine in der Atmosphäre fein verteilt, so daß die ‚Kosten‘ im Gegensatz zu den Gewinnen weit gestreut werden, was den Eindruck hoher Produktivität erweckt. Durch diesen Müll werden jedoch auch Schäden verursacht, die in der Dimension ‚Kosten‘ überhaupt nicht zu erfassen sind, weil sie nicht zu ‚bezahlen‘ sind, d.h. durch noch so große menschliche Anstrengungen nicht behoben werden können: eine irreversible, nicht wieder rückgängig zu machende Zerstörung des Lebenssystems Erde. Die meisten industriellen Produktionsverfahren können also nur in dem engen Bereich wirtschaftlichen Horizont als ‚produktiv‘ erscheinen, weil sie neben der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auch die Erde und Natur ausplündern und zerstören. Das gilt wiederum auch für das Industriesystem des real existierenden Sozialismus. Nicht nur der Rhein ist eine Kloake, auch die Wolga, nicht nur im Ruhrgebiet ist die Luft verpestet, auch die volkseigenen Betriebe der Leuna-Werke pusten tonnenweise Dreck in die Atmosphäre, und zerstörte, monotone Arbeit ist ebenfalls auch in den ‚volkseigenen‘ Fabriken an der Tagesordnung“ (9).

Als einen letzten Gesichtspunkt in Sachen Produktivität noch folgenden Hinweis: Alle erstrebenswerte Produktivität muß sich ja auf die zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung notwendige Arbeit beziehen; muß diese schneller, leichter, usw. gestalten,

notwendige Arbeit beziehen; muß diese schneller, leichter, usw. gestalten, damit die Menschheit als Ganzes Zeit gewinnt für „wirklich menschenwürdige“ Beschäftigung (siehe vorn). Die kapitalistische Warenproduktion „entmenslicht“ aber demgegenüber die Bedürfnis-Struktur, produziert mit den Waren zu ihrer Befriedigung die Bedürfnisse gleich mit und dies stets auf größerer Stufenleiter. Sie schafft so ständig Knappheit etc.

In diesem Bereich ist die Analyse von Marx gestochen scharf: „Die Produktion produziert ... nicht nur einen Gegenstand für das Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand. Die Produktion produziert die Konsumtion daher erstens, indem sie ihr das Material schafft; zweitens, indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt; drittens, indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt. Sie produziert daher Gegenstand der Konsumtion, Weise der Konsumtion, Trieb der Konsumtion“ (10). Ob solcher sozusagen „industriekulturell“ vorbestimmter und beständig reproduzierter Konsum, einschließlich der Produktionsweise, die ihn hervorbringt, letztlich etwas mit der „Höherentwicklung“ der „Gattung“ Mensch und seiner gesellschaftlichen Organisation zu tun haben, ist zumindest mehr als fraglich...

### Technologiekritik ...

Ich will in diesem Kapitel sozusagen etwas „Fleisch“ in die oben aufgestellten Thesen bringen. Am Beispiel der Kernenergie, der Petro-Chemie und der industrialisierten Landwirtschaft soll die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Technologie- und Zivilisationskritik für eine sozialistische Alternative aufgezeigt werden, ohne daß ich hier imstande wäre, erschöpfende Analysen vorzulegen. Der Einfachheit halber und etwas unter Zeitdruck stütze ich mich hier auf die

Ergebnisse des Kapitels 5, Otto Ulrich, „Weltniveau“ (siehe Anmerkung 5). Eng verwachsen mit allem wissenschaftlichen Fortschritt in der imperialistischen Industriegesellschaft ist der gigantische Militärapparat. Für seine Zwecke arbeiten in der Welt mehr als die Hälfte aller Wissenschaftler, 9/10 aller „wissenschaftlichen Fortschritte“ kommen aus diesem Sektor. Kurz einige Stichworte:

- die Menschheit ist durch dieses gigantische Potential in der Lage, sich selbst auszulöschen, die Erde zu „vermorden“, d.h. alle Grundlagen von Leben zu zerstören;
- die Militärmaschine zerstört laufend in mehrfacher Hinsicht: seit 1945 gab es 133 Kriege, in die 88 Länder verwickelt waren, mit 25 Millionen Toten;
- ungeheure Mittel und Ressourcen werden gebunden: derzeit 800 Mrd. DM pro Jahr Rüstungskosten.

Unmittelbares Ergebnis des wissenschaftlich-technischen „Fortschritts“ im Militärapparat ist die Kerntechnologie — die gigantischste und weitreichendste Sackgassen-Technologie des Imperialismus. Diese Technologie ist eine Technologie ohne Umkehr und kann von den Baumeistern einer künftigen sozialistischen Gesellschaft nur vollständig gestrichen werden. Dazu einige Thesen:

- Die Kerntechnologie führt zu einer qualitativ neuen Dimension der Gefährdung. Sie bedeutet ständigen Umgang mit Radioaktivität, d.h. mit einer physikalischen Realität, die auf Jahrtausende hinaus ständig gefährlich für lebende Organismen ist;
- Die vermeintlich „friedliche“ Nutzung der Kernenergie führt „sachnotwendig“ zum totalitären Staat — zum „Atomstaat“. Da die permanente Gefährdung des Bio-Systems durch keinen weiteren technischen Fortschritt vollständig aus der Welt geschafft werden kann, bleibt nur das optimale Kontrollsystem in technischer und gesellschaftlicher Hinsicht;
- Kerntechnologie „kolonisiert“ die Zukunft, d.h. legt das Leben (wenn überhaupt!) von künftigen Generationen in einer unverantwortlichen und nicht kalkulierbaren Weise fest — es gibt kein Zurück!
- Kernenergie ist im oben beschriebenen Maße (Weltmaßstab) und auch unmittelbar unproduktiv;
- Es gibt keine Trennung zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Kernenergie (Brüter);
- Kerntechnologie fördert den Technologieimperialismus der Industriestaaten, macht die importierenden Länder in starkem Maße abhängig und prägt deren gesellschaftliche Strukturen.

Sowohl der Militärapparat (wohl kein Streitpunkt) als auch die Kernenergie können nur zerschlagen, bzw. radikal eingestellt werden.

### Petro-Chemie:

Die Petro-Chemie produziert aus nur wenigen Grundstoffen (Erdöl, Erdgas) eine schier unbegrenzte Anzahl von neuen Stoffen — weltweit pro Woche

eine schier unbegrenzte Anzahl von neuen Stoffen — weltweit pro Woche 6.000 Substanzen. Kommen nun diese Stoffe, für die die Lebewesen in ihrer Entwicklung keine natürlichen Abwehrstoffe entwickelt haben, mit dem Biosystem zusammen, so zerstören sie langfristig deren Kreislauf und erzeugen bei Lebewesen Krebsbildungen, Veränderungen des Erbgutes und dergleichen. Gerade die vielgepriesene Eigenschaft der von der Petro-Chemie erzeugten Kunststoffe, beständig haltbar zu sein, wirkt sich verhängnisvoll aus: Die Kunststoffe „verrotten“ nicht, für sie gibt es in der Natur häufig keine Enzyme, keine Abbaumechanismen, die die künstlich zusammengebauten Molekülketten in die Grundsubstanzen zerlegen, um sie wieder in den Kreislauf der Natur einzufügen. Sie sammeln sich als Müll an, mit einer durchaus dem Plutonium vergleichbaren Lebensdauer. Diese Stoffe sind heute schon in beliebigen Gebieten der Weltmeere als Ablagerungen von nicht geringem Ausmaß nachweisbar, oder etwa auch in den industrialisierten Gebieten in den Brüsten der Mütter, deren Muttermilch teilweise in der Schadstoffkonzentration über den festgesetzten Höchstwerten für die Lebensmittelproduktion liegt...

Die Petro-Chemie ist nicht total abzulehnen, aber ihre Ergebnisse halten in beträchtlichem Maße einer Überprüfung unter den obigen Gesichtspunkten nicht Stand und dürfen nicht weiter angewandt werden:

- „Einige ihrer Nutzungen sind einzigartig und wichtig... Aber diese Nutzungen stellen nur einen geringen Teil der Milliarden Pfund Plastik dar, die alljährlich produziert werden“ (11). Die Einstellung der verfehlten Petro-Chemischen Produktion ist vor allem für eine Neuorientierung in der Landwirtschaft wichtig, die fast zu einem Zweig der chemischen Industrie geworden ist.

Die Situation in der Landwirt-

schaft beschreibt O. Ulrich so: „Das Vieh wird von den Weiden genommen und in Fütterungssilos kaserniert. Der Kot und die Abfälle, die hier anfallen, wandern nicht als Dünger auf den Boden zurück, sondern werden zu Müll, der beseitigt werden muß: Diese stickstoffhaltigen Abfälle werden in lösliche Verbindungen wie Ammoniak und Nitrat verwandelt, die dann in den Flüssen und im Grundwasser erste Umweltschäden verursachen. Der so beseitigte natürliche Dünger muß nun auf dem Feld durch Kunstdünger ersetzt werden. Das Düngerelement verschärft sich, weil das Vieh in den Silos nicht mit Gras oder Heu gefüttert wird, sondern mit Getreide. Eine Getreidebewirtschaftung des ehemaligen Weidelandes belastet den Boden stärker. Er braucht noch mehr Kunstdünger. Durch Intensivbewirtschaftung großflächiger Monokulturen kann der Boden sich immer weniger aus eigener Kraft regenerieren. Ihm müssen immer größere Mengen Kunstdünger zugeführt werden. Um den gleichen Ertrag zu erzielen, mußte in Amerika 1968 fünfmal soviel Kunstdünger verwendet werden wie 1949. Da nur ein bestimmter Anteil des Kunstdüngers von den Pflanzen aufgenommen wird, wird der Rest ausgeschwemmt und verunreinigt die Flüsse und das Grundwasser. Die Bakterien im Boden, die vorher kostenlos die Fruchtbarkeit des Bodens erhielten, werden durch die künstliche Düngung vernichtet. Je mehr Dünger verwendet wird, desto mehr wird die ‚kostenlose‘ Konkurrenz beseitigt und desto notwendiger wird der Kunstdünger. Ein ähnlicher Prozeß vollzieht sich beim Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Ihr Einsatz vernichtet auch die kostenlosen Insektenvertilger, angefangen von allen möglichen Käfern bis hin zu den Vögeln. Es müssen immer größere Mengen von Giften eingesetzt werden, die wiederum die kostenlose Mithilfe der Natur weiter zerstören und zudem noch die so produzierten Nahrungsmittel vergiften“ (12).

Auch die Landwirtschaft steckt in einer Sackgasse, aus der man durch weiteren „Fortschritt“ in bisheriger Richtung nicht hinauskommen wird, sondern nur durch Umkehr und Neuorientierung.

### Ökologische Bewegung und anti-imperialistischer Kampf

In den industriellen Zentren besteht die unmittelbare Bedrohung der Völker durch den Imperialismus nicht mehr in erster Linie aus dem materiellen Elend (wie in der „3. Welt“), sondern in der unmittelbaren Lebensbedrohung durch den gigantischen atomaren Vernichtungsapparat und in der schleichenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit. Vor allem letzteres ist der Ansatzpunkt der immer stärker werdenden Umweltschutz/Ökologiebewegung der letzten Jahre. Da diese Bewegung aus den oben beschriebenen Entwicklungen des Imperialismus (Widersprüchen)

oben beschriebenen Entwicklungen des Imperialismus (Widersprüchen) hervorgegangen ist, und diese mit rascher Geschwindigkeit an Tragweite (Schärfe) zunehmen, wird die Bewegung — ungeachtet von momentanem Auf und Ab — in den kommenden Jahren an Umfang, Radikalität und damit an Bedeutung zunehmen. Die Ökologiebewegung unterscheidet sich von der ökonomischen, traditionellen Arbeiterbewegung in verschiedener Hinsicht:

- Im Gegensatz zur „traditionellen“ (gewerkschaftlichen) Arbeiterbewegung werden ihre Forderungen nicht im imperialistischen Rahmen integrierbar sein; auch nicht vorübergehend;
- Sie wird in ihren radikalsten Teilen systemsprengenden Charakter aus sich heraus gewinnen;
- Trotzdem ist sie aufgrund der Tragweite der sie treibenden Widersprüche auf breiter Ebene bündnisfähig — bündnisfähiger als die „traditionelle“ Arbeiterbewegung. Die ökologische Bewegung wird neben der gewerkschaftlichen (traditionellen) Arbeiterbewegung eine treibende Kraft im anti-imperialistischen Kampf sein, wenn nicht die treibende Kraft.

Der Sturz des Imperialismus wird nur auf der Grundlage einer überzeugend-theoretisch begründeten (und praktisch organisierten) Synthese von ökologischer Bewegung und allgemein-antikapitalistischer Bewegung möglich sein. Diese Synthese muß als ideellen Antrieb die „konkrete Utopie“ einer sozialistischen Gesellschaft hervorbringen, die das „real-sozialistische Trauma“ überwindet und unter Berücksichtigung der oben entwickelten Probleme eine glaubhafte gesellschaftliche Alternative darstellt.

Jeder kommunistische Anspruch, jedes kommunistische Selbstverständnis von Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen kann sich ernsthafterweise nur in den Anspruch auflösen, an dieser Aufgabe in der Bewegung

praktisch und theoretisch mitzuwirken. Nach meiner Überzeugung erfordert der Sturz des zentralwirtschaftlich organisierten und in Zentralmachtblöcke konzentrierten imperialistischen Systems ein hohes Maß an Organisation auf unserer Seite. Aber diese Organisiertheit kann nur im Zusammenhang mit den oben genannten Aufgaben entwickelt werden und sich im Verlaufe eines langjährigen Prozesses der politischen Kämpfe und der Erfahrungen durchsetzen. Nur so kann sie aus der Bewegung entstehen, organisch mit ihr verbunden.

Es ist müßig, sich heute gegenseitig organisatorische Glaubensbekenntnisse bezüglich historischer Konzepte revolutionärer Organisationen abzuverlangen (Leninsche Kaderorganisation — ja oder nein?) und es ist ebenso müßig, etwa aus den Erfahrungen mit dem ML-Sektierertum „Organisation überhaupt“ abzulehnen. Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten, Revolutionären ist es vielmehr, orientiert an den anstehenden Aufgaben organisierend in der Bewegung zu wirken. Heute heißt das im wesentlichen die Herstellung von wirksamen und schnellen Kommunikationsebenen und viel Raum für die Auseinandersetzungen um „die Alternative“ („Keimform...“); in revolutionären Zeiten wird das nach meiner Überzeugung ganz sicher die Gestalt eines militärischen und auch funktional-zentralisierten Apparates annehmen — auch wenn dem „Lenin-Nostalgiker“ heute das eine, und dem „Sponti“ evt. morgen das andere nicht in den Kram paßt.

Der Streit auf der Prinzipien-Ebene im KB (und in der Linken insgesamt) um diese Frage bringt jedoch recht wenig — die anti-imperialistische Bewegung wird schon ihre „Avantgarde“ hervorbringen — nur, daß werden mit Sicherheit nicht alle diejenigen sein, die sich heute dafür halten...

P.S. Eine geplante thesenartige Zusammenfassung entfällt wegen „Überlänge“ — ich bitte bei ernsthaftem Interesse beide Teile des Artikels hintereinander zu lesen und das selbst „herauszufummeln“ — Danke!

Piet., RGW-Kommission und „Kritik“-Fraktion

### Quellenhinweise

- 1 „Manifest der kommunistischen Partei“
- 2 ebd.
- 3 MEW 26, S. 111
- 4 MEW 23, S. 790
- 5 Otto Ulrich, „Weltniveau“, Rotbuch-Verlag, Berlin 1979, S. 36
- 6 Lewis Mumford, „Mythos der Maschine“, Kultur, Technik und Macht, Ffm. 1977
- 7 Paul Feyerabend, „Das Märchen Wissenschaft“, Kursbuch 53, 1978, S. 54
- 8 Otto Ulrich, Anm. 5, S. 58
- 9 ebd., S. 62
- 10 Karl Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin DDR 1953, S. 14
- 11 Barry Commoner, „Energieeinsatz und Wirtschaftskrise“, Rohwohlt 1977
- 12 Otto Ulrich, S. 92

## Texte zur Stalinfrage

irv

ISBN 3-7010-2162-6

168 S.  
DM  
12,50

### Aus dem Inhalt:

Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution

Die Moskauer Prozesse

Die „Stalin-Frage“ und KP Chinas  
Mao Tse-tung: Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Massenlinie der Partei befolgt werden

Interview mit Charles Bettelheim





## KULTUR

### „Die Buchmesse liegt im Koma!“

meint Norbert Ney, den AK-Lesern als Autor des STERILISATIONSBUCHES und Mit-Übersetzer der MENSCHENLANDSCHAFTEN von Nazim Hikmet bekannt, den wir über die 31. Auflage des Frankfurter Buchmessenumrums befragten. Das Interview führte die Genossen des Reents-Verlags.

AK: Norbert, Du warst dieses Jahr wieder auf der Buchmesse...

NN: Jaaa, leider!

AK: Namu, so geschafft?

NN: Tja, was die Gegenbuchmesse mit ihrem 6-Tage-Rennen nicht kann, kriegt die Buchmesse in 5 Stunden spielend hin!

AK: Und wie war Dein Eindruck insgesamt von diesem Zirkus der Bücher?

NN: Nun, ein Spötter meinte zwar, der Trend zum Zweitbuch sei in der Bevölkerung unverkennbar auszumauchen, aber ich würde eher unken: Die Buchmesse liegt nachhaltig im Koma! Im Zirkus, weil Du das fragst, hat wenigstens noch das Publikum was zu lachen – außer dem Kassierer. In Frankfurt kassieren nur die Randbeteiligten wirklich – und keiner hat mehr was zu lachen. Kassieren können vor allem die Hoteliers (plus Spirituosen-Geschäft!!! d. Red.), das müßt gerade ihr sagen! d. Sätzer; wohl neidisch, was? d. lay-outer; ich hab das wirklich kritisch gemeint, ehrlich!! Endkontrolle d. Red.). Tucholsky hat sich ja mal bitter bei den Verlegern beklagt: MACHT UNSERE BÜCHER BILLIGER! – Aber nach dieser Messe wissen auch die Autoren, warum die Honorare immer niedriger – und die Bücher trotzdem immer teurer werden: bei diesen Wucherpreisen der Hotels, für eine Nacht zwischen 80 und 200 Mark, – welcher Verlag wirft das schon ab? Und ganz davon abgesehen, obligatorisch für jeden Verleger,

der was auf sich hält, sind die sog. Verlagsempfänge, zu denen alle eingeladen werden müssen, die lesen können! Von Raddatz bis Grass von Augstein bis Zehm. Und da können Georg Leber und Gerhard Löwenthal ungestört die Hände schüttern, und wir nur noch den Kopf.

AK: Lachsbrötchen, Sekt, ...

NN: ...und dumme Sprüche, Carell, Kissinger, Kohl und Small Talk – ja: das ist die Buchmesse mittlerweile. Die Dame ist erst 31 geworden, aber mitten in der Midlife-Crisis. Manchmal glaube ich, wenn ich so da durchlaufe, wenn an den Ständen nur noch Buchattrappen stünden, – es würde weniger auffallen.

AK: ...und die politische Beschaulichkeit ist auch zum Teufel!

NN: Na endlich, kann ich nur sagen! Der reaktionäre Trend im Staat hinterließ auch im Buchsortiment braune Flecken – und die waren noch nie so fett und offenkundig, wie in diesem Jahr. Entsprechend groß ist natürlich das offiziell überspielte Brodeln unter der Oberfläche, wie Buchner schrieb. In diesem Jahr entlud sich ja schon kurzzeitig die Wut neonazistischer Horden über die Bücher und die Stände des linken Widerstands – übrigens beinahe auch auf der GBM (Gegenbuchmesse) – dort konnten gerade noch die Türen verschlossen werden, als die anrückten. Von „Fürsorglicher Belagerung“ kann also nur bei K & W die Rede sein ...

AK: Es ist ja um die Literatur hierzulande ganz schön schlimm bestellt, wenn der Verband deutscher Schriftsteller (VS) jetzt schon eine „Kommission zum Schutz des Buches“ ins Leben rufen muß.

NN: Dadurch, daß der Börsenverein des deutschen Buchhandels diese

Kommission mitträgt, gibt er offen zu, daß es was zu schützen gibt – auch in seinen Reihen. Das halte ich für bemerkenswert.

AK: Was gibts denn eigentlich zu schützen?

NN: Ich halte weniger die offen bedrohten Bücher für wirklich schützenswert, denn da greift sich ja – noch, zum Glück! – die Presse nachhaltig die Zensoren und macht sie nachhaltig kenntlich. Viel dramatischer wirds da, wo keiner hinsehen kann – und damit ist nicht nur die Vor- oder Selbstzensur gemeint. Dadurch gibts – wortwörtlich – REIHENweise Qualitätsverfall, grade bei den Buchgiganten und ihren Verlags-Reihen. Die FR hatte 1978 geurteilt, das Verhältnis auf der Buchmesse sei 9:1, im Sinne von: 9 von 10 Titeln sind überflüssig und müßig, verdächtig, bei der GBM sei das gerade umgekehrt. Ich würde sagen, inzwischen ist das Verhältnis 99:1. Und das Gerede von der großen Aufstockung der belletristischen Anteile in den Verlagen? Suhrkamp z.B. hat nun mit dem Lektor Busch den letzten Eigenwilligen davongekickt, die Liquidierung geht in anderen Verlagen – weniger offen – weiter. Nach dem des Bundesliga-Trainers scheint der Job des Lektors der gefährlichste zu sein.

AK: Und die Bücher selbst? Sie haben ja derzeit öffentlichen Schutz nötiger denn je! Da werden Dokumentationen über Neonazis von Neonazis mal eben verhindert, ein Buch bei FISCHER über Zensur wird zensiert.

NN: ... und soll nun „mit entsprechenden Änderungen“ doch noch erscheinen, als wenn das nicht auf Zensur hinausläufe. Weshalb ja auch die AGAV während der GBM dieses Buch als bestes nichterschienenes Buch prämierte.

Es ist schlicht schon zum Kotzen, wie hier mit dem Recht öffentlicher Meinungsäußerung umgegangen wird. Die „Grenzschützer“ des sog. „Freiraums der Satire“ z.B. sind dabei, Ernst zu machen. Venske war nicht der letzte, aber eben ein prominenter, das läßt ihn überleben. Die Autorinnen und Autoren sind ebenfalls sehr prominente Schreiber, die mit dem Fischer-Buch weggekürzt wurden. Aber was ist mit den andern, die keine öffentliche Lobby haben?

Die unbekannten Autoren gibts doch höchstens beim Verlagsbankett zum Nachschub oder bei der Verleihung des Hungertuchs. Amen! Demnächst legt Herr Weidhaas zur Eröffnung der Buchmesse einen Kranz des Börsenvereins am Grab des unbekannten Autors nieder. Beim Heiligen Anton, dem Schutzheiligen der Verleger, da wirds mir speiübel – das ist Literatur im Koma!

AK: Scheint ja insgesamt ein bemerkenswertes Klima geworden zu sein?

NN: Der deutsche Herbst scheint erst angefangen zu haben, ja. Und wenn ich mich heutzutage irgendwo aufs Buchmessengelände stelle und was vorlese – welche Schizophrenie: Literatur auf die Buchmesse tragen! – ist das die schiere Sensation. Aufmerksam gehn nur die Ausländer da durch. Als ich einen Auschwitz-Text vorlas, zückte ein französischer Journalist sofort sein Band, um aufzunehmen. Die Deutschen laufen vorbei und denken: So ein Spinner!

AK: Ein Journalist schrieb, angeekelt vom Buchmessenschutz, die guten Sitten seien dort endgültig zum Teufel...

NN: Dem armen Idealisten kann man wohl nur raten: Kommen Sie vor zwanzig Jahren wieder!

## Interview mit dem AGAV-Vorsitzenden C. Retting

Frage: Die Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren hat ja nun in diesem Jahr zum dritten Mal in Frankfurt die Gegenbuchmesse organisiert; kannst du uns ein bißchen darüber erzählen?

Cornelius: Ja, wir haben also allen Unkenrufen zum Trotz die Gegenbuchmesse in diesem Jahr zum dritten Mal über die Runden gebracht und man kann sagen, sie war größer, informativer und umfassender als alle beiden vorher. Und wir sind einen kleinen Schritt weiter hin zu einer Messe, die vielleicht einmal tatsächlich das gesamte alternative Spektrum mit dem alternativen Programm und einer alternativen Atmosphäre repräsentiert.

Frage: Könntest du das etwas konkreter fassen. Z.B. wie groß die Messe war, wieviele Aussteller waren, wie viele Besucher und wie die inhaltliche Zusammensetzung der alternativen Aussteller war.

Cornelius: Ja, es waren so um die 90 Stände, auf denen bestimmt so ca. 120 Verlage vertreten waren, weil verschiedene Verlage andere mit auf ihren Ständen hatten. Die Messe war räumlich insgesamt größer als in den beiden Vorjahren, ist aber trotzdem schon wieder aus allen Nähten geplatzt. Wir mußten ca. 20 Verlage schon vorher abweisen, weil kein Platz mehr war. Während der Messe kamen auch immer noch weitere, so daß es insgesamt viel zu eng war und wir unbedingt nächstes Jahr größere Räume finden müssen.

Es waren ca. 10 000 zahlende Besucher da, wobei man aber diese Zahl etwa verdoppeln kann, weil wir keine so strenge Kontrolle an der Kasse hatten. Also insgesamt ca. 20 000 Besucher.

Das Programm war erfreulich vielfältig. Wir haben sehr viele linke Verlage mit ihren Publikationen, wir haben rein literarische Verlage, wir haben Verlage mit beidem. Wir hatten darüber hinaus in diesem Jahr einen Schallplattenvertrieb, wir hatten Buchhandlungen, Druckläden, Posterhersteller. Und es wurde so alles angeboten, was im alternativen Markt überhaupt produziert wird. Vom Buch über die Schallplatte bis hin zu Aufklebern und Plakaten.

Frage: Veranstalter der dritten Gegenbuchmesse war die Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren. Die AGAV hatte sich bisher als wesentliches Ziel gesetzt, die Gegenbuchmesse zu organisieren. Kannst du etwas über die Größe der AGAV sagen und die inhaltlichen Ziele.

Cornelius: Das wesentliche Ziel war bisher die Organisation der Gegenbuchmesse, weil wir aufgrund unserer geringen Mitgliederzahl uns darauf konzentrieren mußten. Darüber hinaus war nicht mehr viel drin.

Wir haben uns aber zur Aufgabe gemacht, einen größeren Mitgliederstamm zu gewinnen und haben inzwischen auch so an die hundert Mitgliedsverlage – während es zur letzten Messe 1978 etwa 15 Mitgliedsverlage und Autoren waren.

Die Gegenbuchmesse soll eigentlich nur ein Teil der Arbeit der AGAV sein, im Idealfall die Arbeit einer Projektgruppe, wenn sich da noch mehr finden, die aktiv mitarbeiten wollen.

Die AGAV hat sich aber zum Ziel gesetzt (und zum Teil auch schon verwirklicht), für die Autoren und Verlage und überhaupt alle, die in der alternativen Literaturszene tätig sind, eine Art Gemeinschaft und Zusammenschluß zu bilden, wo die Beteiligten zum einen Informationen erhalten können über Dinge, die sie nicht wissen (z.B. Autoren über Verlage, Verlage über Drucktechnisches, Buchhändlerabgabe, ISBN-Nummern etc.). Zum anderen soll aber auch eine konkrete politische Arbeit geleistet werden, wo man gemeinsame Gesprächsplattformen ausarbeitet, wie man sich z.B. in der deutschen Kulturszene kritisch äußern kann.

Was sich bisher in der AGAV auf das Organisatorische beschränkt hat, wird in der nächsten Zeit auf jeden Fall erweitert und ein sehr breites Spektrum kriegen. Man wird die inhaltliche Arbeit verstärken. Wir haben bereits eine Kulturkommission und eine Autorengruppe.

Frage: Diesmal stand ja die Gegenbuchmesse unter dem Motto „Wort gegen Rechts“. Nach meiner Kenntnis ist zum ersten Mal eine Gegenbuchmesse veranstaltet worden, die ein inhaltliches Motto hatte. Kannst du etwas über Ziel und Ausgangspunkt von „Wort gegen Rechts“ sagen?

Cornelius: Ja, „Wort gegen Rechts“ wurde innerhalb unserer Kulturkommission gegründet, zunächst einmal natürlich in Anlehnung an die

Initiative „Rock gegen Rechts“. Wir haben uns überlegt, daß es sinnvoll wäre, diese Initiative auch im Bereich des Wortes, der Literatur, zu gründen. Es scheint sehr nötig geworden zu sein, wieder ein Wort gegen Rechts zu führen, und nicht umsonst stand ja auch in einem Bericht der „Zeit“ über uns, daß wir zwar nicht alle einig wären, aber doch einig in Bezug auf Strauß. Anti-Strauß-Plakate, Plaketten und Aufkleber waren auf der Gegenbuchmesse sehr weit verbreitet.

Wir haben auf der Messe auch verschiedene Veranstaltungen gehabt, u.a. auch zu dem Motto „Wort gegen Rechts“. Wir haben z.B. eine Veranstaltung zum Thema Zensur in Bibliotheken gehabt, wir hatten Diskussionen über die Initiative „Wort gegen Rechts“ und wir haben ein Konzert mit „Rock gegen Rechts“-Gruppen gehabt. Außerdem hatten wir dann noch während der ganzen Messe einen sehr großen Foyer-Raum mit einer Zensur-Ausstellung, aufgeteilt in drei Bereiche: Zensur in Bibliotheken, Zensur in Schülerzeitungen, Zensur in Zeitschriften und Verlagen, wo wir nicht nur mit den spektakulären Fällen, sondern anhand von in der gesamten BRD gesammelten Materialien über Zensur hierzulande berichtet haben. Wir haben weiter eine Presseerklärung herausgegeben gegen die Teilnahme von Naziverlagen auf der Buchmesse des Börsenvereins des deutschen Buchhandels. Und ein weiterer Beweis dafür, wie notwendig die Aktion „Wort gegen Rechts“ ist, war, daß wir als Reaktion auf diese Presseerklärung Besuch von 15 Neonazis auf der Gegenbuchmesse hatten. Zum Glück wurden wir von der Börsenvereinsmesse aber vorher gewarnt, wo sie vorher waren, so daß wir unsere Tore schnell schließen konnten und die 15 Leute nicht reinkamen. Das zeigt nur einmal mehr die Brisanz der rechten Bewegung, die eine Zeitlang unterschätzt wurde, die aber in der letzten Zeit immer gefährlicher zu werden scheint.

Als Ergänzung zur Zensur-Ausstellung haben wir in diesem Jahr auch noch einen Preis verliehen. Letztes Jahr war das der „Alternative Friedenspreis“, in diesem Jahr haben wir das „nichterschienene Buch des Jahres“ prämiert. Der Band „Mut zur Meinung“, der bei Fischer herauskommen sollte (mit den beiden Herausgebern Ingeborg Drewitz, Eilers und Beiträgen von ungefähr 15 namhaften Autoren aus der BRD). Der Band hat sich mit Zensurproblemen in der BRD auseinandergesetzt. Der Fischer-Verlag hat den Band, nachdem er schon komplett zusammengestellt war, aus verschiedenen Gründen zurückgezogen. Jedenfalls keine verlagstechnischen, sondern eher politische Gründe. Noch bevor wir den Band prämiieren wollten, waren dann Gespräche im Gange, daß das Buch doch erscheinen sollte. Wir haben den Preis trotzdem verliehen, und im Zusammenhang mit dem Rummel, der um die Preisverleihung entstand, kam dann die definitive Zusage, daß das Buch auf jeden Fall im Februar erscheinen werde.

Das ist immerhin ein Beweis dafür, daß auch bei den Verlagen so eine Art Selbstzensur besteht, wo es dann gar nicht mehr nötig ist, daß von staatlicher Seite aus Maßnahmen unternommen werden, wie wir das bei linken Verlagen erlebt haben. Es genügt heute schon, daß eine Bedro-

hung besteht, dann legen sich die Verlage von selbst den Maulkorb um. Wir wollten auf diese Tatsachen hinweisen.

Frage: Was kannst du abschließend an kritischen und positiven Aspekten zur Gegenbuchmesse und zur AGAV sagen. Wie soll es nächstes Jahr aussehen? Was soll verändert werden? Woran soll weiter gearbeitet werden?

Cornelius: Ja, das Positive läßt sich eigentlich kurz sagen. Die Gegenbuchmesse hat zum drittenmal stattgefunden, sie hat mit mehr Ausstellern stattgefunden, sie hat mit mehr Publikum stattgefunden und das Programm ist wesentlich erweitert worden. Z.B. eine Veranstaltung mit der Fantasia-Druckerei, die in einer ziemlich ausführlichen und informativen Veranstaltung über ihren Fall berichtet hat.

Zur Kritik der Messe oder zu Veränderungen: Wir müssen aufpassen (und das kam auch schon als Kritik von einigen Ausstellern), daß wir nicht zum kleinen Bruder der großen Messe werden (also praktisch die große Messe kopieren, nur in etwas kleineren Dimensionen). Raumknappheit und Besucherandrang gingen in diesem Jahr auf der Gegenbuchmesse schon an die Grenze des Erträglichen. Das führte dann dazu, daß eben teilweise nur Bücher verkauft wurden, Geld kassiert wurde; die Leute sind vorbeigeströmt, genau wie auf der großen Buchmesse. Die Aussteller waren abends kaputt, das Publikum war auch kaputt, wenn es einmal durchgelaufen war. Man hat keine Zeit mehr gehabt für Gespräche. Man konnte sich nicht mehr ausruhen. Das ist eine Sache, die wir auf jeden Fall im nächsten Jahr ändern werden. Wir werden versuchen, größere Räumlichkeiten zu kriegen, was allerdings in Frankfurt sehr schwierig sein wird.

Frage: Gerücheweise hört man durch daß die alternative Gegenbuchmesse jetzt mehr zur kleinen Messe des Börsenvereins werden soll, daß z.B. gegebenenfalls im nächsten Jahr eine Messehalle für die alternative Gegenbuchmesse und Kleinverlage auf dem Messegelände zur Verfügung gestellt werden soll.

Wie würde die AGAV zu einer solchen Entscheidung stehen?

Cornelius: Ich kann jetzt natürlich nur meine Meinung dazu sagen. Ein solcher Beschluß müßte von der Mitgliederversammlung erst mal überhaupt diskutiert werden.

Ich persönlich wäre auf jeden Fall erstmal strikt dagegen. Wir wollen mit der Gegenbuchmesse etwas ganz Bestimmtes erreichen, und wie auch in diesem Jahr (trotz der Schwierigkeiten) eine ganz bestimmte Atmosphäre. Dies wäre schlagartig verschwunden, wenn wir als Teil der Börsenvereinsmesse plötzlich fungieren würden. Wir würden aufgesogen und die ganze Gegenbuchmesse wäre ein totaler Witz.

Wir werden im Gegenteil die Kommunikation und die politische Seite der Messe noch mehr fördern als bisher, z.B. dadurch, daß wir auch die Aktion „Wort gegen Rechts“ bis dahin weiter ausgebaut haben werden, wahrscheinlich ein detaillierteres Programm zu diesem Thema anbieten können. Soweit sind die Perspektiven der Messe umrissen.

AK: Wir danken dir für dieses Gespräch!

## DIE ZEIT

Nr. 43 — 19. Oktober 1979

### Momentaufnahmen der Gegenbuchmesse

Von Fritz J. Raddatz

Sie gehen anders miteinander um — ein Mann füttert am Stand, von dem man Zwiebeln mitnehmen kann, sein dreijähriges Kind, ein Mädchen dreht ihrem Freund eine Zigarette, zwei Jungen diskutieren über einen Max-Ernst-Band und vor ihnen auf der Erde sitzt ein Pärchen, in einen Gedichtband versunken, die schönste Ausgabe des großen türkischen Lyrikers Nazim Hikmet, die ich kenne. Das Buch heißt: „Menschenlandschaften“ und schien mir wie eine Metapher für diese mit Plakaten, Büchern, Handzetteln und Menschen vollgestopften drei Stockwerke. Das ist schon eine sympathische Alternative — nix Aktenkoffer, nix Mercedes, nix Rudi Carrell. Dafür ein Hauch von Literatur.



Protest gegen Nazi-Verlage

Eine Reihe von Nazi-Verlagen konnte auf der diesjährigen Buchmesse, trotz aller öffentlichen Abmahnungen seitens Justizministers Vogel, ihren Dreck sogar im Ankündigungskatalog des Börsenvereins anpreisen, so u.a. der Munin Verlag, die HIAG-eigene Vertriebsstelle für (Waffen-)SS-Propaganda mit einigen neuen Titeln zur „SS-Herrlichkeit“; – der Schütz Verlag, u.a. mit einer Neuerscheinung zur Hitlerjugend aus der „Sicht der Beteiligten“ (Katalog); der Druffel-Verlag mit neuen Ausgaben zu den Heldentaten der Wehrmacht usw. Auf der Messe selbst konnten sich diese Verlage und weitere in größter Frechheit ausbreiten und unter dem Vorwand der geschichtlichen, „wissenschaftlichen Bewältigung“ der Vergangenheit in aller Offenheit Nazi-Ideologie und Propagandamaterial anbieten. Ganz zu schweigen von den diversen, unter dem Vorwand der wissenschaftlichen Aufarbeitung angebotenen, Nazi-Verherrlichungen bekannterer Verlage: von Podzun-Verlag über Motorbuch-Verlag bis hin zum John Jahr-Verlag u.a.

Am Stand des Munin-Verlages konnte man etwa „Kameraden-Gespräche“ mit anhören, wenn „verdiente“ Alt-SS-Leute, angezogen durch das ausgestellte Programm, dem Verlagsvertreter anboten, auch ihre Memoiren noch aus dem Schrank zu holen ...!

Gegen diese Verhältnisse wurde von der Börsenvereinsleitung nichts unternommen. Auch die auf der Messe anwesenden Verlage, selbst die in sozialistischer und antifaschistischer Literatur engagierten, unternahmen von sich aus nichts! Lediglich der „Verband deutscher Schriftsteller“ (VS) hatte eine Veranstaltung angestellt mit dem Thema: „Der Neofa-

schismus: seine Wurzeln und seine Ableger“. Es sprachen: Emil Carlebach, Reinhard Kühnl, J.Pomorin und K.Frank. Aber auch diese Veranstaltung – nur von ca. 100 Menschen besucht – richtete sich von ihrer Anlage her in keiner Weise konkret oder kämpferisch gegen die Präsenz der Nazis auf der Buchmesse.

Eine Initiative gegen den Nazi-Schund auf der Hauptbuchmesse ging vielmehr von der Gegenbuchmesse der AGAV aus. Die in der AGAV zusammengeschlossenen Verlage übergeben bereits zu Beginn der Messe eine Protesterklärung an die Presse (siehe nebenstehende Erklärung). Diese Erklärung wurde von Vertretern des Reents-Verlages namens der AGAV auf der o.g. Veranstaltung der Hauptbuchmesse zur Verabschiedung vorgeschlagen und mit großer Mehrheit, allen voran Emil Carlebach, begrüßt und angenommen! Daran konnte auch die wortreiche Verteidigung des Justitiars des Börsenvereins, Peter, nichts mehr ändern. Im „Börsenblatt Extra 5“ wurde die Annahme der Resolution durch die Veranstaltung immerhin am folgenden Morgen in bemerkenswerter sachlicher Form bekannt gemacht.

Auf Grundlage dieser Aktivitäten bemühten sich Vertreter/innen des Reents-Verlages um die Durchführung einer Unterschriftensammlung bei linken und liberalen Verlagen. Ergebnis: Über 50 Verlage einschließlich z.B. des UZ-Verlages Plambeck, „Die Neue“-Verlag, konkret-Verlag, EVA uam. und eine Reihe von Einzelpersonlichkeiten unterschrieben die Resolution. Ausdrücklich geweiht hat sich der KBW mit der Begründung, es gebe Wichtigeres zu tun, sowie der Merve Verlag, der meinte, man müsse den Faschismus bei sich

selbst bekämpfen ...!

Offensichtlich angeregt durch den Bericht im Börsenblatt, wurde unabhängig von dieser Unterschriftensammlung noch eine zweite durchgeführt, die ebenfalls von ca. 20 Verlagen unterschrieben wurde (liegt uns leider nicht vor). Beide Resolutionen wurden dem Börsenverein vorgelegt. Justitiar Peter, namens des Börsenvereins, erklärte sich außerstande, noch für die Buchmesse Aktivitäten zu veranlassen. Er sicherte aber zu, in einer der nächsten Ausgaben des Börsenblattes die Auseinandersetzung um diese Frage zu eröffnen. Auch die AGAV soll zu Wort kommen. Die AGAV hat dieses Angebot begrüßt, auch wenn klar ist, daß damit die praktische Beseitigung des Nazi-Schundes nicht ersetzt werden kann.

Die AGAV beabsichtigt ihrerseits, den Kampf gegen Nazi-Schund und für antifaschistische Literatur durch eine Initiative „Wort gegen Rechts“ zu intensivieren und auszuweiten.



»Neofaschismus«: Börsenverein nimmt Stellung zur Präsenz neonazistischer Schriften

Bei der vom Verband deutscher Schriftsteller (VS) und von der Deutschen Journalisten-Union (DJU) am Freitag nachmittag veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema „Neofaschismus“ gab es nur zu einem Punkt eine wirkliche Diskussion, ansonsten herrschte Einmütigkeit. Es ging um eine Resolution der Pressestelle der AGAV (Arbeitsgemeinschaft alternativer Verleger) auf der Gegenbuchmesse, die sich gegen die Präsenz von „Nazi-Verlagen auf der großen Buchmesse“ richtete. Die Teilnehmer der VS/DJU Veranstaltung wurden aufgefordert, sich dieser Resolution anzuschließen, was am Ende auch „mit großer Mehrheit“ geschah.

Kernsatz dieser Resolution: „Die in der AGAV zusammengeschlossenen Verlage, Zeitschriften, Autoren und Einzelpersonen fordern... die Entfernung aller neofaschistischen Verlage und Schriften von der Messe und Messebesucher auf, deren Auftauchen nicht hinzunehmen.“

Bevor aber die „große

Mehrheit“ sich anschlös, kam's zur bewegten Diskussion. Der Justitiar des Börsenvereins, Franz-Wilhelm Peter, betonte, daß er persönlich, aber auch die große Mehrheit der Mitglieder des Börsenvereins es bedauerlich fänden, daß neofaschistische Schriften auf der Messe präsent seien. Er verwies auf einen auf der Jahreshauptversammlung des Börsenvereins während der Darmstädter Buchhandlertage im Juni dieses Jahres vom Weitzkreis-Verlag beantragten und von der Versammlung gefassten Beschluß, der sich gegen die Herstellung und Verbreitung neofaschistischer Schriften wendet.

Dann die Frage, ob zwischen diesem Beschluß und der Präsenz von Verlagen mit neofaschistischen Schriften ein Widerspruch bestehe. Hierzu verwies Peter auf das im Grundgesetz und auch im Messestatut verankerte Zensurverbot, auf Urteile, die den bereits erfolgten Messeausschluß eines derzeitigen Verlages in der Vergangenheit wieder rückgängig gemacht hätten, und

darauf, daß es kein Gesetz gebe, welches Erinnerungsliteratur und sei sie noch so verherrlichend – verbiete. Die Frankfurter Buchmesse könne hier nur den Standpunkt absoluter Liberalität einnehmen und alle Veröffentlichungen zulassen, die nicht durch deutsche Gerichte verboten seien. Dieser Grundsatz sei so wichtig, daß man deswegen auch die mit Recht angegriffenen Produkte ertragen müsse. Diese Ausführungen veranlaßten einen der Diskussionssteilnehmer zu dem Vorschlag, doch künftig „alle Verlage mit neofaschistischen Veröffentlichungen in einer kleinen Halle zusammenzustecken“. Nicht zufriedengeben mit der Peter-Argumentation wollte sich der auf dem Podium sitzende DJU-Vertreter Emil Carlebach. Er forderte vom Börsenverein, nicht nachzulassen. Es sei nun mal eben so, daß man sich erst hundertmal die Nase an der Tür einrennen müßte, ehe was bewegt werden könnte. Salomonisch dann der abschließende Vorschlag aus dem Publikum, sich der Resolution gerade deshalb anzuschließen, um den Börsenverein zu unterstützen.

Geiger für Franco

Der Geiger Menuhin wurde vom Börsenverein des deutschen Buchhandels dafür erkoren, in diesem Jahr den sog. „Friedenspreis“ in der hochwürdigen Paulskirche überreicht zu bekommen. Die Reaktion auf der Buchmesse war gewissermaßen Achselzucken; irgendjemand mußte es ja sein und politisch profiliert durfte er beim derzeitigen Kulturklima natürlich nicht sein. Irrtum! Nur einen Tag vor der Preisverleihung und insgesamt ohne jede Reaktion in der Öffentlichkeit offenbarte sich Herr Menuhin in einem „FR“-Interview: Den Faschismus solle man nicht so undifferenziert betrachten. Franco habe Spanien immerhin „eine lange Periode der Stabilität“ beschert. Salazar sei ein „guter Mensch“ gewesen, „ein sehr gut Mensch“! Soweit Menuhin. Hitler war, so konnte man ja weiterspinnen, auch ein „guter Mensch“ mit dem einzigen Fehler, daß er „Sozialist“ war, ha? Die Krise der Linken mag ja schlimm sein. Neben dem Sumpf der bürgerlichen Kultur und deren Krise sticht sie freilich kaum ins Auge. Für den nächsten „Friedenspreis“ empfehlen wir Heino.

Rekord

Der Reents-Verlag konnte seinen Umsatz auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse in etwa vervierfachen. Vor allem die neuen Bücher waren sehr gefragt (Strauß – nein danke!; Iran; Menschenlandschaften; Harrisburg; Stalin-Kritik), darüber hinaus aber unser antifaschistisches Sortiment insgesamt. Da sage einer, es gäbe kein Interesse mehr an revolutionären Publikationen. An alle Beteiligten ein rotes Dankeschön!



Erklärung der AGAV

Die Gegenbuchmesse wendet sich traditionell gegen faschistische Literatur und gibt folgende Stellungnahme ab:

Bei der Frankfurter Buchmesse 1979 wollen rund 30 Verlage auftreten, deren Programm in Nazi-Verherrlichung und neonazistischer Propaganda besteht. Darunter befinden sich die seit Jahren einschlägig tätigen Verlage Druffel, John Jahr, Motorbuch, Munin, Crion-Heimreiter, Podzun/Pallas, K. Schütz und Türmer – um nur einige der bekannteren zu nennen. Vor dem Hintergrund einer bis in renommierte bürgerliche Verlage hineinschwappenden Nazi-Nostalgiebewegung sind auch dieses Jahr wieder die neofaschistischen Verlage darauf aus, ihr Programm zu erweitern: – so kündigt beispielsweise der von Goebbels Pressechef Sündermann gegründete Druffel-Verlag 3 neue Bücher über die „kühnen Vorstöße“ und „Blitzaktionen“ der Nazi-Wehrmacht an; – im Verlag des SS-Mannes Schütz erscheint eine Verherrlichung des Nazi-„Reichsarbeitsdienstes“, der als „bewunderte“, „sozialrevolutionäre“ Einrichtung dargestellt wird. – Der SS-Verbrecher Erich Kern(mayr) veröffentlicht bei K.W.Schütz eine „Tragödie“ der Juden, in der der Antisemitismus gerechtfertigt und die Nazi-Mordaktionen an Juden verharmlost und geleugnet werden. Die Verbreitung solcher und allen anderen Schriften, die den Nazismus verherrlichen und propagieren, verstößt gegen das gesetzliche Verbot von Nazi-Propaganda. In zurückliegenden Jahren ist deshalb das Auftreten solcher Verlage auf der Buchmesse in mehreren Fällen verhindert worden. So wurde 1955 der Stand des von K.W.Schütz geleiteten Plesse-Verlag von der Messe entfernt; in den folgenden Jahren wurden Plesse-Verlag und Druffel-Verlag nicht zugelassen bzw. ausgeschlossen. 1971 wurden auf Beschluß des Messerats die Bücher der Verlage Druffel und K.W. Schütz unter Verschuß genommen, ihre Stände geschlossen. Seitdem haben die Aktivitäten dieser und ähnlicher Verlage noch zugenommen, so daß im letzten Jahr auch Bundesjustizminister Vogel, „besorgt über die wachsende Verbreitung profaschistischer Propagandaschriften“, wirksame Gegenmaßnahmen angekündigt. Proteste gegen das Auftreten neofaschistischer Verlage auf der Buchmesse – wie sie wiederholt in der demokratischen Öffentlichkeit und im Ausland geäußert wurden –, sind im Sinn einer wirksamen Verhinderung von Nazi-Propaganda nicht mehr hinreichend. Die in der AGAV zusammengeschlossenen Verlage, Zeitschriften, Autoren und Einzelpersonen fordern deshalb die Entfernung aller neofaschistischen Verlage und Schriften von der Messe und fordern alle Messebesucher auf, deren Auftauchen nicht hinzunehmen.

Zusatz: Die Anwesenden der Versammlung „Der Neofaschismus: seine Wurzeln und seine Ableger“ (Podiumsdiskussion mit J. Pomorin, K. Frank, C. Eilrich, Emil Carlebach, Reinhard Kühnl – Veranstalter: Verband deutscher Schriftsteller) am 12.10. auf der Frankfurter Haupt-Buch-Messe stimmen mit großer Mehrheit dem Text der AGAV-Erklärung zu.

Auf der Veranstaltung der Hauptbuchmesse unterschrieben noch gesondert: Dr. Richard Albrecht, Dr. Gerd Müller, Barbara Welfert, Karlhans Frank, Jürgen Pomorin, Emil Carlebach, Eike Gerke, Albert Idulke

Nach der Veranstaltung unterzeichneten: Verlag Plambeck und Co., VAS-Verlag für Ausbildung und Studien, Elefantentpress, John Weal (Inhaber Links Ltd, London), Lamuv Verlag, Gerhard Steldi, Kai Ehlers (für Reents Verlag), Reinhold Jäger (für Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft), Satire Verlag, Dr. Dorothea Gremilza (für konkret Literatur Verlag), Progress Dritte Welt, „Die Neue“ Zeitungsverlag, Volksverlag GmbH, J. Momie Wauls (Schriftstellerin), Anette Uhlenhuth, D. Muhm, Angelika Müller (für Verlag Frauenpolitik Münster), VSA-Verlag, Sozialpolitischer Verlag, Verlag Jugend und Politik, Robert Schaß und Uwe Hau (für „az“), Maroverlag, Focus-Verlag, Verlag Rosa Winkel, Trikont Verlag, Walter Boehlich, Europäische Verlagsanstalt, Syndikat Verlag, Gerhild Schäfer (am – nicht für den „Vorwärts“-Verlag), Hermann Gremilza, Promath Verlag, M.Morgenstern, Richard Ackermann, Edition Vencemos, Broda, Argument Verlag, Mackay Gesellschaft, Jörg Jonas (für päd-extra), Claude G. Philipp (Jonas Verlag), Erich Gieweg (con/edition/vertrieb), Litpold Verlag, (M-Bühnenmann), Verlag „Das Arsenal“, Die schwarze botin, Verlag die MAUS, Frauen selbstverlag (Barbara Umben), Frauenbuchvertrieb (Sabine Spießmacher), Berliner Hefte, Courage, aktuelle Frauenzeitschrift, Frauenoffensive, Frauenbuchverlag, Weismann Verlag, Rolf Wegener, Pardon (Heinz Suhr), Linkskurve/magazin f. Kunst und Kultur (Detlef Langer), Regula Wyss (Stroemfeld Verlag), Bruno Nickel (Rote Fahne Verlag), ID.

Frankfurter Rundschau

vom 13. Oktober 1979 schreibt:

Gegen die Finsternis in den Köpfen der Menschen

Nazim Hikmet „Menschenlandschaften“

Dem Hamburger Reents-Verlag kommt das Verdienst zu, sich in der Bundesrepublik als erster um das in seiner Heimat lange verbotene Werk des türkischen kommunistischen Schriftstellers Nazim Hikmet zu kümmern.

Norbert Ney, auch ein Autor (bisheriges Hauptwerk: „Sterilisation des Mannes – das geringste Übel“), und Umut



Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2 Band 3 in Vorbereitung

Zweites Buch 184 Seiten Vorwort von Abidin Üner

Erstes Buch 120 Seiten Vorwort von P.T. Zülfi

DM 15 DM 14

ISBN 3-80305-022-9 ISBN 3-80305-021-0

„Börsenblatt - Extra“ vom 14.10.

„Schafft mir die Flugblätter vom Hals“

befahl Bundespräsident Carstens seinen Leibwächern, als er am Vormittag des 14.10. durch die Halle 6 der Buchmesse wanderte. SDAJler hatten an diesem Tag mit einer Aktion auf die NS-Vergangenheit von CC aufmerksam gemacht und mit einem transparent den Unmut des vorbeischreitenden Präsidenten erregt. Nach Darstellung der SDAJ stieß ein Bulle auf den Befehl seines Herrn einen Jugendlichen zu Boden. Mit blutendem Kopf ließ die Prominenz (Börner und Wallmann waren mit von der Partie) den Verletzten liegen und „wanderte“ weiter. Gegen diesen Vorfall protestierten noch am selben

Nachmittag an die hundert Verlage und Aussteller. Ein Vertreter der Messeleitung soll den Verletzten im Krankenhaus angerufen haben und sich dafür entschuldigt haben, daß „sowas überhaupt passieren konnte“. Das fragt man sich auch erstaunt, wenn man etwa im letzten „stern“ erfährt, wie still, zurückhaltend und „streng neutral“ Herr Carstens angeblich sein Amt ausübt. „Im Umgang mit Bürgern und Kindern zeigt er joviale Hilfslosigkeit“ („stern“, 25.10.). Soso. Man gut, daß er seine Leibwächter hat...

Oder war der Präsident etwa gar

verärgert wegen eines Lach-Anschlags, den die Kommunisten heimtückischerweise am Vortag gegen ihn verübt hatten? Unter Hinweis auf die CSU hatten nämlich böse Zungen das Gerücht ausgestreut, Herr Carstens sei gar kein Nazi gewesen, sondern als „Sozialist“ (!) in die NSDAP eingetreten. Möglicherweise befindet er sich mit vielen alten Kameraden heute noch auf dem langen Marsch, was im übrigen das trügerische „Friedensangebot“ Breschnews in einem ganz neuen Licht erscheinen läßt (nach einem Flugblatt der Frankfurter KB-Gruppe). Ein Thema für die „Rote Fahne“...?



## Buchmesse/Frankfurt: „Keine Anti-Strauß-Plaketten mehr? Scheiße!“

Schon am dritten Tag unseres „Einsatzes“ auf der Frankfurter Buchmesse mußten wir viele Strauß-Gegner enttäuschen: unser Anti-Strauß-Sortiment war schon reichlich dezimiert! In den 6 Tagen der Buchmesse setzten wir rund 200 „Strauß? Nein Danke“-Bücher um (Kommentar von Besuchern: Der Strauß sieht auf dem Umschlag ja noch viel zu angenehm aus.). Vor Plaketten und Aufklebern wurde Schlange gestanden, denn alle deckten sich ein: von den 10jährigen bis zu den 70jährigen. Auch Ausländer, die zur Messe angereist waren, ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, ein „kämpferisches Souvenir“ aus der BRD mit nach Hause zu bringen. Das Interesse war darüberhinaus an allen unseren antifaschistischen Publikationen sehr groß. Besonders bemerkenswert ist, wie oft noch immer nach unserer Stammheim-Broschüre gegriffen wird, was beweist, daß trotz aller staatlichen Anstrengungen Zweifel und Fragen nicht ausgelöscht worden sind.

Besonders „imponiert“ haben uns die Jugendlichen, die zwischen 10 und 17 Jahre alten Schüler, die immer wieder an unserem Stand waren und mit uns durchaus kritisch, aber unbefangenen diskutieren wollten. So bezieht sich die Überschrift dieses Artikels auf einen kleinen Jungen, der eines Tages ankam, unbedingt einen Anti-Strauß-Button wollte, aber leider waren alle schon weg. Da er sehr enttäuscht war, gaben wir ihm den Tip, er könnte sich einen kleinen Anti-Strauß Aufkleber besorgen und den auf eine Anti-AKW-Plakette kleben. Er überlegte sich das kurz und lief dann fröhlich davon, mit dem Anti-Strauß-Button am Revers.

Ein anderes Mal waren es zwei ca. er sehr enttäuscht war, gaben wir ihm den Tip, er könnte sich einen kleinen Anti-Strauß Aufkleber besorgen und den auf eine Anti-AKW-Plakette kleben. Er überlegte sich das kurz und lief dann fröhlich davon, mit dem Anti-Strauß-Button am Revers.

### Rock gegen Rechts – ein schöner Erfolg in Hannover

Am 6.10. fand das Abschlußfestival von zwei Rock-gegen-Rechts-Wochen statt: Den Anfang macht das RgR-Konzert am 22.9. (organisiert von der SDAJ) mit 1.500 Besuchern, danach zwei Antifa-Wochen mit Filmen und Diskussionen in Jugendzentren, der Ausstellung „Frauen und Faschismus“ dem „Mobilen Rhein-Main-Theater“ („Gearbeitet wird, was auf den Tisch kommt“), und vieles mehr.

Trotz verschiedener Angriffe von Behörden, Stadtverwaltung und CDU und trotz weitgehender Verschiebung der Presse (bis auf NDR II und „Stadtpost“) – 2.500 vorwiegend Jugendliche kamen zum RgR-Festival am 6.10. Es war ein buntes, tolles Fest mit den hannoverschen Rockgruppen Heartbreaker, Spätlese, Store-Evil, Quick-Nick-Band, Caligari Kalt-Wetter-Front und Checkpoint Charly auf der Rockbühne (letzte hatten ihr „Schwein Franz Joseph“ mitgebracht). Obwohl die Aktionskommission von 30 Organisationen und Initiativen sowie vielen ÖTV-Gewerkschaften sich nicht zu einem Aufruf gegen Strauß (der uns am 24. November heimsuchen will) einigen konnte, war die Halle voll von Anti-Strauß-Parolen und hunderte von Anti-Strauß-Klebern und -Ansteckern kamen an die Jacken.

Ein einziger gemeinsamer Redebeitrag (AE und Musiker) wandte sich gegen die Neonazis, gegen „Albrechts Privatfunk-Pläne“ und forderte dazu auf, nicht abzuwarten, bis ein Strauß die Verhältnisse seiner chilenischen Kumpels hier einführt.

Antifa-Kommission/KB Hannover

### Rock gegen Rechts auch in Gelsenkirchen

Eine neugegründete Initiative „Aktion gegen Rechts“ in Gelsenkirchen bereitet ein umfangreiches Programm verschiedener Aktionen, Veranstaltungen etc. vor, um unterschiedlichste Bereiche von Repression, staatlicher Gewalt, Neonazismus usw. darzustellen und Protest dagegen zu verbreiten. „Die Kandidatur von Strauß“, so der Aufruf der Initiative, „setzt der Rechtsentwicklung die Spitze auf“. Für den 2. bis 4. November ist ein großes „Rock-gegen-Rechts“-Konzert in Gelsenkirchen angekündigt; am 17. November soll eine Podiumsdiskussion mit Ernst Volland und Günter Wallraff zum Thema „Zensur“ stattfinden.

Nähere Informationen:  
Klaus Farin  
Velsenstraße 20  
4660 Gelsenkirchen-Buer



10 Jahre alte Mädchen, die besorgt den Stand ihres Taschengeldes debattierten, weil sie für ihren ganzen Buchmessen-Aufenthalt (inklusive Essen und Trinken) nur 2 DM hatten. Solche Probleme wurden dann „kollektiv“ gelöst. Eins ist jedenfalls klar: Strauß hatte keine Aktien beim Buchmessepublikum, und seine wenigen Anhänger zischten zwar mitunter trotzige Bemerkungen hin, aber in der Offensive waren sie nie. Vielleicht war das einer der Gründe, weshalb der Bayer- obwohl täglich von der Gerichtsküche angekündigt - sich dann doch nicht blicken ließ.

Das alles kann einen nur optimistisch stimmen, oder nicht?! Schließlich möchten wir uns ein wenig selber loben: der große Umsatz, den wir diesmal realisierten, ist nur auf der Basis des hervorragenden (ja!) Einsatzes der gesamten Frankfurter Gruppe möglich gewesen – „trotz“ Krise und Sonstigem... Alle von uns haben sich an diesem auch nervenaufreibenden Job beteiligt (von 7.15 Uhr bis 18.30 Uhr). Es wäre übertrieben, zu behaupten, dieser Einsatz ist bei uns „normal“. Aber immerhin waren auswärtige Genossen verblüfft, daß sowas in der Organisation überhaupt noch möglich ist. Es ist möglich, Leute (allemaal, wenn's gegen Strauß geht!) – und es macht sogar Spaß. Probiert's doch selber mal wieder...

Die Frankfurter Genoss(inn)en

## Noch einmal zu: Apocalypse Now!

## Noch einmal zu: Apocalypse Now!

Ich kann mich dem rundweg positiven Urteil des Genossen der Kulturkommission im letzten AK nicht anschließen. Er faßt zusammen: „Der Film ist aber insgesamt doch von solch erschreckender Wahrheit und einem Realismus, der kaum auszuhalten ist, daß er eine ganz neue Qualität der parteilichen Vermittlung von Kriegsgeschehen darstellt.“

Welche Wahrheit und welcher Realismus werden in diesem Film dargestellt? Die Story beschreibt, kurz zusammengefaßt, die Jagd eines fast verrückten Captains auf einen ganz verrückten Colonel, der sich von der amerikanischen Aggressionsarmee abgesetzt hat und seinen „Privatkrieg“ führt. Alle gezeigten Kriegshandlungen sind Ausgeburt von individuellen Verrücktheiten oder des erreichten Wahnsinns. So der Angriff auf ein vietnamesisches Dorf, nur um an dem dort gelegenen Strand zu surfen. So die Hinmetzelung einer ganzen Bootsfamilie im Drogenrausch. Und schließlich die Festung des wahnsinnigen Colonels, die von Leichen und Leichenteilen nur so wimmelt. Die Wahrheit reduziert sich in diesem Film darauf, daß der Krieg eine „Eigendynamik“ entwickelt, daß der individuelle Wahnsinn Bestandteil des Krieges ist. Die Realität beschränkt sich auf Einzelaspekte, auf viel Blut, ansonsten fast nur auf Ritualmorde (im Camp des Colonels).

Gar nicht gezeigt wird in diesem Film das Leiden des vietnamesischen Volkes. Nur an einer Stelle des zweistündigen Werkes ist überhaupt etwas von ihm zu sehen. Die unbeschreiblichen Leiden dieses Volkes, der Völkermord, die systematische Vernichtung von Leben und Natur, all dies tritt in den Hintergrund vor einer Geschichte, die sich vor allem mit der inneren Logik der Aggressionsarmee beschäftigt.

Krieg ist Wahnsinn, zumindest dies könnte man noch aus dem Film „lernen“. Aber nach diesem Werk lebt der Wahnsinn im Menschen. Nichts deutet hier darauf hin, daß der gesamte Vietnamkrieg geplanter Wahnsinn einer imperialistischen Großmacht war. Nichts deutet darauf hin, daß es der systematische Völkermord war, um die Macht der Imperialisten zu sichern. Nichts deutet in diesem Film somit darauf hin, daß dieser Wahnsinn die Realität und die kalte Logik einer imperialistischen Macht ist.

Eigentlich spricht nichts dagegen, den Vietnamkrieg auch aus der inneren Logik der Aggressionsarmee her zu zeigen. Zu zeigen, wie die

einzelnen Soldaten im Krieg kaputtgehen, zum Wahnsinn getrieben werden. Aber von dieser Entwicklung ist in diesem Film nichts zu sehen. Lediglich die Auswüchse, die besonderen Exzesse werden hier in blutigen Bildern gemalt. Letztlich bleibt als Ergebnis, daß der Mensch in „solchen Situationen“ zum Wahnsinn kommt. „Apocalypse Now“ ist insofern ein treffender Titel. Die Weltuntergangsstimmung ist in diesem Film Trumpf. Aber eben nicht, weil eine imperialistische Macht diesen herbeiführt, sondern weil die beteiligten Menschen verrückt spielen.

Insofern ist es überhaupt nicht verwunderlich, daß vom Befreiungskrieg, vom Bemühen eines Volkes um die Freiheit vom Imperialismus, nichts zu sehen ist, gerade weil dies eine Zukunft zeigen würde.

Dieser Film ist nicht im eigentlichen Sinne reaktionär, d.h. er betreibt keine Kriegshetze und verherrlicht auch nicht die Aggression des US-Imperialismus. Er ist jedoch in dem Sinne reaktionär, wie er den Krieg mystifiziert, auf reine Wahnsinnstaten Einzelner reduziert und andererseits die Rolle des Befreiungskrieges für das vietnamesische Volk überhaupt nicht berücksichtigt.

Wenn der Genosse der Kulturkommission schreibt, der Film sei eine „ganz neue Qualität der parteilichen Vermittlung von Kriegsgeschehen“, so kann ich ihm absolut nicht folgen. Partei ergreifen kann für mich in diesem Krieg nur heißen, die Sache des vietnamesischen Volkes zu vertreten. Davon ist jedoch, wie schon gesagt, nichts zu sehen. Aber vielleicht habe ich auch nur nicht die ganz neue Qualität des „künstlerischen Ausdrucks“ verstanden!?

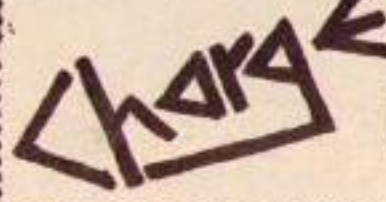
Mich erinnert dieser Film an die Prozesse gegen die Mörder von My Lai, die auch als wahnsinnige Auswüchse des Vietnamkrieges auf der Anklagebank saßen, obwohl sie die tagtägliche Realität widerspiegeln.

Alles in allem wäre dieser Film so vieler Wort gar nicht wert, wenn er heute nicht als die Abrechnung mit dem Vietnamkrieg hochstilisiert würde. Dabei sollte man allerdings auch berücksichtigen, daß es ein 30-Millionen-Dollar-Projekt ist, das seit Jahren angekündigt wurde und somit heute seine Zinsen eintragen muß. Alles in allem also eher ein weiteres schmutziges Geschäft mit dem Vietnamkrieg – meine ich!

he, KB/Gruppe Hamburg

Rock gegen Rechts-Veranstaltung am 30. Oktober 20 Uhr

in der Markthalle in Hamburg



## Rotbuch zum Rotwerden...

**Rotbuch**  
zu den  
Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

**22 DM**

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Aus-schlußpraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaftern für linke Gewerkschaftspolitik.



UNSER WEG NR. 4  
enthält:

UNSER WEG NR. 4  
enthält:  
Frauen klagen gegen den „Stern“  
Rechts gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung Walpurgisnacht  
Polemik der „Courage“ gegen P.P. Zahl  
Der kleine Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung  
Buchbesprechungen

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1  
Revisionismus-Kritik  
50 Seiten A 4 DM 4,—  
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2  
Zur Kritik  
des „realen Sozialismus“  
94 Seiten A 4 DM 7,50  
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3  
Zur Kritik  
des „Eurokommunismus“  
38 Seiten A 4 DM 3,—  
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents  
verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKASSE!

Parasiten gehen zu Lasten des Empfängers.  
Pauschal und bei Einzelbestellungen 40 Pfg. mit zu überweisen auf unser Konto.  
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 851 83 78

oder  
Postcheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95 203.

j. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir\* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns\* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres\* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....  
Unterschrift  
\* Nichtzutreffendes bitte streichen



in jedem guten buchladen

Neu

# IRAN

Neue  
Diktatur  
oder  
Frühling der Freiheit?



30 Interviews mit der Opposition  
Vorwort: **Bahman Nirumand**

350 S. DM 17

## Harrisburg war nur der Anfang



Was ist dran an der Energiekrise?

Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors besuchte und anschließend behauptete, daß die Technik alles im Griff hätten, wußte er da, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war? - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... und Unfall- liste westdeutscher AKW's....

ISBN 3-88305-040-7

152 S.  
DM  
13,80

## Strauß



NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“  
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:  
Skandale und Affären pflastern seinen Weg  
Strauß und die Internationale des Terrors

Strauß - ein Faschist?  
Strauß und die Internationale des Terrors  
Strauß - ein Faschist?  
Die „Sonthofener Rede“  
Anti-DGB-Papier im Wortlaut  
u.v.a.m.

ISBN 3-88305-007-3

100 S.  
DM  
7,50

Abs. ....

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50  
jährlich - DM 55,-

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents,  
Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020  
Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

**Abo  
Karte**

J. Reents Verlag  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50



Die Wohnraumrettungsgesellschaft Köln besetzt das Haus Am Zuckerberg 8, um weitere Zerstörung zu verhindern und das Haus wieder bewohnbar zu machen.

## „Wohnraumrettungsgesellschaft“ besetzt fünf Häuser

In Köln hat der Häuserkampf einen neuen Höhepunkt erreicht: Am 15. September wurde von der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) und anderen Bürgerinitiativen eine Wohnraumrettungsgesellschaft (WRG) gegründet. In den letzten Wochen wurden bereits 5 leerstehende Häuser besetzt, weitere sollen folgen.

Wie in anderen Städten der BRD auch, geht es vor allem darum, die relativ preiswerten Altbauviertel vor dem Zugriff der Sanierungshaie zu schützen. Nicht nur Totalabriss und gewerbliche Umnutzung, auch die sog. „Sanierung“ führt zu einer massenhaften Vertreibung der traditionellen Einwohnerschichten, weil diese die hohen Mieten einfach nicht mehr bezahlen können.

U.a. auf Grund dieser Entwicklung gibt es in Köln z.Zt. 17.000 Wohnungssuchende. Dem steht die mickrige Zahl von 99 in diesem Jahr fertiggestellten Sozialwohnungen gegenüber!

### Die Stadtverwaltung mischt mit

Allein 1977 wurde von der Behörde für insgesamt 47.100 Quadratmeter Wohnfläche die Genehmigung zum Abriss, bzw. gewerblicher Umnutzung erteilt.

In vielen Fällen wurden die Möglichkeiten der Zweckentfremdungs-

verordnungen gar nicht angewandt, um die Hausbesitzer zur Vermietung leerstehender Wohnungen zu zwingen. In der Humboldt-Siedlung in Köln-Ostheim beispielsweise steht bereits die halbe Siedlung leer, frei nach dem Motto „nach dem Leichenwagen kommen die Bagger ...“

Da ist es dann nur konsequent, daß die Stadtverwaltung nichts gegen Trupps der Hausbesitzer unternimmt, die Wohnungen in Klump schlagen, um sie unbewohnbar zu machen.

### Auseinandersetzungen in der SPD

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kölner Stadtrat Günter Herterich hat die Stadtvertreibung offen als „einen qualitativen Bevölkerungsaustausch als gewünschte Begleiterscheinung“ der Sanierung begrüßt.

Andere Teile der SPD haben sich von Anfang an am Kampf gegen die Wohnraumvernichtung beteiligt. Auf einem Sanierungskongress der Kölner Jungsozialisten endete Lothar Gothe von der SSK seine Rede mit den Worten: „Genau in diesem Moment werden in Köln fünf Häuser besetzt, das ist erst der Anfang. Ihr solltet nicht länger leere Worte sagen, sondern mit uns gemeinsam in leere Häuser arme Menschen einziehen lassen.“

Einige Kongreßteilnehmer zogen dann auch spontan zu einigen der „ihrem gesetzlich bestimmten Verwendungszweck wieder zugeführten Häuser“ und nahmen gleich die Gulaschkanone der Johanniter, die für die Kongreßteilnehmer bestimmt war, mit.

SPD-Fraktionsvorsitzender Herterich tobte: Er drückte die Einsetzung einer Feststellungskommission im Ortsverein Altstadt-Nord durch, der sich mit der Rolle einiger SPD-Mitglieder bei der Gründung der Wohnraumrettungsgesellschaft (WRG) beschäftigten soll. Der Zug fährt in Richtung Ausschluß!

Sein Zorn gegen alles was nach Bürgerinitiativen und Basisdemokratie riecht, ist verständlich: Hat er doch in seinem eigenen Wahlkreis sein Direktmandat verloren - dank der Alternativen Liste, die dort stolze 8,1 % der Stimmen auf sich vereinen konnte.

### Erste Erfolge für die WRG

Die Hausbesetzer sind nach Berichten von „TAZ“ und „DIE NEUE“ von der Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen überwiegend positiv aufgenommen worden. In zwei der besetzten Häuser mußten die Akteure

der WRG ja auch quasi als Schutz-macht für die bisherigen Mieter einziehen, da Schlägertrupps erst wenige Tage zuvor versucht hatten, die Wohnungen unbewohnbar zu machen.

Bei einem der besetzten Häuser in der Südstadt, dessen Besitzer die Stadt Köln ist, haben die Besetzer sogar einen Zwischennutzungsvertrag vorläufig bis Februar 1980 bekommen.

Die WRG ist um eine intensive Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Auf ihren Plakaten heißt es: „Wir helfen jedem, der in Wohnungsnot ist; jedem, der aus seiner Wohnung fliegen soll. Wir beschaffen jetzt in Selbsthilfe die Häuser für Bedürftige, die illegal abgerissen oder illegal modernisiert werden sollen. Wir tun das, indem wir sie besetzen und renovieren.“

Bereits in den ersten zwei Wochen haben sich in dem neu eingerichteten Büro der WRG rund 50 Wohnungssuchende gemeldet.

Neben Besetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Renovierung will die WRG den Mietern Rechtsbeistand gegenüber Hausbesitzern und Wohnungsamt gewähren.

Ein Beispiel das Schule machen sollte. (Nach „TAZ“ vom 12.10 und „DIE NEUE“ vom 10.10.79).

Wohnungskommission

## 28 Hausbesetzer verhaftet

Düsseldorf. Wie von uns berichtet wurde, haben sich Mitglieder von Bürgerinitiativen mit der Besetzung des Hauses Nr. 90 in der Kronprinzenstraße gegen den drohenden Abriss dieses Hauses zur Wehr gesetzt (AK 164, S.35).

Obwohl die Hausbesitzer die Wohnungen von einem Schlägertrupp stark beschädigen ließen, gaben die Besetzer nicht auf und begannen mit der Renovierung. Mit einem „go-in“ im Amt für Wohnungswesen erreichten sie die Zusage einer erneuten Begutachtung durch die Behörde.

Diesmal machte ihnen die Polizei einen Strich durch die Rechnung: Rund 100 Polizisten, z.T. vom Sondereinsatzkommando, drangen in das Haus ein und schleppten die sich wehrenden Besetzer unter Gewaltanwendung zu den bereitgestellten Einsatzwagen, wobei sich die Treppe geschützt vor den Augen der zahlreich vor dem Haus anwesenden Bürger - als geeigneter Ort anbot, die Aktion durch kräftige Fußtritte, Genickschläge und Polizeigriffe zu unterstützen. Insgesamt wurden 28 Besetzer verhaftet, 8 Stunden in Einzelhaft gesperrt und dann, ebenfalls unter Gewaltanwendung, erkennungsdienstlich behandelt.

Wie man sieht, regiert nach der Kommunalwahl in Düsseldorf wieder der Polizeiknäppel... (nach „TAZ“, vom 11.10.79).  
Wohnungskommission



Von einem Schlägertrupp (des Hausbesitzers?) zerstörte Wohnung in der Brüsselerstraße 90. Die Schläger haben mit Vorschlagshämmern die Wände eingeschlagen, um die Wohnung unbewohnbar zu machen.